

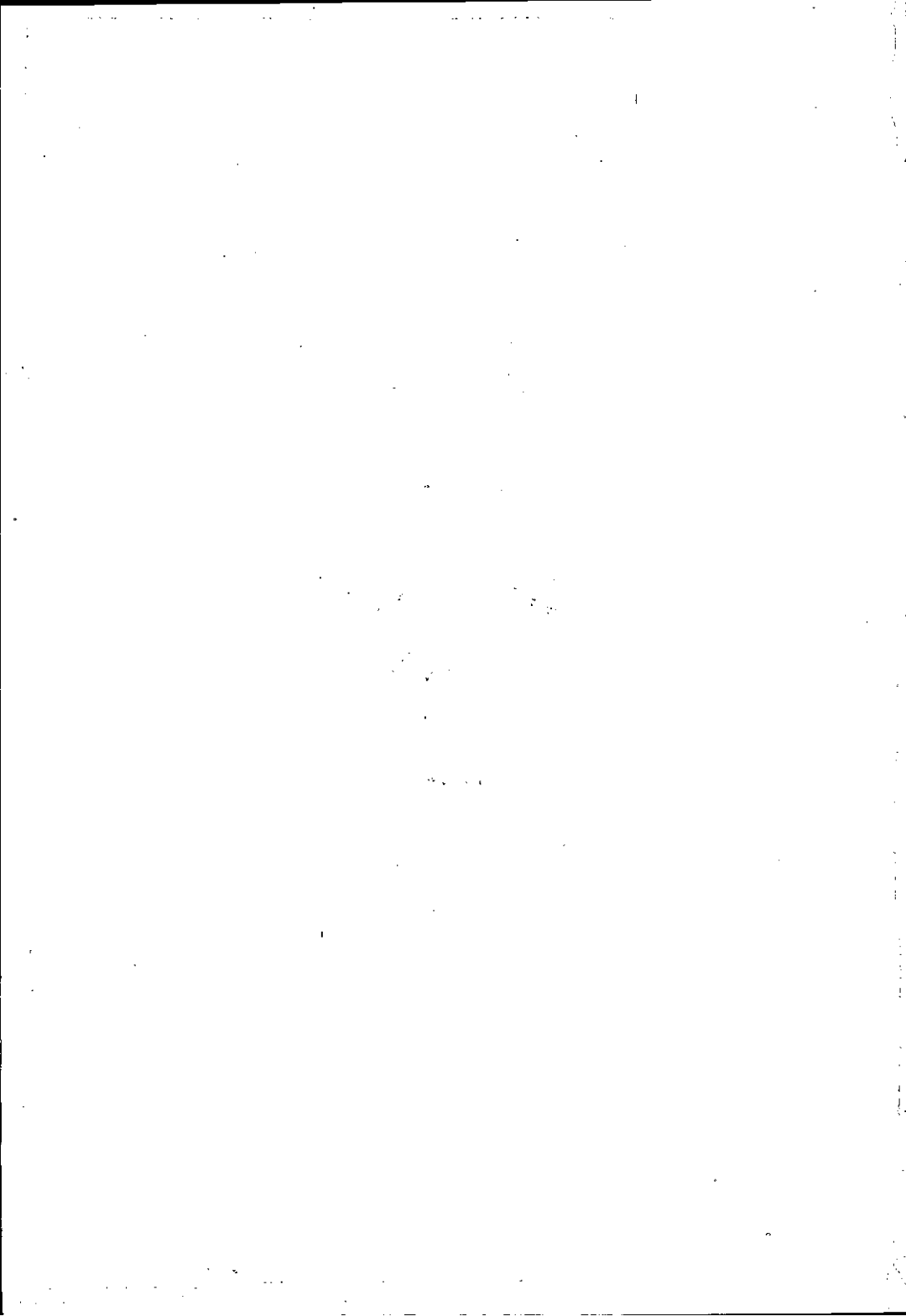
7. BUNDESPARTEITAG DER

CDU



11.-15. Mai 1957

HAMBURG



7. BUNDESPARTEITAG DER CDU





Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn,
Nassestraße 2 · Redaktion: F. C. Badendieck, Bonn · Gestaltung des Umschlages: Sierig,
Bonn · Fotos: Bouserath/Siegler, Brandts/Hamburg, Bundes-Presseamt, Sator, von
Gorissen/Hamburg · Druck: Walter Pietzsch, Buchdruckerei, Hamburg 11 · Verlag und
Anzeigenverwaltung: Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau, Hamburg 1, Fölschblock B

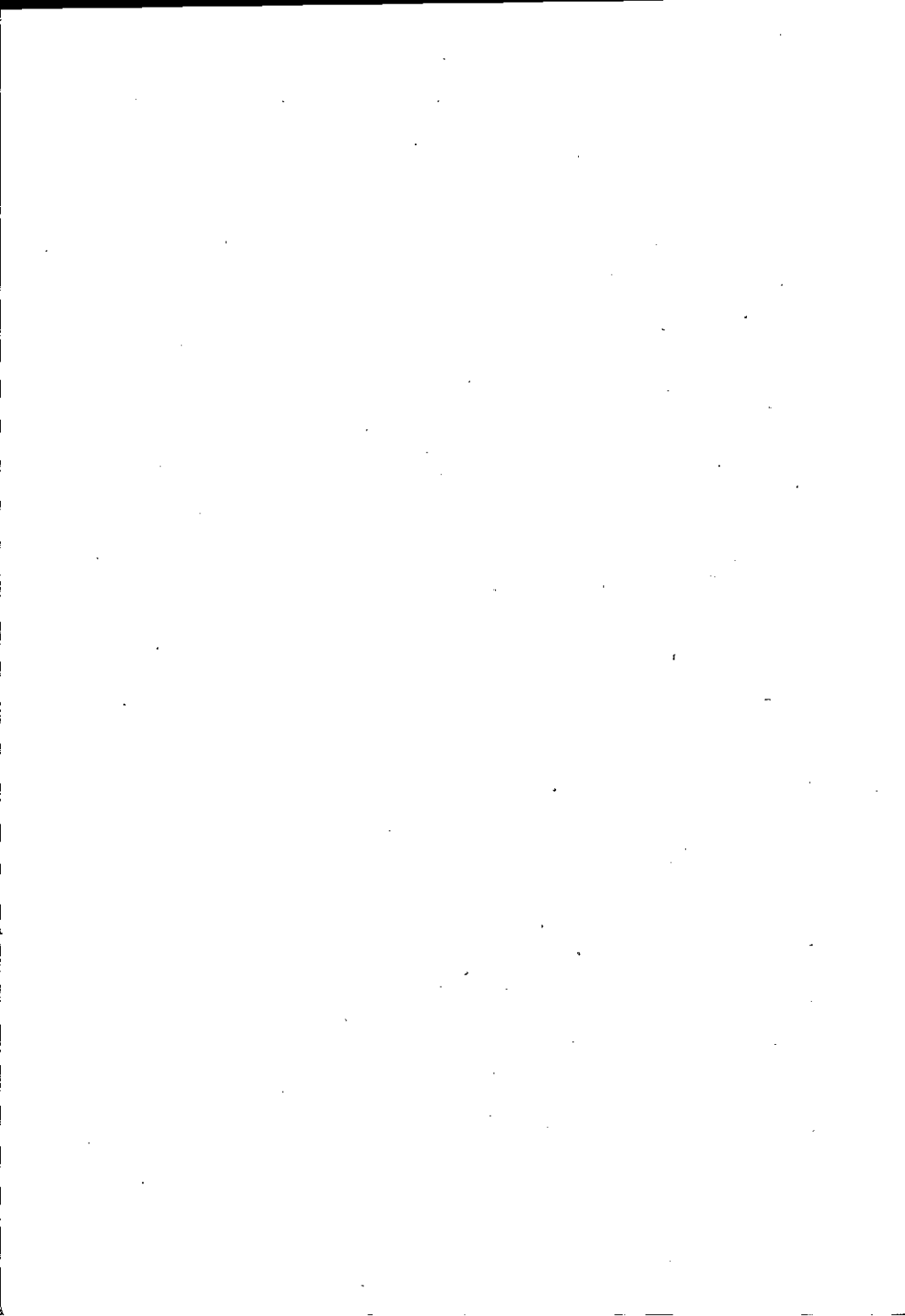
CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

7. BUNDESPARTEITAG



HAMBURG · 11. - 15. 5. 1957

SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG



EINHEIT FÜR DEUTSCHLAND
FREIHEIT FÜR EUROPA
FRIEDEN IN DER WELT

Erster Tag: Samstag, 1. Mai 1957

Der 7. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands in Planten un Blomen, Hamburg, begann
mit einer

Sitzung des Bundesvorstandes

um 17 Uhr

und einer

Sitzung des Bundesausschusses

um 20 Uhr

Eine weitere Sitzung des Bundesausschusses fand am 15. Mai
um 9 Uhr statt.

In den Sitzungen wurden der Verlauf des Parteitages und
politische Fragen besprochen.

Zweiter Tag: Sonntag, 12. Mai 1957

9.15 Uhr Katholischer Gottesdienst in St. Marien,
Predigt Prälat Bernhard Wintermann
9.30 Uhr Evangelischer Gottesdienst in St. Petri,
Predigt Dr. theol. Heinrich Zahnd

Die Eröffnung des 7. Bundesparteitages
fand um 11 Uhr in der Hamburger Staatsoper statt.

Nach der Sinfonie D-dur K. V. 181 von W. A. Mozart, gespielt vom Philharmonischen Staatsorchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Leopold Ludwig, nahm das Wort, mit starkem Beifall begrüßt,

Bundsvorsitzender Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Meine lieben Parteifreunde! Verehrte Gäste! Ich eröffne den diesjährigen Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands als Vorsitzender der Partei. Ehe ich den Vorsitz dem Herrn abgebe, den wir Ihnen zur Wahl als Präsidenten dieses Parteitages vorschlagen werden, lassen Sie mich einige Worte an Sie richten. Zunächst ein Wort des Dankes an die Freie und Hansestadt Hamburg, die in so ausgezeichnete Weise behilflich gewesen ist, alle die Schwierigkeiten, die nun einmal mit der Unterbringung eines so großen Kongresses verbunden sind, zu beseitigen. (Beifall.) Sie hat uns heute ihre Staatsoper und ihr Orchester zur Verfügung gestellt, um dem Beginn unseres Parteitages den beflügelten Klang zu geben, den der ganze Parteitag haben soll.

Wenn Sie das Programm des Parteitages durchsehen, dann finden Sie darin einen Überblick über die Arbeit der CDU und ihrer Bundestagsfraktion während der vergangenen acht Jahre. Sie finden die Redner verzeichnet, die in den nächsten Tagen darlegen werden, was wir geleistet haben und welches unsere Absichten sind. Eines liegt mir dabei am Herzen, meine Damen und Herren, lassen wir über alledem nicht vergessen, daß unserer gesamten Arbeit etwas zugrunde liegt, was ihr allein zum Segen gereichen kann; das sind die Prinzipien der christlichen Humanitas. (Starker Beifall.)

Das, meine lieben Freunde, ist das feste Fundament, auf dem unsere ganze Arbeit beruht. Dieses feste Fundament — ich habe das immer wieder zu meiner großen Freude und Genugtuung gesehen — führt die Ansichten von Menschen, die den beiden christlichen Konfessionen angehören, immer wieder in Geschlossenheit und Einheit zusammen. (Beifall.)

Diese Geschlossenheit und Einheit, durch die sich unsere Partei vor anderen Parteien auszeichnet, gibt uns immer wieder die Möglichkeit, in





dieser furchtbar schweren Zeit auch den Führungsanspruch, den wir kraft unserer Größe für uns beanspruchen können, zu behaupten und zu verwirklichen. (Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Ich werde am Schluß dieses Parteitages in einer großen öffentlichen Versammlung etwas darüber sagen, was uns von anderen Parteien trennt, und über die Bedeutung gerade dieses Jahres, in dem ein neuer Bundestag gewählt wird.

Als ich auf meiner Fahrt durch Hamburg die Worte „Sicherheit für alle“ gesehen habe, wurde in mir die Erinnerung wach an den letzten Wahlkampf, als wir von „Sicherheit für alle“ sprachen (Heiterkeit.) Wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir während der vergangenen vier Jahre in schwerer Arbeit Sicherheit für alle geschaffen haben. (Starker Beifall.)

Ich habe von dem Fundament der christlichen Humanitas gesprochen. Lassen Sie mich es in drei Worten zusammenfassen: Friede, Freiheit und Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall.) Es gibt keinen Frieden in der Welt ohne Freiheit und Gerechtigkeit! (Sehr starker Beifall.) Und es gibt keine Freiheit und keine Gerechtigkeit in der Welt ohne Frieden!

Das ist die Devise und das Ziel, unter denen unsere ganze Arbeit steht, unter denen auch der Wahlkampf stehen wird, der demnächst beginnt, daß wir Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit bei uns und in der Welt sichern wollen. (Brausender Beifall.)

Und nun, meine Freunde, habe ich Ihnen folgenden Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu unterbreiten: Als Präsidenten dieser Tagung Herrn Scharnberg, den Vorsitzenden der CDU Hamburg zu wählen (Beifall.); als stellvertretenden Präsidenten den Herrn Ministerpräsident von Hassel, den Vorsitzenden der CDU in Schleswig-Holstein (Beifall.), und als weitere Mitglieder des Präsidiums Frau Dr. Jochmus, Frau Staudinger und die Herren Theo Blank, Dr. Gurk, Johnen, Bundesminister Lemmer und Dr. Stoltenberg. (Beifall.)

Ich darf aus Ihrem Beifall entnehmen, daß Sie diesem Vorschlag zustimmen. Ich bitte Herrn Scharnberg, nunmehr den Vorsitz der Versammlung zu übernehmen.

Vorsitzender Scharnberg:

Meine verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen zugleich im Namen der übrigen Mitglieder des Präsidiums für den uns erteilten Auftrag. Wir werden uns nach Kräften bemühen, die Verhandlungen in förderlicher Weise zu führen.

Bevor ich Worte des Dankes und der Begrüßung sage, habe ich die traurige Pflicht zu erfüllen, einiger Freunde zu gedenken, die in vorderster Front unserer Arbeit gestanden haben und die im vergangenen Jahre von uns gegangen sind. Erst vor wenigen Tagen standen wir am Sarge unseres plötzlich und unerwartet abberufenen Freundes Otto Lenz. Vor einigen Monaten verloren wir den Präsidenten der Bundesbahn, Herrn Hilpert, und vor Jahresfrist den Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Herrn Naegel. Schließlich möchte ich hier in Hamburg noch besonders gedenken des vor Jahresfrist heimgegangenen Bundestagsabgeordneten Griem. Die Verstorbenen haben sich besondere Verdienste um unsere Partei erworben. Wir werden ihrer immer ehrend gedenken.

7 Ich möchte auch nicht versäumen, noch einmal der früher von uns ge-

gangenen Freunde Ehlers und Tillmanns zu gedenken. Die Lücken, die ihr Tod in unseren Reihen gerissen hat, sind noch nicht geschlossen. — Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen. Ich darf die Witwen der Heimgegangenen, die Damen Ehlers, Tillmanns und Griem, hier besonders begrüßen. Daß die Damen unter uns weilen, ist ein Zeichen bleibender Verbundenheit mit den Verstorbenen. Als Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg möchte ich nun zunächst unseren herzlichsten Dank dafür abstatten, daß Parteivorstand und Parteausschuß beschlossen haben, auch dieses Mal wieder, wie im Jahre 1953, den Parteitag, der der Bundestagswahl vorangeht, hier in Hamburg abzuhalten.

Als Präsident des Bundesparteitages begrüße ich die zahlreichen Delegierten, die von allen Landesverbänden zu dieser wichtigen Tagung hierher geeilt sind. In den Begrüßungsworten, die ich vor vier Jahren hier sprach, gedachte ich unserer Brüder und Schwestern in der Ostzone und der damals noch nicht befreiten Kriegsgefangenen und der im Osten zurückgehaltenen Männer und Frauen. Wenn dabei damals die Hoffnung mitklang, daß wir im Laufe der Legislaturperiode des zweiten Bundestages wieder ein geeintes Deutschland erhalten würden, dann müssen wir heute leider feststellen, daß wegen der Hartnäckigkeit und der Unnachgiebigkeit Sowjetrußlands dieses Ziel noch nicht erreicht ist. Deshalb können wir leider heute auch nicht den Parteitag im Kreise einer gesamtdeutschen CDU begehen. Um so mehr ist es mir aber ein Bedürfnis, unserer Brüder und Schwestern im Osten zu gedenken. Wir wissen, daß sehr viele mit ihren Gedanken und Wünschen bei uns sind. Wir wissen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhanges mit heißem Herzen unsere Politik verfolgt. In diesem Bewußtsein fühlen wir uns mit ihnen ganz besonders verbunden. Wenn auch die Wiedervereinigung noch nicht errungen ist, so konnte doch für die Kriegsgefangenen durch die aufopferungsvolle Reise, die der Bundeskanzler im Jahre 1955 nach Moskau unternahm, ein Erfolg erzielt werden. Trotzdem fehlen noch viele der widerrechtlich Zurückgehaltenen, deren baldige Rückkehr wir auf das herzlichste wünschen. Dabei gedenken wir derjenigen Freunde ganz besonders, die in sowjetzonalen Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern nur deshalb immer noch schmachten, weil sie sich zu unserer Partei bekannten und für sie tätig waren. Einige sind zurückgekehrt und weilen heute unter uns. Es ist mir eine große Freude, sie hier begrüßen zu dürfen und ihnen Dank zu sagen für das, was sie für unsere Partei getan haben. (Lebhafter Beifall.)

Hamburg zeigt sich dem Parteitag in seiner besten Frühlingspracht. Ich möchte wünschen, daß das schöne Wetter für die vier Tage unseres Parteitages anhält, so daß Sie neben der Arbeit auch einige Stunden der Erholung in unserer schönen Vaterstadt genießen können. Wer in den vergangenen vier Jahren nicht in Hamburg gewesen ist, wird einen Vergleich ziehen können zwischen dem Hamburg des Jahres 1953 und dem jetzigen Hamburg. Der Vergleich wird den besten Eindruck von dem vermitteln, was unter der Führung unserer Partei auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet geleistet worden ist. Wer Zeit hat, um einen Blick auf den Hafen zu werfen, wird zudem ein besonders plastisches Bild von dem Außenhandel erhalten, der in einem so erfreulichen

Ausmaß nur dadurch möglich war und ist, daß die von unserer Partei geführte Politik uns wieder Achtung und Vertrauen in der Welt geschaffen hat. (Beifall.)

Wir sollten hier in dieser Stadt aber auch nicht vergessen, daß wir, wenn wir 40 Kilometer auf der Straße nach Berlin fahren, in eine andere Welt kommen. Man kann keinen besseren Eindruck von dem Unterschied zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone gewinnen, als wenn man auf dieser Straße durch die Sowjetzone nach Berlin fährt. Wir sollten uns immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen, wie es drüben aussieht, um einerseits die Gefahr unserer Zeit zu sehen, andererseits aber auch, um unsere vornehmste Aufgabe nicht zu vergessen, nämlich die Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten. (Starker Beifall.)

Ein Gang durch Hamburg und eine Fahrt durch den Hafen werden einen lebendigen Eindruck von dem Erfolg unserer Politik auf dem Gebiete der Außenpolitik, der Wirtschafts- und der Sozialpolitik vermitteln. Es drängt sich uns die Erkenntnis auf, daß der Erfolg dieser Politik auf engste verbunden ist mit dem Namen Dr. Adenauer. (Stürmischer Beifall.) Ihn hier in seiner Eigenschaft als Ersten Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union zu begrüßen, ist mir eine ganz besondere Ehre und Freude. (Langanhaltender, starker Beifall.)

Man hat die Wahl des Jahres 1953 als eine Adenauer-Wahl bezeichnet. Das deutsche Volk hat damals erkannt, was der Kanzler für Deutschland geleistet hat und welches hohe Maß von Ansehen ihm in der ganzen Welt gezollt wird. Ich bin davon überzeugt, daß das deutsche Volk auch in der bevorstehenden Wahl wieder ein Bekenntnis zu Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, ablegen wird, so daß Sie weiterhin Gelegenheit haben werden, das Werk, welches Sie vor acht Jahren begonnen haben, zu festigen, fortzusetzen und, wie ich es Ihnen und dem deutschen Volke wünschen möchte, zu vollenden; indem Sie das ersehnte Ziel der Wiedervereinigung unseres Volkes herbeiführen. (Langanhaltender, stürmischer Beifall, in Ovationen übergehend.)

Ich habe nun, meine Damen und Herren, weiterhin die Ehre, eine Reihe weiterer Freunde begrüßen zu dürfen; in erster Linie unseren Bundestagspräsidenten, Herrn Dr. Gerstenmaier (Beifall.), den Bundesratspräsidenten und Regierenden Bürgermeister der Stadt Hamburg, Dr. Sieveking (Beifall.), die beiden stellvertretenden CDU-Vorsitzenden, die Herren Dr. Arnold und von Hassel. (Beifall.) Nicht unter uns weilt leider wegen einer schweren Erkrankung unser Freund Jakob Kaiser. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir ihm ein Grußtelegramm mit unseren besten Wünschen für eine baldige Genesung übermitteln. (Beifall.) Ich begrüße ferner den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Herrn Dr. Krone, Herrn Etzel, den Vizepräsidenten der Montan-Union, Herrn Kiesinger, den Vizepräsidenten des Europarates, die Bundesminister Dr. von Brentano, Prof. Dr. Erhard, Dr. Schröder, Dr. Lübke, Storch, Dr. Wuermeling und Lemmer (Starker Beifall.), die Ministerpräsidenten Dr. Altmeier und Dr. Gebhard Müller, unsere Landtagspräsidenten, Landesminister und Senatoren. (Beifall.) Ich begrüße weiter unsere Freunde von der CSU. Herr Dr. Seidel ist noch nicht eingetroffen. Er wird morgen kommen und dann Gelegenheit nehmen, zu uns zu sprechen. Ich begrüße die Delegierten des Landesverbandes der

CDU-Saar, die zum erstenmal am Parteitag teilnehmen (Starker Beifall.), sowie die Bundestagsabgeordneten Ruland und Schneider von der CVP, die sich als Hospitanten der CDU/CSU-Fraktion angeschlossen haben.

Ich begrüße die Vertreter der Kirchen, den Herrn Landesbischof Dr. Hertrich, den Herrn Prälaten Dr. Böhler, den Herrn Prälaten Dr. Kunst, den Herrn Generalsekretär Dr. van Damm vom Zentralrat der Juden in Deutschland, die Vertreter der Gewerkschaften und der Wirtschaftsverbände sowie zahlreiche Ehrengäste von unseren befreundeten Parteien aus dem Ausland. (Beifall.)

Es weilen unter uns, von den Nouvelles Equipes Internationales Staatsminister de Schryver, von der Katholischen Volkspartei Hollands Herr Präsident van Doorn und Herr Roolvink, von der Antirevolutionären Partei Hollands Herr Präsident Dr. Berghuis und Herr van de Sluis, von der Christlich-Sozialen Partei Belgiens Herr Präsident Lefèvre und Herr Generalsekretär Rik Vermeire, außerdem der ehemalige belgische Außenminister Herr van Zeeland; von der Mouvement Républicain Populaire Frankreichs werden morgen zu uns kommen — ich darf ihnen vorweg ein Grußwort sagen — Herr Präsident Schumann (Sehr starker Beifall.) und Herr Jacques Mallet; von der Schweizerischen Konservativen Volkspartei Herr Nationalrat Dr. Eisenring und Herr Dr. Rosenberg, von der Österreichischen Volkspartei Herr Bürgermeister Weinberger und Herr Nationalrat Dr. Gorbach, von der Democrazia Christiana Italia Frau Else le Conci, von der Högerpartiet Schwedens Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Arrhen und Herr Hernelius, von der Konservativen Partei Norwegens Herr Abgeordneter Christie und Herr Abgeordneter Fredriksfryd, von der Dänischen Konservativen Partei Herr Kamphövener und von der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas Monsignore Kozi Horvath, der der Christlich Demokratischen Partei Ungarn angehört (Stürmischer Beifall.), ferner Herr Sieniewicz und Herr Gronis. (Lebhafter Beifall.)

Ich hoffe, daß ich niemanden vergessen habe, und bitte schon im voraus um Entschuldigung, wenn das geschehen sein sollte.

Der vor uns liegende Parteitag hat eine ganz besondere Bedeutung durch die Wahl im September dieses Jahres. Schon jetzt zeichnet sich klar ab, daß ein harter Wahlkampf vor uns liegt. Wir von der CDU sind auf das tiefste davon überzeugt, daß wir diesen Wahlkampf bestehen und gewinnen werden; denn wir wissen, daß die von uns geführte Politik einzig und allein befähigt war und ist, unserem Volke Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten, auf die dieses Volk, welches keine sehnstlicheren Wünsche hat, als in Frieden zu leben, Anspruch hat.

Die Entschließungen des Parteitages werden dazu beitragen, die Bevölkerung darüber aufzuklären, was wir bisher getan und im Inneren und Äußeren erreicht haben. Sie werden auch zeigen, daß für uns, die wir an der Schnittlinie von Ost und West liegen, ein Experimentieren im höchsten Maße gefährlich ist. Was wir brauchen, ist eine klare Politik, die Vertrauen schafft, und zwar dort, wo wir mit unserem Bekenntnis zum christlich-abendländischen Kulturkreis hingehören und wo das Wort „Vertrauen gegen Vertrauen“ noch gilt. (Beifall.)

In diesem Wunsche begrüße ich nochmals alle Delegierten und wünsche ihnen eine erfolgreiche Arbeit. (Beifall.) Ich erteile nunmehr das

Bürgermeister Dr. Sieveking:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Verehrte Gäste! Ich bringe Ihnen die Grüße und das herzliche Willkommen des Hamburger Senats und unserer ganzen Stadt. Wir freuen uns, daß Sie Hamburg zum Sitz des diesjährigen Parteitages der CDU gewählt haben, und alle, die sich bei uns zur CDU zählen oder der CDU wohlwollend gegenüberstehen, haben den ehrlichen Wunsch, es möge sich der Hamburger Parteitag von 1957 seines Vorgängers aus dem Jahre 1953 in Verlauf und Auswirkung würdig erweisen. (Beifall.)

Unserer Freude über Ihr Kommen sind; ich gestehe es, einige Grade Eigennutz beigemischt; nicht allein deshalb, weil hier in Hamburg zwei Monate nach der Wahl zum Bundestag auch Landeswahlen stattfinden, für die der Erfolg der Bundestagswahl natürlich von erheblicher Bedeutung sein wird, nein, auch noch aus einem anderen Grund: Wir hoffen, daß Ihr Besuch hier bei uns auch Gelegenheit bieten wird, Ihnen allen, die Sie zu einem großen Teil im Westen, Südwesten und Süden der Bundesrepublik den Schwerpunkt Ihrer Arbeit haben, wieder einmal den norddeutschen Raum und die Küstengebiete und ihre Bedeutung für das Leben der Bundesrepublik — und inmitten dieses Raumes die Stadtstaaten Hamburg und Bremen und ihre besonderen Aufgaben im Rahmen des großen Ganzen — vor das geistige und politische Auge zu rücken. Wir hoffen, daß Sie sich von der ungeminderten Lebenskraft unserer Stadt überzeugen und den Eindruck mitnehmen, daß auch von unserer Regierung in den vergangenen bald vier Jahren in Hamburg gute Arbeit geleistet worden ist. (Beifall.)

Hamburg ist eine freie und deshalb auch eine freimütige Stadt; es ist eine Stadt, die außer ihrer großen Industrie dem Welthandel und dem Weltverkehr dient. Unsere Blicke gehen also nach Norden und Süden, nach Westen und Osten, und wir sehen in der Förderung des Austausches unter den Nationen, des wirtschaftlichen, geistigen und menschlichen Austausches, eine unserer wesentlichen Aufgaben. Aber Sie würden das Wesen der Hamburger sehr verkennen, wenn Sie ihnen etwa deshalb unterstellen wollten, daß sie über die Realitäten des Tages hinwegsehen. Sie würden ihnen auch unrecht tun, wenn Sie glaubten, das kommerzielle Motiv sei für die Hamburger das allein Beherrschende. Wir Hamburger kennen trotz unserer neuzeitlichen Entwicklung auch noch die Geschichte der alten Hanse und ihre großen Leistungen in der Erschließung des deutschen Ostens.

Wir haben uns immer als ein Glied in einer Kette der deutschen Städte betrachtet, die die Küsten der Nordsee und des Baltischen Meeres säumen. Wir betrachten uns auch heute noch als großen Hafen des europäischen Hinterlandes im Raum der Elbe, Oder und Weichsel. Daher kreisen um dieses Land immer wieder unsere Gedanken. Sie wissen alle um den Beitrag des deutschen Ostens und seiner Menschen zu unserer deutschen Geschichte in der Vergangenheit; Sie wissen auch um ihren wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Bundesrepublik. Und wir vertrauen auf ihren Beitrag zum Europa der Zukunft. (Beifall.)

Wenn ich so den Geist unserer Stadt für einen Augenblick hier vor Ihnen beschwöre, dann will ich zum Schluß einen wesentlichen Zug nicht

vergessen. Das ist der Zug, der uns alle, die wir hier versammelt sind, Angehörige und Freunde der CDU, wohl am meisten angeht, nämlich dieser: Hamburg ist von Hause aus eine grundevangelische Stadt, und doch ist vielleicht in keiner Stadt, in keinem Gemeindewesen das Verhältnis unserer großen christlichen Konfessionen zueinander so von gegenseitiger Achtung, ja Freundschaft getragen und sind vor allem auch die Beziehungen unserer katholischen Mitbürger und ihrer Kirche zur Regierung so gut und vertrauensvoll wie bei uns. Darauf sind wir stolz. (Lebhafter Beifall.)

Der Grund dafür ist nicht etwa eine allgemeine Neutralisierung des religiösen Lebens, wie oberflächliche Beobachter meinen könnten, im Gegenteil, dieses religiöse Leben befindet sich bei uns in lebendiger Bewegung. Der Grund ist das Bewußtsein der gemeinsamen Aufgabe, das gemeinsame Vertrauen in die schöpferische Kraft christlicher Glaubensüberzeugung und jene Toleranz, die tief in dem seiner selbstsicheren, fairen und ruhigen Wesen unserer Bevölkerung begründet ist. Ich glaube also, daß wir mit unseren guten Hamburger Eigenschaften — natürlich haben wir auch weniger gute (Heiterkeit.) — unseren Beitrag für die CDU liefern können. In diesem Geiste darf ich Ihnen noch einmal mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Verlauf des zweiten Hamburger Parteitages der CDU zurufen: Herzlich willkommen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Scharnberg dankt Dr. Sieveking und erteilt das Wort Herrn

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier:

Die Politik der Christlich Demokratischen Union

1949–1957

Herr Bundeskanzler! Herr Bürgermeister! Liebe Unionsfreunde! Meine Damen und Herren! Am späten Vormittag des 21. September 1949 empfingen die drei Hohen Kommissare der Westmächte auf dem Petersberg bei Bonn, dem Sitz der damaligen Alliierten Hochkommission, den wenige Tage zuvor zum Bundeskanzler gewählten Dr. Konrad Adenauer, Oberbürgermeister der schönen Stadt Köln, a. D. (Heiterkeit). Sie empfingen ihn und die Mitglieder seiner Regierung. Das Besatzungsstatut trat bei diesem denkwürdigen Besuch auf dem Petersberg in Kraft. Es bedeutete das Ende der Militärregierung in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands und damit das Ende der ersten Phase im Ringen um die Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

Am 8. Mai 1945 um 23.01 Uhr Mitteleuropäischer Zeit hatte Deutschland in der Form der bedingungslosen Kapitulation die Kampfhandlungen eingestellt und damit den zweiten Weltkrieg in Europa beendet. Die Aufgabe des viereinhalb Jahre später sein schweres Amt übernehmenden Bundeskanzlers bestand in der Existenzermöglichung und Existenzsicherung von 50 Millionen Menschen, die im Bereich der Bundesrepublik leben. Es bestand weiter in dem Bemühen, das Besatzungsstatut möglichst bald zu beseitigen und von der Bundesrepublik aus als Basis das Ringen um die Vereinigung Deutschlands und damit um die Wiederher-

stellung des Deutschen Reiches mit wachsender Kraft weiterzuführen. Das Besatzungsstatut hatte zwar der direkten Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Militärregierungen ein Ende bereitet und die Gesetzgebung, die vollziehende und Gerichtsgewalt den Organen der Bundesrepublik und der Bundesländer überlassen. Die Handlungsfreiheit der Bundesrepublik und ihrer Regierung war dennoch in einer heute fast vergessenen Weise empfindlich eingeschränkt. Als der Bundeskanzler mit seiner in der Hauptsache von der Christlich Demokratischen Union und von der Christlich Sozialen Union getragenen Regierung begann, da besaß die Bundesrepublik weder eine völkerrechtliche Handlungsfähigkeit noch irgendwelche diplomatischen oder konsularischen Beziehungen zu fremden Staaten. Ihre Außenhandelsbeziehungen lagen in den Händen einer fremden Organisation, der JEIA, der Vereinigten Export- und Importagentur. Die innerdeutsche Verwaltung unterlag der Überwachung der Alliierten Hochkommission, die ihrerseits ein Vetorecht gegenüber der deutschen Gesetzgebung besaß und ein strenges Kontrollrecht über die deutsche Wirtschaft, Währung und Forschung behalten hatte. Die deutsche Wirtschaft unterlag einer durchgreifenden Beschränkung der wichtigsten Industriezweige, wie der Schifffahrt, des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. Die Stahlproduktion war zum Beispiel auf 5,4 Mill. t im Jahr beschränkt. Sie betrug im Jahre 1956 23,2 Mill. t. Die Demontage nicht nur der kriegsindustriellen Werke, sondern auch des sog. überflüssigen Potentials ging weiter. Und schließlich hatten sich die Alliierten in einer Generalklausel das Recht gesichert, nach eigenem Ermessen sämtliche an die Bundesregierung abgetretenen Rechte wieder zurückzunehmen.

5½ Jahre später, am 5. Mai 1955, teilte der Bundeskanzler in einem an den Präsidenten des Bundestages gerichteten Schreiben mit, daß am selben Tag dieses Besatzungsregime beendet und der größere Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, seine Souveränität wiedererlangt habe. In der Proklamation der Bundesregierung an das deutsche Volk hieß es: „Wir sind ein freier und unabhängiger Staat. Was sich auf der Grundlage wachsenden Vertrauens seit langem vorbereitete, ist nunmehr zur rechtsgültigen Tatsache geworden: Wir stehen als Freie unter Freien den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden.“ Den 18 Millionen hinter dem Eisernen Vorhang rief die Bundesregierung zu: „Ihr gehört zu uns, wir gehören zu Euch; Ihr könnt Euch immer auf uns verlassen, denn gemeinsam mit der freien Welt werden wir nicht ruhen und nicht rasten, bis auch Ihr die Menschenrechte wiedererlangt habt und mit uns friedlich vereint in einem Staate lebt.“ (Beifall)

In dieser Proklamation der von uns getragenen Bundesregierung hat sich das Staats- und das Nationalbewußtsein der Christlich Demokratischen Union in einer ebenso schlichten wie präzisen Form ausgesprochen. Es ist ein Bewußtsein, dem die Einheit der Nation eine ganz selbstverständliche Verpflichtung geblieben ist. Es ist nicht auf die Ausgangsbasis „Bundesrepublik“ gerichtet, sondern es drängt auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit, auf die Wiederherstellung des Reiches. Mit dieser Feststellung beabsichtige ich nicht, irgendeine programmatische Stellungnahme zu beziehen zu dem einstweilen vollkommen überflüssigen innerdeutschen Streit um die künftige deutsche Reichsgrenze.

Diese Frage wird Gegenstand des von uns so schnell wie möglich angestrebten Friedensvertrages mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern in Ost und West sein. Sie heute zu einem Gegenstand innerdeutscher Auseinandersetzungen zu machen, halten wir zumindest für völlig sinnlos.

Fragen wir uns heute bei einem Rückblick nach acht Jahren, welches die wesentlichen Gründe gewesen sind, die dem größeren Teil Deutschlands zehn Jahre nach der Vollendung einer beispiellosen nationalen Katastrophe die Freiheit und die Rückkehr in die Weltpolitik gebracht haben, so lassen sich dafür vielerlei Gründe nennen. Ich greife drei davon heraus, drei, die mir am wichtigsten erscheinen:

Der Wiederaufstieg Deutschlands ist erfolgt im Zeichen der Einigung Europas, im Zeichen unserer entschiedenen Bundesgenossenschaft mit der freien Welt. Die Politik des Bundeskanzlers ist vom Petersberger Abkommen bis zu den Pariser Verträgen Schritt um Schritt mit einer beispielhaften Konsequenz bestimmt gewesen, von dem Willen, eine neue Epoche für Deutschland und Europa heraufzuführen (Beifall).

Wir sind von einem klaren und einheitlichen Bild der deutschen Zukunft ausgegangen. Es war verbindlich zusammengefaßt in der Parole des ersten Hamburger Parteitages: „Deutschland, sozialer Rechtsstaat im vereinten Europa.“ Zusammen mit unseren Koalitionspartnern haben wir christlichen Demokraten in den vergangenen acht Jahren unsere gesammelte Kraft daran gesetzt. Wir haben es getan, weil uns aus den dunkelsten Jahren unseres Lebens die unverlierbare Erkenntnis begleitet hat, daß wir, daß die Völker Europas keine Zukunft mehr haben, wenn wir es noch einmal versuchen mit den alten Theorien, Wertordnungen und Methoden der nationalstaatlichen Souveränitätspolitik. Kein Wort gegen das 19. Jahrhundert. Aber in der Mitte des 20. Jahrhunderts muß es mit ihm und seinen nationalstaatlichen Konzeptionen aus und zu Ende sein (Beifall).

Unser Zeitalter ist nicht nur, wie man es neulich immer wieder gesagt hat, das Zeitalter des Atoms. Nein, unser Zeitalter ist ebenso sehr auch das Zeitalter der Integration. Nicht nur Europa, sondern die ganze freie Welt wäre am Ende, wenn sich ihre Völker nicht dazu aufräfften, der gewaltigen Zwangsintegration von 900 Mill. Menschen unter der Führung Moskaus die freie Integration ihrer nationalen Kräfte in wirtschaftlicher, in kultureller, in militärischer und in politischer Hinsicht gegenüberzustellen (Beifall). Zu diesem geschichtlich, ja weltgeschichtlich bedeutsamen Grundkonzept unserer Zeit haben wir ja gesagt. Und dabei gedenken wir auch zu bleiben (Beifall).

Im Zeichen dieses unseres Bekenntnisses zur Einigung Europas und zur Integration der freien Welt im Rahmen des Nordatlantikpaktes ist Deutschland wieder auf die Füße gekommen. Als gleichberechtigter Partner seiner Verbündeten hat es einen neuen Rang und einen neuen

Stand in der Weltpolitik erworben, mit dem es, wie ich meine, vor seiner Geschichte zu bestehen vermag.

Ein zweiter Grund für diese Entwicklung und ihre Ergebnisse liegt aber nun auch unzweifelhaft in der großzügigen Beharrlichkeit und Beständigkeit des Mannes, den das Vertrauen der Christlich Demokratischen Union in das Amt der Staatsführung gerufen hat. Vor einigen Monaten hat sich der amerikanische Botschafter Conant in einer schlichten Tischrede vom Bundeskanzler verabschiedet. Für die wenigen, die dabei waren, wird diese Tischrede eine bewegende persönliche Erinnerung sein, denn hier hat ein Mann, der die inneren Zusammenhänge kennt, der im Kampf gegen Deutschland in seinem Land einmal eine bedeutende Rolle gespielt hat und der danach unsere Mühen und Sorgen aus nächster Nähe kennenlernte, dem geschichtlichen Tatbestand einen gerechten Ausdruck verliehen. Professor Conant sagte: „Es ist Ihnen, Herr Bundeskanzler, gelungen, das Ansehen und die Ehre Deutschlands in der Welt wiederherzustellen.“ (Starker Beifall und Bravorufe.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie wollten damit Conants Schlußworts zustimmen. Er schloß nämlich seine kurze Tischrede mit dem Satz: „Das allein ist schon eine Leistung von geschichtlicher Bedeutung.“ (Beifall.)

Den dritten Grund für das Erreichte sehe ich schließlich in dem Verzicht unserer Außenpolitik auf die Wiedergewinnung ehemaliger Machtpositionen. Ich freue mich, daß auch unser Freund Heinrich von Brentano grundsätzlich festgehalten hat an dem Verzicht auf jede Art von Prestigepolitik (Beifall). Uns war es nicht zu tun um die Wiederherstellung einer deutschen Großmachtposition, von Weltmacht ganz zu schweigen, und uns war auch nicht danach zumute, an einem offenen oder geheimen Wettbewerb um die Führungsposition in Europa teilzunehmen. Die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hat uns und unsere europäischen Partner zwar gezwungen, auf neuen Wegen das für richtig erkannte Ziel anzugehen. Ich glaube, man darf sagen, daß die gefährliche Krisis der europäischen Einigungspolitik nach dem Scheitern der EVG abgeschlossen ist mit der Ratifizierung der Verträge über den Gemeinsamen Markt. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Bundestag diesen Weg bestätigen wird. Mit dem Zustandekommen der ersten Phase des Gemeinsamen Marktes wird das Ziel der europäischen Politik, die Einigung und Festigung Europas, uns wesentlich näher sein als zuvor (Beifall).

Die Kritiker und Gegner unserer Politik sind nicht müde geworden, uns vorzuhalten, daß wir besessen von dem europäischen Integrationsgedanken und bezaubert von der Weltmachtposition Amerikas keine Rücksicht darauf nähmen, welche Verpflichtungen sich für uns ergeben aus der geographischen Position Deutschlands zwischen Ost und West und aus seiner geschichtlichen Situation, nämlich der Teilung des Deutschen Reiches. Man hat uns übelgenommen, daß wir der Neutralisierung Deutschlands schon lange im Ansatz widerstanden haben, und man hat uns bitter beföhlet, weil wir die amerikanisch-britisch-französische Sicherheitsgarantie an die Bundesrepublik und West-Berlin befestigt und verdichtet haben durch die Erbringung eines deutschen Ver-

teidigungsbeitrages im Gefüge der NATO. Ich halte es bei einem Überblick über diese acht Jahre für einen positiven Beweis der inneren Kraft und Klarheit der Christlich Demokratischen Union, daß wir schon im Anfang dieser Auseinandersetzungen Dr. Heinemann kompromißlos haben ziehen lassen (Beifall). Niemand konnte damals, als Dr. Heinemann von uns ging, mit Sicherheit voraussagen, welche Auswirkungen seine Trennung auf den Bestand der CDU und die öffentliche Meinung haben würde.

Ohne Rücksicht darauf, was damals und später für den Bundeskanzler und die Partei möglicherweise leichter, einfacher und vielleicht populärer gewesen wäre, ohne Rücksicht darauf haben wir die politischen Konsequenzen aus dem gezogen, was als Leitbild über all unserem Tun und Lassen stand. Dieses Leitbild stellt uns an die Seite der freien Welt. Wir waren niemals der Meinung, daß Sowjetrußland diese Grundstimmung des deutschen Volkes und sein Entschlossensein zur Freiheit ignorieren würde. Wir waren uns deshalb von Anfang an darüber im klaren, daß das Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands lang, zäh und bitter schwer sein würde.

Die Proklamation der Bundesregierung vom 5. Mai 1955, zum Tag der Souveränität, wurde von unseren Kritikern oft nur als die Bemäntelung einer Fiktion, einer Illusion mißdeutet. Sie glaubten, daß die Bundesregierung von ihrer neuen völkerrechtlichen Bewegungsmöglichkeit nur als Wurmfortsatz der Westmächte Gebrauch machen würde und Gebrauch machen dürfte. Welche Überraschung war es für diese Kritiker, als der Bundeskanzler nach den gescheiterten Genfer Viererkonferenzen die Einladung der sowjetrussischen Regierung annahm und sich im September 1955 zu einem offiziellen Besuch nach Moskau begab. Wir wissen, meine Freunde, daß dies auch innerhalb der Christlich Demokratischen Union keineswegs nur auf spontane Zustimmung gestoßen ist. Aber wir halten diese Entscheidung auch heute noch für richtig, denn zweierlei wurde damit erreicht:

1. Den deutschen Kriegsgefangenen in Rußland wurde das Tor in die ersehnte Freiheit aufgestoßen (Beifall) und
2. Die Bundesrepublik Deutschland war mit der Herstellung der offiziellen Beziehungen auch zu Moskau für jedermann erkennbar als selbständige Größe in die Weltpolitik zurückgekehrt (Beifall).

Das Unternehmen Hitlers hatte Deutschland zu einem bloßen Objekt, ja zu einer schwärenden Wunde der Weltpolitik gemacht. Die Politik Konrad Adenauers, getragen von der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union und gebilligt und bestätigt von der großen Mehrheit des deutschen Volkes, aber hat Deutschland wieder zu einem Subjekt, zu einem gleichberechtigten und verantwortlichen Mitgestalter seines eigenen Schicksals und der Weltpolitik gemacht (Beifall).

Man hat der Bundesregierung und dem Bundestag durch Jahre hindurch immer wieder den Vorwurf gemacht, daß ihre Arbeit, ihre Bemühungen und Beratungen von außenpolitischen Problemstellungen und Entscheidungen beherrscht würden. Diese Feststellung war gewiß nicht unrichtig. Aber die Kritik daran war falsch. Denn es war schließlich selbstverständlich, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und die plan-

volle Durchgestaltung unseres Staates zu einem sozialen Rechtsstaat nur möglich sein würden, wenn sie sich unter einem Schutz von großer Kraft und Zuverlässigkeit vollziehen könnten. Das Sicherheitsgefühl im deutschen Volk war nach den Erlebnissen unserer Generation so labil geworden, die Verluste an Gut und Blut und Heimat, die Millionen erlitten haben, sie waren so bestürzend, daß eine auf die Schaffung eines verlässlichen Schutzes gerichtete Außenpolitik die absolute Voraussetzung dafür war, die Menschen in allen Schichten Deutschlands nicht nur an die Arbeit zu bringen, sondern ihnen auch das Gefühl zu geben, daß es sich lohne, mit dem Ertrag dieser Arbeit vernünftig umzugehen. Der innere Zusammenhang zwischen Schutz- und Sicherheitspolitik, die sich in dem deutschen Wehrbeitrag zur NATO schließlich verdichtet hat, und der Festigung und Leistung unserer Wirtschaft ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Mit welcher Rasanz sich die in unserer Generation offenbar nie mehr ganz zu beseitigenden Urzustände von Angst schlagartig in den Vordergrund drängen und zu welchen unsinnigen wirtschaftlichen Maßnahmen sie zu verleiten vermögen, dafür haben wir in den Tagen der Suezkrise nicht nur in Deutschland, sondern auch bei unseren Nachbarvölkern einige Beobachtungen machen können.

Das Deutsche Volkseinkommen ist von 1949 bis zum Jahre 1956 von rund 63 Milliarden auf etwa 139 Milliarden angestiegen. Über die Leistung, die darin zum Ausdruck kommt, bin ich nicht berufen zu sprechen. Das bleibt schließlich unserem Freund Erhard auch auf diesem Parteitag vorbehalten (Beifall). Ich darf mir aber doch erlauben, im Rahmen dieses Überblicks zwei Bemerkungen zu machen:

1. Wir behaupten selbstverständlich nicht, daß an der Entwicklung dieser wirtschaftlichen Leistung im wesentlichen nur Menschen beteiligt waren, die von unseren Wirtschaftsgrundsätzen oder unserer Politik inspiriert waren. Davon kann natürlich keine Rede sein, denn der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands ist in der Tat eine Gemeinschaftsleistung der Arbeiter und der Unternehmer, der Freischaffenden und der Beamten, der Wissenschaftler und der Praktiker, der Bauern und der Städter. Ohne den Fleiß und die Mühe der vielen, vielen, die in ihrem politischen Urteil oft weit auseinandergehen, in ihrer Arbeitsleistung sich aber verbinden, stünden wir heute gewiß nicht da, wo wir sind.
2. Es gibt verschiedene Grundsätze des Wirtschaftens und verschiedenartige Leitbilder der Wirtschaft, über die vielleicht auch geredet werden kann. Sicher aber ist, daß die großartige Neuentfaltung der deutschen Wirtschaft sich nach einer Linie und aus einem Grundgedanken vollzogen hat, den unser Freund Erhard seit zwölf Jahren unablässig und mit größter Entschiedenheit zum Segen des deutschen Volkes vertreten und verfochten hat (Starker Beifall).

Dieser Gedanke, sein Gedanke, unser Gedanke ist die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen im Bereich einer mündigen, ihrer sozialen Funktion sich bewußten, vom Staat aber nicht gegängelten Wirtschaft (Beifall). Das Gesetz der Freiheit, das unsere Außenpolitik bestimmt hat, trägt auch unsere Wirtschaftspolitik.

Daß der Verzicht auf den staatlichen Dirigismus natürlich auch Risiken und Belastungen mit sich bringt, das haben wir alle mit beträchtlichem Mißvergnügen erlebt, als die Preise auch in Deutschland zu steigen und unaufhaltsam auf das Weltmarktniveau nachzuziehen begannen. Ich halte es nicht nur für selbstverständlich, sondern für berechtigt, daß innerhalb und außerhalb der Christlich Demokratischen Union immer wieder der dringende Wunsch laut geworden ist, daß die Bundesregierung dieser Entwicklung mit starker Hand einen Riegel vorschiebe. Nun, wir haben auch dafür Verständnis, denn wir sind nicht der Meinung, daß das Gesetz der Freiheit das Gesetz des Dschungels sein dürfe. Das Gesetz der Freiheit und das Gesetz des Dschungels sind zweierlei (Beifall).

Eine von uns getragene Regierung braucht den Kampf gegen die Auswüchse darum auch nicht nur mit Appellen an die Vernunft zu führen. Was immer jedenfalls von unserer Seite dafür zu tun ist, um den Ertrag redlicher Arbeit und das Sparbuch auch der kleinen Leute zu schützen, das muß von uns gewollt und energisch getan werden (Beifall).

So entschlossen wir dazu sind, meine Damen und Herren, so wenig sind wir doch bereit, uns in irgendeiner Weise von Stimmungsmache, von haltlosen Ansprüchen und den Unterstellungen der gegnerischen Propaganda beeinflussen zu lassen. Es ist eine unwidersprochene Feststellung, daß in der Bundesrepublik die Durchschnittslöhne seit 1950 um 54 Prozent gestiegen sind, die Preise hingegen nur um 13 Prozent. Das heißt tatsächlich so, wie es ein großes Blatt neulich mit Recht gesagt hat: „Die Kaufkraft unseres Arbeitslohnes hat sich in den letzten sechs Jahren um mehr als ein Drittel erhöht.“

Und die Sozialleistungen? Nun, unter der von uns getragenen Regierung sind sie von rund 5 Milliarden im Jahre 1950 auf rund 10,3 Milliarden im Jahre 1956 gestiegen. Der Anteil des Bundes beträgt daran allein 9,3 Milliarden.

Der Anteil des Bundes zum Beispiel an der Rentenversicherung einschließlich der knappschaftlichen ist auf das 7½fache des Jahresbeitrags von 1938 angewachsen. Wir haben uns in unserer ganzen Sozialpolitik, die allein auf die Kraft unserer Wirtschaft gegründet ist, von dem Gedanken leiten lassen, daß es die Pflicht des Staates sei, soweit als irgend möglich geradezustehen für die gewaltigen Verluste, die der größere Teil unseres Volkes ohne persönliches Verschulden zu ertragen hatte. Wir sind uns dessen bewußt, daß in vielen Fällen ein das Verlorene völlig ausgleichender Ersatz auch beim besten Willen nicht zu erbringen ist. Der Verlust des gefallenen Familienvaters, des Sohnes oder Bruders läßt sich eben nicht in Geld oder Rente ausgleichen (Beifall). Die verlorene Heimat ist auch nicht durch einen noch so redlichen Lastenausgleich zu ersetzen. Die Versehrtenrente ist in den allerwenigsten Fällen ein tatsächlicher Ersatz für die verlorene Gesundheit, und die verlorenen Ersparnisse und Vermögen können von den Alten und Kranken nicht noch einmal erworben werden, auch wenn unsere Wirtschaftskonjunktur eine noch so ausgezeichnete ist.

Aber gerade deshalb haben wir geglaubt, im Rahmen unserer Sozialpolitik das maximal Mögliche tun zu sollen und tun zu müssen. Das Ergebnis ist allerdings oft so einschneidend, daß die Kategorien der herkömmlichen Steuerpraxis dadurch gesprengt wurden. Es hat so etwas

wie eine Umschichtung der Besitzverhältnisse stattgefunden. Uns lag daran, diesen in vieler Hinsicht unvermeidlichen Vorgang nicht abrupt, nicht revolutionär zu vollziehen, sondern schrittweise ihn so einigermaßen tragbar zu machen für alle. Wir verkennen nicht, daß wir dabei nicht in allen Punkten und in jeder Einzelheit immer nur die vollendetsten Lösungen gefunden haben.

Aber es kann nach meiner Überzeugung noch viel weniger ignoriert werden, daß wir mit unserer sozialen Gesetzgebung, vom Lastenausgleich angefangen bis zur großen Rentenreform, allmählich jene Bauflucht erreicht haben, die im Grundgesetz niedergelegt ist. Als ein freiheitlicher, sozialer Rechtsstaat will sich nämlich die Bundesrepublik Deutschland verstanden wissen.

Ein freiheitlicher, sozialer Rechtsstaat soll sie nach unserem Willen auch deshalb sein, weil wir sie auch in dieser Hinsicht als eine Ausgangsbasis für die zukünftige freiheitliche, soziale und gesellschaftspolitische Neugestaltung des ganzen Deutschlands verstehen möchten.

Mit der gewaltigen Steigerung unserer Sozialleistungen muß zusammengehalten werden die Entwicklung des Bundeshaushaltes. Ich berühre damit ein nachdenklich ernstes Kapitel unserer allgemeinen Entwicklung. Das Volumen des Bundeshaushaltes hat sich von 1950 bis 1956 um 215 % vergrößert. Der Gesamthaushalt hat im Jahre 1950 16,3 Milliarden DM betragen, im Jahre 1956 35 Milliarden DM. Gewiß ist die Steigerung auch ein Ausdruck der steigenden Produktionskraft, der Steuerkraft und des Wohlstands in unserem Staat. Wir können davon nicht sprechen, ohne daß wir dabei auch dem Bundesfinanzminister, unserem geplagten Freund Fritz Schäffer, danken (Beifall). Dieser tapfere Mann feiert heute seinen 69. Geburtstag (Beifall). Wir möchten wünschen, daß wir es nicht nur tun in der Meditation einer weisen Lehre, die der Herr Bundespräsident dem sehr viel jüngeren Bundestagspräsidenten eines Tages angedeihen ließ mit dem Wort: „Gerstenmaier, die Politik kennt keinen Dank!“ Wir möchten, daß unser Freund jedenfalls davon überzeugt ist, daß wir wissen, daß wir ihm Dank schulden und daß wir dazu stehen (Beifall).

Die Christlich Demokratische Union hat den Gedanken des Staatssubventionismus niemals grundsätzlich abgelehnt. Sie hat das deshalb nicht getan, weil sie etwas davon weiß, daß sich ein moderner Sozialstaat mit einem einigermaßen ausgeglichenen Niveau nicht ohne das Hilfsmittel der staatlichen Subventionen verwirklichen läßt. Was wäre zum Beispiel aus dem Wohnungsbau in Deutschland geworden ohne die großartige soziale Investitionspolitik der Bundesregierung, des Bundestags, der Länder und der Gemeinden?

Wir haben auch dem Grünen Plan unseres Freundes Lübke deshalb zum Sieg verholfen, wir haben ihn durchgesetzt, weil wir der Meinung sind, daß das deutsche Bauerntum weder nur ein bevorzugter Stand in den Stunden der Volksnot noch der zur Verzweiflung verdamnte Stand in den Zeiten der industriellen Hochentwicklung sein dürfte. Uns ging es dabei auch um einen großangelegten materiellen Ausgleich. Aber noch wichtiger war uns dabei, Deutschland, dessen Schicksal es ist, ein hochindustrialisierter Staat zu sein, nicht der radikalen Verstädterung auszuliefern (Beifall). Der grüne Plan ist nach unserem Willen auch ein Beitrag zur Erhaltung unserer Volkskultur. Wir wollen in Deutschland

keine industriestädtische Monokultur oder Monozivilisation, sondern wir wollen alles tun, um Stadt und Land, Industrie- und Landwirtschaft in einem ausgewogenen und gesunden Verhältnis zueinander zu erhalten, daß es unserem ganzen Volke in die Zukunft hinein zum Segen gereicht (Beifall).

Es ist weder Romantik noch Gefühlsduselei, wenn wir darum ringen, daß unser Volk nicht nur Schritt zu halten vermag mit der industriellen Weltentwicklung, sondern sich auch die Verbundenheit mit Landschaft und Boden, mit Kultur und Heimat bewahrt. Ich bringe damit — mit der Wohnungsbaupolitik und dem Grünen Plan — nur zwei Beispiele, warum wir vor unserem Leitbild vom Staat auch Subventionen großen Stils zu vertreten wissen. Der Wille zur sozialen Gerechtigkeit verbindet sich dabei mit unserem Wunsch, alles zu tun, was für die Gesundheit unseres Volkes in der Vielfalt seiner Stämme, Schichten und Berufe möglich und notwendig ist, weil wir abgesagte Gegner des Kollektivismus sind, weil die Christlichen Demokraten zwar keine Individualisten, aber durch und durch Politiker des Personalismus sein müssen, scheuen wir uns nicht, auch die Mittel des Staates dafür in Anspruch zu nehmen (Beifall).

Aber damit stehen wir nun auch, meine lieben Unions-Freunde, vor einer inneren Schicksalsfrage unserer eigenen Politik. Es ist sicher wahr, daß unsere Sozialgesetze auch heute noch Lücken aufweisen. Ich möchte jedenfalls nicht in Abrede stellen, daß dies und jenes nachgeholt und noch auf einen ausgewogenen Stand gebracht werden muß.

Aber ich glaube doch, daß wir seit der Verabschiedung der Großen Rentenreform und der immer weiter betriebenen Verbesserung des Lastenausgleichs und der anderen großen Sozialgesetze allmählich, wie gesagt, die Grenze erreicht haben, die unsere Verfassung gezogen hat und die jedenfalls wir Christlichen Demokraten nicht nur deshalb einhalten müssen: In nicht wenigen Bereichen der Sozialgesetzgebung und der Sozialleistungen stehen wir nach meinem Eindruck auf der äußersten Grenze, die den Sozialstaat vom Wohlfahrtsstaat, vom haltlosen Gefälligkeitsstaat, ja vom Versorgungsstaat hochsozialistischer Prägung unterscheidet (Beifall).

Ich glaube, daß der Dritte Deutsche Bundestag entweder den freiheitlichen sozialen Rechtsstaat gegen diese Tendenzen des sozialistischen Versorgungsstaates erbittert verteidigen muß oder aber Hals über Kopf über die zugegeben unter Umständen schmale, aber scharfe Grenze stürzen wird, über die Grenze, die den sozialen Rechtsstaat vom Versorgungsstaat scheidet (Beifall).

Es gibt da Symptome, die gar nicht in eine Festrinde passen, die aber angesprochen werden müssen. Es gibt da einige Symptome im Staat, die auch die Gutwilligsten von uns stutzig machen müssen. Wenn ich mir die Töne anhöre, mit denen einige Studentenorganisationen in diesen Wochen gegen den Staat aufgetreten sind, wenn ich mir die Debatte um das Ladenschlußgesetz noch einmal vergegenwärtige oder wenn ich sehe, in welcher Ton- und Preislage es üblich geworden ist, hierzulande den Staat in Bausch und Bogen für Forderungen ohne alle Rechtstitel in Anspruch zu nehmen, dann kann ich nur sagen: Christlich Demokratische Union, hic Rhodus hic salta (Starker Beifall)!

Es darf in diesem Lande keinen Augenblick ignoriert oder vergessen werden, daß jeder Pfennig, der ohne zwingendes Recht oder hinreichende Rechtfertigung vom Staat gefordert wird, ein Anschlag auf das Eigentum des Nächsten ist (Zuruf: Sehr richtig! und Beifall)! Oder sind wir etwa schon so tief dem Massenwahn des Kollektivismus verfallen, daß uns gar nicht mehr bewußt wird, daß alles, was der Staat zu geben und zu vergeben hat, er anderen, doch gleichberechtigten Staatsbürgern wegnehmen muß (Sehr richtig! und Beifall)? Solange wir nicht die Staatsfinanzen aus dem Stickstoff der Luft gewinnen können, sondern sie auf dem Wege der Steuern, und das heißt der harten Zwangsaufgabe, uns und unseren Mitbürgern abverlangen müssen, solange muß jede Forderung und jedes Verlangen an den Staat, das finanzielle Auswirkungen hat, doppelt und dreifach unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, ob es wirklich staatsnotwendig oder sozial vertretbar ist. Sozial heißt dabei nicht nur an den möglichen Empfänger zu denken, sondern auch an den, dem es weggenommen wird (Sehr richtig! und Beifall). Wir Christlichen Demokraten können jedenfalls unter gar keinen Umständen mit einer anderen Grundeinstellung diese Kardinalfrage der inneren Gestaltung unseres Staates weiterbehandeln.

Wir bejahen — ich sage das noch einmal — den sozialen Rechtsstaat und das heißt, die Verpflichtung des Staates, der sozialen Gerechtigkeit nicht nur mit Lippenbekenntnissen dienstbar zu sein. Wir haben das getan, ich sage noch einmal, wir haben es getan bis zu den Konsequenzen einer Umschichtung, da und dort sogar einer Neuordnung der Besitzverhältnisse, siehe Lastenausgleich. Aber wir lehnen strikt und mit allen Konsequenzen jenen sozialistischen Grundgedanken ab, der auch nach der vorsichtigen Formulierung der Reform-Sozialisten von heute darin besteht, daß — ich zitiere wörtlich — „jeder für die Allgemeinheit leistet, was in seinem Vermögen und in seiner Kraft steht und daß jeder von dieser Allgemeinheit wieder zurückerhält, was er braucht, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.“

Ich habe diesen Satz schon einmal auf dem Stuttgarter Parteitag zitiert. Meine Damen und Herren! Die Situation ist so, daß ich auch heute nicht auf ihn verzichten kann. Denn in dieser Form allein ist der Marxismus in der Bundesrepublik heute noch eine Realität, ja eine ungewöhnlich große Gefahr (Sehr richtig! und Beifall). Je weniger kämpferisch, je humaner er in solchen und ähnlichen Formulierungen erscheint, desto gefährlicher ist er in der politischen Realität, desto verführerischer ist er für die Massen, desto wachsam und entschiedener müssen wir ihm in unseren eigenen Reihen begegnen (Beifall). Zu diesem so human aussehenden Konzept sagen wir mit größter Entschiedenheit nein. Denn wenn wir auch wissen, daß Aristoteles recht hat, wenn er den Menschen ein staatsgebundenes Wesen nennt, so bedeutet das doch nicht, daß die Existenz des Menschen schlechthin auf den Staat gegründet werden dürfte.

Wir wollen, daß der Mensch so unabhängig als möglich auf den eigenen Füßen steht, denn nur insoweit steht und strebt er nach Freiheit. Unsere Pflicht und Aufgabe besteht darin, den einzelnen im Grundzusammenhang der kreatürlichen Ordnung der Familie, der Nachbarschaft zu schützen, seine Initiativkraft und seinen Wagemut zu stärken und den persönlichen Fleiß und Einsatz nicht mit der Konfiszierung

seiner Erträge zu bestrafen. Unsere Aufgabe besteht gerade nicht darin, etwas zu tun, was immer mehr Menschen mit ihrer Existenz in die Abhängigkeit vom Staat und seiner organisatorischen Großmacht bringt. Zwischen uns Christlichen Demokraten und dem kollektivistischen Trend des modernen Massenstaates besteht nun einmal Todfeindschaft! Das muß gewußt und das muß auch gewollt werden.

Wir können uns mit anderen Parteien, wie wir es tatsächlich auch oft getan haben, über viele Einzelheiten der Sozialgesetzgebung und der Staatsorganisation verständigen. Aber wir müssen unter allen Umständen auf der lauterer Erhaltung dieser unserer Grundposition bestehen. Wir müssen uns für sie so verkämpfen, daß jedermann im deutschen Volk das Grundproblem, um das es geht, zum Bewußtsein kommt.

Ich bin nicht der Mann, Gegensätze zwischen den Parteien unnötig zu vertiefen. Es wäre ein Gewinn, sage ich, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie vollends losringen würde vom sozialistischen Doktrinarismus und von der Ideologie des angelsächsischen Wohlfahrts- und Versorgungsstaates und seiner Medialisierung des Einzelnen durch den Staat. Und es wäre ein Gewinn für Deutschland, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie mit uns etwa so, wie es die Republikaner und Demokraten in den Vereinigten Staaten von Amerika tun, auf den Boden des Personalismus, der persönlichen Freiheit und Verantwortung stellen würden. Das wäre ein Weg auch zur Entmythologisierung und zur Entideologisierung des deutschen politischen und Parteilebens. Solange aber nichts geschieht, wird es in Deutschland bei den fundamentalen Meinungsverschiedenheiten über die innere Gestaltung des Staates und die Richtigkeit der Gesellschaftspolitik bleiben müssen.

Diese durch die moderne staatliche Entwicklung bedingte Zuspitzung der Probleme, die wir uns hier stellen, hat nichts mehr zu tun mit dem alten Kampfschema bürgerlich und proletarisch. Weder der eine noch der andere Begriff hat heute in unserem Staat noch eine wirkliche Aussagekraft (Sehr richtig! und Beifall). Weit eher hat das, wovon wir hier reden, was wir hier tun, mit der Grundlinie des christlich verstandenen Naturrechts und — dabei bleibe ich — mit der Grundtendenz des christlichen Personalismus zu tun. Beide verweigern auf das entschiedenste die Gleichschaltung mit den Tendenzen des Kollektivismus unserer Zeit. Wir werden alles dafür tun, daß es niemals mehr in Deutschland für irgend jemand einen Rückfall in die proletarische Existenz gibt. Aber wir haben auch nichts im Sinne mit der Mentalität des alten Besitzbürgertums. Im Fegefeuer der großen Heimsuchungen der Nation sind uns diese alten Klischees und Klasseninstinkte abhandengekommen. Wir bekämpfen nicht die Ladhüter der Vergangenheit, uns ist es zu tun in alledem, wovon wir hier reden, um den Menschen und den Staat, um den Rang und die Würde des nach dem Bilde Gottes geschaffenen Menschen in der großen Organisation der modernen Gesellschaft. Dieser Rang darf nicht gebrochen und nicht bewirtschaftet werden vom Kollektiv, gleichgültig, ob es sich nun darstellt in der Organisation des Staates oder der modernen Großverbände. Auch ihnen gegenüber können wir nur noch einmal sagen, daß wir den Menschen nicht deshalb vor dem Staat in Schutz nehmen, um ihn um so hilfloser der Bewirtschaftung durch Großverbände zu überlassen (Beifall).

Es wäre indessen eine völlig falsche Konsequenz, meine Freunde, aus dem, was ich Ihnen gesagt habe, zu folgern, daß wir den Staat nur als eine schwächliche Rahmenorganisation oder als Nachtwächterstaat für wünschenswert halten. Keine Spur. Wir möchten, daß der Staat in den ihm gezogenen und gebotenen Grenzen bleibt. Wir sind für keine Ausweitung dieser Grenzen und Kompetenzen zu haben; die nicht unerläßlich notwendig ist. Aber wir sind der Meinung, daß innerhalb dieser Grenzen und innerhalb dieser Kompetenzen der Rechtsstaat Anspruch auf Respekt und Autorität besitzt. Und diese Autorität wird untergraben, wenn der Staat nicht nach strengen rechtlichen, sittlich verantworteten Grundsätzen verfährt. Der Staat wird nicht gestärkt, sondern ruiniert, wenn er anfängt, statt nach dem Recht nach der Gefälligkeit dieser oder jener Gruppe gegenüber zu handeln. Und der Staat, gerade der demokratische Staat, wird korrumpiert und ruiniert, wenn die nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie erteilten Mandate nicht mit der Autorität und mit der Macht ausgestattet werden, die ihnen zukommen.

Ich breche ab. Die Aufgabe dieser Stunde konnte und sollte es nicht sein, einen auch nur einigermaßen zureichenden Rahmenbericht über das zu geben, was die Christlichen Demokratische Union im Laufe dieser acht Jahre angestrebt, was sie erreicht und was sie nicht erreicht hat. Wir leiden darunter, daß es uns nicht gegeben war, über unsere Ausgangsbasis in der Bundesrepublik bei unserem Ringen um die Wiederherstellung des Deutschen Reiches wesentlich hinauszukommen. Die Wiederangliederung des Saargebietes haben wir dankbar begrüßt. Sie ist ein charakteristisches Ergebnis der Richtigkeit unserer Außenpolitik (Beifall), ein klassischer Beweis auch für die Richtigkeit ihrer Methoden. Denn was auch immer darüber gesagt und geschrieben wurde: **Den status quo an der Saar hat niemand und nichts anderes aufgebrochen als die Politik Konrad Adenauers (Beifall).** Und was auch immer dagegen gesagt wird: Es ist ein unwiderlegbarer geschichtlicher Tatbestand, daß allein dadurch der Weg zum Wiederanschluß an das angestammte Vaterland geöffnet wurde.

Das Ringen um die äußere Wiederherstellung Deutschlands in einem neugeordneten Europa und im Kampf um die freiheitliche, soziale, rechtsstaatliche Durchgestaltung des vereinten Deutschlands wird für uns und das ganze deutsche Volk noch lang und hart sein.

Wir haben im Ringen dieser acht Jahre nicht wenige teure Freunde verloren. Einiger haben wir hier gedacht. Der Tod hat sie uns von der Seite gerissen, und nicht selten war dieser Tod eine Folge ihres treuen Dienstes. Ungezählte andere haben an sichtbarer oder unsichtbarer Stelle innerhalb der Christlich Demokratischen Union durch hingebende Mitarbeit, durch Mühen, Plagen, Hoffen und auch Erleiden oft über das Maß ihrer Kraft hinaus dazu beigetragen, daß wir heute stehen, wo wir sind. Ich kann deshalb von der Politik, von dem Ringen und dem Mühen der Christlich Demokratischen Union in diesen acht Jahren nicht sprechen, ohne ihrer aller, der Toten wie der Lebenden, dankbar zu gedenken.

In seinem berühmten siebenten Brief hat Plato, der alternde, von der Größe und dem Leid der Politik gezeichnete Philosoph geschrieben, daß es nicht möglich sei, Politik zu treiben ohne die Gemeinschaft

treu verbrüderter Gefährten. Das ist wahr. Das haben auch wir, das hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands, so jung sie ist, sie hat es erfahren. Wir können unserer Aufgabe auch in Zukunft nur folgen, wenn wir das bleiben und immer von neuem werden: eine Gemeinschaft treu verbrüderter Gefährten.

Wir sind eine Gemeinschaft, in der ganz Deutschland im Kern präsent ist. Hier sind die Eingesessenen und hier sind die Vertriebenen, die neuen Stand gewonnen haben, hier sind die Unternehmer und hier sind die Arbeitnehmer, hier sind die Beamten und hier sind die Bauern, hier sind die Handwerker und hier sind die Gelehrten, hier sind die Katholiken und hier sind die Protestanten. Hier sind sie nicht gegeneinander, hier sind sie miteinander.

Gewiß, es gibt nicht wenige Meinungsverschiedenheiten auch zwischen uns, und es gibt große Verschiedenheiten der Temperamente und der Begabungen. Es gibt auch beträchtliche Verschiedenheiten der sogenannten Interessen unter uns. Fragt man uns aber, was uns denn in alle dem zusammenhalte, so möchte ich mit keinem Geringeren als Blaise Pascal, vor dem wir in Ehrfurcht uns verneigen, sagen, daß wir die Erfahrung gemacht haben, daß die Gerechtigkeit in dieser Welt ohnmächtig ist ohne die Macht, daß die Macht aber tyrannisch ist ohne die Gerechtigkeit. Weil es aber um des Landes, weil es um des Friedens, weil es um der Gerechtigkeit willen notwendig ist, geschlossen und mächtig zu sein, darum haben wir uns zu einer christlichen Union die Hand gereicht, und wir gedenken, damit auch das Kommende zu bestehen (Bravo! und starker Beifall)!

1. Plenarsitzung

Die Sitzung wird um 16 Uhr eröffnet.

Vorsitzender Johnen:

Sehr verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne hiermit die erste Plenarsitzung unseres Parteitages. Die Begrüßungsworte sind bereits am Vormittag gesprochen worden. Heute vormittag waren die Vertreter der CSU nicht anwesend. Nunmehr ist zu uns gekommen der Vorsitzende der Christlich Sozialen Union Bayerns, Herr Minister Dr. Seidel, den ich hiermit auf das herzlichste begrüße (Beifall). Bei der großen Anzahl der anwesenden Bundesminister passiert es leicht, daß schon einmal einer vergessen wird. Das Schicksal traf diesmal Herrn Bundesminister Prof. Dr. Oberländer. Auch er sei herzlich begrüßt (Beifall). Ich darf noch einige Bemerkungen zur Geschäftsordnung machen. Am gestrigen Abend konnte der Bundesparteiausschuß nur kurz tagen, da der Raum wenig geeignet war. Die Sitzung des Parteiausschusses findet statt am Mittwoch, den 15. Mai, um 9 Uhr im Restaurant Rosenhof in Planen und Blumen.

Unser Erster Vorsitzender, der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, hat mit der ihm eigenen Autorität den Programmpunkt über die einzelnen Kommissionen heute vormittag schon vorweggenommen. Ich darf aber das Ergebnis der Abstimmung nochmals bekanntgeben. Zum Redak-



Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier, stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands,
im Gespräch mit Dr. Adenauer



Staatsminister a. D.
Dr. Seidel,
Vorsitzender der CSU,
überbrachte die Grüße
der Schwesterpartei

tionskomitee gehören folgende Herren: Dr. Gerstenmaier, Arndgen, Dr. Gradl, Dr. Heck, Dr. Hellwig, Kiesinger, Dr. Meyers, Dr. Pettenberg und Dr. Schröder; zur Mandatsprüfungskommission die Herren Dr. Fay, Müllenbach und Zettel. Ich darf der Ordnung halber feststellen, daß auch die Plenarsitzung mit diesen Vorschlägen einverstanden ist. Ich darf nunmehr bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Seidel:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, für die Christlich Soziale Union in Bayern dem Parteitag der CDU freundschaftliche Grüße und den aufrichtigen Wunsch für sein Gelingen zu übermitteln. Ich sehe im Programm, daß jetzt Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste stattfinden sollen. Ich bin kein ausländischer Gast, aber die CSU ist aus einer Reihe von guten Gründen eine selbständige und unabhängige Landespartei. Das ändert nichts an der Tatsache, daß sie sich in allen wesentlichen Punkten unserer Innen- und Außenpolitik mit der CDU in völliger Übereinstimmung befindet und daß sie sich schon wegen des gemeinsamen weltanschaulichen Fundaments mit der CDU in einer kameradschaftlichen und unerschütterlichen Gemeinschaft verbunden fühlt (Beifall).

Es sieht so aus, als ob diese ideelle und sachliche Verbundenheit auch in der Zukunft unentbehrlich und von entscheidendem Werte sein wird. Unsere Gegner werden mit allen Mitteln versuchen, die Erfolge der Unionspolitik zu vernebeln und vergessen zu machen. Sie wissen sehr genau, daß die Leistungen der Union in der Vergangenheit jeder kritischen Betrachtung standhalten. Was von einer Partei, die in der Regierungsverantwortung steht, an Anstrengungen, an Ideen und Entscheidungen erwartet werden konnte, ist von der Union geleistet worden. Die Union hat in einem ungewöhnlichen Ausmaß Verantwortung übernommen und getragen. Sie hat in einem der dunkelsten Abschnitte unserer vaterländischen Geschichte das Tor geöffnet, durch das unser Volk wieder hinaustreten konnte in das Licht des geschichtlichen Raumes (Beifall). Sie hat unter Konrad Adenauer eine Entwicklung eingeleitet, die aus politischer und wirtschaftlicher Ohnmacht zu internationaler Geltung und zu einem erstaunlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau führte. Das wissen unsere Gegner, und deshalb benutzen sie die große Unruhe unserer Zeit, um aus den schwer erkennbaren Umständen und Bedingungen der Zukunft jene Angst zu begründen, die verängstigte Menschen auf ihren Weg locken sollen. Auch wenn man dem gesunden Menschenverstand größeres Vertrauen entgegenbringt, als es gelegentlich geschieht, auch wenn man der Urteilskraft des Staatsbürgers mehr Vertrauen entgegenbringt, als es ebenfalls gelegentlich geschieht, darf man die Vernebelungstaktik unserer Gegner, ihre Neidstrategie und ihre Spekulationen auf die Vergeßlichkeit der Menschen nicht gering achten. Die Angst ist zwar ein schlechter Ratgeber, und Vergeßlichkeit fördert nicht die Einsicht, aber Angst und Vergeßlichkeit sind nun einmal menschliche Eigenschaften, die oft genug vernünftige Entwicklungen unterbrochen und gegen alle Vernunft die Dinge umgekehrt haben.

Deshalb werden wir, die CDU und die CSU, in den nächsten Monaten und Wochen in solidarischer Überzeugung und Anstrengung das Uns-

rige tun müssen, um durch eine klare und verständliche Rechtfertigung unserer Politik in der Vergangenheit und durch eine ruhige Darstellung unserer Absichten für die Zukunft die Verwirrung zu beseitigen und die Menschen sicher zu machen. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß sich die Wahrheit immer und in jedem Fall von selbst offenbare, wenn sie nur nicht unterdrückt wird. Auch die Wahrheit muß kenntlich gemacht werden. Es gibt genug Beispiele in der Geschichte, die uns zeigen, daß der Irrtum triumphierte, weil die Wahrheit nicht in das Bewußtsein der Menschen gelangte.

So betrachtet, kommt dem Parteitag der CDU in diesem Wahljahr eine besondere Bedeutung zu; er muß dazu beitragen, die Dinge klarzustellen und die Tatsachen ins rechte Licht zu rücken. Das ist keine Sache politischer Geschicklichkeit allein, sondern eine Sache strenger geistiger Auseinandersetzung. Unter dem Mantel der intellektuellen Unfehlbarkeit kann diese Auseinandersetzung nicht geführt werden. Es ist notwendig, den Nebel zu zerreißen, in den unsere Gegner die Tatsachen und die Wirkungen hüllen wollen. Nur selten wird sichtbar, daß sich manche Dinge selbst widerlegen. Auf jeden Fall kann man nicht darauf warten, bis sie es tun. Man muß die Widerlegung in die eigene Verantwortung nehmen. Wenn deshalb diesem Parteitag die Rechtfertigung unserer Politik und eine überzeugende Begründung unserer Absichten gelingt, ist eine wertvolle Arbeit geleistet. Die Christlich Soziale Union wünscht Ihnen dazu Glück und Segen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Ich darf auch Ihnen, Herr Staatsminister Dr. Seidel, für Ihre Erklärungen und liebenswürdigen Worte unseren herzlichen Dank sagen. Wir wünschen Ihnen, daß Sie sich in Hamburg auch so wohlfühlen, wie es die Norddeutschen und die Westdeutschen seit Jahren in Bayern tun (Beifall).

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich ein Telegramm verlese:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen erlaubt sich, allen Delegierten des Bundesparteitages seine besten Grüße zu übermitteln. Der Reichsbund wünscht Ihnen und Ihrer Tagung einen guten Erfolg.

Paul Neumann, Senator, 1. Bundesvorsitzender,

Hugo Raum MdB, 2. Bundesvorsitzender,

Rudolf Dittmer, Bundesgeschäftsführer.

(Beifall.)

Noch ein weiteres Telegramm:

Zentralverband der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten wünscht Parteitag nützlichen Verlauf, volle Anerkennung für Johannes Kunze mit seinen unbestreitbaren Verdiensten um Lastenausgleich einschließlich Gleichberechtigung gegenüber anderen geschädigten Gruppen. Erwarten stärkere organisatorische Berücksichtigung innerhalb der Partei.

Dr. Herdach, geschäftsführender Vorsitzender

(Beifall.)

Von den ausländischen Gästen schenkt uns nun als erster die Ehre seines Wortes Herr

Staatsminister de Schryver,

Präsident der Nouvelles Equipes Internationales (NEI).

(Er erhält nach seiner in französischer Sprache gehaltenen Begrüßungsansprache starken Beifall.)

Übersetzung durch Herrn Dr. Schwarz von Liebermann:

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie um Nachsicht bitten, wenn ich als Dolmetscher ad hoc versuche, das eben vom Herrn Vorsitzenden Gesagte zu tun. Herr Minister Schryver hat zunächst den Gruß der Nouvelles Equipes Internationales übermittelt, jener Organisation christlicher Demokraten nicht nur europäischer Länder, sondern — wie wir heute hinzufügen können — auch von Ländern jenseits dieses Kontinents. Er beschwor den Augenblick herauf, als vor wenigen Wochen in Arezzo in Italien ein Kongreß der Nouvelles Equipes Internationales stattfand, ein Kongreß, von dem er mit Recht sagte, daß er unvergeßlich sei. Und das war schon die Überleitung zu jenem anderen Zeitpunkt, als in Bad Ems vor einigen Jahren die Nouvelles Equipes Internationales ihre erste internationale Tagung auf deutschem Boden abhielt. Mit Recht beschwor Herr Minister Schryver noch einmal den Geist dieser Tagung herauf. Er erinnerte daran, daß hierbei die persönliche Assoziation im Hintergrunde stand und die erste Etappe eines großen Werks vollzogen wurde. Er erinnerte an die Wiedergewinnung der Souveränität für die Bundesrepublik und sagte zu der Gestalt des Bundeskanzlers: Damals war er ruhig und zuversichtlich; heute ist er ruhig und zuversichtlich, wie immer vor, während und nach dem Siege und Erfolg!

Herr de Schryver führte dann aus, wie in den letzten Jahren und Monaten die Gemeinschaft christlicher Demokraten immer enger geworden sei und sich das Werk immer mehr verfestigt habe. Das Ziel, das vor uns steht — so sagte er —, ist mehr als eine Vereinigung freier Nationen. Ihm obliege es nicht, im Namen eines Landes, einer Landespartei oder einer staatlichen Organisation zu sprechen. Er wolle nicht Parteipolitik treiben, und dennoch wage er es im Auftrage des Geistes, der über diesem Werk stehe, zu sagen: Mit Europa um Europas willen zu einer Gemeinschaft christlicher Demokraten, die die Aufgabe der Zukunft bewältigen könne (Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Ich darf zunächst in Ihrem Namen Herrn Staatsminister de Schryver herzlichen Dank für seine Ausführungen sagen. Auf allen unseren Parteitagen ist immer wieder betont worden, daß gerade die CDU aus ganzem Herzen ein gutes Verhältnis zu Frankreich will. Ich glaube auch, der Wunsch des Herrn Minister Schryver, eine Europa zu schaffen, findet leidenschaftliche Advokaten bei uns in der CDU in ganz Deutschland (Beifall).

Für die Democrazia Christiana Italiens spricht nunmehr Frau

Else le Conci:

Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Werte Freunde! Schon zum zweitenmal habe ich die Ehre und den für mich sehr angenehmen Auftrag, den Herrn Fanfani, den Vorsitzenden unserer Partei, auf Ihrem

Parteitag zu vertreten. Voriges Jahr haben ihn die Gemeindewahlen in Italien zurückgehalten; dieses Mal ist es die leider unerwartete Regierungskrise, die ihn zurückhält. Diese Krise wird nicht leicht zu überstehen sein, doch mit Gottes Hilfe werden wir sie überstehen. Herr Fanfani wollte dieses Mal selber kommen, um Ihnen, Herr Bundeskanzler, und den werten Freunden der CDU die tiefempfundene Freundschaft der Democrazia Christiana mit Ihrer Partei auszusprechen. Er wollte Ihnen auch sagen, mit welch großem Interesse, mit welcher Bewunderung und Befriedigung wir alle dem steilen Aufstieg auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete Ihres großen Landes zusehen. Es ist ein außerordentlich großer Aufstieg, den Deutschland — und die Festrede von Herrn Dr. Gerstenmaier heute vormittag hat dies glänzend bewiesen — zum größten Teil der CDU verdankt. Die Democrazia Christiana und die CDU vereint nicht nur der gemeinsame Glaube an die höchsten Ideale, die der Bundeskanzler heute vormittag so bezeichnend als das Fundament christlicher Humanität herausstellte, nicht nur der unerbittliche Kampf gegen die größte Gefahr, die unsere Völker bedroht, den Kommunismus, sondern auch — erlauben Sie, daß ich das sage — das Andenken an einen Mann, den Italien noch immer beweint, einen Mann, der Ihres Landes, Ihrer Partei und Ihres Bundeskanzlers großer Freund war. Uns und auch die anderen christlich demokratischen Parteien vereint der unerschütterliche Wille, ein einiges Europa zu schaffen.

Sie haben schon, werte Freunde des Bundestages, begonnen, über den Gemeinsamen Europäischen Markt zu sprechen. In Italien war eine Besprechung im Ausschuß für vorigen Mittwoch angesagt. Die Krise hat diese Besprechung verspätet, doch als Generalsekretär unserer Fraktion im Parlament kann ich Ihnen versichern, daß unsere erste Sorge sein wird, dies zu tun, sobald wir die parlamentarische Arbeit wieder aufnehmen können (Beifall).

Es war für uns christliche Demokraten Italiens eine große Freude, die Vertreter Ihrer Partei und die Mitglieder der anderen Parteien Europas in Arezzo begrüßen zu können. Die Anwesenheit von Vertretern unserer Brüder aus dem gemarterten, heldenmütigen Ungarn, aus Polen, Jugoslawien und den anderen Ländern, die unter dem Druck der schrecklichsten aller Diktaturen leiden, war für uns eine ernste Mahnung, mit noch größerer Kraft, mit noch stärkerem Willen, mit noch festerem Glauben dahin zu wirken, daß das Ziel erreicht wird, das in Ihrem Jahrbuch so gut herausgestellt ist: Die Freiheit Europas nicht nur zu erhalten, sondern auch für diejenigen, die in Knechtschaft leben, die Freiheit zu erringen (Beifall). Den Frieden zu erhalten und die Einheit Deutschlands zu erringen, dieses heiße Streben Ihres Volkes ist nicht nur ein deutsches Problem, es ist auch ein großes europäisches Problem (Beifall).

Alle echten Europäer haben den brennenden Wunsch, daß die Einheit Deutschlands bald zur Wirklichkeit werde. Wir wissen, mit welch verantwortungsvollem Sinn — der angespannten weltpolitischen Lage bewußt — die CDU, aber auch mit welch zäher Ausdauer und energischer Kraft sie dahin wirkt.

Es ist, werte Freunde, für Deutschland ein wichtiges Jahr. Es ist schon wieder ein Wahljahr. Aus ganzem Herzen, Herr Bundeskanzler und

werte Freunde, wünsche ich im Namen der Democrazia Christiana und — ich bin sicher — im Namen aller freien Völker Europas Ihnen und der CDU, daß Sie den größten Erfolg haben; denn wir wissen, daß der Sieg der CDU in Deutschland nicht nur ein Sieg für Deutschland ist, sondern auch ein Sieg für die Freiheit und den Frieden in ganz Europa und in der Welt (Starker Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Auch Ihnen, verehrte gnädige Frau, ein herzliches Wort des Dankes. Wir sind Ihnen insbesondere dankbar, daß Sie diese guten Worte für die Einheit Deutschlands gefunden haben (Lebhafter Beifall). Wir bitten Sie, auch unsere besten Wünsche für Ihre Partei in Ihr Heimatland mitzunehmen. Geben Sie dort die Versicherung, daß wir auch für Ihre Sorgen das notwendige Verständnis haben (Beifall).

Für die Christlich Soziale Partei Belgiens spricht nunmehr Herr

Präsident Lefèvre:

Er hält die Begrüßungsansprache in flämischer und französischer Sprache. Übersetzung durch Dr. Schwarz von Liebermannn:

Herr Präsident Lefèvre beschwor zunächst den Augenblick von heute morgen herauf, als Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier die CDU eine schwierige Partei nannte. Er sagte, er bringe den Gruß einer Partei, die noch schwieriger sei als die CDU, nämlich der Christlich Sozialen Partei Belgiens, noch schwieriger deshalb, weil es neben den Schwierigkeiten, die ohnehin immer die Einheit und Geschlossenheit einer politischen Gruppierung belasten, hier zwei Völker, zwei Rassen seien, die sich hier begegneten und zu einem gemeinsamen Handeln finden müßten.

Herr Lefèvre sagte dann, das Ausland schaue voller Bewunderung auf das Werk, das hier in den letzten Jahren geschaffen worden sei. Und dieses Werk sei untrennbar verbunden mit dem Namen des Bundeskanzlers, der zusammen mit Männern wie Robert Schumann und Alcide de Gasperi dafür gesorgt hätte, daß Europa wieder einen Anspruch darauf habe, an sich selbst zu glauben. Heute stünde Deutschland als Verbündeter unter Verbündeten. Gleichzeitig seien sich alle darüber klar, daß es Friede in Europa und die Kraft und Selbstständigkeit eines europäischen Wollens nicht gebe ohne Deutschlands Beitrag hierzu. Ich hoffe, so führte er zum Schluß aus, daß die Kleinlichkeit, daß die mesquinerie — jenes unübersetzbare Wort — im Politischen nicht den Blick für das Maß und für die Proportionen des Geschehenen überschatten wird. In diesem Sinne den herzlichsten Glückwunsch der Christlich Sozialen Partei Belgiens für unsere Union (Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Ich darf auch Herrn Präsidenten Lefèvre für seine liebenswürdigen Worte herzlichen Dank sagen. Nun spricht für die Katholische Volkspartei Hollands Herr

Präsident van Doorn:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Liebe Freunde von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Es ist mir eine besondere Ehre, Ihnen die Grüße der Katholischen Volkspartei der Niederlande und auch die der beiden evangelischen Parteien Hollands zu Ihrem Bundes-

parteitag zu überbringen. Sie mögen davon überzeugt sein, daß wir in den Niederlanden den Arbeiten Ihres Parteitages einen großen und nachhaltigen Erfolg wünschen. Es ist gewiß nicht das erstmal, daß es uns vergönnt ist, einer Tagung der Christlich Demokratischen Union beizuwohnen. Es ist glücklicherweise schon zu einer guten Tradition geworden, daß sich die Vertreter der christlich demokratischen Parteien Europas regelmäßig auf nationalen und internationalen Kongressen treffen und dazu beitragen, daß eine Gemeinschaft der Überzeugung und des Handelns wächst.

Dieses Mal aber kommt der Tagung der CDU Deutschlands eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie stehen vor einer sehr schwierigen Zeit des politischen Kampfes, des Wahlkampfes, der in den nächsten Wochen und Monaten seinen Höhepunkt erreichen wird. Wir wollen Ihnen aus diesem Grunde sagen, wie sehr wir Ihnen einen vollen Sieg bei dieser Bundestagswahl wünschen, nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern auch im Interesse der christlichen und demokratischen Idee und im Interesse der europäischen und westlichen Zusammenarbeit überhaupt. Lassen Sie mich offen sagen — vielleicht glauben Sie das, meine Damen und Herren, einem Ausländer eher als einem Ihrer Landsleute —: Unter der weisen Führung Ihres sehr verehrten Parteivorsitzenden, des Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, ist es der Christlich Demokratischen Union gelungen, Deutschland wieder zurückzuführen in die Gemeinschaft der freien Völker, wieder zurückzuführen zu Wohlstand, zu Sicherheit und Ordnung und es wieder zu einem wertvollen und aktiven Bundesgenossen der freien Völker zu machen, der das Vertrauen aller Wohlgesinnten genießt. Diese ungeheure politische Leistung ist eine historische Tat, die für immer mit dem Namen Adenauer und mit dem Namen der Christlich Demokratischen Union verbunden bleiben wird (Lebhafter Beifall).

Es ist für Deutschland und für Europa von größter Bedeutung, daß Sie Ihre Arbeit auch in Zukunft mit derselben Energie und Überzeugungskraft fortsetzen können. Gerade darum wünschen wir Ihnen von Herzen Anerkennung und Erfolg bei den Arbeiten dieses Kongresses und in der Zukunft. Wir hoffen, mit Ihnen weiterhin Schulter an Schulter arbeiten zu können auf allen Gebieten der europäischen und westlichen Zusammenarbeit, um so der Gesellschaft, der Kultur und der sozialen Gerechtigkeit aus christlichem Geiste dienen zu können und gemeinsam für Freiheit und Frieden auf der ganzen Welt einzutreten.

Es ist auch uns in den Niederlanden bewußt, daß das deutsche Volk unter der Teilung Deutschlands leidet wie an einer blutenden Wunde. Wir können Ihnen aber die Gewißheit geben, daß wir niemals mit dieser Teilung einverstanden sein werden, wie wir auch niemals einverstanden sein werden mit der Unterdrückung der Freiheit in den übrigen Teilen Osteuropas, wo auch immer in der Welt (Lebhafter Beifall). Wir werden niemals eine Wiedervereinigung Deutschlands gutheißen können, die Ostdeutschland die Rückgliederung bringt, aber ganz Deutschland die Freiheit raubt (Beifall).

Sie können davon überzeugt sein, daß sich tatsächlich schon eine echte und tiefverankerte europäische Gemeinschaft gebildet hat, in der jedes Volk die Sorgen und Gefahren des anderen als seine eigenen betrachtet. Gewiß, es sind noch Fragen und Probleme aus der Zeit der Vergan-

genheit übriggeblieben, die aus dem Wege geräumt werden müssen. Diese Liquidation der Vergangenheit ist nicht von heute auf morgen möglich, aber den Ungeduldigen sagen wir heute, wer hätte nach diesem entsetzlichen Krieg je geglaubt, daß es nach so kurzer Zeit zu einer so fruchtbaren und aufrichtigen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern würde kommen können. Darum sind wir auch für die Zukunft zuversichtlich. Wir wissen, daß schließlich alle westlichen Probleme in einem echten Freundschaftsverhältnis zwischen den Völkern des freien Europas gelöst werden können. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß dies gelingen wird, wenn ein solcher Christ und ein solcher Europäer wie Konrad Adenauer Deutschland auch weiterführt und ihm die politischen Wege vorzeichnet und wenn die Christlich Demokratische Union ihren Weg mit ihren festen Grundsätzen, richtigen politischen Leitbildern und ihrer gerechten sozialen Ordnung weitergeht wie bisher. Dann haben wir die beste Gewähr dafür, daß der Sache Europas am besten gedient wird.

Dies ist gerade jetzt von allergrößter Bedeutung; denn der Kommunismus wird in der nächsten Zeit noch größere Anstrengungen machen als bisher, um die geschlossene Einheit des Westens zu durchbrechen. Er wird aus seinem dialektischen Wetterhäuschen einmal die lächelnde Koexistenz und dann wieder den blutigen Stalinisten hervortreten lassen. Er wird Angebote machen und Drohungen aussprechen. Dagegen kann es nur eine Antwort geben: Echte Zusammenarbeit des Westens, ein starkes Verteidigungssystem und der konsequente Aufbau einer politischen und sozialen Ordnung, die unseren christlichen Prinzipien entspricht und der natürlichen Ordnung gemäß ist. Wir wissen, daß dies auch das Ziel der Christlich Demokratischen Union ist, und deshalb gelten Ihnen und Ihrer Arbeit unsere besten Wünsche heute und in der Zukunft (sehr starker Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Ich darf Herrn Präsidenten van Doorn für seine richtungsweisenden Ausführungen herzlichen Dank sagen, vor allem für seine Wünsche zur kommenden Wahl. Es wäre sicherlich gut, wenn seiner Bitte entsprochen würde, daß diejenigen Deutschen, die uns nicht glauben, wenigstens denen Gehör schenken, die von draußen kommen (Beifall). Wir müssen dem Herrn Präsidenten van Doorn insbesondere dankbar sein für die Worte der Bereitwilligkeit, die er für die Fragen angedeutet hat, die zwischen uns noch geregelt werden müssen.

Es spricht nun für die Konservative Partei Norwegens

Abg. Christie:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden gleich bemerken, daß meine deutsche Sprache nicht einwandfrei ist. Meine Lehrjahre in dieser Sprache stammen aber von einer Zeit unmittelbar nach dem vorigen Weltkrieg, wo man in Berlin sagte, daß der Finanzminister nicht den Unterschied wisse zwischen mein und dein (Heiterkeit) und der Kultusminister nicht den Unterschied zwischen mir und mich (Erneute Heiterkeit). Also, entschuldigen Sie mir und mich (Erneute Heiterkeit).

Es ist mir eine Ehre und eine Freude, als Vertreter der Konservativen Partei Norwegens einen Gruß zu bringen von unserem Vorsitzenden,

Herrn Oberst Jeuß, der jetzt mit den Vorbereitungen zu unseren Wahlen im Oktober stark beschäftigt ist, und von unserem parlamentarischen Führer, Herrn Hambro, mit einem aufrichtigen Dank für die Einladung zu dieser Tagung, eine Einladung, die wir hoch geschätzt haben.

In dieser Zeit, wo eine neue und feste Verbindung stattfindet zwischen den Staaten der westlichen Welt und besonders zwischen den westlichen europäischen Völkern und Staaten, ist es besonders wertvoll, daß diese Annäherungen auf einem Fundament, nicht nur auf politischen und wirtschaftlichen Erwägungen, fußen, nämlich auf persönlichen Beziehungen und auf einem breiten und tiefen Verständnis für die Aufgaben und Probleme, die uns gemeinsam sind und die gewiß für die Zukunft mehr bedeuten als unsere Verschiedenheiten. Die norwegische Rechte ist eine konservative Partei, die auf den christlichen, demokratischen und humanitären Ideen baut, die durch unsere Verfassung im Jahre 1814 grundsätzlich festgelegt wurden.

Im vorigen Jahrhundert herrschte gewissermaßen ein Gegensatz zwischen Konservatismus und Liberalismus. Das ist heute anders. Heute ist es für uns eine der wichtigsten Aufgaben, die freien Institutionen und die freie Gesellschaftsordnung zu bewahren und zu verteidigen gegenüber allen Tendenzen, die auf eine staatliche Beherrschung des gesamten Gesellschaftslebens hinzielen. Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit, das freie Wort, die freie Presse, die freie Wahl — ohne diese Freiheiten ist uns ein gemeinsames und verantwortliches Zusammenleben undenkbar. In diesen Bestrebungen ist unsere Konservative Partei nur eine der vier Oppositionsparteien. Bei Ihnen in der Bundesrepublik ist die Lage eine andere, eine bessere.

Es ist auch deshalb von einem besonderen Interesse, an dieser Tagung teilnehmen zu dürfen, um hier persönliche Eindrücke von den aktuellen Fragen innerhalb der Christlich Demokratischen Union zu erhalten, von dieser Union, die in der Nachkriegszeit eine so glückliche Leitung hatte und die Bundesrepublik in ihrer Entwicklung geführt hat. Wir blicken mit guten Wünschen und mit Vertrauen der weiteren Entwicklung entgegen; insbesondere für die kommenden Monate darf ich, Herr Bundeskanzler, an Sie und an die Christlich Demokratische Union diesen Gruß und Wunsch richten (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Ich darf auch Herrn Christie in Ihrem Namen herzlichen Dank sagen. Wir können ihm bestätigen, daß er nicht nur nicht mir und mich wechselt, sondern die deutsche Sprache ausgezeichnet spricht (Beifall).

Für unsere befreundete Partei in Schweden spricht der Herr Reichstagsabgeordneter

Dr. Arrhén:

Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Verehrte Versammlung! Die Aufgabe unserer Zeit kann unmöglich sein, die Menschen mehr angemessen, mehr geeignet für den Staat zu machen. Die Aufgabe muß wirklich sein, den Staat mehr angemessen und mehr dienlich für die Menschen zu machen, den Staat mehr menschlich zu gestalten. Mit diesen Worten könnte man vielleicht einen Teil der außerordentlich wertvollen Ausführungen des Herrn Präsidenten des Bundestages Dr. Gerstenmaier an diesem Vormittag charakterisieren. Es ist wirklich unsere

gemeinsame Aufgabe, ein solches neues Gemeinwesen zu schaffen. Weil wir von solchen Intentionen getragen sind, verkörpern wir die neue Zeit, darum repräsentieren wir das neue Gemeinwesen, die neue Gesellschaft. Die neue Zeit braucht unsere Kräfte, unseren Einsatz; denn wir sind durch die vielseitige Zusammensetzung unserer Parteien am besten in der Lage, die Synthese, nach der unsere Zeit ruft, herzustellen. Wir müssen eine Vielseitigkeit erstreben und keine Einseitigkeit. Ihre Aufgabe hier in Deutschland war es, eine Konkursmasse zu übernehmen. Diese Aufgabe muß riesenhaft gewesen sein. Wie der Engel des lieben Gottes vom Himmel herniederstieg und den Teich in Bethesda berührte und ihm Leben und wundertätige Kraft gab, so wurde auch von Ihnen verlangt, daß Ihre Ideen vom Menschen, vom Leben und der Gesellschaft, die Sie hochhielten, eine ähnliche Fähigkeit besitzen sollten. Sie haben in dieser Hinsicht große Erfolge errungen und gute Resultate erzielt, die die Bewunderung einer erstaunten Welt hervorgerufen haben. Sie haben dabei auf die Mannigfaltigkeit des Menschenlebens gebaut und die Einfalt vermieden. Vielleicht liegt darin eine Erklärung des Erfolges.

Ganz bestimmt sehen wir, die wir hier versammelt sind, die Probleme der Zeit in verschiedenen Nuancierungen; das liegt in der Natur der Sache. Es gibt wahrhaftig auch eine Mannigfaltigkeit zwischen Völkern und Nationen. Diese Tatsache braucht und darf nicht untergehen, wenn in unserer Zeit aus den Erinnerungen des zweiten Weltkrieges der Vereinigten Staaten von Europa entstehen (Beifall). Das seltsame und rätselhafte Gesetz des Lebens ist eben die Mannigfaltigkeit. Unsere politische Arbeit ist vergebens, wenn sie nicht dem Volke in seiner Arbeit und seinem Alltagsleben nützlich ist. Wie Antäus, die Sagengestalt aus der Antike, müssen auch wir dadurch wiedergeboren werden, daß wir von neuem die Erde berühren. Wir müssen unsere Kraft aus dem nahen Zusammenhang mit dem natürlichen Leben, mit dem Alltagsleben des Volkes und seiner Forderungen, womit man nicht scherzen kann, holen. Sie, die Landsmänner des Herrn Bundeskanzlers, haben fürwahr eine spezielle Veranlassung, Ihre Dankbarkeit für das Lebenswerk des Bundeskanzlers zu bezeugen. Sie haben das hier schon getan. Wir anderen, die andere Völker repräsentieren, können uns gerne anschließen. Wir denken dabei in erster Linie an die Arbeit, die der Herr Bundeskanzler im Hinblick auf die Einigung Europas geleistet hat. Wir denken auch an das Vorbild, das er uns allen gegeben hat in ritterlichem Mut, in der Forderung auf Kenntnis und Verstand für die Notwendigkeit der Mäßigung und der Wahrheitsliebe (Beifall).

Meine Kameraden und ich aus Schweden sind heute zum erstenmal bei Ihnen in der CDU. Wir haben uns über Ihre freundliche Einladung sehr gefreut. Im Auftrage meiner Partei, der Konservativen Rechtspartei Schwedens, und im Namen ihres Vorsitzenden, Herrn Valmarson, erlaube ich mir, die CDU und ihren prominenten Vorsitzenden zu begrüßen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Indem ich Herrn Dr. Arrhén für seine Worte danke, bitte ich nunmehr für die Österreichische Volkspartei das Wort zu ergreifen, Herrn

Präsident Weinberger:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst die Freude, Ihnen eine Botschaft unseres Bundesparteiobermannes, des Herrn Bundeskanzlers Ingenieur Julius Raab, zu übermitteln:

„Anlässlich Ihrer Tagung werden die Vertreter der Christlich-Demokratischen Parteien Europas versammelt sein. Leider kann ich infolge von Regierungsverpflichtungen die österreichische Delegation nicht selbst führen. Dennoch nehme ich gerne die Gelegenheit wahr, Ihren Beratungen, die in einem bedeutsamen Zeitpunkt der europäischen Entwicklung stattfinden, einen erfolgreichen Verlauf zu wünschen. Die Nachkriegsgeschichte hat unter Beweis gestellt, daß die Christlich Demokratische Union sich als das festeste Bollwerk der innerpolitischen Konsolidierung und des Wiederaufstieges erwiesen hat. Die Christlich-demokratischen Parteien sind durch ihr auf ewige Werte gegründetes und dennoch zeitnahes Programm auch für alle Zukunft die Garanten einer friedlichen Entwicklung und der sozialen Besserstellung, aber auch der wahre Anwalt für die Entfaltung und Erhaltung einer freien christlichen Persönlichkeit.

In dieser Gesinnung wünsche ich Ihrem Parteitag vollen Erfolg und bin überzeugt, daß von ihm die entscheidende Initiative für eine erfolgreiche Bundestagswahl ausgehen wird. Julius Raab.“

(Starker Beifall.)

Unser Bundesparteiobermann hat meinen Freund, den Nationalratspräsidenten Dr. Gorbach, und mich als seine Stellvertreter beauftragt, Ihnen die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche unserer gesamten Österreichischen Volkspartei zu übermitteln. Ich denke in diesem Moment gern an die ersten Begegnungen mit Ihrem Parteivorsitzenden zurück, die schon zu einer Zeit stattgefunden haben, da es auf internationaler Ebene noch verboten war, redliches Deutsch zu sprechen. Es war aber schon wieder gestattet, Schweizer Deutsch und Österreichisch zu reden. Wir hatten damals in Genf und anderwärts einzelne Details benützt, unseren Freunden beizubringen, daß es auch für sie und für ganz Europa und die Welt gut wäre, wenn wieder offen Deutsch gesprochen würde. Daß wir daran mitwirken konnten, darüber sind wir heute noch stolz, Herr Bundeskanzler (Beifall).

Ich weiß nicht, ob Sie bemerkt haben, meine Damen und Herren, daß mein Freund Gorbach und ich mit einem blauen Auge zu Ihnen gekommen sind. Dieses blaue Auge stammt vom Abend des 5. Mai, als der Ausgang der Präsidentenwahl in unserem Lande der Welt bekannt wurde mit einem Ergebnis, das weder wir noch die Welt erwartet hatten. Ich möchte Ihnen die ehrliche Versicherung geben, daß diese Entscheidung eine sicher unangenehme und vor allem unnötige Schlacht gewesen ist, keinesfalls aber eine politische Niederlage; im Gegenteil, ich glaube, daß die politische Führung unserer Partei gerade dadurch noch fester und sicherer werden wird, als sie bisher schon gewesen ist. Man muß diese Niederlage richtig verstehen.

Da Sie auch vor einer entscheidenden Wahl stehen, gestatten Sie mir, daß ich über diesen 5. Mai einige offene Feststellungen mache. Wir haben den Fehler gemacht, daß wir der Überparteilichkeit, die vor al-

lem von den sogenannten unabhängigen Leuten und ihrer Presse durch Jahre hindurch verzapft wurde, allzu stark vertraut haben. Es ist sicher besser, wenn man sich klarstellt (Beifall). Man wird auch — das sage ich ganz offen — das Versagen der Christen und mancher ihrer Führer feststellen müssen; denn es hätte sonst nicht sein dürfen und nicht sein können und vor allem nicht sein müssen, daß ein Konfessionsloser, ein Freisinniger Präsident von Österreich wurde, weil auf der anderen Seite ein gläubiger Christ stand. Das wurde aber unserem Volke nicht deutlich genug bekanntgemacht. Wir haben ein weiteres festgestellt: Während die Partnerschaft, die wir geschlossen haben, nicht überall hielt, hat die Partnerschaft zwischen den halben und den ganzen Marxisten trotz Ungarn hundertprozentig gehalten! Es hat sich erwiesen — das ist für Sie in Deutschland von größtem Interesse —, daß nicht nur eine Bluts- und Gesinnungsverwandtschaft zwischen den Sozialisten und Kommunisten besteht, sondern daß sie in entscheidenden Stunden auch praktisch zusammenhalten und die Rote Front bilden.

Noch etwas kann für Sie von Nutzen sein. Man muß in der Politik den besten Mann richtig herausstellen und propagieren. Auch darauf waren wir vielleicht allzu siegessicher, weil unsere letzten Wahlen Erfolg gebracht haben. So kam es, daß das Bild von Dr. Schärp an allen Wänden hing, während unser Kandidat kaum bekanntgemacht wurde. Es ist in der Politik wie bei einer Ware. Wenn sie gut ist, muß sie propagiert werden, damit sie gekauft wird (Beifall). Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, bei Ihren Wahlen die entsprechenden Leute massiv zu propagieren und herauszustellen.

Wir haben aber auch Freude erlebt. Es hat sich erwiesen, daß wir uns auf den kleinen Mann, vor allem auf unsere Städte, auf die Industriebezirke Österreichs verlassen konnten. Während wir über den Rückgang der Stimmen gegenüber den früheren Wahlen in fast allen Bereichen Österreichs irgendwie verwundert waren, sind wir in der Bundeshauptstadt Wien auch diesmal ein großes Stück vorwärtsgekommen. Die günstige Entwicklung, die sich in anderen großen Städten und Industriegemeinschaften abzeichnete, ist wohl auf unsere Politik der Sicherung des kleinen Mannes durch Eigentumbildung für jeden zurückzuführen. Unsere Politik der Wohnungsbeschaffung, der Volksaktie, der Familiensicherung usw. hat in diesen Bereichen besonders gezogen und neuen Erfolg gebracht.

Wir wünschen Ihrer Tagung und noch mehr der großen Entscheidung, die nun bald kommen wird, alles Gute. Wir haben Ihren Aufstieg mit heißem Herzen verfolgt, und wir bewundern und lieben ihren Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer (Starker Beifall). Wir freuen uns schon heute auf seinen Besuch, den er im nächsten Monat uns abstatten wird. Er wird sehen, daß er nicht nur offiziell, nicht nur feierlich-festlich, sondern auch mit brüderlicher Herzlichkeit in Österreich begrüßt werden wird (Beifall).

Die Österreichische Volkspartei grüßt die CDU! Österreich grüßt Deutschland! Mit der CDU/CSU soll Deutschland leben (Starker Beifall)!

Vorsitzender Johnen:

Ich darf auch Herrn Präsidenten Weinberger ein herzliches Wort des Dankes sagen. Besonders dankbar sind wir ihm für diesen praktischen

Anschauungsunterricht, den er uns gegeben hat. Ich hoffe, daß wir die nötigen Folgerungen daraus ziehen werden. Nunmehr spricht für die Schweizerische Konservative Volkspartei Herr

Nationalrat Dr. Eisenring:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Im Auftrage der Konservativen Christlich-Sozialen Volkspartei der Schweiz habe ich die Ehre, Ihnen Dank, Grüße und Wünsche zu überbringen. Zuerst vielen Dank für Ihre freundliche Einladung und herzlichen Gruß an Sie, unsere große Schwesterpartei, die wie wir auf der Grundlage christlich-abendländischer Geisteshaltung Würde, Sicherheit und Freiheit des Volkes erarbeiten will.

Einen besonders herzlichen Gruß entbietet unsere Partei der verehrungswürdigen, ja säkularen Persönlichkeit Ihres Herrn Bundeskanzlers und seinen Mitarbeitern. Ich wohne am Bodensee und komme von der Grenze. Wenn ich die Verhältnisse Deutschlands im Jahre 1949 mit denjenigen des Jahres 1957 vergleiche, wie das in so luzider Weise Herr Präsident Dr. Gerstenmaier heute morgen getan hat, dann glaube ich, daß ein Regierungschef und seine Mitarbeiter — wie ganz selten in der Geschichte — sich auf das Bibelwort berufen können: An unseren Früchten werdet ihr uns erkennen (Starker Beifall).

Diese Erkenntnis möge, meine verehrten Freunde, im deutschen Volke wachsen und Ihnen im Herbst den Sieg bringen. Das ist der warme Wunsch unserer Partei. Lassen Sie mich ihn in die staatsrechtliche Form kleiden, die unsere Bundesregierung im Verkehr mit den Kantonsregierungen als Schlußsatz anzuwenden pflegt: Wir empfehlen euch, liebe Freunde, und uns in den Machtschutz Gottes. — (Beifall.)

Vorsitzender Johnen:

Auch Herrn Dr. Eisenring darf ich in Ihrem Namen für seine freundlichen Worte herzlichen Dank sagen. Den Abschluß unserer ausländischen Gäste macht nunmehr Monsignore Kozi Horvath von der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas. Herr Horvath ist Mitglied der Christlich Demokratischen Partei Ungarns (Sehr starker Beifall).

Mögr. Kozi Horvath: (nochmals mit anhaltendem, stürmischem Beifall begrüßt.)

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die geistigen und politischen Ereignisse in Deutschland hatten immer ihre Austrahlungen und Auswirkungen in unseren Ländern. Was in Deutschland heute und morgen geschieht, kann von entscheidender Bedeutung sein auch für das Schicksal Ost- und Südosteuropas. Ein neutralisiertes und isoliertes Deutschland würde nicht nur für Ostdeutschland, sondern für alle Völker hinter dem Eisernen Vorhang das Ende ihrer Hoffnungen bedeuten, eines Tages die Freiheit zurückzugewinnen.

Mit diesen Gedanken wünsche ich im Namen der christlich-demokratischen Exilgruppen Zentraleuropas der CDU und Herrn Dr. Adenauer viel Glück, weitere Erfolge und Gottes Segen in diesem Jahr der Entscheidung (sehr starker Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Ich danke Herrn Monsignore Horvath sehr für seine freundlichen Worte. Es dürfte jetzt der Augenblick gekommen sein, wo wir aller derer ge-

denken, die noch unter der Unfreiheit zu leiden haben, gleich wo es auch sein mag. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sich zum Gedenken an diese Leidtragenden von den Plätzen zu erheben. — Ich danke Ihnen. Meine Damen und Herren! Ich möchte allen ausländischen Gästen, die zu uns gesprochen haben, noch einmal herzlichen Dank sagen für die Wünsche, die sie unserer Partei übermittelt haben, aber auch ein Wort des Dankes für all das Schöne und Gute, das sie unserem Parteivorsitzenden gewidmet haben (Beifall).

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

„Verantwortung für das ganze Deutschland.“

Ich darf dazu dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion das Wort geben, Herrn

Dr. Krone:

Verantwortung für das ganze Deutschland

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist so üblich, daß auf dem Parteitag die Bundestagsfraktion einen Tätigkeitsbericht gibt; doch ich weiß nicht, ob ein solcher Bericht, der ja ein Überblick über Vergangenes ist, zur Stunde nicht besser unterbliebe; sind doch eine Reihe wichtiger Fragen, die unser Volk heute beschäftigen und die eine Lösung für die Zukunft erwarten, zu behandeln. Atomwissenschaftler haben einen Offenen Brief geschrieben und die Welt vor der Fortführung der atomaren Aufrüstung gewarnt. Hohe kirchliche Stellen haben das gleiche getan. Eine demoskopische Umfrage stellt fest, daß, wenn man die Menschen nach dem Atom frage, 90 v. H. an Atomwaffen denken und nur 10 v. H. von der friedlichen Ausnutzung der Kernenergie sprechen. Wir leben in einer Zeit der Besorgnis, ja man spricht davon, daß unsere Politik geradezu von der Angst bestimmt sei.

Ein Parteitag der größten deutschen Partei, der an dieser Tatsache und den sich daraus ergebenden Folgerungen vorbeiginge, ließe eine entscheidende Frage, die das Volk stellt und welche die Opposition zu ihrer entscheidenden Wahlparole macht, unberücksichtigt. Unser Parteitag weicht dieser Frage nicht aus. Ich verweise auf die Debatte, die wir vor zwei Tagen im Deutschen Bundestag geführt haben. Wir werden morgen noch mehr darüber sprechen, doch es liegt mir daran, schon heute den Standpunkt klarzulegen, den wir in dieser Debatte mit guten Gründen eingenommen haben. Uns in der Fraktion lag und liegt vor allem daran, daß wir das, was unser Volk bewegt, als ein ernstes Anliegen selber erfassen und aufnehmen. Es sind die beiden großen Anliegen, die uns bewegen. Das eine ist die Wahrung des Friedens, und das andere ist die Sicherung der Freiheit.

Wir wissen, welche Gefahr die Atomwaffe bedeutet. Darum haben wir in unserer Entschliebung die Weltmächte aufgefordert, zuerst einmal die Versuche mit diesen Waffen einzustellen. Wir haben weiter erklärt, daß wir Deutschen jedem Abkommen, das auf diesem Gebiet getroffen wird, restlos und ohne Bedenken zustimmen werden. Auch das ist von uns ein gewichtiger politischer Beitrag. Es stand und steht für uns nicht zur Entscheidung, ob die deutsche Bundeswehr mit atomaren Waffen ausgerüstet werden soll oder nicht. Vor diese Fragen waren und sind wir

nicht gestellt. Wir haben den dringenden und ernststen Wunsch, daß die Abrüstungsverhandlungen zu einem guten Ergebnis kommen. Wir werden selber alles tun, was von uns aus möglich ist, daß sich jene Entscheidung für uns überhaupt nicht stellen wird, weder heute noch später.

Was wir wollen, ist die allgemeine kontrollierte atomare Abrüstung, ist die Abschaffung der Massenvernichtungswaffen überhaupt. Niemand wäre glücklicher als wir, wenn die Sowjets endlich nach langen Jahren einer wirksamen Kontrolle zustimmen und damit der Menschheit die Furcht vor der Vernichtung nähmen (Beifall). Wir werden feststellen können, ob der neueste Schritt des Herrn Chruschtschow auf der Linie einer echten Abrüstung liegen wird oder nicht. Es liegt überhaupt auf dieser atomaren Abrüstung das entscheidende Gewicht in dieser Frage. Es geht um eine allgemeine Abrüstung, zu der jeder Staat — und nicht nur einzelne — seinen Beitrag zu liefern hat. Wir haben alle eine Verantwortung für die Erhaltung des Friedens. Auch wir lassen uns in unserem Bemühen um den Frieden nicht übertreffen. Wir haben aber auch eine große Verantwortung für die Sicherheit unseres eigenen Volkes. Ich möchte das hier ganz klar aussprechen: Das weitere Vordringen des sowjetischen Expansionsdranges nach dem Westen ist nur durch Errichtung der Atlantischen Gemeinschaft und durch ihre Verteidigungskraft verhindert worden (Beifall). Wir dürfen deshalb — ich sage das mit Bedacht — nichts tun und nichts veranlassen, daß diese Verteidigungskraft der westlichen Welt irgendwie geschwächt wird (Beifall). **Frieden und Sicherheit für unser Volk sind nicht voneinander zu trennen. Frieden ohne Freiheit wäre Kirchhofsrieden oder Sklaverei.**

Diese Sätze wollte ich voranstellen, um jetzt zu einigen Fragen überzugehen, die mit der Innenpolitik zu tun haben. Ich will es aber in einer Kürze tun, die notwendig ist, um nachher Raum zu geben für die politische Aussprache. Ich werde also nicht alles das erwähnen, was in der Fraktion beraten wurde und welche Gesetze wir beschlossen haben. Es gibt in der Politik wichtige und unwichtige Dinge. Ich will nur auf die wesentlichen Fragen, die uns beschäftigt haben, eingehen.

Was in diesem Jahr von uns geleistet worden ist, ist im Geiste guter, ja bester Zusammenarbeit geleistet worden. Es stand für uns das Ganze unseres Volkes im Mittelpunkt. Und unter dem Wohl des Ganzen kamen auch die Wünsche und Anliegen der einzelnen Berufe und Stände zu Wort.

Ich will insbesondere hier ein Wort des Dankes sagen für die gute Zusammenarbeit zwischen uns und unseren bayrischen Freunden von der CSU (Beifall). Ich konnte das schon in meinem vorjährigen Bericht in Stuttgart hervorheben; ich kann es heute nur wiederholen. Wir fühlen uns nicht nur politisch, sondern auch menschlich aufs engste verbunden. Und das wird auch so bleiben (Beifall).

Wir haben im Bundestag viele Gesetze verabschiedet, ja, man wird mir nicht widersprechen, wenn ich sage, daß wir im Bundestag vielleicht zu viele Gesetze beschlossen haben. Manches hätte wohl doch unterbleiben können. Es kommt ja noch hinzu, daß es kaum ein Gesetz ohne eine Reihe ihm nachfolgender Novellen gibt. Was so ein richtiges Gesetz ist, zieht dann soundsoviele Verordnungen hinter sich her, und dann weiß selbst der Beamte, der dafür zuständig ist, sich in dem Wald

nicht mehr zurechtzufinden, geschweige denn der brave Staatsbürger, der das alles ausführen will oder wenigstens ausführen soll.

Der Neubau des Staates, den wir nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 ausführen mußten, ist heute im großen und ganzen beendet. Die wichtigsten Gesetze sind verabschiedet oder werden in diesem Bundestag noch verabschiedet werden. Wir sollten bei unserer Arbeit im Bundestag auch darauf Bedacht nehmen, was für einen Einblick die vielen, die uns besuchen, von unserer Arbeit bekommen. Das Bild, das sich unseren Zuschauern im Bundestag manchmal darbietet, ist nicht das wahre Bild des Bundestages. Man sieht das Plenum, aber man sieht nicht die vielen Ausschußsitzungen, die Besprechungen, die Konferenzen. Was der Besucher von der Arbeit des Bundestages weiß, das entschuldigt zwar vieles, aber es kommt doch, insbesondere bei Jugendlichen, nicht an. Auch das wäre ein Grund, daß wir uns im nächsten Bundestag überlegen müssen, ob wir nicht unser parlamentarisches Leben zu reformieren haben. Es läge im Interesse unserer Arbeit, unserer Zuschauer und Zuhörer, auch im Interesse derer im Kino und am Fernsehschirm. Das läge vor allem auch im Interesse einer gesunden parlamentarischen Demokratie selber. Man sehe in dem, der so denkt, nicht gleich einen Reaktionär. Ich hätte diese Reform schon gern in diesem Bundestag durchgeführt oder wenigstens begonnen gesehen. Die Mehrheit dazu hatten wir ja. Ein angesehener Journalist hat uns geradezu den Vorwurf gemacht, wir hätten bei unserer Mehrheit in der Frage der Parlamentsreform schlechthin versagt. Nun, eine solche Reform sollte — das wäre das bessere — das Ergebnis von interfraktionellen Beratungen sein. Sie müßte auf breiter Basis einschließlich der Opposition erfolgen. Die Opposition aber wollte über kleine, sehr kleine Reformen nicht hinausgehen. Das war bedauerlich. So steht diese Aufgabe noch vor uns und wird hoffentlich im kommenden Bundestag eine Lösung auf breiter Basis finden. Die Fragen, um die es hier geht, sind bekannt. Sie laufen auf eine Konzentration und Straffung und damit auf eine Neuordnung unserer parlamentarischen Arbeitsweise hinaus. Sie im einzelnen auch nur anzudeuten, übersteigt den Rahmen dieses Berichts. Es würde sicherlich einem allgemeinen, alle Fraktionen angehenden Anliegen dienen, wenn der neue Bundestag diese Reform fertigbrächte, wie ich auch wünschen möchte, daß er — was der jetzige Bundestag auch nicht geschafft hat — uns ein Wahlrecht gibt, das staatsgerechten und mehrheitsbildenden und nicht nur stimmgerechten Charakter hat (Beifall), ein Wahlrecht, wie es eine Demokratie verlangt, die existieren und funktionieren will.

Lassen Sie mich jetzt noch ein Wort zur Außenpolitik sagen. Man stelle sich einmal vor, es wäre vor zehn Jahren jemand zu uns gekommen und hätte uns die Rückkehr der Saar für den 1. Januar dieses Jahres prophezeit; die Rückkehr der Saar nicht als das Ergebnis eines nationalen Revisionismus, sondern als Ergebnis der europäischen Politik eines überzeugten Europäers, eben des Bundeskanzlers! Wer uns das damals gesagt hätte, den hätten wir für einen armen Irren gehalten und ihn kopfschüttelnd stehen gelassen. Damals war das Reich zerfallen und in Zonen aufgeteilt. Wir waren froh, daß wir unser Leben hatten und daß wir einigermaßen davongekommen waren. Daß wir für den Krieg zu zahlen hatten, war selbstverständlich. Wer sprach damals von

der Saar, von der Souveränität, von der Partnerschaft mit jenen Völkern der freien Welt, die damals als Sieger in unserem Lande standen? Nun kam das alles anders. Es ging uns recht bald wieder gut, vielen sehr gut, vielen weit besser als je zuvor! So selbstverständlich, wie das alles hingenommen wird, daß nach dem Kühlschrank der Fernseher kommen muß, so selbstverständlich war es auch für den deutschen Bürger, daß die Saar wieder zurückkehrte und daß wir wieder frei wurden. Wenn man nun hört, das sei keine politische Leistung und nicht das Ergebnis langen politischen Bemühens, das müsse so sein, denn das sei ja unser Recht, wir hätten zwar den Krieg verloren, aber das sei schon lange her — und wenn man dann daran denkt, daß wir noch die deutschen Fragen im Osten zu lösen haben —, dann kann man wahrhaftig besorgt sein, ob wir reif und stark genug für diese noch weit schwierigeren Aufgaben sind!

Wie wir diese Frage sehen, ist von der Regierung und von der Fraktion des öfteren erklärt worden; so am 31. Januar dieses Jahres im Deutschen Bundestag. Wir sehen sie auf keinen Fall so, wie sie Herr Chruschtschow vor kurzem Gomolka und Ulbricht gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. Für uns Deutsche ist die Oder-Neiße-Linie weder heute noch morgen die endgültige Friedensgrenze (lebhafter Beifall). Wo immer Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden, geschieht schweres Unrecht, einerlei, wer das tut und wo es vor sich geht, ob es heute geschieht oder früher geschehen ist. Wir appellieren nicht an die Gewalt und denken auch nicht an Gewalt, wenn wir sagen, das Unrecht müsse wieder zu Recht werden. Doch unser Recht bleibt bestehen, und auf dieses unser Recht können und werden wir nicht verzichten (lebhafter Beifall)!

Wir haben Ungarn erlebt; vorher den Aufstand der Arbeiter in Ostberlin und in der Sowjetzone. Sie sollten mehr arbeiten, aber nicht mehr Lohn erhalten. Wo anders gibt es so etwas als im „Arbeiterparadies“ des Kommunismus? Sie zogen auf die Straße. Aus dem Protest gegen die neue Norm wurde der Aufstand der Geknechteten für die Freiheit. In Ungarn stand das ganze Volk auf. Wir hielten in jenen Tagen des Novembers den Atem an. Moskau schlug zurück. Der Kommunismus stand in Europa vor seiner Existenzfrage. Er hat noch einmal gesiegt, doch der Wille zur Freiheit stirbt seitdem in jenen Völkern nicht mehr aus. Die Freiheit stirbt überhaupt in keinem Volke aus. Eines Tages werden die Völker wieder zu sich selbst und zu ihrer Freiheit zurückfinden.

Wir haben uns in die inneren Verhältnisse dieser Völker im Osten nicht eingemischt und denken auch nicht daran, das zu tun. Herr Chruschtschow hat es nicht nötig, uns zu warnen, wie er das neulich einmal getan hat, daß wir mit der gesamten freiheitlichen Welt den Leidensweg aller unter einer Diktatur lebenden Völker mit innerer Spannung und Anteilnahme verfolgen. Das kann dem deutschen Volk um so weniger verwehrt sein, als 18 Millionen Deutsche zwölf Jahre nach dem Kriege noch immer in der Unfreiheit des kommunistischen Siegers leben müssen. Noch werden Deutsche in den Zuchthäusern der Sowjetzone gefangen gehalten, und zwar aus keinem anderen Grunde als dem, daß sie auch in der Zone, die doch ihre Heimat ist, sich für Recht und Freiheit eingesetzt haben. Viele sind entlassen worden. Wir sind erfreut darüber und begrüßen diese Tat; doch mit dem schwerkranken

jungen Flade leiden noch viele, viele andere deutsche Menschen in jenen Häusern des Grauens. Wir appellieren auch heute wieder an Pankow, an Moskau: Gebt uns unsere Gefangenen frei (sehr starker Beifall)! Wir haben in der Bundesrepublik den letzten Kommunisten, der im Zuchthaus saß, begnadigt. In den Zuchthäusern der Zone sitzen noch Tausende freiheitsliebender deutscher Männer und Frauen. Wer Verständigung, Normalisierung der Verhältnisse will, der gebe Freiheit dort wenigstens, wo er fremdes Land und fremde Menschen noch immer gegen Recht und Gerechtigkeit besetzt hält (Beifall)!

Was ich hier sage, ist schon oft gesagt worden. Es muß auf diesem Parteitag der größten Deutschen Partei erneut gesagt werden. Es muß so lange und so laut der Welt gesagt werden, bis das Wirklichkeit wird, was heute im ganzen Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges harter Wille und feste, sichere Hoffnung ist. Solange unser Volk und Land nicht wiedervereinigt sind, ist und bleibt die Wiedervereinigung des deutschen Volkes die zentrale Frage der deutschen Politik.

Was sich in Ungarn ereignete, haben wir noch in lebendiger Erinnerung. Bei allen Spekulationen über den russischen Kommunismus kann dieses Bild, das er in Ungarn bot, nicht übersehen werden. Vor den Augen der Welt sind Dinge geschehen, die unvergessen bleiben. Es wäre eine Illusion, vor der Tatsache die Augen zu verschließen, daß der Kommunismus nicht nur ein Gesellschaftssystem ist, sondern daß er auch Macht und Gewalt ist, daß er Panzer und Wasserstoffbomben besitzt, daß er unentwegt — weil das zu seinem Wesen gehört — an dem Ziel der Welteroberung festhält. Das sind Realitäten, die wir in der Politik zu sehen haben. Alle Politik, die dieser Erkenntnis nicht Rechnung trägt, geht an der Wirklichkeit vorbei und gibt sich Täuschungen hin.

Der Sprecher unserer Fraktion hat in der Ungarn-Debatte des Deutschen Bundestages die Konsequenz gezogen, daß es doch um die Notwendigkeit der militärischen Verteidigung der Bundesrepublik nach Ungarn keinen Streit mehr geben könne; dieser Streit sei entschieden. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion meinte, der Appell an die Vereinten Nationen als das Weltsystem der kollektiven Sicherheit sei die Antwort, welche die Stunde verlange. Hier scheiden sich die Geister. Wir tun alles, was dem Ziel und der Arbeit der Vereinten Nationen dient, doch das befreit uns selber nicht von dem Beitrag für die Sicherheit der freien Welt, die ja auch unsere eigene Sicherung bedeutet (Beifall).

Der Bundeskanzler hat Moskau im Verlauf des Briefwechsels mit Bulganin Verhandlungen über Fragen des Handels und der konsularischen Vertretung vorgeschlagen. Wir teilen mit dem Kanzler den Wunsch, auch mit dieser Macht zu normalen Beziehungen zu kommen. Doch wir begrüßen es noch mehr, daß der Kanzler nicht nur die bekannten unverzichtbaren Forderungen gesamtdeutscher Politik hervorgehoben hat, sondern daß er auch erneut die schon in Moskau vereinbarte Rückführung der noch immer in Rußland lebenden Deutschen gefordert hat (Beifall). Diese Zusage hatte der Brief Bulganins schon gar nicht mehr erwähnt. Auch heute auf diesem Parteitag muß jene Forderung des Kanzlers auf Rückführung der noch immer zurückgehaltenen Deutschen noch einmal laut und deutlich betont werden (Beifall). Handel und Verkehr binden die Völker, gewiß; doch weit mehr und wichtiger als Waren

sind uns die Menschen (Beifall). Ich kann mir kein Abkommen zwischen der Sowjetunion und uns denken, das nicht die Gewähr enthält, daß unsere Landsleute nun endlich die Reise in die Heimat antreten können (Beifall).

Ich will mich nicht weiter auf das Gebiet der Außenpolitik begeben. Es ging mir bei diesen meinen Ausführungen nur um einige grundsätzliche Sätze, unter denen wir die Außenpolitik sehen. Ich will sie in die Worte zusammenfassen: Gegen eine Außenpolitik der Illusion und gegen eine Außenpolitik des Experiments! Wir sind unseren Weg acht Jahre gegangen; wir werden ihn weitergehen. Er führte von der Unfreiheit zur Freiheit, zur Souveränität und zur Partnerschaft mit der freien Welt; er führte zur Rückkehr der Saar, und er wird auch zu einem wiedervereinten deutschen Vaterland führen. Wir gehen unseren Weg mit den Völkern der freien Welt. Neulich fiel in einem Gespräch das Wort, Deutschland hätte nur die Wahl zwischen Knechtschaft und Untergang. Dieses Wort ist defeatistisch, falsch und gefährlich. Die westliche Welt und wir mit ihr haben die Wahl zwischen Freiheit oder Knechtschaft. Das ist die Wahrheit und nichts anderes (Lebhafter Beifall)!

Ich muß jetzt die Arbeit der Fraktion auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik erwähnen. Ich kann nur die wichtigsten Gesetze nennen.

Zunächst die neue Rentengesetzgebung, an der wir im guten Einvernehmen mit dem Kollegen Storch gearbeitet haben. Wir danken ihm dafür. Diese Rentengesetzgebung ist für uns ein Teilstück der gesamten Sozialreform. Wir sind in unseren eigenen Reihen zu einer Lösung gekommen und haben das Gesetz ohne jede Gegenstimme geschlossen angenommen. Ich betone das deshalb, weil es sich um Neuland handelt und weil hier Wege beschritten worden sind, die eben neu für unsere Sozialpolitik sind. Wir haben damit das Wort der Bundesregierung und der Fraktion zu Beginn dieses Bundestages eingelöst.

Wir werden auf dem Gebiete der Kriegsopferversorgung und der Unfallversicherung noch notwendige Beschlüsse fassen, und zwar schon deshalb, um gewisse Schwierigkeiten, die sich ergeben haben, auszuräumen. Wir werden auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung, des Kindergeldgesetzes und des Gesetzes zu Artikel 131 des Grundgesetzes noch Arbeiten abzuschließen haben. Hierher gehören auch jene Vorschläge, die wir für die Altersversicherung des Handwerks und der Landwirtschaft vorgesehen haben. Wir haben uns auch der Studenten angenommen und mit ihnen zusammen überlegt, welche Form der Hilfe für sie gefunden werden muß. Es liegt uns daran, jenen Schichten unserer Jugend zu helfen, die es notwendig haben, damit sie ihr Berufsziel auch erreichen können (Beifall).

Ziel moderner Sozialpolitik ist die Ordnung und Sicherung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Doch so einfach die Wahrheit, so schwierig der Weg. Voraussetzung jeder sozialen Stabilisierung und Ordnung ist bei dem ökonomischen Charakter der heutigen Gesellschaft, daß die Wirtschaft produktiv ist, daß sie funktioniert und krisenfest bleibt. Es kommt im Grunde nicht darauf an — wie die Sozialisten immer wieder betonen —, Vorkehrungen für den Fall einer Krise zu treffen, sondern darauf, sie überhaupt zu verhindern.

Nur von der Basis einer gesunden Wirtschaft aus läßt sich über das Problem sozialer Sicherheit und Ordnung diskutieren. Keineswegs nur der Arbeiter, sondern fast alle Berufsgruppen streben heute mit Recht nach Sicherheit. Die Zahl der in abhängiger Arbeit Stehenden wie auch die allgemeine Abhängigkeit jedes Einzelnen von der Lage der Gesamtwirtschaft ist immer größer geworden. Nur wenige sind — nimmt man die Vermögenslosigkeit breiterer Schichten nach zwei verlorenen Weltkriegen hinzu — in der Lage, das wirtschaftliche Risiko ihrer Existenz allein und ohne Mithilfe der Allgemeinheit zu tragen. Aber gerade darum haben wir die Opposition immer wieder gewarnt, eine Sicherheit zu versprechen, die durch eine ständige Überbelastung des Steuerstaates und des Wirtschaftskörpers zu erstreben wäre. Wahre Sicherheit kann allein auf wirtschaftlicher Stabilität und dem Bewußtsein sozialer Ordnung beruhen, nicht auf einem Kampf aller gegen alle um eine möglichst vorteilhafte Konsumverteilung für sich selbst auf Kosten anderer. Ohne Stabilität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann es auf die Dauer gesehen keine soziale Sicherheit geben. Das war die Voraussetzung, von der die Fraktion bei ihrer sozialpolitischen Arbeit im Bundestag ausgegangen ist und auch weiterhin ausgehen wird.

Unsere Aufgaben waren außerordentlich vielfältig. Zunächst mußte die soziale Liquidation des Krieges durchgeführt werden. Millionen von Vertriebenen, Flüchtlingen, Geschädigten, Kriegsopfern und Hinterbliebenen mußten eine Existenzbasis erhalten, eine ungeheure Aufgabe, wie sie kein anderes Land in dieser Größe zu bewältigen hatte. Ihre Lösung hat uns die Bewunderung der ganzen Welt eingetragen. Die Kategorie der Geschädigten, die einen ganz erheblichen Teil unserer Gesamtbevölkerung ausmachen, sollte aber nicht nur unterstützt, sie sollte möglichst schnell in den sozialökonomischen Prozeß wieder eingegliedert und reaktiviert werden. Das ist geschehen.

Nun liegt mit der Sozialreform die dritte Aufgabe vor uns. Wir haben sie in Angriff genommen, eine Lösung, die das bloße Fürsorgeprinzip ausschloß und auf die Erhaltung des sozialen Standards und der individuellen Leistungsfähigkeit des arbeitenden Menschen abzielte. Die neuen Rentengesetze betonen die Notwendigkeit, die Arbeitskraft des Menschen zu erhalten und ihm die sozialen Positionen, die er sich durch seine Arbeit geschaffen hat, auch für das Alter zu garantieren. Darin steckt sowohl die Ablehnung des zentral verwalteten Wohlfahrtsstaates wie des liberalen, den sozialen Schwächeren der bloßen Fürsorge überlassenden Gesellschaftsprinzips des Liberalismus.

Hier muß ich auch unsere Sorge um den Mittelstand, um Handwerk, Handel und Landwirtschaft nennen. Wir haben in Verbindung mit unseren Freunden im Diskussionskreis Mittelstand und mit unseren Freunden aus der Landwirtschaft in unserer Fraktion uns bemüht, die schwierige Lage dieser Schichten nach Kräften zu bessern. Es lag und liegt uns daran, die gesellschaftliche Struktur unseres Volkes durch diese Schichten gesund zu erhalten. Wir taten das aber auch, um die zur Aufrechterhaltung eines echten Leistungswettbewerbs notwendige Vielgestaltigkeit der Wirtschaft zu sichern. Ich erwähne hier unsere Initiativvorlage zur Einkommensteuer, zur Umsatzsteuer und zur Gewerbesteuer. Ich nenne die Beteiligung der Klein- und Mittelbetriebe am öffentlichen Auf-

trag, die Aufwertung und Neuordnung der Altersversorgung des Handwerks, das Verbot der Schwarzarbeit und des ungesetzlichen Handels der verschiedenen Arten. Ich nenne hier auch unsere großen Aufwendungen im Grünen Plan der beiden letzten Jahre.

Wer die Fülle all dieser Maßnahmen überdenkt, wird uns recht geben, wenn wir heute feststellen, daß wir trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten und ungelösten Fragen auf diese unsere Arbeit mit Recht stolz sein können. Wir haben keine Restaurierungspolitik von Klasseninteressen getrieben, sondern uns von den Notwendigkeiten des Gemeinwohls leiten lassen. Wir haben Experimente, welche die Produktivität und Funktionsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet hätten, vermieden. Wir sind dabei neue Wege gegangen, Wege der sozialen Sicherheit und des sozialen Friedens, eine Politik nicht nur der Erhöhung des materiellen Lebensstandards, sondern auch der sozialen Ordnung.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch eine andere Frage anschnitten. Man ist dabei, mehr und mehr die gleitende Arbeitswoche, die ununterbrochene Arbeitszeit einzuführen. Man will den Sonntag in den Arbeitsrhythmus der Wirtschaft als einen der sieben Tage einbauen, und das in derselben Zeit, da für die verkürzte Arbeitszeit und den freien Samstag gekämpft wird. Wir haben uns dagegen mit einer Großen Anfrage an die Bundesregierung gewandt. Wir taten das aus ernster Sorge um die Respektierung der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen. Ich möchte hier unmißverständlich sagen: Unsere Fraktion wird sich jeder erkennbaren Absicht widersetzen, aus rein ökonomischen Gründen den Unterschied zwischen dem Sonntag und dem Werktag zu verwischen (Beifall). Der Sonntag soll keine Arbeitstag werden, er soll Sonntag bleiben, ja, es noch mehr, als er es heute ist, wieder werden (Beifall)! Wir führen diesen Kampf um die Erhaltung des Sonntags nicht oder nicht in erster Linie, weil uns das Grundgesetz vorschreibt, daß der Sonntag als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung geschützt ist; wir widersetzen uns deswegen allen Versuchen, den Sonntag zu entheiligen, auf das schärfste, weil das dritte Gebot das von uns verlangt (Beifall). Hier geht etwas vor sich, das sehr ernst genommen sein will. Die Streichung des Sonntags aus ökonomischen Gründen und seine Ersetzung durch andere freie Wochentage ist ein weiteres Zeichen der Verweltlichung unseres Lebens. Hier wird eine natürliche und christliche Ordnung zerstört und eine andere an ihre Stelle gesetzt. Diese wird weder dem Gesamtwohl des Volkes noch auch der Wirtschaft selbst dienen. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen!

Wir stehen in einem Wahljahr. Wir sind nicht besorgt. Wir stellen uns dem deutschen Wähler mit gutem Gewissen. Wenn der deutsche Wähler — was wir nicht bezweifeln — am 15. September seine Pflicht tut und der Stimme der Vernunft und der Freiheit folgt, ist das eine neue gewonnene Schlacht für die deutsche Demokratie und auch für die Wiedervereinigung unseres Landes in Freiheit (Beifall). Was uns mit Sorge erfüllt, ist etwas ganz anderes. Wir sind besorgt, daß dieser Wahlkampf entartet, und das nicht nur, weil er zu früh und zu heftig begonnen hat. Dieser Wahlkampf ist deshalb aufs schwerste gefährdet, weil die beiden Parteien, mit denen wir uns im wesentlichen auseinanderzusetzen haben, die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten, in sich selbst uneins und kontrovers sind. Sie können die Krisen und die Richtungs-

kämpfe, die sie in ihren eigenen Reihen haben, nur durch wüste Angriffe auf den Kanzler und die Union überbrücken. Sie sammeln sich in der Negation. Das ist das eigentliche Problem der SPD und der FDP, und es würde daraus ein Problem der deutschen Demokratie schlechthin, wenn die Kräfte der Negation auf einer Woge der Unzufriedenheit, wie sie sie selber zu entfesseln suchen, zur Mehrheit gelangten. Die großen deutschen Parteien sind Weltanschauungsparteien; aber als christliche Politiker können wir uns natürlich nicht darüber wundern, daß sich mit der Fortschrittsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wirklich kein Staat mehr machen läßt. Wir sehen den Zerfall in den anderen Lagern und daß sich dagegen das Funktionärskorps dieser Parteien verzweifelt wehrt. Es ist ja nicht so, daß nur die SPD mit Parteidisziplin und Fraktionszwang zusammengehalten werden müßte. Auf dem letzten Landesparteitag in Köln hat Herr Döring, der Wahlkampfleiter der Freien Demokratischen Partei, öffentlich dem Liberalismus mit den Worten abgeschworen: Die Gewissensfreiheit der Abgeordneten sei zwar notwendig, wenn aber der Wille der Mehrheit festgelegt sei, müßten die Nuancen zurückstehen. Und der Landesvorsitzende der Freien Demokraten, Herr Minister Weyer, fügte hinzu: Superindividualisten hätten in der FDP nichts mehr zu suchen. Ich will deshalb nicht schon behaupten, daß der liberale Gedanke in Deutschland tot ist, aber Herr Reinhold Maier soll uns nicht sagen, er müsse den liberalen Gedanken gegen Adenauer und die CDU verteidigen (Beifall)! Wie wir zum Liberalismus stehen, könnte erst wieder zu einer ernsthaften Frage werden, wenn die FDP mit den Kräften fertig würde, die in ihren eigenen Reihen den Liberalismus erledigen. Mit einer wirklich noch liberalen FDP würden wir uns sehr sachlich und sehr gründlich darüber auseinandersetzen, ob das, was an der liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts positiv war, nicht bereits Allgemeingut im deutschen Volke geworden ist (Beifall).

Was die neuen Kräfte in der FDP betrifft, so machen sie jede sachliche, jede ernste Auseinandersetzung dadurch unmöglich, daß sie keine neuen Ideen haben, sondern nur den hemmungslosen Drang zur Macht. Das ist aber zunächst das Problem der FDP selbst und nicht das unsere. So kann es uns nicht in Erstaunen versetzen, wenn von diesen neuen Kräften der FDP, welche die liberalen Kräfte in ihren eigenen Reihen systematisch ausbooten, die Fühler zur SPD ausgestreckt werden, in der sich unter dem sozialistischen Vorzeichen ein nach der Macht hin orientiertes Funktionärsendenken behauptet.

Wir bedauern es um unserer Demokratie willen, daß die Gegensätze, von denen die SPD heute beherrscht wird, hinter verschlossenen Türen ausgetragen werden und daß so gut wie niemand den Mut hat, dagegen an die Öffentlichkeit zu appellieren. Das ist eine traurige Sache, über die wir deshalb nicht schweigen dürfen, weil sonst der Wähler über sie hinweggetäuscht wird.

Mit welcher SPD haben wir es tatsächlich zu tun, mit der der Herren Wehner, Behrisch oder mit der SPD Professor Carlo Schmid und Fritz Eilers?

Es liegt auf der Hand, weshalb es bei dieser inneren Spannung die SPD schwer hat, eine Persönlichkeit zu präsentieren, unter der sich das deutsche Volk einen Bundeskanzler und den Gegenspieler eines Konrad

Adenauer vorstellen könnte (Beifall). Jede ausgeprägte, energische und zielstrebige Persönlichkeit in der SPD müßte die eine oder die andere Richtung zur Geltung bringen, und das wäre das Ende der so künstlich konservierten Einheit.

Damit habe ich bereits angedeutet, wo das Schwergewicht der heutigen SPD zu suchen ist. Und das ist ohne Zweifel eine für unsere Demokratie ganz entscheidende, ja die lebenswichtige Frage, ob dieser andere, der linke und radikale Flügel zum offenen Kampf in diesem Wahlkampf gestellt wird. Wir dürfen es nicht zulassen und nicht hinnehmen, daß die Krise des Sozialismus in Deutschland fortgesetzt verschleiert wird und daß man von ihr mit der totalen Opposition ablenken will. Ich werde Herrn Wehner weder als Politiker noch als Menschen herabsetzen. Ich räume ihm durchaus ein, daß man einmal Kommunist gewesen sein kann, die Sowjetunion für das Arbeiterparadies gehalten hat und heute darunter leidet. Aber ich muß, ohne irgendwelche Schatten der Vergangenheit zu beschwören, feststellen, daß das Problem der SPD „Wehner“ heißt und daß dies ein Problem der deutschen Demokratie ist, eben des Wehners von heute wegen, wegen seiner Position in der SPD und vor allem auch wegen der Tarnung dieser Position nach außen. Die SPD ist stolz darauf, daß ihre Einheit durch Wehner nicht gefährdet wird, und Herr Wehner selbst ist das vermutlich auch. Aber warum macht Herr Wehner, wenn das hin und wieder notwendig ist, seiner Partei Konzessionen? Er tut das als gläubiger Marxist, als überzeugter Klassenkämpfer, der nach den gescheiterten anderen Versuchen nun die SPD als die große Partei des Klassenkampfes betrachtet. Der Einheits Traum, den Wehner früher einmal gehabt hat, ist von der Sozialistischen Einheitspartei des Ostens brutal zerstört worden. Nun träumt er diesen Traum in anderer Form, aber mit gleichem marxistischem Inhalt weiter. Das tun auch viele SPD-Funktionäre mit ihm. Man träumt aber möglichst nicht laut; denn sonst würden breite Schichten der Arbeiterschaft abgeschreckt, von den bürgerlichen Schichten, die man für die Mehrheit braucht, ganz zu schweigen.

So aber darf es nicht weitergehen! Die SPD soll endlich sagen, was sie ist und wer sie ist. Die marxistische und klassenkämpferische SPD des Herrn Wehner wäre ein Diskussionspartner — würdig, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Ich bin zutiefst der Überzeugung, daß die marxistischen Maximen, die die politische Leidenschaft Wehners ausmachen, aus der Erfahrung heraus weder in Deutschland noch sonstwo in der freien Welt attraktiv wirken.

Ich darf das Problem, um das es hier geht, durch einen Aufsatz aus den „Baseler Nachrichten“ erläutern. Dieser Aufsatz hatte die Überschrift „Wo steht die europäische Linke?“ Er zeichnete die Gegensätzlichkeiten in diesem Lager auf. Für den französischen und belgischen Sozialismus stellte er fest, daß er sich — ich zitiere hier wörtlich — „entschieden auf die ursozialistische Idee hin entwickelt hat und andererseits praktische Arbeiterpolitik im Rahmen der bestehenden Ordnung betreibt.“ Demgegenüber — so fuhr das Schweizer Blatt fort — scheint sich besonders im deutschen und im englischen Sozialismus eine Richtung durchzusetzen, die an die Restaurierung des marxistischen Sozialismus denke. Darüber hinaus erstrebe diese Richtung offensichtlich eine Neuorientierung dem Sowjetstaat gegenüber. „Diese Bewegungen — hieß

es dann wörtlich weiter — unterscheiden sich vom übrigen europäischen Sozialismus darin, daß sie gegenüber der Sowjetunion vorsichtige Neigungen zu einer Verständigungspolitik aufweisen, aber energisch bestreiten, damit eine Politik des allmählichen Nachgebens einleiten zu wollen, und daß sie einen Neomarxismus predigen unter gleichzeitiger Beteuerung, nicht marxistisch im überlieferten Sinne zu sein.“ Und dann noch ein letzter Satz aus diesem Aufsatz. Es hieß dort: „In Deutschland gerät der geistig vom Kommunismus herkommende, aber antikommunistisch eingestellte, neomarxistische Wehner mehr und mehr in die eigentliche Führung, während Ollenhauer nach außen die gemäßigte Linie zu vertreten hat.“ Ich halte diese Sätze für eine Beobachtung, die an den Kern der Dinge herangeht.

Es ist betrüblich, daß in der deutschen Öffentlichkeit, die doch dafür ein besonderes Gefühl haben müßte, die wirklich bewegenden Kräfte unseres politischen Lebens und der ideologischen Hintergründe häufig unbeachtet bleiben. Vielleicht liegt das auch daran, daß sich neben unserer Partei, der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union, bei der Neuentfaltung des deutschen Parteilebens nach 1945 nichts Gleichartiges entwickelt hat. Die Christlich-Demokratische Union ist die Erfüllung einer Sehnsucht, die weitblickende Politiker schon um die Jahrhundertwende gehabt haben, aber sie ist kein Rückgriff auf überlebte Vorstellungen und nicht mehr zeitgemäße Ideologien. Sie hat den Christen beider Konfessionen die politische Heimat verschafft, von der aus nach einem beispiellosen Zusammenbruch ein neuer Staat und eine neue Demokratie aufgebaut werden konnten.

Vergessen wir es nie: Dieser Unionsgedanke ist in den Konzentrationslagern und in den Kellern der Gestapo zum entschlossenen Willen geworden. Und dann hat er das gehalten, was man von ihm, als noch Nacht über Deutschland war, erhofft hatte. Auch daran denken wir mit Genugtuung zurück, daß die Skeptiker in unseren eigenen Reihen, die die Union als ein Experiment betrachtet haben, Lügen gestraft worden sind. Es war das Neue, vor dem sie erschranken. Wir sind heute stolz darauf, daß mutige Männer es 1945 wagten.

Nachdem sich die Union als lebens- und gestaltungsfähig erwiesen hat, ist ihr nichts vergleichbar, was nicht aus dem gleichen Mut zu neuen Formen und neuen Ideen entsteht. Links und rechts von uns erleben wir den Willen zur Macht als letzten Faktor, der dort noch zusammenhält. Wir aber wissen uns als eine echte, in festen Überzeugungen verwurzelte Gemeinschaft, für die unsere Gegenwart aller Welt sichtbar das Zeugnis ablegt, daß Deutschland sie braucht (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Johnen:

dankt Dr. Krone für seine Ausführungen und eröffnet die

Aussprache

Frau Dr. Helene Weber:

Als Herr Krone eben sprach, habe ich gedacht: „Ob er wohl diese große Reform, die wir fertig gebracht haben, vergessen wird.“ Und immer, wenn er weiter redete, dachte ich: „Noch immer kommen wir nicht dran.“ Und als er dann fertig war, sagte ich: „Man hat uns also vergessen.“ Ich möchte aber nicht, daß Sie von hier weggehen, ohne zu wissen, welch ein großes Gesetz wir verabschiedet haben. Das größte, das das Bun-

des Justizministerium seit 1949 bearbeitet hat: Die Familienrechtsreform. Das ist eine große Arbeit gewesen, die vor allem von meinem Kollegen, Herrn Justizrat Dr. Weber aus Koblenz, als dem Vorsitzenden geleistet wurde (Beifall). Er hat, weiß Gott, verdient, daß wir ihm dankbar dafür sind. Wir haben uns in der Familienrechtsreform bemüht, die richtige Gleichberechtigung festzulegen, jene Gleichberechtigung, die keine Schablone ist, die vorsieht, daß ein Unterschied besteht zwischen dem Wesen und der Arbeit des Mannes und der Frau in der Ehe und in der Familie. Wie haben wir bis zuletzt gekämpft! Aber die Presse hat dies nicht immer gewürdigt. Sie sollen es aber heute wissen: Wir haben erreicht, daß der Artikel 3,2 des Grundgesetzes über die Gleichberechtigung seine Mäßigung und seine ganz bestimmte Färbung und Tönung erhält durch den Artikel 6 über den Schutz der Familie. Wir haben immer wieder betont und hervorgehoben: Es handelt sich um die Familie. Wir wollen keine falsche Gleichberechtigung von Männern und Frauen, sondern die echte und die wirkliche Gleichberechtigung, die jeder von uns anerkennen muß. Wir haben ein neues Güterrecht geschaffen, über das ich im einzelnen jetzt nichts sagen will. Wir haben immer wieder Meinungsverschiedenheiten mit der SPD, den Demokraten und auch zwischen den CDU-Mitgliedern festgestellt. Wir haben trotzdem fertiggebracht, daß dieses große wichtige Gesetz einstimmig vom Bundestag angenommen worden ist. Das ist ein großes Verdienst der Fraktion der CDU und CSU gewesen (Beifall).

Bundespostminister Lemmer:

Meine Freunde! Ich habe nur wenige Worte zu sagen und möchte eine Erklärung dafür suchen, daß hier keine Diskussion in Gang kommt, obwohl unser Freund Krone doch zweifellos eine ganze Reihe sehr wichtiger und uns bewegender Fragen aus der Arbeit der Fraktion angeschnitten hat. Die Erklärung ist, glaube ich, gar nicht schwer zu finden. Für die Akustik und Optik in der Öffentlichkeit möchte ich erklären, warum die Delegierten dieses Parteitages sich mit ihren Wortmeldungen zum Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion zurückhalten. Sie tun das einmal deshalb, weil die Aussprache des Parteitages sinnvollerweise auf die Referate der nächsten Tage über die einzelnen Probleme der Bundespolitik sicherlich folgen wird. Und dann steht der Parteitag 1957 zweifellos unter dem Eindruck, daß die Bundestagsfraktion der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode ihre parlamentarischen Aufgaben in einer Weise gelöst hat, daß einfach kein Grund zur Kritik besteht. Aus der Erfahrung meiner Mitarbeit in der Bundestagsfraktion möchte ich es einmal öffentlich aussprechen, daß es auch zu den sogenannten Wundern dieser Zeit gehört, daß eine Fraktion von über 250 Frauen und Männern, die aus so ganz verschiedenen geistigen und konfessionellen Wurzeln in unserer Union zusammengewachsen sind, so harmonisch arbeiten konnte, weil immer das Gesetz der Kameradschaft wirksam gewesen ist. Das ist so überzeugend geschehen, daß auch der außenstehende Beobachter erkennen mußte, daß die Bundestagsfraktion vom Geist einer wirklichen Union beseelt ist und daß es auch bei den schwierigsten Fragen der Gesetzgebung immer möglich gewesen ist, zu einer echten und vollen Übereinstimmung bei allen großen Entscheidungen zu kommen (Beifall).

Dies einmal mit einem Gefühl des Dankes für Heinrich Krone, mit einem



Bundesaußenminister Dr. Heinrich von Brentano (links) mit Bundespostminister Lemmer (rechts) und dem Vorsitzenden der CDU Rheinland, Landtagsabgeordneter Johnen, (Fraktionsvorsitzender der CDU in Düsseldorf).



Empfinden auch des Dankes für die, die mit ihm die Fraktion geführt haben, hier zum Ausdruck zu bringen, schien mir doch notwendig zu sein, damit wir nicht jetzt am Ende des 1. Sitzungstages einfach aufbrechen, ohne diesem Dank Ausdruck gegeben zu haben (Beifall).

Meine Freunde! Diese Eintracht in der großen und so vielfältig zusammengesetzten Bundesfraktion ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Sie soll in diesem Zusammenhang und an dieser Stelle im einzelnen nicht angesprochen werden. Aber auf zweierlei darf ich hinweisen. Heinrich Krone besitzt in seltener Ausprägung so hervorragende geistige und charaktervolle Eigenschaften, daß er seit der Übernahme der Fraktionsführung mit Recht sich das volle Vertrauen aller Fraktionsmitglieder erwerben konnte. Das wäre die menschliche Erklärung. Das andere, was die moralische Haltung der Fraktion bestimmt, das kann mit dem Begriff des „Liberalismus“ erklärt werden, auf den Dr. Krone in seinem Referat überzeugend hingewiesen hat. Ja, es ist so.

Bei uns christlichen Demokraten ist so viel Liberalismus im besten Sinne des Wortes lebendig, daß unsere Bundestagsfraktionsmitglieder im gegenseitigen Respekt allerdings die Fähigkeit zur Toleranz besitzen. Wenn das wohl mit Recht als eine gute Eigenart des Liberalismus genannt werden kann, so darf wohl auch die Feststellung getroffen werden, daß der Liberalismus im besten Sinne auch in unserer Partei lebendig ist (Beifall). Der Liberalismus hat seine Bedeutung und sein Wesen im Laufe einer bewegten Epoche natürlich gewandelt. Früher mag er dem einen oder dem anderen aus unseren Reihen suspekt gewesen sein. Das ist vorbei. So konnte Heinrich Krone, wofür ich ihm persönlich dankbar bin, auf diesem Parteitag würdigen, was aus der großen liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts in unser Jahrhundert hineingewachsen ist. Das, was sich als gut am Liberalismus erwiesen hat, wird heute auch von uns verfochten. So kann auch unsere Stellungnahme für den Schutz der Feiertage und des Sonntags letzten Endes nur aus dem Geist echten Liberalismus und wahrer Toleranz verstanden werden (Beifall).

Mit diesen wenigen Worten wollte ich also den Versuch gemacht haben, mit dem Blick auf die Arbeit der Bundestagsfraktion das zum Ausdruck zu bringen, was meines Erachtens auf diesem Parteitag gesagt werden muß. Ich schließe mit der Feststellung:

Unsere Gegner würden sich wundern, wenn sie ihre Mäuschen in unser Fraktionszimmer entsenden könnten, um zu sehen, wie christliche Demokraten in der Lage sind, ohne Befehl und ohne Zwang, aus innerster Überzeugung heraus immer wieder zur notwendigen Übereinstimmung zu kommen (Beifall).

Herr Josten (Rheinland-Pfalz):

Liebe Parteifreunde! Ich möchte hier noch einige Worte sagen, die Sie sicherlich auch stark interessieren werden, weil im kommenden Wahlkampf etwas im Vordergrund steht, und zwar das Wort, das wir in unserem Lande an den Plakatsäulen lesen: „Keine Wehrpflicht, darum SPD.“

Ich darf darauf hinweisen, daß gerade unsere Fraktion im Bundestag und der Ausschuß für Verteidigung insbesondere sich in den vergangenen dreieinhalb Jahren sehr intensiv mit diesem Problem beschäftigt hat. Nicht aus dem Gefühl des Herzens heraus, sondern mit dem Verstand und unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung unserer Freiheit. Hier

verdient Dank und Anerkennung ein Mann, den ich hier mitnennen muß, nämlich der Vorsitzende des Ausschusses, unser Vizepräsident Dr. Jäger, aber auch der Mann, der den ersten Spatenstich für den Aufbau getan hat, unser lieber Parteifreund Theo Blank (Lebhafter Beifall). Sie wissen, daß gerade bei den Beratungen im Ausschuß sich keineswegs die SPD immer so verhalten hat — und ich sage Gott sei Dank —, wie sie heute draußen tut. Sie wissen, daß wir zum Beispiel zur Änderung des Grundgesetzes eine Zweidrittelmehrheit brauchten, wo die SPD mitgestimmt hat. Sie müssen es wissen, wenn sie draußen in den Versammlungen sagen, sie hätten sich überhaupt nicht dabei beteiligt. Ich darf Ihnen sagen: Viele guten, ja sogar positiven Vorschläge, die von seiten der SPD auch im Ausschuß kamen, haben wir selbstverständlich mit verwertet. Bei uns ging es ja nur darum: Wir wollen den Staatsbürger in Uniform. Aus diesem Grunde hat sich die CDU-Fraktion so intensiv mit diesem gesamten Problem befaßt.

Ich glaube, gerade bei dem kommenden Wahlkampf muß man diese Dinge, welche die SPD anführen wird, wissen und kennen. Es war zweckmäßig, daß Herr Dr. Heck teilweise schon in sehr ausgezeichneter Weise in unserem „Informationsdienst“ auf diese Dinge hingewiesen hat:

a) wo die SPD mitgearbeitet hat, b) was bisher schon an Wehrgesetzen verabschiedet wurde.

Im übrigen darf ich sagen: Wenn sich wirklich echte Fehler bemerkbar machen, die selbstverständlich immer wieder vorkommen werden (und auch wir haben keine Wehrgesetze verabschiedet, die den Anspruch hätten, von Fehlern frei zu sein), dann darf man draußen nur bitten: Melden Sie diese Dinge. Wir sind daran interessiert, daß die Bundeswehr, die wir aufbauen, wirklich diesen Geist trägt, den wir als christliche Demokraten auch mitbringen wollen. Gerade wir, die wir im Kriege diesen Dreck draußen mitgemacht haben, hatten diese Arbeit angenommen aus dem gleichen Geist und dem gleichen Gedankengut, das wir in Zukunft wollen: Schutz der Familie, Schutz unserem Staat, unserem demokratischen Staat (Beifall).

Vorsitzender Johnen:

Darf ich an dieser Stelle im Namen der gesamten Bundesfraktion für die mühevollen Arbeit, die Sie in den letzten Jahren geleistet haben, ein herzliches Wort des Dankes sagen (Beifall). Ein ganz besonderes Wort des Dankes gilt dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Krone (Beifall). Ich glaube, meine Damen und Herren, daß ich persönlich beurteilen kann in meiner Eigenschaft als Vorsitzender einer Landtagsfraktion, was es heißt, eine so große Fraktion in so überaus schwierigen Fragen immer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dazu gehört eine unendliche Geduld und ein Glaube an die Fraktion. Und diese Arbeit, diese Leistung hat Herr Dr. Krone getan. Dafür gebührt ihm auch hier ein besonderes Wort des Dankes (Beifall).

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, worüber ich persönlich deshalb nicht böse bin, weil in der heutigen Diskussion wahrscheinlich die Diskussionen von morgen oder übermorgen teilweise vorweggenommen sind, darf ich mit einem herzlichen Wort des Dankes an Sie die Sitzung schließen.

Dritter Tag: Montag, 13. Mai 1956

2. Plenarsitzung

Vorsitzender Dr. Gurr:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich begrüße Sie alle herzlich. Der heutige Vormittag ist der Außenpolitik gewidmet. Es wird sprechen der Herr Bundesaußenminister Dr. v. Brentano über „Einheit für Deutschland — Frieden in der Welt“. Ferner wird sprechen der Herr Bundestagsabgeordnete Kiesinger über das Thema „Auf dem Wege nach Europa“. Den beiden Herren Rednern entbiete ich einen besonderen Gruß (Beifall).

Der gestrige glanzvolle Eröffnungstag war den allgemeinen politischen Fragen gewidmet. Indem wir an den Anfang der heute beginnenden fachlichen Tagungen die Außenpolitik stellen, betonen wir deren Primat, deren Vorrang für den Erfolg jeder politischen Arbeit unseres Volkes (Beifall). Ich möchte noch kurz auf einen bemerkenswerten Vorgang hinweisen, nämlich darauf, daß zum erstenmal gestern neben uns schon liebgewordenen Freunden aus dem Ausland, die bisher schon immer bei uns waren, die Vertreter der konservativen Parteien aus Skandinavien, aus Norwegen und Schweden zu uns gesprochen haben. Das ehrt sie, daß sie die Schatten der Vergangenheit endgültig vergessen haben, im Bewußtsein des großen Gemeinsamen. Das ehrt auch uns, indem zum Ausdruck kommt, daß auch diese Völker von uns etwas erwarten und auf uns schauen.

Gewiß, indem wir heute zwei Reden und eine Aussprache haben, muten wir uns viel zu. Aber wir wollen unerschütterlich bleiben am heutigen Vormittag; denn schließlich sind wir das entscheidend verantwortliche Führungsgremium der Partei, und es wird unsere Aufgabe sein, unsere außenpolitischen Erfolge der Vergangenheit und die außenpolitischen Ziele der Zukunft genau zu überprüfen. Das wird die Aufgabe des heutigen Vormittags sein. Und wenn das Plakat, das die Straßen von Hamburg „ziert“, die Inschrift trägt: „Sicherheit für alle“, so bin ich gewiß, daß wir hierzu die ergänzende Antwort geben müssen und geben werden: Sicherheit für alle — ja, durch Vermeidung jedes sozialistischen Experiments (Beifall).

Indem ich den inzwischen eingetroffenen verehrten Herrn Bundeskanzler herzlich begrüße (Beifall), eröffne ich hiermit die so wichtige heutige Vormittagssitzung und bitte unseren verehrten Herrn Bundesaußenminister das Wort zu ergreifen:

Bundesaußenminister Dr. von Brentano:

Einheit für Deutschland — Frieden in der Welt

Herr Bundeskanzler! Meine lieben Freunde! Meine verehrten Gäste! Einheit für Deutschland — Frieden in der Welt! So lautet das mir gestellte Thema. Ich glaube, daß man die Wege und Ziele der deutschen Außenpolitik in den vergangenen acht Jahren nicht knapper, aber auch nicht erschöpfender umreißen kann als mit diesen wenigen Worten.

Wer es heute unternimmt, über den Standort der Bundesrepublik im Spiel der weltpolitischen Kräfte zu sprechen, kann es nicht tun, ohne mit einem kurzen Rückblick zu beginnen, und zwar aus zwei Gründen: Einmal, weil mir scheint, daß mancher Beitrag zur außenpolitischen Diskussion auf einer ebenso unbegreiflichen wie verhängnisvollen Verknüpfung der politischen Realitäten beruht. Zum anderen, weil wir immer wieder spüren, daß mancher Kritiker und Besserwisser mit einer kaum zu übertreffenden Unbefangenheit davon ausgeht, daß die Stellung, die die Bundesrepublik einnimmt, und das Ansehen und das Vertrauen, das sie auf sich gesammelt hat, ein unanfechtbarer Besitz seien und somit der logische Ausgangspunkt gegenwärtiger und künftiger Bemühungen im Bereiche der Außenpolitik darstellen.

Erlauben Sie mir einige erläuternde Feststellungen, wobei ich mir im klaren bin, daß ich im Rahmen eines kurzen Referats diese beiden Fragenkomplexe trotz ihrer überragenden Bedeutung nur abtasten, nur skizzenhaft schildern kann.

In der Tat ist es so, daß unzählige Menschen in Deutschland es bewußt oder unbewußt ablehnen, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die Welt in den vergangenen 15 bis 20 Jahren sich so völlig verändert hat, daß wir die Probleme und Aufgaben der Gegenwart überhaupt nur zu lösen vermögen, wenn wir uns von den Vorstellungen freimachen, die noch bis zum Beginn der dreißiger Jahre Gültigkeit besaßen oder Gültigkeit zu besitzen schienen. Was ich damit sagen will, kommt vielleicht am besten zum Ausdruck, wenn ich den Namen Rapallo nenne. Die Erinnerung an einen politischen Vorgang, der mit diesem Wort verbunden war, ist ja gerade in den letzten Wochen wieder geweckt worden, als sich der Tag des Rapallo-Vertrages jährte und manch einer den gespenstischen Versuch unternahm, das, was sich vor Jahrzehnten ereignete, in eine völlig veränderte Gegenwart zu projizieren.

Schon der erste Weltkrieg führte zu einer völligen Veränderung der weltpolitischen Lage. Die Tatsache, daß dieser Wechsel nicht in das Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Menschen drang, mag manche Fehlentwicklung nach 1918 ausgelöst haben. Bis zum Jahre 1914 waren es die europäischen Großmächte, die die Politik der Welt bestimmten. Mancher Versuch wurde unternommen, um heterogene und homogene Kräfte innerhalb dieses Bereiches auszubalancieren. Dieses ganze kunstvolle Spiel, das einige meisterhaft beherrschten, brach im Jahre 1914 zusammen, und mit dem Jahre 1918 trat eine neue Großmacht in das politische Spiel ein: Die Vereinigten Staaten von Amerika. Daß diese Tatsache nicht in das Bewußtsein der politischen Akteure trat, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Vereinigten Staaten sich damals nach Beendigung des ersten Weltkrieges wieder von Europa zurückzogen. Sinnfälliger Ausdruck dieser Entwicklung war die Entscheidung der amerikanischen Regierung, dem Völkerbund fernzubleiben. Gleichzeitig begann aber auch in Europa ein Prozeß, der bis heute seinen Abschluß nicht gefunden hat. In Rußland vollzog sich eine Revolution, deren gewaltige Bedeutung den Menschen nicht klar wurde. Weltreiche, die glaubten, daß sie unerschütterlich seien, zeigten Risse und Sprünge. Völker, die Jahrhunderte oder gar Jahrtausende hindurch in dumpfer Resignation und Passivität dahinlebten, begannen

sich neu zu gestalten und traten im wahrsten Sinne des Wortes als „unbekannte Größen“ in diesem Spiel der Kräfte auf.

Diese Entwicklung, die, ich sagte es schon, ich nur skizzieren kann, vollzog sich zunächst langsam und nahezu unbemerkt, um dann nach dem letzten Weltkrieg ein stürmisches, ein atemberaubendes Tempo anzunehmen. Nichts kennzeichnet diese Entwicklung besser und eindringlicher als der Weg der Sowjetunion. In den Jahren nach 1918 nahm die Welt kaum Kenntnis von dem revolutionären Dynamismus der dort den Staat und den Menschen im Staat ergriff und umgestaltete. In Deutschland begann der Nationalsozialismus sein unheilvolles Werk. Das Bündnis zwischen Stalin und Hitler im Jahre 1939 mochte für diejenigen unbegreiflich sein, die diesen inneren Wandel nicht sahen, letztlich war es das Ergebnis einer ebenso unheimlichen wie logischen Entwicklung. Es kam dann der zweite Weltkrieg mit all seinen Schrecken und für das deutsche Volk der Zusammenbruch des Jahres 1945.

Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, daß die Welt des Jahres 1945 mit der des Jahres 1925 oder 1914 tatsächlich nichts mehr gemeinsam hat. Hatte man einmal geglaubt, daß der Bolschewismus eine böse und gefährliche Krankheit sei, die das russische Volk erfaßt habe, aber die schon irgendwie vorübergehen würde; hatte man einmal geglaubt, daß die sogenannten klassischen Großmächte ihren alten Platz wiedererringen würden; hatte man sich in der Vorstellung gewiegt, daß die letzten und maßgeblichen politischen Entscheidungen doch wieder in Europa getroffen würden — alle diese Vorstellungen waren überholt, denn die völlige politische, ökonomische und soziologische Umstrukturierung der Welt führte zu der erschreckenden Erkenntnis, daß das, was gestern noch gültig schien, heute überholt war.

Zwei Beispiele mögen das erläutern: Ich nannte das eine schon, die Entwicklung der Sowjetunion. Aus einem Land, das man nach dem Sturz des Zarentums nicht mehr zu Europa rechnete und das nicht mehr als Großmacht im klassischen Sinne gewertet wurde, war eine Weltmacht geworden. Und es bedurfte wahrhaftig, um mit Hegel zu sprechen, der List der Geschichte, daß ein Adolf Hitler kam, um dem revolutionären Imperialismus der Sowjetunion den Zugang bis in das Herz Europas, bis in das Herz Deutschlands zu öffnen. Der ganze Osten Europas wurde mit brutaler Gewalt in den Herrschaftsbereich der Sowjetunion einbezogen, die sich gleichzeitig bis zum Mittelmeer, — Jugoslawien, das sich später löste, und Albanien — und bis zum Pazifischen Ozean — Korea und China — ausdehnte.

Deutschland war eines der Opfer dieser Entwicklung, wobei wir nicht vergessen dürfen und nicht vergessen wollen, daß eine Politik des Wahnsinns und des Verbrechens entscheidend dazu beigetragen hatte. Was sich in unserem deutschen Vaterland vollzog — ich glaube, daß ich es in diesem Kreis nicht noch einmal in Erinnerung zurückrufen muß — die gewaltsame Abtrennung der östlichen Provinzen, die Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihrer Heimat, die Unterstellung Deutschlands unter den Kontrollrat der Siegermächte und die fortdauernde Teilung Deutschlands, die bis zur Stunde noch anhält. Das ist in kurzen Worten die Bilanz dieses Geschehens für das deutsche Volk. Alle anderen Völker Europas wurden in diesen Strudel der Zerstörung

hineingerissen. Aber in einem anderen Teil der Welt vollzog sich eine Entwicklung, deren Zeugen wir bis zum Augenblick sind: Aus den Vereinigten Staaten von Amerika, einem Lande, das bis zum Jahre 1914 noch ein Schuldnerland war und von dem Europäer mit einer gewissen Herablassung als entwicklungsfähiges Neuland angesehen wurde, war die stärkste Macht der Welt geworden. Und wenn Sie mir erlauben, daß ich, ohne auf Einzelheiten einzugehen, eine Tatsache von einmaliger historischer Bedeutung vorwegnehme, dann ist es die Feststellung, daß diese Weltmacht sich der ungeheuren politischen und moralischen Verpflichtungen bewußt war, als die Welt im Chaos unterzugehen drohte und mit einem bewundernswerten Mut die freien Völker der Welt an ihre Seite zog und ihnen die Hilfe gewährte, daß sie sich wieder aufrichten konnten.

Wer es unternehmen wollte, an die politischen Aufgaben, die diese neue, gänzlich veränderte Lage stellte, mit den gleichen Vorstellungen heranzugehen, die vielleicht in einer vergangenen Zeit Gültigkeit hatten, würde schmachlich versagen. Gewiß, wir müssen uns klar darüber sein, daß dieses ungeheuerliche Geschehen Millionen von Menschen unvorbereitet traf und daß es nicht leicht ist, Vorstellungen aufzugeben, die vielleicht mit einer stolzen Vergangenheit verbunden waren. Aber wer nicht bereit und nicht in der Lage ist, dieses neue Bild so zu sehen, wie es sich in Wirklichkeit darstellt, wer es nicht vermag, aus dieser Erkenntnis auch Konsequenzen zu ziehen, der muß in der Außenpolitik versagen. Darum ist es gefährlich, daß viele Menschen in Deutschland sich zu diesen Erkenntnissen offenbar nicht durchgerungen haben. Wenn die Lage, in der wir uns befinden, nicht so ernst wäre, könnte man ironisch werden, und man könnte über diejenigen, die so stolz sind auf ihren Fortschrittsglauben und die so stolz sind auf ihre Internationale, spotten und witzeln, weil sie in Wahrheit nicht konservativ, sondern reaktionär geworden sind. Aber wir wollen uns wenigstens darüber im klaren sein, daß die Fragestellung an das deutsche Volk eine andere geworden ist. Die Bundesrepublik von heute, das wiedervereinigte Deutschland von morgen, sie sind keine Großmacht, geschweige denn eine Weltmacht und werden es auch nicht mehr in Zukunft sein, ja, sie dürfen nicht einmal den Wunsch haben, es wieder zu werden. Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, daß wir alle in einer welthistorischen Auseinandersetzung stehen, der wir uns nicht entziehen können. Die Frage lautet einfach: Ist das deutsche Volk entschlossen, sich eindeutig und bedingungslos zur freien Welt zu bekennen, sein eigenes Schicksal und seine Zukunft in diese freie Welt einzuordnen und seine eigenen Bemühungen mit denen der freien Welt zu verbinden, um den Frieden und die Freiheit zu sichern? (Beifall.) Es gibt kein Ausweichen vor dieser Frage, so wie es überhaupt in der Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen Recht und Unrecht, zwischen Moral und Unmoral keine Ausflucht in die Wertneutralität gibt (Beifall). Lassen Sie mich auf das Beispiel zurückkommen, das ich meinte, als ich das Wort Rapallo erwähnte: Die damalige Entscheidung mag richtig, ja, sie mag notwendig gewesen sein. Deutschland war damals noch eine europäische Großmacht. Deutschland war damals isoliert und drängte heraus aus diesem Teufelskreis der Isolierung. Wer glaubt, daß solche Rezepte heute noch heilsam wären,

der hat eben die Entwicklung der Welt nicht miterlebt, der lebt in der Vergangenheit und verschließt die Augen vor der Gegenwart.

Mit einem weiteren wollte ich mich auseinandersetzen: Mit der verhängnisvollen Vorstellung, daß die Stellung der Bundesrepublik in der Welt gesichert sei und daß wir es uns leisten könnten, ja, daß wir sogar dazu berechtigt und verpflichtet seien, eine eigene und völlig unabhängige Politik zu treiben. Ich habe an den Ausgangspunkt der deutschen Politik erinnert, nämlich an das Jahr 1945. Man mag es beklagen, daß die westliche Welt zu spät das Wesen ihres Bundesgenossen erkannt hat, wobei wir nicht vergessen dürfen, daß es der „Regierungskunst“ eines Adolf Hitler bedurfte, um seine widernatürliche Allianz mit dem Bolschewismus durch eine Allianz der großen demokratischen Mächte der Welt mit dem gleichen Bolschewismus zu ersetzen. Man muß es beklagen, daß die Vereinbarungen von Teheran und Jalta in den Potsdamer Beschlüssen ein makabres Ende fanden. Aber es geht jetzt nicht für uns darum, eine im übrigen von uns selbst mitverschuldete tragische Fehlentwicklung in ihren Ursachen zu analysieren, sondern sie in ihren Folgen zu beseitigen (Beifall).

Die Christlich Demokratische Union und die von ihr getragene Bundesregierung unter unserem Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler Konrad Adenauer, können für sich in Anspruch nehmen, daß sie in den vergangenen Jahren realistisch gedacht und realistisch gehandelt haben (Beifall). Jede einzelne Entscheidung, die wir getroffen haben, um die Bundesrepublik aus der lebensgefährlichen Isolierung herauszuführen, um für die Lösung der Lebensfrage unseres Volkes Unterstützung in der Welt zu finden, jede dieser Entscheidungen können wir vor dem deutschen Volk verantworten (Beifall).

Ich will dem Versuch widerstehen, die einzelnen Phasen der Entwicklung aufzuzeigen. Ich will nur daran erinnern, daß die Bundesrepublik und nur die Bundesrepublik zustande kam, weil die Sowjetunion dem deutschen Volk damals und heute das Recht verweigert hat, seine eigene Ordnung frei zu bestimmen und seine politischen Entscheidungen frei zu treffen. Aber auch die Bundesrepublik war nicht frei, als das erste Bundeskabinett seine Arbeit aufnahm. Und es war wahrhaftig ein mühevoller Weg — unser Freund Eugen Gerstenmaier hat ihn gestern auch angedeutet —, der vom Besatzungsstatut zur Souveränität führte. Was diese Entwicklung innenpolitisch, wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch bedeutete, darüber werden andere auf diesem Parteitag sprechen. Es genügt, wenn ich darauf hinweise, daß es gelungen ist, aus dem Chaos des Zusammenbruchs wieder zu einer rechtsstaatlichen Ordnung zu gelangen, daß es gelungen ist, aus der Zwangswirtschaft des Hungers, der Armut und der Resignation eine Ordnung zu errichten, die die Freiheit des schaffenden Menschen gewährleistet, ohne seine Bindung an die Gemeinschaft zu leugnen, daß es gelungen ist, aus zerstörten und demontierten Betrieben wettbewerbsfähige Unternehmen aufzubauen, die die ganze Welt beliefern (Beifall), daß es gelungen ist, Millionen von Menschen mit dem Arbeitsplatz die Existenzgrundlage zu geben, daß es gelungen ist, Millionen von Heimatvertriebenen und Obdachlosen wieder ein menschenwürdiges Dasein zu vermitteln, daß es gelungen ist, eine soziale Ordnung zu errichten, von der ich nach der letzten Sozialreform wohl sagen darf, daß sie von keinem Land der

Welt übertroffen wird. Mehr darüber zu sagen scheint mir nicht nötig. Denn wer in diesen Tagen durch diese Stadt geht, deren Gäste wir sind, bedarf wohl keines zusätzlichen Beweises für das, was auf diesen Gebieten in den letzten Jahren geschehen ist (Beifall).

Das Wort vom Primat der Außenpolitik wird oft gebraucht und oft bestritten. Ich will mich nicht in akademischen Erörterungen ergehen, ob diese These allgemeine Gültigkeit besitzt oder ob es auch Zeitläufe gibt, in denen die Außenpolitik gegenüber den anderen Bereichen des öffentlichen Lebens in den Hintergrund tritt. Aber ich glaube, daß niemand bestreiten kann und wird, daß für die vergangenen — und lassen Sie mich hinzufügen — auch für die kommenden Jahre die Außenpolitik für uns den Vorrang haben mußte und haben wird. Im Jahre 1945 und noch im Jahre 1949 war das deutsche Volk Objekt des politischen Geschehens. Sein Schicksal lag in den Händen der Siegermächte, und wir sollten nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß damals die Versuchung nahe lag, sich endgültig auf Kosten des deutschen Volkes zu einigen. Im Namen des deutschen Volkes oder, richtiger gesagt, unter Mißbrauch seines guten Namens war ja so unendlich viel Schreckliches und Grausames geschehen, daß das deutsche Volk in der Welle des von ihm selbst beschworenen Hasses zu ertrinken drohte.

Wir können nicht dankbar genug anerkennen, daß damals weitsichtige und verantwortungsbewußte Politiker in den Ländern der freien Welt sich den Blick nicht trüben ließen, sondern erkannten, daß das deutsche Volk verführt, aber nicht schlecht war. Als sich die gewaltige Auseinandersetzung abzeichnen begann, von der ich schon sprach, überließ man das deutsche Volk nicht seinem Schicksal. Es begann mit den caritativen Aktionen, die Hunderttausenden von Menschen das Leben retteten, und fand seine Fortsetzung in der unmittelbaren Unterstützung des Aufbaues, die von zahlreichen Ländern gewährt wurde — von England, von Frankreich und an der Spitze von den Vereinigten Staaten im Marshallplan. In dem Grade, in dem Deutschland die Selbständigkeit wieder zurückgegeben wurde, in diesem Grad wuchs auch die politische Verantwortung der Deutschen. Solange die Bundesrepublik Objekt des Geschehens war, mußte unser Schicksal zwangsläufig von denen bestimmt werden, die die Souveränität ausübten. Von dem Augenblick an, an dem der Bundesrepublik Freiheit und Souveränität zurückgegeben wurden, mußten aber die Bundesregierung und das deutsche Volk selbst auf die Fragen antworten, die die geschichtliche Entwicklung an sie stellten, und sie mußten selbst die Entscheidungen treffen, die ihnen niemand mehr abnahm.

Es war, ich sagte es schon, ein mühevoller Weg bis dahin. Denn noch war die freie Welt nicht bereit, ihr Schicksal mit dem des besiegten Gegners zu vereinigen und die als Freunde und Bundesgenossen anzuerkennen, die doch in den Augen der Welt die Verantwortung für das eigene tragische Schicksal und das zahlreicher anderer Völker auf sich geladen hatten. Es kann nicht oft genug betont werden, meine Damen und Herren, daß das deutsche Volk zugrunde gegangen wäre, wenn es einer weitschauenden und verantwortungsbewußten deutschen Politik nicht gelungen wäre, es aus der Isolierung zu lösen, ihm Freunde und Bundesgenossen zu erwerben und Verständnis und Unterstützung für die eigenen politischen Ziele zu vermitteln (Beifall).

Es ist unendlich tragisch, daß alles, was auf diesem Wege geschehen ist, gegen den Widerstand der Opposition durchgesetzt werden mußte. Es gibt keine politische Entscheidung, die nicht von der Opposition leidenschaftlich bekämpft worden wäre. Der Abschluß des Petersberger Abkommens, der Vertrag über die Montan-Union, der Eintritt in den Europarat, der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der durch die Westeuropäische Union ersetzt wurde, der Abschluß des Deutschland-Vertrages, der Eintritt Deutschlands in die Atlantische Gemeinschaft, der Entschluß der Bundesrepublik, sich durch eigene Leistung an den Bemühungen der freien Welt um die Erhaltung des Friedens und der Freiheit zu beteiligen — jede dieser Maßnahmen und jede dieser Entscheidungen wurde von der Opposition bekämpft. **Und was wäre aus dem deutschen Volk geworden, wenn wir den verhängnisvollen Ratschlägen dieser Opposition gefolgt wären?**

Ich muß hier an das tragische Schicksal erinnern, das den osteuropäischen Völkern und einem Teil des deutschen Volkes bereitet wurde: Polen, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Sowjetzone wurden alle in den Herrschaftsbereich des Bolschewismus einbezogen. Jede freiheitliche Regung in diesen Ländern wurde im Blut erstickt. Wir haben ja alle noch die schaurigen Ereignisse in Erinnerung, die den Freiheitskampf des ungarischen Volkes abgeschlossen haben. Länder im Fernen Osten wurden in Kriegsschauplätze verwandelt. Der freie Teil der Stadt Berlin wurde einer Hungerblockade ausgesetzt, um den Freiheitswillen der Menschen in dieser Stadt zu brechen. Es gehört keine ausschweifende Phantasie dazu, um festzustellen, daß die 50 Millionen deutsche Menschen in der Bundesrepublik als das nächste Opfer dieser Entwicklung ausersehen waren.

Die freie Welt hatte nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges zunächst wirklich geglaubt, daß mit der Kapitulation Deutschlands der Frieden begonnen habe. Sie hatte so fest daran geglaubt, daß sie die Rüstungsanstrengungen einstellte und damit begann, das vorhandene Material zu verschrotten. Aber tatsächlich hatte der Frieden nicht begonnen. Vielmehr wurde von der Sowjetunion die machtpolitische Auseinandersetzung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fortgeführt, mit den Mitteln der militärischen Macht, des polizeifichen Terrors ebenso wie mit den Mitteln der politischen Infiltration und der subversiven Unterwanderung.

Die Welt sah sich vor die Frage gestellt, ob sie diese Entwicklung dulden oder ihr Einhalt gebieten sollte. Aber diese Frage richtete sich auch an uns, an das deutsche Volk, und wir mußten eine Antwort darauf geben. Wenn wir sie anders beantwortet hätten, als wir es taten, ja wenn wir nur versucht hätten, ihr auszuweichen, wir hätten unweigerlich und endgültig unsere Freiheit und unsere Existenz verspielt. Es war eine vielleicht einmalige Chance, daß die freie Welt damals bereit war, das deutsche Volk in die gemeinsamen Anstrengungen einzubeziehen und es nicht seinem Schicksal zu überlassen. Aber ich glaube wir müssen uns klar sein, daß solche Fragen nur einmal gestellt werden und nur einmal beantwortet werden können. **Schon damals begann in der Diskussion in Deutschland das Gerede von der Alternative. Selbstverständlich gibt es auf jede Frage zwei Antworten, aber immer nur eine richtige.** Die Verwirrung, die dieses Wort von der Alternative angerichtet hat, dauert

bis zur Stunde noch an, und für den psychologischen Zustand, der dadurch entstanden ist, ist es bezeichnend, daß man neuerdings von „echten Alternativen“ spricht. Was ist das für ein törichter Versuch, einer klaren Fragestellung auszuweichen? Denn der Gegensatz zur echten Alternative wäre ja die unechte Alternative; und ich wüßte nicht, wer diesen Unterschied zu erklären vermöchte.

Die Fragen, um die es ging und geht, möchte ich hier noch einmal klar zusammenfassen:

Die erste Frage lautete: Will das deutsche Volk heute und morgen ein unlösbarer Bestandteil der freien Welt sein? Bekennt es sich eindeutig und ohne Vorbehalt zu den Grundsätzen und Wertbegriffen, aus denen heraus die Freiheit lebendig wird? Auf diese Fragen gibt es nur ein klares Ja oder ein klares Nein (Zuruf: Sehr richtig!). Und wer sich scheut, dieses klare Ja auszusprechen und sich zu den Konsequenzen einer solchen Entscheidung auch zu bekennen, der muß sich sagen lassen, daß er im Grunde Nein meint (Beifall). Denn es gibt nun einmal Wertbegriffe, die nur absolut sind und keine einschränkende Interpretation vertragen. Es gibt keine halbe Freiheit, und wer bereit ist, über eine Beschränkung der Freiheit mit sich reden zu lassen, nimmt die Unfreiheit bereits in Kauf (Beifall). Es gibt ja auch keine halbe Wahrheit; denn die halbe Wahrheit ist die Lüge. Und es gibt kein halbes Recht und keine halbe Moral.

Und die zweite Frage war: Wenn sich das deutsche Volk dazu bekennt, ein unlösbarer Bestandteil der freien Welt zu sein und zu bleiben, ist es bereit, aus diesem Bekenntnis auch die Konsequenzen zu ziehen? Auch darauf gibt es nur eine klare und unmißverständliche Antwort. Wer von den Segnungen der Freiheit spricht, aber nicht bereit ist, für sie einzustehen und sich gegen jeden zu wehren, der sie ihm rauben will, der legt ein wertloses Lippenbekenntnis ab. Und ist es nicht der Ausdruck völliger Sinnesverwirrung, wenn es Menschen gibt, die vorgeben politische Verantwortung zu tragen, und die auf diese Frage antworten, sie seien wohl für die Freiheit, aber die besondere Lage des deutschen Volkes verlange nun einmal, daß andere uns die Verantwortung und die Verpflichtung abnehmen, diese Freiheit zu sichern und zu schützen? Ich frage mich zuweilen, wie es zu solchen sonderbaren Feststellungen kommen kann. Offenbar gibt es noch Menschen, die glauben, es bestehe ein ungeschriebenes göttliches Gesetz, das es den Deutschen erlaubt, Fehler zu machen, ja sogar Verbrechen zu begehen, und das die anderen dazu verpflichtet, das deutsche Volk vor den Folgen dieser Fehler zu schützen. Die merkwürdigsten Äußerungen kommen mir dabei in die Erinnerung. Es gab und es gibt Menschen, die uns freimütig sagen, die Weltmächte haben das deutsche Volk besiegt und den Nationalsozialismus beseitigt. Sie haben damit die Verantwortung für das deutsche Volk zu übernehmen, und wir dürfen sie aus dieser Verantwortung nicht entlassen. In besonders blumenreicher Sprache führte es ein Sprecher der Opposition einmal in meiner Gegenwart aus mit den Worten: Wir dürfen den Westmächten nicht den Mühlstein der Verantwortung vom Halse nehmen.

Ich frage mich, meine Damen und Herren, Verantwortung wessen und für wen? Die Verantwortung für das deutsche Volk tragen in erster Linie wir Deutsche (Beifall). Dieser Mühlstein der Verantwortung liegt um

unseren Hals, und es ist doch sinnlos, zu glauben, daß andere bereit wären, den Teil der Verantwortung für uns zu tragen, den selbst zu übernehmen wir unbequem finden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang mit einigen wenigen Worten auf die Bundestagsdebatte eingehen, die am Freitag in Bonn stattgefunden hat. Ich glaube, ich muß nicht betonen, daß alle Menschen, die noch ein sittliches Empfinden haben, nur mit Grauen den Mißbrauch beobachten, der in der Welt mit der Atomenergie getrieben wird. Und es bedarf wohl keiner Betonung, daß alle diese Menschen, von denen ich spreche, den leidenschaftlichen Wunsch haben, daß im Rahmen einer echten und wirksamen Abrüstungsvereinbarung diese grauenvolle Gefährdung von den Menschen genommen wird. Dieser Alptraum der Angst, der sich mit dem Begriff der nuklearen Waffen verbindet. In seinen von tiefstem Ernst und von sittlicher Verantwortung getragenen Ausführungen hat unser Freund Eugen Gerstermaier in Bonn über diese schreckliche Entwicklung gesprochen. Aber manches von dem, was in dieser Debatte umsonst gesagt wurde, habe ich einfach nicht verstanden. Ich meine, jeder Mensch, der auch nur die Zeitungen liest, sollte doch wissen, warum es bisher nicht gelungen ist, zu einer Abrüstungsvereinbarung zu kommen, daß nämlich jeder sinnvolle Vorschlag am Nein der Sowjetunion gescheitert ist (Beifall).

Es ist eine grausige Wahrheit, daß bis zum Zustandekommen einer solchen Vereinbarung der Weltfrieden überhaupt nur dadurch gesichert ist, daß die Angst des möglichen Aggressors, der Sowjetunion, vor der Vergeltung ihn abhält, den Angriff auszulösen. Davon hängen auch unser Schicksal, unser Leben, unsere Freiheit und unsere Existenz ab.

Aber ist es denn aufrichtig und ehrlich, wenn man die Dinge dem deutschen Volke so darstellt, als hänge es von einem Willensakt des Bundestages oder der Bundesregierung ab, ob das deutsche Volk von dieser unmenschlichen Gefahr ausgeschlossen werden könne oder nicht? (Beifall.) Der Herrgott möge die Welt vor dem apokalyptischen Geschehen bewahren, das mit der Auslösung auch nur eines dieser Massenvernichtungsmittel beginnen würde. Aber ich kann es nur als demagogische Unaufrichtigkeit bezeichnen, wenn man dem deutschen Volk Möglichkeiten vorspiegelt, die in der Tat unreal sind.

Will jemand die Verantwortung übernehmen, der freien Welt, die den Frieden und nichts als den Frieden will, die Möglichkeit zu nehmen, den Frieden zu erhalten? Es ist wirklich so, wie der belgische Außenminister Spaak vor wenigen Tagen noch sagte: „Solche Vorschläge sind genauso unehrlich und unwahr und sinnlos wie etwa der Vorschlag, daß man seine Friedensbereitschaft zum Ausdruck bringen könne, indem man sich darauf beschränkt, Panzern und Bombenflugzeugen mit Pfeil und Bogen zu begegnen.“

Durch den Mund des Bundeskanzlers hat die Bundesregierung einen leidenschaftlichen Appell an die Welt gerichtet, sich der politischen und moralischen Verpflichtung bewußt zu sein, die die Entwicklung der Mittel zur Massenvernichtung ihr auferlegt haben. Sie hat erklärt, daß sie alles, was in ihrer Macht steht, tun wird, um den Abrüstungsverhandlungen zum Erfolg zu verhelfen, und daß sie bereit ist, jedem Abkommen beizutreten, das eine kontrollierte Abrüstung sicherstellt und daß jedes solche Abkommen auf dem Gebiete der Bundesrepublik verwirk-

licht wird. Die Fraktionen der Koalition haben eine Entschliebung ein- gebracht, in der sie sich zur Abrüstung bekennen und den Wunsch aus- drücken, die Atombombenversuche zunächst einzustellen. Der leiden- schaftliche Appell des Bundeskanzlers wurde im Bundestag von der Opposition mit Schweigen angehört. Und diese Entschliebung, von der ich sprach, wurde von der Opposition abgelehnt. Hier zeigt sich aller- dings ein Unterschied in der Betrachtung und in der Handlung. Die echte Sorge und Angst der Menschen vor einer möglichen gefährlichen Entwicklung darf nicht für die parteipolitische Propaganda mißbraucht werden (Beifall). Es geht nicht darum, das deutsche Volk vor einer sol- chen Katastrophe zu schützen, sondern darum, die ganze Welt davor zu bewahren (Beifall). Diesem gemeinsamen Anliegen kann und darf sich niemand versagen. Und niemand kann und darf, weil Wahlen vor der Türe stehen, die Darstellung verfälschen.

Alles was in diesen vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Außen- politik von der Bundesregierung und ihren Verbündeten unternommen wurde, war einzig und allein dazu bestimmt, den Frieden zu sichern und denen, die im Besitz der Freiheit sind, sie zu erhalten, um sie denen wie- der zurückzugeben, die sie verloren haben. Es ist eine falsche, ja ich möchte sagen, eine bewußt falsche Darstellung, wenn man heute von den beiden Blöcken spricht, die einander gegenüberstehen, und so tut, als liege das Böse, das der Blockbildung innewohne, gleichermaßen ver- teilt. Man entstellt damit die Wirklichkeit. Ich sagte schon, daß die freie Welt, der wir mit Stolz und Überzeugung angehören, daran glaubte, daß eine neue Ära des Friedens ausgebrochen sei, als die Waffen schwiegen. Und nur zögernd entschlossen sich ihre Regierungen, dem revolutionä- ren Imperialismus der Sowjetunion Einhalt zu gebieten. Nur der Tat- sache, daß die freie Welt sich damals noch rechtzeitig zusammenschloß, verdanken wir Leben und Existenz. Aber dieser Zusammenschluß war eben nicht eine Aktion, die gegen irgend jemanden gerichtet war, sie war eine Reaktion auf Tatsachen und Handlungen, die den freien Men- schen das Gefühl einer tödlichen Bedrohung mit schrecklicher Klarheit vermittelten. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung erkannt. In klarer Überlegung und Kenntnis ihrer Verantwortung für das ganze deutsche Volk hat sie sich in das Bündnis der freien Völker eingegliedert. Hätte sie es nicht getan, meine Damen und Herren, sie hätte gegenüber dem deutschen Volk und gegenüber der Welt ein Verbrechen began- gen. Es ist töricht und unwahr, wenn man diese Entscheidung als ein Be- kenntnis zur Politik der Stärke bezeichnet, eine Behauptung, die durch ihre monotone Wiederholung nicht richtiger wird. Einer derer, die noch in der letzten Bundestagsdebatte diese Behauptung wiederholt haben, hat wenige Wochen vorher in einem Aufsatz festgestellt, daß unsere wirkliche Sicherheit auf der Abschreckungskraft der Vereinigten Staaten beruhe. Wie kann er dann die Bundesregierung, die aus dieser Erkennt- nis auch Konsequenzen zieht, um dem deutschen Volke den Frieden und die Freiheit zu sichern, den Vorwurf der Politik der Stärke machen? Und ich frage immer wieder: wie lautet denn die Empfehlung derer, die diesen Vorwurf erheben? Wer sich nicht mit unbedingter Entschlossen- heit zu den Werten bekennt, die die Grundlage einer jeden freiheit- lichen Ordnung sind und auf denen auch das Grundgesetz der Bundes- republik beruht, der leugnet die Freiheit und ist bereit, sie aufzugeben.

(Beifall). Und wer uns den Vorwurf macht, daß wir uns in die Verteidigungsfront der freien Welt eingegliedert haben mit gleichen Rechten, aber auch mit gleichen Pflichten, die die anderen für sich selbst, aber auch für uns zu übernehmen bereit sind, ja, meine Damen und Herren, der empfiehlt dem deutschen Volke die Selbstaufgabe und die Kapitulation vor der brutalen Gewalt, den Weg in die Sklaverei.

Und eine andere Behauptung wird in demagogischer Verzerrung und Verstellung gegen uns aufgestellt: Die Politik der Bundesregierung habe versagt. Sie habe sich als unrichtig erwiesen, denn sie habe ja nicht zur Erfüllung des Herzenswunsches aller Deutschen geführt: zur Wiedervereinigung. Ich gebe zu, meine Damen und Herren, daß wir vielleicht die Wiedervereinigung des deutschen Volkes hätten, wenn wir den Vorschlägen unserer unerbittlichen Kritiker gefolgt wären, wenn wir uns nicht bewußt und ohne Vorbehalt der freien Welt angeschlossen hätten. Allerdings dann, und darüber sollten wir uns auch klar sein, nicht die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, wie wir sie für unser Volk fordern, sondern die Wiedervereinigung in Unfrieden und in der Sklaverei. Die Verantwortung für eine solche Entwicklung zu übernehmen war und ist die Bundesregierung allerdings nicht bereit (Beifall).

Noch eines zu diesem Thema: Wir wissen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands davon abhängt, daß diejenigen Mächte ihr zustimmen und sie herbeiführen, deren Entscheidung letztlich in Potsdam zu der unheilvollen Trennung geführt hat. Was wir tatsächlich erreicht haben, um diesem Ziele näherzukommen, ist von unschätzbarem Wert und kann nur von einem Toren oder einem bössartigen Kritiker geleugnet werden. War die Wiedervereinigung noch vor wenigen Jahren eine Sorge und eine Frage, die das deutsche Volk, aber nur das deutsche Volk unablässig beschäftigte, so ist sie heute eine Forderung, die mit dem gleichen Ernst und mit dem gleichen Nachdruck gemeinsam mit dem deutschen Volk von allen denen erhoben wird, deren Freundschaft und Partnerschaft wir inzwischen gewonnen haben. Sinnfälliger Ausdruck dieser Solidarität in der Lebensfrage des deutschen Volkes war ja die Tagung des Ministerrates der atlantischen Gemeinschaft, die vor wenigen Tagen in Bonn abgehalten wurde.

Sind wir uns denn eigentlich darüber im klaren, was es bedeutet, daß zwölf Jahre nach dem völligen Zusammenbruch des Dritten Reiches die Außenminister von 15 großen und mächtigen Ländern der freien Welt in Bonn zusammenkommen und mit dem ganzen politischen und moralischen Gewicht, über das sie verfügen, die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Freiheit fordern und uns jede Unterstützung bei der Verwirklichung dieses Zieles zusagen? (Beifall.)

Noch niemals im Laufe seiner geschichtlichen Entwicklung besaß das deutsche Volk so viele aufrichtige Freunde in der Welt wie heute (starker Beifall). Und alle diese Regierungen lassen es nicht bei einem Ausdruck des Mitgefühls oder der Sympathie bewenden. In vollem Bewußtsein des Risikos, das sie damit für sich selbst übernommen haben, haben sie sich mit uns zusammengeschlossen, um unsere Freiheit und unsere Sicherheit zu garantieren. Hunderttausende von jungen Menschen aus anderen Nationen stehen auf deutschem Boden, um mit ihrem Leben für unsere Existenz einzustehen. Und da empfiehlt uns die Opposition, diese Partnerschaft zu lösen, aus freien Stücken auf diese Freundschaft

und auf die in ihr ruhende Sicherheit zu verzichten und damit praktisch unser Schicksal in die Hände der Sowjetunion zu legen, die uns noch vor wenigen Monaten einen solchen schauerlichen Anschauungsunterricht erteilt hat, wie sie auf den Freiheitswillen eines ungeschützten Volkes reagiert.

Die Bundesregierung hat aber auch nicht, wie man ihr vorwirft, eine sterile, eine unbewegliche Politik getrieben. Sie hat nicht nur nach dem Westen, sondern auch nach dem Osten gesehen. Denn wir wissen sehr wohl, daß unsere Zukunft davon abhängt, ob es gelingt, die unerträgliche Spannung zu beseitigen, deren Ausdruck, ich sage, deren Ausdruck, nicht deren Ursache, die Spaltung Deutschlands ist. Der Herr Bundeskanzler hat sich entschlossen, selbst nach Moskau zu fahren, um die Gespräche mit der Regierung der Sowjetunion aufzunehmen. Und in mündlichen und schriftlichen Erklärungen haben wir immer wieder von neuem versucht, die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß es wahrhaftig unser aufrichtiger und ernster Wunsch ist, die Beziehungen zu diesem großen Lande so zu gestalten, daß das deutsche Volk in gesicherter Freiheit leben kann, ohne irgendeinen seiner Nachbarn zu bedrohen (Beifall). Wir haben aus diesem Grunde die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen und haben uns unablässig bemüht, auch durch die diplomatischen Vertretungen in Bonn und Moskau auf eine Verständigung hinzuwirken. Bundesregierung und Bundestag haben sich laut und unmißverständlich und endgültig zum Gewaltverzicht bekannt. Wir haben uns bereit erklärt, uns in jedes Sicherheitssystem einzuordnen, das allen daran Beteiligten eine echte Sicherheit vermittelt. Alle diese Bemühungen, die von den mit uns befreundeten Regierungen unablässig unterstützt wurden, waren bis zur Stunde ergebnislos. Die Konferenzen von Berlin und Genf brachten keinen Erfolg, weil jeder Vorschlag des Westens mit einem klaren Nein beantwortet und darüber hinaus mit unerfüllbaren Bedingungen belegt wurde. Die gleichzeitigen Abrüstungsverhandlungen der Sonderkommission der Vereinten Nationen verliefen ebenso ergebnislos, weil die Sowjetunion sich leider bisher darauf beschränkte, von Abrüstung zu sprechen, aber jeder wirklichen gegenseitigen Kontrolle ihre Zustimmung zu verweigern. Diese Verhandlungen gehen weiter, und wir geben die Hoffnung nicht auf, daß sie zum Erfolg führen; denn wir sind überzeugt, daß die Spannung, die auf der Welt lastet und die in den unheimlichen Drohungen der Sowjetunion in den Wochen einen erschreckenden Ausdruck fand, letzten Endes alle Völker, auch das russische Volk in der Sowjetunion, bis zum Zerreißen belastet.

Einen überzeugenden Ausdruck dieses deutschen Willens zur Verständigung und Zusammenarbeit haben wir in den vergangenen Jahren in dem Bereiche erbracht, in dem wir mit gleichartigen Partnern zusammen handeln konnten. Ich beschränke mich darauf, daran zu erinnern, daß eine Entwicklung möglich war, die noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien: Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist endgültig bereinigt (starker Beifall). Diese beiden Völker im Herzen Europas, die jahrzehntelang in wachem Mißtrauen einander gegenüberstanden und die sich und die Welt durch sinnlose Kriege an den Rand des Abgrunds führten, leben heute nicht mehr gegeneinander als Gegner, sondern miteinander als Freunde (Beifall). Mit der Rückgliederung der

Saar in den deutschen Staatenbund wurde die letzte Hypothek abgelöst, die dieses Verhältnis noch belasten konnte.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Die Bundesregierung und die Christlich Demokratische Union sind nicht bereit, das unendliche Kapital an Vertrauen und Freundschaft, das sie in zäher und unermüdlicher Arbeit dem deutschen Volk zurückerobert haben, aufs Spiel zu setzen. Und sie hoffen und sind überzeugt davon, daß das deutsche Volk auch in den bevorstehenden Wahlen denen eine klare Absage erteilen wird, die von Alternative sprechen, aber in Wahrheit mit lebensgefährlichen Experimenten spielen (Beifall). Die Gefahr einer solchen Entwicklung darf nicht verkleinert werden. Politische Entscheidungen schaffen Tatbestände, und fehlerhafte politische Entscheidungen lassen sich nicht mehr wegdiskutieren, wenn sie einmal gefallen sind. Es gibt in der Politik kein Spiel am Sandkasten, an dem man eine gedachte Lage ausprobieren kann. Auch Reue und verspätete Einsicht können Geschehenes nicht mehr ungeschehen machen.

Ich sagte es eingangs und wiederhole es zum Schluß noch einmal: Die Christlich Demokratische Union und die von ihr getragene Bundesregierung sind bereit, jede von ihnen getroffene Entscheidung vor dem deutschen Volke diesseits und jenseits der Zonengrenze zu verantworten. Jede dieser Entscheidungen war getragen von dem Bewußtsein der sittlichen Verpflichtung, die wir gemeinsam für unser Volk, aber auch gegenüber der Welt bewußt auf uns genommen haben. Wenn wir unbeirrt gemeinsam diesen Weg weitergehen, dann leisten wir den Beitrag, den das deutsche Volk und die Welt von uns erwarten dürfen: Einheit und Freiheit für das deutsche Volk und Frieden für die ganze Welt (starker Beifall).

Vorsitzender Dr. Gurk:

Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mit Ihrem außergewöhnlich herzlichen Beifall haben Sie zu erkennen gegeben, daß Sie die Ausführungen des Herrn Bundesministers des Auswärtigen, unseres Freundes von Brentano, vollinhaltlich bestätigen. Es bleibt nun nur noch übrig, diesen Dank auch noch in Worte zu kleiden, und ich möchte auch in Ihrem Namen unserem Freund von Brentano dafür danken, daß er das sehr glatte außenpolitische Parkett mit großem Erfolg beschritten hat (Beifall). Er hat in Verbindung mit dem Herrn Bundeskanzler die Belange Deutschlands in der Außenpolitik erfolgreich wahrgenommen und wird uns auch in Zukunft, wie wir hoffen, glücklich vertreten.

Herr von Brentano als verantwortlicher Außenminister des Kabinetts hat unseren Blick auf die Welt und die Weltpolitik gerichtet. Nunmehr wird der außenpolitische Experte der Bundestagsfraktion, unser Freund Kiesinger, unseren Blick auf das Problem Europa lenken:

K. G. Kiesinger, MdB:

Auf dem Wege nach Europa

Herr Bundeskanzler! Liebe Unionsfreunde! Meine Damen und Herren! Die Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekundet den Willen des deutschen Volkes, „als gleichberechtigtes Glied in einem Vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“ Der Ruf

nach der Einigung Europas ist nicht neu; er hallt durch die Jahrhunderte. Von wahrhaft revolutionärer Neuheit ist aber die Verankerung dieses Willens in der Verfassung eines europäischen Staates.

Die europäische Geschichte drängte seit ihren Anfängen — trotz aller großartigen Vielfalt unseres Erdteils — zur kulturellen und politischen Einigkeit: in der griechisch-römischen Ökumene, im mittelalterlichen Bereich der europäischen Christenheit und selbst im neuen Zeitalter der souveränen Staaten, dessen katastrophales Ende wir miterleben und miterleiden.

Dennoch ist dieser Drang nach der Einheit der europäischen Staaten, nach einer sie alle überwölbenden politischen Ordnung nicht selbstverständlich. Männer wie Jacob Burckhardt z. B. haben sich ihr widersetzt. Sie sahen in dieser Richtung zum Kolossalen eine Bedrohung der individuellen Freiheit, des eigentlichen Lebensprinzips der europäischen Kultur, und sie priesen den kleinen Staat als deren letzte Zuflucht. Ich meine, wir sollten diese warnenden Stimmen auch heute nicht überhören, heute, da uns gar keine andere Entscheidung geblieben ist als die Wahl zwischen dem Untergang Europas oder seiner Einigung.

Es ist wahr, daß der Reichtum und die Fülle der europäischen Kultur aus der Vielfalt der Völker, der Städte und Staaten und ihrer Traditionen strömt. Es ist wahr, daß in der Blütezeit der nationalstaatlichen Epoche im neunzehnten Jahrhundert und noch zu Beginn unseres Jahrhunderts trotz der politischen Grenzen eine große und reiche Gemeinsamkeit der Zivilisation des Handels und Wandels errungen war. Es ist wahr, daß sich Europa damals durch die summierte materielle und geistige Leistung seiner konkurrierenden Völker mit berechtigtem Stolz als die Vormacht unseres Planeten bezeichnen durfte. Die Menschen der windstillen Jahre vor dem ersten Weltkrieg hielten diesen Zustand für gesichert und endgültig. Grillparzers unheimliches prophetisches Wort „von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“ hätten ihnen, wenn sie es beachtet hätten, als ärgerliche Torheit eines grämlichen Sonderlings gegolten. Sie ahnten nicht, daß der angestaute Egoismus der souveränen europäischen Staatenwelt sich in furchtbaren Explosionen entladen und die Welt in namenloses Elend stürzen und Europas materielle und politische Vormacht in der Welt und vielleicht auch seine geistige Führungsrolle zerstören würde.

Seit den beiden Weltkriegen ist diese Entwicklung unzählige Male beschrieben und gedeutet worden. Niemand wird mehr leugnen können, daß die Verbindung dreier neuzeitlicher Tendenzen der europäischen Geschichte für das geschehene Unheil vor allem verantwortlich ist, dreier Tendenzen, die sich in der Formel vom souveränen demokratischen Nationalstaat vereinigt finden. Natürlich hat die historische Kritik recht, wenn sie der europäischen Diplomatie vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg Irrtum und Versagen vorwirft; aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn wir in diesem technischen Versagen, in diesen Kunstfehlern der Politik, die Ursache des Verhängnisses sehen wollten. Die Wurzel des Übels liegt viel tiefer, dort nämlich, wohin Grillparzers wetterleuchtendes Wort uns verweist.

Nicht nur die Diplomatie hat versagt, die abendländischen Völker insgesamt, insbesondere der größte Teil ihrer Eliten hatten im Rausche vermeintlicher nationaler Sendungen ihren gemeinsamen europäischen

Auftrag vergessen (Beifall). Sie glaubten trotz des immer schärfer ausgebildeten nationalstaatlichen Egoismus, die Katastrophe eines vernichtenden Bruderkrieges vermeiden und die kulturelle Einheit Europas bewahren zu können. Sie glaubten an die Vereinbarkeit des Unvereinbaren — ein Irrglaube, der allen Spielarten des humanitären Fortschrittsoptimismus der vergangenen Epoche gemeinsam ist. Die Vorstellung vom Menschen und seinen Möglichkeiten war trügerisch, leichtfertig-vertrauensselig und geschichtswidrig. Darauf deutet Grillparzers Wort von der Humanität als dem Anfang des Übels. Wahre Humanitas, christliche Humanitas kennt den Menschen, ohne ihn zu verharmlosen; sie weiß, was man ihm zumuten und zutrauen darf, sie hütet ihn und ist vor ihm auf der Hut; sie verzweifelt nicht an ihm, aber sie weiß, daß von ihm das Schlimmste immer droht und daß man es nur durch äußerste Wachsamkeit bändigen kann.

Ich sprach von der Vielfalt Europas, seinem Reichtum an Kulturlandschaften, Völkern und Traditionen. Die Völker oder Nationalitäten, das Nationale in vielen Spielarten, sind einer der wichtigsten und schönsten Wesenszüge Europas und weder aus seiner Vergangenheit noch aus seiner Zukunft wegzudenken, wenn Europa bleiben soll (Beifall). Niemand hat das tiefer erkannt als Herder und die von seinen Ideen beeinflusste deutsche Romantik, die dann zuerst so tief hineingewirkt haben in die Welt der slawischen Völker. Herders Lehre von der Eigenart und vom Eigenwert der Völker verband sich aber nicht mit der unseligen Forderung der Übereinstimmung der Volks- und Staatsgrenzen. Diese Forderung erst, im Bunde mit den Vorstellungen des souveränen Volkes im souveränen Staat, eroberte sich, von der Französischen Revolution ausgehend, das 19. Jahrhundert. Das geschichtlich gewachsene Gefüge Europas wurde von diesen revolutionären Ideen bestritten und bestürmt. Im Westen Europas fand sich diese Entwicklung von langer Hand vorbereitet. In der Mitte führte sie zu den deutschen und italienischen Einigungskämpfen, und auch den großen osteuropäischen Raum von der Ostsee bis zur Adria, zur Ägäis und zum Schwarzen Meer, brachte sie zum Brodeln und Sieden.

Die österreichisch-ungarische Monarchie, der dynastisch überwölbte Nationalitätenstaat, wurde gesprengt und zerstört im Namen dieser nationalstaatlichen Idee, des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Es zeigte sich aber sofort, daß sich gerade in diesem Raum die nationalstaatliche Idee nicht verwirklichen ließ. Die wichtigsten der neuen selbstständigen Staaten beherbergten wiederum mehrere Nationalitäten. Nun, das wäre kein großes Übel gewesen, wenn man sich dazu ehrlich bekannt und den gesunden Typus des Nationalitätenstaates — wie etwa in der Schweiz — ausgebildet hätte. Statt dessen hielt man sich heuchlerisch an die Fiktion des Nationalstaates, beutete sie aus und verriet sie im selben Augenblick, setzte sich damit gegenüber der geschichtswidrigen, aber ehrlichen Idee des geschlossenen Nationalstaates ins Unrecht und vermochte darum der Wucht ihres Ansturms nicht mehr zu widerstehen. Dazu mischten sich die materiellen Interessen der europäischen Staaten in diesen Kampf der politischen Ideen ein und erzeugten so jenes hochexplosive Gemisch, das sich in den Eruptionen der beiden Weltkriege entlud.

65 Während dieses alles geschah, hatte sich eine neue revolutionäre Idee

der Herrschaft in einem während des ersten Weltkrieges zusammengebrochenen Staat bemächtigt. Der Sieg des Kommunismus in Rußland leitete eine neue Epoche der europäischen Geschichte ein. Der Kommunismus ist nach der Idee seiner europäischen Begründer antistatlich, antinational und antidemokratisch, wenn man Demokratie im Sinne des freiheitlichen Rechtsstaates versteht. An die Stelle der traditionellen Rivalität der europäischen Staaten und Völker setzt er den Kampf der Klassen quer durch die Welt der Staaten hindurch. Wo sich der Kommunismus der Herrschaft in einem Staate bemächtigt, tut er es mit der Verheißung der Überwindung und Vernichtung dieses wie jedes Staates zugunsten der Utopie einer die ganze Welt umfassenden staaten- und klassenlosen Gesellschaftsordnung.

Vielleicht wäre die groteske und ungeheuerliche Übersteigerung der nationalstaatlichen Idee durch den Nationalsozialismus in Deutschland nicht gelungen ohne das kommunistische Gegenbild. Wie dem auch sei, der Nationalsozialismus, dessen Führer die Nationalität in der Tat zur Bestialität pervertierten, wurde in einem mörderischen Kampfe niedergelassen. Die abenteuerliche Politik Hitlers hatte in diesem Krieg die traditionelle westliche Staatenwelt an die Seite des kommunistischen Rußlands gestellt. Kaum aber war die gemeinsame Aufgabe bewältigt, der nationalsozialistische Totalitarismus niedergelassen, stand die westliche Welt nunmehr dem kommunistischen Totalitarismus und seiner ausgreifenden Macht, seinen weltweiten revolutionären Tendenzen und seinen Millionen von Anhängern in aller Welt, vor allen Dingen in Westeuropa, gegenüber. Rund hundert Millionen Menschen Osteuropas wurden dem Kommunismus unterworfen. China mit seinen 600 Millionen Menschen wurde ein kommunistischer Staat, und nur das energische, wenn auch späte — für manche zu späte — Eingreifen der Vereinigten Staaten von Amerika und der durch sie geleitete Aufbau eines globalen Verteidigungswalles verhinderte eine weitere kommunistische Expansion. Aus den Wirbeln dieses geschichtlichen Prozesses gingen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als die beiden Vormächte der neuen Welt hervor. Sie sind nicht nur an Raum und Volkszahl, an wirtschaftlicher und herkömmlicher militärischer Kraft anderen Staaten überlegen. Sie allein besitzen auch in vollem Umfang die modernen Massenvernichtungsmittel und sind reich genug, diese weiter zu entwickeln. Das gibt ihnen ein allen anderen Staaten gegenüber ungeheures Übergewicht, wie es die bisherige Geschichte nicht gekannt hat.

Die europäischen Staaten, Großbritannien eingeschlossen, sind allesamt zu Mächten minderen Ranges herabgesunken, unfähig, ihre Freiheit aus eigener Macht zu behaupten, selbst wenn sie im Augenblick alle ihre Kräfte verbänden. Wäre die Sowjetunion nichts anderes als eine Weltmacht im herkömmlichen Sinne, so böte die entstandene Lage wahrlich schon Grund genug für einen Zusammenschluß der einstmals rivalisierenden westeuropäischen Staaten. Aber die Sowjetunion ist mehr; sie ist zugleich Vormacht einer weltrevolutionären Idee, die das gesellschaftliche und politische Ordnungs- und Wertesystem bekämpft, welches in Europa geschaffen und von hier aus nach anderen Erdteilen übertragen wurde. Der Sieg des in der Sowjetunion verwirklichten Kommunismus würde Europa — selbst wenn seine Völker überlebten — vernichten; denn dieses Europa steht und fällt mit der durchgreifenden Anerkennung

der menschlichen Freiheit und der zu ihrem Schutze ausgebildeten institutionellen Garantien (Beifall).

Die zwingende Folgerung aus diesen Gegebenheiten war daher die Notwendigkeit der Vereinigung des freigebliebenen Restes Europas im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Das Grundgesetz hat diese Folgerung gezogen. Die von der Christlich Demokratischen Union getragene, von Konrad Adenauer seit acht Jahren geführte Bundesregierung hat auf die Verwirklichung dieses Programms von Anfang an ihre besten Kräfte und trotz vieler Enttäuschungen und Rückschläge ihre unverdrossenste und elastische Energie verwandt.

Man hat ihr den Weg nach Europa in diesem unserem Lande wahrlich nicht leicht gemacht. Ich erinnere mich jener Nacht des 24. Novembers 1949, der 18. Sitzung des ersten Deutschen Bundestages, in der das börsenartige Wort vom „Bundeskanzler der Alliierten“ fiel (Pfui-Rufe). Damals hatte ich die Ehre, zum ersten Mal für die Bundestagsfraktion der Christlich Demokratischen Union in einer — wir sagten damals schon — kühn außenpolitischen Debatte zu sprechen. Ich sagte an jenem Tage:

„Meine politischen Freunde und ich erwarten, daß von dieser Stunde eine neue Epoche der Beziehungen des deutschen Volkes zur Welt beginnt ... Uns ist Europa ein wahrhaft wichtiges Anliegen, weil wir genau wissen, daß die Entscheidung dieses Jahrhunderts entweder die europäische Entscheidung sein wird, oder Europa wird diesen Weg nicht finden; dann geht es unter.“

Ich fuhr dann mit der Frage fort, wie denn ein Besiegter in der damaligen europäischen Situation der stagnierenden europäischen Politik Impulse geben könne, und sagte:

„Der Besiegte, der über keine Macht verfügt, darf nicht eine Politik des Schacherns, des Handelns, der bloßen Ausnützung zeitbedingter Situationen betreiben. Dieser Besiegte, der das Ziel der europäischen Föderation im Auge hat, muß einen anderen Impuls geben, nicht mit schönen Worten, sondern mit Taten. Taten können in diesem Zusammenhang aber nur Opfer und Zugeständnisse sein.

Wenn in dem Abkommen der Satz steht, daß auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens die Beziehungen der Mächte fortschreitend zu entwickeln sind, dann ist hier ein dynamisches Prinzip mit eingeschlossen. Dieses liegt ja — und das ist das bedeutendste Kriterium der Politik des Kanzlers — einfach im Zuge der europäischen geschichtlichen Entwicklung“ (Beifall).

Inzwischen sind fast acht Jahre vergangen. Vor aller Welt liegt klar, wer in jener leidenschaftlich aufgewühlten Nacht recht hatte und wer mit Blindheit geschlagen war (Beifall).

Diese ablehnende Haltung der Sozialdemokratie wurde in der Folge fortgesetzt. Sie sprach sich gegen den Schuman-Plan und gegen den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat aus. Ihre Tendenz war in jenen Jahren fast immer das „Alles oder Nichts“. Und das ist die unweiseste und gefährlichste Politik für einen Besiegten. Sie warf dem Kanzler — es liegt mir noch im Ohr — Illusionspolitik vor. Heute ist klar, wer Illusionen hatte.

Nachdem wir unseren Willen, auf dem Wege zu Europa nicht haltzumachen, durchgesetzt hatten, wurden wir durch die Wahlen des Jahres 1953 vom deutschen Volk erneut beauftrag, diesen Weg zu Ende zu

gehen. Inzwischen hat auch die SPD seit einiger Zeit eine beachtliche Wendung vollzogen. Sie hat sich grundsätzlich für den Gemeinsamen Markt und für die europäische Atomgemeinschaft ausgesprochen, die ja nur eine Konsequenz unserer von Anfang an geplanten und verwirklichten europäischen Politik sind. Wir freuen uns über diese Heimkehr des verlorenen Sohnes, aber niemand wird uns verargen, wenn wir dabei ein wenig Genugtuung empfinden. Es ist ja — ich sehe dabei unseren Freund Erhard an — nicht die einzige Schwenkung, die die sozialdemokratische Opposition durchgeführt hat. Wir erinnern uns noch wohl der Kämpfe bei der ersten Bundestagswahl um die Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik, als es um die Frage der Sozialen Marktwirtschaft oder der Planwirtschaft ging. Was wurde damals von der Opposition an leidenschaftlich-düsteren Prophezeiungen, an Elends- und Untergangsvisionen gegen die Parolen unseres Freundes Ludwig Erhard aufgebieten! Auch hier hat uns die Geschichte in einer überwältigenden Art recht gegeben, und die Opposition vermag es nicht zu leugnen (lebhafter Beifall).

Warum erwähne ich das? Ich sage es frank und frei: weil wir, die Christlich Demokratische Union, das deutsche Volk in der Bundesrepublik in diesem Jahr um ein neues Mandat für die Fortsetzung unserer Politik bitten und weil es nur einen Wahrheitsbeweis für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Politik gibt: den Wahrheitsbeweis der Geschichte. Diese aber spricht unüberhörbar für uns (starker Beifall).

Ich will die bunte, freud- und leidvolle Geschichte der Kämpfe der vergangenen Jahre um die Einigung Europas hier nicht ausführlich in die Erinnerung rufen. Wir alle haben das Ringen um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die aus ihr weiter zu entwickelnde politische Gemeinschaft nicht vergessen. Dieses Ringen führte die ersten europäischen Köpfe zusammen. Es bewegte die Gemüter unseres Volkes leidenschaftlich. Wir haben diese Schlacht verloren, als die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ablehnte. Aber, meine Freunde, dies ist eine jener Niederlagen, die den Besiegten ehren (Beifall). Europa hat — davon bin ich nach wie vor überzeugt — an jenem 30. August 1954 eine große Stunde versäumt, aber es hat nicht resigniert. Der Vertrag über die Westeuropäische Union, der die sechs Länder der Montan-Union und Großbritannien umfaßt, trat an die Stelle der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und ermöglichte den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Nordatlantischen Bündnis. Dieser Schutz- und Verteidigungsbund der Anrainer des nördlichen Atlantik und des Mittelmeeres umfaßt neben den Vereinigten Staaten und Kanada die Mehrzahl der europäischen Staaten. Er wurde gegründet, als der sowjetrussische Kommunismus seine Hand nach Berlin, nach Griechenland und Südkorea ausstreckte. Und ihm allein ist es zu verdanken, daß der freie Rest Europas, daß wir frei geblieben sind.

Wer die Schwächung oder gar die Auflösung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft fordert, gefährdet die Freiheit Europas und nimmt den unterjochten Völkern unseres Kontinents, auch unseren deutschen Landsleuten im Osten, die Hoffnung auf die Wiedererlangung ihrer Freiheit; denn wenn wir die Freiheit verloren haben, werden sie sie niemals erringen.

Das Nordatlantische Bündnis ist keine aggressive Organisation, wie es die sowjetrussischen Führer ständig sagen, obwohl sie genau wissen und im Fall „Ungarn“ darauf vertraut haben, daß seine einzige Bestimmung die Verteidigung ist. Es mögen einmal Zeiten kommen, die das Atlantische Bündnis überflüssig machen; denn es ist ja kein Ding an sich. Aber diese Zeiten werden erst kommen, wenn die Sowjetunion bewiesen hat, daß sie auf das Ziel der Weltrevolution verzichtet (Beifall).

Die Bemühungen um die Einheit Europas konnten sich aber nicht damit beruhigen, daß der Aufbau des Nordatlantischen Bündnisses die Freiheit der europäischen Völker sichern werde. Europa muß in dieser neuen Welt der Titanen, der schon vorhandenen und der künftigen, sich zu behaupten versuchen. Es darf sich auch nicht darauf verlassen, daß die Nordamerikaner für alle Zukunft den Schutz eines in sich gespaltenen, wirtschaftlich, militärisch und politisch schwachen Europas übernehmen würden. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben den Europäern nach dem zweiten Weltkrieg die großzügigste Hilfe geleistet. Wir verdanken ihnen unsere Freiheit. Aber es ist unsere Pflicht, mehr und mehr diese Schutz- und Verteidigungslast von den amerikanischen Schultern zu nehmen, auch wenn wir wissen, daß wir auf unabsehbare Zeit die amerikanische Hilfe nicht entbehren können, wenn wir unsere Unabhängigkeit behaupten wollen.

Daß sich die energischsten Bemühungen der Europäer zunächst auf die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft richteten, war eine Antwort auf die Herausforderung der sowjetrussischen Drohung. Es war aber von Anfang an klar, daß die europäische Einigung ohne eine durchgreifende wirtschaftliche Integration nicht zu erreichen war. Europa hat allen Grund, auf diesem Gebiet seine Kräfte zusammenzuwerfen, da es droht, im Vergleich mit anderen Wirtschaftsräumen unserer Erde zu einer Art von unterentwickeltem Gebiet herabzusinken. Darüber darf uns auch die europäische Hochkonjunktur seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht hinwegtäuschen.

Ein paar Zahlen! Vor hundert Jahren betrug der Anteil Europas an der Weltwirtschaft 75 Prozent; vor dem ersten Weltkrieg war er auf 50 Prozent zusammengeschrunpft, und heute beträgt er nur noch 30 Prozent. Im Wettlauf mit den Vereinigten Staaten von Amerika, und seit dem zweiten Weltkrieg auch mit der Sowjetunion, fiel Europa gefährlich zurück. Sie erinnern sich, daß die Sowjetunion auf dem XX. Parteikongreß das Ziel verkündete, bis zum Jahre 1960 die Produktion der Vereinigten Staaten zu erreichen und bis 1970 den Lebensstandard der Bevölkerung auf das westliche Niveau zu heben. Das mag ein zu ehrgeiziges Ziel sein, aber es ist nicht zu übersehen, welchen gewaltigen Zuwachs an wirtschaftlicher Kraft die Sowjetunion gewonnen hat, die z. B. mit einer Stahlproduktion von 49 Millionen Tonnen im Jahre 1956 und einer Kohleproduktion von 305 Millionen Tonnen an die zweite Stelle hinter den Vereinigten Staaten getreten ist. Ich brauche nicht zu betonen, welche Bedeutung diese Entwicklung für die militärische und politische Kraft der Sowjetunion hat. Europa wird nur imstande sein, mit den anderen Großräumen Schritt zu halten, wenn auch wir die Voraussetzungen für eine großzügige Entwicklung durch die Überwindung der europäischen Kleinstaaterei im wirtschaftlichen Bereich schaffen (Beifall).

1948 zur Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die aus der großzügigen amerikanischen Hilfeleistung für Europa hervorging. Es ist kein Zweifel, daß sich diese Organisation um die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien europäischen Staaten hohe Verdienste erworben hat. Es gelang ihr, den europäischen Handel bis zu 90 Prozent zu liberalisieren, allerdings auch nicht mehr; denn hier erwiesen sich Barrieren, die sie offenbar nicht zu überschreiten vermochte bei dem Prinzip der Einstimmigkeit der 18 Mitgliedstaaten, und ihre Organisation erwies sich auch nicht fähig für eine weitere und dichtere Integration Europas. Daher unternahmen sechs europäische Staaten, die Staaten des Benelux, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland, das großartige Experiment der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, das für immer mit dem Namen des großen Franzosen Robert Schuman verbunden ist (Lebhafter Beifall). Die Montan-Union ist im Juni 1952 in Kraft getreten. Sie hat, obwohl vernünftigerweise viele Schwierigkeiten erwartet werden mußten, die in sie gesetzten Hoffnungen voll erfüllt. Das Experiment für eine umfassende wirtschaftliche Integration Europas ist in vollem Umfange geglückt. Hier wurde zum ersten Mal für eine Bevölkerung von 165 Millionen Europäer ein Gemeinsamer Markt auf den wichtigsten Grundstoffgebieten geschaffen. Die Bedeutung dieses Marktes wird durch einige Zahlen deutlich. Die Gemeinschaft produzierte im Jahr 1956 57 Millionen Tonnen Stahl gegenüber 49 Millionen Tonnen Stahl der Sowjetunion und 105 Millionen Tonnen der Vereinigten Staaten. Man hatte an weitere Teilintegrationen gedacht. Das war in mancher Beziehung bedenklich; aber glücklicherweise gelang der kühnere Griff.

Der nächste entscheidende Schritt auf dem Wege nach Europa erfolgte im Juni 1955 auf der Konferenz zu Messina, auf der die Außenminister der sechs Mitglieder der Montan-Union ein neues Programm der wirtschaftlichen Integration Europas beschlossen. Es handelte sich um die Begründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf der Grundlage eines Gemeinsamen Marktes und um die Europäische Atomgemeinschaft. Unser Freund Franz Etzel, der sich so viele Verdienste um die wirtschaftliche Integration Europas erworben hat — und ich freue mich, ihm bei dieser Gelegenheit diesen unseren Dank aussprechen zu können — (Lebhafter Beifall), schrieb mit Recht, daß die revolutionierende Bedeutung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch in weiten Kreisen verkannt werde. Er hat recht. Er sagte, es gehe dabei „nicht nur um eine Zollunion klassischen Musters, sondern um nicht weniger als die Befreiung von Handel und Wandel aus nationalen Bindungen und um das allmähliche Fortschreiten zu einer umfassenden gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik“.

Das ist wahr. Und es geht sogar noch um mehr. Der Berichterstatter im Bundesrat zu den römischen Verträgen, der Hamburger Senator Dr. Weber, zitierte einen Ausspruch des preußischen Finanzministers Friedrich von Motz, der neben dem genialen Friedrich List wohl das größte Verdienst am Zustandekommen des deutschen Zollvereins im vergangenen

Jahrhundert hatte, der die deutsche politische Einigung im 19. Jahrhundert einleitete. Friedrich von Motz erklärte damals:

„Wenn es staatsmännische Wahrheit ist, daß Ein-, Aus-, und Durchgangszölle nur Folgen politischer Trennung verschiedener Staaten sind — und das ist wahr —, so muß es umgewandelt auch Wahrheit sein, daß die Einigung dieser Staaten zu einem Handels- und Zollverband zugleich die Einigung zu einem politischen System mit sich bringen muß.“

Genau dies hoffen die kühnsten Europäer auch von der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.

Die Feststellung, daß es sich um mehr als um eine Zollunion klassischen Musters handelt, bedarf einiger kurzer Ergänzungen. Die geplante Zollunion beseitigt die Behinderungen des freien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft und errichtet einen gemeinsamen Zolltarif gegenüber dritten Ländern. Aber diese Zollunion ist nur die Grundlage für weiteres gemeinsames Handeln und umfaßt viele Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Mitgliedstaaten.

Ich weiß, verehrter Freund Erhard, daß es auch Sorgen gegenüber dieser Entwicklung gibt. Sie haben oft gewarnt, man müsse achthaben, daß der Gemeinsame Markt nicht in einen europäischen Dirigismus einmünde. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, „wie sehr die Prinzipien einer wirtschaftlichen Ordnung die Formen und den Geist einer sozialen oder politischen Gemeinschaft determinieren ... wie entscheidend die ökonomischen Ordnungsprinzipien das Leben und sogar den Geist einer Nation bestimmen“. Sie haben recht! Wir haben allen Grund, auf die Stimme eines Mannes zu hören, dessen wirtschaftspolitische Theorie sich im Laufe der vergangenen acht Jahre so großartig in der Praxis bewährt hat (Beifall). Ich glaube aber, verehrter Freund, daß die Verträge von dieser gefürchteten dirigistischen Tendenz nicht beherrscht sind. Das Prinzip des Leistungswettbewerbs, ohne das ein gemeinsamer freier Markt nicht denkbar ist, ist anerkannt, und die gefährliche französische Auffassung über die vorgängige notwendige „soziale Harmonisierung“ wurde abgewehrt. Die soziale Harmonisierung soll sich vielmehr aus dem gemeinsamen Fortschritt ergeben. Es ist kein Zweifel, daß wir, die Christlich Demokratische Union, nicht im eigenen Land das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft und in Europa eine dirigistische Planwirtschaft akzeptieren können. Daher wird auch bei der Verwirklichung der Vertragswerke — um Sie noch einmal zu zitieren — eine geistige Haltung abgelehnt werden müssen, die sich „in einem integrierten Europa unter keinen Umständen durchsetzen darf, wenn nicht menschliche Initiative und schöpferische Kraft ... erstickt werden sollen“. Das ist wahr. Wenn aber der rechte Geist diese Verträge beherrscht und wenn sie in diesem Geiste durchgeführt werden, dann wird Europa eine der größten Taten dieses Jahrhunderts vollbracht haben (Beifall).

Noch ein Wort zur Europäischen Atomgemeinschaft! Die europäische Wirtschaft hängt im Gegensatz zur amerikanischen und sowjetrussischen, wie wir alle wissen, von der Energielieferung aus Übersee ab. Das ist eine neue und bedrohliche Tatsache der europäischen Geschichte. Bis zum zweiten Weltkrieg vermochte Europa seinen Energiebedarf aus dem eigenen Raum, aus Kohle, Wasserkraft und Erdöl, zu decken. Das

hat sich in den vergangenen Jahren geändert. Ein Viertel des gesamten Energiebedarfs der Montangemeinschaft wird heute schon eingeführt. Bei einer zu erwartenden gesunden Entwicklung der europäischen Wirtschaft wird die Energielücke im Jahre 1967 33 Prozent und im Jahre 1977 40 Prozent des gesamten Energiebedarfs betragen. Zur Zeit wird diese Lücke durch die Einfuhr amerikanischer Kohle und von Erdöl vor allem aus dem Nahen Osten ausgefüllt. Die Suezkrise hat die lebensgefährliche Abhängigkeit Europas auf dem Gebiet der Energieeinfuhr vor aller Augen gerückt. Wer die Ölzufuhr Europas absperren kann, vermag die europäische Wirtschaft zu lähmen und Europa in die schwersten wirtschaftlichen und politischen Krisen zu stürzen. Hier liegt das Geheimnis der sowjetrussischen Expansionsversuche im Nahen Osten.

In diesem bedrohlichen Augenblick der europäischen Wirtschaftsgeschichte bietet sich nun die Ausnutzung der Atomkraft als rettender Ausweg an. Unbegrenzte Energiemengen können daraus gewonnen werden, aber nur durch industrielle Anstrengungen, die über die Kraft kleiner europäischer Staaten weit hinausgehen. Daher ergibt sich auch auf diesem Gebiet das Gebot, die wissenschaftliche, die technische und die wirtschaftliche Kraft zusammenzuwerfen, um den Energiebedarf unseres Kontinents zur friedlichen Entwicklung seiner Industrien zu sichern. Diesem Ziel dient die Europäische Atomgemeinschaft.

Die geplante Gemeinschaft will sich nicht von der übrigen Welt absondern. Nichts ist weniger geplant als eine europäische Wirtschaftsautarkie. Die Gemeinschaft steht für alle europäischen Länder offen. Großbritannien, das uns im Zusammenhang mit der europäischen Integration Sorgen bereitet, der Natur der Sache nach, konnte sich wegen seiner Verbindungen mit dem Commonwealth, insbesondere wegen des dort bestehenden Vorzugszollsystems, zu einer Teilnahme nicht entschließen. Es hat aber bekanntgegeben, daß es bereit ist, mit der geplanten Zollunion eine Freihandelszone zu begründen. Es gäbe also keine Zölle für englische Einfuhren in das Gebiet der Gemeinschaft und keine Zölle für Einfuhren der Gemeinschaft nach England. Großbritannien hat aber keine Zweifel daran gelassen, daß es dieser Freihandelszone nur dann zustimmen werde, wenn die Europäische Zollunion zustande käme.

Hier wiederholt sich ein interessanter geschichtlicher Prozeß. Wie einst die preußischen Finanzgesetze um 1820 Schrittmacher für den Europäischen Zollverein wurden, zieht das Vorgehen der europäischen sechs Länder Großbritannien in den Bereich dieses kühnen europäischen Unternehmens mit hinein. Diese Entwicklung ist auf das lebhafteste zu begrüßen. Großbritannien, während zweier Jahrhunderte Mittelpunkt eines über alle Meere und Kontinente ausgebreiteten Weltreiches, hat seine besondere Problematik. Es gehört zu Europa und es gehört zugleich zur Welt, und zwar unmittelbarer, als dies für jeden anderen europäischen Staat gilt. Wir müssen dafür Verständnis aufbringen, wie wir ja auch von England Verständnis für unsere eigenen brennenden Probleme erwarten.

Wie immer die jeweiligen Lösungen ausfallen, ob Großbritannien volles Mitglied ist wie in der OEEC, im Europarat oder in der Westeuropäischen Union oder assoziiert wie in der Montan-Union oder durch eine Freihandelszone angeschlossen wie in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, eines ist sicher: Ohne Großbritannien wäre die europäische Ein-

gung ein Torso (Beifall). Wie schwierig auch die englischen Probleme für sie und für uns sind — wir wären eine armselige Generation, wenn es uns angesichts der gemeinsamen Not nicht gelänge, diese Schwierigkeiten zu meistern!

Ich will auch nicht an einem sehr heiklen Teil des Vertragswerkes vorübergehen, der sich mit der Einbeziehung der überseeischen Gebiete Frankreichs, Belgiens, Hollands und Italiens in den Gemeinsamen Markt befaßt. Gerade in dieser weltoffenen Stadt Hamburg, die über die Meere blickt, möchte ich ein solches Versäumnis nicht begehen. Es handelt sich auch hier um ein kühnes Wagnis. Wir täten aber unrecht, diesen Abschnitt des Planes nur als eine Konzession an Frankreich zu betrachten. Dazu sind die Probleme, um die es dabei geht, zu wichtig, zu ernst, zu groß. Unsere Unterhändler haben den Vertretern Frankreichs keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir uns durch die hier zu übernehmenden Verpflichtungen nicht zum Handlanger einer überholten Kolonialpolitik machen wollen. Man täte aber auch den französischen Absichten unrecht, wenn man ihnen eine solche Tendenz unterschieben wollte. Es geht in Wahrheit um etwas Neues, um die Erschließung und Entschließung von weiten, insbesondere afrikanischen Gebieten zum Wohle und mit dem Einverständnis der dortigen Bevölkerung und zum redlichen Nutzen Europas. Wenn Europa in seinen Positionen außerhalb des Kontinents nicht einfach zugunsten anderer, nicht immer wohlwollender Mächte abdanken will, muß es mit vereinten Kräften, mit Phantasie, mit Mut und im Geiste brüderlicher Menschlichkeit auch hier neue Wege beschreiten. Ich bin davon überzeugt, daß, wenn in diesem Geiste gehandelt wird, die Erfolge größer und schöner sein werden, als viele heute glauben (Beifall).

Schließlich noch ein Wort über den Zusammenhang der europäischen Planung mit der Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes. Die Verträge haben dafür Sorge getragen, daß durch die Errichtung des Gemeinsamen Europäischen Marktes keine Zollgrenze zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone entsteht; denn wir wollen die Barriere, die die anderen zwischen uns und unseren deutschen Landsleuten gezogen haben, nicht noch von uns aus erhöhen. Die Sowjetunion stürmt wie gegen die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft so auch gegen die geplante Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit massiver Propaganda an. Dort wie hier behauptet sie, es handele sich um ein Werk der amerikanischen Imperialisten und Kapitalisten mit dem Plan der Versklavung Europas. Wir brauchen uns damit nicht mit einem Wort zu beschäftigen; nicht einmal die sowjetrussischen Propagandisten glauben an dieses Märchen.

Ich freue mich, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Einwände, die sie in der Vergangenheit gegen die Beteiligung an der Montan-Union und an anderen europäischen Gemeinschaften vorgebracht hat, gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und gegen Euratom nicht mehr erhebt. Sie hat in den vergangenen Jahren behauptet, daß jede westeuropäische Integration die deutsche Wiedervereinigung gefährde oder gar versperre. Wir wissen, daß dies nicht der Fall ist; ebenso wenig wie bei der militärischen Integration im Rahmen des Atlantischen Bündnisses, was immer auch die Sowjetrussen sagen mögen. Begriffe Sowjetrußland doch endlich, daß es in einem gesunden vereinigten Europa,

dessen Mitglied unser wiedervereinigtes Vaterland wäre, ein Bollwerk des Friedens und — wenn Sowjetrußland nur wollte — einen wohlgesinnten Nachbarn haben könnte! (Beifall.)

Freilich müßten die sowjetrussischen Führer dazu die Hoffnung aufgeben, den freien Rest Europas doch noch für den Kommunismus zu gewinnen. Solange sie an den Zerfall Westeuropas glauben — und die marxistische Theorie nötigt sie ja zu diesem Glauben —, solange werden sie die Integration Europas zu verhindern trachten, solange werden sie wohl auch ihre am weitesten nach Westen vorgeschobene Position und Absprungbasis, die Sowjetzone, nicht preisgeben. Die Wendung der Dinge wird erst kommen, wenn sich die Sowjetunion mit einem geeinten, starken und freien Europa abgefunden hat; denn dann liegt es in ihrem Interesse, mit diesem Europa gute Beziehungen zu schaffen. Vielleicht ist diese andere und bessere Alternative einer sowjetrussischen Europapolitik in manchen sowjetrussischen Köpfen schon bedacht. Wir müssen jedenfalls dafür sorgen, daß sie, wenn möglich, Wirklichkeit wird. Dann rückt auch das Problem der deutschen Wiedervereinigung in ein neues und hoffnungsreicheres Licht.

Die wirtschaftliche Integration ist — ich wiederhole es — nur ein Teil des Werkes. Die Existenz der Sowjetunion hat Unruhe, Unsicherheit, Spannung in unsere Welt gebracht, und Europa liegt dem Zugriff dieses gefährlichen Titanen am verwundbarsten offen. Daher darf es nicht versäumen, sich zu schützen. Wie rückständig wir auf diesem Gebiete sind, machte uns in der vergangenen Woche ein Bericht des Verteidigungsausschusses der Versammlung der Westeuropäischen Union klar. Es gibt Leute in unserem Land, die unsere Sicherheit allein der abschreckenden Wirkung der nuklearen Waffen im Besitz beider Welttitanen überlassen wollen. Sie gehen sogar so weit, den Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa zu fordern und dann immer noch zu glauben, daß die abschreckende Wirkung der hinter den Atlantischen Ozean zurückgezogenen nuklearen Waffen Amerikas den Schutz Europas gegen einen sowjetischen Angriff verbürge. Wären diese Leute doch so konsequent, daß sie wenigstens um eine starke, moderne, integrierte europäische Verteidigungskraft bemüht wären! Sie haben aber im Gegenteil alles getan, um diese wirksame europäische Verteidigungsorganisation zu verhindern. Wir aber meinen, Europa kann auf lange Zeit auf den präsenten Schutz Amerikas nicht verzichten. Aber es soll und darf sich auch nicht untätig darauf verlassen. Dann wird ihm dieser Schutz aber um so bereitwilliger gewährt werden, je mehr das Volk der Vereinigten Staaten von der eigenen Bereitschaft und Fähigkeit der Europäer, zu diesem Schutze beizutragen, überzeugt ist.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Über die wirtschaftliche und militärische Integration hinaus müssen wir zu einem gemeinsamen außenpolitischen Handeln kommen. Der Ministerrat des Europarates und häufiger noch und dringender die Beratende Versammlung haben dies seit langem gefordert. Die Forderungen der Beratenden Versammlung wurden nach den Krisen zu Ende des vergangenen Jahres geradezu zur Beschwörung, und erst vor zwei Wochen haben wir in Straßburg unseren Ruf nach einer Koordination wenigstens der Außenpolitik der europäischen Länder als Vorstufe einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik erneuert. Ich selbst habe als Berichterstatter gesagt, das

wenigste, was wir erwarten dürfen, sei dies: daß die europäischen Staaten, bevor sie irgendeine Aktion unternehmen, die die anderen alle mitbetrifft, diese anderen Staaten konsultieren.

Ich will keinen schulmeisterlichen Rückblick auf die Ägyptenkrise werfen, da ich die notvolle Situation der Beteiligten begreife, aber diese Krisen haben die bisher schwerste Belastungsprobe der westlichen Gemeinschaft dargestellt. Und eine solche Krise darf sich um des Wohles der westlichen Gemeinschaft willen angesichts des geschlossenen Handelns eines gefährlichen Gegners nicht erneuern (Beifall).

Ich sprach vom Europarat. Daß ich ihn erst am Schluß erwähnte, geschah nicht, weil ich vom Werte seines Wirkens nicht überzeugt wäre. Dies stünde einem langjährigen Mitglied der Beratenden Versammlung auch schlecht an. Am 5. und 6. September 1949 faßt die Beratende Versammlung des Europarates am Ende ihrer ersten Sitzung die berühmte Entschliebung:

„Zweck und Ziel des Europarates ist die Errichtung einer europäischen politischen Behörde mit begrenzten Funktionen, aber wirklicher Machtbefugnis.“

Viele, die damals dabei waren, und manche unserer deutschen Freunde, die sich später der Beratenden Versammlung verbanden, hofften, daß dieses Ziel bald erreicht sein werde. Diese Entschliebung der Beratenden Versammlung war inspiriert durch die mächtigen Impulse, welche die europäische Bewegung, insbesondere der Europäische Kongreß in Den Haag schon im Mai 1948, gegeben hatte. Dort hatte man verlangt, es sei „die dringendste Pflicht der Nationen Europas, eine wirtschaftliche und politische Einheit zu schaffen, um Sicherheit und sozialen Fortschritt zu gewährleisten“; der Abschluß einer „vollständigen Föderation mit einem gewählten europäischen Parlament“ wurde gefordert, und es wurde gesagt, die Zeit sei gekommen, „daß die europäischen Nationen einen Teil ihrer souveränen Rechte übertragen und verschmelzen müßten“. Das war 1948, meine Freunde. Wir kämpfen um dieses Ziel heute noch! Es wurde nicht so rasch erreicht, wie die hochgemuten Begeisterten erhofften. Aber wir dürfen sagen, daß wir ein großes Stück auf dem Wege nach Europa vorangekommen sind. Wir werden eine weitere gewaltige Strecke zurückgelegt haben, wenn die europäischen Parlamente die Verträge über die Wirtschaftsgemeinschaft und die Atomgemeinschaft ratifiziert haben werden, insbesondere wenn in Etappen der Inhalt dieser Verträge in den nächsten zwölf Jahren verwirklicht sein wird.

In der Zwischenzeit haben wir hier alle eine verpflichtende Aufgabe in allen europäischen Organisationen, auch im Europarat, der 15 Völker unseres Kontinents umfaßt. Ich will nicht wiederholen, was alles aus seinem Schoß hervorgegangen ist, daß er alle Teilintegrationen gestützt und gefördert hat, daß er auch das neue Unternehmen mit trägt, daß er die Konvention zum Schutz der Menschenrechte mit ihren Institutionen geschaffen hat. Ich will nur einen wichtigen, oft unterschätzten Beitrag des Europarates, der Beratenden Versammlung und der anderen europäischen Parlamente nicht ungewürdigt lassen. Es wird nach meiner Meinung nicht genügend gewertet, welche großartige Chance sich allein schon im jährlichen mehrwöchigen Zusammenarbeiten und Zusammenleben von Hunderten führender europäischer Parlamentarier in ständi-

gem Kontakt der Außenminister, hoher Beamter und Experten der Regierungen ergibt. Das hat es in der europäischen Geschichte noch nie gegeben, und das darf Europa nicht wieder verlieren (Beifall). Die Wirkungen, die von diesen Kontakten ausgehen, sind natürlich unsichtbar und unmeßbar. Wäre die Lösung der Saarfrage gelungen, ohne daß wir vorher ein gemeinsames europäisches Klima geschaffen hätten? Ich bin davon überzeugt, daß diese nicht abreißende Folge freundschaftlicher Kontakte, bei denen Vorurteile überwunden, Vertrauen geschenkt und erworben, Freundschaften begründet werden, für die künftige europäische Entwicklung Entscheidendes bedeutet.

Es ist wahr, daß sich eine Fülle, eine verwirrende Fülle europäischer Organisationen und Institutionen entwickelt hat. Sie dürfen es glauben, niemand leidet darunter mehr als derjenige, der sich in diesen Institutionen und Organisationen bewegen muß. Der Tag wird kommen, wo Europa die Kraft finden muß, dieses Feld einer Flurbereinigung zu unterwerfen, die Kräfte zusammenzufassen und die Organisationen zu vereinfachen. Viele Pläne gibt es dafür. Der am weitesten ausgreifende, der sogenannte „grand design“, wurde uns vor kurzem in Straßburg von den Briten vorgelegt. Ich kann in dieser Stunde darauf nicht im einzelnen eingehen, sondern nur noch einmal versichern, daß diese Vereinfachung und Zusammenfassung der Kräfte kommen muß.

Aber so wichtig alle diese institutionellen und organisatorischen Probleme sind, wichtiger sind Geist und Wille der Menschen, die sie schufen und in ihnen schaffen. Die deutschen christlichen Demokraten und ihre christlich demokratischen Freunde in Europa, bei uns der Kanzler voran, dürfen stolz sein, daß wir, seitdem wir an dieser gemeinsamen europäischen Arbeit teilnehmen dürfen, ihr immer neue, kraftvolle Impulse gegeben haben (Beifall).

Der Bundestagspräsident hat gestern davon gesprochen, daß wir im Zeitalter der Integrationen leben. Es ist wahr. **Wir schaffen aber Europa nicht, weil wir dem Wahn der Masse, des Kollektiven und Kolossalen verfallen wären; wir schaffen es, weil die Entwicklung der Welt uns dazu herausgefordert hat. Wir wollen die Fülle und die Vielfalt unseres Erdteils, das Erbe und die Tradition unserer Völker nicht im Schmelztiegel eines Großraumexperiments zerstören. Wir sind uns dessen gewiß, daß sich der Reichtum und die Farbigkeit Europas, die sein Stolz sind, daß sich Wert und Charakter seiner Völker auch bewahren lassen, wenn sich Europa in einer höheren politischen Ordnung zusammenfindet.** Wir verteidigen Europa nicht nur, weil wir wollen, daß seine Menschen die Wirbel des Jahrhunderts überleben. Wir wollen, daß sie dieses Jahrhundert als Europäer bestehen, das heißt, als Freie unter Freien, ihrer großen Vergangenheit verpflichtet und für eine würdige Zukunft bereit. Wir rufen das deutsche Volk auf, uns auf diesem Wege zu folgen!

(Anhaltender, starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Gürk:

Sie haben Herrn Bundestagsabgeordneten Kurt Kiesinger durch Ihren Beifall verdienten Dank und Anerkennung gezollt für seine Ausführungen, die er aus leidenschaftlichem Willen des Herzens an Sie gerichtet hat. Er hat von der geistesgeschichtlichen Entwicklung aus ein

Bekennfnis zu Europa abgelegt, wie es besser wohl nicht möglich gewesen wäre.

Die beiden Vorträge des Vormittags, sowohl der des Herrn Bundesaußenministers von Brentano wie der des Herrn Kiesinger haben in ihrer Gesamtheit das ausdrückliche Wollen der Union umrissen. Sie haben das Ziel einer dynamischen Bewegung gezeigt, einer Bewegung mit einem leidenschaftlichen Willen zur Gestaltung einer neuen Welt. Dafür danke ich den beiden Rednern in Ihrem Namen noch einmal besonders herzlich (Beifall).

Ich glaube, daß der Appell an das Vertrauen unseres deutschen Volkes nicht umsonst war. Denn eine Bewegung, die gerade in der Außenpolitik das aufweisen kann, was die Union an Willen und Leistung sich in Wahrheit wünscht, wird das Vertrauen des Volkes auch in der Zukunft gewinnen.

Nun, meine verehrten, lieben Parteifreunde, haben Sie dafür, daß Sie pausenlos 2 1/2 Stunden diese äußerst wichtigen Vorträge in großer Pflichttreue angehört haben, auch eine Anerkennung verdient. Ich darf Ihnen verkünden, daß der ehemalige belgische Außenminister Herr van Zeeland erschienen ist und zu uns sprechen wird (Beifall). Ich begrüße Herrn van Zeeland als Freund in unserer Mitte (starker Beifall).

Minister Van Zeeland: (Belgien)

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren!

Die Institutionen von Straßburg sind eine Regel der Wirklichkeit. Sie bestätigen sich langsam, vielleicht zu langsam. Aber noch andere Organisationen haben das Licht der Welt erblickt, die schon mehr den zukünftigen Bedürfnissen Europas entsprechen, vornehmlich die Montanunion. Und heute nach den dunklen Tagen der Zersetzung der EVG sehen Sie, wie sich eine große Hoffnung an die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes knüpft. Freilich, trotz allem machen wir uns keine Illusionen. Wir sind noch fern vom Ziel. Starke Kräfte außerhalb Europas und auch in unseren eigenen Reihen setzen offen oder versteckt den Kampf gegen Europa fort, gegen eine Vereinigung, die die beste Ausdrucksform seiner Vergangenheit und auch seiner unvergänglichen Berufung ist. Deshalb dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen, wir müssen unsere Aktion mit größerer Entschlossenheit denn je zuvor fortsetzen (Beifall). Aber Europa wird Wirklichkeit werden, weil Europa eine unabdingbare Notwendigkeit ist. Europa ist eine der stärksten Friedensgarantien, die wir uns vorstellen können. Ein einziges und verjüngtes Europa ist das einzige Zentrum, um das herum unsere westliche Organisation im Zeichen christlichen Geistes sich erhalten und wieder aufleuchten kann.

Doch Sie wissen ebenso gut wie ich, daß ein solch großes Unterfangen nicht Wirklichkeit wird ohne Mühe, ohne Last und Leid. Wundern wir uns also nicht über Schwierigkeiten und über einseitige Rückschläge, die es noch geben mag.

Ich habe den Vorzug, mit am europäischen Werk arbeiten zu dürfen mit Männern wie dem Bundeskanzler Dr. Adenauer oder dem Präsidenten Robert Schuman und anderen. Ich werde nie vergessen, was wir

zusammen durchgestanden haben in schweren und in bitteren Stunden und in beglückenden Stunden (Beifall).

Ich entsinne mich einer Episode in Paris. Die deutsche und die belgische Delegation hatten verschiedene Auffassungen. Die Lage war etwas gespannt. Präsident Schuman unterbrach die Sitzung. Der Herr Bundeskanzler kam auf mich zu. Wir setzten uns gemeinsam in eine Ecke des Saales auf ein Sofa, und er sprach zu mir in seiner stillen Art und in jenem objektiven Ton: „Erklären Sie mir, bitte, den Standpunkt Ihrer Delegation.“ Ich versuchte dies so gut wie möglich zu tun. Nach diesen Ausführungen dachte der Herr Bundeskanzler erst lange nach und sprach dann: „Wenn ich alles in allem betrachte, glaube ich, daß Sie recht haben.“ Die Sitzung wurde wieder aufgenommen, es entstand eine Entspannung im Saal und binnen kürzester Zeit war eine Kompromißlösung gefunden (Beifall).

Wenn ich mir erlaube, diese Szene vor Ihnen zu erzählen, so deshalb, weil sie, glaube ich, etwas für den Bundeskanzler Charakteristisches zeigt. Gleichzeitig war diese Szene ein Symbol für den Geist, der für dieses Europa ist. Niemand suchte nach einer leichten oder gar leichtfertigen Ausrede. Alle suchten nach der echten Lösung im klaren Bewußtsein der Schwierigkeit. Gleichzeitig aber erfolgte die Auseinandersetzung auf so hoher Ebene und in so konkreter Weise, daß die Interessen der verschiedenen europäischen Völker zu einer echten Harmonie geführt werden konnten. Auf dieser Ebene, auf diesem Niveau wechselseitigen Verstehens und einer gegenseitigen Achtung muß die Aktion für ein vereinigtes Europa begründet werden. So werden wir für uns alle Möglichkeiten finden, den Aufgaben zu dienen, denen zu dienen uns obliegt mit dem Vorrang des Geistes vor dem bloßen Stoff, gegründet auf das Recht guter menschlicher Beziehungen in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

Sagen wir es noch einmal: Es gibt kein Europa ohne Frankreich, keins ohne England, aber auch nicht ohne Deutschland. Es gibt auch nicht das ganze Europa ohne England, aber tatsächlich gibt es auch kein Europa ohne Deutschland, und ich füge hinzu, daß es auch kein ganzes Europa gibt ohne ein wiedervereinigtes Deutschland (starker Beifall).

Wir müssen auch daran denken, daß ohne Europa die Völker, welche heute unterjocht sind, ihrer festen Hoffnung auf die spätere Stunde ihrer Freiheit beraubt sind. Ohne Europa entbehrt die freie Welt der sicheren Fundamentierung des Friedens. Ohne Europa gibt es auch kein Weltgleichgewicht (Beifall).

Europa mit den unermüdlichen Männern wie Adenauer, wie Schuman und anderen, das ist — unser Europa, für uns alle die Hoffnung und Berufung für unsere Generation. Möge ein voller Erfolg die Krönung ihrer Mühen sein für die Menschen guten Willens in der ganzen Welt (starker Beifall).

Vorsitzender Dr. Gurk:

Lieber Herr Außenminister van Zeeland!

Sie konnten die vollkommene Übereinstimmung unserer Versammlung mit Ihren Ausführungen schon selbst feststellen. Wir danken Ihnen herzlichst. Grüßen Sie Belgien von uns und insbesondere unsere politischen Freunde (Beifall). Ich kann Ihnen nichts Besseres mit auf den Weg

geben als das Wort: Wir wollen jetzt und immer Freunde sein und bleiben (Beifall).

Nun wollen wir den so wichtigen und wertvollen Vormittag beschließen mit einer

AUSSPRACHE

Den Vorsitz übernimmt

Dr. Stoltenberg:

Die erste Frage ist schriftlich eingereicht. Sie richtet sich an den Herrn Bundesaußenminister und bittet ihn um eine Stellungnahme zu den Schlagzeilen in der „Welt“ und in anderen Tageszeitungen „Eisenhower ändert den Kurs“. Das Wort hat Herr

Bundesaußenminister Dr. von Brentano: (mit Beifall begrüßt)

Ich glaube, daß es nicht die Aufgabe einer Regierung ist, zu spekulativen Erörterungen von Journalisten Stellung zu nehmen, sie zu analysieren, sondern ich glaube, daß es unsere Aufgabe ist, uns an die Tatsachen zu halten, auch wenn solche Meldungen sensationell sind oder sensationell empfunden werden. Ich werde auf die „Welt“ angesprochen, die heute morgen (13. Mai) erschienen ist. Ich darf schon eines sagen: Zur Begründung dieser wiederholt spekulativen Betrachtung bezieht man sich — ich zitiere wörtlich — auf die „gewundenen Abschiedsworte MacMillans in Bonn“, während man in derselben Zeitung in der 5. Rubrik mitteilt, daß Klarheit geschaffen sei für die britischen Vorstellungen von einem europäischen Sicherheitssystem. Es heißt dort — ich zitiere wieder: „Unmißverständlich soll ein europäisches Sicherheitssystem ausgeschlossen werden, das die Teilung Deutschlands versteinern oder legalisieren soll.“ Ich glaube, daß das, was in der ersten Rubrik steht, mit dem, was in der fünften steht, nicht recht vereinbar ist. Aber lassen Sie mich dazu ein Wort sagen. Es ist die Erklärung der Bundesregierung, die der Herr Bundeskanzler doch in der Debatte vom Freitag bestätigt hat, daß wir es niemals als unsere Aufgabe empfinden, aussichtsreiche Abrüstungsverhandlungen zu erschweren, daß wir selbstverständlich dabei davon ausgehen, daß Abrüstungsvereinbarungen, die die deutsche Zukunft zum Gegenstand haben oder auf sie von Einfluß sind, nur mit unserem Einverständnis geführt werden.

Ich habe es vorhin in meiner Rede gesagt und möchte auch jetzt daran erinnern: Wir hatten ja nicht nur eine Sitzung des Ministerrats der Atlantischen Gemeinschaft, wir hatten im Verlauf dieser Sitzung (der Herr Bundeskanzler und ich selbst) zahllose Gespräche mit den Außenministern, mit Staatssekretär Dulles, dem englischen Außenminister Selwyn Lloyd und dann mit dem englischen Premierminister MacMillan, dem französischen Außenminister Pineau und allen anderen.

Ich glaube, wir haben keinen Anlaß nach den Taten unserer Verbündeten und den Erklärungen ihrer maßgeblichen Staatsmänner an der Reellität unserer Partner zu zweifeln, zumindest solange nicht, als unsere Partner keinen Anlaß haben, an unserer Reellität zu zweifeln (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg

dankt dem Bundesaußenminister Dr. von Brentano für seine Ausführungen:

Bundesaußenminister Dr. von Brentano

teilt ergänzend mit:

Ich habe nachfragen lassen und eben die Mitteilung erhalten, daß die amerikanische Botschaft die Weisung erhalten hat, uns mitzuteilen, daß es sich in der Tat um Spekulationen handelt (Zuruf: Hört, hört!) und daß die Vereinigten Staaten auch in den Abrüstungsverhandlungen nur in voller Übereinstimmung mit den in der NATO abgegebenen Erklärungen und in voller Zusammenarbeit mit den in der atlantischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Bündnispartnern handeln werden (Bravorufe und Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg:

Es spricht jetzt unser Freund Manfred Klein für einige der in den letzten Monaten Entlassenen aus der Sowjetzone. Ihm folgt Dr. Schwarz von Liebermann.

Manfred Klein:

Das klare Bekenntnis zur freien Welt, das unser Bundesaußenminister so unmißverständlich vor diesem Forum gab, das zielsichere Programm, das da Europa heißt, mit unserem Erlebnis aus den harten Jahren der Haft zu unterstreichen, soll meine Aufgabe sein, wenn ich hier im Namen von 31 ehemaligen Häftlingen spreche. Diese haben zusammen, hier stellvertretend eingeladen für einen weit größeren Kreis, 515 Straffahre auf ihren Schultern getragen und meistens 6 bis 9 1/2 Jahre verbüßt.

Gestatten Sie, daß ich zunächst unseren Dank zum Ausdruck bringe nicht nur für die Einladung zu diesem Kongreß, sondern vor allem für die konsequente Politik unserer Bundesregierung, der wir nach unserer festen Überzeugung unsere vorzeitige Entlassung mitverdanken (Beifall). Wir wissen sehr genau, daß vor dem Entstehen der Bundesrepublik kaum jemand entlassen wurde. Mit ihrem Erstarken wurde aber auch ihr Wort gewichtiger, und es zeigten sich Erfolge. Wir wissen, welch wesentlicher Schritt für das Schicksal vieler von uns die Reise Dr. Adenauers nach Moskau wurde. In meiner Anklageschrift vor dem sowjetischen Militärtribunal war mein Besuch bei Herrn Dr. Adenauer im Rahmen einer Delegation der Jungen Union aus Berlin im Jahre 1947 noch Punkt 2. Acht Jahre später hielt es der Kreml keineswegs mehr für verbrecherisch, mit Herrn Dr. Adenauer zu sprechen. Das nur am Rande. Diese Bedeutung und die Richtigkeit unserer Außenpolitik aber spürten wir weiterhin ständig — und das muß gesagt werden — aus der Stellungnahme der meist der SPD angehörenden Inhaftierten während der Krankheit Dr. Adenauers. Ihre warme Sorge um Leben und Gesundheit unseres Kanzlers, die ja nun, und dafür danken wir dem Herrgott von Herzen, so sichtbar wiederhergestellt ist, stand der unseren kaum nach. Denn, meine Freunde, in dem harten Milieu von Stacheldraht und Wachtürmen denkt man eben nicht in wahlredagogischen Phrasen, sondern in nüchternen Realitäten (Beifall).

In diesen Dank lassen wir aber auch unsere Sorge hineinklingen. Wir empfehlen weiterhin alle Häftlinge über jede Parteischanke hinweg der Regierungskunst unseres Kanzlers. Wenn in der letzten Zeit Josef Flade im Vordergrund stand, der uns allen schon wegen seiner tiefreligiösen Haltung und wegen der uns so verständlichen physischen Belastung durch drei Jahre Einzelhaft und Tbc — auch wenn es nur eine inaktive ist — so am Herzen liegt, so sind mit Flade doch immer alle Häftlinge gemeint. Dieser Sorge ständiger Anblick ist unsere heilige Verpflichtung. Solange es noch einen politischen Häftling gibt, werden wir, obwohl wir gern vergessen würden, in den Häftlingsgemeinschaften zusammenbleiben, um darüber zu wachen, daß alles geschieht, daß die Häftlinge sobald wie möglich ihre Freiheit erhalten (Beifall).

Wir erschöpfen uns nicht in zwar schönen, doch allgemeinen Erklärungen. Wir haben auch eine ernste Bitte. Unser Parteifreund, der sehr geschätzte Erste Bürgermeister dieser gasilichen Stadt, Herr Dr. Sieveking, hat eine Einladung nach Leningrad erhalten. Wir freuen uns darüber; dann man geht fehl, wenn man etwa glaubt, wir würden das russische Volk hassen. Wir waren in Untersuchungshaft mit vielen russischen Kameraden zusammen. Sie haben sich häufig als die besten erwiesen. Wenn wir aus unseren Erfahrungen das in unseren Gewahrsamsgebieten herrschende System ablehnen und Sorge tragen, daß wir davon verschont bleiben und aus der Sorge und Erfahrung die Atlantische Gemeinschaft und die Bundeswehr lebhaft begrüßen, so ist dieses unser gutes Recht. Deshalb bleibt Leningrad doch eine schöne Stadt. Lieber Herr Bürgermeister, wir freuen uns sehr, daß Deutsche jetzt nicht mehr nach dort kommen, um zu zerstören, sondern daß die Bürgermeister dieser beiden großen Städte sich begegnen. Wir würden uns noch mehr freuen, wenn unser Parteifreund Dr. Sieveking bei diesen Gesprächen zum Ausdruck brächte, wie stark die deutsche Öffentlichkeit aufgerührt ist durch das Schicksal seiner Söhne und Töchter, die noch immer in der Unfreiheit leben müssen und in Gefängnissen und Straflagern schmachten. Es muß zum Ausdruck kommen, daß niemand, keine Erklärung und kein Manöver, die Sowjets aus ihrer Verantwortung für die von ihnen verurteilten Menschen entlassen kann und daß wir genau wissen, wie viele unserer Kameraden von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt sind und noch heute — manche schon über zehn Jahre — auch in der Zone auf ihre Freilassung warten. Wir wissen genau, daß die Sowjets auch heute noch das letzte Wort bei der Entlassung dieser Freunde haben. Nicht von ungefähr wurden auf den Entlassungslisten die Namen nach dem russischen Alphabet aufgeführt, in dem das W an 3. Stelle steht. Dies war augenfällig genug. Weil wir das alles wissen, werden wir Herrn Dr. Sieveking durch eine genaue in persönlicher Verantwortung aufgestellte Liste in die Lage versetzen, seinen Besuch zu einer Mission zu machen (Beifall).

Daß darüber hinaus die letzte Verantwortung für alles, was in der sowjetischen Besatzungszone geschieht, in Moskau liegt und mithin auch für die sogenannte „DDR“, sollte ebenfalls trotz aller Gespräche betont werden, ob sie nun diesseits oder jenseits der Grenzen geführt werden. Dies ist ja auch durch Herrn Dr. Krone bestätigt worden. Das war die externe Seite unseres Anliegens. Ihre Erfüllung hängt nicht allein von uns ab. Aber von uns allein hängt es ab, wieviel Flüchtlinge, Spätaus-

siedler, Heimkehrer und politische Häftlinge sich wieder in unsere Gemeinschaft einleben (Beifall).

Das ist ein schwieriges Problem, vielleicht schlagartig beleuchtet durch die Feststellung, daß selbst aus unserem Kreis der 31 hier Versammelten ein Drittel noch immer ohne Wohnung und ohne festen Beruf ist. Es sollte ja dem Letzten und Schlichtesten von uns, der seine stille Pflicht getan hat, genauso verantwortlich geholfen werden wie denen, die stellvertretend für alle im Vordergrund stehen. Doch wir haben hier das nötige Vertrauen in unsere Regierung und unsere Partei, werden selbst mit anfassend und freuen uns Ihrer Anteilnahme, die uns Bestätigung unseres Anliegens ist (Beifall).

Ich kann jedoch nicht schließen, ohne unserem Dank und unserer Sorge das Versprechen folgen zu lassen.

Liebe Freunde! Wir haben diese ganzen schweren Jahre im Dienst gestanden, wohlbewußt aller menschlichen Unzulänglichkeiten und Nöte, im Dienst vor Gott, im Dienst vor unserem Volk und im Dienst schließlich auch unserer Union. Und nur dieser Dienst, der Gedanke stellvertretender Sühne und die Überzeugung von der Kraft des Leids gaben in diesen Jahren Sinn in einer Sinnlosigkeit. Wir haben aber in diesen Jahren auch Kräfte gestaut, seelische Energien gesammelt, aus bitterer Erfahrung Einsatzwillen mitgebracht. Diesen Einsatzwillen und diese Begeisterung bringen wir Ihnen, hochverehrter Herr Bundeskanzler, für unsere Sache mit und versprechen diesem Parteitag, mit ungebrochener Begeisterung an vorderster Front zu stehen in diesem Jahr der Entscheidung und immer (Starker Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg:

Der herzliche Beifall dieses Parteitages gibt mir die Gewißheit, im Namen aller zu sprechen, wenn ich Ihnen, lieber Manfred Klein, für diese Ihre Worte herzlichen Dank sage. Ihr Name ist in den letzten Jahren zu einem Symbol geworden für das Unrecht, das den Menschen drüben in den Zuchthäusern der Zone geschah und noch geschieht. Aber Ihr Name ist für uns auch zu einem Symbol geworden für das unbeugsame Eintreten der Menschen drüben und die Aufgabe der jungen Generation für Freiheit und Recht (Beifall).

Es spricht jetzt Herr

Dr. Schwarz von Liebermann:

Es ist keine bloße Floskel, wenn ich sage, daß die Reden, die wir heute vormittag gehört haben, so erschöpfend gewesen sind, daß eigentlich nur noch sehr wenig zu den großen Fragen der Außenpolitik zu sagen bleibt. Aber nichtsdestoweniger möchte ich gern versuchen, mit ein paar Worten einzelne Themen, die schon angeschnitten sind, noch zu vertiefen, vielleicht etwas schärfer zu profilieren, in der Freiheit, die jemand hat, der nicht in höchster Verantwortung steht.

Die Sozialdemokratie versuchte das Bild zu entwickeln, daß in dem Augenblick, in dem wir der Nordatlantische Gemeinschaft verließen, der Weg zur deutschen Wiedervereinigung näher vor uns stünde. Ja, eigentlich sollte ich deutlicher werden und sagen, daß die Sozialdemokratie zu erklären versucht: Wenn das eine weg ist, kommt das andere. Aber, wie gesagt, man hat „Mein Kampf“ zu selten gelesen. Man scheint sich

auch heute noch nicht die Mühe zu machen, das zu lesen, was die verantwortlichen Führer der sowjetischen Politik sagen. Lassen Sie mich hier einen einzigen Satz in die Erinnerung rufen, und zwar den Satz des Herrn Ministerpräsidenten Bulganin vom Juli 1955, dem Höhepunkt des Auftauens. Er sagte — ich zitiere wörtlich: daß in dem Augenblick, in dem das westliche Stützpunktsystem liquidiert werde, d. h. die NATO aufgelöst wäre, es dann leichter sein würde, über die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu verhandeln. Nun, ich glaube, das sagt deutlicher als alle Erläuterungen, was Herr Bulganin gedacht hat. Und stellen wir uns vor, was geschähe, wenn wir die NATO verließen. Es wäre praktisch der Zusammenbruch — unter den heutigen Umständen — der westlichen Verteidigungsorganisation. Es wäre das Fortschreiten des Schattens, des weltpolitischen und machtpolitischen Schattens der Sowjetunion über die Elbe zum Rhein. Und was dann bleibt, glaube ich, braucht nicht ausgeführt zu werden. Lassen Sie es mich mit einem Satz zusammenfassen. Wenn wir uns aus der Schutz- und Trutzbündnischaft mit dem Westen ausklammern wollten, so wäre das nicht der Anfang, es wäre das Ende jeder sinnvollen und aktiven Wiedervereinigungspolitik (Beifall).

Der eigentliche Weg ist die Abrüstung. Wie kam es dazu, daß das Abrüstungsgespräch heute doch immerhin recht ernsthaft betrieben werden kann? Sollten wir uns nicht die Frage stellen, ob damit nicht vielleicht die Tatsache etwas zu tun hat, daß der Westen eine Ausgangsstellung gefunden hat, von der aus er ja überhaupt reden, sprechen und verhandeln kann? Die unauflösliche Verbindung von Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung ist fest hergestellt. Das, was ich zu dieser Frage kurz ausführen wollte, ist von autorisierter Seite inzwischen klargestellt, die Einleitung einer echten Abrüstung, gekoppelt in ihren weiteren Phasen mit der Lösung der politischen Probleme. Diese Auffassung der freien Welt, was hat sie zur Folge? Wir sollten uns auch das einmal klar machen. Ist sie nicht der unausweichliche Weg auf die Sowjetunion mit der Aufforderung: *Hic Rhodus, hic salta*? Denn ein anderes „Legitimationskriterium“ — in Anführungsstrichen — als die Frage der Sicherheit können wir doch der Sowjetunion gewiß nicht zubilligen. Wenn aber die Frage der Sicherheit das einzige Alibi ist, das man der Sowjetunion für ihre Faustpfandpolitik in der Zone zubilligen könnte, und wenn es an der Sowjetunion liegt, wenn die Abrüstung scheitert, wenn man sieht, daß der Sowjetunion eben im Augenblick ganz offenkundig an Sicherheit gar nichts liegt und es ihr um Sicherheit nicht geht, dann soll man aufhören, so zu reden, wie der Vertreter der SPD es im Bundestag am 31. Januar getan hat, nämlich Herbert Wehner in einer Rede, die in dem Satz zusammengefaßt werden kann:

Wenn die Wiedervereinigung nicht kommt, dann ist Bonn schuld und nicht Moskau. — Oder man billigt der Sowjetunion andere Legitimationskriterien zu, dann aber — ich schiebe niemanden unter, daß er es täte, ich stelle nur klar — begäbe man sich in die Nähe einer Partei, die im ersten Bundestag noch vertreten war, im zweiten aber nicht.

Welches waren denn die Gründe für die harte Haltung der Sowjetunion? Einmal doch gewiß die Hoffnung, daß sich so eine Art Verzweiflungsausbruch geltend machen könnte, wenn die Wiedervereinigung nicht bald kommt. Und als zweites die Hoffnung, daß es gelingen würde,

in den überseeischen, in den sogen. Entwicklungsländern entscheidende Fortschritte zu machen und so auf kaltem Wege das Weltgleichgewicht zu ihren eigenen Gunsten zu verschieben. Und wenn das einträte, so liegt es nahe, daß man keinen großen Anlaß hätte, auf der Europäischen Front sehr flexibel zu sein. Und drittens weiter die Hoffnung, daß die europäisch-atlantische Gemeinschaft eben doch wieder an ihren eigenen Widersprüchen zerfallen würde. Schließlich viertens doch gewiß die Hoffnung, daß es dem Westen auf die Dauer leid werden könnte, an der deutschen Frage Entspannung und Frieden scheitern zu lassen.

Aber lassen Sie mich diese Formulierung gebrauchen und sagen: In dieser Formulierung bzw. ihrer Umkehrung ist die ganze Aufgabe der deutschen Politik enthalten, nämlich Umstände herbeizuführen, in denen es der Sowjetunion zur leidigen Last wird, an der Frage Deutschland Entspannung und Frieden scheitern zu lassen.

Wie kommen wir auf diesem Wege voran? Nun, zum ersten Punkt muß ich nicht ohne Bitterkeit sagen: Wie verhält sich die Opposition und diejenige Opposition, die nicht weiß, ob sie es ist, in unserem Lande? Verhält sie sich nicht so, daß die Sowjetunion Anlaß hat zu sagen: Nun, warten wir einmal bis nach den nächsten Bundestagswahlen, und dann werden wir sehen, ob nicht manche Leute an die Macht kommen, die uns ohnehin schon die Hälfte von dem schenken, was wir gern möchten. Und der zweite Punkt? Europäisch-atlantische Gemeinschaft. Ihr gebührt es voranzugehen, und nur auf diesem Wege hier ist die Lösung des anderen Problems möglich, nämlich die Lösung des Problems der Entwicklung der sogen. unterentwickelten Gebiete.

Wie stellt sich denn das Problem zwischen deutscher Freiheit, deutscher Einheit, Europa und deutscher Sicherheit? Ich kann es mir nicht versagen zurückzudenken an die Worte, die August Zinn, seines Zeichens hessischer Ministerpräsident, vor einigen Jahren gebraucht hat. Er sagte, es sei unvertretbar, die Freiheit von 50 Millionen mit der Sklaverei von 20 Millionen zu erkaufen. Wie stehen denn die Dinge in Wirklichkeit? Ist es nicht so, daß aus der Verantwortung heraus wir nicht einen Preis für die, wenn überhaupt mögliche, kurzfristige und scheinbare Befreiung von 20 Millionen zahlen dürfen, der in historisch kurzer Zeit nicht nur zur Wiederverklavung von 20, sondern von 70 Millionen und mehr führen würde? Das ist die Frage, vor der wir stehen (Beifall). Nun, entweder Herr Zinn sieht es besser und spricht trotzdem so, dann disqualifiziert er sich moralisch, oder aber er sieht es nicht besser, und dann disqualifiziert er sich intellektuell.

Nun zwei Worte zu den Sicherheitsvorschlägen der SPD. Was sagte Herr Erlen im Dezember 1956, als Ungarn die Frage der europäischen Sicherheit zur unabdingbaren Klarheit auch für den Letzten gebracht hatte? Da sagte er: ein kollektives Sicherheitssystem an Stelle der Blocks unter der Garantie der beiden Flügelmächte, der USA und der UdSSR. Nun, ein Sicherheitssystem wird nicht dadurch effektiver, daß man sich einer poetischen Formulierung bedient. Die Dinge sind ernster. Ich gehe weiter und bitte um Verständnis. Ich sage es nicht, um jemanden anzuklagen. Erkennen Sie nicht letztlich eine furchtbare Ähnlichkeit mit den Vorschlägen Molotows im Jahre 1954? Herr Erlen wird sofort sagen: Ja, nach meinem Plan gehört hier ein wiedervereinigtes Deutschland hinein. Ja, gewiß, das ist ein nennenswerter, entscheidender politischer

Unterschied, aber von dem Gesichtspunkt der Sicherheit bedeutet es gar keinen Unterschied. Nun, ich glaube, die Sozialdemokratie hat selbst erkannt, daß dies nicht eigentlich eine Antwort war. So hörten wir dann im Januar interessanterweise, daß in einem solchen Sicherheitssystem das Veto ausgeschlossen sein sollte. Ja, man fragte sich wirklich, was das heißen soll. Es genügt ein Blick auf die Vereinten Nationen, um zu erkennen, daß die gesamte sowjetische Politik darauf ausgerichtet ist, das Veto zu behalten. Sollten wir es ihr übelnehmen? Wäre nicht der Verzicht auf das Veto das offene Eingeständnis, nicht mehr Großmacht zu sein? Nein, so kommen wir den Dingen nicht näher. Was würde die Ausschaltung des Vetos bedeuten? Sie würde gar keine zusätzliche Sicherheit bedeuten. Sie würde nur bedeuten, daß rechtskräftig der Angriff des Angreifers freigestellt werden kann, an der Effektivität des Verteidigungsapparates aber würde sich schlechterdings nichts ändern. Ich will hier nicht auf die Wehrpolitik der Sozialdemokratie eingehen. Aber lassen Sie mich diese in einem Satz zusammenfassen: Wenn wir ihr folgten, dann stünden wir vor der Gefahr, nur als Friedhof im Falle eines Konflikts und Angriffs der Sowjetunion, wenn überhaupt, „befreit“ zu werden. Die Befreiung eines Friedhofs aber ist keine Politik. Eine nüchterne und realistische Verteidigungspolitik — das ist das eigentliche Gebot der Stunde. Und die nüchternen Rechner im Kreml warten darauf, daß die anderen auch nüchtern sind.

Ich kann es mir nicht versagen, hier einen Satz in die Erinnerung zurückzurufen, als ich mit dem seinerzeitigen sowjetischen Botschafter Sorin sprach. Er kam sofort mit: „Nun, die aggressive NATO.“ Und dann sagte er plötzlich auf russisch: „Solange sie Widerstand leistet.“ (Er gebrauchte das Wort „ssoprotiwlati“.) Darauf sagte ich zu ihm: „Ja, Widerstand leisten, das allerdings, aber wo bleibt dort die Aggression?“ Aber Herr Sorin hat mir auf diese Frage nicht geantwortet. — Lassen wir uns dabei eines eindeutig vor Herzen und Augen führen: Die Politik gegenüber der Sowjetunion muß klar und deutlich sein. Aber eine klare und deutliche Politik ist gerade unsere Politik, weil sie eine Politik der Kriegsverhütung und Kriegsverhinderung und der Friedenssicherung ist und eine Politik auch der Verantwortung gegenüber den Völkern der Sowjetunion. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Bruderschaft der Menschen nicht am Eisernen Vorhang aufhört und auch nicht an der Chinesischen Mauer (Beifall).

Aber damit komme ich zum letzten und vielleicht entscheidenden Punkt, der europäischen Konstruktion. Es ist in diesem Zusammenhang das Wort Saar gefallen. Ich war seinerzeit als Vertreter der Bundesregierung in Saarbrücken. Lassen Sie mich hier Zeugnis ablegen in dem Geist, der diese Tagung beherrschte. In jenen Wochen gab es keine „französische Diplomatie“, keine „deutsche Diplomatie“, sondern nur ein gemeinsames Bemühen um die Lösung dieser Frage in dem Geist, der den Aufgaben unserer Zukunft entspricht (Beifall).

Wir stehen heute vor einem Augenblick, in dem es sich nämlich nicht nur darum handelt, Solidarität von anderen zu empfangen, sondern zugleich Solidarität auch unsererseits zu bieten. Die Frage der überseeischen Gebiete ist von Herrn Kiesinger mit Klarheit behandelt worden. Aber noch zwei Zahlen: Ich erinnere einmal an die Tatsache, daß allein der seinerzeitige Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein in wenigen Wo-

chen an total unproduktiven Kosten mehrere hundert Millionen Mark in dieser oder jener Form an Verlusten nach sich gezogen hat. Und dann gebe ich Ihnen die Vergleichsziffern für Algerien. Algerien ist ein Teil des französischen Mutterlandes, das nicht zu den überseeischen Gebieten gehört. Die übereinstimmende Meinung der Sachverständigen ist, daß allein, um in Algerien, jenem Teil des französischen Mutterlandes in Übersee, in den nächsten 10 Jahren eine Steigerung des Lebensstandards herbeizuführen, die größer ist als die Steigerung im Mutterland, um auf diese Weise die klaffende Wunde zu vermindern, 20 Milliarden an öffentlichen und 20 Milliarden an privaten Investitionen erforderlich sind. Ich glaube, daß diese beiden Zahlen eine deutliche Sprache sprechen.

Die europäische Aufgabe ist unsere Zukunft. Die beiden Vorredner haben es so klar ausgedrückt, daß ich hierüber nicht mehr zu sprechen brauche. Aber lassen Sie mich in einem Satz zusammenfassen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das europäische Vaterland und dadurch Frieden für die Welt (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg

dankt für die ausgezeichneten Darlegungen des Herrn Dr. Schwarz von Liebermann. Es spricht jetzt

Bundesminister a. D. Kraft:

Frei von offizieller Verantwortung, denn ich bin nicht mehr Bundesminister, möchte ich hier einige offene Worte sagen. Ich möchte es tun aus der Schau eines Vertriebenen und meinen zum Teil auch kritischen Bemerkungen eins vorausschicken. Am 5. August 1956 haben die Vertreter aller Heimatvertriebenen in Stuttgart in Form der Charta der Vertriebenen eine feierliche Versicherung abgegeben, in der es heißt, daß wir Vertriebene auf Rache und Vergeltung verzichten, daß wir den Frieden wollen, daß wir Gegner jeder Vertreibung sind, daß wir eintreten für unser Heimatrecht und für ein friedliches Zusammenleben mit den Völkern unserer Heimatgebiete.

Dies darf nicht in Vergessenheit geraten. Von hier aus ausgehend, möchte ich zu einigen Reden und Erklärungen in den letzten Monaten, die zum Teil auch von Angehörigen unserer Partei stammen, Stellung nehmen. Ich tue das, indem ich derartige Reden bedaure. Ich bedaure sie, weil die Lösung dieser Frage eines Tages die Aufgabe eines wiedervereinigten Deutschlands sein wird. Ich halte solche Reden nicht für nötig; sie sind Mißdeutungen ausgesetzt, wie wir es erfahren haben, und man sollte sie daher vermeiden. Ich sage das eindringlich, zugleich auch aus dem Grunde, weil diese Reden — wie wir gesehen haben — Reaktionen unter den Vertriebenen hervorrufen, die nun ihrerseits ebenso geeignet sind, Mißdeutungen zu erfahren und besonders im Ausland Mißtrauen wieder aufleben zu lassen. Sie sind geeignet, die von mir zitierten Versicherungen von Stuttgart in der Charta der Vertriebenen, die uns heiliger Ernst sind, zu überdecken.

Die Stichworte für die besonderen Anliegen der Vertriebenen heißen Wiedervereinigung und Ostpolitik. Das Problem der Wiedervereinigung ist in allen Parteien lebendig. Die Unruhe der Bevölkerung ist gut; sie ist besser als Lethargie, aber die Beschuldigungen, wer die Wieder-

vereinigung mehr wolle, sind unheilvoll, und wir müssen sie zurückweisen (Beifall). Wir müssen sie nachdrücklich zurückweisen, weil sie geeignet sind, den Eindruck zu erwecken, als ob eine Wiedervereinigungspolitik denkbar sei, losgelöst vom politischen Gesamtproblem, losgelöst von der allgemeinen Außenpolitik. Das ist nicht der Fall. Das gleiche gilt auch für die Ostpolitik schlechthin. Die Kritik an Außenfragen in den politischen Aktionen und routinemäßigen Behandlungen ist durchaus erlaubt. Auch ich wünsche — wie es auch von anderen ausgesprochen worden ist — z. B. eine stärkere Herausstellung und Besetzung der Ostabteilung im Auswärtigen Amt. Aber diese Kritik an Einzelheiten, die Wünsche hier und da, dürfen nicht den Blick für das Ganze trüben, dürfen nicht vergessen lassen, daß der Eiserne Vorhang nicht nur Deutschland, sondern Europa und einen großen Teil der übrigen Welt trennt; dürfen nicht vergessen lassen, daß jenseits des Eisernen Vorhanges in Europa Völker in Unfreiheit leben, genau wie unsere deutschen Brüder und Schwestern in der Zone, Völker, die sich Europa zugehörig fühlen wie wir selbst, Völker vom Baltikum bis weit in den Südosten Europas, die sich nach Freiheit, nach der europäischen Gemeinschaft sehnen wie wir selbst und wie wir sie anstreben, die wir hier noch in Freiheit sind.

So gesehen kann unsere Aufgabe — auch aus der Schau von Vertriebenen her — nur heißen: Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik, frei von Illusionen, aber getragen von der Entschlossenheit, sich in die Familie der Völker der freien Welt einzuordnen, also Freunde zu schaffen und sich zu erhalten, damit die Schatten der Vergangenheit, die noch immer auf uns ruhen, im Bewußtsein der übrigen Welt verblassen und uns davor bewahren, eines Tages zwischen zwei Stühlen zu sitzen wie schon häufiger in unserer Geschichte (Beifall). Eine solche Politik wollen wir nicht. Unsere bisherige Außenpolitik ist der Weg zur Erhaltung unserer Freiheit, d. h. der Freiheit der Bundesrepublik Deutschland; sie ist der Weg zur Erlangung der Freiheit für ganz Deutschland, für ganz Europa. Die Freiheit muß aber, wenn es nötig ist, verteidigt werden. Zu dieser Verteidigung müssen wir bereit sein mit allen Konsequenzen. Wer das nicht will, ist der Freiheit nicht wert (Starker Beifall).

Die Vertriebenen wissen das, und sie haben sich deshalb in ihrer überwältigenden Mehrheit zur bisherigen Außenpolitik bekannt. Es ist meine Überzeugung, daß sie in ihrem durch fruchtbare Erlebnisse und harte Tatsachen geschärften Sinn in ostdeutscher Standhaftigkeit sich weiter zu den Prinzipien unserer Außenpolitik bekennen werden (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg

dankt Herrn Bundesminister Kraft für seine Ausführungen über die uns besonders bewegenden Probleme der Vertriebenen. Es spricht Herr

Del. Baptiste (Rheinland):

Ich bin nicht der Meinung, daß die Themen erschöpft sind, die hier über die Wiedervereinigung und die europäische Einigung behandelt worden sind. Darum möchte ich meinen Beitrag leisten, um mit Ihnen vielleicht eine letzte und Gipfelstufe zu erklimmen. Was bisher vorgetragen worden ist, behandelt das Problem der ökonomischen, der technischen, der institutionellen Einigung Europas. Aber lassen Sie mich über dieses rationale Kalkül hinaus das Eigentliche sagen, was uns von der CDU im letz-

ten bewegt und zusammengeführt hat. Es ist das, was der Völkerapostel Paulus einmal gesagt hat: Ex auditu ... Aus dem Gehörten wächst der Glaube. Wenn das Gehörte, das sich kundtut, nicht mehr geschützt wird, was sollen wir dann noch tun? Das ist doch das Problem unserer Tage.

Ich möchte hier eine Rechtfertigung für unseren Kanzler geben. Wenn Carlo Schmid ihn angriff und in etwas arroganter Weise herausstellte, als ob der Kanzler ein vereinfachtes, simplifiziertes Denken besäße in dem Sinn, daß er die Faktoren in technischer und naturwissenschaftlicher Hinsicht nicht richtig zusammenstellte, dann möchte ich darauf erwidern: Wer ist denn der einfache Denker? Das ist doch letzten Endes der, der klar und unmißverständlich spricht. Das labormäßige, das naturwissenschaftliche und positivistische Denken ist ein Erbe des 19. Jahrhunderts, mit dem auch gebrochen werden mußte. Ich erkenne natürlich dieses Denkprinzip und diese Denkmethode auf ihrem ureigensten Gebiet einer naturwissenschaftlichen Erkenntnis, wo das Objekt überschaubar und die Kausalitäten freigelegt sind, an, aber was hat das mit Politik zu tun. Das sind ganz andere Objekte. Vom Objekt werden die Denkmethoden bestimmt. Das ist eine Urweisheit von Aristoteles. Es handelt sich hier um eine geistige Ebene. Das ist es doch, was das Denken des Kanzlers vereinfacht. Es ist ein transzendentes Denken. Es ist das Denken, das auf Werte angelegt ist, nicht auf ökonomische, auf rationale Werte, sondern auf die transzendenten Werte der Urpersönlichkeit des Menschen, auf die Urperson Gottes hin, auf die Freiheit, auf die Geöffnetheit. Und das schließt viele Faktoren, auch viele offene Dinge, in sich ein. Und das ist das bewußt christliche Denken.

Was ist im letzten gewesen hier in Europa? Ich lasse hier den Begriff Abendland mit anklingen. Es ist nicht nur eine Aufgabe der Verhandlungen in Institutionen, sondern es gehört auch ein Geöffnetsein dazu, daß wir so unseren Glauben verwirklichen können, wie er uns überliefert und in uns ist. Man tut Albert Schweitzer unrecht, wenn man nur auf die Gefahren hinweist, was für biologische Nachteile und Schäden bis zur letzten Konsequenz in einer verderbten und perversierten Generation heranwachsen können. Ich möchte dem entgegenstellen: Die Menschen, die hier ohne geistiges und ohne religiöses Leben als lebendige Mumien herumlaufen, sind die etwas anderes? Da ist doch letzten Endes auch eine große Gefahr zu sehen.

Darum sind wir dafür, daß wir in allem unseren Glauben einbeziehen. Das ist der Grund, warum wir uns in der CDU gefunden haben, eben aus dieser christlichen Schau zur Verwirklichung des Menschenbildes nach dem Gesetz, nach dem das Abendland angetreten ist.

Vorsitzender Dr. Stoltenberg dankt dem Redner.

Es spricht jetzt Herr Abgeordneter von Lautz. Ich darf unserer besonderen Freude Ausdruck geben, daß wir heute erstmals die Vertreter der Saar und hier den Vorsitzenden der Landtagsfraktion als stimmberechtigte Delegierten bei uns haben, während sie früher nur als Gäste bei uns weilen konnten.

Abgeordneter von Lautz (Saar-CDU):

Herr Präsident! Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Wenn ich heute als saarländischer Delegierter offiziell auf diesem Bun-

desparteitag der CDU das Wort nehmen kann, so will ich an dieser Stelle zunächst unseren herzlichsten Dank sagen, dann aber auch eine kurze Feststellung treffen, nämlich die, daß es zwei Dinge waren, die zusammenwirken mußten, um unserer Heimat die Rückkehr zu Ihnen zu ermöglichen und um unserem Landesverband den Weg in die große Bundespartei zu ebnen. Einmal war es die Abstimmung der Bevölkerung, die nach außen hin in der Öffentlichkeit in erster Linie als entscheidend in Erscheinung getreten ist. Aber wir dürfen hierüber nicht das zweite vergessen, daß die Voraussetzungen zu dieser Entscheidung einzig und allein durch die zielbewußte Außenpolitik unseres Herrn Bundeskanzlers geschaffen worden sind (Beifall).

Diese Politik gab uns überhaupt erst die Möglichkeit, unseren Willen zu bekunden. Wir müssen uns zweitens darüber klar sein, daß auch die Ausnutzung dieser Volksabstimmung nur durch die gleiche Politik, also durch eine Politik des Maßhaltens und des internationalen Vertrauens, zu erreichen war. Die im Saarvertrag niedergelegte Einigung über die Rückkehr unserer Heimat bedeutet doch, wie es heute verschiedentlich ausgesprochen wurde, eine Bereinigung des durch die Saarfrage bisher belasteten deutsch-französischen Verhältnisses. Wir hoffen, daß diese Einigung den Grundstein legen wird für eine auf Gleichberechtigung beruhende, auch von uns ersehnte deutsch-französische Freundschaft, die von ausschlaggebender Bedeutung für den Zusammenhalt der freien westlichen Welt sein kann.

Dies festzustellen, war uns ein Bedürfnis. Ich möchte nicht versäumen, Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, an dieser Stelle für Ihre nimmermüde, auch für unsere Heimat so erfolgreiche Arbeit von ganzem Herzen zu danken (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg:

Ich glaube im Namen des Parteitages zu sprechen, wenn ich mit dem Dank für diese Ausführungen unsere besten Wünsche für eine Lösung der offenen politischen Fragen an der Saar, vor allem der Regierungsbildung und der Neuformierung der christlich demokratischen Kräfte, verbinde (Beifall).

Das Wort hat Herr

Dr. Friedensburg MdB (Berlin):

Stärker als auf den Parteitagen in den letzten Jahren steht unsere diesjährige Tagung vor der Aufgabe, die Einheit und Geschlossenheit und die Stärke unserer Partei dem deutschen Volke vor Augen zu führen. Ohne diese Einheit, Geschlossenheit und Stärke werden wir keinen Wahlerfolg haben, und ohne einen Wahlerfolg — darüber sind wir uns klar — wird nichts zu verwirklichen sein, was der einzelne auch immer an Zielen sich vornimmt. Das legt uns heute eine selbstverständliche Beschränkung in der Geltendmachung von abweichenden Ansichten auf. Das wird uns aber um so leichter, als uns die Bundespolitik, insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und nach den bitteren Erfahrungen, die die ungarischen Ereignisse und die Entwicklung in Polen geschaffen haben, notwendig und richtig erscheint.

Ich bin sehr froh über die Mitteilung unseres Herrn Außenministers zu der heutigen Morgenmeldung. Ich habe mich vor allen Dingen dieser

Frage wegen zum Wort gemeldet. Es hat in der Tat nicht nur bei mir, sondern auch bei vielen anderen, mit denen ich gesprochen habe, einige Unruhe ausgelöst, daß sich hier Pläne abzeichnen, bei denen die Lösung des Abrüstungsproblems nicht nur ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Situation in Deutschland, sondern auch womöglich unter Hinnahme und damit unter indirekter Anerkennung der deutschen Teilung erfolgen könnte. Die Bundesregierung hat die uneingeschränkte Unterstützung von uns allein mit Zuverlässigkeit und Vertrauen zu erwarten, wenn sie solchen Möglichkeiten von vornherein mit großer Sorgfalt entgegentritt. Wir haben von Herrn Dr. von Brentano gehört, wie sehr er die Aufgabe, das zu verhüten, als eine Kernaufgabe der deutschen Bundespolitik ansieht. Wir sind ihm dankbar dafür.

Ich habe noch einen zweiten Wunsch, der sich auf die heutige Erörterung des Europaproblems bezieht. Es ist niemand unter uns, der nicht dem Ruf unseres Freundes Kiesinger folgen würde, daß wir alle diesen Weg zu gehen haben. Ich möchte nur warnen vor einer einseitigen Dogmatisierung. Die Worte „Einigkeit und Recht und Freiheit für das europäische Vaterland“ haben in mir doch einen ganz leichten Mißklang hervorgerufen. Meine lieben Freunde! Ich habe einmal dem Kampf gegen einen falschen Nationalismus Freiheit und Amt geopfert. Um so mehr fühle ich mich dazu berechtigt, davor zu warnen, daß wir in das andere Extrem einseitig hineinfallen. Es handelt sich hier nicht — und das möchte ich an die Ausführungen von Herrn von Brentano anknüpfen, als er die Alternative ablehnte — darum, nun zu sagen: Europa oder Deutschland, europäisch oder national —, sondern die Wahrheit bedeutet, daß wir beide zu einer Synthese, zu einer Harmonie bringen müssen. Es ist ein gesundes Europa nicht denkbar ohne ein gesundes Deutschland. In unserer Lage sind wir verpflichtet und berechtigt, das zum Ausdruck zu bringen.

Wir wollen mit unserer Bundesregierung nach Europa gehen, aber wir wollen nicht vorher oder nachher, sondern wir wollen zugleich damit unser Land wiederherstellen. Ich warne auch davor, manche Zeichen in der Bevölkerung zu übersehen, die es mit einer gewissen Unruhe erfüllt, wenn wir das Wort Vaterland nicht mehr so recht in den Mund nehmen wollen. Meine Freunde! Wir schaffen damit nur die bereite Beute für andere, die diese Möglichkeit einmal ausnutzen wollen. Vielleicht ist es sogar das eigentliche Wesen christlicher Politik, daß sie es fertigbringt, die drei großen Pole des menschlichen Lebens: Individuum, Volk, Menschheit — zum Gleichgewicht zu bringen. Das ist sehr schwer. Wer etwas von Physik versteht, weiß, wie schwer das Problem des Dreikörpergleichgewichts im Raum zu lösen ist. Nicht die Alternative, das Entweder-Oder, regiert die Welt, sondern das Sowohl-als-Auch. Und diese christliche Synthese, das ist unsere eigentliche Aufgabe, die uns gestellt ist. Wehe, wenn wir wieder in den Fehler verfallen, nur das eine oder das andere zu tun.

Ich möchte mich noch gegen eine Alternative wenden, die falsch ist und heute auch schon mitgeklungen hat. Sie wird in diesem Wahlkampf eine große Rolle spielen. Das ist die Alternative: Rüstung oder Wiedervereinigung. Gerade wer sich — wie ich — unermüdlich für alle Möglichkeiten der Wiedervereinigung einsetzt, der fühlt sich verpflichtet festzustellen, daß es sich hierbei nicht etwa um eine freie Wahl zwischen der

Rüstung auf der einen Seite und der Wiedervereinigung auf der anderen Seite handelt, wie uns die „Wiedervereiniger“ draußen mit den Plakaten einzureden versuchen. Meine Freunde! Fallen wir auf diese falsche Alternative nicht hinein! (Lebhafter Beifall.) Eine gesunde Wiedervereinigungspolitik setzt ein Mindestmaß an Macht voraus. Haben wir keine Angst vor dem Begriff „Macht“; denn ohne ihn ist ein Staat und eine Staatspolitik nicht möglich. Wir haben sicherlich alle in der Erinnerung den furchtbaren Zustand, wo wir Macht ohne Recht in Deutschland hatten. Aber Recht ohne Macht, das ist nur in den Kinderfabeln ein schöner Traum. Als der Mann, der damals die Verteidigung Berlins versucht hat, kann ich Ihnen nur sagen, es ist ein gräßlicher Zustand, wenn man im Bewußtsein des Rechts und im Bewußtsein der Vertretung der schönsten und heiligsten Ideale nicht die Macht hat, sich durchzusetzen. Als wir das Rathaus in unserer Stadt nicht mehr halten könnten, weil eine Handvoll bezahlter und aufgehetzter Leute uns die Sitzungen unmöglich machte, ist der letzte Rest der deutschen Einheit in dieser Berliner Verwaltung verlorengegangen, weil wir nichts einzusetzen hatten. Umgekehrt ist der große Kampf um Berlin sicherlich auch gewonnen worden durch die Haltung unserer braven Berliner Männer und Frauen, aber wenn nicht der amerikanische General Clay den Schießbefehl an seine Jagdflugzeuge gegeben hätte, um die Luftbrücke zu schützen, wenn hinter diesem Schießbefehl nicht die gewaltige Macht der Vereinigten Staaten gestanden hätte, dann wäre der Kampf anders ausgefallen. Dann könnten weder wir hier tagen, noch könnte die Opposition ihre „schönen“ Ideen entwickeln.

Vielleicht darf man sogar noch einen Schritt weitergehen. Sie wissen, daß ich — jenseits von allen Konzeptionen — unter bewußter und konsequenter Ablehnung der sogenannten Konzeptionen als Voraussetzung für die Wiedervereinigung die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion ansehe. Ich lehne es aber ab, die Normalisierung unserer Beziehungen zur Sowjetunion etwa dadurch zu betreiben, daß sich Deutschland schutz- und wehrlos diesem Partner gegenüberstellt (Lebhafter Beifall). Wer die Russen kennt, der weiß, daß wir es ihnen geradezu erleichtern werden, in jenen Zustand einer guten Nachbarschaft zu uns zu gelangen, wenn vor ihren begehrlichen Augen nicht ein schutzloses Deutschland, nicht ein wehrloses Ruhrrevier liegt. Es wird ihnen wesentlich leichter werden, psychologisch und politisch in der realen Einschätzung der Dinge, die sie so schön können, wenn sie wissen, daß dieses Deutschland durch Bündnis und durch eigene Macht in der Lage ist, sich durchzusetzen und zu verteidigen. Deshalb, meine Freunde, heißt es nicht: Rüstung oder Wiedervereinigung, sondern: Rüstung und Wiedervereinigung! — (Beifall.) Die Rüstung ist nicht unvereinbar, sondern sie ist geradezu eine Voraussetzung für die aktive Wiedervereinigungspolitik.

Noch ein letztes Wort, eine Erinnerung an meine Fahrt, die ich gestern von Berlin nach hier durchgeführt habe und die mich durch Brandenburg und Mecklenburg über Oranienburg, Kyritz, Perleberg und Ludwigslust geführt hat. Eine solche Fahrt ist bedrückend und beglückend zu gleicher Zeit. Wir sahen die Menschen gestern beim Kirchgang, teilweise bei der Arbeit auf den Feldern, beim Spaziergang. Wir sahen, daß sie Deutsche geblieben sind in der ganzen Art, wie sie es immer gewesen sind. Wer

eine solche Fahrt durchführt — ich empfehle es Ihnen, weil sie bessere Einblicke in diese deutsche Welt gestattet als die Fahrt über die Autobahn —, wird die sehnsüchtig-melancholischen Blicke, mit denen die Menschen dort den Reisenden aus dem freien Westen begleiten, nicht vergessen. Manches, was uns hier bewegt, erscheint plötzlich in einer ganz anderen Größenordnung, wenn wir uns klarmachen, daß dort 17 Millionen Menschen wie du und ich leben, die das nun schon 12 Jahre lang ertragen müssen. Was sie ertragen müssen, wird mit dem Fortschreiten der Zeit nicht leichter.

Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß dort nicht wenige sind, die sich jeden Tag überlegen, ob sie nicht am nächsten Tag Haus und Hof, Beruf und Freundschaft verlassen sollen. Machen wir uns das einmal klar, was das für so viele Millionen Menschen bedeutet!

Ich freue mich, daß der Parteitag so viele Gesichtspunkte für die Lösung dieser Frage gebracht hat, aber dem Redner Berlins und der Exil-CDU sei es vergönnt, doch noch einmal eindringlich daran zu erinnern (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg:

Nach dem Sprecher Berlins, dem ich für diese Worte herzlich danken darf, folgt jetzt als Sprecher der Zone unser Freund

Dr. Gradl (Berlin):

Es scheint mir angebracht, daß wir zum Ende dieser Vormittagsdiskussion auch noch einmal in besonderer Weise darauf hinweisen, wie gefährlich der Zustand ist, in dem sich unser Land — wie es Friedensburg eben dargestellt hat — seit zwölf Jahren befindet. Wir haben den Eindruck, daß durch die vielen Reden, der Status quo müsse überwunden werden, allmählich die ganze Realität, die sehr gefährliche Wirklichkeit, die dort herrscht, im Bewußtsein vieler Menschen verlorengegangen ist. Wir haben neulich in einer mit Recht sehr beachteten deutschen Zeitung auf der Titelseite in einem Artikel lesen können: Auf einer Reise durch Mitteldeutschland, in zahlreichen Begegnungen und Gesprächen mit allen Kreisen der Bevölkerung, konnten wir uns davon überzeugen, daß dort gegenwärtig kein vernünftiger Mensch an Rebellion denkt. — Das wurde dort festgestellt, und wir sind überzeugt, daß das stimmt. Aber dem Ganzen gab man die Überschrift „Von Aufstand keine Rede“. Eine solche Deutung des Verhaltens der Menschen in der Zone und der Situation selbst ist ungeheuer gefährlich, weil sie den Eindruck erweckt, als ob wir Deutschen aus verständlichen Gründen zwar immer wieder die Wiedervereinigung forderten, daß aber in Wirklichkeit das Problem nicht so brennend sei, daß es unter allen Umständen angepackt werden müsse. Und dieser Gefahr muß begegnet werden. Wenn man in die Zone kommt und mit Menschen dort spricht, dann erzählen die einem natürlich nicht, daß sie einen Aufstand vor haben. Wie sollten sie auch. Wenn man im Mai 1953 in die Zone oder Anfang vorigen Jahres nach Posen oder Mitte vorigen Jahres nach Budapest gefahren wäre, dann hätte man auch nicht gehört, daß jemand eine Rebellion plane. Und dann ist es eben doch über Nacht gekommen. Das ist ja gerade die gefährliche Situation, die in der Teilung Deutschlands und in der Unterdrückung der 17 Millionen Menschen in der Zone liegt.

Man darf doch nicht vergessen, daß diese Menschen dort ständig unter Druck stehen. Dabei ist das Materielle nicht einmal entscheidend, obwohl man sich vorstellen kann, daß es auf die Menschen sehr drückt, wenn sie sehen, wie ihre Brüder und Schwestern jenseits der Grenze in einem hohen Wohlstand leben, wie man ihn sich drüben nur im Märchen vorstellen kann. Aber ich wiederhole, das Materielle ist nicht entscheidend. Wenn man aber hinzunimmt den ständigen geistigen Druck und die Gefahr, sich irgendwie in den Maschen dieses Diktatorsystems zu verfangen, wenn man hinzunimmt den Druck, der von dem Kampf gegen die Kirchen auf die Menschen ausgeht, wenn man hinzunimmt, was es für Eltern heißt, ihre Kinder in die Jugendweihen gepreßt zu sehen, daß die sogenannte Freie Deutsche Jugend ihren Mitgliedern verbietet, nach Westdeutschland zu fahren, dann bekommt man eine Vorstellung davon, wie groß die Spannung und der unterirdische Druck ist, der sich dort in der Bevölkerung der Zone ansammelt, und wie groß die Gefahr ist, daß das noch einmal spontan — nicht geplant — ausbricht. Was die sogenannte Regierung in Pankow betreibt, das ist, wenn man die Situation so sieht, wie sie gesehen werden muß, ein furchtbares Spiel mit dem Feuer. Und wir können nur wünschen, daß daraus nicht der Funke los schlägt, den wir nicht wollen. Wir können nichts weiter tun, als unsere Landsleute in der Zone immer wieder zu beschwören, die Geduld und die Ruhe nicht zu verlieren. Es ist erfreulich, daß wenigstens in dieser Frage Regierung und Opposition immer einig gesprochen haben. So muß es ja auch sein. Aber ich betone, niemand hat diese Gefahr, die sich dort wieder zusammenzieht, in der Hand. Es wäre unvorstellbar, wenn das Unglück geschähe, daß durch irgendeine spontane Explosion ein neuer Aufstand entstünde.

Wir müssen der Welt, auch wenn sie es vielleicht nicht immer gerne hört, sehr deutlich sagen, worum es geht, damit sie sich der Gefahr immer bewußt bleibt. Wir haben noch im Ohr, was wir im Oktober und November des vorigen Jahres an den Lautsprechern gehört haben. Wer ein bißchen politischen Sinn und Verständnis hat für die Menschen in Not, der wird diese Rufe über die Grenze, die von Ungarn kamen, sein Leben lang nicht mehr vergessen (Beifall). Wenn das aber so ist, dann können wir uns auch vorstellen, was geschähe, wenn sich in unserem Volke so etwas ereignete und von dort die Rufe zu uns kämen. Ich will es nicht ausmalen. Es ist furchtbar und unvorstellbar, welche Möglichkeiten einer Kette von Reaktionen des Unheils dann über die Welt kommen könnte. Das ist die Gefahr, in der nicht nur wir, sondern die ganze Welt steht, solange die Wiedervereinigung unseres Landes nicht erreicht ist. Wir sagen das unseren westlichen Freunden immer wieder und beschwören sie, das Ihre zu tun, um die Gefahr zu überwinden. Wir wissen natürlich, daß die einzige Macht dieser Erde, die es wirklich in der Hand hat, diese Gefahr für den Frieden zu beseitigen, die Sowjetunion selber ist. Es ist noch nicht lange her, da hat ein sowjetischer Außenminister gesagt: Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß Versuche als untauglich aufgegeben werden müssen, dem einen oder anderen Volke eine innere Einrichtung und solche Zustände aufzuzwingen, die zwar diesen oder jenen fremden Mächten gefallen mögen, jedoch beim Volke selbst nicht die notwendige Sympathie und Unterstützung finden. Das sagte ein sowjetischer Außenminister im vergangenen Jahr. Die deutsche

Bundesregierung hat in ihrer Note an die Sowjetunion vom September vorigen Jahres zur Frage der Wiedervereinigung mit Recht darauf hingewiesen. Wir wollen nichts anderes, als daß die Sowjetunion diese Worte, die sie damals Ägypten gesagt hat, realisiert in ihrem Verhältnis zu unserem Volk und zu Europa. Aber bisher war es eine rhetorische Erklärung.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich noch ein Wort zu dem sagen, das schon unser Freund Friedensburg eben ausgesprochen hat. Die Opposition versucht den Eindruck zu erwecken, als ob es die Schuld der Bundesregierung gewesen sei, daß bisher die sowjetische Politik nicht den Weg von Rhetorik zur Realität in der deutschen Frage gefunden hat. Denn nichts anderes bedeutet der Satz: Da unsere Politik die Wiedervereinigung bisher nicht erreicht hat, sei sie gescheitert. Vielleicht ist es gut, daß wir uns einmal vorstellen, wie die Situation zwischen der Sowjetunion und uns wäre, wenn wir in der Vergangenheit diese Ratschläge, die uns die Opposition gegeben hat, verwirklicht hätten. Das ist vielleicht ganz heilsam. Das würde bedeuten, daß wir — abgesehen von einer Polizeitruppe, die vielleicht der Vopo drüben entspricht — die Wiederbewaffnung nicht durchgeführt hätten. Die Wehrpflicht hätten wir jedenfalls nicht eingeführt, sondern nur irgendeine kleine Berufsarmee. Das wäre etwa das Gegengewicht zu dem, was in der Sowjetzone an militärischen Kräften aufgebaut ist. Wir hätten auch nicht diese enge durch Bündnisse und Verträge geschaffene Gemeinschaft mit der westlichen Welt. Wir hätten also für die Sowjets die Situation geschaffen, daß wir auf unabsehbare Zeit auf eine moderne Bewaffnung der deutschen Verteidigungskräfte verzichten. Wenn wir die Ratschläge der Opposition befolgt hätten, dann sähe die Situation vom Kreml aus betrachtet so aus, daß vor den Toren des sowjetischen Blocks noch immer ein praktisch unbewaffnetes, von der westlichen Welt vielleicht nicht völlig isoliertes, aber immerhin sehr gelockertes Deutschland läge.

Und nun frage ich, ob man, auch bei ruhiger Betrachtung, annehmen kann, daß ein solches Deutschland bei den Sowjets bewirkt hätte, die Position, die sie in Mitteldeutschland haben, freizugeben? In der Vergangenheit haben sie es jedenfalls nicht getan. Das wird gerne vergessen bei der Diskussion gegen unsere Politik. Wir waren doch nach 1945 bis zum vorigen Jahr praktisch kaum bewaffnet. Wir waren doch jahrelang isoliert. Wir haben doch erst vor kurzem angefangen mit der Bewaffnung. Wir haben aber nicht gespürt, daß das die Sowjetunion veranlaßt hätte, dem größten deutschen Verlangen irgendwie Rechnung zu tragen. Das Gegenteil haben wir gespürt! (Sehr starker Beifall.)

Gerade wir, die wir in der Zone wohnen. Ich habe das auch neulich auf unserem Exil-Parteitag in Goslar gesagt. Wir haben den redlichen Versuch gemacht, mit diesem Willen ausgestattet, mit leeren, unbewaffneten Händen mit der Sowjetunion, die uns nun einmal vom Schicksal auferlegt ist, zu einem gedeihlichen Verhältnis zu kommen. Was ist denn in dieser ganzen Zeit geschehen? Was geschieht denn bis auf den heutigen Tag anderes, als daß die Sowjetunion unentwegt versucht durch ihre Handlanger in Pankow, das kommunistische System sozusagen für alle Ewigkeit zu verankern. Das ist die Konsequenz, die die Sowjetunion in der Vergangenheit aus der deutschen Isolierung und Wehrlosigkeit gezogen hat. Ich kann also nicht sagen, daß diese Erfahrung uns veran-

lassen sollte, diese Politik fortzusetzen. Unser Freund Friedensburg hat recht, wenn er sagt, es kommt darauf an, daß wir gewisse Tatsachen hinstellen in unserem Land und in der westlichen Welt, die die Sowjets — hart gebaut, wie sie sind — beeindrucken. Und dazu gehört das, was unsere Politik in den vergangenen Jahren geschaffen hat: ein sozial gefestigtes Deutschland, ein wirtschaftlich aufsteigendes Deutschland und ein militärisch jedenfalls nicht ohnmächtiges Deutschland, ein nicht isoliertes Deutschland.

Das allein sind Realitäten, die die Sowjetunion schließlich dahin bringen können und, wie wir überzeugt sind, auch bringen werden, gewisse Konsequenzen aus der neuen Situation zu ziehen. Das ist doch die Situation, vor der die Sowjetunion mit dem Blick auf Deutschland heute steht: 50 Millionen Deutsche sind außerhalb ihres Machtbereiches; und diese sind auf einem mühsamen und steilen Weg aus einer völligen Ohnmacht zu einer politischen Realität emporgestiegen, aber nicht in einem guten Denken an die Sowjetunion, sondern sehr unfreundlich, und je länger dieser Zustand andauert, um so unfreundlicher im Denken an die Sowjets. Und dann sind dort 17 Millionen Deutsche, die sie zwar in ihrer Gewalt haben, aber nicht an ihrer Seite.

Es ist die Aufgabe unserer Politik, durch die Tatsachen, die wir schaffen, den Blick der Sowjets wieder unausweichlich auf die Frage zu bringen: **Wollen sie die 70 Millionen Deutsche in Ruhe und Friede vor ihrem westlichen Vorgelände haben, oder wollen sie, daß diese 70 Millionen Deutsche ständig in Bewegung bleiben, weil ihre größte Sehnsucht nicht erfüllt ist? Wir versprechen, wir werden dafür sorgen, daß unser Volk in Bewegung bleibt, solange ihm die Sowjets nicht den Weg freigeben** (Beifall).

Wollen die Sowjets, daß wir in ständiger Unruhe bleiben, Spekulanten auf internationale Unruhe und Störungen, um vielleicht auf diesem Wege schließlich unsere deutsche Einheit wieder zu gewinnen? Diese Alternative steht vor den Sowjets. Diese Alternative den Sowjets immer wieder vor Augen zu führen ist die Aufgabe unserer Politik. Es hängt nur von ihnen ab — wir wünschen es so sehnüchtig, wie es überhaupt jemand wünschen kann —, aus dieser Alternative die richtige Folgerung zu ziehen. Dann würden sie erleben, daß in unserem Volk genauso, wie der Wunsch nach echter Gemeinschaft und friedlichem Zusammenleben mit den westlichen Nachbarn besteht, ebenso der Wunsch vorhanden ist, in einem guten Verhältnis mit seinen östlichen zu leben (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg:

Ich darf Ihnen für diese Ausführungen ebenfalls herzlich danken. Es spricht jetzt Herr

Senator Enk (Peine):

Der heutige Vormittag steht unter dem Gesichtspunkt der Behandlung der Außenpolitik und der Europäischen Gemeinschaft. Bei der Behandlung der letzteren Dinge habe ich heute einen Punkt vermißt, und zwar die Zusammenarbeit der europäischen Völker und Nationen auf dem kulturellen Gebiet. Ich glaube, daß neben den wesentlichen Problemen auf dem wirtschaftlichen und vor allem politischen Gebiet, deren Lösung mit Sicherheit in der Europäischen Gemeinschaft liegt, die Frage der

kulturellen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationen ein wesentlicher Bestandteil zur Erreichung des Zieles eines einheitlichen Europas bedeutet. Wir haben gerade in den letzten Wochen aus dem Bundestag eine Debatte über diese kulturelle Zusammenarbeit gehört und gelesen.

Wer im kulturellen Leben steht, weiß, was es bedeutet, wenn das Geistesgut und das im Kulturschaffen liegende Vermögen der einzelnen Völker gegenseitig ausgetauscht werden. Denn ich glaube, es gibt kaum ein Gebiet, auf dem die Seele eines Volkes klarer vom anderen Volke erkannt werden kann wie auf dem Gebiete des kulturellen Austausches. Ich möchte aber hier eines klar und deutlich zum Ausdruck bringen: Es geht natürlich nicht, daß man diesen kulturellen Austausch von gewissen deutschen Seiten aus so sieht, sei es von einzelnen Theatern, sei es von einzelnen Institutionen auf dem kulturellen Gebiete, indem man gewisse zeitgenössische Schriftsteller im Ausland aufführen will, was bei einem anderen Volke doch unzweifelhaft die Auffassung geben muß, daß dies das Denken und Fühlen des deutschen Volkes sei. Weit gefehlt! Wir als Deutsche haben doch wahrhaftig geistiges und kulturelles Gut genügend, das aus dem deutschen Volke in Jahrhunderten geschaffen und gewachsen ist, das fest verwurzelt steht im Denken und Fühlen des Volkes und somit den Anspruch erheben kann, dem anderen Volke deutsche Denkart zu übermitteln (Beifall).

Ich möchte hier darauf hinweisen, daß man versucht hat, ausgerechnet Bert Brecht in Frankreich aufzuführen, natürlich in einem guten Ensemble. Wer kann behaupten, daß Brecht der Repräsentant des deutschen Geistesgutes ist?! Wenn schon staatliche Mittel, was ich befürworte, zur Verfügung gestellt werden, dann für einen wirklichen deutschen Schriftsteller. Die Frage ist berechtigt, ob Brecht das Spiegelbild der deutschen geistigen Denkart ist. Ich behaupte, daß er nicht der Repräsentant zeitgenössischer deutscher Art ist noch viel weniger unseres deutschen kulturellen Vermögens aus Vergangenheit und Gegenwart. Ich glaube, wenn wir Mittel zur Verfügung stellen, und das will ja die Bundesregierung tun, dann nur da, wo wir wissen, daß sie richtig angebracht sind. Denn Sinn und Zweck des kulturellen Austausches ist, auf Grund von getroffenen Vereinbarungen einen Ausgleich, eine Annäherung zwischen Volk und Volk zu bringen. Man soll nicht Stücke von deutscher Seite im Ausland zur Aufführung bringen, die nach gewisser Zeit bereits der Vergangenheit angehören, sondern nur solche Stücke, die aus der Vergangenheit noch in der Gegenwart leben und auch für die Zukunft aktuell bleiben als das deutsche Gedankengut (Beifall).

Aber noch eine zweite Frage: Ich glaube, daß man im Leben der Völker zu politischen Abkommen sehr schwer kommt, zu wirtschaftlichen wahrscheinlich leichter und zu kulturellen Abkommen sehr schnell. Was will ich damit sagen? Daß unsere Bundesregierung eine Warnung bei ihren Verhandlungen mit Moskau auf den Weg mitbekommt.

Ich glaube, wir als deutsches Volk müssen es ablehnen, wenn Rußland, ja auch andere Ostländer, nach Deutschland kommen in die Bundesrepublik, um ihre Leistungen auf kulturellem Gebiete zu zeigen, die zweifellos gut sind, denn es werden hierfür unbegrenzte Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kulturprogramme, die die Sowjets und ihre Satellitenstaaten auf internationaler Ebene starten, sind meiner Ansicht nach

Infiltrationsversuche. Ich sehe darin keinen ideellen, offenen Kultur-austausch, der die Menschen zueinander führen soll. Will man Künstler, die einem solchen Ensemble angehören, sprechen, so sagen sie: Ich muß erst meinen Betreuer — sogenannt — fragen, ob ich mich mit Ihnen unterhalten darf und was ich sagen kann. Hierin sehe ich keinen kulturellen Austausch. Kultur ist meiner Auffassung nach etwas, das der gesamten Menschheit ohne politischen Akzent gehören soll, wobei jedes Volk sein Bestes gibt, was es zu geben hat. Wenn das der Fall ist, dann darf aber auf der anderen Seite nicht der kulturell Schaffende oder Ausführende geleitet und gegängelt werden durch den politischen Funktionär. So etwas lehnen wir ab! Wir möchten deshalb auch die Bundesregierung bitten, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß bei dem Austausch kultureller Organisationen und Ensembles die Darbietungen zwischen Ost und West frei sind von politischen Tendenzen und Absichten — dies gilt auch für die Sowjetzone — und keine politische Infiltration nach Deutschland bedeuten (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stoltenberg:

Als letzter Redner spricht Herr

Vizepräsident Etzel:

Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Es ist keine sehr dankbare Aufgabe, jetzt um 13 Uhr noch Ihre Zeit in Anspruch nehmen zu wollen, und ich will mich daher ganz kurz fassen und nur mit ganz wenigen Gedanken das unterstreichen, was mir am Herzen liegt.

Aber vielleicht ist es doch richtig, daß hier vor Ihnen in dieser Diskussion mit ein paar Worten wenigstens ein Mann spricht, der seit fünf Jahren einer der Neuen ist, die in Europa wirklich eine staatliche europäische Exekutive tragen und sich nicht nur in der politischen Diskussion betätigen, sondern in der Realität der Tatsachen jeden Tag zu arbeiten und europäische Entscheidungen zu treffen haben. Und wenn dieser Mann noch als Parteimitglied zu Ihnen gehört und an dieser Parteilarbeit als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses praktisch teilnimmt, dann ist vielleicht seine Legitimation noch mehr gegeben.

Ich bin sehr froh über die Diskussion dieses Morgens und sehr glücklich über das, was unsere Freunde Heinrich von Brentano und Kiesinger über Europa ausgeführt haben. Dieses Bekenntnis für Europa enthält eine in sich geschlossene Linie. Ich glaube, wir sollten auf unser einheitliches Bekenntnis zu Europa sehr stolz sein, auch dann, wenn wir darüber kritisiert werden, daß es bei dieser Diskussion keine Auseinandersetzung gegeben habe. Eine solche Auseinandersetzung gibt es deswegen nicht, weil wir uns nicht über das Ziel — darin waren wir immer einig —, sondern darüber hinaus auch über den Weg in den letzten Wochen geeinigt haben. Auf diese Tatsache hat unser Freund Kiesinger heute morgen ganz richtig angespielt.

Aber ich glaube, die Diskussion wäre doch unvollkommen, wenn man hier nicht noch ein paar Worte über den Mann, der diese Politik führt und trägt, sagen würde. Unser Freund Gerstenmaier hat gestern ausgeführt, daß die Möglichkeit, uns unter Freien wieder als Freie bewegen zu dürfen, ein Ergebnis der Politik des Herrn Bundeskanzlers gewesen sei und daß eine der Voraussetzungen die Tatsache war, daß

diese Politik im Zeichen der Einigung Europas geführt worden ist. Ich glaube, hier ist ein sehr starkes Aktivum festzustellen.

Ich hätte mir sehr gut vorstellen können, daß man nach dem Zusammenbruch den Versuch gemacht hätte, die deutsche Politik restaurativ zu führen in Richtung auf das von Herrn Kiesinger heute morgen dargestellte System der Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts. Eine solche Politik wäre falsch gewesen. Ich denke in diesem Augenblick daran, wie sehr meine Jugend von solchen Versuchen beschattet worden ist und wie schrecklich die damalige restaurative Politik schließlich in der Niederlage des Jahres 1945 geendet hat. Wenn unsere Politik — also die von Herrn Dr. Adenauer geführte Politik — einen solchen restaurativen Weg nicht gegangen ist, sondern in einer völligen Kehrtwendung die Einigung des freien Westens und die Versöhnung mit Frankreich sucht, so scheint mir das ein historischer Tatbestand zu sein, auf den wir stolz sein müssen und den wir nicht vergessen dürfen.

Der Bundeskanzler Dr. Adenauer ist durchgestoßen zu etwas Neuem, nämlich der Einigung Europas. Sie haben heute morgen Herrn Kiesinger sehr begeistert applaudiert, als er sagte, der Gegensatz Frankreich—Deutschland ist erledigt. Ja, er ist erledigt. Ich kann das wohl bestätigen, und es scheint komisch, daran denken zu sollen, daß wieder einmal ein Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen könnte. Aber, meine lieben Freunde, es ist ja viel mehr, was dieses europäische Einigungswerk beinhaltet. Es ist nicht nur eine Bereinigung des Gegensatzes Frankreich—Deutschland, nein, nein, es ist ein Zusammenführen dieser Länder zu einer gemeinsamen politischen Einheit. Denn diese europäische Politik hat doch im letzten den Sinn — Herr Kiesinger hat es bereits gesagt —, über die Bereinigung der Gegensätze hinaus einmal ein einiges Europa zu schaffen; ich meine damit die föderativen „Vereinigten Staaten von Europa“. Dieses Mehr ist es, auf das wir stolz sein wollen und an dem wir weiter arbeiten.

Für Einzelheiten ist es zu spät. Über die Erfolge sind Zahlen gesagt worden, die richtig sind. Aber wir haben von Anfang an eines gewollt. Dieser Schumanplan sollte ja nicht ein Endergebnis sein, sondern ein Schritt auf einem weiteren Weg, nämlich auf wirtschaftlichem Wege die politische Einigung Europas vorzubereiten, so wie der Zollverein einmal die Voraussetzung für die Reichsgründung des Jahres 1871 gewesen ist. Der Weg war dornig und steinig. Wir haben Rückschläge erlitten. Von dem Rückschlag der EVG war heute morgen hier gesprochen worden. Aber das ist nicht so wichtig; entscheidend ist, daß es uns gelungen ist, diesen Rückschlag aufzufangen und den Weg konsequent weiterzugehen, nämlich den Weg, der sich im Augenblick manifestiert im Abschluß der beiden Verträge über den gemeinsamen Markt und Euratom.

Und hier möchte ich ein Bekenntnis ablegen, das mir wichtig zu sein scheint. Ich stand in den vergangenen fünf Jahren in der praktischen Arbeit am Neubau Europas immer wieder mitten in der Tagesarbeit, und ich kann hier vor Ihnen eines eindeutig erklären: Ohne den Bundeskanzler wären diese Verträge nicht zustande gekommen. (Beifall.)

Es hat natürlich immer wieder Schwierigkeiten gegeben, immer wieder standen schwierigste und wichtigste Probleme zur Diskussion, und ich

erinnere mich in dieser Stunde dankbar — und möchte es hier manifestieren — der vielen Wege, als ich schweren Herzens nach Bonn ins Bundeskanzleramt ging, um den Bundeskanzler um Hilfe zu bitten und — das möchte ich auch sagen — niemals enttäuscht wurde. Niemals. (Beifall.)

Als vor wenigen Wochen in Rom an der ehrwürdigen Stellen des Capitols unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers diese beiden Verträge unter dem Läuten der Glocken Roms unterzeichnet wurden, da ging es einem etwas heiß über den Rücken.

Und nun kommt mein eigentliches Anliegen: Was ist von dieser Tat in Deutschland angekommen? Was haben wir, was haben Sie von diesen Dingen als geistigen Besitz bei sich aufgenommen?

Ich fürchte nicht sehr viel. Die Fülle der politischen Ereignisse, manche törichte Äußerungen, eine schlechte und kleinliche Nachrichtenpolitik haben einen großen Teil der Bedeutung dieses Geschichte machenden Werkes vernebelt und unsichtbar gemacht. Die große historische Bedeutung des Tages von Rom wurde weitgehend nicht gesehen. Es scheint mir aber doch geschichtemachend zu sein, wenn in dem zukünftigen gemeinsamen Markt nach fünfzehn Jahren nicht nur die Waren-güter frei verkehren können, sondern auch die Menschen, die diesseits und jenseits der Grenzen wohnen, hüben und drüben sich frei betätigen können, indem sie dort Arbeit suchen und finden, Handelsniederlassungen begründen und so in einen gegenseitigen Austausch kommen, den es in der Vergangenheit niemals gegeben hat. Das wird für alle sehr vertrauensvoll sein. Und davon ist zu wenig angekommen.

Wir sind nicht dynamisch genug, um diese unerhörte Entwicklung in eine politische Münze umzusetzen. Wir gehen einen neuen, geschichtemachenden Weg und wissen es nicht. Weil wir es nicht wissen, sagen wir es nicht, und weil wir es nicht sagen, hat es nicht genug politische Wirksamkeit. Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Freunde, sich diesen Tatbestand zu überlegen und aus ihm die politische Münze zu schlagen, die notwendig ist, um unserem Beginnen das erforderliche Fundament zu schaffen.

Gewiß sagt die Opposition im Gegensatz zur Ratifizierung beim Schumanplan heute nicht mehr nein zu diesem Weg. Ich höre noch Herrn Carlo Schmid im Jahre 1952 im Bundestag gegen unseren Schumanplan wettern und reden, während jetzt kürzlich in Luxemburg auf einer Versammlung der sozialistischen Parteien der sechs Länder einstimmig in Gegenwart der allerhöchsten Herren der SPD gesagt wurde: Ja, dieser gemeinsame Markt war ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklung Europas.

Ich bin natürlich froh darüber, wenn die SPD jetzt bei der Ratifikation dieser Verträge wahrscheinlich ja sagen wird. Im Himmel ist mehr Freude über einen reuigen Sünder denn über tausend Gerechte, aber wir wollen doch nicht vergessen, daß diese europäische Politik, der Schumanplan, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft unsere Politik ist, daß sie ja von uns durchgesetzt worden ist gegen große Widerstände, und wenn man jetzt allgemein ja sagt, ist das eine Anerkennung unserer Politik. (Beifall.)

Es sind nicht nur die aktuellen Sensationen, die das politische Interesse der Wähler erwecken. Ich meine, daß wir auch die grundsätzlichen

Fragen behandeln müssen, daß wir uns Rechenschaft darüber geben sollten, welchen grundsätzlichen Weg wir aus der Vergangenheit her gegangen sind und wohin wir in der Zukunft schreiten wollen. In diesem Sinne sollten wir auf das bisher Erreichte, das heute schon Geschichte ist, Bezug nehmen und auf die geschichtemachende Entwicklung der jetzt geschlossenen Verträge mit Stolz hinweisen. In dieser Frage sollten wir sehr sicher sein und aus solcher Sicherheit im September uns in den Wahlen stellen.

3. Plenarsitzung

Vorsitzender Ministerpräsident von Hassel eröffnet die 3. Plenarsitzung um 16 Uhr.

Als Gäste sind bei uns (und Sie haben ihn eben mit Ihrem Beifall begrüßt) der Präsident Robert Schuman (starker Beifall) und Herr Jacques Mallet (Beifall).

Herr Präsident Schuman! Ich glaube, daß der Beifall Ihnen zeigt, mit welcher Herzlichkeit Sie nicht nur in Stuttgart, sondern auch bei uns in Hamburg aufgenommen werden. Inzwischen ist Herr Bundesatomminister Dr. Balke eingetroffen (Beifall).

Ich habe Ihnen zunächst Kenntnis zu geben von einem Begrüßungstelegramm, das der VdK, Landesverband Hamburg der Vereinigten Kriegsoffer, an uns gesandt hat. (Verliest das Telegramm.)

Im Mittelpunkt des heutigen Nachmittags der 3. Plenarsitzung steht der Vortrag des Professors Dr. Helmut Thielicke. Ich darf Sie namens des Parteitages, Herr Professor Dr. Thielicke, hier bei uns sehr herzlich willkommen heißen (Beifall).

Prof. D. Dr. Helmut Thielicke

Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter

Erlauben Sie mir zu Anfang ein persönliches Wort: Wenn ein Theologe, dem es zum Schicksal und dann auch zur Aufgabe geworden ist, zwischen den Parteien, den Sozialpartnern und anderen Interessengruppen zu stehen, wenn ein solcher Theologe den Auftrag erhält, auf einem Parteikongreß zu sprechen, so wird er verständlicherweise zögern und einige Gewissensnöte zu bestehen haben. Denn wir leben ja in einer Zeit, die eine sehr fragwürdige Leidenschaft hat, die Menschen abzustempeln, zu etikettieren und zu klassifizieren. Man kann als jemand, der von amtswegen unabhängig bleiben muß, darauf nun entweder so reagieren, daß man sich von der Ebene parteilicher Auseinandersetzung grundsätzlich distanziert. Man kann aber auch ganz anders reagieren: so nämlich, daß man es einfach würdigt, wenn eine Partei sich dem Worte eines unabhängigen Ethikers zu stellen wünscht, wenn sie überdies fair und eindeutig auf jede Auflage verzichtet und ihm seine volle Freiheit läßt. Ich betrachte es als ein hoffnungsvolles Zeichen in einer Welt, in der die Sozialapparaturen immer eigengesetzlicher abzulaufen drohen, daß die von Ihnen vertretene Partei diesen Grad von Offenheit und diese Bereitschaft zum Hören bewiesen hat. Damit ist jedenfalls ein klares Signal gesetzt, daß die ethischen

Begriffe „Gewissen und Verantwortung“ für sie nicht die ideologische Verbrämung eines reinen Zweckhandels sein sollen, sondern daß sie inmitten alles — selbstverständlich „zweckhaften“ — politischen Handelns die Würde echter Normen und die Freiheit des Gewissens zu respektieren wünscht. Aus diesem Grunde, so meine ich, hat es Sinn, jemanden zu diesem Thema reden zu lassen, der kein politisches Mandat besitzt, sondern einen Auftrag ganz anderer Art zu verantworten hat. Das könnte die zeichenhafte Bedeutung haben, daß ein politischer Wille in seinen letzten Motiven glaubwürdig ist.

Bei mir hat sich schon — wenn ich das offen bekennen darf — seit langem die Überzeugung ausgebildet, daß diese Frage der Glaubwürdigkeit, und damit ein ethisches Factum, eines der heißesten Eisen in der heutigen politischen Situation ist. Es scheint mir nämlich eine verhängnisvolle Bedrohung unseres Staatsbewußtseins zu sein, daß sich in unserem Volke ein sehr tiefes Mißtrauen gegenüber den Trägern eines politischen Mandates, also praktisch: gegenüber den Parteipolitikern eingefressen hat. Ich komme im letzten Teil meines Vortrages, wenn ich über den Appell der Atomforscher zu sprechen habe, noch auf die Frage zurück, ob dieses Mißtrauen berechtigt ist. Hier möchte ich vorweg nur dies sagen, weil es mir die Offenheit meiner Rede erleichtert: Das geschilderte Mißtrauen gegenüber der Parteipolitik und ihren Vertretern — und zwar ganz gleich ob es sich um Regierungsparteien oder Opposition handelt — läßt sich auf das folgende, höchst destruktive Gefühl zurückführen. Ich beschreibe dieses Gefühl zunächst möglichst realistisch und enthalte mich vorerst noch einer eigenen Stellungnahme.

Die Parteipolitiker sind, so sagt dieses Gefühl, allen Thesen der Verfassung zum Trotz nicht ihrem Gewissen, sondern der Gruppendisziplin ihrer Parteien verantwortlich. Die maßgebende Norm ihres Handelns ist also ein zweckgebundenes Interesse und nicht eine ethische Instanz wie das Gewissen. Wenn ich es einmal sehr zugespitzt und bössartig ausdrücke: Man sagt, diese Leute seien ferngesteuert. Sie seien Bauchredner, aus denen eine ganz andere Stimme als ihre eigene Stimme käme. Sie seien lediglich Funktionäre von Gruppenentscheidungen. Sie könnten im Anschluß an eine Wahlrede bei Bier und Zigarre tuschelnd verraten: Ja, wenn Sie meine persönliche Meinung hören wollen, dann ist es natürlich die und die ... Und einen Minister — es war aber schon vor 1933 — hörte ich einmal seine staatsmännische Rede mit den Worten eröffnen: „Wenn ich nicht Minister wäre, sondern eine eigene Meinung hätte ...“

Diese von weiten Kreisen unseres Volkes und speziell von seiner Jugend unterstellte Schizophrenie der Äußerungsweise, die den Parteipolitiker als ein Wesen erscheinen läßt, das zwischen persönlicher Überzeugung und der Wahrnehmung einer Parteilinie zerrissen ist, führt zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit und untergräbt in letzter Konsequenz das Staatsbewußtsein überhaupt. Der katastrophale Mangel an Staatsgefühl, den wir so schmerzlich bedauern, gründet nach meiner Überzeugung keineswegs nur in der tragischen Situation unseres Vaterlandes, die im Augenblick noch kein klares, das ganze Deutschland repräsentierendes Staatsgebilde zustandekommen läßt, sondern er gründet nicht zuletzt in dieser ethischen Karikatur des Par-

teipolitikers und damit des Politikers, ja, der Demokratie überhaupt. Das steht für jeden, der unsere Jugend genauer kennt, außer Zweifel. Darum kommt für eine Partei — schon um ihrer politischen Potenz willen — alles darauf an, dieses Zerrbild zu überwinden. Und wenn man dabei nicht so pharisäisch sein will, in diesem Zerrbild nur eine böswillige Karikatur zu sehen, dann kann man allein so weiterkommen, daß man auch als Partei das Verhältnis von Gewissen und Verantwortung auf der einen und von notwendigem Zweckhandeln, ja, von eigengesetzlichen Zügen des politischen Handelns auf der anderen Seite klärt. Ich wage zu behaupten, daß wir das alle miteinander bitter nötig haben, und daß es dem eigenen Prestige nicht schadet, sondern im Gegenteil nur der eigenen Glaubwürdigkeit dient, wenn man hier ehrlich gegen sich selbst ist. Deshalb danke ich dem Parteitag für das Vertrauen, daß ich hier der Anwalt des politischen Gewissens sein darf. Ich meine, das sei selbst schon die Demonstration eines Willens zur Glaubwürdigkeit.

Das Grundproblem aller politischen Ethik, nämlich der Konflikt zwischen der bedingungslosen Norm des Gewissens und den Bedingungen der Zweckmäßigkeit, hat Churchill einmal in einem Briefe klassisch so formuliert. Er hält einen kritischen Rückblick auf seine parlamentarische Jugend und sagt in diesem Zusammenhang:

„Ich war so unerfahren, anzunehmen, daß ich nichts anderes zu tun hatte als nachzudenken, was richtig war, und es dann ohne Furcht auszusprechen ... Ich dachte, daß die Loyalität gegenüber diesem Prinzip alle anderen Loyalitäten aufwiege. Ich hatte keine Vorstellung von der Bedeutung der Parteidisziplin und der Meinungsopfer, die man ihr gerechterweise bringen darf.“

(Virginia Cowles, W. Churchill, 1954, S. 107.)

Was nun unsere Themafrage „Gewissen und Verantwortung im Atomzeitalter“ anbelangt, so glaube ich, Sie recht zu verstehen, wenn ich mich dabei nicht auf eine bloße Kommentierung des Appells der Atomforscher oder Albert Schweitzers beschränke, sondern wenn der Begriff „Atomzeitalter“ einen viel umfassenderen Aspekt ansprechen soll. Es geht mir deshalb zunächst um die Frage, welche Stellung der Mensch innerhalb der Übermacht der Technik besitzt. Dieses schon lange schwelende Problem gewinnt durch die Atomtechnik nur eine besondere Zuspitzung und eine erhöhte Dringlichkeit. Wir haben uns daran gewöhnt, der Technik so etwas wie eine Eigengesetzlichkeit ihrer Entwicklung zuzusprechen, die man durch Willensentscheidungen nicht beeinflussen kann. Man spricht davon, daß sie dem Menschen aus der Hand gegliitten sei. Man zitiert gern den Goethischen Zauberlehrling, der die Kräfte, die er rief, nicht mehr bannen kann und sie mit sich spielen lassen muß. Man hat in diesem Zusammenhang auch das höchst fragwürdige Schlagwort von der „Dämonie“ der Technik geprägt, um anzudeuten, daß sie eine eigenmächtige, vom Menschen nicht mehr kontrollierbare Rolle zu spielen begonnen hat.

Das, was man so die Eigengesetzlichkeit der Technik zu nennen pflegt, ist nun ein sehr eindrucksvolles Paradigma für eine genau entsprechende Erscheinung in der Politik. Auch hier scheinen wir uns nämlich nicht in einer Zone wirklich freier Entschlüsse zu bewegen, sondern für unsere Entscheidungen nur einen äußerst dürftigen Spielraum zur Verfügung zu haben. Wir sind gleichsam in ein Spiel von Aktion

und Reaktion gegenüber dem jeweiligen Partner hineingesperrt, und dieses Spiel erlaubt unserem Handeln nur eine sehr begrenzte Variationsbreite. Darum hat Bismarck von der Politik als einer „Kunst des Möglichen“ gesprochen. Mit dem Begriff des Möglichen meint er das, was unter bestimmten Bedingungen möglich ist, und zwar unter Bedingungen, die mir durch die Konstellation der Verhältnisse vorgegeben sind, und auf die ich keinen Einfluß habe. So ist z. B. eine deutsche Politik gegenwärtig nur möglich innerhalb der Bedingungen, die durch den Antagonismus der beiden Weltmächte vorgegeben sind und die weitgehend festliegen. Alle politischen Zielsetzungen, die das übersehen, sind schwärmerisch und unrealistisch. Dieser sehr begrenzte — und noch durch viele andere Faktoren begrenzte! — Spielraum politischer Entschlüsse bringt eine gewisse Zwangsläufigkeit des Handelns mit sich, die dazu nötigt, einen bestimmten Zug des Kontrahenten mit einem nur wenig variierbaren Gegenzug beantworten zu müssen oder bei einer eigenen Initiative die spätere Reaktion des anderen einzukalkulieren.

Im Zeitalter der Atombombe zeigt sich hierbei eine durchgängige Verschränkung politischer und technischer Zwangsläufigkeiten. Die Verschränkung beider Lebensgebiete ist eines der wesentlichen Charakteristica des sogenannten Atomzeitalters. Führende amerikanische Atomforscher konnten nach dem letzten Kriege (bis etwa 1949) ernstlich mit dem Gedanken umgehen, sich aus Gewissensgründen nicht an der Konstruktion einer Superbombe zu beteiligen und so etwas wie einen Streik der Atomforscher zu inszenieren. Sie meinten also, hier über einen unantastbaren Raum der Gewissensfreiheit zu verfügen und ihn hüten zu müssen. Diese Situation wurde mit einem Schlage anders, als Informationen darüber eintrafen, daß die Sowjetunion über spaltbares Material verfüge. Der Entschluß, unter den so veränderten Umständen dann doch der Konstruktion einer Superbombe zuzustimmen, war ein Probefall von exemplarischem Rang: Man sah sich plötzlich vor die schockierende Tatsache gestellt, daß jede ethische Entscheidung gegenüber Atomwaffen eingezeichnet war in das politische Gesetz von Zug und Gegenzug. Die ethische Entscheidung lautete nämlich nun nicht mehr, ob man es verantworten könne, eine so elementare Zerstörungsgewalt wie diese Bombe auf den Plan zu rufen. In dieser abstrakten Form gestellt, wäre die Frage natürlich zu verneinen. Sondern sie lautete jetzt so: Kann ich es verantworten, mich rebus sic stantibus, d. h. unter dieser neuen Konstellation von Bedingungen (wo die Sowjetunion jetzt ebenfalls über die Atombombe verfügt!), dem Bau supernuklearer Waffen zu entziehen? Oder noch schärfer: Kann ich es verantworten, durch meine etwaige Weigerung nun den Sowjets die Atomübermacht zuzuspielen? Muß es nicht vielmehr jetzt meine Pflicht sein, wenigstens zu einer Atom-Äquivalenz beizutragen, um dem Frieden dienende Neutralisierung der Atommächte herbeizuführen und das eigene Land vor der Rolle zu bewahren, ein wehrloses Objekt der östlichen Willkür zu werden? Bedarf es nicht des Faustpfandes einer eigenen Waffe auch dann, wenn das nächste Ziel die Gründung einer internationalen Kontrollinstanz und die Initiative zu Abrüstungsverhandlungen sein muß?

schen Fragestellung — denn darum geht es! — bei den Atomforschern auslösen mußte. Hier tritt jedenfalls das Problem der politischen Ethik, um das es mir heute geht, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in Erscheinung: Ethische Entscheidungen werden nicht in einem luftleeren und tatsachenlosen Raume gefällt, sondern sie werden unter dem Druck bestimmter Bedingungen und im Rahmen bestimmter Zwangsläufigkeiten gefällt.

Man darf deshalb nicht vergessen, daß selbst Einstein in seinem berühmten Briefe an Roosevelt, in dem er die Regierung der USA bat, sich aktiv des Uran-Problems anzunehmen, die gleiche Erfahrung durchlebt und durchlitten hat. Als er, der Pazifist und Vertreter des Humanitätsgedankens, Informationen über eine angebliche deutsche Atomrüstung empfangen hatte, verlagerte sich seine Entscheidung ebenfalls aus dem Medium einer abstrakten Grundsätzlichkeit in das Medium der Tatsachen. Und die Frage, die die Tatsachen an ihn stellten, lautete: Darf sich die Welt wehrlos dem Terror einer nazistischen Atominitiative aussetzen?

Es ist leicht, radikale Forderungen zu erheben und das Pathos des Unbedingten zu kultivieren, wenn man selber nicht genötigt ist, verantwortlich zu handeln und verantwortliche Entscheidungen zu treffen, wenn man also nicht in jenem Raum, den die evangelische Theologie das „Reich zur Linken“ nennt, mit gegebenen Bedingungen konfrontiert ist, sondern wenn man in der Etappe des betrachtenden Kritikers verweilen und sich mit der Rolle begnügen darf, ein Zwischenrufer im Parkett der Geschichte zu sein.

Die Probleme wandeln sich, wenn man — wie in unserem Falle Einstein — einen Augenblick als Acteur auf die Bühne treten muß oder wenn man auf der Kommandobrücke der Geschichte zu stehen hat. Das müssen sich alle, die von außen her als ethische oder religiöse Mahner in das politische Geschäft hineinrufen, gesagt sein lassen. Ich meine damit nicht; daß sie aufhören sollten zu mahnen; aber sie dürfen ihre Mahnung und Kritik nicht — wie es seit 1945 nicht selten geschah — allzu billig erkaufen. Denn sie stehen nicht unter der Last jenes Wissens, das der Handelnde, der politisch Verantwortliche, erleidet und das ihn nötigt, sich im Labyrinth der Tatsachen und unter dem Druck seiner Informationen zurechtfinden. Mir liegt sehr viel daran, die schwere ethische Zwangslage dessen zu verdeutlichen, der ein politisches Mandat hat; mir liegt daran, ihn davor bewahren zu helfen, daß er Absolutheitsfanatikern und Utopisten zum Fraße vorgeworfen wird. Auch der Politiker quält sich doch mit seinem Gewissen, und der Ernst der Verantwortung kann die Züge eines Staatsmannes mit seinen Runen zeichnen. Es ist doch absurd, anzunehmen, daß nur der Nicht-Politiker, also der bloße Beobachter des Zeitgeschehens, über das Privileg verfügte, sich ein Gewissen leisten zu können. Das Wort Goethes, daß nur der Betrachtende ein Gewissen habe, während der Handelnde immer gewissenlos sei, macht aus einer drohenden Not des Handelnden eine Tugend und kann darum ebenso wenig die Magna charta der Politik sein, wie Machiavelli ein Paradigma des Politikers ist. Bismarck hat jedenfalls seinen frommen Freunden, die ihn eines gewissenlosen Opportunismus zeigten, einmal sehr bitter zugerufen: Versucht ihr euch einmal in diesem métier. Von Hinterpom-

pern aus ist es leicht, Appelle zu starten. Ich halte mich für verpflichtet, diese Diskreditierung des Handelnden und die ihr entsprechende Glorifizierung des Betrachtenden so nachdrücklich abzubauen, wie es mit Hilfe von Gründen nur möglich ist. Es ist freilich eine gewisse Tragik des Handelnden, daß er sein „Wissen“ um die Sachverhalte und damit auch seine eigentlichen Gewissensfragen gar nicht restlos mitteilen kann. Es gehört zu dem hohen Preis, den man für das Gut der Demokratie zahlen muß, daß der verantwortliche Staatsmann Sachverhalte, die unvermeidlicherweise nur innerhalb der Diplomatenfamilie besprochen werden können und der Diskretion bedürfen, seinem Publikum nicht mitteilen darf. Darum ist er prinzipiell und in jeder Demokratie benachteiligt gegenüber einer Opposition, die sehr wohl weiß, daß die von der Regierung angegebenen Motivierungen gar nicht die wirklichen Gründe darstellen, der aber aus taktischen Gründen — und begreiflicherweise! — so tut, als ob sie das nicht wüßte, und dadurch einen Prestigegewinn erstrebt.

Um dieses Grundsatzproblem also geht es mir: Ich möchte gern mit Ihnen in einer angestregten geistigen Bemühung — bloße Appelle nützen hier ja gar nichts! — über die Frage nachdenken, wie es mit dem Verhältnis von Zwangsläufigkeit und ethischer Chance in einer Zeit bestellt ist, die durch die Verflechtung von Politik und Atomtechnik die Zone freier Entscheidungen auf das Volumen eines Flaschenhalses einzuengen scheint und damit das Gewissen vor unerhörte Friktionen stellt. Jedenfalls muß ich von mir gestehen, daß mich diese Frage seit langem umtreibt.

Ich behandle dieses Problem zunächst allgemein am Modell des technischen Zeitalters selbst. In einem zweiten Teile möchte ich dann in speziellerer Weise auf die ethische Seite der Atomrüstung zu sprechen kommen und mich um Klarheit über das Bemühen, was an Gewissensfragen hinter dem Appell der Atomforscher steht. Obwohl es bei diesen Überlegungen zunächst um ein sehr vielschichtiges Unternehmen geht, möchte ich aufrichtig bestrebt sein, nicht in der Analyse stecken zu bleiben, sondern ein helfendes Wort zu finden. Aber dieses Wort ist nicht leicht zu haben. Es bedarf der Hilfe des bohrenden Gedankens.

Zunächst bitte ich Sie, einen Augenblick zu bedenken, was Technik — und natürlich auch Atomtechnik — überhaupt ist und vor welche Situationen sie uns stellt. Die Technik ist auf keinen Fall so etwas wie die kontinuierliche Fortentwicklung des „vertrauten“ Handwerks. Die Betrachtung eines modernen Fließbandes oder gar automatischer Fabrikationsmethoden zeigt uns eine ganz andere und zunächst unvertraute Welt, die sich in wesentlichen Punkten diskontinuierlich zu früheren Perioden der Geschichte verhält. Das Handwerkszeug liegt in der Verfügung menschlicher Hände, und zu dem auf diese Weise Gestalteten haben wir ein Verhältnis der Unmittelbarkeit. In der Technik dagegen ist durch die Einschaltung von Naturkräften wie des Dampfes, der Elektrizität und der Atomkraft eine qualitativ neue Welt des Hervorbringens entstanden, die nicht mehr in der Hand des Menschen liegt, sondern innerhalb deren der Mensch zunehmend als Funktionär tätig wird.

Das, was ich die Zwischenschaltung der Naturkräfte nannte, bringt ein Verhältnis der Mittelbarkeit zu dem mit sich, was mit Hilfe jener Naturkräfte entsteht. Und eben diese Mittelschicht beginnt nun, eigene Prozesse hervorzurufen. Sie beginnt gleichsam, Geschichte zu machen und die Männer zu überrunden, die technische Geschichte zu machen gedachten. Der Zustand der Unmittelbarkeit und der freien Verfügungsgewalt schrumpft sozusagen auf den einen Augenblick zusammen, in dem die Initiative zur Auslösung dieser Prozesse unternommen wurde, während diese Prozesse selbst im nächsten Augenblick eigen-gesetzlich werden und uns führen, wohin wir nicht wollen.

Diese Beobachtung war es zweifellos, die dazu nötigte, in etwas my-thischer Weise von einem „Aufstand der Mittel“ zu sprechen, und die jenen Zwischenmächten damit einen Rang zuwies, der sie im Drama der Geschichte zu Trägern von Hauptrollen werden ließ. Denn minde-stens in dem gleichen Maße, wie sich der Mensch mit dem technischen Fortschritt und mit der Verfeinerung technischer Fabrikationsmethoden beschäftigt, beginnt er darüber nachzudenken, wie er sich gegen die von ihm heraufbeschworene Technik behauptet. In diesem Sinne sagt Nikolaus Berdjajew einmal: Utopien kommen uns in der technischen Welt viel verwirklichter vor, als man es früher glaubte. Und wir stehen heute vor der ganz anderen Frage: Wie sollen wir ihrer end-gültigen Verwirklichung ausweichen? Wir beginnen, um eine nicht-uto-pische, um eine weniger vollkommene Welt zu ringen. Wir suchen also, könnte man sagen, von jenem Gefährd abzuspringen, das uns auf den abschüssigen Geleisen jener Mittelschicht zu einer erdrückenden (!) Vollkommenheit entführt.

Dabei dürfen wir nicht nur an die Atomkraft und die physikalisch be-stimmte Technik denken, sondern wir müssen auch an die biologisch bestimmte Technik denken. Eine Ahnung davon gibt uns Aldous Hux-ley in seinem Buche „Schöne neue Welt“. Dort beschwört er die Vision einer Gesellschaft, die aus künstlich in der Retorte erzeugten Menschen besteht und in der man selbst den Zeugungsvorgang aufs höchste ratio-nalisiert hat und die gewünschten Eigenschaften des zu Erzeugenden synthetisch durch eine passende Auswahl der entsprechenden Erbfak-toren zusammenstellt. Gerade hier zeigt sich der satirische Hinter-grund jenes Umschlages vom Führen ins Entführt-werden: Die Machbar-keit aller Dinge, ja, die Machbarkeit des Menschen selbst, führt para-doxerweise dazu, daß der Mensch eben der „Gemachte“ ist. Der physisch diesseitige Bereich eröffnet widerwillig, aber unübersehbar, metaphysische Hintergründe.

Aber wir brauchen gar nicht erst die Grenzsituationen zu bemühen, um solche exemplarischen Fälle zu gewinnen. Auch die platte Alltäg-lichkeit stellt uns den gleichen Problemen gegenüber. Wir „benutzen“ ja gar nicht nur, um ein Beispiel zu nennen, das Telefon, sondern wir haben auch Angst vor ihm, weil es uns ausnützt, weil es den organischen Ablauf unserer Arbeit oder unsere Ruhe unterbricht und weil wir darum in zornigen Augenblicken geneigt sind, es mit dem Terminkalender und dem Finanzamt zusammen dem Triumvirat einer modernen Dik-tatur zuzurechnen. Wer diktiert also wem? Diktiert die Klingel oder der Hörer mir, oder diktiert ich in das Mikrophon? Mit alledem wird die Technik zum Einbruch eines Fremden in unser Leben, vor-dem wir

gebannt stehen, und das als Erscheinung einer neuen Allmacht so etwas wie eine religionsähnliche Bedeutung für uns gewinnen kann. In einer merkwürdigen Imitation der Andacht scheinen von diesem Phänomen Verehrung, Faszination und Schrecken auszugehen. Geistesgeschichtlich gesehen läßt sich darum dieser Fremdcharakter der Technik am besten mit dem hegelsch-marxistischen Gedankenbilde vom Umschlag der Quantität in die Qualität verdeutlichen: Die Technik ist nicht bloß die quantitative Summierung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und handwerklicher Könnens-Stufen, sondern indem sich diese Summierung ergibt, entsteht etwas wesentlich Neues, eben das ganz andere der Technik.

Auf diese höchst merkwürdige und von den Technikern selbst vielleicht am wenigsten bemerkte Tatsache, daß die Technik als eine Art Fremdeinbruch über uns gekommen ist, haben gerade die Biologen aufmerksam gemacht. Konrad Lorenz zeigt etwa in seinen tiefsinnigen Tierbüchern, daß die großen, klimatisch und geologisch bedingten Umweltveränderungen in früheren Menschheitsperioden sich sehr langsam vollzogen, und daß darum der Mensch entsprechende lange Fristen zur Verfügung hatte, um sich an diese veränderten Umweltbedingungen anzupassen. Die Technik bringt nun ebenfalls eine jähe Veränderung unserer Umweltzustände. Sie liegen ja auf der Hand. Diese technisch bedingten Veränderungen unterscheiden sich aber von jenen geologisch und klimatisch bedingten Prozessen dadurch, daß sie plötzlich über uns hereingekommen sind. Sie vollzogen sich in wenigen Jahrzehnten. Und die Vorstellung, daß unsere Großväter plötzlich einmal aus dem Grabe erwachen und eine Hauptstraße überqueren sollten, kann uns die Rasanz dieser Entwicklung veranschaulichen. Unzählige Probleme in der heutigen technisierten Welt, vom Verkehrswesen bis zur Politik, sind sicher wesentlich darauf zurückzuführen, daß wir uns in dieser so radikal veränderten Welt noch nicht akklimatisiert haben und daß wir uns noch als Fremdlinge unvorsichtig, frierend und oft genug entsetzt in der neuen Atomwelt bewegen. Ganz in diesem Sinne sagt auch Saint-Exupéry, daß wir inmitten der technischen Welt vorläufig noch wie Verbannte lebten, denen die neue Welt noch nicht zur Heimat geworden sei. Wir sind junge Wilde und staunen über unsere neuen Spielsachen. Aber diese Spielsachen spielen auch mit uns.

Mir will es so scheinen, als ob auch gewisse Verkehrsprobleme, die uns heute bedrängen, damit zusammenhängen, und als ob die Lösung dieser Probleme ganz irrigerweise nur auf technischem Gebiet — in Straßenverbreiterung, Signalwesen usw. — und leider nicht auch in menschlich-ethischen Hintergründen gesucht würde. Es entsteht nämlich hier eine ganz neue Form von „technisierter Mitmenschlichkeit“ und auch von technischem Totschlag, die uns als solche (nämlich in ihrer ethischen Bedeutung) noch gar nicht bewußt geworden ist. Denn wir haben uns die technischen Vorgänge — hier diejenigen des Verkehrs — noch gar nicht als unsere Lebensvollzüge angeeignet, sondern verstehen sie noch als Prozesse, die uns von außen — als *moira* und *tyche* — „treffen“. Darum reden wir auch im Stile der Schicksalsterminologie nur von Verkehrs-„Unfällen“. Und wenn wir ihnen in gewissen Fällen auch das Attribut „schuldig“ anfügen und damit das Gewis-

sen in Anspruch genommen sehen, so ist es eben doch nur ein Attribut. Die Beiläufigkeit des bloßen Attributes sagt uns, daß wir innerhalb des technischen Verkehrsgeschicks allenfalls einen verfehlten Beitrag geleistet hätten. Darum wird der schuldhaft bewirkte Verkehrsunfall — vielleicht sogar dann, wenn er einen tödlichen Ausgang hat — immer noch durch die freundliche Bezeichnung „Kavaliersdelikt“ gedeckt. Denn der motorische Delinquent ist, das weiß doch jeder, ein harmloser Bürger. Er kann normalerweise kein Blut sehen und ist weit entfernt davon, selbst seinen ärgsten Feind zu erdolchen. Das kann er nur durch die Zwischenschaltung und hinter der Deckung einer Apparatur, und auch dann nur unabsichtlich. Der Verkehrsunfall als ein sehr penetrantes Phänomen der technischen Welt ist also ein Modell, an dem sich unser Verhältnis zum Fremdeinbruch der Technik wie an einer Planskizze ablesen läßt. Mir ist das gerade in Amerika deutlich geworden, wo die Aufnahme der Technik in den eigenen Lebensvollzug schon weiter fortgeschritten und ihr Fremdcharakter ein Stück weit abgebaut ist. Im alten Europa, jedenfalls in Deutschland, ist es so, daß mit den PS, über die ich verfüge, mein Wille zur Macht wächst. Am Steuer einer schweren Limousine beanspruche ich unwillkürlich den Vortritt gegenüber einem kleinen 600-Kubik-Vehikel und erst recht gegenüber jenen unbewehrten Kriechtieren, die sich mit altmodischer Muskelkraft vorwärtsbewegen. Ich tue das selbst dann, wenn dieses Kriechtier eine Dame ist, die ich (auf jene natürlichen Füße gestellt, die für viele schon längst zu Beinen a. D. geworden sind) als Kavalier behandeln und selbstverständlich vorangehen lassen würde. Indem aber die PS zwischengeschaltet sind, geht es nicht mehr um die Relation „Herr oder Dame“, sondern um die Relation stärker und schwächer, schneller und langsamer.

In dieser Banalität, die den Vorzug hat, uns eine äußerste Vereinfachung der Linien zur Verfügung zu stellen, zeigt sich also dies: Die motorisierte Welt ist für mich ein heteros nomos, eine Fremdgröße, die noch nicht in die menschlichen Lebensbezüge eingestückt ist, sondern die im Außen bleibt. Diese Angleichung ist in den Staaten schon sehr viel weiter fortgeschritten. Dort ist die Galanterie des mitmenschlichen Umgangs schon weithin in den Bereich des Technischen übertragen. Das „Bitte nach Ihnen!“; „Darf ich Ihnen meinen Arm bieten?“; „Servus“ — das alles drückt sich in einem chevaleresken und vielleicht sogar neckischen Spiel mit Gashebel und Bremse aus und kann Situationen entstehen lassen, die den Asphalt für Augenblicke zum Parkett werden lassen. Es gibt selbst motorisierte Liebesspiele.

Wenn ich den Sinngehalt dieses kleinen Modellfalles auf eine kurze Formel bringen darf, möchte ich so sagen: Das Wort vom Fremdeinbruch der Technik hat eine doppelte Seite: Es drückt einmal ein grundsätzliches Faktum aus. Dieses Faktum besteht darin, daß die Technik durch eine scharfe Zäsur von den früheren Perioden des Handwerks getrennt ist und daß sie im Unterschied zu diesen eine Schicht der Mittel hervorbringt, innerhalb deren sich eigengesetzliche, den Menschen entführende Prozesse anbahnen.

Zweitens: Der schöpferischen Leistung des Menschen wohnt offenbar immer und gerade auch im technischen Bereich nicht nur die Macht der Konstruktion, sondern auch die der Destruktion inne, wie es Goethe

gleichnishaft dadurch zum Ausdruck bringt, daß Mephistopheles der Begleiter des schöpferischen Faust ist und daß darum allem faustisch-menschlichen Werk zugleich eine dämonische Potenz innewohnt. Die Macht der Destruktion kommt überall dort zum Zuge, wo der Mensch Titan, wo er eigenmächtig selbstschöpferisch sein will, und wo er sich den letzten Bindungen entringt. Die Bibel stellt dafür in der Geschichte vom babylonischen Turm ein großartiges Gleichnis zur Verfügung. Der in Babylon errichtete Turm ist ja eine ungeheure schöpferische Leistung der antiken Welt, die gewisse technischen Züge trägt. Aber dieser Turm ist nicht dadurch in die Geschichte eingegangen und hat nicht dadurch einen bleibenden Symbolwert gewonnen, daß er das Urbild technisch-schöpferischer Leistung war, sondern dadurch, daß dieser Leistung noch ein ganz heimlicher, im Menschlichen gründender Sinn innewohnte. Die Menschen haben sich zu dieser gigantischen technischen Leistung ja deshalb entschlossen, weil sie Gott abgesetzt hatten und in prometheischem Trotz einen Turm bauen wollten, der in die Räume jenes Himmels hineinragte, aus dem sie Gott vertrieben wähten. Sie wollten sich ein architektonisches Symbol ihrer eigenen Übermenschlichkeit errichten. Gerade wenn der Mensch größenwahnsinnig wird und der Hybris verfällt, drückt sich das ja oft in einer Art architektonischer Gigantitis aus. Und nun zeigt sich etwas höchst Merkwürdiges: Der Turm ist aller Programmatik zum Trotz nicht in der Lage, eine Mitte zu bilden, um die sich die Menschen versammeln und durch die sie gebunden werden. Ganz im Gegenteil bricht das Schicksal der Zerstreuung und der Verwirrung der Sprache über sie herein. Ist das aber wirklich ein „Schicksal“, oder ist diese Verwirrung und die Zerstreuung nicht das Ergebnis einer „Schuld“? Die Menschen, die Gott abgesetzt und sich zur eigenen Übermenschlichkeit entschlossen haben, können einander nicht mehr trauen. Sie wissen, daß jeder von ihnen nur noch unter der Diktatur des eigenen Willens zur Macht steht und daß er an keine letzte Autorität mehr gebunden ist. Dadurch wird er unberechenbar, und deshalb muß man Angst vor ihm haben. Die Angst, die in Babylon das Vertrauen zerstört und den Terror des Unberechenbaren triumphieren läßt, schließt nicht zusammen, sondern treibt auseinander, Angst hat immer eine zentrifugale Tendenz. Wenn der Mensch selbst unheimlich geworden ist, wird er durch die technische Erhöhung seiner Gewalt nur noch unheimlicher. Wenn man schon dem Normalmenschen nicht trauen kann, kann man noch viel weniger dem Menschen trauen, der seine Größe und Gewalt mit technischen Mitteln erhöht hat. Ist der Mensch erst einmal ein unberechenbares und unheimliches Wesen geworden, dann ist er in dem Augenblick, wo er über Pfeil und Bogen verfügt, noch viel mehr zu fürchten; und dann erreicht er den Gipfel des Unheimlichen, wenn er mit Atomkraft ausgerüstet ist.

Indem so der babylonische Turm ein Monument der Größe des Menschen ist, ist er zugleich auch ein Symbol seiner Unheimlichkeit. Das gleiche gilt von der Technik. In ihr treten die Eigenschaften ihres Hervorbringers wie mit dem Storchenschnabel vergrößert in gigantischer Deutlichkeit hervor. Ob wohl damit auch der merkwürdige Umstand zu erklären ist, daß die Technik des Verkehrs zwar die Entfernungen verkleinert und die Menschen und Völker näher aneinander

heranrückt, daß aber damit die Solidarität der Menschheit eben keineswegs wächst? Die erhoffte Nestwärme der Welt, die sich doch eigentlich einstellen müßte, wenn die Völker durch technische Mittel zu Nachbarn geworden sind, ist offenbar ausgeblieben.

Die Feststellung, die hier zu treffen wäre, muß wohl lauten: Unsere Technik ist in Ordnung — einfach weil sie exakt ist und auf Berechnungen gründet. Aber offenbar ist der Mensch nicht in Ordnung, weil er nicht berechenbar, sondern weil er unberechenbar ist. Und er ist unberechenbar, weil er sich der letzten Autorität, sagen wir es offen, weil er sich den Geboten Gottes entzogen hat. Damit stoßen wir auf die Frage, ob wirklich die Technik dem Menschen bedrohlich ist oder ob nicht der Mensch, dessen Arm durch die Technik verlängert ist, sich selbst bedrohlich wird, so daß also die Modephrase von der sogenannten Dämonie der Technik eine törichte Redensart, eine Art moralischen Ablenkungsmanövers wäre? Es geht letzten Endes nicht darum, wie die Atomenergie zur bändigen sei, sondern wie der Mensch zu bändigen, genauer: wie er in Ordnung zu bringen sei. Dafür gibt es keine Rezepte, sondern das ist eine Frage an jeden Einzelnen. Und weil der Mensch, um den es geht, immer derselbe ist, darum sind auch die großen Wahrheiten, die über seinem Leben stehen, immer dieselben, darum sind sie immer jung wie die Sterne des Firmaments, die seit Urzeiten über ihm leuchten. Das Buch der Christenheit veraltet nicht, wenn die alte Welt technisch überwunden und wenn selbst die Neuzeit zum alten Eisen geworfen ist. Ich denke dabei nur an das eine biblische Wort: Die Welt vergeht mit ihrer Lust — sie vergeht mit ihrer Lust und mit ihrer Angst, mit ihrer Konstruktion und mit ihrer Destruktion, mit ihrer Lust am Fortschritt und mit ihrer Angst vor dem Fortschritt — das Wort Gottes aber bleibt in Ewigkeit. Wir können hinzufügen: Es bleibt deshalb in Ewigkeit, weil der Mensch in Ewigkeit derselbe bleibt, dem es gilt, und weil jener Herr mit seiner Treue derselbe bleibt, der es spricht.

Wenn wir so das Problem der Technik zunächst als ein ausschließliches Problem des Menschen bezeichneten, sind wir vielleicht ein bißchen über das Ziel hinausgeschossen. Wir sind nämlich damit in der Gefahr, einem Kurzschluß zum Opfer zu fallen. Dieser Kurzschlußgedanke sähe so aus: Wenn wir dafür sorgen, daß der Mensch in Ordnung kommt, dann kommt auch seine Technik in Ordnung. Das wird uns freilich sehr oft in christlichen Predigten und Ermahnungen zugerufen. Ich halte aber diesen Versuch, alle technischen Nöte des Atomzeitalters nur aus der menschlichen Schuld zu verstehen und ihnen darum auch nur mit Appellen an den inneren Menschen beizukommen, für eine unerlaubte Vereinfachung. Um die Gefahr dieser Vereinfachung deutlich zu machen, möchte ich nur an das erinnern, was wir über den Aufstand der Mittel und über die eigengesetzlichen Momente im technischen Prozeß sagten. Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß der Mensch gar nicht nur autonomer, subjektiver Hervorbringer von technischen Vorgängen ist, sondern daß er gleichzeitig in eine objektive Abhängigkeit von ihnen gerät. Dadurch entsteht ja gerade jenes dramatische und so sehr erregende Problem, wo denn inmitten aller zwangsläufigen Prozesse die eigene Gewissensentscheidung überhaupt eine Chance habe. Wer sich dieser Frage nicht stellt und wer nicht ent-

geschlossen ist, mit ihr zu ringen, kommt an die eigentlichen Geheimnisse unseres Zeitalters überhaupt nicht heran. Er kann dann höchstens ein Mitläufer, aber nicht ein Gestalt dieser Zeit sein. Und selbst seine Aktivität wäre in einem hintergründigen Sinne nur ein laissez-faire. Ich glaube, daß Hitler ein „Mitläufer“ dieser Art gewesen ist. Darauf komme ich noch zu sprechen.

Sie werden nun sicher schon vermuten, wo der Schwerpunkt dieses Fragenkomplexes zu suchen sein wird: Er liegt in dem Begriff dessen, was wir die Eigengesetzlichkeit nannten. Gibt es so etwas wie eine Eigengesetzlichkeit der technischen Entwicklung, der Wirtschaft, der Politik wirklich? Und wenn es so etwas geben sollte: Wie kann es dann überhaupt noch eine wirkliche Chance für verantwortliches, und das heißt doch wohl, für ein freies und vom Gewissen inspiriertes Handeln geben?

Ich schlage Ihnen vor, daß wir diese Frage an einem ganz bestimmten, und wie mir scheint äußerst genauen Modellbild untersuchen: nämlich an der Situation der Atomforscher, denen man immer wieder vorgeworfen hat, sie hätten die Finger entweder überhaupt davon lassen sollen oder sie hätten wenigstens ihr Wissen nicht den Politikern und Militärs zur Verfügung stellen dürfen.

Die Atomforscher können sich nun mit vielen Argumenten verteidigen, von denen ich nur eines nenne, weil es mit dem Problem der Eigengesetzlichkeit zusammenhängt: Der Naturforscher sowohl wie der Techniker, so sagt Arnold Gehlen einmal mit einem gewissen Recht, scheint nämlich insofern gleichsam entmündigt zu sein, als er über den Fortschritt der von ihm betriebenen Forschungs- und Anwendungstätigkeit nicht verfügt. Es ist streng genommen nicht der Forscher, der seine Forschung vorantreibt; sondern die Forschung treibt sich selber voran. Und zwar bewegt sie sich im Zuge einer Kettenreaktion, die von bestimmten Fragestellungen zu bestimmten Antworten und von da wieder zu neuen Fragestellungen in automatischen Prozessen treibt. Denn weder „stellt“ der Forscher die Probleme noch „entschließt“ er sich zur technischen Anwendung des Erkannten. „Was Problem werden muß, folgt aus dem schon Erkannten, und es liegt in der Logik des Experiments, daß die exakte Kenntnis bereits die Beherrschung des (technischen) Effekts einschließt. Der ‚Entschluß‘ zur Anwendung erübrigt sich“. Er wird uns vom Objekt abgenommen. Vielleicht könnte man auch sagen: er wird weggenommen. Oppenheimer, der Erbauer der Atombombe, hat diese logische Zwangsläufigkeit darüber hinaus einmal auch als ein unwiderstehliches, psychisches Gefälle dargestellt, wenn er im Hinblick auf seine besondere Aufgabe sagte: Das, was technisch süß (technical sweet) sei, erweise sich als unwiderstehlich, selbst wenn es die Errechnung und Erbauung der Atombombe sei.

Die erste Form, in der sich die technische Eigengesetzlichkeit vollzieht, ist also die Verbindung von Frage und Antwort, von theoretischer Erkenntnis und technischem Effekt. Eins folgt notwendig dem anderen. Der Forscher scheint nur das Medium zu sein, durch das hindurch sich jene Abfolge vollzieht. Sein eigener geistiger Beitrag ergibt sich lediglich aus der Fähigkeit (der unter Umständen genialen Fähigkeit), die „wartende“ Kettenreaktion von Frage und Antwort zu erkennen und zur Auslösung zu bringen. Aber ist er wirklich der verantwortliche

Steuermann? Führt das Geisterschiff des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts nicht mit leerer Kommandobrücke?

Die zweite Form, in der sich die Eigengesetzlichkeit vollzieht, drückt sich in jenem Vorgang aus, den ich zu Anfang durch die Worte Zug und Gegenzug ausdrückte: Dieser Vorgang läßt sich sowohl in der Technik wie in der Politik und der Wirtschaft verfolgen. Ich nenne einige Beispiele: Wenn in einem Sektor der Wirtschaft irgendein wichtiger technischer Fortschritt, sagen wir einmal die Automation, eingeführt wird, dann müssen Unternehmen derselben Branche „nachziehen“, um konkurrenzfähig zu bleiben. Hier zeigt sich die geradezu naturgesetzliche Verbindung von Zug und Gegenzug. Oder denken Sie an das gleiche Gesetz bei der Aufrüstung: Legt sich ein potentieller Gegner Atomrüstung zu, so bin ich meinerseits der Notwendigkeit überantwortet, für meine Selbstverteidigung, daß heißt mindestens für die Herstellung einer Kräfte-Äquivalenz, dasselbe zu tun. Halte ich diese Aufrüstung für Wahnsinn — und wer täte das nicht —, so kann ich meine Verantwortung für die Bekämpfung des Wahnsinns nicht in der Weise wahrnehmen, daß ich meinen Gegenzug unterlasse. Das würde ja den Größenwahn jenes potentiellen Gegners gerade stimulieren. Sondern ich kann meine Gewissensverantwortung gegenüber jenem Wahnsinn nur in der Weise praktizieren, daß ich politische Maßnahmen überlege, um zu einer kontrollierten Abrüstung zu kommen. Diese Abrüstung aber unterliegt dann selbst wieder dem Gesetz von Zug und Gegenzug; sie ist ein Vorgang, dessen einzelne Phasen ebenfalls an das Gesetz der Gegenseitigkeit gebunden sind. Wenn man unter diesem Gesichtspunkt einmal das Weltgeschehen betrachtet, wird man entdecken, daß dieses Gesetz von Zug und Gegenzug, das „Do ut des“, das „Wie du mir, so ich dir“, alle Lebensgebiete, sogar die persönliche Beziehung zwischen meinem Nächsten und mir durchdringt. Nur wer das klar sieht, vermag zu würdigen, welches radikal Neue mit dem Evangelium auf den Plan getreten ist. Denn das Evangelium hebt für die Ich-Du-Beziehung dieses Echo-Gesetz auf. Es sprengt diesen *circulus vitiosus* und legt mir in der Goldenen Regel die Pflicht zu einem neuen Anfang und zu einer freien, wagenden Initiative auf. Was aber hier als schöpferischer Hauch in mein Verhältnis zum Nächsten hineinbläst und alles neu machen kann; das läßt sich nur sehr bedingt auf die überpersönlichen Lebensbereiche der Technik, der Wirtschaft, der Politik übertragen. Der Versuch, diesen Unterschied der beiden Lebensräume gedanklich zu fassen, sie nicht einfach zu scheiden und auseinanderfallen zu lassen, aber zu unterscheiden, dieser Versuch bildet eines der schwierigsten und erregendsten Kapitel in der theologischen Ethik beider Konfessionen. Das Luthertum beschäftigt sich mit dieser Frage in der Lehre von den beiden Reichen, der Katholizismus in seiner Lehre vom Naturrecht. Doch darauf brauche ich hier nicht einzugehen. Ich möchte nur angedeutet haben, daß sich hier weite Horizonte jahrhundertelanger geistiger Bemühungen öffnen. Auf zwei Fragen dagegen können wir hier nicht verzichten, weil sie das Problem der Verantwortung im Atomzeitalter unmittelbar betreffen.

1. Zunächst und als erstes nenne ich die grundsätzliche Frage, wie wir vom Standpunkt christlicher Ethik aus jene Eigengesetzlichkeiten



Prof. D. Dr. Helmut Thielicke (rechts), der über „Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter“ einen bedeutsamen Vortrag hielt, mit Frau Jutta Ehlers und Prälat Kunst, dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Bonn



BundesInnenminister Dr. Schröder und K. G. Kiesinger, Vorsitzender des Außenpolit. Ausschusses des Bundestages. Präsident Robert Schuman (rechts) übermittelte die Grüße des MRP (Frankreich). Mit ihm Bundesarbeitsminister Storch (links) und Dr. Hellwig.



überhaupt zu verstehen haben, die den Menschen derart zu entführen scheinen. Wenn ich recht sehe, gibt es hier zwei Möglichkeiten: Entweder ich kann diese Eigengesetze als unentrinnbares und insofern mich von aller Verantwortung entlastendes Schicksal verstehen. So hat etwa Machiavelli die Eigengesetzlichkeit der Politik interpretiert: Er verstand die Politik als ein Tummelfeld des *sacro egoismo* und sah demgemäß im politischen Handeln ein sittlich wertfreies Kräftespiel, innerhalb dessen die Kräfte *virtus* und *fortuna*, Tüchtigkeit und Glück, sich entfalten. Die Politik wird damit zu einem rein physikalischen Komplex von Vorgängen, in dem Kräfte und Stoffe sich bewegen und bewegt werden.

Bejaht man diesen fatalistischen Charakter der Eigengesetzlichkeit, so heißt das auf die Technik angewandt, daß der einzige, jenem Eigengesetz entstammende Imperativ lautet, die unter seiner Herrschaft stehenden Prozesse bedenken- und hemmungslos zu intensivieren, um auf dieser Ebene alle Konkurrenzen durch dynamische Überlegenheit bestehen zu können. Das bedeutet dann, auf die militärische Technik übertragen, etwa den unbegrenzten Rüstungswettlauf, wenigstens dann, wenn man sich selbst dabei die Chance des Stärkeren einräumen darf.

Oder aber — das ist die andere Möglichkeit — ich verstehe jene Eigengesetzlichkeiten nicht als wertfreie, fatalistische Zwangsläufigkeit, aber auch nicht als ein der Welt eingestiftetes Schöpfungsgesetz, sondern ich sehe in ihnen ein vom Menschen hervorgerufenes Schuld-Schicksal-Verhängnis. Ich scheue mich etwas, das in dieser abrupten Form zu sagen, weil man es eigentlich nicht aussprechen darf, ohne es gleichzeitig genauer zu entfalten und damit den peinlichen Eindruck zu vermeiden, als alarmiere man hier einfach eine dogmatische Vokabel wie die der Sünde. Hätten wir Zeit, diesen Gedanken theologisch weiterzuentfalten, so würde ich zeigen, wie dem christlichen Gedanken von der Sünde, insbesondere vom Sündenfall und der Erbsünde, gewisse Vorgänge zugrunde liegen, die dem, was wir über die Entbindung der Eigengesetzlichkeiten sagten, erstaunlich ähnlich sind: Auch hier ist es doch so — denken Sie nur an die Gestalt Adams! —, daß zunächst ein Initialakt erfolgt, in diesem Falle das Essen der verbotenen Frucht, und daß dieser Initialakt im nächsten Augenblick dann ins Überpersönliche hinausgreift, und aus einer Entscheidung des Menschen zu einer Entscheidung über den Menschen wird. Von nun an kommt eben dieser Mensch vom Sündenfall „her“ und muß seine Bahn nach dem Gesetz vollenden, nach dem er angetreten ist. Er hat diesen Sündenfall im Rücken und ist nun in sein Verhängnis „geworfen“. Im Unterschied zur Tragik aber kann er diese Schuld nicht als ein Geschick von sich distanzieren, sondern muß sie als „sein“ Tun, das heißt als seine Schuld übernehmen. Der Adamsvorgang wiederholt sich ständig an ihm selbst. Er muß sagen: „Ich bin Adam“.

Nun scheint es mir so zu sein, daß ich auch die Eigengesetzlichkeiten, von denen wir sprachen, nicht einfach als ein Schicksal von mir abschieben darf, um zu sagen: Ich kann nichts dafür. Sie sind nicht „ich“. Gehen nicht auch sie letzten Endes auf einen Initialakt des Menschen zurück? Drückt sich nicht in dem Gesetz von Zug und Gegenzug, im Echo-Gesetz, nur die makrokosmische Spiegelung seines Herzens aus?

Ist es nicht sein eigenes Wesen, das sich in alledem objektiviert?*) Und muß er also nicht sagen: Dieses alles bin ich — das ist meine Welt?

Ich deute diese Zusammenhänge nur an, um Sie gleichzeitig zu bitten, das nicht als ein Theologenfündlein zu verstehen, das im Grunde nichts für die Auseinandersetzung mit unserer Situation austrägt. Ich möchte ganz im Gegenteil die These aufstellen, daß sich aus der Art, wie ich jene eigengesetzlichen Prozesse verstehe — ob ich sie nur als wertfreies Geschick oder gar als Schöpfungsordnung verstehe oder aber ob ich sie in einer Affinität zur Sünde sehe —, zwei völlig entgegengesetzte Formen des Lebens und Handelns und zwei völlig verschiedene Begriffe von Gewissen und Verantwortung ergeben.

Erlauben Sie mir, daß ich das an zwei politischen Beispielen verdeutliche. Das eine Beispiel wird uns durch den Bolschewismus, das andere durch Hitler gestellt: Ich könnte mir denken, daß sowohl ein westlicher wie ein bolschewistischer Historiker zu der Diagnose käme, daß eine gewisse notwendige Verbindung besteht zwischen der Technisierung der modernen Gesellschaft und ihrer Vermassung, ihrer Entpersönlichung. Beides scheint eigengesetzlich miteinander zusammenzuhängen, ohne daß ich das hier im einzelnen darlegen muß. Obwohl also beide Diagnostiker in diesem Punkte übereinstimmen, werden sie doch diese eigengesetzliche Verbindung von technischer Industrialisierung und Vermassung völlig anders auswerten. Der Vertreter des christlichen Abendlandes etwa wird sagen: Vermassung und Entpersönlichung sind furchtbare und schuldhafte Prozesse, weil sie die menschliche Existenz zerstören. Darum muß ich alles tun, was in meinen Kräften steht, um diesen Prozeß aufzuhalten und auf Mittel und Wege sinnen, um jenem entpersönlichenden Sog der Industrialisierung zu widerstehen. Ich muß etwa dafür sorgen, daß der Staat in seiner Verfassung den Personenbereich des Menschen schützt. Ich muß denjenigen Kräften im Volke Raum geben, die das Personsein des Menschen schützen und die einen Wall dagegen bilden, daß er ins Kollektiv hinein verdampft und aufgelöst wird.

Der Bolschewist dagegen wird völlig anders argumentieren. Er wird nämlich sagen: Wir wollen doch nicht so töricht sein und einem Trend der Geschichte, der auf Entpersönlichung drängt, Widerstand leisten. Das würde ja heißen, daß wir im Kampf mit einem Unabwendbaren unsere Kräfte verzehren. Nein, wir machen es genau umgekehrt: Wir machen dieses Gefälle der Geschichte für unser eigenes Programm nutzbar. Wenn denn die Geschichte mit Hilfe der technischen Industrialisierung auf das personlose Kollektiv drängt, dann wollen wir diesen Trend nur noch verstärken, dann wollen wir uns ihm nicht widersetzen, sondern dann wollen wir ihn wollen. Denn wer das Gefälle der Geschichte mitmacht und sich in seiner Richtung bewegt, der erhöht ja seine eigene Dynamik, der leitet den Strom der Geschichte auf seine Mühlen. Der Westen ist dumm genug, wenn er mit seiner Rechtstrümmerei und seinem Personfimmel sich in einen Kampf mit geschichtlichen Grundgesetzen einläßt.

*) Da ich auf diese Zusammenhänge hier nicht genauer eingehen kann, verweise ich auf die ausführlicheren Darlegungen in meinem Werk „Theologische Ethik“, Bd. I, S. 700 ff.; Bd. II, S. 535; vgl. die Register unter „Eigengesetzlichkeit“. Der in Arbeit befindliche dritte Band bringt ein sehr umfangreiches Kapitel über das Problem der Eigengesetzlichkeit in der Politik.

Sie sehen, wie hier die Diagnose der Eigengesetzlichkeit zwar auf beiden Seiten gleichermaßen gestellt werden kann, wie man sie aber völlig anders wertet und eine völlig andere Programmatik des Handelns aus ihr gewinnt: Der Westen weiß, daß ein Trend auf Personlosigkeit zu einer Versündigung am Menschen führt. Darum besinnt er sich auf Gegenmaßnahmen. Der Osten dagegen kennt den Respekt vor dem humanum nicht und benutzt darum bedenkenlos jenen Trend der Geschichte, um aus der Not dieses geschichtlichen Gefalles eine Tugend zu machen. Hier ist, so scheint mir, einer der Punkte, an denen deutlich wird, wie letzte religiöse und weltanschauliche Entscheidungen zu sehr realpolitischen Konsequenzen drängen. Ich hoffe, daß damit das, was ich soeben ein wenig abstrakt über die Eigengesetzlichkeiten entwickelte, in seiner höchst praktischen, höchst realistischen, eben in seiner politischen Bedeutung klar geworden ist. Das wird uns bestätigen, wenn wir uns einer Gestalt wie Hitler zuwenden:

Ich könnte mir wiederum denken, daß sowohl Hitler wie ein Historiker der abendländischen Tradition, sagen wir einmal Jacob Burckhardt, in einem Punkte übereinstimmen: Beide werden aus ihrer Kenntnis der Geschichte heraus sagen, daß in der Regel Macht vor Recht zu gehen pflegt, daß der Stärkere, wenn er es sich nur leisten kann und wenn es seinen Interessen dient, Verträge bricht. Der Satz, daß im allgemeinen Macht vor Recht geht, ist ein bitteres Fazit, das sich jedem Betrachter der Geschichte aufdrängt. Hier scheint sich geradezu so etwas wie eine Eigengesetzlichkeit der Macht zu melden: Die Macht benutzt das Recht, etwa einen Vertragsabschluß, um sich zu konsolidieren. Und sie zerreißt dieses Rechtsdokument, wenn die Interessenkonstellationen, die bei seiner Ausfertigung vorlagen, sich geändert haben.

Obwohl aber nun Hitler und Jacob Burckhardt in dieser Diagnose der Geschichte übereinstimmen mögen, so werden doch beide wiederum ganz verschiedene Folgerungen ziehen: Der an die abendländische Tradition gebundene und von ihr in Zucht gehaltene Historiker und auch der entsprechende Politiker wird aus jener Diagnose die Folgerung ziehen, daß er alles nur Mögliche zu tun habe, um dem Rechte gegenüber der Macht Geltung zu verschaffen und die Welt davor zu bewahren, daß sie ein Dschungel wird. Ich bin der Überzeugung, daß gewisse Züge der Mäßigung, die man etwa bei Bismarck findet (z. B. bei seiner Ablehnung des Präventiv- oder des Rachekrieges), auf dieses Wissen zurückzuführen sind.

Hitler dagegen wird wieder ganz entgegengesetzt argumentieren. Er wird nämlich sagen: Ich werde doch nicht so töricht sein, einen erwie senen Grundsatz der Geschichte zu widerstreiten. Das wäre irrationale Humanitätsduselei. Rechtsfanatiker sind Kastraten, die sich selbst politisch, impotent machen. Wenn es denn nun einmal so ist, daß Macht vor Recht geht, so sei es denn. Dann werde ich das Recht entsprechend gründlich verachten, um den Trend zur Macht vor meinen eigenen Wägen zu spannen. Ich werde jeden Vertrag schon im Augenblick seines Abschlusses zu brechen bereit sein, wenn es meinen Interessen entspricht. Hitler hat also, auf unseren Gedankengang angewandt, die Eigengesetzlichkeit der Macht vergottet. Er hat aus der Not, daß tatsächlich Macht vor Recht zu gehen pflegt, eine Tugend und ein Programm gemacht. Er hat nicht mehr um das Sündhafte jenes Trends ge-

wußt. Er hat das statistische Gesetz der großen Zahl, er hat „das Übliche“ zur Norm erhoben (und damit übrigens etwas getan, wozu sich auch westliche Politiker verführen lassen können, wenn sie die Gutachten moderner Meinungsforschungsinstitute allzu direkt zu einem Maßstab ihres Handelns werden lassen).

Auch hier zeigt sich nun wieder, wie das, was wir zunächst mit der Mikrometerschraube einer grundsätzlichen Untersuchung feststellten, sich im Großraum der Geschichte realpolitisch auswirkt: Ich stehe nämlich nicht an zu behaupten, daß die Art, wie Hitler die Eigengesetzlichkeit der Macht wertet und vergöttert, der letzte Grund für den zweiten Weltkrieg und damit für unsere nationale Katastrophe gewesen ist. Ich halte es für historisch nachweisbar, daß die Ursache des letzten Krieges nicht in der Tschechen- oder Polenkrise oder in einem sonstigen historischen Detail bestand, das man mit dem Attribut „Krise“ versehen kann. Der letzte Grund bestand vielmehr darin, daß Hitler kein möglicher Verhandlungspartner mehr war. Wenn jemand die Not der Geschichte, daß Macht vor Recht geht, zur Tugend erhebt, wird er prinzipiell unberechenbar. Er ist dann gleichsam keine seriöse Firma mehr, mit der man verhandeln kann. In der Privatwirtschaft kann man in solchen Fällen zur Konkurrenz gehen. In der Weltpolitik muß eine unseriöse Firma dagegen vernichtet werden, weil sie ein Unruheherd ist und Weltbrände stiftet. Das Geheimnis unserer jüngsten Geschichte erschließt sich nur, wenn wir verstanden haben, daß sich in ihr bestimmte Wertungen der Eigengesetzlichkeit schicksalhaft ausgewirkt haben. Ich bin mir bewußt, daß ich dieses ungeheure Problem nur angedeutet habe und daß ich außerdem nicht den Anspruch erheben darf, das letzte Wort schon zu wissen. Soweit wie ich es tat, mußte ich Sie aber an meinem Suchen teilnehmen lassen.

2. die zweite Frage, die sich von hier aus ergibt, ist das praktische Problem: An welcher Stelle kann im Ablauf relativ eigengesetzlicher Prozesse überhaupt ein Eingriff erfolgen? Die Vorbedingung, die erfüllt sein muß, damit ein derartiger Eingriff möglich wird, haben wir soeben schon angedeutet. Ich muß um die Fragwürdigkeit eigengesetzlicher Prozesse wissen. Ich darf sie nicht einfach als normative Ordnung verklären oder zu einem amoralischen Geschick verharmlosen.

Die Frage lautet also: Wo ist unter dieser Bedingung ein Eingriff möglich? Wo können Gewissen und Verantwortung zum Zuge kommen? Arnold Gehlen sagt einmal in dem schon erwähnten Zusammenhang: Ein solcher Eingriff ist fast nur so vorstellbar, daß er an den extremsten Enden der Prozesse angreift: beim Wissenwollen, dem Anfangspunkt (bei dem also, was wir den Initialakt der ersten Fragestellung nannten) oder beim Konsumierenwollen, beim Endpunkt des Prozesses.

Nachdem wir über die Initialentscheidung schon gesprochen haben, fasse ich zum Schluß nur noch den Endpunkt des Prozesses ins Auge, also das Konsumierenwollen: in der Art, wie ich konsumiere, ist mir ja zweifellos eine Chance eingeräumt, um Verantwortung wirksam werden zu lassen. In der Art, wie ich technische Güter gebrauche und in Anspruch nehme, kann ich z.B. Verzicht und Disziplin üben. Ich brauche mich ja nicht immer von meinem Auto fahren zu lassen, sondern kann auch spazierengehen. Ich brauche auch nicht immer auf den

Fernsehschirm zu starren, sondern kann mich zur Lektüre eines wichtigen Buches entschließen. Der Verzicht, um den es hier geht, bedeutet also nicht, auf die Erfindung und den Bau von Fernsehgeräten überhaupt zu verzichten. Das wäre Unsinn, weil es hier nun wirklich um den eigengesetzlichen Trend einer Entwicklung geht, die ich nicht aufhalten kann. Sondern jener Verzicht bedeutet, daß ich am Endpunkt dieses Prozesses einen Verzicht übe — und zwar in der Art, wie ich den technischen Fortschritt in Anspruch nehme, wie ich also konsumiere.

Es gibt viele Möglichkeiten, um diesen Verzicht im Rahmen der technischen Welt zu verdeutlichen. Ich nenne nur eine von ihnen, weil sie in unserer augenblicklichen Situation besonders aktuell ist. Ich meine nämlich das Problem der technisch ermöglichten, vor allem durch Automation ermöglichten Freizeit. Welche Möglichkeiten bestehen, um Freizeit zu konsumieren?

Die Freizeit, die von der Technik zur Verfügung gestellt wird, drängt darauf, sich auch von der Technik füllen zu lassen. Ich brauche Sie nur an die ständige Geräuschkulisse zu erinnern, die mir durch das Radio zur Verfügung gestellt wird. Ebenso gibt mir das Fernsehen die Möglichkeit, in ähnlicher Weise, wie ein Insekt am Fliegenfänger klebt, am Fernsehschirm zu hängen. Ich nenne auch noch die neue Form des Massenreisens und der motorischen Unruhe. Der technische Lebensstil gibt mir die Möglichkeit, mein Leben ständig von außen her steuern zu lassen und auf jede eigene Bewegung und auf alle wachstümlichen Prozesse im eigenen Innern zu verzichten. Selbst die Liebespärchen haben, wenn sie am Waldrand lagern, ein Kofferradio neben sich, um sich durch Jazzrhythmen stimulieren zu lassen. Sie haben sich offenbar wenig mehr zu sagen. Und es scheint, als ob sie selbst erotisch nicht mehr mit eigenem Dampfe fahren, sondern sich technisch abschleppen lassen müssen. Die technisierte Welt der Massengesellschaft stellt darüber hinaus Amüsierfunktionäre zur Verfügung, die es ermöglichen, sich jederzeit von einem Vergnügungs- oder Rührungs-Service bedienen zu lassen. Hier geht es um die Frage, ob und inwieweit wir fähig und bereit sind, auf Konsumtion zu verzichten. Es scheint mir eine Erziehungsaufgabe ersten Ranges zu sein, die in ihrer Bedeutung noch nicht entfernt ins allgemeine Bewußtsein getreten ist, daß wir unsere Jugend dazu bringen und anreizen, den permanenten Anrufen nicht zu verfallen, die uns von der technischen Welt her erreichen, sondern sie dazu zu bringen, selber Subjekt zu werden, selber etwas zu tun. Man sage nicht, dieses Postulat setze eine Wandlung des Menschen voraus, die unserer Verfügbarkeit entnommen sei; um diese Art des Verzichts zu üben; und um diese Eigenständigkeit des Lebens wiederzufinden, müsse man eben den Sinn des Lebens wiedergefunden haben; denn nur der, der etwas mit sich selber anfangen könne, wisse auch etwas mit seiner Freizeit anzufangen. Das stimmt nur in einem allerletzten Sinne. In vorletzter Linie aber ist es doch so, daß uns viele Aufgaben erwachsen, um den Menschen überhaupt jener Ebene teilhaftig werden zu lassen, auf der die Sinnfrage allererst entsteht und auf der er also Subjekt werden kann. Es kommt darauf an, daß alle Instanzen, die mit der Führung und Bildung der Jugend zu tun haben, ganz gleich, ob es die Schulen, die Gewerkschaften, Jugendverbände

oder was immer sind, sich verantwortlich fühlen dafür, daß man wieder selber etwas zu unternehmen lernt, sei es, daß man wandert, Sport treibt, Theater spielt, singt, vorliest oder diskutiert, kurz: die Freiheit recht zu konsumieren lernt. Denn hier ist man frei, auch wenn man erst lernen muß, diese Freiheit zu nützen.

Die Tatsache, daß ich das auf einem Parteikongreß ausspreche, könnte vielleicht zu dem Mißverständnis führen, als möchte ich den Staat aufordern, hierbei aktiv zu werden. Das möchte ich aber gerade vermeiden. Denn jedes Managertum des Staates auf diesem Gebiete würde uns nur zu einem „Kraft-durch-Freude“-Rummel führen, der den Menschen gerade in funktionale Abhängigkeit treibt. Die Staatsjugend und also eine unmittelbare Leitung der Jugend durch den Staat wäre das Letzte, was ich uns allen wünschen würde. Wohl aber sind hier die Gremien gemeint, die mit Jugendarbeit zu tun haben. Der Staat selbst kann hier höchstens indirekt insofern wirksam werden, als er solche Aufgaben den Schulen mit überträgt. So wichtig diese Aufgabe auch ist (sie scheint mir einfach entscheidend für das innere Schicksal unseres Volkes), so läßt sich das Freizeitproblem doch nicht im großen durch Gesetzgebung oder durch staatliche Verordnungen lösen. Hier kann die Erneuerung nur im kleinen beginnen. Man soll sich hier nicht vor kleinen Zahlen und kleinen Anfängen fürchten. Gerade die wesentlichsten Dinge müssen oft so im kleinen beginnen. Es ist dann schon dafür gesorgt, daß sie sich durch Zellteilung oder durch Knollenbildung fortsetzen.

Wir halten einen Augenblick inne, um die durchmessene Wegstrecke zu übersehen. Das Thema „Verantwortung im Atomzeitalter“ ließ sich nur so behandeln, daß wir uns Gedanken machten über das sehr schwierige und doch so fundamentale Problem, wo sich innerhalb einer Fülle von eigengesetzlichen Abläufen überhaupt eine Chance freier Gewissensentscheidung ergebe.

Wir zeigten, daß solche verantwortlichen Entscheidungen vor allem an zwei Stellen von uns gefordert sind und hier auch möglich werden: Einmal nämlich da, wo wir den Rang und die Bedeutung der Eigengesetzlichkeiten einschätzen müssen. Wir machten uns das an der Stellung Hitlers und des Bolschewismus zum Prozeß der Geschichte klar. Zweitens ist uns ein Entscheidungsraum dort zur Verfügung gestellt, wo die eigengesetzlichen Prozesse in das Problem der Konsumtion auslaufen. Wir werden gleich, wenn ich auf den Appell der Atomforscher zu sprechen komme, noch eine dritte Chance des Gewissens zu besprechen haben.

Ich mußte Ihnen diesen zweiten und sicher auch mühevollen Weg durch grundsätzliche Überlegungen zumuten, weil nur so ein tragfähiges, geistiges Fundament zu gewinnen war, von dem aus nun ein letztes und uns alle besonders bewegendes Problem behandelt werden kann: Ich meine die Frage, welche ethische Entscheidung man gegenüber der Atomrüstung treffen soll. Ich muß die Frage aber noch schärfer präzisieren. Sie lautet für dieses Grundsatzreferat nicht: Welche Politik ist vom Standpunkt der Ethik aus hier zu fordern? Natürlich hat sich jeder mündige Bürger Gedanken über diese Frage zu machen. Und natürlich habe auch ich darüber nachgedacht und vertrete ganz bestimmte Meinungen. Aber es ist hier nicht meine Aufgabe, persönliche Meinun-

gen zu vertreten. Ich habe ein anderes Mandat. Und dieser mein Auftrag umschließt die Frage: Welchen Raum nehmen überhaupt Gewissensfragen in diesem Zusammenhang ein? Spielen sie überhaupt eine Rolle? Oder geht es hier vielleicht um bloße Zweckmäßigkeitserwägungen im Rahmen eines politischen Calculs? Wo ist hier der Ort des Gewissens?

Fassen Sie es bitte nicht als eine professorale Marotte auf, wenn ich zunächst auf diese Vorverständigung dränge. Wir kommen nicht um sie herum, auch wenn wir diese Frage zu unserem Schaden weithin übersehen haben. Denn diese Frage beherrscht die Weichenstellung für alles folgende. Wie viele Menschen und Gruppen haben nicht ihre Gewissensstimme zu dem Atomproblem erhoben: Viele Christen und Theologen, Vertreter der Friedens- und Versöhnungsbünde, der unantastbare Albert Schweitzer und endlich die achtzehn Atomforscher, deren einigen ich mich auch persönlich verbunden weiß und die ich verehere. Ihnen allen gegenüber, so verschieden ihre Argumente auch sein mögen, ergibt sich doch folgende Frage. (Ich stelle sie zunächst ganz ungeschützt und gebe meine eigene Antwort erst später.) Die Frage lautet: Haben diese alle im Namen ihres Gewissens gegen Gewissenlosigkeit oder haben sie im Namen bestimmter politischer Auffassungen gegen andere politische Auffassungen gesprochen? Oder — das wäre die letzte Möglichkeit — gibt es eine Kombination von Gewissens- und Sachurteil, und wie sieht diese Kombination dann aus? Will man sich fair auseinandersetzen, das heißt: Will man Gewissensappelle wirklich hören und sie nicht vorzeitig als politische Tendenzmeinungen diffamieren, so muß man über diese Frage Klarheit gewinnen.

Um hier weiterzukommen, gehe ich so vor, daß ich zunächst die Frage prüfe, ob uns die Atomwaffen nicht zu einer Revision alles dessen zwingen, was die bisherige ethische Überlieferung — auch die christliche Überlieferung — an Stellungnahmen zum Problem des Krieges hervorgebracht hat. Am Schluß möchte ich dann die Folgerung daraus ziehen und Stellung zum Appell der Atomforschergruppen nehmen.

Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß sich in der Tat die Situation des Krieges durch die Atomwaffen grundsätzlich und nicht nur quantitativ im Sinne technischer Weiterentwicklung verändert hat. Ein kommender Krieg zwischen Gegnern mit halbwegs äquivalentem Atompotential wird nicht nur zur Vernichtung des Gegners, sondern gleichzeitig zur Selbstvernichtung führen. Der kommende Krieg wird nicht nur das Problem des Tötens, sondern auch das des Selbstmordes stellen.

Die einzig möglichen Folgerungen, die aus dieser Erkenntnis zu ziehen sind, müssen offenbar lauten, daß es erstens keine nuklearen Kriege geben darf und daß zweitens selbst die alte Fragestellung christlicher Theologie, ob ein *justum bellum*, also ein „gerechter Krieg“ erlaubt sei, überfällig geworden und auf den Atomkrieg nicht mehr anwendbar ist. Denn der Begriff des „gerechten Krieges“, nämlich des Verteidigungskrieges, ist ja nur so lange sinnvoll, wie Verteidigung überhaupt möglich ist und wie also Chancen des Überlebens bestehen. Wenn aber Angriff sowohl wie Verteidigung bei gleichrangigen Atommächten mehr und mehr identisch werden mit Selbstvernichtung, so

entfallen diese Unterscheidungen, und der Begriff des „gerechten Krieges“ wird absurd.

Wie sehr drängt es mich nun, an dieser Stelle folgendermaßen fortzufahren: Also sind die Weltmächte im Namen des Gewissens oder — wenn sie darauf nicht hören — im Namen des elementaren Selbsterhaltungstriebes aufzufordern, keine Atomwaffen mehr herzustellen. Und doch kann ich diesen Satz in dieser Form nicht aussprechen, weil er in einem letzten Sinne unrealistisch wäre. Man kann, so scheint mir, dieses Unrealistische nur mit dem biblischen Verständnis der Geschichte begründen: Wer nämlich in diesem pauschalen Sinne eine Abschaffung der Atombombe fordert, rechnet nicht mit der Realität des gefallenen Menschen. Denn die Welt dieses Menschen ist durch Angst und Mißtrauen bestimmt; sie ist mit unberechenbaren Menschen und Mächten angefüllt. Die Geschichte vom babylonischen Turmbau — wir sahen das — beschreibt diese Welt der füreinander unberechenbar Gewordenen, der voreinander Geängstigten und darum zentrifugal Auseinandergetriebenen. Das heutige Verhältnis von Ost und West, das durch keine gemeinsamen und verbindenden Werte mehr bestimmt ist, aktualisiert diesen Weltzustand in einer äußersten Form und macht das Mißtrauen zu seiner entscheidenden Signatur.

Dieses Mißtrauen wirkt sich nun sofort auf die Atomfrage aus: Aus Angst, daß der andere Partner doch heimlich Atomwaffen produzieren könnte oder daß er die vorhandenen Bomben trotz aller Abrüstungsverträge nicht vernichten, sondern sie vergraben könnte, oder daß er den Auslöseknopf für einen nuklearen Angriff einen Moment eher auslösen könnte — aus dieser Angst heraus wird keiner der beiden Partner auf den relativen Sicherheitsfaktor der Äquivalenz der Kräfte verzichten. Das eigentliche Hemmnis besteht also primär gar nicht in politischen oder strategischen Überlegungen, sondern es gründet im Menschlichen, eben in diesem Mißtrauen. Dieses Mißtrauen beruht seinerseits wieder auf der Preisgabe letzter verbindlicher und darum auch verbindender Werte. Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen, und verzeihen Sie mir, wenn das Bild selbstverständlich hinkt: Wenn sich zwei tödlich verfeindete Männer in einem Zimmer plötzlich mit entsicherter Pistole gegenüber treten und wenn sie nun, weil das ja für beide eine sehr lebensgefährliche Situation ist, verabreden, daß sie auf das Kommando „drei“ alle beide ihre Pistole zum Fenster hinauswerfen, so kann es sehr wohl sein, daß sie bei „drei“ alle beide doch die Pistole in der Hand behalten. Denn jeder hat dem anderen zugetraut, daß er trotz der Abmachung seine Pistole eben nicht hinauswirft und daß er dann der Überlegene ist. Verträge und Abmachungen sind eben problematisch, wenn der menschliche Zustand des Mißtrauens nicht bereinigt ist.

An dieser Stelle — ich meine sogar: nur hier — sitzt die eigentliche Not unserer Welt. Hier sitzt auch die Verklammerung bei allen Abrüstungsgesprächen. Denn Mißtrauen läßt sich nicht durch Klugheit und Diplomatie überspielen. Es läßt sich nicht einmal durch den tatsächlichen Wunsch beider Seiten (auch den der Sowjetunion!) beseitigen, daß es doch eine Möglichkeit geben möchte, um den wirtschaftlichen und psychischen Druck der Atomrüstung vom Nacken zu wälzen. Im Grunde ist sich wohl jeder ernsthafte Beobachter über die Tatsache

dieses Mißtrauens klar. Es kommt nur darauf an, in ihm, und also in einem menschlichen Problem, die letzte Wurzel allen Übels zu erkennen und damit seinen realpolitischen Rang richtig einzutaxieren.

Weil also dieses Mißtrauen eine Tatsache ist, geschieht nun notwendig etwas, das die Geschichte in anderer Form stets gekannt hat. Das Mißtrauen gegen den Menschen ist nämlich stets in dem Maße gewachsen, wie dieser Mensch sich Macht zueignete. Das ist auch ganz natürlich: Ein Mensch, dem man nicht trauen kann, ist ja um so gefährlicher, je mächtiger er ist. Da die Macht nun noch zusätzlich verführerische Stimulanzien enthält, kann auch ein relativ harmloses Gemüt durch ihren Besitz zum Straßenräuber werden. Auf dieses Mißtrauen gegenüber dem Mächtigen und also auf ein durchaus kritisches Menschenbild ist die Demokratie aufgebaut. Denn zum Axiom jeder demokratischen Verfassung gehört es, eine Machtakkumulation an einer Stelle, also ein Machtmonopol, zu verhindern und statt dessen die Macht zu teilen und zu kontrollieren. Auf dieser Einsicht beruht das Prinzip der sogenannten Gewaltenteilung. Was sich nun im Großraum unserer Welt gegenwärtig vollzieht, ist tatsächlich nichts anderes als dieser Versuch, aus dem Mißtrauen gegenüber dem Atommächtigen heraus eine Art atomarer Gewaltenteilung herbeizuführen und damit ein Gleichgewicht der Kräfte, eine Art Neutralisierung der Atomgewalt herbeizuführen.

Leider stimmt die Parallele aber aus mehreren Gründen nicht genau: Einer der Gründe, warum sie nicht stimmt, ist der, daß jede der beiden Gewalten losbrechen kann, dann aber nicht zu einer Diktatur innerhalb des bisher ausgewogenen Systems, sondern zur Vernichtung des Systems selbst führen muß. Es fehlt eben eine Alternative zu dieser höchst fragwürdigen atomaren Gewaltenteilung. Die kontrollierte Abrüstung, von der ich meine, daß sie unsere einzige Chance sei, ist doch nur eine sehr bedingte Alternative. Denn wenn sie einigermaßen realisierbar sein soll, dann wird sie sich ja selbst wieder innerhalb des Systems der Gewaltenteilung vollziehen. Auch eine kontrollierte Abrüstung wird sich ja nur in Stufen entwickeln können, die genau miteinander synchronisiert sind, und man wird auf jeder Stufe ängstlich darauf bedacht sein, daß die Äquivalenz der Kräfte nicht verletzt wird. Keine Alternative zur atomaren Gewaltenteilung ist es dagegen, daß einer der beiden Partner eine Verzichtvorleistung treffen soll, die ihn dem anderen ausliefert. Ob der Verzicht der Bundeswehr auf taktische Atomwaffen eine Vorleistung dieser Art wäre, das ist eine Frage, die der Nichtfachmann nur stellen kann, für deren Beantwortung ihm aber die Kompetenz fehlt. (Er kann auch darüber eine persönliche Meinung haben. Aber sie besitzt nicht den Grad von Verbindlichkeit, den jedenfalls ein Theologe braucht, um sich ex officio dazu zu äußern.)

Damit glaube ich begründet zu haben, warum ich die pauschale Forderung, Atomwaffen einfach abzuschaffen, für unrealistisch halte und warum ich die Überzeugung vertrete, daß in der gefallenen Welt und unter dem Verlust der Mitte der Friede der Angst ein Verhängnis ist, an dessen prinzipielle Beseitigung zu glauben, schwärmerisch wäre. Das Wort des Herrn: „In der Welt habt ihr Angst“, ist ein Wort des äußersten Realismus. Die wirkliche Überwindung der Angst ist in einer anderen Dimension als der des Politischen zu suchen. Im Neuen Te-

stament, heißt es: Ändert euren Sinn, denn das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen. Heute heißt es: Ändert euren Sinn, vertragst euch und koexistiert, denn die Atombombe ist nahe! Natürlich liegen beide Aussagen auf einer anderen Ebene. Diese Feststellung kann aber selbstverständlich nicht bedeuten, daß wir einem Fatalismus frönen und es mit dem Verse halten sollten: „Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist.“ Auf das, was meiner Meinung nach sehr wohl zu ändern ist, komme ich gleich noch zu sprechen.

Wohl aber bedeutet diese Feststellung, daß wir uns vor allen doktrinären Alternativen hüten müssen. Darunter verstehe ich etwa die Alternative, wir hätten uns zu entscheiden zwischen einem konsequenten Pazifismus oder einer ebenso konsequenten Aufrüstung mit atomaren Waffen. Beides ist falsch. Die konsequente beiderseitige Aufrüstung, also der Wettlauf nach dem Höchstmaß atomarer Macht, stellt uns vor die Möglichkeit der Weltvernichtung. Aber auch der Pazifismus ist eine trügerische Lösung, und zwar sowohl in seiner rationalen wie in seiner ideologischen Gestalt. Der rationale Pazifismus vertritt die These — wenn ich mich eines Satzes von Weizsäcker bedienen darf —, „die Menschen müßten die Schrecken des Krieges nur vernünftig einsehen, dann würden sie schon mit Krieg und Kriegsrüstung aufhören“. Danach „wäre die Fortdauer der Kriegsgefahr nur der Verblendung der Politiker zuzuschreiben“. „Warum gibt es denn dann immer wieder verblendete Politiker? In Wirklichkeit sind die Kriege doch sichtbare Verdichtungen jener Konfliktstoffe, die in den irrationalen Tiefen des menschlichen Wesens ständig schwelen.“ Weil diese Konfliktstoffe rational nicht zu beherrschen sind, sondern weil die Vernunft selber in ihnen Partei und also in sie verstrickt ist, darum ist der rationale Pazifismus illusionär.

Aber auch der ideologische Pazifismus hat unrecht. Unter ihm verstehe ich den Versuch — wie ihn Tolstoj etwa vertreten hat —, den neustamentlichen Satz „Widerstrebt nicht dem Übel“ aus der Sphäre der persönlichen Ich-Du-Beziehung herauszunehmen und ihn zu einem Paragraphen der Weltverfassung zu machen, in seinem Namen also Polizei, Staatsanwalt, Militär und ähnliche Bremsen des Bösen abzuschaffen und es frei bis zur Erschöpfung ausrollen zu lassen. Dieser Versuch überträgt aber den Satz Christi in ein ihm fremdes Metier und läßt ihn absurd werden. Es kann zwar sehr wohl mein persönlicher Auftrag sein, einem anderen Menschen nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten, sondern im Ertragen seines Angriffes, also in der Setzung eines neuen Anfanges, und in der Initiative der Liebe die Chance entstehen zu lassen, daß wir beide aus dem Teufelszirkel des Vergeltungsprinzips herausfinden. Ich kann dieses Wagnis der Liebe aber nicht zum Prinzip der Weltordnung und also der Politik werden lassen. Denn in diesem Bereiche trage ich nicht nur die Verantwortung für mich selbst, sondern auch für die Ordnung als solche und außerdem für Menschen und Güter, die mir anvertraut sind. Hier würde ich durch ein bloßes Ertragen nur das Recht des Stärksten und des Zynischsten triumphieren lassen. Der biblische Gedanke, daß der Staat eine göttliche Ordnung sei und daß er mit Macht ausgerüstet sei, um zu wehren und zu schützen, ist die schärfste Antithese gegenüber diesem ideologischen Pazifismus.

Es geht also immer wieder um das gleiche Gesetz: Wir dürfen die Welt nicht anders sehen wollen, als sie ist. Und sie ist eben ein Zustand zwischen Sündenfall und Jüngstem Gericht. Wer sie zur Hölle macht — und das könnte ja durch eine ungesteuerte Atomrüstung geschehen —, vergreift sich ebenso an diesem ihrem Wesen wie derjenige, der sie vorzeitig zu einem Himmel machen möchte, wie das der pazifistische Träumer tut. Der eine dient dem Götzen der Angst und der andere dem Götzen der Illusion.

Es ist merkwürdig, daß gerade der Christ hier zur Nüchternheit, und das heißt, doch wohl zum Realismus gerufen ist und zu rufen hat. Sein Realismus besteht darin, daß er nie das Absolute wollen darf, weil es Götzendienst wäre, und daß er durch den Verzicht auf das schwärmerisch und auf das schauerlich Absolute, auf die Illusion des Weltfriedens und auf die Illusion des Gleichgewichtes der Atomriesen, an die nächsten und realisierbaren Teilstücke von Aufgaben gewiesen wird. Das Vaterunser lehrt uns nicht um die komplette Brötration zu bitten, die unsere Ernährung bis ans Ende unserer Tage sichert, sondern um das Stück Brot, dessen ich heute bedarf. Das Christentum heiligt die nächste Wegstrecke, nicht die Fernziele. Auch das Reich Gottes ist keine ferne Utopie, sondern es ist mitten unter uns. Nicht um politische Ratschläge zu erteilen, sondern nur um zu illustrieren, was ich mit diesen Teilstücken meine, greife ich zwei Beispiele heraus:

Einmal würde auf dieser Linie, so meine ich, der Vorschlag Eugen Gerstenmaiers liegen, einen bedingten Verzicht der Westmächte auf Bombenexperimente anzustreben. Dieser Vorschlag ist im Rahmen unserer Fragestellung geradezu ein klassisches Modell. Denn er schlägt einen ersten, sehr bescheidenen, aber eben einen Initiativschritt vor, der nicht einfach nach dem Gesetz von Aktion und Reaktion konzipiert ist, sondern der sich tastend aus der Spirale des Wettüstens herausbewegt. Hier geht es nicht darum, daß der erste Schritt und der erste Kreditnachweis vom Kontrahenten erwartet wird, sondern daß man selber anfängt. Eine derartige Initiative wäre auch das einzige Therapeuticum, das in der Lage wäre, die Last des Mißtrauens um einige Gramm zu erleichtern und damit an den Herd des Weltleidens heranzukommen. Denn der erste Schritt zu einem solchen Verzicht ist ja ein Alibi für die Ernsthaftigkeit der Absicht und hilft also, Mißtrauen abzubauen. Daß der Verzicht nur bedingt sein kann und daß damit dem Kontrahenten die Verantwortung dafür zugeschoben wird, ob der Verzicht von Dauer ist und ob ihm ein nächster Schritt folgen kann, das ist das Äußerste, was im Rahmen des politischen Kräftespiels möglich ist. Aber dieser erste Schritt muß auch getan werden, wenn das größere Ziel, nämlich eine kontrollierte Abrüstung, ernsthaft angepeilt werden soll.

Das zweite Beispiel, das ich anführen möchte, besitzt nicht diesen Grad von Eindeutigkeit. Und trotzdem kann ich nicht daran vorübergehen. Ich meine den Vorschlag der Atomforscher, daß die Bundesrepublik nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden dürfe, damit nicht in Form einer Kettenreaktion nun alle kleineren Völker ebenfalls zu Atommächten werden und so eine unabsehbare Fülle radioaktiver Gefahrenherde entsteht. Ganz gleich wie man diesen Vorschlag sachlich beurteilt: Ich muß jedenfalls gestehen, daß es mir großen Eindruck

gemacht hat, daß auch hier — ich drücke mich einmal so aus — das „Ethos des ersten Schrittes“ vertreten wird.

Dieses Gremium von Forschern hat ja durchaus Sinn dafür, daß keine der Großmächte einseitig auf Atomwaffen verzichten kann. Aber, so heißt es, „ein kleines Land ... kann das tun, und unsere Meinung ist, unsere eigene Heimat, Deutschland, solle es tun“ (Weizsäcker, Die Welt, 30. 4. 1957). Ich stimme in einem Punkt jedenfalls den Forschern zu: daß, wenn man eine solche politische Überzeugung hegt, es in der Tat richtig ist, sich nicht an die Atomkollegen der anderen Länder, sondern an die eigene Adresse zu wenden und gleichsam den Dienstweg einzuschlagen. Ich muß jetzt, so heikel das an dieser Stelle auch sein mag, eine Lanze brechen — nun nicht für die politischen Thesen jener Forscher, aber für die ethische Bedeutung ihres Appells. Ich bitte Sie, mir das Vertrauen zu schenken, daß ich damit nicht negativ kritisieren, sondern den Rang des Gewissens in unserer Zeit herausstellen möchte. Die Art, wie jeder Appell teilweise mißdeutet worden ist, weist hin auf eine Wunde unserer inneren Situation. Auch wenn wir meinen, sachlich anders entscheiden zu sollen, müssen wir zunächst seinem Anspruch standhalten und ihn also verstehen. Ich bitte Sie, mir bei diesem Versuch des Verstehens einen Augenblick zu folgen.

Weder ein Atomwissenschaftler noch ein Theologe oder, sagen wir konkret: weder Herr v. Weizsäcker noch ich können m. E. verantwortlich beurteilen, ob das Wagnis, die Bundeswehr nicht mit Atomwaffen zu versehen, strategisch zu verantworten oder gar zu fordern ist. Herr v. Weizsäcker hat in sehr fairer Weise bestätigt, daß die Schlußfolgerungen des Herrn Bundeskanzlers, also seine sehr anderen Forderungen, „konsequent im politischen Calcul“ seien. Aber er lehnt die Zuständigkeit des politischen Calculs als des einzigen Kriteriums eben ab und fordert einen zeichenhaften Akt des Verzichtes, der sich dann schon als erster Schritt zu einer kontrollierten Abrüstung fruchtbar erweisen werde. Es geht hier also, wenn ich Weizsäcker recht verstehe, am Schlüsselpunkt seiner Überlegung weniger um eine Argumentation als um ein Bekenntnis, nicht eigentlich um eine Äußerung des Wissens als um den Anruf des Gewissens. Man wird nun einem Manne von dem geistigen Range Weizsäckers nicht zutrauen, daß er hier einfach emotional würde und alle Vernunftsargumente beiseite schöbe, obwohl man sagen muß, daß jener Appell weithin rein emotional und damit gefährlich gewirkt hat, daß er nicht nur — entgegen der Absicht — an die Gewissen gerührt, sondern auch das Gesetz des geringsten Widerstandes angekurbelt hat. So billig aber kommt der ernsthafte Hörer nicht davon, auch nicht als Politiker. Ich meine die These Weizsäckers vielmehr so interpretieren zu sollen, daß er meinte: Eine Tat des Gewissens setzt einfach auch neue politische Fakten, sie bewirkt eine Initialzündung und ändert darum die realen Verhältnisse. Er sagt sich vermutlich ebenso wie seine Kollegen: Wenn an einer Stelle, die sich im Unterschied zu den Großmächten einen Verzicht auf Atomwaffen noch einigermaßen leisten kann, wenn an dieser einen Stelle ein solches Zeichen des Ernstes aufgerichtet wird, dann wird das nicht nur auf den Osten nicht ohne Eindruck bleiben, sondern dann wird das auch im eigenen Lager den Willen zu Abrüstungsverhandlungen intensivieren. Es muß eben etwas getan wer-

den, und man selber ist es, der damit anfangen muß.

Ich muß allerdings gestehen, daß ich nun, was den Vorschlag für einen konkreten modus procedendi anbelangt, für meine Person über bestimmte sachliche Bedenken nicht hinweg kann. So würde ich etwa die Frage stellen, ob durch diese Form einer Abrüstungsinitiative nicht möglicherweise, selbstverständlich wider Willen, dem östlichen Streben in die Hände gearbeitet würde, den Westen zu zersplittern und seine Geschlossenheit aufzubrechen. Das zu beurteilen ist nicht meines Amtes, und ich erwähne es nur, um anzudeuten, daß meine Solidarität mit der ethischen Seite jenes Appells nicht in den Einzelheiten ihrer Argumentation gründet. Wofür aber Männer, die kein politisches Mandat haben — wie etwa Albert Schweitzer oder die zuständigen Wissenschaftler oder auch die Kirche — sorgen müssen, das ist dies (und das möchte ich nun um so nachdrücklicher sagen): Sie dürfen die Politiker nicht an der damit aufgeworfenen Gewissensfrage vorüberlassen. Sie dürfen sie nicht an der Frage vorüberlassen, ob das politische Calcul in jedem Falle die letzte Instanz zu sein habe und ob nicht auch in der Politik die wagende zeichenhafte Tat ihren Ort habe.

Wir müssen damit den ersten grundsätzlichen Teil dieses Referates noch um ein letztes Argument erweitern. Es geht nämlich nicht nur um die Frage: Wo hat das Gewissen inmitten eigengesetzlicher Prozesse noch eine Chance? Sondern es geht auch um die Feststellung, daß das wagende Gewissen unter Umständen selber Chancen eröffnet. Es gibt so etwas wie die Wirksamkeit des Zeichens — des Zeichens der eigenen Glaubwürdigkeit, des Zeichens wider das lauernde Mißtrauen. Vielleicht ist der Verzicht auf Atomwaffen für die Bundeswehr ein ungeeignetes, ein nicht durchführbares Zeichen. Aber wenn es so ist oder sein sollte, dann bleibt damit die ethische Pointe jenes Appells der Atomforscher doch in Kraft, nämlich einen eigenen, aktiven und zeichenhaften Beitrag zu leisten, damit es nicht zum supernuklearen Inferno kommt. Ich würde meine Kompetenz überschreiten, wenn ich hier mit Vorschlägen ins politische Detail gehen wollte. Wohl aber kann ich etwas anderes tun, und ich meine, hier nicht kneifen zu dürfen. Ich kann und muß nämlich in diesem Zusammenhang eine ethische Frage stellen, und ich bitte, es mir nicht als Einmischung in ein fremdes Geschäft auszulegen, wenn ich diese Frage nicht ohne eine kleine politische Reflexion vorbringen kann:

Eine Zeitlang wurde doch, wenn ich recht unterrichtet bin, die These vertreten, daß die Bundeswehr konventionelle Waffen haben solle, weil es nur mit deren Hilfe möglich sei, lokale Konflikte zu beherrschen. Eine Atomausrüstung — so sagte man — werde stets die Gefahr mit sich bringen, einen Weltbrand auszulösen, und sei darum nur ein Klotz am Bein, wenn man begrenzten Aggressionen entgegenzutreten habe. Es werde sich nie lohnen, wegen eines lokalen Brandherdes den Todeskampf der Giganten zu entfesseln. Darum sei man mit Atomwaffen in seiner Abwehr nur steril. Könnte es nun nicht sein, das ist jetzt meine ethische Frage, daß die Vereinten Nationen oder die eine oder andere Nation an dieser Konzeption deshalb irre geworden wären, weil eine konventionelle Bewaffnung ungeheure menschliche, wirtschaftliche und innenpoliti-

sche Anforderungen stellt — einfach deshalb, weil die Heere ja viel größer sein müßten und weil dann zum Beispiel der Wirtschaft erhebliche Menschenreserven entzogen werden, die sie dringend braucht? Könnte es vielleicht sein, daß man im Westen sein Abwehrpotential billiger, menschenmäßig billiger, haben möchte? Fassen Sie das bitte genau als das auf, als was es gemeint ist, nämlich als eine Frage an das Gewissen der Politiker. Ich weiß nicht, wie die Antwort darauf zu laufen hätte. Ich weiß es wirklich nicht. Mir fehlen die Informationen. Aber vielleicht wissen es die Politiker. Darum muß ich diese im Grunde furchtbare Frage stellen, weil das nun meines Amtes ist. Ich meine, die Politiker dürften nicht an der Überlegung vorüber, daß die Bereitschaft, dem Atomkrieg entgegenzutreten, möglicherweise sehr viel kostet, nämlich eben jenen Menschenaufwand für die konventionelle Rüstung kostet, und daß hier der Wunsch nach billigeren Preislagen selbstmörderisch sein, daß er nämlich den absolut teuersten Preis fordern könnte: eben die Weltkatastrophe. Ich frage nur, ob es so sein könnte; aber ich muß eben fragen. Wenn trotzdem eine Entscheidung für die Atombewaffnung gefällt werden muß, dann sollte sie nicht gefällt werden, ohne daß diese Fragestellung durchschritten wurde.

Mir liegt also sehr viel daran, meine Damen und Herren — und das haben Sie wohl bemerkt —, daß der Appell der Atomforscher nicht deshalb ungehört verhallt, weil einzelne seiner politischen Argumente diesem und jenem politisch unhaltbar zu sein scheinen. Hier ist doch viel mehr, hier ist doch Größeres geschehen. Darum kann ich nicht anders, als jetzt in allem Ernste ein kritisches Wort zu sagen, das Menschen in den verschiedensten Parteien treffen mag: Es ist ein sehr ernstes Krankheitssymptom und ein Zeichen für die Vergötzung der politischen Eigengesetzlichkeit, wenn weite Kreise, auch unter den Politikern, einen Gewissensappell gar nicht mehr als solchen hören und verstehen können, sondern ihn entweder politisch interpretieren oder ihn politisch ausnutzen. Wenn die Korrespondenz der einen Partei (dem Sinne nach) schreibt, daß die achtzehn Atomforscher die Funktionäre einer sehr fragwürdigen politischen Regie seien, und wenn eine andere Partei nichts Eiligeres zu tun hat, um sie zu Motoren in ihrem eigenen Wahlkampf zu machen, also das Wertpapier einer Gewissens- und Schicksalsfrage in parteipolitisches Kleingeld umzumünzen, dann kann ich nur sagen, daß das ganz einfach traurig ist und daß es nicht dazu dient, die innere Glaubwürdigkeit solcher Politiker zu legitimieren. Es war mir darum ein Trost, im Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zu bemerken, mit welchem Ernst er aus dem Appell der Atomforscher die Gewissensfrage herausgehört hat und wie unantastbar seine Fairneß gegenüber dieser Ebene der Auseinandersetzung ist, auch wenn er eine sachlich andere Position einnimmt — und ich bin überzeugt: auch aus Gewissensgründen. Ich kann hier nur das gleiche bezeugen, was auch Weizsäcker über das Kanzlergespräch gesagt hat. Im übrigen sollte man sich doch, statt über die Fragwürdigkeit einzelner Argumente die Nase zu rümpfen, ganz einfach freuen, daß führende Wissenschaftler aus dem Getto ihrer Laboratorien und Studierstuben heraustreten und die Verflochtenheit ihrer Wissenschaft in gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge ernst

nehmen, auch wenn sie das vielleicht mit fragwürdigen politischen Argumenten tun. Schon weil in jenem Appell nicht nur die sogenannte „wissenschaftliche Verantwortung“, sondern weil hier die Verantwortung des Wissenschaftlers für ein Ganzes proklamiert wird, halte ich ihn für ein ethisches Ereignis.

Um die Tragweite dieses Ereignisses abzuschätzen, erlaube ich mir eine kleine Erinnerung: Nach dem Zusammenbruch von 1945 wußten einige führende Wissenschaftler, Techniker und Militärs auf die Frage, warum sie bei diesen und jenen Fragwürdigkeiten mitgewirkt hätten, nur zu antworten: Sie hätten auf Befehl gehandelt. Das ist die typische Antwort des Nur-Spezialisten, der zum Funktionierer, zum bloßen Ausführungsorgan geworden ist. Man wird nun nicht einfach sagen dürfen, daß er dadurch ein Verbrecher sei. Denn innerhalb seines Fachbereichs hat er durchaus sein Ethos. Aber dieses Ethos ist degeneriert. Er fragt nämlich nicht mehr: Vor welchen Wagen bin ich gespannt, wessen Geschäfte treibe ich, für wen suche ich physikalische Formeln, oder für wen konstruiere ich Bomben? Kann ich es überhaupt verantworten, hier mitzumachen? Sondern er fragt nur: Wie kann ich meine Formeln so sorgfältig wie möglich errechnen, wie kann ich meine Pflicht — die Pflicht des Ausführers — so treu wie möglich erfüllen? Die Degeneration dieses Ethos besteht also darin, daß es von einer personalen Entscheidungsverantwortung zu einer sachlichen Ausführungsverantwortung abgesunken ist. Ohne diese (in ihrer Weise durchaus braven) Vertreter der Ausführungsverantwortung, ohne diese „Einsatzbereiten“ hätte Hitler seine Geschäfte nie machen können. Sie sind in einem hintergründigen Sinne Hauptschuldige und nicht nur Mitläufer.

Darum möchte ich Sie alle ermuntern, sich nicht dem Segen solcher Appelle dadurch zu entziehen, daß Sie nur einzelne ihrer Argumente in Frage stellen, natürlich ist das Ihr gutes Recht, sondern daß Sie sich darüber freuen, daß solche Äußerungen und Verantwortungen überhaupt laut werden. Sie zeigen doch, daß an dieser Stelle die verhängnisvolle Degeneration des Ethos überwunden ist und daß führende Gelehrte ihre Arbeit nicht einfach als Selbstzweck, sondern auch als einen Dienst verstehen, daß sie darum verantwortlich fragen müssen, wem sie dienen. Sie wollen weder nur Funktionierer noch bloße Fachexperten, sondern sie wollen Partner des Politikers sein. Denn nur in der Partnerschaft kann die eigene Entscheidungsverantwortung wahrgenommen werden.

Gewiß sind Politik und Wissenschaft Bereiche *sui generis*, und auch die geistige Konstitution des Wissenschaftlers ist von der des Politikers verschieden. Aber, worauf es ankäme, so sagt Weizsäcker, und ich stimme ihm zu, wäre die gegenseitige Ergänzung beider Erfahrungsbereiche. Der Politiker, der sich nicht mehr von außen her — sei es von seiten der Wissenschaft, sei es durch die Instanzen des Glaubens — einer scharfen Befragung aussetzen lassen will, droht dem Fatalismus einer ungesteuerten Eigengesetzlichkeit zu verfallen, und unter seinen Händen könnte die Welt zum Dschungel werden. Der Wissenschaftler und Techniker, der die Verantwortung für das verleugnet, was seine Wissenschaft transzendiert und was sie als politisch-gesellschaftliches Gefüge umgibt, wird zur trostlosen Gestalt des Funk-

tionierers und Nur-Spezialisten, der sein Können an jede beliebige und noch so fragwürdige Instanz vermietet. Und die Kirche, die nur noch die Innerlichkeit kultiviert, statt ihr Wächteramt wahrzunehmen, entortet zu einem religiösen Verein und überantwortet sich dem Getto. Ich meine, hier dürfte es nur ein Miteinander geben.

Darum möchte ich nun meinerseits an die Politiker appellieren: Es hieße doch, dieses Miteinander im Keime zu ersticken, wenn man den anderen nur des Dilettantismus zeihet, wenn man den Atomforschern vorwirft, sie hätten hie und da ihre Kompetenz überschritten, oder wenn man das gleiche manchen forschen und radikalen, aber vielleicht doch sehr umgetriebenen Vertretern kirchlicher Kreise vorwirft. Wie vieles könnte hier anders und aus einem sterilen Vorbeireden zu einem schöpferischen Miteinander werden, wenn man mehr Kontakt miteinander hielte. Müssen erst solche Leuchtkugeln wie der Atomforscher-Appell hochgeschossen werden, damit man so etwas zu ahnen beginnt? Und hätte diese Leuchtkugel nicht vielleicht eine andere Art von Funken und Farben erzeugt, wenn man vorher Auge in Auge miteinander gerungen hätte?

Die Tatsache des Wirtschaftswunders und viele andere Wohlgereimtheiten in unserer Bundesrepublik dürfen uns ja nicht darüber hinwegtäuschen, daß tiefe Risse durch die Mauern und Fundamente unseres Hauses gehen. Wir sind ja alles andere als einig. Wir denken gefährlich massiv in Fronten, ganz gleich, ob wir an die Sozialpartner oder ob wir an die Parteien denken. Man verliert aber keineswegs, so meine ich, das Profil, das wirklich zu wünschende Profil seiner sozialen oder politischen Überzeugung, wenn man trotz aller Verschiedenheit der sachlichen Position den Menschen der anderen Front im Auge behält und sucht. Jedenfalls scheint mir die christliche Botschaft gerade an dieser Stelle berufen zu sein, maßgebliche Impulse auf die Politik auszustrahlen: Denn alles, was uns hier von Nächsten- und sogar von Feindesliebe gesagt wird, ist doch so zu verstehen, daß der andere für mich eben nicht nur der Repräsentant einer Front, einer Interessengruppe oder eines Programms ist. Wäre er nur das, so würde unsere Mitmenschlichkeit sich in bloße Freund-Feind-Verhältnisse zerlegen und von da aus einen bestialischen Begriff der Politik entstehen lassen. Vielmehr sagt uns das Evangelium, daß der andere mehr sei als der bloße Vertreter einer Front, daß er noch in einer ganz anderen Dimension beheimatet ist und daß ich ihm von hier aus verpflichtet bin.

Wenn ich das so feststelle, dann ist das nicht eine kleine religiös-erbauliche Eskapade, die ich mir erlaube, um die Härte unseres Themas durch ein frommes Luftkissen abzumildern, sondern dann ist das eine Aussage von politischer Bedeutung. Ich möchte damit nämlich sagen, und gerade im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf, daß alles geschehen sollte, um durch menschliche Kontakte eine wirkliche Sachlichkeit der Fronten zu erreichen. Das klingt paradox, aber es ist so. Man ist nämlich nicht sachlich, wenn man den anderen nur noch als Funktionär seiner Gruppe wertet und ihn nicht mehr als Person sieht. Dann wird er für mich zur Karikatur, und eine Karikatur kann ich ja nicht sachlich bekämpfen. Dann schleicht sich sofort auch das Mißtrauen sowie die Neigung ein, die Motive des anderen zu diskreditieren. Unter der Diktatur des Mißtrauens kann ich aber wiederum

nicht sachlich kämpfen. Ich bin dann zum Beispiel außerstande, Person und Sache zu unterscheiden. Wer den anderen nicht mehr von Angesicht zu Angesicht sieht und nur noch in der Zeitung von den Reden liest, die er gehalten hat, der macht ihn zum Zerrbild. Wer weiß, ob der Bundeskanzler und die Atomforscher, als sie sich zunächst nur in gedruckten Äußerungen und Gegenäußerungen gegenüberstanden, sich nicht auch einen Augenblick wie Zerrbilder erschienen, als eiskalter Realist auf der einen und als weltfremdes Gelehrte ngremium auf der anderen Seite. Es wäre jedenfalls sehr menschlich, wenn es so gewesen sein sollte. Aber dann haben sie eben miteinander geredet, und es ist ein anderes Klima entstanden, innerhalb dessen die sachlichen Differenzen vielleicht nicht entschärft, aber innerhalb dessen die Differenzen eben sachlich wurden. Ich meine, auch das sei ein exemplarisches Ereignis, das in den anderen Bereichen der Politik ebenfalls Schule machen sollte. Wer sich von Angesicht zu Angesicht sieht, lernt an die Verantwortung des anderen zu glauben und ihn damit ernst zu nehmen. Und indem er Motive, Argumente und Informationen des anderen kennenlernt, werden die Fronten zwar nicht beseitigt, aber sie werden begradigt. Ich bin der festen Überzeugung, daß ein solcher Austausch zwischen Regierungsparteien und Opposition, zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Sozialpartnern, oder genauer formuliert: daß ein Austausch zwischen den verantwortlichen Menschen dieser Gruppen (neben der ethischen Bedeutung für das Vertrauen) ein Politicum allerersten Ranges ist. Man darf den anderen nicht aufgeben, auch wenn man ihm Auge in Auge widersteht. Kämpfen heißt nicht, auf Brückenbauen zu verzichten, und ein scharfes Überzeugungsprofil haben heißt nicht, daß der andere Profilierte für mich erledigt sei. Sachliche Konturen werden durch persönliche Begegnung nicht entschärft, sondern gerade genau.

Vielleicht mag der eine oder andere von Ihnen nun denken: Warum sagt er uns das ausgerechnet auf einem Parteitag? Was er sagt, ist vielleicht richtig, aber er hat sich in der Adresse vergriffen; denn es geht ja alle und nicht speziell uns an. Ja, das stimmt. Es geht alle an. Aber man erreicht diesen Herrn Omnes nicht, wenn man eine Streusendung an „jedermann“ losschickt, sondern man erreicht ihn nur, wenn an einer Stelle diese Verantwortung vernommen und dann auch übernommen wird. Und wem könnte die Aufgabe, hier eine befreiende Initiative zu entwickeln, mit größerem Recht zufallen als einer Partei, die das Wagnis unternahm, das schwere und verpflichtende Wort „christlich“ mit ihrem Namen zu verbinden? Dieses Wort vom Wesentlichen her zu erfüllen, dazu wollte ich ihnen Mut machen.

Wir haben in diesem Referat einen weiten Weg zurückgelegt und ein reichgegliedertes Gelände durchschreiten müssen. Über lange Strecken hin haben wir die Mühe gedanklicher Analysen auf uns genommen. Ich meinte, so vergehen zu müssen, weil gerade die Gewissensrufe, die uns durch Albert Schweitzer und die Atomforscher erreicht haben, gegen den Willen dieser Rufer sich in unserem Volke weithin in Emotionen, z.T. in panischen Emotionen und nicht in nüchternen Besinnungen ausgewirkt haben. Das ist nicht gut, und das kann — neben allem anderen — auch für den Wahlkampf eine Belastung werden, die den Rücken unseres Volkes wundscheuert. Denn auf diesem Rücken

wird der Kampf der Affekte ja ausgetragen. Darum kommt alles darauf an, daß die Redlichen und Besonnenen unserem Volke aus der Zone dumpfer Affekte heraushelfen und ihm zur Klarheit der Gedanken und zur Schärfung des Gewissens helfen.

Eine Partei ist ja eine politische Willensgemeinschaft, und Parteitage, vor allem in Wahljahren, haben doch wohl den Sinn eines Appells und einer Mobilmachung dieses Willens. Aber ich finde es dankenswert und verheißungsvoll, daß Sie entschlossen waren, an einer Stelle dieses Ihres Parteitages nicht nur Ihre Front zu formieren und einen gemeinsamen Willen für programmatische Ziele zu setzen, sondern an dieser einen Stelle einmal sich selbst gegenüberzutreten und in kritischer Wachheit nach den letzten Maßstäben zu fragen.

Sie kennen alle das Wort Storms: „Der eine fragt, was kommt danach, der andre: Ist es recht? Und also unterscheidet sich der Freie von dem Knecht.“ Der müßte ein armer Tropf und ein Banause sein, der sich nicht an dem Idealismus dieses Wortes freuen könnte. Und doch enthält dieses Wort nur die halbe Wahrheit.

Wer in Verantwortung steht, wer handeln muß und ein politisches Mandat hat, muß auch nach dem „Danach“ fragen, das durch sein Handeln provoziert wird. Denn er handelt ja nicht im freien Raum, sondern ist in jene Fülle von Verflechtungen und Gesetzen hineingegliedert, die wir ein Stückweit heute gedanklich zu durchdringen suchten. Er hat also Wirkungen seines Tuns vorauszuberechnen, er hat Reaktionen zu bedenken, und er hat Calcule aufzustellen. Weiß Gott: er hat nach dem „Danach“ zu fragen, und er muß darum auch im Kraftfeld der Kompromisse leben. Und doch darf er die Frage: „Ist es recht?“ als Maßstab nicht aus dem Blick verlieren; und doch muß er wissen, daß Verantwortungen zu bestehen und nicht nur Zweckmäßigkeiten zu regeln sind. Hält er diesem Wissen stand, dann wird zwar die Frage: „Was kommt danach?“ für ihn nicht verstummen. Sie wird sein Schicksal und sein Auftrag, und sie wird auch seine Last bleiben. Aber — er wird kein Knecht dieses „Danach“ werden. Mögen unserem Volke Menschen geschenkt sein, die um diese Freiheit wissen. Denn unser Volk ist ein vielfach „gebranntes Kind“, und es lechzt nach Menschen, die ihm Leitbilder sein können (Starker Beifall).

Vorsitzender Ministerpräsident von Hassel:

Bevor ich das Wort dem Herrn Präsidenten Schumann erteile, hat das Wort der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Meine lieben Parteifreunde! Ich bin Herrn Prof. Thielicke außerordentlich dankbar dafür, daß er auf unserem Parteitag diese Frage, die eine Gewissensfrage ist und bleibt, in so umfassender Weise behandelt und vor uns ausgebreitet hat. Ich bin überzeugt davon, daß seine Worte auf jeden von uns Eindruck gemacht haben, so daß seine Ausführungen von uns auch nach dem Parteitag weiter überlegt werden. Aber ich möchte mir doch erlauben, einige Worte zu seinen Ausführungen zu sagen. Zunächst bin ich glücklich, ihm versichern zu können, daß seine Ausführungen eine Kontrolle meiner eigenen Gewissenerforschung gewesen sind (Beifall).

Ich bin ihm auch sehr dankbar für die Worte, daß ein Unterschied bestehe zwischen demjenigen, der handeln muß, und demjenigen, der nicht handelt. Das ist in Wahrheit ein unendlich großer Unterschied. Ich möchte aber folgendes hinzufügen: Es ist nicht nur ein Unterschied gegenüber dem, der handeln muß, sondern auch gegenüber dem, der unterläßt; denn das Unterlassen ist die negative Seite des Handelns (Beifall). Durch ein Unterlassen kann man genau so schuldig werden wie durch ein Handeln (Starker Beifall).

Das ist ja die unendlich schwere Aufgabe aller derjenigen, die auf politischem Gebiet Entschlüsse zu fassen oder zu unterlassen haben, daß sie vor ihrem Gewissen abwägen müssen: Was ist Gewissenspflicht? Zu handeln oder zu unterlassen? Denn, meine Freunde — ich wiederhole —, das Danach gilt in gleicher Weise für das Handeln wie für das Unterlassen.

Sagen möchte ich nun, daß mir diese Gewissenskonflikte wahrhaftig nicht fremd sind. Es war für mich eine Gewissenssache, und ich war in einem sehr ernsten Konflikt mit mir selbst, ob ich Schritte tun sollte, um wieder eine Wehrmacht aufzustellen. Ich habe diesen Schritt nur getan, weil ich davon überzeugt war, daß sonst das deutsche Volk verloren sei (Beifall).

Ich spreche deswegen so ausführlich darüber, um Ihnen klarzulegen, daß auch ich das Ja oder das Nein sehr ernst abgewogen habe. Nicht nur das Ja, sondern auch das Nein zu solchen Fragen, die dem Menschen, der nun einmal an eine verantwortliche Stelle gestellt ist, mit einer schweren Gewissenslast belegt. Dieser Last kann er nicht ausweichen; er muß sie tragen; er muß sich nur darüber klar sein, daß er seinem Gewissen für die Entscheidung verantwortlich ist (Beifall).

Nun stellt sich aber diese Frage insofern etwas anders, als die Entscheidung, ob die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll, noch garnicht gestellt ist; der größten Wahrscheinlichkeit nach wird diese Frage auch erst nach zwei, vielleicht erst nach drei Jahren gestellt werden. Die Kunst des Politikers muß es doch sein, erst dann Entscheidungen zu treffen, wenn sich die Folgen dieser Entscheidung überschauen lassen, wenn die Zeit reif ist (Beifall).

Aber der Politiker darf sich niemals aus irgendwelchen Motiven heraus — ich spreche jetzt nicht von den Atomwissenschaftlern — vorzeitig zu einer Entscheidung in einem Augenblick drängen lassen, in dem die Tragweite des Ja oder des Nein überhaupt noch nicht bis zum letzten Ende zu übersehen ist (Starker Beifall).

Meine Freunde! Die Haltung der Bundesregierung und unserer Fraktion in dieser Angelegenheit, zu einer vielleicht später in Frage kommenden Entscheidung ja oder nein zu sagen, war um so leichter, als in London die Abrüstungskonferenz im Gange ist. Diese Abrüstungskonferenz ist aussichtsreicher, als es die bisherigen Abrüstungskonferenzen überhaupt gewesen sind. Ich will damit nicht sagen, daß sie einen Erfolg bringen wird, ich will nicht einmal sagen, einen halben Erfolg; zu Frieden können wir schon sein, wenn sie einen Teilerfolg bringt, weil

*) Der Vortrag von Prof. D. Dr. Helmut Thielicke erscheint in einer Veröffentlichung des Evangelischen Verlagswerkes, Stuttgart, unter dem Gesamttitle „Christliche Verantwortung im Atomzeitalter“, Ethisch-politisches Traktat über einige Zeitfragen.“ In der Schrift wird die Stellung der Evangelischen Kirche zur Politik und zu den Problemen der Zeit einer theologisch-kritischen Untersuchung unterzogen.

dann nämlich das Faktum gesetzt ist, von dem eben mein Herr Vordrner gesprochen hat, das dann auch hoffentlich weiterwirken wird. Warum ist diese Londoner Konferenz vielleicht aussichtsreich? Sie ist deswegen aussichtsreich, weil dann das Gesamtpotential der Kriegsmacht — ich spreche jetzt nicht von dem atomaren Potential; darin sind die Vereinigten Staaten zweifellos Sowjetrußland überlegen — zwischen diesen beiden großen Mächten, in deren Gefolge dann die kleineren Mächte sind, ungefähr — soweit man das überhaupt beurteilen kann — im Gleichgewicht sind.

In dem Augenblick, in dem wir den Antrag, der im Parlament gestellt war, befolgt und einen Beschluß gefaßt hätten: Die Bundeswehr wird nicht mit Atomwaffen ausgerüstet — wäre die Waagschale zugunsten Sowjetrußlands ausgeschlagen (Beifall).

Ich hätte Ihnen das alles in meiner Schlußrede klargelegt, aber so mußte ich es heute schon tun. Als ich die fünf Herren Atomwissenschaftler zu mir eingeladen hatte, habe ich selbst verhältnismäßig sehr wenig gesprochen, aber ich habe ihnen durch die Generale Heusinger und Speidel mit Hilfe von Karten einen Vortrag halten lassen, wie nun das Weltbild einmal ist, und zwar wie die Kräfte der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten und die Kräfte der Vereinigten Staaten und der auf ihrer Seite stehenden freien Völker verteilt und gelagert sind. Dann haben diese beiden Herren, die auf ihrem Gebiet doch sicher Sachverständnis beanspruchen können, vollkommen unbeeinflußt von mir, den Atomwissenschaftlern dargelegt: NATO-Truppen, die verschieden ausgerüstet sind — d. h. die einen mit technisch viel höher ausgerüsteten Waffen als die anderen — lassen sich nicht einheitlich führen. Die Herren haben das überzeugend klargelegt, so daß eine Entscheidung des Bundestages: Die Bundeswehr wird auch dann, wenn der Zeitpunkt für eine Entscheidung gekommen ist, nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet — geradezu ein Geschenk an Sowjetrußland gewesen wäre (Beifall).

Wir hätten damit die Aussichten dieser Abrüstungskonferenz gemindert; ja, wir hätten sie zerstört. Das war nun die Gewissensfrage, die in diesem Augenblick der Bundesregierung und dem Bundestag gestellt war: Sollten wir trotz der emotionalen Furcht, die plötzlich weite Kreise der deutschen Bevölkerung ergriffen hatte, dem Antrag der Opposition folgen, um damit wahrscheinlich zunächst wenigstens bei weiten Volkskreisen Beifall zu ernten, oder sollen wir trotz dieser emotionalen Furcht nach ernster und gewissenhafter Prüfung dabei bleiben: Diese Entscheidung lehnen wir ab, wir folgen nicht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn es bei der Abrüstungskonferenz zu einem guten Ergebnis kommt, dann ist dafür nicht zuletzt entscheidend die Haltung der Regierungskoalition und der Bundesregierung — trotz öffentlicher Meinung! (Beifall.)

So war die Situation! Wir haben die große Hoffnung, daß die Welt einmal, und zwar hoffentlich bald, befreit wird von dem Schrecken des Atoms, der über uns alle seine Flügel ausbreitet. Wir haben keinen sehnlicheren Wunsch, als daß dieser technische Fortschritt einmal ausschließlich zum Nutzen der Menschheit verwendet wird. Ich glaube, daß der Bundestag und die Bundesregierung auch dadurch ein Faktum gesetzt haben, daß wir in der fraglichen Bundestagssitzung beschlos-

sen haben: Wir werden uns einem Abrüstungsabkommen, das in London zustande kommt, ohne weiteres anschließen (Beifall).

Ich hoffe, daß das auch in Sowjetrußland gehört wird und daß Sowjetrußland nicht mehr sagt, wir seien diejenigen, die angreifen wollen. Etwas Lächerlicheres als diese Behauptung Sowjetrußlands kann man sich überhaupt nicht denken.

Ich komme zum Schluß. Ich möchte Ihnen — und damit spreche ich wohl der gesamten Bundestagsfraktion aus dem Herzen — das eine sagen: Wir treten an alle solche Entscheidungen mit dem größten Ernst und mit der größten Gewissenhaftigkeit heran. Wir haben zweimal gesehen und erlebt, was ein Krieg bedeutet.

Wir haben auch eine Ahnung davon, was erst ein Atomkrieg bedeuten würde. Darum sind alle diese Fragen für uns Gewissensfragen in des Wortes ureigenster Bedeutung. Meine Damen und Herren! Ich kann nur nochmals das wiederholen, was ich eben gesagt habe:

Wir denken nicht nur an das Danach nach der Tat, wir denken auch an das Danach nach der Unterlassung. Ich danke Ihnen, wie ich es bereits eingangs getan habe, noch einmal, Herr Professor, und sage Ihnen sehr offen und freimütig, das vieles von dem, was Sie gesagt haben, mich — und ich bin überzeugt, alle unsere Freunde — sehr beeindruckt hat (Beifall).

Seien Sie davon überzeugt, daß Ihre Worte nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind. Diese Worte werden weiterwirken; wir werden an Ihre Worte denken, wenn wiederum Entscheidungen, ob so oder so, an uns herantreten werden. Deswegen gebührt Ihnen unser aller aufrichtigster und herzlichster Dank (Starker Beifall).

Vorsitzender von Hassel:

Der Parteitag hat in dieser Plenarsitzung seine größte Zuhörerschaft gehabt. Hier oben ist zu übersehen gewesen, daß jeder Mann und jede Frau dem Referat des Herrn Prof. Dr. Thielicke und Ihren Ausführungen, Herr Bundeskanzler, mit größtem Ernst gefolgt ist. Ich glaube, daß jedermann das Gefühl hat, daß hier eine Sprache gesprochen ist, die die Freimütigkeit und Klarheit der CDU wiederum bekundet hat (Beifall). Ihnen allen aber sei ans Herz gelegt, diese Ausführungen Prof. Thielickes nachzulesen; denn aus der Zeitnot heraus wurde einiges unterschlagen. Wir haben es hier oben in der Zwischenzeit nachlesen können. Wir möchten Ihnen, meine Damen und Herren, mit auf den Weg geben, auch diese Auslassungen noch zur Kenntnis zu nehmen. Ich glaube aber, daß die Geschlossenheit, mit der wir ein zweistündiges Referat gehört haben, ein Beweis dafür ist, daß die gesamte Christlich Demokratische Union diesem Thema mit allem Ernst ihre größte Aufmerksamkeit widmet (Beifall).

Bevor wir in die Aussprache eintreten, darf ich das Wort erteilen. Herrn

Präsident Robert Schuman

(mit starkem, langanhaltendem Beifall begrüßt):

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe die angenehme Aufgabe, den Ausdruck der Freundschaft und der Solidarität sowie Glückwünsche im Namen der französischen Partei MRP — Mouvement Républicain Populaire — zu überbringen (Beifall).

133 Mehr denn je als gerade im jetzigen Augenblick, in diesem Frühling

des Jahres 1957, haben wir die Überzeugung und das Gefühl unserer engen Verbundenheit, der engen Verbundenheit unseres politischen Denkens und Tuns. Wir haben das Bewußtsein, vor dieselben Fragen, vor dieselben Gefahren gestellt zu sein, und das Bewußtsein, daß wir nur zusammen in vollkommener Eintracht die Lösung finden werden (Beifall).

Dazu besteht nun die Notwendigkeit, vor allem für uns Politiker und für die verantwortlichen Mitglieder einer Partei, sich auszukennen in der Verwirrung der Ideen und der Begriffe und auch in den praktischen Auswirkungen und den Tragweiten dieser Ideen.

Wir haben jetzt einen Vortrag gehört, der das Muster ist für eine aufrichtige und grundschürfende Überlegung in dem heikelsten, in dem schwierigsten Problem. Ich bin froh darüber, daß ich heute diesem Lehrbeispiel habe beiwohnen können. Wir haben zu sehr die Notwendigkeit, uns entscheiden zu müssen, in einen künstlichen Nebel gehüllt, der herrscht bezüglich dieser Idee. So ist es auch mit der Organisationsfrage. So ist es auch mit der Frage der Schaffung einer neutralen Zone in Mitteleuropa. Wir müssen uns das alles überlegen, ehe wir handeln; denn das „Danach“ ist zu spät, wenn man voreilig gehandelt hat (Beifall).

Und dann ist es meine sehr angenehme Pflicht, unsere Hochachtung auszusprechen für Ihren Bundeskanzler Konrad Adenauer (Starker Beifall).

Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin gesprochen von den Gewissensfragen, die Sie zu lösen hatten. Es waren beinahe stets gemeinsame Gewissensfragen für uns. Einmal hatten Sie eine zu lösen, wo es gerade durch die Schuld meines Parlamentes so gekommen ist, daß Sie sie lösen mußten. Und als Zeuge kann ich sagen, meine Damen und Herren, daß ein Mann wie Konrad Adenauer die Idee des christlich-demokratischen Gewissens verkörpert (lebhafter Beifall).

Seit acht Jahren hat er — und er ist allein in diesem Falle in Europa und vielleicht darüber hinaus diesen Weg gegangen — offen, mutig und erfolgreich die Verantwortung getragen für eine Politik, die Deutschland zu einer in der Geschichte noch nie erlebten Auferstehung verholfen hat (lebhafter Beifall).

Wir dürfen keinen Personenkult betreiben — auch wir nicht, und wir erst recht nicht —, aber unsere Pflicht ist es, offen die Verdienste anzuerkennen, die ein Mann trägt. Es ist die Pflicht nicht nur der Zeitgenossen, sondern auch später der Geschichte, diese Verdienste festzuhalten. Es ist zwar nicht meine Sache an sich, als Ausländer hierüber etwas zu sagen, aber ich habe doch ein Recht und auch die Pflicht, dies in den Dingen zu betonen, bei denen es sich nicht nur um innerdeutsche Angelegenheiten handelt, sondern auch um die Weltpolitik, um die Friedenspolitik. Und die Ereignisse der letzten sechs Monate beweisen, wie sehr wir eine gesamteuropäische Politik brauchen. Für Deutsche wie für Franzosen gibt es keine eigentlich rein deutschen und rein französischen Fragen. Es gibt noch weniger unüberwindliche gegensätzliche Interessen; es gibt nur Probleme, deren Lösung einer Ausgleichung und einer Anpassung bedürfen, d. h. eines allseitigen guten Willens (Beifall).

Ohne Deutschland und ohne Frankreich — das soll jeder bedenken, ob er sich nun in einer Mehrheit oder in einer Opposition befindet — gibt es keine Europapolitik, und ohne Europapolitik keine Friedenspolitik (Beifall).

Sie, Herr Bundeskanzler, haben nun acht Jahre lang unablässig gearbeitet, Tag und Nacht, an verantwortungsvollster Stelle, richtungsweisend — und nicht nur für Deutschland. Sie haben nicht nur die Ideen in Umlauf gesetzt — das wäre schon viel, aber das ist nicht entscheidend —, sondern auch praktisch wesentlich dazu beigetragen, daß diese Ideen in Verträgen und in europäischen Dauereinrichtungen zur Geltung gebracht worden sind.

Und unser Stolz, Herr Bundeskanzler, ist es, daß es ein Mann unserer gemeinsamen christlich-demokratischen Geistesrichtung gewesen ist, der dieses geleistet hat und — ich füge hinzu — noch weiter leisten wird zum Segen von ganz Europa (sehr starker Beifall).

Vorsitzender von Hassel:

Sehr verehrter Herr Präsident Schuman! Lassen Sie mich im Namen des Parteitages für Ihre Wünsche, die Sie uns im Auftrage der MRP übermittelt haben, herzlich danken. Sie haben ein Wort geprägt: Ohne Europa keine Friedenspolitik. Wir wissen, daß Sie gleichermaßen wie unser Bundesvorsitzender unermüdlich für Europa gekämpft haben. Wir sind davon überzeugt, daß Sie diese Art der europäischen Politik fortsetzen werden (Beifall).

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn

Bundesatomminister Dr. Balke:

Meine Damen und Herren! Ich muß wirklich sehr der Versuchung widerstehen, auf die Ausführungen von Herrn Professor Dr. Thielicke über die Rolle der Technik näher einzugehen, aber einige Worte muß ich doch sagen. So sehr ich mit vielem einverstanden bin, was Herr Professor Thielicke gesagt hat, so glaube ich doch, wir sollten feststellen, daß wir die Rolle des Menschen im sogenannten technischen Zeitalter nicht so pessimistisch betrachten dürfen (Beifall).

Wir behandeln hier eine Frage, die durch die Entwicklung der Technik bedingt ist. Es ist selbstverständlich, daß wir uns klarwerden müssen über die Rolle der Technik in der heutigen Zeit; aber schon die Bezeichnung „Zeitalter der Elektrizität, des Dampfes“ oder „Atomzeitalter“ ist eine Konzession an die materialistische Denkweise, die wir ablehnen. Es gibt kein Atomzeitalter, es gibt nur ein Zeitalter des Menschen (Beifall).

Schon aus diesem Grunde sind viele der Fragestellungen, die heute an die Verantwortlichen herangetragen werden, sehr schief. Wir wissen allerdings, daß die Technik als solche zu den chaotischen und nicht zu den ordnenden Mächten gehört. Aber gerade daraus ergibt sich die Rolle des Menschen. Der Mißbrauch der Technik — denn die Technik ist wie jede Handlung der Gefahr des Mißbrauches ausgesetzt — ist nicht gleich mit dem sinnvollen und verantwortlichen Gebrauch der Technik. Auch das Telefon, das unsere Nachtruhe stört, wird von einem Menschen bedient und stört uns nicht als Apparat.

Wir müssen auch feststellen, daß die nicht zu leugnende geistige Führungslosigkeit des Menschen in der Technik oder der Technik selbst zurückzuführen ist auf das Versagen der Führungsrolle der Geistes-

wissenschaften, zumindestens seit der Aufklärung (Beifall). Und hier muß man der Philosophie und leider auch der Theologie sagen: Wenn ihr die Führungskräfte nicht verspielt, abgegeben oder verloren hättet, sähe wahrscheinlich die Rolle des Menschen im technischen Zeitalter anders aus, als sie es jetzt ist. — Hat sich nicht die Theologie z.B. jahrzehntelang damit zufriedengegeben, vom Menschen zu fordern: Macht euch die Erde untertan? — Ich bin davon überzeugt, daß es falsch ist, die Technik als Funktion des Menschen zu betrachten. Es ist genau umgekehrt; die Technik gehört zu den funktionellen Daseinsformen, und der Mensch bleibt der Herr der Technik!

Bei Herodot können Sie lesen: Auf die Hybris wartet die Nemesis. Ich glaube, Technik und angewandte Naturwissenschaft haben aus der Erfahrung schon die Erkenntnis gezogen, daß sie sich diesen Satz zu Herzen nehmen und sich davon abwenden. Wir wollen hoffen, daß auch die Politik dem folgt. Der Mensch ist nicht von der Technik getrieben; denn wenn wir den Satz anerkennen wollten: Die Technik treibt den Menschen — also die objekthafte Abhängigkeit —, dann würden wir hiermit nur das aussagen, was die polytechnische Geisteshaltung des Ostens auch aussagt.

Wir müssen aus unserem christlichen Weltbild heraus davon überzeugt bleiben, daß der Mensch immer noch als Ebenbild Gottes geschaffen ist und nicht als Konsequenz aus dem physikalischen Kausalitätsprinzip (Beifall).

Ich habe allerdings hierüber nicht zu sprechen. Ich wollte nur folgendes betonen: Aus den Ausführungen, die wir gehört haben, ist es mir wieder deutlich geworden, wie notwendig es ist, immer wieder auf die dienende Rolle der Technik hinzuweisen und nicht die Überzeugung aufkommen zu lassen, hier stehen wir einer Schicksalsmacht gegenüber, gegen die wir uns nicht wehren können.

Der Mensch trägt die Verantwortung für seine technischen Handlungen; er trägt sie auch für die Technik im Atomzeitalter, wenn wir diesen Ausdruck hier akzeptieren wollen. Wir hörten vom Realismus der Weltsituation und daß sich hieraus die Aufgabe der verantwortlichen Politiker ergibt. Das ist richtig, und keiner verantwortlichen Staatsführung kann man es verwehren, aus dem Realismus der Weltsituation die Aufgaben zu sehen und zu erfüllen, die sie für ihr Volk zu erfüllen haben. Aus diesem Realismus der Weltsituation ergibt sich aber auch die personale Entscheidungsverantwortung für den einzelnen. Und diese personale Entscheidungsverantwortung hat mich in Amt und Beruf dazu geführt, für den Schutz der Menschen tätig zu sein. Hier gibt es auch keine moralische Differenzierung von Gefahrenquellen. Es ist in der Öffentlichkeit sehr wahrscheinlich — das ist aber nicht die Schuld der Techniker — der Eindruck entstanden, als ob sich die Bundesregierung den Schutz der Menschen gegen die Gefahren der Technik im allgemeinen und der Atomtechnik im besonderen nicht angelegen sein lasse. Das Amt, das ich zu führen habe, ist der Gegenbeweis; denn mein Ministerium beschäftigt sich mit allen Aufgaben, die dem Schutze des Menschen dienen, auch im Hinblick auf alle Entscheidungen, die aus dem Realismus der Weltsituation zu treffen sind.

Hier zeigt sich aber, daß es uns noch weitgehend an exakten Kenntnissen fehlt, wogegen wir den Menschen zu schützen und welche Schutzmaßnahmen wir zu ergreifen haben. Der Mensch ist zweifellos durch die Atomreaktionen — um einen etwas ungenauen, aber allgemein bekannten Ausdruck zu benutzen — besonderen Gefahren ausgesetzt. Der Mensch ist aber auch schon durch die natürliche Radioaktivität der Welt, die sie von der Schöpfung mitbekommen hat, ähnlichen Gefahren ausgesetzt. Die ganze Diskussion ist heute eigentlich eine Frage der Quantität. Und hier beginnt die Unsicherheit auch für denjenigen, der den Schutz gegen diese Gefahren anstrebt.

Wir wissen zu wenig! Das ist etwas erstaunlich im Zeitalter einer Technik, die die technische Anwendbarkeit einer Naturkraft schon sehr weit getrieben hat und zweifellos vieles andere dabei vernachlässigte. Man kann die Frage, welche Dosis, welche Stärke von radioaktiver Einwirkung auf den Menschen gefährlich ist, nicht nach den Methoden der gehobenen Wahrsagerei — wie es jetzt mit Umfragen meist versucht wird — lösen. Man kann sie nicht durch Diskussion, also auf der „Meinungsebene“ lösen, sondern nur durch exakte wissenschaftliche Forschung.

Wenn Sie nun in der Tagespresse lesen, was Forscher gegen Forscher in seiner Meinung aussagt, und daß verschiedene Schlüsse aus den vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten gezogen werden, so ist das ein Beweis dafür, daß wir noch nicht genug wissen. Der Techniker muß aus den Angaben der Wissenschaftler über die Gefährlichkeit der radioaktiven Materie den Schluß ziehen, daß eben alles gefährlich ist, und er hat dafür zu sorgen, daß keine solche radioaktive Materie auf den Menschen einwirken kann. Daraus ergibt sich für die friedliche Anwendung der Atomenergie, daß alle Anlagen, die der Mensch baut und konstruiert, so anzulegen sind, daß keine Gefahren auftreten.

Das Gesetz, das wir dem Bundestag vorgelegt haben, stellt diese Forderung auf. Man kann ganz allgemein sagen, daß die Aufgaben, die sich aus den biologischen, biogenetischen und medizinischen Forschungsarbeiten ergeben und die eine technische Aufgabenstellung für den Ingenieur und den Techniker bedeuten — nämlich Schutz des Menschen gegen die Gefahren solcher Anlagen — technisch gelöst werden können, wenn auch unter einem erheblichen wirtschaftlichen Aufwand. Eine der Hauptaufgaben meines Ministeriums ist es, solche Forschungen zu fördern, aus denen hervorgeht, welche Gefahren den Menschen drohen und auf welche Weise sie vom Menschen ferngehalten werden können. Es ist also keineswegs so, daß man bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie irgendeinem Fatalismus zu huldigen braucht.

Auch hier bleibt der Mensch der Herr der Dinge, wenn er aus der personalen Entscheidungsverantwortung heraus handelt. Die Bundesregierung tut das. Und ich selbst werde nichts anderes tun, weder im Amt noch im Beruf, als mich dieser Aufgabe zu widmen. Die technischen Möglichkeiten des Schutzes der Menschen sind natürlich davon abhängig, ob er von kontrollierbaren oder von nicht kontrollierbaren Gefahren bedroht ist. Die unkontrollierbaren Gefahren vom Menschen abzuhalten, ist eine Aufgabe der Politik. An ihr arbeitet die

Bundesregierung ebenso ernst wie an dem Schutz der Menschen vor den kontrollierbaren Gefahren. Wir sollten uns darüber einig sein, daß die Aufgabe nicht zuletzt darin besteht, den Menschen die Angst vor der technischen Entwicklung zu nehmen, und davon überzeugt zu sein, daß die Verantwortung und das Gewissen immer noch stärkere Faktoren sind als die Spaltprodukte von Atomreaktionen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender von Hassel

schließt die Sitzung, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vierter Tag: Dienstag, 14. Mai 1957

4. Plenarsitzung

Vorsitzender Theodor Blank

eröffnet die Sitzung, macht einige geschäftliche Mitteilungen und verliest anschließend zwei eingelaufene Telegramme der Christlich Demokratischen Fraktion des Montanparlaments in Straßburg und des Ministers Reinert aus Saarbrücken:

Die Tagesordnung beschäftigt sich mit den Fragen der Wirtschaft, der Wirtschaftspolitik und zugleich mit sozialen Fragen, weil für uns christliche Demokraten die Wirtschaft zugleich und immer auch eine soziale Wirtschaft ist.

Wir haben heute morgen zwei um diese unsere Anliegen hochverdiente Männer als Referenten. Zunächst den Herrn Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard (Beifall) der seit vielen Jahren die Verantwortung für unsere Wirtschaftspolitik trägt. Als zweiten Redner haben wir einen Mann, der, aus der Arbeiterschaft kommend, im volkreichsten und industriereichsten Land unseres gemeinsamen Vaterlandes, in Nordrhein-Westfalen, zehn Jahre in unserem Auftrag die politische Verantwortung getragen hat, den Herrn Ministerpräsidenten a. D. Karl Arnold (Beifall). Ich darf die beiden Herren als die Referenten des heutigen Vormittags besonders herzlich begrüßen (Beifall). Ich nehme an, daß sie beide uns Bedeutsames zu sagen haben. Als erster hat das Wort der Herr Bundesminister für Wirtschaft Prof. Dr. Erhard. (Wird mit starkem Beifall begrüßt):

Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard:

Wohlstand für alle

Herr Bundeskanzler! Meine lieben Freunde! Verehrte Gäste! „Wohlstand für alle“ wäre als eine auf die materielle Lebensführung unseres Volkes ausgerichtete Forderung schon bedeutsam genug, um für eine alle Volksschichten umfassende Partei zu einem verpflichtenden Prinzip erhoben zu werden; denn wir sind beileibe nicht der Schuld materialistischer Gesinnung zu zeihen, wenn unsere Politik der Sozialen Marktwirtschaft, von dem Willen beseelt, auf und aus den Trümmern der Kriege- und Nachkriegsfolgezeit eine neue soziale Welt entstehen zu lassen, vor allem anderen bestrebt sein mußte, in unserem deutschen Land die Existenzgrundlagen für unser deutsches Volk zurückzugewinnen. Wie anders hätten wir der uns in unseren Lebensbereichen bedrohenden Not wirksam begegnen sollen.

Es hätte keine politische, keine wirtschaftliche und keine soziale Zukunft für unser Volk gegeben, wenn es uns nicht gelungen wäre, die schier unerträgliche materielle Not zu bannen, der friedlichen Arbeit in einem steigenden Ertrag wieder einen Sinn zu geben, mit der rückgewonnenen Leistungs- und Wettbewerbskraft die Bundesrepublik aufs neue in die Weltwirtschaft einzufügen und durch ehrliche Arbeit und lautere Gesinnung wieder Vertrauen und Freundschaft

in der Welt zu finden. Wir wären sonst in der Primitivität unseres Seins wohl auch zur Geschichtslosigkeit verurteilt gewesen. Ohne dieses neue Deutschland aber, dessen politische Formung in schicksalsschwerster Zeit vornehmlich der CDU aufgegeben war, hätte wohl auch die europäische Politik eine andere Wendung genommen. Wir rühmen uns nicht der Stärke, und wir vergessen keineswegs der uns in ärgster Not, insbesondere von seiten Amerikas zuteil gewordenen Hilfe, wenn wir dennoch meinen, daß der erfolgreiche deutsche Wiederaufbau zu einem integrierenden Bestandteil der europäischen Ordnung und zu einem Element enger und freier zwischenstaatlicher Zusammenarbeit geworden ist. Auf diesen Bindungen aber beruhen vor allem auch der Frieden und die Freiheit der diesen Idealen huldigenden Völker unseres alten Kontinents. Mögen und müssen wir uns auch immer der Bedingtheit materieller Werte bewußt sein, so sollten wir doch, jener Zusammenhänge eingedenk, den politischen und sozialen Nutzen eines wiedererlangten breit gestreuten Wohlstandes nicht gering achten. Mir will scheinen, daß es ein praktisches Christentum der Tat war, den deutschen Menschen aus Not und Elend erlöst und ihm wieder das Gefühl der Sicherheit und Würde vermittelt zu haben (Beifall).

Lassen Sie mich die Erfolge auf diesem Felde in wenigen Zahlen skizzieren: Das Bruttosozialprodukt als Ausdruck unserer volkswirtschaftlichen Wertschöpfung hat sich mengenmäßig gegenüber 1936 verdoppelt. Die industrielle Produktion erreichte, auf die gleiche Basis bezogen, den Stand von 220 %. Der Außenhandel der Bundesrepublik gar erbrachte in den letzten acht Jahren eine Ausfuhrsteigerung von monatlich 245 Millionen DM auf nunmehr 3,2 Milliarden DM. Dieser Erfolg schlägt sich insbesondere auch in einer deutschen Gold- und Devisenreserve von nahezu 19 Milliarden DM nieder. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter ist allein in den letzten fünf Jahren von 34 Milliarden auf 68 Milliarden angestiegen, und das Masseneinkommen insgesamt konnte in der genau gleichen Relation von 45 Milliarden auf 90 Milliarden erhöht werden, also verdoppelt werden. In jenen acht Jahren unserer wirtschaftspolitischen Verantwortung hat die Zahl der Beschäftigten von 13,5 Millionen auf 18,6 Millionen zugenommen.

Mit einem Wort: Die dank unserer Politik erzielten wirtschaftlichen und sozialen Erfolge liegen so klar und überwältigend eindringlich zutage, daß es sich schon vor dem deutschen Volke noch einmal darauf hinzuweisen verlohnt, wie erbittert ich die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft gegen die wütenden und gehässigen Angriffe der sozialistischen Opposition zu verteidigen hatte (Beifall).

Der unserer Wirtschaftspolitik von dieser Seite immer wieder vorhergesagte Bankrott kennzeichnet heute die Politik jener sozialistischen Doktrinaire selbst, die nicht über den Schatten ihrer parteipolitischen Vergangenheit zu springen vermochten und das deutsche Volk mit einer Wirtschaftsordnung beglücken wollten, die noch in aller Welt, und wo immer sie praktiziert wurde, zum Unheil ausschlug (Beifall).

Es sind vornehmlich und in schärfster Ausprägung die unter sozialistischer Führung stehenden Länder, die ihrer Zahlungsbilanzschwierig-

keiten nicht Herr werden können und daher ihre Währungen künstlich zu manipulieren gezwungen sind. Es sind das jene Staaten, die der wirtschaftlichen Freiheit im Binnen- und Aussenhandel Zügel anlegen müssen und deren Preisniveau mit Abstand die stärkste Erhöhung aufweist. Man kann wohl Verständnis dafür aufbringen, daß unsere deutschen Sozialisten darüber niemals sprechen wollen, dafür aber sollte das deutsche Volk ständig daran denken (Beifall).

Mögen auch einzelne demagogisch geschürter Verblendung erliegen — das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist, was seine geistige und sittliche Haltung anlangt, gewiß wahrhaftig und ehrlich genug, Gut und Böse, Recht und Unrecht zu unterscheiden, und es dürften deshalb wohl nur wenige sein, die sich in einer ruhigen Stunde nicht auch dessen bewußt werden, wie es nach vor neun Jahren in deutschen Ländern ausgesehen hat und wie hoffnungslos uns da allen die Zukunft erscheinen mußte. Niemand hat sie trüber beleuchtet als der verstorbene Oppositionsführer Kurt Schumacher selbst, und mit ihm hätte kein Deutscher zu hoffen gewagt, daß unser Volk unter einer zielstrebigen Politik in einer so kurzen Spanne Zeit wieder festen Grund unter den Füßen finden würde. Menschenwerk wird immer unvollkommen bleiben. Aber diese Einsicht und Demut steht auf einer anderen moralischen Ebene als jenes billige Mäkeln an dieser oder jener Zeiterscheinung, das die Opposition zum politischen Geschäft erhoben hat.

„Wohlstand für alle“, so ergänzen wir jetzt, kann und möchte nicht besagen, daß ein Volk in sattem Wohlleben Genüge finden dürfte, um dann Gefahr zu laufen, daß es in der Hinlenkung seiner Sehnsucht und seiner Süchte auf Dinge der nur äußerlichen Lebensführung der Wurzeln seines menschlichen und nationalen Seins verlustig geht. Aber wappnen wir uns auch gegenüber einem falschen Pharisäertum; werden wir in unserem guten Willen nicht welt- und volksfremd. Wo gehobelt wird, fliegen bekanntlich Späne, und wo Wohlstand sich rasch entfaltet, zeitigt dieser in allen Schichten unseres Volkes allenthalben Erscheinungen, die uns stören, uns nachdenklich werden lassen, ja vielleicht sogar befremden. Bedeutet aber dieses Übersäumen nicht eine nur zu verständliche Reaktion auf Not, Elend und Hoffnungslosigkeit?

Es ist unser Verdienst — das der CDU/CSU —, daß wir mit einer allzu konservativen, ja reaktionären Vorstellung gebrochen haben, als ob es ein gesellschaftswirtschaftliches Gesetz oder gar gottgewollt wäre, daß einer kleinen Schicht Wohlhabender eine große Masse von Minderbemittelten entgegenstehen müßte (Beifall). Unter diesem Zeichen hätte sich keine moderne, leistungsstarke und wettbewerbsfähige Volkswirtschaft aufbauen lassen. Wollten wir nicht in geschichtsloser Primitivität verharren und versinken, dann durften wir uns nicht in dem sozialistischen Versuch einer vermeintlich gerechten Verteilung der Armut erschöpfen, sondern wir mußten die Armut selbst überwinden. Das aber heißt, daß wir Massenkaufkraft, „Wohlstand für alle“ schaffen mußten.

Die Produktivkräfte eines Landes sind aber für friedliche Zwecke nur in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu entwickeln und nur, wo die schöpferische menschliche Initiative lebendig ist, entzündet sich

jene Dynamik, die unsere deutsche Volkswirtschaft in so hohem Maße zum Segen aller auszeichnet. Wie vieler gescheiterter Versuche einer sozialistisch geplanten, gelenkten und kontrollierten Volkswirtschaft bedarf es eigentlich noch, um die Welt, und hier vor allem die Arbeiterschaft, erkennen zu lassen, daß sie mit diesem Dogma Phantomen nachjagt, daß sie damit nichts gewinnen kann, aber viel — nämlich ein Stück Freiheit nach dem anderen — verlieren wird (Beifall). Ja, es läßt sich fast eine Korrelation dergestalt ableiten, daß es mit der menschlichen Freiheit und der wirtschaftlichen Freizügigkeit um so schlechter bestellt ist, je reiner und konsequenter sozialistische Wirtschaftspolitik praktiziert wird (Beifall).

Etwas von diesen Zusammenhängen scheint auch die sozialistische Opposition bei uns zu ahnen; denn sonst würde sie dem deutschen Volke nicht das ebenso bemitleidenswerte wie erheiternde Schauspiel bieten, daß eine Koryphäe der Partei die konträren wirtschaftspolitischen Aussagen der anderen zu interpretieren sucht, aber damit nur bewirkt, daß der wirtschaftspolitische Wirrwarr innerhalb der SPD selbst kaum mehr zu überbieten und vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit offenkundig geworden ist (Beifall).

Wer die These „Wohlstand für alle“ bejaht, muß Marktwirtschaft wollen! Aber diese Wirtschaftsform läßt nicht beliebig viele Variationen, Auslegungen und Vermischungen mit ihr artfremden Prinzipien zu. Das gilt insbesondere auch in bezug auf jenen von allen deutschen Menschen ersehnten Tag der Wiedervereinigung, mit der wir für das ganze Deutschland eine gemeinsame und nach dem Willen des deutschen Volkes gewiß auch freiheitliche Ordnung zu erstellen haben. Jener freiheitliche Geist, den wir in der Bundesrepublik entzündet haben, wird um so mehr zur Sehnsucht aller Deutschen werden, je stärker wir es empfinden und deutlich machen, daß es zwischen einer freien und sozialen Marktwirtschaft einerseits und einer sozialistischen Wirtschaft mehr oder minder stark kollektivistischer Prägung andererseits keine glückliche Synthese oder eine mittlere Linie der Verständigung geben kann, so wenig etwa wie eine freiheitliche Gesellschaftsordnung eine Versöhnung mit totalitären Staatsprinzipien verträgt (Beifall).

Der Mut zur Konsequenz tut uns gerade in jenen entscheidenden Fragen not, und darum ist die Alternative für das deutsche Volk klar gestellt: Will es sich die Marktwirtschaft mit allem, was sie uns in den rückliegenden Jahren des Wiederaufbaues beschert hat, bewahren, dann ist unsere Partei von neuem zur Verantwortung aufgerufen. Wer da aber meint, daß andere Kräfte das deutsche Schicksal gestalten sollten, muß sich auch der weittragenden Konsequenzen seiner Entscheidung bewußt sein.

Wir, die CDU/CSU, dürfen den politischen Ereignissen dieses Jahres mit ruhiger, fester Zuversicht entgegensetzen (Beifall). Was wir wollen und erstreben, ist zu einem großen Teil bereits Geschichte geworden. Wir haben uns nicht in Kritik und Negation verloren, sondern gehandelt und bei allem, was noch zu tun übrigbleibt, die Bewährungsprobe bestanden. Wir hatten ein Programm nicht nur zu verkünden, sondern zu verwirklichen; unser Handeln steht nicht im luftleeren Raum, sondern konnte an der Leistung gemessen werden. Daß die Bundesre-

publik ein stabilisierender Faktor der europäischen Wirtschaftspolitik geworden ist, daß trotz fast verzweifelter Startbedingungen die deutsche Währung zu einer der härtesten der Welt gehört, daß wir heute an der dritten Stelle des Welthandels rangieren, daß die schier ungeheuren aus Kriegs- und Kriegsfolgeschäden resultierenden öffentlichen Lasten unter der Wahrung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität aufgebracht werden konnten, ja, daß als Krönung dieses materiellen Wiederaufbaues in der großen Rentenreform eine soziale Tat ersten Ranges bewerkstelligt werden konnte (Beifall) und das ganze deutsche Volk sich gleichwohl eines ständig steigenden Wohlstandes und höherer sozialer Sicherheit erfreuen darf, das alles und noch viel mehr sollte jedem einzelnen deutschen Staatsbürger ins Bewußtsein rücken, wie geradezu frivol oder fast mehr lächerlich der ans Sentimentale anrührende wahlpolitische Slogan der SPD ist, „es müßten jetzt mal andere dran kommen“ (Beifall):

Auf diesem Parteitag der CDU liegt uns aber im besonderen auch daran, dem Begriff „Wohlstand für alle“ über seine materielle Auslegung hinaus noch einen höheren Inhalt zu geben. Wir treten damit sozusagen in eine neue zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft ein, in der Wohlstand dem einzelnen mehr als nur Befreiung von materieller Not und soziale Sicherheit bringen, sondern ein neues Lebensgefühl wecken soll. Zu der materiellen Befreiung soll sich die geistige und seelische Befreiung des Menschen gesellen (Beifall).

Wir lehnen den Wohlfahrtsstaat sozialistischer Prägung und die allgemeine kollektivistische Staatsbürgerversorgung nicht nur deshalb ab, weil diese scheinbar so wohlmeinende Bevormundung Abhängigkeit schafft, die zuletzt nur Untertanen züchtet, die freie staatsbürgerliche Gesinnung aber abtöten muß, sondern auch darum, weil diese Art von Selbstentäußerung, d. h. die Preisgabe menschlicher Verantwortung, mit der Lähmung des individuellen Leistungswillens zu einem Absinken der volkswirtschaftlichen Leistung im ganzen führen muß. Und dann wären wir ja wieder einmal soweit, daß alle Schichten sich gleichermaßen betrogen fühlen und die volkswirtschaftliche Einkommensverteilung der Willkür machtpolitischer Interessenkämpfe preisgegeben ist. Wenn und wo die Funktion des Marktes durch das Walten der Funktionäre und der Wettbewerb durch eine Lenkungsbürokratie ersetzt wird, ist es mit der Leistungsverbesserung und dem Fortschritt vorbei; dann ist es aber auch um die soziale Wohlfahrt und den menschlichen Wohlstand geschehen. Der dann von sozialistischer Seite immer wieder angestellte Versuch, durch eine sogenannte „Andersverteilung des Sozialprodukts“ die Wirkungen einer falschen Politik für die Gruppe der Arbeitnehmer nicht spürbar werden zu lassen, den Arbeitgebern hingegen immer höhere Lasten aufzubürden, hat vor allem angesichts der breiten mittelständischen Fundierung unserer Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, sondern kann nur noch als eine anarchische, die freie Gesellschaftsordnung zerstörende Politik bezeichnet werden (Großer Beifall).

Mit solchen Tricks sozialistischer Wirtschaftsmechaniker läßt sich eine Volkswirtschaft nicht betrügen. Die schädlichen Wirkungen einer solchen „Politik der Straße“ aber reichen noch wesentlich weiter. Soweit diese Sünden nicht überhaupt durch die Einleitung eines in-

fationistischen Prozesses zu überdecken versucht werden, indem man über den Umfang des Sozialprodukts hinaus güterwirtschaftlich ungedeckte Kaufkraft schafft, muß die Zeche der volkswirtschaftlichen Fehlleitung zwangsläufig mit dem Verzicht auf notwendige Investitionen, d. h. mit der Unterlassung der die Zukunft eines Volkes sichernden Leistungs- und Produktivitätsverbesserung, bezahlt werden. Ein solches Volk lebt dann buchstäblich von der Hand in den Mund, und eine Regierung, die solchen Leichtsinns gutheißt, handelt nach der Maxime „Nach uns die Sintflut!“ (Beifall.)

So unbestreitbar richtig es ist — und deshalb haben wir auch danach gehandelt —, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt und die ihn bewerkstellenden Investitionen nur in einer Volkswirtschaft sinnvoll erscheinen, deren Bevölkerung von Zuversicht getragen ist und dem Leben und der Zukunft vertraut, weil ohne steigenden Konsum die Verstärkung der Produktivkräfte ins Leere stoßen müßte, so zwingend ist doch auch jene andere Schlußfolgerung, daß ein Volk, das mehr und immer Besseres konsumieren möchte, die Effizienz der menschlichen Arbeit steigern, d. h. investieren und darum auch sparen muß. Nicht ein „Entweder-Oder“, sondern ein „Sowohl als auch“ kennzeichnet die Prinzipien einer verantwortungsbewußten, über das Heute hinausdenkenden Wirtschaftspolitik. Wohl wird man dabei je nach der konjunkturpolitischen Situation die Gewichte verlagern müssen, die Nuancen wandeln können, aber niemals ist die innere Logik dieser unlösbaren Zusammenhänge außer Kraft zu setzen. Daraus aber ergibt sich wieder die Notwendigkeit eines den volkswirtschaftlichen Zielen gemäßen menschlichen Verhaltens, das nicht durch Befehl erzwungen werden kann, sondern nur durch die richtige Anwendung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums, die das menschliche Tun und Lassen nach der angestrebten Richtung hin beeinflußt.

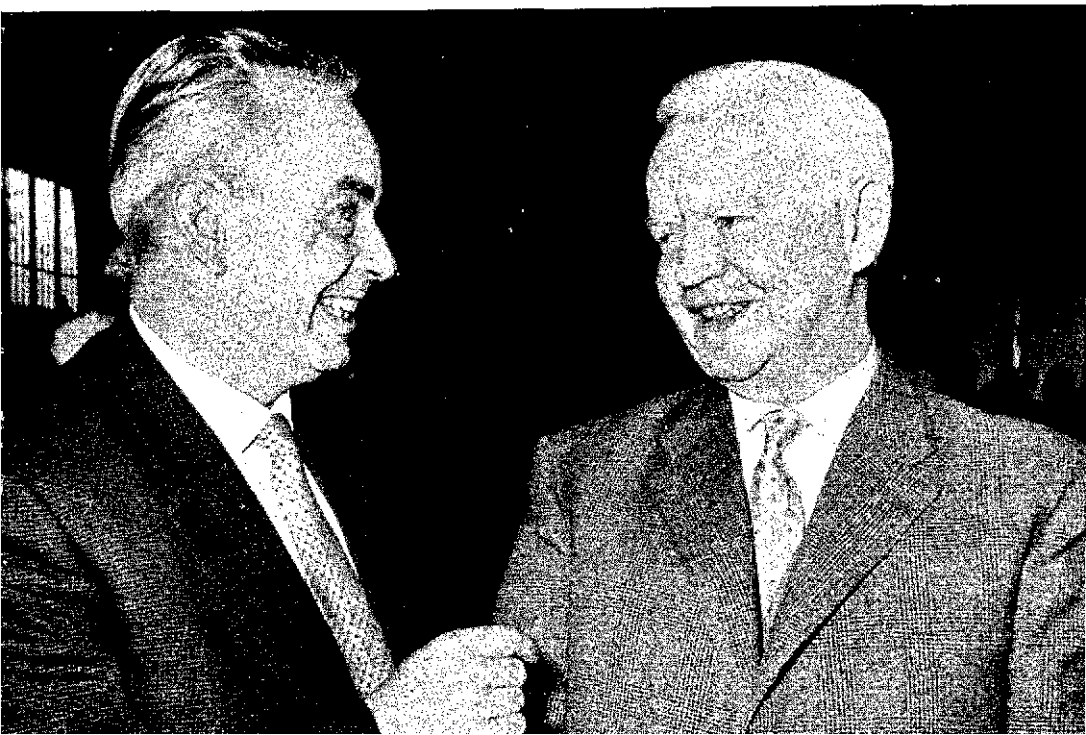
Was ich da ausführe, ist nicht blasse Theorie, sondern praktizierte, von uns allen erlebte Wirklichkeit. Daß sich z. B. die wirtschaftliche Konjunktur seit 1948, d. h. also über 9 Jahre, nicht mehr im Sinne einer früher angenommenen zyklischen Bewegung und Gesetzmäßigkeit mit einem ständigen Auf und Ab, Hoch und Tief vollzieht, daß sich vielmehr die Entwicklung durch ein stetiges und sogar sehr rasches Wachstum auszeichnet, ist doch gewiß kein bloßer Zufall oder nur einem gütigen Geschick zu verdanken, sondern ist Ausfluß einer bewußten Politik. Ich meine darum, daß gerade dieser ruhige und abgesicherte Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung viel zur Stärkung des Gefühls der Sicherheit aller wirtschaftenden Menschen — der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer — beigetragen hat. Er hat zielklare unternehmerische Dispositionen ermöglicht und allen Menschen die Angst gegenüber einem wechselvollen Schicksal genommen, dem sie bis dahin wehrlos preisgegeben schienen. Wer diese konjunkturpolitische Verlagerung der Akzente, die periodischen Verschiebungen von Investitions- und Verbrauchsgüterkonjunktur als widerspruchsvoll oder wenig konsequent empfindet, hat eben von dem Wesen der modernen Konjunkturpolitik wenig Ahnung (Beifall). Hier gilt der Satz: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, nicht — und das sage ich unseren Kritikern — an ihren Sprüchen (Beifall).

Wer würde gleichwohl so selbstgefällig und blind sein wollen, daß er



Ministerpräsident a. D. Arnold, stellvertretender Vorsitzender der CDU, mit Kultusminister Edo Osterloh (Schleswig-Holstein).

Bundesernährungsminister Dr. Löbke mit Bundesgeschäftsführer der CDU Dr. Heck (links).





Sitzungspause: Bundesinnenminister Dr. Schröder und Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard im Gespräch mit dem Bundeskanzler



Dr. Adenauer und Staatsminister a. D. Dr. Meyers, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes

nicht auch die Unzulänglichkeiten und Spannungen zu erkennen bereit wäre, die unserem Tun und Wollen noch anhaften und wohl immer anhaften werden. Solcher Bescheidung gegenüber gebärdet sich die Opposition, als ob sie über das alleinseligmachende Rezept verfügte. Das ist aber schon deshalb nicht glaubhaft, weil es einer Partei, die sich wirtschaftspolitisch seit 1948 in so geradezu grotesker Weise gemausert hat, an einer Vertrauen erweckenden Gesinnung mangelt, und wenn dazu, wie erlebt, die atavistischen Rückfälle in die marxistisch-kollektivistische Ideologie kaum noch verschleiert und beschönigt werden konnten, dann wird dem deutschen Volk wahrlich klar genug vor Augen geführt, wessen es sich zu versehen hätte, wenn es seine wirtschaftliche und soziale Zukunft dem Sozialismus überantworten wollte (starker Beifall).

Wir indessen werden treulich und beharrlich fortfahren, die soziale Wohlfahrt und den menschlichen Wohlstand zu mehren. Nur über die Steigerung des Sozialprodukts, d. h. über eine vermehrte Güterproduktion ist das Volks- und Individualeinkommen zu erhöhen, und nur über einen solcherart wachsenden Wohlstand aller gewinnen wir die Mittel, d. h. das Kapital, das uns als modernes Industrieland an dem technischen Fortschritt teilhaben und in der Weltwirtschaft wettbewerbsfähig bleiben läßt. Kapital also fällt nicht vom Himmel, sondern muß erarbeitet und dann durch Verzicht auf sofortigen Konsum konsolidiert werden (Beifall).

Dieser Satz gilt sogar für alle Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Die entscheidende Frage ist nur jeweils die, wieviel Kapital gebildet und für welche Zwecke es verwendet wird. Und unter sozialen und gesellschaftspolitischen Aspekten interessiert uns vor allem das Problem, in wessen Händen bzw. Besitz sich das Kapital befindet und in welcher Verfügung es stehen soll.

Hier berührt sich mein Referat mit dem Vortrag meines Freundes Karl Arnold; denn wenn sich die Begriffe Kapitalbesitz und -verfügung auch nicht völlig mit der These „Eigentum für jeden“ decken, so ist damit doch immerhin die Richtung und das Ziel aufgezeigt, das unsere Partei hinsichtlich der Gestaltung der deutschen Gesellschafts- und Sozialordnung anstrebt. Wir sprechen dabei nicht in sozialistischen Kategorien von einer „Andersverteilung“ des Produktivkapitals bzw. der dieses Kapital repräsentierenden Besitztitel, weil eine solche Terminologie die gefährliche Illusion nähren könnte, als ob es in der Macht irgendeiner Institution, wie z. B. der des Staates, liegen dürfte, sich nach Belieben in den Besitz von Kapital zu setzen und dieses nach Gutdünken zu verteilen oder gar zu verschenken. Soweit Kapitalbesitz freies und *privates Eigentum repräsentieren soll*, muß und kann es immer nur durch Arbeit und Konsumverzicht erworben werden. Mit romantischen Vorstellungen kommen wir da nicht weiter; sie führen uns nur in die Irre.

Ein Blick auf die deutsche Kapitalstruktur und Kapitalbildung nach dem Kriege bestätigt, daß das Bemühen, die Produktivkraft unserer Volkswirtschaft zu regenerieren, erfolgreich war und auch erfolgreich sein mußte, um allen arbeitssuchenden Menschen, und darunter wieder im besonderen den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, gesicherte Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen. Wir registrierten

dabei allerdings eine relativ starke Konzentration der Kapitalbildung in der Hand des Staates und der privaten Unternehmenswirtschaft, der gegenüber die breit gefächerte Sparkapitalbildung des deutschen Volkes — trotzdem sich die Spareinlagen in den letzten 7 Jahren von 3 auf 24 Milliarden DM erhöhten — allerdings im Rückstand blieb. Man mag das als einen bedenklichen Schönheitsfehler, ja sogar als etwas Schädlicheres erachten, aber man wird dann gerechterweise auch einsehen müssen, daß in den rückliegenden Jahren eine andere Möglichkeit des Wiederaufbaues gar nicht bestanden hat.

Wie zum Beispiel hätte denn der Staat die an ihn herantretenden mannigfachen dringlichen Aufgaben und Lasten bewältigen bzw. tragen können, ohne über die Besteuerung die dafür erforderlichen Mittel zu gewinnen, und wie hätte nach dem Verlust des früheren Geldkapitals unsere Wirtschaft angesichts der Unergiebigkeit des Kapitalmarktes den Wiederaufbau in so schnellem Tempo ohne ausreichende Selbstfinanzierung besorgen sollen? Hier mußten alle objektiven Maßstäbe für eine „gerechte“ Kapitalbildung versagen. Hier gibt es auch keine historischen Analogien, sondern es war uns der Ablauf des Geschehens aus der Not und dem Zwang der äußeren Verhältnisse vorgezeichnet.

Erschien es doch nur zu verständlich, daß die in Arbeit stehenden und in Arbeit kommenden Menschen nach der erduldeten Drangsal zuerst einmal konsumieren und nicht sparen wollten, ja vielleicht auch noch gar nicht sparen konnten. In dieser Situation würde eine vermeintlich gerechte Auf- und Verteilung des neu entstehenden Geld- und Sachkapitals fast naturnotwendig zur Folge gehabt haben, daß der Wiederaufbau im öffentlichen und im wirtschaftlichen Sektor nur sehr viel langsamer hätte durchgeführt werden können.

Der Kaufpreis einer lange anhaltenden Not aber wäre unter Berücksichtigung aller Umstände ein zu hoher gewesen. Schließlich haben ja auch alle Volkskreise aus dem raschen, expansiven Fortschreiten des deutschen Wiederaufbaues Nutzen und Segen ziehen dürfen. Man denke nur daran, daß die Bundesrepublik in zwei Legislaturperioden $3\frac{1}{2}$ Millionen neue Wohnungen erstellt hat, daß die Nominallöhne in den letzten 6 Jahren eine Steigerung von mehr als 55 %, die Real-löhne eine solche von mehr als 40 % erfahren haben, daß die sozialen Ausgaben allein aus dem Bundeshaushalt in diesem Zeitraum verdoppelt werden konnten und die große Rentenreform eine Erhöhung der Rentenzahlungen von 7,4 auf jährlich 13 Milliarden DM brachte (Beifall).

„Nehmt also, meine Freunde, alles nur in allem“, und niemand wird dann mehr daran zweifeln können, daß die ewigen Besserwisser aus dem Kreis unserer politischen Widersacher in ihrem kindlichen, ja fast kindischen Bemühen scheitern müssen, diese unsere Leistung vor dem deutschen Volk zu einem Nichts herabwürdigen zu wollen (Starker Beifall).

Gleichwohl erachtet es die CDU als ihre Aufgabe und Verpflichtung, mit der Mehrung des Wohlstandes einen sozialen Gestaltungswillen lebendig werden zu lassen, der uns neben der Weckung eines reiferen und bewußteren individuellen Lebensgefühls als Volk zu einem neuen Lebensstil verhilft. Das setzt voraus, daß wir nicht mehr in Klassen

oder auch nur in Gruppen denken, daß wir über den Schatten unserer Interessengebundenheit zu springen vermögen und uns im Bewußtsein einer echten Lebensgemeinschaft, fernab jeder verlogenen Phraseologie, auch gemeinsam für das Schicksal und die Zukunft unseres Landes und Volkes verantwortlich fühlen. Aus diesem Grunde spreche ich heute weder Berufs- noch Interessengruppen an, denn niemals dürfen wir als eine echte Volkspartei gerade vor einer so wichtigen Wahl der billigen Verlockung erliegen, jedem alles versprechen zu wollen (Beifall). Wir können nur als Volk gedeihen, oder wir werden alle verlieren.

Das Bewußtsein einer gemeinsamen Verantwortung sollte uns, und das heißt auch jeden einzelnen, davor bewahren, gedankenlos in den Tag und in die Welt hineinzuleben. Aber jeder Staatsbürger wird eine solche Gesinnung um so eher zu bezeugen bereit sein, je mehr er darauf vertrauen darf, daß er, seine Kinder und Kindeskinde an einer glücklichen Zukunft unseres Volkes teilhaben werden. Je lebendiger sich dieses Gefühl individueller Verantwortung ausprägt, desto eher werden wir für die Zukunft den Staat und alle anderen kollektivistischen Machtgebilde in ihre Schranken verweisen können; je lebendiger auch die Sehnsucht des einzelnen Menschen ist, fernab jeder kollektivistischen Sicherheit kraft eigener Leistung Unabhängigkeit und innere Freiheit zu gewinnen, desto zuversichtlicher können wir sein, daß uns der wachsende Reichtum nicht versklaven, sondern befreien wird.

Die Sozialisten glauben, ja sie haben es expressis verbis ausgesprochen, daß der aus der Anwendung der modernen Technik resultierende ungeheure Kapitalbedarf mit den hergebrachten Methoden der sogenannten kapitalistischen Ordnung nicht aufgebracht werden kann und daß das mit durchsichtigem Zweck beschworene Gespenst der Automation sozialökonomisch so bedrohlich werden könnte, daß wieder und noch einmal nur der Staat berufen sein dürfte, das Sein und Werden unserer Volkswirtschaft in eigener Regie zu gestalten oder doch zu kontrollieren und zu lenken. Die SPD bringt zwar aus verständlichen Gründen nicht mehr den Mut auf, Planwirtschaft zu predigen; sie versäumt jedoch keine Gelegenheit, dieses ihr Dogma über die Hintertüre wieder in die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hineinzuschmuggeln. Es wird daher unserer ganzen Wachsamkeit bedürfen, dem deutschen Volke diese tödliche Gefahr immer wieder vor Augen zu führen, die ihm Wohlstand und Freiheit kosten würde (Beifall).

Weil also keine Macht der Welt Kapital „zaubern“ kann, deshalb ist auch der Staat nur insoweit zur Kapitalbildung und Kapitalaufbringung befähigt, als er das Volk zu besteuern bereit und in der Lage ist. Das klingt recht ungefährlich, aber es bedeutet in der praktischen Konsequenz, daß der Staatsbürger zugunsten einer massenhaften Kapitalansammlung und Reichtumsbildung in staatlicher Hand entschädigungslos enteignet wird, es bedeutet, daß durch diese spezifische Form eines volkswirtschaftlichen Zwangssparens die Früchte des Konsumverzichts nicht dem Sparer bzw. dem Steuerzahler, sondern dem damit immer mächtiger werdenden Staat zugute kommen.

Es gibt kaum eine verlogenerere Ideologie als diese, daß es im Interesse des Volkes bzw. der arbeitenden und wirtschaftenden Menschen lie-

gen würde, das volkswirtschaftliche Produktivkapital in staatliches Eigentum und öffentliche Verfügung zu bringen, weil, wie man argumentiert, das, was des Staates ist, ja sozusagen auch des Volkes sei. Mit der Forderung nach Sozialisierung oder Nationalisierung glaubte man einmal, die Massen begeistern zu können, während sich heute nur noch die verbohrtsten Ideologen und interessierte Funktionäre an den matten Reminiszenzen jenes falschen Gesellschafts-ideals erwärmen möchten. Von dem Begriff des Wohlstandes ist der des Eigentums auf die Dauer nicht zu trennen (Beifall), ja, um es deutlicher zu sagen: Die CDU hat sich zum politischen Ziel gesetzt, mit jedem weiteren wirtschaftlichen Fortschritt zu einer immer breiteren Streuung des Eigentums an den Produktionsmitteln zu kommen, d. h. also einen Prozeß einzuleiten, der unabhängig davon, ob und in welchen Bereichen die Technik zu einer Konzentration der Produktionsmittel zwingt, hinsichtlich des Eigentums an diesem volkswirtschaftlichen Kapital eine immer stärkere Dekonzentration Platz greifen zu lassen. Das gilt in erster Linie für das im öffentlichen Eigentum stehende Produktivvermögen, denn der imaginäre, anonyme Anspruch des Staatsbürgers auf dieses Sachkapital ist, profan ausgedrückt, keinen Pfifferling wert, weil solches Pseudoeigentum nicht individuell frei verfügbar, nicht mobilisierbar ist. Es dient nur dazu, die Macht, ja selbst die Allmacht des Staates oder anderer Kollektive bis hin zur Vergottung der Staatsgewalt zu stärken und gleichzeitig die Abhängigkeit des Staatsbürgers bis zum Zustand der Sklaverei zu vermehren (Starker Beifall).

Die Möglichkeit privater Wohlstandsbildung wird auch nicht verstärkt, sondern geschwächt, wenn mit dem zunehmenden Eindringen des Staates in die Wirtschaft der wirtschaftende Mensch selbst in seiner Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeit immer stärker eingeschränkt und eingeengt wird.

Ein Blick auf die Wirtschaftsformen und Methoden totalitärer Staaten — man denke nur an die Sowjetherrschaft — bestätigt, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht zu einer Vermehrung des Reichtums eines Volkes, sondern sogar zu seiner Ausbeutung führt, während umgekehrt die freien, als angeblich kapitalistisch angeprägten Länder und Völker sinnfällig demonstrieren, daß gerade dort das private Eigentum an den Produktionsmitteln in raschem Anwachsen Zwecken der menschlichen Wohlfahrt nutzbar gemacht wird. Wir lehnen es darum auch dankend ab, die angeblichen „sozialen Er rungenschaften“ der „DDR“, die sich auf dem gleichen Felde bewegen, an jenem von allen Deutschen ersehnten Tag der Wiedervereinigung für das ganze deutsche Volk zur Richtschnur einer sozialen Ordnung zu machen (starker Beifall).

Ich kann es mir einfach nicht vorstellen, und ich müßte die Seele des deutschen Menschen und gerade auch des deutschen Arbeiters schlecht kennen, wenn ich glauben sollte, daß er in dem Bewußtsein, sogenanntes „Volkseigentum“ durch Funktionäre seiner Gruppe verwaltet zu wissen, Glück und Befriedigung empfinden könnte (Bravorufe und Beifall). Was kann er sich auch schon dafür kaufen? (Heiterkeit.)

Die breitere Streuung des Eigentums am volkswirtschaftlichen Produktivkapital aber soll sich, wie schon gesagt, auch auf privatwirt-

schafliche Unternehmungsformen erstrecken. Damit ist gewiß nicht gesagt, daß die Erzielung von Erträgen und Gewinnen, die der Eigenfinanzierung von Betrieben dienen, a priori anrühlich wäre; ja es ist sogar umgekehrt so, daß es geradezu Ziel und Aufgabe jeder Betriebsführung sein muß, in diesem Sinne wirtschaftlich zu arbeiten. Selbst sozialisierte Betriebe müssen Erträge erzielen, wenn nicht eine Schmälerung der Lebensführung und eine Minderung des Lebensstandards Platz greifen soll.

Hier gilt indessen der philosophische Satz, daß die Quantität in die Qualität umschlägt, d. h. also, daß es auf die rechten Maße ankommt. Das Geschehen und die Wandlungen, die mit dem Prozeß vermehrter Wohlstandsbildung einhergehen, sind eben nicht rechenhafter Natur, sondern werden nur mählich zu der gewollten soziologischen Umgruppierung führen können. Wer ferner aus dem Verlangen nach einer breiter gestreuten Besitzverteilung folgern wollte, daß der Lohn- und Gehaltsanteil am Sozialprodukt heute grundsätzlich unzureichend wäre, würde den Beweis für die Richtigkeit dieser Aussage kaum erbringen können. Es ist aber ebenso gewiß, daß eine veränderte Wirtschaftsgesinnung, die jeden einzelnen verantwortungsbewußt an dem Geschehen teilhaben und entsprechend handeln läßt, das Problem der volkswirtschaftlichen Einkommensverteilung soziologisch und ökonomisch in ein neues Licht rücken würde.

Wenn wir die vielleicht gerade für die Zukunft anzunehmende Produktivitätssteigerung nicht in vollem Umfange durch Arbeitszeitverkürzung ausgleichen oder sogar überkompensieren wollen, können wir gewiß sein, daß ein steigendes Masseneinkommen eine immer bessere reale Basis für eine erhöhte Sparsamkeit und innerhalb dieser Kategorie eine stärkere Beteiligung der relativ kleineren Einkommen am Aktienwerb schafft. Ein wachsender Wohlstand wird aber auch in der Weise zu einer Wandlung der Geister führen, als sich damit der Horizont weitet und auch eine Umwertung der Werte vollzieht. Dann wird sich Wohlstand nicht mehr nur in der Zahl und Menge konsumierter Güter manifestieren wollen, dann wird soziale Geltung nicht mehr ausschließlich in dem Zurschaustellen einer materiell gehobenen äußeren Lebensführung Genüge finden wollen, sondern es wird mit der Hinlenkung der Menschen auch auf die Deckung geistiger und seelischer Bedürfnisse der Blick vom Heute auf das Morgen gerichtet (Beifall) und das Bestreben wach werden, in der Gestaltung und Führung seines eigenen Lebens nach persönlichen Vorstellungen und Anschauungen Ruhe, Sicherheit, Befriedigung und Erfüllung zu finden (Beifall).

Alles, was wir zu veranstalten vermögen, um den einzelnen Menschen zur Selbstbesinnung zu bewegen, ist geeignet, ihn dem verderblichen Einfluß des Kollektivs zu entreißen; ein denkender Mensch wird solchem Seelenfang widerstehen. Wenn dieses Ziel erreichbar ist — und daran ist nicht zu zweifeln —, braucht uns um die Sicherung der freien Welt nicht bange zu sein. Demgegenüber bedeutet es deshalb gewiß keine Resignation, wenn gleichwohl hinzugefügt werden muß, daß wohl kaum ein Schema aufzuzeigen ist und es auch keine rechenhafte Formel geben kann, die etwas darüber auszusagen vermöchte, über

wie viele Stationen und in welcher Zeiten- und Phasenfolge wir zu dem gesteckten Ziele hinfinden werden.

Ein Volk, das das Gift kollektivistischen Ungeistes auszuschwitzen stark genug ist, eröffnet sich damit nicht nur den Weg zu geistiger Freiheit und Unabhängigkeit, sondern auch zu Wohlstand und Sicherheit (Beifall).

Die zweifellos vorhandene Beziehung zwischen unternehmerischer Selbstfinanzierung und breit gestreuter Sparkapitalbildung bedarf noch der Einbeziehung einer dritten Komponente, nämlich des Gewichts der Besteuerung. In einem nicht unerheblichen Umfang spiegelt sich in der Steuerbelastung nicht nur die innere Einstellung des Individuums zum Staat, sondern auch dessen Haltung zum Leben schlechthin wider. Je primitiver die Lebensführung eines Volkes in der geistigen Anlage ist und je weniger persönliche Verantwortung der Mensch zu tragen bereit ist, um so teurer wird ihn diese Selbstentäußerung zu stehen kommen. Jene schon vorher erwähnten menschlichen Eigenschaften hingegen, die persönlichen Wohlstand schaffen und bewahren, bringen uns auch die Befreiung von zu viel Staat und werden damit noch einmal zu einer weiteren Quelle individueller Reichtumsbildung.

Man wende nicht ein, daß das zwar ein lohnendes Ziel, aber vielleicht gerade deshalb Illusion wäre. Wer hätte schon im Jahre 1948/49 glauben wollen, daß uns in so kurzer Frist die Erlösung aus so unendlicher Not gelingen könnte. Genau wie seinerzeit würde auch jene zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft rasch und sicher über noch mehr Wohlstand und Vermögensbildung zu dem höchsten erreichbaren Ziel menschlicher Freiheit und Würde führen. Jene Gläubigkeit tut uns noch einmal not, und unsere Widersacher werden wieder zuschanden werden. Mit keinem anderen Mittel könnten wir kollektivistischen und totalitären Ideologien und Kräften einen tödlicheren Schlag versetzen als durch diese Politik, die sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit nicht mit einer mechanistisch arbeitenden Lenkungsbürokratie zu konstruieren sucht, sondern dem Menschen das Bewußtsein gibt, daß die Maßstäbe der Gerechtigkeit nur in freier menschlicher Verantwortung gesetzt und erlebt werden können (Beifall).

Ohne menschliches Gewissen ist auch keine freie demokratische Ordnung denkbar. Wenn z. B. Viktor Agartz, der ja offenbar über die Vergleichsmöglichkeiten verfügt, unter immerhin starkem Beifall ausführen durfte, daß die Bundesrepublik „nur wenig demokratische Züge“ aufweise, und sich gar zu der These verstieg, daß das Parlament — also die freigewählte Volksvertretung — durch andere demokratische Institutionen vor dem Versagen bewahrt werden müsse, dann kann solchen verdächtigen Annäherungen an SED-Prinzipien nicht scharf genug Kampf angesagt werden (Bravo und starker Beifall).

Demokratien sind noch niemals, wie wir es ja selbst erlebt haben, durch mächtige Organisationen vor dem Verfall bewahrt worden, sondern werden vielmehr immer nur so lange bestehen, als sie von Menschen getragen werden, die um den Wert und den Segen der Freiheit wissen. Wo Demokratien bedroht sind, bedarf es des persönlichen Mutes, ja, ich möchte es profan ausdrücken, der Zivilcourage der Staatsbür-

ger zur Selbstbehauptung. Das aber sind nicht gerade die Eigenschaften, die im Kollektiv gedeihen (Beifall).

Was mit der Gesellschaftsordnung auf dem Spiele steht, wird uns auch bewußt, wenn wir in neuen und gewiß noch nicht letzten Formen um die Integration Europas und der freien Welt ringen.

Es wird sich dabei sehr schnell erweisen, daß Ungleichnamiges eben nicht auf einen gleichen Nenner zu bringen ist und daß schon der Zwiespalt zwischen sozialistischen Wirtschaftsauffassungen westlicher Prägung und freiheitlichen Wirtschaftsvorstellungen, wie wir sie hegen, innerhalb einer wirtschaftlichen Gemeinschaft nur schwer zu heilen sein wird. Solange aber diese geistige Spannung fortbesteht, dürfen wir hoffen, daß die freie Ordnung ob ihrer besseren ökonomischen und sozialen Leistungen obsiegen wird. Würde aber, um konkret zu sprechen, Deutschland sozialistischen Dogmen anheimfallen, dann wäre ernsthaft zu befürchten, daß sich selbst innerhalb des europäischen Westens die Waage zugunsten jener Doktrin neigen könnte. Ob dann eine von sozialistischem Geist getragene Ordnung auf die Dauer widerstandskräftig genug sein könnte, östlichem Kollektivismus Parole zu bieten, sei hier nur als Frage aufgeworfen. Auch die europäische Integration setzt Wohlstand — hier für alle Länder gemeint —, dazu nationale Disziplin und eine gute gleichgewichtige Ordnung voraus. Die Bundesrepublik braucht in dieser Beziehung keine zwischenstaatlichen Vergleiche zu scheuen, aber gerade weil Gemeinsamer Markt gemeinsames Schicksal bedeutet, hat auch jeder Partner das Recht, jene Probleme anzusprechen, die das Ganze berühren.

Man wird mich nun mit Recht fragen, was die CDU/CSU im Konkreten zu unternehmen gedenkt, um jene hier angestellte Schau zu einer politischen Realität werden zu lassen. Wäre ich Mechanist und Sozialist, dann würde ich wahrscheinlich, ja sogar sicher, von vielen verwaltungsmäßigen Lenkungs- und Planungsvorhaben der Regierung sprechen, kurz, ich würde neuen Zwang für freie Menschen verkünden.

Das aber widerspricht nicht nur meinem Lebensgefühl, sondern auch meiner Einsicht vom inneren Wesen der menschlichen Gesellschaft. Ich wende mich also wieder einmal an den Menschen selbst, um ihm bewußt werden zu lassen, daß er in freier individueller Entscheidung Herr seines eigenen Schicksals ist, daß er aber auch darauf vertrauen kann, vom Staat das Maß an Schutz und Sicherheit gewährleistet zu erhalten, das ihn zur Übernahme der Verantwortung befähigt. Zu jeder in die Zukunft reichenden Disposition gehört z. B. das Vertrauen in die Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Währung und der Preise. Wenn sich gewiß auch kein Land vor den Wechselfällen internationaler Konjunkturbewegungen absolut abschirmen kann, so haben wir doch über alle Maßen deutlich unter Beweis gestellt, daß es unser ernstestes Anliegen ist, den Fluch einer fortdauernden Geldentwertung oder Währungszerrüttung vom deutschen Volk fernzuhalten. Die Bundesrepublik rangiert bekanntlich in der Reihe der ihre Stabilität und Ordnung verteidigenden Länder mit an erster Stelle.

Jene Erkenntnis, daß es im Prozeß der wirtschaftlichen Entfaltung keine Starrheit geben kann, ist aber gewiß kein Grund zu einer Katastrophenstimmung oder gar einer sich darauf gründenden Katastro-

phenpolitik. Wenn die deutschen Sozialdemokraten kritisch über unsere Preisentwicklung sprechen, wäre ihnen angesichts der oft betonten internationalen Solidarität der Vertreter dieser Weltanschauung zu empfehlen, ihre Ratschläge anderwärts, dort, wo es notwendiger erscheint, an den Mann zu bringen (Beifall). Wir wissen selbst, daß die Erhaltung der Geldwertstabilität zu den vordringlichsten und vornehmsten Verpflichtungen einer verantwortungsbewußten Regierung gehört.

Ich höre auch die Opposition einwenden, daß ich in der Verfolgung der uns gesteckten gesellschafts-wirtschaftlichen Ziele wieder einmal psychologische Mittel zur Anwendung bringen möchte. Ja, ich stehe dafür und behaupte, daß nur ein Volk, das sich aus übermäßiger Bevormundung durch den Staat und anderer kollektivistischer Machteinflüsse befreien möchte und das, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissend, auch seiner Zukunft eingedenk bleibt, von einem wachsenden Wohlstand den rechten Gebrauch machen wird. Mehr Wohlstand müßte auf die Dauer zur Entartung führen, wenn dieser nur mehr Konsum bezwecken wollte, ohne nicht auch über Vermögensbildung den Menschen kollektivistischen Einflüssen zu entreißen. Darauf muß und kann das deutsche Volk vertrauen, daß es nicht nur möglich ist, diesen Weg zu gehen, sondern daß es mit Sicherheit sein Ziel erreicht, wenn es sich nur selbst und einer wegweisenden Politik vertraut (Beifall).

Es gilt aber, einen Anfang zu machen, einen sichtbaren Beweis dafür zu liefern, daß wir, die CDU/CSU, willens sind, nicht nur kühne Aspekte zu eröffnen, sondern auch praktische Wege zu weisen. Gewiß hat, wie schon erwähnt, die Bundesrepublik keine Vermögenswerte zu verschenken, aber sie ist bereit, sich solchen Besitzes zu entäußern (Beifall) und möglichst vielen Menschen die Chance des Erwerbs und die Nutznießung an volkswirtschaftlichem Produktivkapital einzuräumen. Eine eigentumsfeindliche parteipolitische Propaganda hat die Sachwertbeteiligung der arbeitenden Menschen zu brandmarken versucht. (Zuruf: Hört, hört!) Aber diese Zeit der Amokläufer gegen das Wohl des Volkes neigt sich dem verdienten unrühmlichen Ende zu (Beifall).

Es wächst und verstärkt sich auf immer breiterer Grundlage die Überzeugung, daß ohne hinreichenden Kapitalaufwand Arbeitsplätze weder geschaffen noch gesichert werden können und daß sich auf andere Weise auch kein Wohlstand entfalten läßt. Die innere Verlogenheit parteipolitischer Agitation wird besonders dann erkennbar, wenn die sozialpolitischen Reaktionäre der Opposition einerseits auf die angeblich mit dem Aktienbesitz verbundene Bereicherung verweisen, gleichzeitig aber mit Eifer darauf bedacht sind, den Arbeiter nicht zum Aktionär werden zu lassen (Beifall). Ja, die so handeln, wissen schon, was sie tun; denn wenn das Verständnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge allgemein wird und das persönliche Interesse an der Produktivität und Ergiebigkeit der Volkswirtschaft an Boden gewinnt, dann muß der Sozialismus die Herrschaft über die Geister und Seelen jener verlieren, die, traditionell in marxistischer Ideologie erzogen, endlich zum Bewußtsein ihrer selbst kommen (Bravorufe und Beifall). Ich bin deshalb sehr glücklich, verkünden zu dürfen, daß die Bundes-

tagsfraktion der CDU/CSU sofort nach Beendigung des Parteitages ein Initiativgesetz einbringen wird, das die Überführung des wohl attraktivsten Bundesvermögens, nämlich des Volkswagenwerks, in breit gestreuten privaten Besitz bewerkstelligen soll. (Bravorufe und starker Beifall).

Es ist von symbolischer wegweisender Bedeutung, daß sich damit unsre Partei entschlossen zeigt, das Volkswagenwerk über das Mittel der Volksaktie in den Besitz weitester Volkskreise zu überführen (Beifall). Ohne an dieser Stelle den Beratungen und Entscheidungen des Bundestages vorgreifen zu wollen, sei zu dieser Aktion doch so viel gesagt, daß dieses Gesetz neben der endgültigen Entscheidung über die Besitzverhältnisse auch eine Verhinderung von großen Aktienpaketen und Aktienmajoritäten sicherstellen wird (Beifall).

Es werden und sollen vor allem die kleineren und mittleren Sparer sein, die hinsichtlich der Möglichkeiten und der Bedingungen des Aktienerwerbs Vorrang und sogar gewisse materielle Begünstigung genießen werden. In dem besagten Gesetz wird weiter sichergestellt, daß sich nicht über die Ausübung des Stimmrechts Machtkonzentrationen irgenwelcher Art bilden können; im besonderen gewährleistet die Form gebundener Namensaktien nicht nur die Kontrolle über die Besitzstreuung, sondern auch darüber, daß juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts wie auch Personenmehrheiten Volkswagenaktien nicht erwerben können und dürfen (Beifall). Wenn auch meine persönlichen Vorstellungen über die Ausgestaltung dieser klein gestückelten Volksaktie bereits sehr konkreter Art sind, so dürften doch schon diese wenigen Hinweise genügen, um den ernsten und festen Willen unserer Partei zu bekunden, unsere freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung durch Mehrung des Wohlstandes und private Vermögensbildung immer weiter auszubauen und innerlich zu festigen. Auch soll es mit der Überführung des Volkswagenparks in privaten Kleinbesitz allein nicht sein Bewenden haben. Nach Maßgabe der verfügbaren Sparkapitalien und der freien Entscheidung des deutschen Volkes werden auch noch weitere öffentliche Besitztitel für solche Zwecke bereitgestellt werden. Es ist hier nicht der Ort und nicht die Zeit, darüber zu entscheiden, welchen Zwecken die Erlöse aus dieser Veräußerung zugeführt werden sollen. An Vorstellungen und Wünschen dieser Art wird es ja gewiß nicht fehlen. Einmütigkeit aber dürfte wohl darüber bestehen, daß es nicht die Absicht des Staates ist oder sein kann, unfruchtbare Geldhorte zu bilden. Im übrigen, glaube ich, wäre es ein hohes und unserer Politik gemäßes Ziel, wenn wir dieses sich auf solche Weise bildende Sondervermögen am Tage der Wiedervereinigung zur Verfügung hätten, um den Wiederaufbau und die rasche Eingliederung des östlichen Deutschlands an die Bundesrepublik erfolgreich bewerkstelligen zu können (starker Beifall). Die SPD wird zwar gegen diese Pläne Sturm laufen. Aber wir sind entschlossen, diese Auseinandersetzung mit ihr vor dem ganzen deutschen Volk in breitester Öffentlichkeit zu führen (Bravorufe und Beifall). Sie werden wieder einmal sagen, daß solches Volksvermögen, das nur in Führungsstrichen so zu benennen ist, nicht verschleudert werden und daß sich der Staat über ihm gehörende Industriebetriebe nicht der Möglichkeit der Konjunktur- und Preis-

beeinflussung entäußern dürfte. Darauf ist zu erwidern, daß niemand an eine Verschleuderung denkt und daß der Sinn und Wert des angeblich zu schützenden Volksvermögens einen sehr viel besseren und sozialeren Ausdruck findet, wenn das Volk selbst unmittelbar in Gestalt privater Besitztitel Eigentümer dieses Vermögens ist (Beifall).

Die CDU/CSU gibt mit dieser Einleitung einer neuzeitlichen und wahrhaft sozialen Gesellschaftsordnung, die zu einer immer breiteren Besitzstreuung führen soll, ohne die schöpferische menschliche Initiative zu lähmen und ohne die Funktion einer auf Leistungswettbewerb begründeten freien Unternehmungswirtschaft zu unterbinden, nicht nur dem Fortschritt Raum, sondern hält damit auch jenen Geist wach, der uns von der Bedrohung seitens des Kollektivismus und Totalitarismus erretten wird.

Deshalb werden auch der Sieg der politischen Entscheidung dieses Jahres und die Zukunft nicht jenen ewig gestrigen marxistischen Reaktionären gehören, die nicht über den Schatten einer dogmatisch gebundene Vergangenheit zu springen vermögen, sondern uns, die wir dem deutschen Volk aus Not und Verzweiflung den Weg in eine glücklichere Zukunft, zu Wohlfahrt und sozialer Sicherheit nicht nur gewiesen, sondern — was viel mehr ist — auch bezeugt haben, daß wir das, was wir verkünden und versprechen, auch halten (starker langanhaltender Beifall).

Vorsitzender Blank:

Der reiche Beifall mag Ihnen, Herr Professor Dr. Erhard, ein Zeichen dafür sein, wie sehr Sie mit Ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Anschauungen sich im Einklang befinden mit den Vorstellungen und Anschauungen der Christlich Demokratischen Union (Beifall).

Wir sind von Ihnen gewohnt, daß Sie in der Wirtschaftspolitik nicht nur Theorien vortragen, sondern daß Sie auch durch die Tat immer wieder sichtbare Zeichen setzen. Wir danken Ihnen, daß Sie heute morgen wiederum für die Christlich Demokratische Union ein solches Zeichen mit Ihrer Verkündung, nunmehr mit der Überführung von Bundesvermögen in breitgestreuten privaten Besitz den Anfang zu machen, gesetzt haben. Machen Sie weiter so, Herr Professor Erhard! Vielen Dank für Ihre aufschlußreiche Rede (Beifall).

Ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, habe ich mich noch einer angenehmen Pflicht zu unterziehen. Es sind noch bei uns als Gäste eingetroffen: Herr Präsident Dr. Berghuis, Vorsitzender der Antirevolutionären Partei Hollands, und der Generalsekretär dieser Partei, Herr van de Sluis. Ich darf die Herren namens der Christlich Demokratischen Union und dieses Parteitages herzlich begrüßen und ihnen für ihr Kommen danken (Beifall).

Wir fahren nunmehr in der Tagesordnung fort. Es spricht jetzt unser Freund, der Herr

Ministerpräsident a. D. Dr. Karl Arnold

Eigentum für jeden

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Es war im Juli 1948. Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder waren auf dem „Rittersturz“ bei Koblenz zusammen-

gekommen. Wir hatten eine folgeschwere Entscheidung zu treffen: Die Besatzungsmächte hatten uns angeboten, den drei westlichen Zonen eine einheitliche staatliche Ordnung zu geben.

Dieses Angebot galt nicht für die Saar, nicht für die sowjetisch besetzte Zone und auch nicht für die Gebiete jenseits der Oder-Neiße. Diese Beschränkung machte uns die Entscheidung sehr schwer. Wir standen vor der Frage, ob nicht die Errichtung einer staatlichen Organisation, die nur Westdeutschland umfaßte, den Weg zur Wiedervereinigung erschweren werde. Schweren Herzens, aber in der klaren Erkenntnis der Notwendigkeit und Richtigkeit unseres Schrittes stimmten wir zu. Alle Ministerpräsidenten und alle Parteien stimmten zu.

Wir stimmten zu, „um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“. Wir stimmten zu, um Deutschland wieder eine unabhängige Stimme in der Welt zu geben. Wir stimmten zu, um aller Welt die Tragik der Zerreißung unseres Vaterlandes vor Augen zu führen. Wir stimmten zu in der Absicht, so unseren Mitbürgern an der Saar und in der Sowjetzone zur Freiheit und uns allen zur Wiedervereinigung zu verhelfen. Wir stimmten schließlich zu, um hier im Westen eine freiheitliche, rechtsstaatliche und soziale Ordnung zu errichten, die ermutigend, anziehend und beispielhaft für unsere Landsleute in der Zone sein soll (Beifall).

Ich erinnere an diese Begebenheit aus drei Gründen:

1. Unsere Entscheidung vom Juli 1948 hat nach dem fürchterlichen Zusammenbruch die ersten Grundlagen für eine neue deutsche Staatlichkeit gelegt. Hätten wir damals nein gesagt, so hätten wir heute keine handlungsfähige deutsche Regierung; ohne eine solche Regierung hätten wir aber auch den Anschluß an die Wirtschaftsentwicklung der freien Welt nicht erreicht. Wir wären höchstwahrscheinlich von der Wiedervereinigung weiter entfernt, als wir es in Wirklichkeit heute sind. Und die Saar wäre wohl auch noch nicht wieder bei Deutschland.
2. Die Entscheidung vom Juli 1948 ebnete den Weg für eine eigene deutsche Außenpolitik. Sie brachte die Souveränität der Bundesrepublik. Sie stärkte den Willen zur europäischen Zusammenarbeit. Beides zusammen gab Rückhalt und Impulse für die Lösung unserer außenpolitischen Hauptaufgabe: die Wiedervereinigung Deutschlands als eine Teilaufgabe der Einigung Europas (Beifall).
3. Die Entscheidung vom Juli 1948 gab auch der deutschen Innenpolitik Auftrieb und Kraft zu neuer Ordnung. Vermessen wäre es, zu behaupten, diese Ordnung sei schon fertig gebaut. Aber wir haben doch aus unserer Bundesrepublik einen Hort der Freiheit machen können, in dem sich eine soziale Ordnung abzuzeichnen beginnt, die für das ganze Deutschland vorbildhaft werden muß (Beifall).

Schon heute wirkt unsere soziale Ordnung hinein in die Zone. Die Unterschiedlichkeiten treten klar zutage. Bei uns sind die Arbeiter gleichberechtigte Bürger. Drüben stehen sie unter einem politischen Gewaltsystem. Geistigen Wert aber besitzt nur das, was aus Freiheit wächst. Erzwungenes hat keine ordnungsbildende Kraft. Deshalb

schen verbürgen; deshalb unser Nein zu den kommunistischen Erzwungenschaften, die die Würde des Menschen verwirken. In der weitgespannten gesellschaftspolitischen Diskussion unserer Zeit gibt es zwei Extreme: auf der einen Seite die Entfignung aller und auf der anderen Seite die Forderung nach persönlichem Eigentum für jeden (Beifall).

Die eine Forderung steht auf der Fahne von Marx und Lenin. Die andere Forderung wird vorwiegend von den aktiven Christen und staatserkaltenden Kräften vertreten. Welcher dieser beiden Pole wird unsere Zukunft bestimmen? Das ist die Frage nach dem Menschenbild, die Frage nach der Gesellschaftspolitik, die den dritten Abschnitt der politischen Entwicklung der Bundesrepublik bestimmen wird.

Die erste Periode, die Zeit von 1945 bis 1948, galt dem Überleben. Es mußten die Voraussetzungen für unseren Wiederaufbau geschaffen werden. Die zweite Periode, die Zeit von 1948 bis 1957, galt diesem Wiederaufbau. Ein freiheitlicher, souveräner deutscher Rechtsstaat hat wieder Vertrauen in der Welt erobert. Die dritte Periode steht vor uns. Sie muß dem sozialen Ausbau und der inneren Gestaltung unseres Volkswillens gelten als einer entscheidenden Voraussetzung für die deutsche und europäische Wiedervereinigung (Beifall).

Wir christlichen Demokraten, die wir seit 1945 die Hauptverantwortung tragen, sind bereit und entschlossen, auch die Bürde dieser dritten Periode auf uns zu nehmen; denn sie bedarf noch mehr und stärker als in der zurückliegenden Zeit der Bereitschaft und Verantwortungsfreudigkeit der Christen in der Politik. Wie oft bekommen wir zu hören, daß diese dritte Periode, also die Zeit der Bildung einer neuen Gesellschaftsordnung, dunkel überschattet werde von der sogenannten zweiten industriellen Revolution. Die fast mit elementarer Kraft und mit einem unaufhaltsamen Tempo vorwärtsstoßende moderne Technik — so wird bedingstend argumentiert — werde alles überrollen, was bisher sowohl im Geistigen wie im Materiellen einen festen Stand und Ort gehabt habe. Alles sei in eine umwälzende, wenn nicht sogar in eine revolutionäre Bewegung gekommen. Eine neue soziale Abhängigkeit ganzer Gesellschaftsschichten sei das zu befürchtende Ergebnis dieser neuen Zeitentwicklung. Nur noch der Staat als die stärkste Potenz der Gesellschaft könne hier ordnend eingreifen.

Der Parteitag der Sozialdemokratie in München stellte sich die Frage, wie diese „Revolution“ durch Atomenergie, Automation und elektronische Maschinen technisch und wirtschaftlich aussehen werde und welche gesellschaftlichen und politischen Folgerungen sich aus der Änderung der technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ergeben würden. Die Sozialdemokratie hat drei Antworten gegeben:

1. Die Probleme dieser neuen Zeit ließen sich nur sozialistisch, nur durch umfangreiche Planung und durch weitgehende Verstaatlichung meistern.
2. Die Wissenschaft, die Volksbildung, die politische Bildung müßten entsprechend gefördert und den Erfordernissen dieser „Revolution“ angepaßt werden.
3. Die künftige Sozial- und Wirtschaftsordnung müßte sich aus dem Prozeß der zweiten „industriellen Revolution“ entwickeln.

Wenn wir die Sozialdemokraten richtig verstehen, wollen sie mit diesen

Antworten doch zu verstehen geben, daß das geistige, politische und soziale Leben der Zukunft von dieser modernen Technik bestimmt und abhängig sein wird. Das aber hieße, daß ein äußeres Entwicklungselement künftig das Leben des Menschen und der Gesellschaft bestimmen soll.

Die SPD hat damals in München geglaubt, einen geistigen Wendepunkt, ein neues Zeitalter, eine neue Politik und so etwas wie eine neue Philosophie entdecken zu können. In der Wirklichkeit aber bedeutet diese angeblich neue Erkenntnis einen Rückfall in die schon längst überholte Philosophie von Karl Marx. Sie bedeutet die Restauration jenes Prinzips von Karl Marx, wonach das Ideelle nur eine Funktion des Materiellen, das Geistige ebenso wie die staatliche und gesellschaftliche Ordnung nur zwangsläufiger Ausdruck der wirtschaftlichen Verhältnisse sind. Mit einer solchen Restauration aber ist die deutsche Sozialdemokratie niemals in der Lage, eine echte Antwort auf die Fragen unserer Zeit zu geben (Beifall). Denn sie geht nicht vom geistigen Prinzip, nicht vom Menschen aus, sondern sie verfährt genau umgekehrt und fragt: Welche Gesellschaftsordnung erfordern die neuen materiellen Bedingungen? Dieser Weg, meine Freunde, ist falsch. Noch am gestrigen Nachmittag hat Herr Professor Thieliöke die Gefahren einer solchen Entwicklung mit überzeugender Kraft dargelegt. Deshalb ist auch die sozialdemokratische Antwort falsch, die wörtlich lautet: „Die Antwort auf unser technisches Zeitalter muß sein — Anpassung unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung an die Bedingungen der zweiten industriellen Revolution.“

Es entspricht marxistischer Lehre, wenn in München unter Beifall gefordert wurde: „Darum muß man heute schon... auch die Organisation des Bildungswesens so planen, daß sie den Erfordernissen der zweiten industriellen Revolution gerecht werden kann.“ In der Praxis würde dies bedeuten, daß nicht der Mensch, sondern der Stand der industriellen Technik zum Ausgangspunkt politischen Handelns gemacht würde. Die Technik würde an die Stelle des Menschen treten. Das Bildungswesen würde also darauf abgestellt, den Menschen zum Experten, zum Spezialisten zu machen, anstatt universal gebildete Menschen zu erziehen, die sich als Herren über die Technik erheben können (Beifall).

Aus dem Menschen als Ebenbild Gottes würde der homo oeconomicus, der homo technicus, der entsprechend jedem neu auftauchenden technischen Prinzip den Menschen auch einer neuen Gesellschaftsordnung und einem neuen zeitbedingten Bildungsprinzip unterworfen würde. Nicht Gott würde dann die Menschen führen, sondern die Technik würde sie an der Leine führen und gängeln. Wenn als Schlußfolgerung dieser fragwürdigen Erkenntnisse in München gesagt wurde, daß durch die neuen Produktionsmethoden „unsere Gesellschaftsordnung, unsere politischen Lebensformen, ja die Formen des menschlichen Daseins selbst vielleicht im Kern verändert werden“, so sehen wir darin geradezu eine Umkehr der göttlichen Weltordnung und die Unterstellung der vom Menschen zu gestaltenden Sozialordnung unter die Technik. Das aber lehnen wir mit letzter Leidenschaft ab (Beifall).

Wir bleiben auch im Angesicht dieser neuen Technik bei der alten christlichen Wahrheit, die da heißt: Der Mensch ist von Gott berufen

und in den Stand gesetzt, die Welt umzugestalten und zu beherrschen. Das gilt auch für eine Welt, in der Atomenergie, Elektronenmaschinen und Automatisierung die Menschen vor völlig neue Möglichkeiten stellen. Das hat noch lange nichts mit einer „Revolution“ zu tun.

Wohin kämen wir dann, wenn wir jede technische Neuerung eine Revolution nennen und unsere menschliche und gesellschaftliche Ordnung dem anpassen wollten? Vor lauter „Revolutionen“ und „Neuordnungen“ stünden wir dann eines Tages vor der totalen Unordnung und völligen Fragwürdigkeit aller geistigen und persönlichen Gehalte. Wollen wir richtig verfahren, so müssen wir die neuen technischen Tatbestände in unser christliches Ordnungsbild einordnen. Das ist ein langfristiger Entwicklungsvorgang, der — anders als die Sozialdemokraten glauben — nichts mit Revolution zu tun hat. Wir stehen ja auch nicht vor dieser Entwicklung, sondern bereits mitten drin. Wir haben doch bereits — auch in Deutschland — vollautomatische Betriebe. Dazu kommt unsere Kapitalarmut und die geringe Ausdehnungsmöglichkeit unseres nationalen Wirtschaftsraumes — zwei Erscheinungen, welche der Automatisierung sowieso eine langfristige Entwicklung auferlegen. Und schließlich ist nach den bisherigen Erfahrungen nur ein Bruchteil der gesamten Produktion und der Verwaltungstätigkeit derart für die Automatisierung geeignet, daß sie auch wirtschaftlichen Nutzen nach sich zöge.

Die praktischen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten bestätigen diese Ansicht. Auch dort fand und findet keine „Revolution“ statt, sondern eine Evolution, wenn wir so sagen wollen. Auch dort werden nicht allzu viele Wirtschaftszweige als geeignet für die Automatisierung angesehen. Innerhalb der nächsten 20 Jahre werden in den USA — nach dortigen Feststellungen — nur 8 % der gesamten Arbeiterschaft durch die Automatisierung berührt werden. Dazu erfordert die Automatisierung in Amerika neue Industrien mit neuen Arbeitsmöglichkeiten. Einer der ebenso mächtigen wie wachsamten Gewerkschaftsführer in den Vereinigten Staaten hat zu diesen Problemen erst kürzlich erklärt: „Es ist mir kein einziger Fall bekannt, wo ein bedeutender technischer Fortschritt in den USA Menschen ihrer Arbeit beraubt hätte. Die technische Fortentwicklung hat im Gegenteil in den letzten 25 Jahren zusätzliche Beschäftigung für 20 Millionen Menschen geschaffen.“

Die Entwicklung wird bei uns nicht anders verlaufen. Damit aber erscheint die Automatisierung nicht mehr als Gespenst, sondern als positive Entwicklung. Sie bedingt nicht Arbeitslosigkeit, sondern ermöglicht es, die Arbeitszeit zu verkürzen und zugleich den Lebensstandard zu heben. Sie kann also ein Hilfsmittel für eine bessere soziale Ordnung sein. Ohne zu verharmlosen, läßt sich sagen, die sogenannte „zweite industrielle Revolution“ wird keine Schockentwicklung für die Wirtschaft und die gesellschaftliche Ordnung bringen, wenn man die Entwicklung fest im Griff behält. Der soziale Kampf während der ersten Phase der industriellen Entwicklung bis herauf in unsere Tage hat einem „revolutionären“ Ausbruch außerdem sehr spürbare Grenzen gesetzt. Gewerkschaften, Tarifvertragsrecht, Mitbestimmung und soziale Partnerschaft sind Dämme, die auch von einer neuen Entwicklung nicht so leicht eingerissen werden können.

Viel wichtiger aber ist der Umstand, daß die neue technische Entwicklung in einer ganz anderen Richtung verlaufen wird. Während die Industrialisierung in ihrer ersten Phase eine Degradierung des Arbeiters, die Frauen- und Kinderarbeit und damit eine allgemeine soziale Rechtlosigkeit und die Entseelung des Menschen hervorbrachte, bleibt bei der heutigen Entwicklung die erreichte soziale Rechtstellung des Arbeiters nicht nur erhalten, er soll vielmehr durch den Vorgang der Rationalisierung und der Automatisierung von der monotonen Arbeit befreit, soll zum Dirigieren und Kontrollieren der Maschinen, also zum denkenden Menschen im Betrieb herangebildet werden (Lebhafter Beifall). Die Anforderung an Befähigung und Qualität des Menschen wird also im Zuge der technischen Entwicklung zunehmen. Das ist gesellschaftspolitisch gesehen ein unbestreitbares Positivum. Es zeigen sich nämlich neue Berufslaufbahnen mit sozialem Aufstieg und wachsender Selbständigkeit. Dieses Element ist aber unerläßlich für den Ausbau unserer sozialen Ordnung.

Wollen wir uns künftig nicht von der Technik beherrschen lassen, so müssen wir gerade auf die Heranbildung selbständig denkender und handelnder Persönlichkeiten bestimmenden Einfluß nehmen; denn nur solche Menschen können uns helfen, die Technik zu einem ordnungsbildenden Faktor zu gestalten. Das ist die große Chance für die Welt des Westens; denn universaldenkenden Persönlichkeiten ist der Zugang zu der Erkenntnis von Gottes Wirken in der Natur und ihren Elementen möglich. Das haben wir der östlichen Welt voraus. Wissenschaftler und Techniker des Ostens nämlich müssen um der Dogmatik von Marx und Lenin willen auch dann schweigen, wenn sie das Göttliche im Verlaufe ihrer Forschung anrühren sollte. Wir als Menschen einer freien Welt aber wissen, daß sich uns die Natur willig anbietet. Sie ist untersuchungsbereit und untersuchungswillig. Vielleicht ist unsere Zeit das ertragsreichste Ackerland für die gemeinsame Forschungsarbeit von Natur- und Geisteswissenschaften. Denn was sich die Natur an Einsichten und Erkenntnissen abringen läßt, soll doch dem Menschen vor allem in seiner geistigen Existenz dienen. Das ist die Richtung, die wir der Zeitentwicklung geben müssen. Aber eben deshalb eignen sich all diese neuen Erscheinungen bis hin zum sogenannten „Atomzeitalter“ so schlecht für eine Wahlparole (Beifall).

Auch das Atomzeitalter vermag keine „Revolution“ auszulösen. Es stellt uns — nicht anders als die Automatisierung — nur vor einen langfristigen Entwicklungsgang. Seit langem arbeitet unsere Wissenschaft — z. B. in der Medizin — mit Isotopen. Und der aus der Atomenergie erzeugte Strom wird sich in der Steckdose nicht unterscheiden von dem Strom, der aus Kohle, Wasser oder Öl erzeugt worden ist. Die Atomenergie eröffnet Möglichkeiten für Krieg und Frieden, die wir uns gerade erst in den ersten Anfängen vorstellen können. Technisch ist auf diesem Gebiet noch alles in Fluß. Mit jeder neuen Entwicklung werden neue Möglichkeiten sichtbar. Sie für den Frieden zu nützen, ist unsere entscheidende Aufgabe; denn die Folgen eines Atomkrieges wären unvorstellbar.

Darum unterstützen wir so nachhaltig die internationalen Atomgespräche, die Abrüstung und die Europäische Atomgemeinschaft. Wir sind der festen Zuversicht, daß dieser politische Weg dazu führt, bis-

her für unvorstellbar gehaltene Möglichkeiten der friedlichen Verwendung der Atomenergie zu erschließen und damit der Energieversorgung, der Medizin, der Landwirtschaft, der Forschung und vielen anderen Disziplinen eine neue Zukunft zugunsten des arbeitenden Menschen zu erschließen (Beifall).

Ist erst einmal die Industrialisierung unabhängig von herkömmlichen Energiequellen und zugleich unabhängig von den bisherigen Problemen des Standortes, so können wir künftig überall und billiger als bisher über Energie verfügen und damit auch überall und billiger Industrien errichten. Dieser Anschluß an Forschung und Verwendung der Atomenergie aber ist für uns eine Notwendigkeit, wenn wir als bisher hochindustrialisiertes Volk, das vom industriellen Export zu leben gezwungen ist, unsere Stellung in der Welt und unseren Lebensstandard aufrechterhalten wollen. D.h. daß neue Institute gegründet, neue Wege der Wissenschaftsförderung beschritten werden müssen. Es ist jetzt nachzuholen, was uns in jenen 10 Jahren versagt war, in denen wir nicht souverän, sondern abhängig waren, in denen uns also auf dem Gebiet der Forschung vieles untersagt war.

Unsere Kritiker sollten nicht vergessen, daß dies die Erbschaft Hitlers war, die die christlichen Demokraten in schweren, arbeitsreichen Jahren abzutragen hatten bis zur Wiedergewinnung der Souveränität von heute und die wir weiter abzutragen haben auf dem Wege des Ausbaus unserer wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Entwicklung (Beifall).

Wir wünschen aber nicht, daß uns auf diesem Weg erneut Bremsklötze stören. Ein solcher Bremsklotz ist für uns die Feststellung der SPD auf ihrem Parteitag in München, daß die sogenannte „zweite industrielle Revolution“ nur sozialistisch gemeistert werden könne, daß alle Dinge der Atomenergie staatlich betrieben und das wirtschaftliche und wissenschaftliche Geschehen nunmehr „geplant“ werden müsse. Würde dieses sozialistische Programm verwirklicht, so würde ein sozialistischer Sog entstehen, der alle anderen Lebens- und Wirtschaftsbereiche erfassen würde. Die Sozialisierung aller Energiequellen und die der Kohle würde folgen. Damit wäre auch der Weg zur Sozialisierung der chemischen und der Stahlindustrie, der Banken und der Versicherungen beschritten. Das ist gleichbedeutend mit einer weiteren Förderung der durch Funktionäre zu sichernden Staatsallmacht (Starker Beifall). Dieser Weg wäre auch vom Gedanken der Demokratie her bedenklich. Es wäre der Weg in den totalen Sozialismus. Ein Blick auf das in München und auf einer Spezialkonferenz in Düsseldorf entworfene SPD-Programm der „Mobilisierung des Geistes“ beweist es. Man spricht von Pflichtvorlesungen, von besoldeten Studenten, von planvoller Leitung des akademischen Nachwuchses — kurz, von der Verplanung des Geistes.

Uns dagegen geht es um ein Bildungsideal, das den freien, den geistig selbständigen, den universal denkenden Menschen heranbilden soll (Beifall). Wenn jemals die Lehre und Forschung und die akademische Freiheit planmäßig in die Abhängigkeit des Staates gebracht werden sollen, dann allerdings braucht nur dieses Programm verwirklicht zu werden. Das aber wäre nicht Mobilisierung, sondern Sozialisierung

des Geistes. Das wäre geistiger Kollektivismus, dem der wirtschaftliche bald folgen würde (Beifall).

Der Schweizer Hans Zbinden schrieb vor kurzem die Sätze: „Die geistigen und sozialen Gefahren, die die Demokratie von heute bedrohen, lassen sich alle zurückführen auf eine Grunderscheinung unserer Zeit — es ist die Entwertung des Individuellen, die Schwäche und Erschütterung der Idee der menschlichen Person, die Preisgabe ihrer Einmaligkeit und Würde.“ — Das Programm der Sozialdemokraten bannt diese Gefahren nicht, sondern fördert sie, weil es den Menschen fesselt, anstatt ihm mehr Freiheit, größere Selbständigkeit und größere Verantwortung zu gewähren. Dieses allein befähigt den Menschen, den Kampf in der offenen Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Gegner unserer Zeit zu bestehen.

Die neue Technik hat dem Menschen die Macht gegeben, alles zu zerstören oder alles zu verbessern. In dieser Lage kommt es darauf an, ob der Mensch seine Erfindungen oder ob die Erfindungen den Menschen beherrschen. Was würde aller Fortschritt, was würden alle von der Natur abgerungenen Kräfte nützen, wenn sie der Mensch zu seiner eigenen Zerstörung verwenden würde! Die eigentliche Krankheit unserer Zeit und das apokalyptische Dunkel unserer Tage liegt doch in der vom Teufel eingegebenen Angst, der Mensch könnte in der Lage sein, das, was ihm kraft der Gaben des forschenden Verstandes von der Natur geoffenbart und für seine eigene geistige und physische Höherentwicklung und damit für das Verstehen der göttlichen Weltordnung gegeben wird, zu seiner eigenen Vernichtung zu verwenden, obwohl er selbst doch das größte Verlangen hat, gerade dieses Leben zu erhalten.

Angesichts dieser grausamen Geistesverwirrung müssen wir uns heute noch stärker und noch nachhaltiger um den Menschen kümmern als je zuvor. Denn heute hängt alles davon ab, daß der Mensch sich als sittliche Person begreift, daß er moralisch handelt und daß er nicht zum Objekt der Technik wird.

Nur aus unserem christlichen Glauben, nicht aber aus längst überholten Ideologien heraus lassen sich diese Probleme meistern. Das bedeutet, daß die Probleme der Zeitlichkeit nur mit überzeitlichen Prinzipien bewältigt werden können. Wer, wie der Marxismus, der Zeitlichkeit verhaftet ist, hat nicht die Kraft, um diese großen Probleme geistig, sittlich und politisch im Interesse der Menschen zu lösen. Deshalb ist der Beginn des Zeitalters der neuen Technik die Stunde der Christlich Demokratischen Union (starker Beifall).

Die Entfaltung der menschlichen Person — das ist das Ziel aller Politik; das muß sein das Ziel des Staates, der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Technik. Der Mensch aber ist zugleich auch Glied der Gesellschaft, ohne die er nicht leben kann. Erst durch diese Verbindung und Verpflichtung wird er wirkliche Person, wird er gestaltende Kraft, um nach Gottes Willen an der Fortführung jener Schöpfung mitzuarbeiten, aus der er hervorgegangen ist.

Hier begegnen sich — ich will es offen aussprechen — Technik und Theologie. Ohne den Zusammenhang dieser beiden Disziplinen geht uns der Zusammenhang des Lebens verloren. Je technisierter nämlich die Zeit ist, desto größer ist die Aufgabe der Theologie, desto größer

auch die Aufgabe von Philosophie, Pädagogik, Soziologie, Geschichte, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft (Beifall). Es kommt nicht auf die technische Beherrschung der Technik an, sondern darauf, welchen Sinn man der Technik in unserem Dasein zuordnet (Beifall).

Solche Aufgaben kann nur ein körperlich und seelisch gesunder Mensch und eine gesunde Gesellschaft bewerkstelligen, nicht aber Menschen, die durch Experten- und Spezialistentum, durch Ideologien und Verkrampfungen geistig umgebogen sind. Die Zukunft wird also nicht durch die Technik, sondern durch den Menschen entschieden (Beifall). Wenn dem aber so ist, dann kommt es auf seine Haltung und auf seine Stellung in der Gesellschaft an. Diese Stellung des Menschen in der Gesellschaft gilt es zu überprüfen und neu zu begründen.

Kapital und Arbeit haben durch das soziale Partnerverhältnis vieles von ihrer früheren Gegensätzlichkeit verloren. In rechtlicher und theoretischer Hinsicht sind beide gleichberechtigte Faktoren in der Wirtschaft geworden. Wenn aber diese Gleichberechtigung anerkannt ist, dann muß sie auch im persönlichen Bereich zur praktischen Auswirkung kommen. Es ist jedoch nicht zu bestreiten, daß in tatsächlicher Hinsicht die Kapitalseite mit Abstand die bessere Eigentumsentwicklung erreichen konnte. Diese Feststellung kann man ohne Mißgunst und Neid treffen. Uns interessiert dieser Vorgang gesellschaftspolitisch. **Die Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit muß auch in tatsächlicher Hinsicht ins rechte Gleichgewicht gebracht werden (Beifall). Würde man diesen Zustand nicht herbeiführen, so würde die Wirtschafts- wie auch die Gesellschaftsordnung die Balance verlieren. Die technische Zeit würde sogar die Entwicklung in diese Richtung treiben, wenn man sie einfach laufen lassen würde.**

Hier müssen Entscheidungen getroffen werden. Es läßt sich schon heute übersehen, daß die Produktionskapazität des Handwerks und der Landwirtschaft nicht mehr wesentlich erweitert werden kann, daß aber andererseits die Produktionskapazität der industriellen Wirtschaft im Zuge der modernen Technik unvergleichlich größere Chancen hat. Hier liegt also das wachsende Reservoir der Arbeitsplätze und damit der arbeitsmarktpolitische Sog für künftige Tätigkeiten. Das aber bedeutet gesellschaftspolitisch, daß in der Relation die Zahl der selbständigen Existenzen stetig sinkt und die Zahl der unselbständigen Existenzen laufend steigt. Wenn wir also dem geistigen wie dem wirtschaftlichen Kollektivismus mit nachhaltigem Erfolg begegnen wollen, dann ist hier der entscheidende Ansatzpunkt gegeben.

Deshalb brauchen wir für die Gesundung und Stabilisierung unserer Gesellschaft Eigentum in breiter Hand (lebhafter Beifall).

Die Sozialisierung ist kein Mittel, dieses gesellschaftspolitische Problem zu lösen. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, für sich selbst weiteres Eigentum zu erwerben (Beifall). Es ist aber eine Aufgabe des Staates, seinen bisher eigentumslosen Bürgern zu Eigentum zu verhelfen (Beifall). Damit dient der Staat sich selbst; denn wenn die gesellschaftliche Ordnung, auf der der Staat beruht, gesund ist, dann ist auch der Staat gesund — nicht umgekehrt. Es ist nicht möglich, die Frage der Eigentumbildung isoliert zu sehen. Sie gehört in den Zusammenhang der gesellschafts- und kulturpolitischen Situation unserer Zeit. Deshalb mußte zuerst dieser gesellschaftspolitische Hintergrund

aufgezeigt werden, damit das persönliche Eigentum als wichtige Quelle für die geistige Wertbildung des Menschen erkannt wird. Bei dieser Gelegenheit darf erinnert werden an das Wort des Religionsphilosophen Nicolai Berdjajew:

„Der Wert des Menschen, der menschlichen Persönlichkeit, ist größer als die historischen Werte des Staates und der Nation.“

(Beifall.)

Die Stunde zur Lösung des Eigentumsproblems in breiter Hand ist nunmehr reif geworden (lebhafter Beifall). Der Arbeitnehmer soll aus seiner reinen Verbrauchshaltung herausgenommen und die Möglichkeit zur Bildung von persönlichem und echtem Eigentum erhalten. Der Arbeitnehmer soll nicht nur in der Gegenwart leben, er soll als Eigentümer sich für sein Schicksal und für die Zukunft seiner Familie verantwortlich fühlen. Das eigene Vermögen soll seine Abhängigkeit als Arbeitnehmer mildern, seine wirtschaftliche Freizügigkeit verstärken und ihm auf die Dauer eine neue Einkommensquelle sichern. In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist das private Eigentum entscheidender sozialer Ordnungsfaktor. Durch die Verbreiterung dieser Basis werden neue Schichten an dieser Ordnung interessiert; sie wird dadurch materiell und geistig gefestigt. Die Reste klassenkämpferischen Denkens werden beseitigt.

Durch die Beteiligung des Arbeitnehmers am Kapitalbildungsprozeß wächst sein Interesse und sein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten. Er wendet sich von sogenannten Allheilgedanken wie der Sozialisierung ab. Die breite Eigentumsbildung dient dem sozialen Ausgleich in der freiheitlichen Ordnung und mildert den massiven Interessenkampf (Beifall).

Die Union hat dieses Problem in seiner ganzen sozialen Bedeutung erfaßt. Der Bundestagsfraktion gebührt der Dank des Parteitag, daß sie das Familienheimgesetz trotz aller Widerstände durchgesetzt hat. Es muß jetzt mit Nachdruck dafür gesorgt werden, daß dieses Gesetz durchgeführt wird und daß auch die so wichtige Bodenfrage und die Probleme der Neuordnung aktiv in Angriff genommen werden. Hier ist einer der Wege, die zu persönlichem Eigentum führen.

Weitere Möglichkeiten sind gegeben z. B.

1. in der Miteigentumsbildung am arbeitgebenden Betrieb,
2. in der Privatisierung von industriellem Vermögen der öffentlichen Hand über den Weg der stimmberechtigten Volksaktie,
3. im Investmentsparen auf Grund des Kapitalanlagegesellschaftsgesetzes,
4. im Kontensparen, Versicherungs- und Wohnungsbausparen,
5. in der Verwendung der finanziellen Rückflüsse aus öffentlichen Hypotheken.

Die Diskussion über diese Möglichkeiten ist in vollem Gange und verdichtet sich zu konkreten Vorschlägen. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf den Miteigentumsvorschlag der Sozialausschüsse. Über alle diese Möglichkeiten müßten eingehende und selbständige Referate gehalten werden. Das ist auf dem Parteitag leider nicht möglich. Ich möchte deshalb dem Parteitag den Vorschlag machen, die **sofortige Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus hervorragenden Sachverständigen** zu beschließen, damit auf der Grundlage dieser Erwägun-

gen für die gesetzgebende Arbeit zusammenfassende Vorschläge ausgearbeitet und der Durchführung nähergebracht werden können (Starker Beifall).

Wir wollen nicht den allein Eigentum besitzenden Staat; wir wollen das Gegenteil; wir wollen ein Volk von Eigentümern, weil wir im Volk die Freiheit, die Verantwortung und die Unabhängigkeit entfaltet sehen wollen. Wir wollen auch Schritt halten mit der modernen Technik in bezug auf die Mehrung der geistigen Substanz unseres Volkes; deshalb für alle Schulgebiete die beste Lehrerausbildung, eine Hochschulreform im Sinne der Universalbildung und eine Aktivierung der Erwachsenenbildung (Beifall).

Ein Volk bekommt seine Zukunft aus dem Wert und der Kraft seiner Kultur. Wir sagen das deshalb so deutlich, weil eine Sozialisierung des Geistes in Verbindung mit dem, was vielerorts als „zweite industrielle Revolution“ bezeichnet wird, die Gefahr eines neuen Totalitarismus in sich trägt. Den Neoliberalen, den politischen Sektierern und Weltverbesserern käme eine solche Tendenz geradezu entgegen. Dieser Gefahr gilt es mit geistiger Kraft und mit festem Willen, insbesondere für uns als CDU/CSU, zu begegnen! (Lebhafter Beifall.)

Unsere politischen Gegner behaupten so gerne, die Ära der Christlich Demokratischen Union ginge zu Ende. Sie täuschen sich. Wenn wir unsere Aufgaben so sehen, wie sie auf diesem Parteitag umrissen worden sind, dann geht die Ära der Christlich Demokratischen Union nicht zu Ende, dann hat sie gerade erst begonnen (Sehr starker Beifall). Unsere Union wird noch gebraucht für Deutschland, für die Wiedervereinigung, für die Einigung Europas und für die soziale Gerechtigkeit in Frieden und Freiheit (brausender Beifall).

Wir stehen vor einer entscheidenden Alternative. Die eine Lösung heißt: Bebaut die Erde und macht sie euch untertan! — Die andere Lösung heißt: Fördert die Technik und laßt euch von ihr beherrschen! Das erste ist der Auftrag, den Gott der Herr und Schöpfer des Weltalls den Menschen gegeben hat. Das zweite ist der große Verführungsversuch des Teufels, dem alle unterliegen werden, die das Schöpfungsprinzip auf den Kopf stellen, indem sie die Materie über den Geist, die Technik über den Menschen und den Menschen über Gott erheben.

Unsere Antwort heißt nicht: Paßt Geist und Mensch der sogenannten zweiten Revolution an; unsere Antwort heißt, verbindlich für die Vergangenheit und Zukunft: Gott ist und bleibt der Herr der Geschichte. (Starker Beifall).

Der Mensch hat den Auftrag, sich und seine Umwelt nach dem Willen Gottes zu gestalten. Wir wissen, meine Freunde, eine Ordnung ohne Gott ist die Ordnung des Teufels. Und eine Ordnung mit Gott ist immer eine Ordnung, die sich gründet auf den Menschen, auf die Familie und auf das Eigentum (Beifall).

Darum rufe ich Ihnen zu, meine Freunde: An die Arbeit mit Gottvertrauen und Fleiß, mit christlichen Grundsätzen, damit Wirklichkeit werde

ein christliches Deutschland, wiedervereinigt in Ost und West, ein Deutschland, das für Europa und die freie Welt seine Aufgabe erfüllen kann.

(Anhaltender, brausender Beifall.)

Vorsitzender Blank:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Arnold! Der reiche Beifall mag Ihnen beweisen, wie sehr Sie mit Ihrem Referat das getroffen haben, was uns als Anhänger der Christlich Demokratischen Union von innen her bewegt. Sie haben in Ihrem Referat wieder die Basis aufgezeichnet, von der her wir unsere Politik betreiben, und Sie haben, getragen von hohem sozialem Verantwortungsbewußtsein, uns auch wieder neue Wege und neue Möglichkeiten für unsere politische Arbeit gezeigt. Dafür danken wir Ihnen aus ganzem Herzen (Beifall).

Ehe wir in die Diskussion eintreten, habe ich noch eine geschäftliche Mitteilung zu machen. Ein Mitglied der Mandatprüfungskommission, Herr Dr. Feind, ist leider erkrankt. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß an seiner Stelle der Herr Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Herr Ernst Lemmer, in die Mandatsprüfungskommission eintritt (Beifall). Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen. Und nun, meine Damen und Herren, treten wir in die Diskussion ein. Ich habe Wortmeldungen vorliegen, die im einzelnen noch angeben, wozu Sie diskutieren möchten. Ich werde so verfahren, daß ich zunächst diejenigen Diskussionsredner aufrufe, die zu den durch Herrn Professor Dr. Erhard aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen möchten. Als erster hat das Wort Herr

Dr. Witte (Exil-CDU):

Aussprache

Professor Erhard hat hier sehr scharfe Worte gegen den Kollektivismus gesprochen. Er hat die Initiative und Verantwortung des wirtschaftenden Einzelmenschen angerufen. Diese seine Worte sind nicht nur in der Bundesrepublik und in der freien Welt gehört worden, sie haben auch ihre ganz besondere Bedeutung für die Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone. Dort dient die Wirtschaft nicht dem Volk, sondern der Sicherung und Erweiterung der politischen Macht, die im Ostblock koordiniert wird. Solche Wirtschaft, das wollen wir nicht verkennen, kann auf bestimmten Gebieten große, sehr große Leistungen hervorbringen. Die Deutschen in der Zone aber leiden unter dieser Wirtschaft. Sie leiden unter dem einen Arbeitgeber, der die gesamte politische Macht und politischen Terror anwendet, um seine Zwecke durchzusetzen. Die Deutschen in der Zone blicken auf ihre Brüder in der Bundesrepublik, auf den Gebrauch, den wir hier von der Freiheit machen. Dieses unser Verhalten hat somit nicht nur Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Ordnung in der Bundesrepublik, sondern weit darüber hinaus.

In diesem Zusammenhang soll auch das Schlagwort von einer Politik des Lebensstandards angesprochen werden, das so vielfach in Presse und Propaganda irrtümliche Verwendung gefunden hat. Der Lebensstandard kann niemals der Zweck unserer wirtschaftlichen Tätigkeit sein. Er ist aber eine wichtige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Leistung höheren Grades.

Mit Recht hat Ministerpräsident Arnold Eigentum für alle gefordert, diese Frage hat große Bedeutung für die Entwicklung in der Zone. Hier muß sich zeigen, daß das allgemeine Interesse des Eigentümers, weit gestreut über alle wirtschaftenden Menschen, eine sicherere

Grundlage für die Entwicklung der Wirtschaft ist als Plan und Zwang (Beifall).

Vorsitzender Blank

dankt Dr. Witte und erteilt das Wort Herrn

Dr. Hellwig, MdB:

Es ist beglückend, daß zwei solcher Vorträge einmal zusammen gehalten worden sind, um uns vor die Tatsache zu stellen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik im Grunde genommen nicht unabhängig voneinander betrieben werden können, sondern daß es nur die zwei Seiten der gleichen Münze sind. Die beste Wirtschaftspolitik versagt in ihrer Wirkung auf die gesellschaftliche Ordnung, wenn sie nicht auch den sozialen Anforderungen gerecht wird. Die bessere Sozialpolitik versagt, wenn sie vor den leeren Kassen steht. Das ist, glaube ich, sehr deutlich ausgesprochen.

Ich möchte hier nur aus der Entwicklung der Arbeit der Bundestagsfraktion der letzten 4 Jahre — ich erinnere an das Hamburger Programm von 1953 — einige Tatsachen in Ihre Erinnerung zurückrufen.

Die Bundestagsfraktion hat in den letzten 4 Jahren seit Hamburg die Gesamtheit der Steuerzahler, heute auf das Jahr bezogen, um etwa 10 Milliarden DM durch Steuersenkungen entlastet. Sie hat aber gleichzeitig durch ihre Gesetzgebungsarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik, besonders durch die Durchführung der Sozialversicherungsreform, den Gesamtaufwand an öffentlichen sozialen Leistungen bei Bund, Ländern, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, auch auf das Jahr 1957 bezogen, voraussichtlich um 12 Milliarden DM erhöht. Es zeigt sich: Beides ist möglich gewesen, die Steuern zu senken und soziale Leistungen wesentlich zu erhöhen. Das aber war nur möglich, weil die Wirtschaftspolitik der CDU/CSU konsequent weitergeführt worden ist.

Nun aber einen kurzen Hinweis auf die Dinge, die uns Sorge machen insofern, als die wirtschaftliche Entwicklung ja nicht allen gleichmäßig zugute kommt. Es gibt Spannungen, der eine ist früher, der andere später dabei. Es gibt Unterschiede zwischen den Bezirken und den Landschaften. Hier ist es Aufgabe einer Strukturbeobachtung, die wir in der Wirtschaftspolitik noch stärker als bisher entwickeln wollen und müssen, Spannungen rechtzeitig zu erkennen und auszukurieren. Sie alle wissen, daß wir immer noch besondere Hilfe etwa der Entwicklung der Landwirtschaft angedeihen lassen müssen, der Entwicklung der Wohnungswirtschaft, der Verkehrswirtschaft, der Kapitalbildung ganz allgemein und nicht zuletzt dem Bestand von Mittel- und Kleinbetrieben, für die durch die verstärkte Industrialisierung, von der ja der Herr Vorredner so eindringlich gesprochen hat, eben neue Probleme aufgeworfen werden. Wir sind der Meinung, daß die verstärkte Industrialisierungsphase, in der wir uns im Augenblick befinden, nicht eine Gefährdung des Bestandes der Mittel- und Kleinbetriebe zu sein braucht, wenn rechtzeitig die Mittel der Steuerpolitik, der Finanzpolitik, der Gewerbeförderung und des Gesellschaftsrechts angesetzt werden (Beifall).

Die amerikanische Wirtschaft beispielsweise hat doch ganz gewaltige Unternehmungen, Riesenkonzerne und -betriebe hervorgebracht. Sie

ist führend auf dem Gebiete der automatischen Produktion. Trotzdem hat sie es verstanden, seit einigen Jahrzehnten den Anteil der Mittel- und Kleinbetriebe an der Gesamtzahl der Unternehmer und Betriebe zu erhalten, ja, sogar seit dem Kriegsende noch zu erhöhen.

Es ist hier sicher nicht möglich, einen ganzen Katalog von einzelnen Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Strukturgestaltung zu finden und Ihnen vorzutragen. Aber ich glaube, auf ein Beispiel einmal aufmerksam machen zu müssen. Ich denke an die Gewerbeförderung, wie sie von den Gemeinden betrieben wird. Es ist weitverbreitet, daß der Großbetrieb, der viel Gewerbesteuer an den Ort bringt, mit allen Mitteln herangezogen wird, daß er Hilfe und Förderung durch einen leichteren Grunderwerb, durch steuerliche Übergangs erleichterungen usw. erhält. Warum? Weil seine Gewerbesteuer einen ganz erheblichen Beitrag zum Haushalt dieser Gemeinde darstellt. Und der kleine Gewerbesteuerzahler, der kleine und mittlere Betrieb, der uns nach unserer gesellschaftlichen Vorstellung mindestens so wichtig sein muß, wenn nicht wichtiger, er wird, weil er kein starker Gewerbesteuerzahler ist, kaum in den Genuß dieser Förderung kommen. Ich mache den Gemeinden keinen Vorwurf, aber ich wollte hier einmal darauf aufmerksam machen, daß wir uns dem Problem der Umstellung der Finanzierung unserer Gemeinden einmal mit allem Nachdruck zuwenden müssen (Beifall).

Es ist keine gesunde Kommunalpolitik, keine vernünftige Gewerbeförderung möglich, wenn die Gemeinden so, wie es jetzt ist, für sich bei ihren Steuereinnahmen im Schnitt des Bundesgebiets zu etwa 85 % nur an die Gewerbetreibenden gebunden sind. Damit ist keine gesunde und langfristig aufbauende Gemeindepolitik möglich (Beifall). Hier also das Problem der Einbeziehung der Gemeindefinanzen in alle Überlegungen zur Neuordnung von Steuern und der Finanzverfassung von Bund, Ländern und Gemeinden einmal in Angriff zu nehmen, das ist ein Hinweis, der auch der kommenden Bundestagsfraktion mit auf den Weg gegeben werden müßte (Beifall).

Ein anderes Beispiel ist die Besteuerung des Umsatzes. Die Umsatzbesteuerung bei uns führt weit stärker als in allen vergleichbaren Ländern zur Konzentration der Betriebe, weil die Vereinigung von verschiedenen Produktions- und Umsatzstufen Umsatzsteuern spart. Das ist nicht notwendig und kann und muß einmal korrigiert werden, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß nur aus Gründen der Steuerersparnis Großbetriebe und Großunternehmungen stärker wachsen, als es durch die Technik erforderlich gemacht wird (Beifall). Hier sind für die wirtschaftliche Leistungssteigerung noch unermeßliche Reserven auch in der Rationalisierung der Mittel- und Kleinbetriebe. Mittel- und Kleinbetriebe sind vom technischen Fortschritt nicht ausgeschlossen. Aber dann müssen wir auch durch den Umbau des steuerlichen und des gesellschaftlichen Rechts ihnen die Voraussetzungen hierfür wirklich eröffnen (Beifall).

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen zu den beiden Themen von heute „Wohlstand für alle“ und „Eigentum für jeden“ machen. Vielleicht überraschend mache ich den Versuch, auch einmal aus der reinen Sicht des Wirtschaftspolitikers — und damit habe ich mich überwiegend zu befassen — herauszukommen und auf

eines warnend hinzuweisen: Hüten wir uns davor — und ich unterstreiche, was die beiden Redner gesagt haben —, Wohlstand nur materiell zu sehen und Eigentum nur als etwas Materielles, nur als ein Anspruch auf irgend etwas in Geld Ausdrückbares zu sehen (Beifall).

Wie ist es denn mit den Symbolen des Wohlstands heute bei uns? Was früher Luxus war in der Ausstattung des Haushalts, ist heute zu einem weiten Umfang als Zeichen des Wohlstands auch der breiten Masse zugänglich geworden, von der Badewanne über die Kamera bis zum Motorrad und vom Rundfunk bis zum Fernsehen hoffen wir. **Aber was ist denn heute Luxus? Heute liegt Luxus auf einem ganz anderen Gebiete. Heute ist es Luxus, Familie zu haben und für die Familie Zeit zu haben (Beifall). Heute wird es Luxus — so wird es doch vielfach genannt —, Kinder zu haben, Kinder aufzuziehen (Beifall). Heute ist Luxus in einer nur nach der Kalkulation des Vorteils rechnenden Gesellschaft, vielleicht sogar schon, noch Freunde zu haben und Gesellschaft zu halten. Ja, heute ist sogar schon Luxus, einmal Zeit zu haben, einmal Zeit zu haben und sich wieder auf sich selbst zu besinnen, ein gutes Buch zu lesen und gute Musik zu hören, Zeit zu haben, vielleicht auch nur einmal, um in die Natur zu gehen und den Baum wachsen zu sehen.**

Das sind die Sorgen, die uns, die wir in der Wirtschaft stehen und uns mit wirtschafts- und sozialpolitischen Programmen zu beschäftigen haben, bedrücken, die Sorgen, daß wir allzueng immer nur auf den materiellen Inhalt unserer Bemühungen sehen und daß wir selbst in dieser Gefahr unterstellen, uns nicht mehr den Luxus leisten zu können, uns der Familie und den Kindern zu widmen, in die Natur zu gehen und Zeit zu haben.

So bitte ich recht herzlich alle in unseren Reihen, die sich um die materiellen Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik bemühen, keinesfalls Wohlstand und Eigentum nur als eine materielle Seite unserer Ziele zu sehen, sondern gerade der anderen Seite eigentlich und an erster Stelle ihre besondere Aufmerksamkeit und ihr besonderes Bemühen zu widmen (Beifall).

Vorsitzender: Blank

Herr Dr. Hellwig, nehmen Sie den reichen Beifall als Dank für Ihren wertvollen Diskussionsbeitrag (Beifall). Das Wort hat jetzt Herr

Erwin Häußler, Stuttgart:

In dem Vortrag unseres Wirtschaftsministers wurde ein erfreuliches Ausrufezeichen angebracht durch die Mitteilung des gestrigen Fraktionsbeschlusses, die Volkswagenwerke zu privatisieren und durch einen entsprechenden Fraktionsantrag im Bundestag die Initiative zu ergreifen. Wir wissen zwar — und ich möchte in diesem Sinne an die Ausführungen meines Vorredners anknüpfen, daß der Wohlstand für alle noch lange nicht die letzte Angelegenheit selbst bedeutet. Aber er wird damit unseren Vorstellungen mehr und mehr zum Durchbruch verhelfen. Wenn ich hier vor allem im Namen der Arbeitnehmer spreche, so möchte ich sagen, daß dabei nicht nur die Eigenleistung des kleinen Mannes gefordert wird, sondern auch Staat und Wirtschaft sich beteiligen an der Erringung des geforderten Wohlstandes, dann werden wir mit diesem Gesetzentwurf einen wichtigen Schritt getan

haben. Wir hoffen dabei auch, daß die Privatisierung weiterer industrieller Werke, Staatsbetriebe ins Auge gefaßt werden kann und damit ein Werk geschieht, das in der Fortentwicklung von großer Bedeutung ist und vor allem dem Arbeitnehmer eine neue Stellung in der Volkswirtschaft, aber auch in der Gesellschaft selbst einräumt. Daß damit auch ein praktischer Beitrag für die Wiedervereinigung und die Befreiung des Staats- und des Privatvermögens in der Sowjetzone geleistet werden kann, ist eine erfreuliche Tatsache, die ebenfalls durch den Gesetzentwurf angesprochen wird. Wir sind auch bereit, diese Gedanken und Vorhaben gegen alle falschen Vorstellungen der Sozialisten zu verteidigen. Wir wissen sehr wohl, daß auch drüben, hinter dem Eisernen Vorhang, ein Alpdrücken eingesetzt hat, wie wir aus Pressemitteilungen der letzten Tage ahnen konnten. Wir hoffen aber, daß der Fortschritt eines Tages auch diese Kreise überzeugen wird.

Ich wollte von mir aus diese wenigen Sätze zu dieser Privatisierungsfrage mitteilen, möchte aber sagen, daß natürlich diese Privatisierung selbst nicht den einzigen Beitrag zum sogen. Volkskapitalismus bedeuten kann. Sicher werden die nächsten Maßnahmen und Gesetze dem neuen Bundestag vorbehalten. Sie werden natürlich auch den Trägern der Wirtschaft als eine Aufgabe gestellt werden müssen. So werden wir auf verschiedenem Wege die Kapitalbeteiligung des Arbeiters auf hergebrachte, aber auch auf moderne und zukunftssträchtige Weise bringen müssen, sei es durch die Privatisierung, die Frage der Lohnbeteiligung oder des Effektivlohnes, des Ertrags der Beteiligung, der Kapitalansammlungsverträge, die Voraussetzung sein müßten. Enderlich ist die Konkretisierung der Vorstellungen, in welcher Weise und in welchem Umfang die Kapitalbeteiligung des Arbeiters erreicht werden soll.

Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß dieser Bundestag, der — sagen wir es aufrichtig und klar — eine entscheidende Bedeutung als Start, als Anlasser für den Bundestagswahlkampf haben wird, heute morgen in solch klarer und zielbewußter Weise die Probleme der Privatisierung und des Eigentums angesprochen hat (Beifall).

Vorsitzender Blank:

Herr Häussler! Ich danke Ihnen für den Diskussionsbeitrag. Aber Sie müssen mir auch eine persönliche Bemerkung über Sie gestatten. Meine Damen und Herren! Herr Häussler ist im Deutschen Bundestag unter den Abgeordneten, die aus der christlichen Arbeitnehmerschaft kommen, derjenige, der mit größtem Elan an der Verwirklichung dieser Gedanken gearbeitet hat. Wir sind ihm dafür Dank schuldig (Beifall).

Das Wort hat jetzt der Herr Bundesminister für Arbeit, unser Freund Anton Storch (Beifall).

Bundesarbeitsminister Storch:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Wir stehen heute mit einem Rechenschaftsbericht vor Ihnen und zeigen Ihnen Wege in die Zukunft. Gerade die Vorträge, die heute morgen gehalten worden sind, „Wohlstand für alle“ und „Eigentum für

jeden" sind ja Fragen, die in der Luft liegen und die einer Verwirklichung entgegengeführt werden müssen.

Wenn wir auf einem Parteitag zusammenkommen, sollten wir nicht nur in die Zukunft reden, sondern auch einen kurzen Rückblick halten auf die Zeit, die wir in den letzten 10 Jahren hinter uns gebracht haben. Als wir uns in Frankfurt im Wirtschaftsrat entschieden, die bis dahin geltende Zwangswirtschaft in Deutschland in eine soziale Marktwirtschaft umzugestalten in der Hoffnung, daß wir dadurch die Kräfte freibekämen, um das Wirtschaftsprodukt zu vergrößern und damit den Lebensstandard unseres deutschen Volkes wieder zu heben, haben mich sehr viele Freunde unserer Union, aber auch andere gefragt: Ist das Wort „Soziale Marktwirtschaft in Wirklichkeit eine richtige Bezeichnung für das, was jetzt vor uns steht? Oder ist das Wort „sozial“ nur als ein Feigenblatt vor die Marktwirtschaft gesetzt worden? Ich habe damals unsere Freunde und alle, die es wissen wollten, wissen lassen, daß wir mit dem Wort oder der Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ in Wirklichkeit etwas sehr Ernstes vor uns haben. Wir wollten den deutschen Menschen sagen, wir wollen über eine in Wirklichkeit gut entwickelte Wirtschaft die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir auch soziale Gerechtigkeit in unserem ganzen Volke wirksam werden lassen können (Beifall).

Seien wir uns doch klar darüber: Als wir diese Pläne und Gedanken erwogen, standen wir ja eigentlich vor dem Nichts. Herr Kollege Erhard hat das ja heute morgen ganz kurz angedeutet, wie die wirtschaftliche Entwicklung vor sich gegangen ist. Darauf sollten wir zurückschauen und uns völlig klar darüber sein, daß es nicht einem Zufall zu verdanken ist, daß wir auf den sozialen Gebieten versucht haben, auch denjenigen Menschen gerecht zu werden, die auf der sogenannten Schattenseite des Lebens stehen. Wir haben ganz klar gesehen, daß die soziale Belastung bei uns in Deutschland einen unvergleichbar größeren Umfang hatte als bei irgendeinem Volk, das um uns herum sein Dasein fristete.

Wir haben allein aus der Sozialversicherung 6½ Millionen Renten zu zahlen an Leute, die in ihrem Arbeitsleben ihre Leistung für das gesamte Volk erbracht haben, Menschen, die durch ihre Beitragszahlungen an die Sozialversicherung glaubten sich ein Recht auf eine Rente in ihrem Alter gesichert zu haben. Und neben diesen 6½ Millionen Menschen standen vor uns 4,2 Millionen Opfer des Krieges, ganz gleichgültig, ob wir hier den Kriegsbeschädigten selbst oder seine Hinterbliebenen sahen, 4,2 Millionen Menschen, denen wir aus der Verantwortung der Staatsleitung heraus einen Lebensunterhalt sichern mußten, den man als menschlich bezeichnen kann. Und was darüber hinaus bei uns in Deutschland als eine soziale Hypothek anzusehen war, war die Eingliederung und die Versorgung derjenigen Menschen, denen man als Folgen des Krieges ihre Heimat, ihre wirtschaftliche Grundlage und eigentlich alles genommen hatte. Sie bei uns wiedereinzugliedern, sie wieder zu wertvollen Gliedern unserer Volksgemeinschaft zu machen, auch wirtschaftlich gesehen, war unsere Aufgabe. Aber unter diesem Kreis der Menschen, der heute bereits 10 Millionen Menschen umfaßt, gibt es ja eine große Anzahl von Menschen, die schon wegen ihres Alters oder wegen ihrer Gebrechlichkeit auf die Versorgung des Staates an-

gewiesen sind. Und man hat sehr oft gesagt: Mit diesem sozialen Problem kann niemand fertig werden, die Schäden dieser Zeit muß die Zeit heilen. Wir waren anderer Meinung. Wir haben den Standpunkt vertreten, alle schaffenden Kräfte unseres Volkes in Wirklichkeit in Freiheit einzusetzen, damit, wenn die Intelligenz und die Schaffensfreude unseres Volkes sich voll auswirken konnten, auch ein Sozialprodukt erstand, aus dem man diesen Menschen eine ausreichende Versorgung geben konnte (Beifall).

Wir haben ja nun in den zurückliegenden Zeiten einmal die Leistungen aus unserer Sozialversicherung verbessert. Wir haben ein neues Kriegsopferversorgungsgesetz auf die Beine gestellt. Wir haben durch das Lastenausgleichsgesetz der dritten Gruppe von Menschen zu helfen versucht. Man hat uns in der Vergangenheit immer und immer wieder den Vorwurf gemacht, das seien alles Verlegenheitslösungen, die nichts Grundsätzliches enthalten. Wir hatten ja in der Regierungserklärung nach der Wahl im Jahre 1953 das Versprechen abgegeben, dafür zu sorgen, daß auch die Rentner in ein gesundes Verhältnis zu den anderen Volksteilen gebracht werden sollen. Nun, noch auf unserem letzten Parteitag in Stuttgart habe ich sehr viele Bemerkungen gehört, ob uns dies wohl in diesem Bundestag noch gelingen würde. Sicher ist einmal, daß wir nicht alles in eine neue Ordnung bringen konnten, sondern wir mußten uns darauf konzentrieren, erst einmal eine gesunde Grundordnung zu schaffen für die 18 Millionen Menschen, die bei uns in Deutschland als Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben stehen. Diesen Menschen mußten wir die Sorge vor der Not im Alter oder bei Gebrechlichkeit nehmen. Deshalb sind wir wohlüberlegt dazu übergegangen und haben durch das Rentenreformgesetz einen Anfang für eine neue soziale Ordnung geschaffen. Dabei hatten wir uns einfach zu fragen: Ist denn die ganze Kalkulation in der Vergangenheit richtig gewesen oder müssen wir auf Grund der Fortentwicklung unserer gesamten Verhältnisse im Volk ganz neue Wege gehen? Wir haben uns für die Diskussion dieser Probleme Zeit genommen. Man hat gesagt, das war sehr langweilig. Aber wir haben es ja gar nicht hinter verschlossenen Türen getan. Als der Herr Bundeskanzler in einer Kabinettsitzung sagte: Wir wollen diese Dinge in einer öffentlichen Diskussion bringen; da sind wir hergegangen und haben die Detailbeschlüsse zu dieser neuen Verordnung ohne weiteres veröffentlicht, wir haben unser Volk an der Diskussion teilnehmen lassen.

Denken wir einige Monate zurück. Als wir unseren Gesetzentwurf herausbrachten, ging doch eigentlich ein Raunen durch das deutsche Volk, ob diese neue Ordnung nicht viel zu weitgehend sei, ob sie wirtschaftlich und finanzpolitisch tragbar wäre. Man hat uns vorausgesagt, eine Inflation sei das erste, was wir als Folge dieser neuen Sache bekommen würden. Man war der Meinung, daß die Milliarden, die wir den alten Rentnern mehr für ihren Lebensunterhalt geben, einfach nicht zu verkraften seien. Andere haben uns gesagt: Hier haben wir damit zu rechnen, daß ein Kaufkraftstoß auf unsere Warenmärkte eintritt, der nicht befriedigt werden kann und deshalb zu Preiserhöhungen führen muß. Wieder andere sagten: Wenn man diesen alten Menschen und den heute in der Wirtschaft tätigen Arbeitneh-

mern eine derartige Altersversorgung gibt, dann haben diese es ja gar nicht mehr nötig zu sparen, und der Kapitalmarkt bei uns in Deutschland wird dann sehr stark zurückgehen.

Wir haben mit Wirkung vom 1. Januar, aber nach außen sichtbar diese Dinge im April wirksam werden lassen. Und was ist denn von all den bösen Prophezeiungen eingetreten? Haben wir in Wirklichkeit den Tatbestand, daß diese Rentner und vor allen Dingen die Arbeitnehmer nunmehr geglaubt hätten, sie brauchten nicht mehr einen Teil des ihnen ausgezahlten Lohnes zurückzulegen für die Wechselfälle des Lebens? Es ist gar nicht eingetreten, im Gegenteil. Wenn Sie die verantwortlichen Leute in den Sparkassen fragen, werden Ihnen diese bestätigen, daß im Monat April viel mehr gerade von diesen alten Rentnern durch Einzahlungen auf die Sparkassen gebracht worden ist (Beifall).

Das ist ein Tatbestand, den niemand bestreiten kann. Es gibt Leute, die durch die Statistik etwas anderes zu belegen suchen. Aber die verantwortlichen Leute, die ich über diese Dinge gesprochen habe, haben mir das bestätigt, was ich Ihnen eben sagte. Wie der angebliche Kaufstoß auf unserem Markte ist, haben wir erlebt. Fragen Sie doch einmal die Menschen in unserem Wirtschaftsleben. Sicher haben sich die alten Rentner mal einen Anzug oder einen neuen Mantel oder die Ehefrau ein neues Kleid zugelegt, vielleicht hat sich die eine oder andere von den Rentnerinnen auch ein neues Hütchen zugelegt. Wollen wir das diesen Menschen nicht von Herzen gönnen? (Beifall).

Darüber hinaus wollen wir uns doch über eines völlig im klaren sein. Dieser Kreis von Menschen, der im Wirtschaftsleben seine Pflicht erfüllt hat und nun alt geworden ist, hat auch einen Anspruch, an der Verbesserung der Lebenshaltung unseres Volkes teilzunehmen (Beifall).

Und wenn nun der alte Rentner nicht mehr über die Straße zu gehen braucht, um nach einem Zigarrenstummel zu suchen, sondern sich sein Päckchen Tabak kaufen oder auch eine Zigarre anstecken kann, die er sich von seiner Rente gekauft hat, dann wollen wir uns doch nur darüber freuen (Beifall). Und wenn unsere alten Mütterchen sich jetzt wieder mal eine Tasse Bohnenkaffee auf den Tisch stellen können, freuen wir uns doch darüber. Und die großen Gefahren, die an die Wand gemalt worden sind, daß dieser verbesserte Lebensstandard dazu angetan sei, daß wir gewisse Genußmittel nunmehr von ausländischen Märkten holen müßten? Fragen wir auch hier mal unseren Kollegen Erhard, ob er darin eine Gefahr sieht. Er hat mir immer nein gesagt. Das können wir uns erlauben.

Denken wir doch an eins: Was haben wir in den letzten Jahrzehnten bei uns im deutschen Volk dadurch, daß diese nicht ausreichend versorgt waren, für verheerende Wirkungen ausgelöst! In einer früheren Zeit galt der alte Mensch in der gesamten Gesellschaft, aber auch in Kreisen seiner Familie, als der Träger des Wissens aus dem Leben. Diese Menschen wurden geachtet, hochgeachtet. Was ist nun in den letzten Jahrzehnten eingetreten? Der Lebensstandard dieser Leute war gesunken, und zum Teil mußten sie öffentliche Fürsorge neben ihrer Rente in Anspruch nehmen, zum anderen Teile mußten sie sich

auf das verlassen, was ihnen ihre Kinder gaben. In beiden Fällen ist diesen Menschen durch dieses Abhängigkeitsverhältnis doch ein Teil ihrer menschlichen Würde genommen worden (Beifall). Das zu beseitigen, war unsere Aufgabe, und ich will Ihnen eines in aller Offenheit sagen: Als wir im Dezember vor der Tatsache standen, daß man übersehen konnte, wie diese Neuordnung aussehen würde, kamen ein paar Leute zu mir, die Altersheime leiteten und fragten: Ist es denn wirklich wahr, Herr Minister, daß unsere alten Leuten so viel mehr Rente bekommen werden? Ich dachte, die Leute freuen sich darüber. Aber ich mußte nachher feststellen, daß sie Angst um ihre Häuser hatten. Sie sagten mir nämlich, jetzt kommen schon die Kinder der Insassen unserer Häuser und sagen: Vater oder Mutter, wenn Du nun die höhere Rente bekommst, dann komm doch wieder zu uns, wir richten Dir auch ein schönes Zimmerchen ein und wollen Dich gut behandeln. Ist das nicht allein schon ein Fortschritt für diese Menschen? Wir müssen uns darüber klar sein, daß sich diese Menschen durch diese neue Ordnung, die wir bewußt aus einer christlichen Verantwortung heraus haben wirksam werden lassen, nunmehr doch wieder als wertvolle Menschen ansehen.

Es ist manchmal interessant, sich draußen umzuhören, was die Menschen darüber denken. Ich bin vor einiger Zeit in Frankfurt gewesen. Aus dem Gewerkschaftshaus kam ein Mann zu mir und sagte: Na, Herr Kollege Storch, ich bin jetzt auch Nutznießer der Rentenreform. Ich antworte: Sie sehen eigentlich noch reichlich jung dafür aus. In diesem Alter müßte man doch arbeiten. Darauf erwiderte er: Ich habe seither meinen Eltern monatlich 100 DM gegeben, und nun sagte mein Vater, als ich das letztemal bei ihm war, um ihm das Geld zu geben: Nein, mein Junge, das habe ich heute nicht mehr nötig. Das ist das Selbstbewußtsein, welches wir diesen Menschen wiedergegeben haben (Beifall). Das ist das, was wir brauchen. Alle diejenigen Menschen, die heute im Wirtschaftsleben stehen, sollen wissen, daß sie von der Gemeinschaft nicht verlassen werden, der sie in der Zeit nach dem Kriege ihre Arbeitskraft zum Wiederaufbau zur Verfügung gestellt haben. (Beifall.)

Ich bin der Überzeugung, daß das in der gesamten Entwicklung unseres Volkes eine ganz andere Betrachtung herbeiführen wird. Der Zustand, der früher einmal war, daß man den Arbeitnehmer als Proletarier bezeichnete, ist durch diese neue Ordnung weitgehend ausgeschaltet (Beifall). Er weiß heute, daß das, was er am Freitag oder am Monatsersten in seiner neuen Lohntüte hat, nicht das alleinige Äquivalent für die von ihm geleistete Arbeit ist, sondern daß er durch seine geleistete Arbeit sich auch die Sicherheit für sein Alter erarbeitet hat. Wir müssen auch aus dem Zustand herauskommen, daß bei uns das Wort Klassenkampf überhaupt noch im Munde geführt wird (Beifall).

Man hat gesagt, was die Regierung getan hat, ist ja letzten Endes zum Teil eine Enteignung anderer Kreise, die diese Mittel nachher aufzubringen haben. Was wir in der Sozialversicherung getan haben, ist keine Enteignung, sondern ein Verzicht auf Konsum für den in Arbeit stehenden Menschen für die Alterssicherung im späteren Alter (Beifall). Dies ist m. E. das Entscheidende. Wenn man mir sagt, daß die Beiträge, die für die Erbringung dieser Renten notwendig seien,

einfach zu hoch wären, und daß man eine Generation nicht für die andere arbeiten lassen könne, dann sage ich ihnen in aller Offenheit: Seither war unsere Sozialversicherung auf dem Prinzip der Solidarität der arbeitenden Menschen untereinander aufgebaut, und heute haben wir durch diese Gesetzgebung eine Solidarität auch der Generationen untereinander hergestellt (Beifall).

Es ist völlig unsinnig, zu sagen, daß man es der heute arbeitenden Generation nicht zumuten könne, daß sie die Mittel aufbrächte, um die erhöhten Renten zu zahlen. Die Älteren unter Ihnen wissen, daß wir in der vergangenen Zeit und unter ganz anderen Umständen im Wirtschaftsleben unsere Funktionen ausgeübt haben. Als ich meine Lehrzeit beendet hatte und in einer kleinen Möbelfabrik arbeitete, kam auf eine Kücheneinrichtung, die ich herstellte, ein Lohn für 48 Stunden. Fragen Sie heute einmal die Leute, die in der Möbelindustrie tätig sind, wieviel Arbeitsstunden in den modernen Betrieben unserer Zeit auf eine gleiche Arbeit noch verwendet werden. Und wenn unsere heute arbeitende Generation von der vorhergegangenen diese hervorragenden Produktionsstätten übernehmen konnte, dann liegt darin auch eine Verantwortung gegenüber denjenigen, die in der Vergangenheit diesen neuen Betrieb aufgebaut haben (Beifall). Diese Dinge sollten bei uns überhaupt nicht mehr in der Diskussion stehen.

Ich sage Ihnen auch in aller Offenheit: In der Zeit, als wir um die neue Ordnung rangen, habe ich manchen Anpfiff bekommen, die Bundesregierung auch, aber Sie dürfen mir glauben, daß wir dies von allen denjenigen Stellen, von denen wir annehmen konnten, daß eine echte innere Besorgnis der Grund für die gegenteilige Stellungnahme war, sehr ernst genommen haben. Aber was ist denn heute? Es ist stiller geworden um all diese Dinge. Vorhin sagte mir draußen noch ein Mitglied unseres Parteitages, daß er als Arbeitgeber sich darüber freue, daß diese neue Ordnung gekommen ist, denn das entwickle ein anderes Betriebsklima. Durch die Zusammengehörigkeit im Produktionsleben hat damit eine neue Phase begonnen.

Diese Dinge sind nicht abgeschlossen. Wir haben im Bundestag noch vor uns die neue Ordnung der Unfallversicherung. Sie wird wahrscheinlich in diesem Bundestag nur zu einem Teil verabschiedet werden können. Der jetzige Bundestag wird sich noch mit der Frage der Fortzahlung des Lohnes für die gewerblichen Arbeitnehmer im Krankheitsfalle zu beschäftigen haben. Ich will hierzu heute keine Stellung nehmen. Aber es wird eine Aufgabe des kommenden Bundestages sein, auch unsere Krankenversicherung in eine Ordnung, in einen gleichen Grundgedanken zu bringen, wie es in der Rentenversicherung der Fall ist.

Alle diese Dinge sind ja bei uns nicht verabschiedet worden, weil wir — na, wollen wir mal sagen — dem Druck von draußen nachgegeben hätten, sondern aus einer christlichen Verantwortung unseren Mitmenschen gegenüber. Bei diesen Dingen sollte jeder, der sich mit diesen Problemen beschäftigt, wissen, daß in der Zeit, als Bismarck die ersten Anfänge unserer Sozialversicherung auf die Beine stellte, 20 % der Menschen in arbeitsfähigem Alter waren, denen er staatliche Fürsorge über diese neue Ordnung geben mußte. Heute haben wir 80 % der arbeitsfähigen Menschen in unserem Leben, die in der Sozial-

versicherung ihre Lebenssicherheit für den Lebensabend haben wollen. Ich bin also der Meinung, daß wir allen Grund haben, diese Dinge unserem Volk in aller Offenheit zu zeigen. Wir haben allen Grund, in der Auseinandersetzung, die wir in der nächsten Zeit im Wahlkampf oder in den Wahlvorbereitungen vor uns haben, unserem Volk zu sagen: Wir haben unser Wort gehalten. Es ist nicht so, daß das Wort „Soziale Marktwirtschaft“ eine Phrase ist, sondern wir haben versucht, im Rahmen des Möglichen das Soziale mit dem Wirtschaftlichen in einen Einklang zu bringen.

Ich bekenne auch offen: Ich hätte niemals mitgemacht, eine soziale Politik zu betreiben, die uns eines schönen Tages vor Unmöglichkeiten stellt. Denn ich bin der Letzte, der in irgendeiner Zeit vor der Tatsache stehen möchte, daß diese Dinge korrigiert werden müßten. Wir kennen die Schwierigkeiten, die sich am Anfang der dreißiger Jahre ergeben haben, als man im Rahmen der allgemeinen Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch die sozialen Leistungen heruntersetzte.

Also bleiben wir bei dem, was wir seither getan haben, und sagen wir unserem Volk, wir werden im selben Geiste weiterarbeiten, damit wir in Wirklichkeit ein Volk zusammenbekommen, das innerlich davon überzeugt ist, daß jede Leistung ihre Gegenleistung bekommt und daß der gute Wille des Einzelnen in der Zeit, in der er arbeitet, auch dadurch belohnt wird, daß ihm die Sicherheit für den Lebensabend garantiert wird (Beifall).

Vorsitzender Blank:

Herr Bundesminister! Sie haben in sehr beredten Worten noch einmal die sozialpolitischen Leistungen der Bundesregierung, Ihre eigenen und die der Christlich Demokratischen Union hier vorgefragt. Wir wissen, daß mit Ihrem Namen diese durchgeführte Rentenreform verbunden bleiben wird (Beifall). Sie können stolz auf dieses Ihr Werk sein. Wir danken Ihnen.

Frau Leitz:

Da ich zweihundert Rentner zu betreuen habe, möchte ich als Sprecherin von Frankfurt am Main den Dank hier aussprechen für das, was für uns geschehen ist. Besonderen Dank dem Herrn Bundeskanzler, der uns vor vier Jahren versprochen hatte, dieses Werk zu vollenden. Ich bin stolz darauf, daß es sehr tüchtige Männer auch aus dem Hessenland gibt, wie z. B. den Herrn Arbeitsminister Storch, der eben gesprochen hat und dessen Worte ich voll und ganz unterstreiche. Ganz besonderen Dank auch dem Wirtschaftsminister, der durch seine Politik und Arbeit geschaffen hat, was uns heute gegeben wird. Ich hätte nie geglaubt, daß ich noch erleben würde — ich bin jetzt achtzig Jahre alt — diesen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands. Darauf dürfen wir stolz sein, und damit können wir uns vor der Welt sehen lassen (starker Beifall).

Vorsitzender Blank:

Frau Leitz, ich darf Ihnen für Ihren Diskussionsbeitrag herzlich danken (Beifall). Dieses Bekenntnis kam aus dem Munde einer Frau, die ihr Leben lang für die sozialen Probleme gearbeitet und gekämpft hat.

Unsere Partei kann stolz darauf sein, daß uns heute eine Dame von achtzig Jahren mitteilt, daß unsere sozialpolitische und wirtschaftliche Arbeit richtig gewesen ist (Beifall). Darf ich daran die Hoffnung knüpfen, daß auch unsere jüngeren Parteifreunde und Parteimitglieder mit gleicher Dankbarkeit und mit gleicher Überzeugungskraft in den nächsten Wochen und Monaten von unseren sozialpolitischen Leistungen in der deutschen Öffentlichkeit Zeugnis ablegen werden?

Dr. Josef Hofmann, M.d.B. Rheinland:

Wir alle können unserem Freund Karl Arnold nur dankbar sein, daß er zu den beiden Themen des heutigen Vormittags „Wohlstand für alle“ und „Eigentum für jeden“ den ganzen gesellschaftspolitischen Hintergrund aufgezeigt hat. Mit Recht hat er die sozialistische Gefahr hervorgehoben und kritisiert, die sich aus einem solchen Satze, wie er in München auf dem SPD-Parteitag gesprochen wurde, ergibt, jenem Satze, der da lautete: „Darum muß man heute schon auch die Organisation des Bildungswesens so planen, daß sie den Erfordernissen der zweiten industriellen Revolution gerecht werden kann.“

Dieser Satz läßt sich aber auch ins Positive wenden. Und diesen Satz ins Positive zu wenden, das ist die Aufgabe der CDU. Hier in Hamburg war es, als ich im Jahre 1953 einen Antrag begründen durfte: der Bundespartei Vorstand möge einen Wissenschaftlichen Beirat zur Überlegung und zur Prüfung dieser Fragen berufen. Wir haben davon abgesehen, über die Ergebnisse dieser Arbeit zu berichten, weil es sich hier um Fragen handelt, die zu hoch sind, als daß sie in einem Wahlkampf zerredet werden sollen. Aber es sind Aufgaben, die uns obliegen und die den dritten Kreis bilden zu „Wohlstand für alle“ und „Eigentum für jeden“. Die Begründung lag auch in den Worten von Arnold: Die Anforderungen an Befähigung und Qualität des Menschen werden im Zuge der Entwicklung zunehmen. Ich will nicht im einzelnen sagen, was das für die Ausbildung und für die Bildung bedeutet.

Aber ich will doch hinzufügen, wir brauchen das, weil der Mensch in der Zukunft fähig gemacht werden muß, Gebrauch von seiner Freizeit zu machen. Ich möchte Sie deshalb bitten, in dem Referat von Herrn Prof. Thielicke jene Sätze nachzulesen, die er nicht vorgetragen hat, die aber entscheidende Gedanken über die Freizeitgestaltung der Zukunft enthalten.

Hier liegt eine Aufgabe der CDU. Das Wort „Der Geist steht links“ darf nicht wahr werden, sondern es muß wahr werden das Wort „Der Geist steht bei uns“. Deshalb möchte ich mich voll hinter Arnold stellen, wenn er soeben sagte: Wir brauchen ein Bildungsideal, das den geistig selbständigen, den universaldenkenden Menschen heranbilden soll. Das stellt Anforderungen an unser gesamtes Schulwesen, von der Volksschule bis zur Universität. Unser gesamtes Schulwesen muß wieder ein humanistisches werden, d. h. ein solches, das Menschen und keine Spezialisten heranbildet (Beifall). Und als erstes muß die Volksschule wieder zur allgemeinen Schule des Volkes werden. Als zweites dürfen wir das berufsbildende Schulwesen nicht übersehen; ja wir sollten es in unseren Kreisen in seinen Problemen und Aufgaben noch wichtiger als das höhere Schulwesen nehmen.

Noch ein Letztes! Die Vollendung des sozialen Rechtsstaates verlangt 176

von uns, daß keiner, der bereit, willens und fähig ist, ausgeschlossen wird von der höheren Bildung und sonstigen Ausbildungswegen. Hier gilt es, eine Kluft zu schließen, die sich im 19. Jahrhundert aufgetan hat auf Grund eines falschverstandenen Bildungsideals des damaligen Neuhumanismus, die Kluft zwischen Arbeiter und Akademiker. Deshalb darf ich der Fraktion des Bundestages recht herzlich dafür danken, daß sie es möglich gemacht hat, über den Regierungsentwurf des Etats hinaus 30 Millionen DM als Aufstockungsmittel für die Länder zur Studentenförderung einzusetzen. Ich darf ihr vor allen Dingen dafür danken, daß hiermit keine Bindungen nach Darlehen oder Stipendien ausgesprochen worden sind, sondern daß sie so eingesetzt werden, wie es die Bedürftigkeit und Würdigkeit unserer Studenten verlangen.

Abg. Schmücker, M. d. B.:

„Wohlstand für alle, Eigentum für jeden“, das ist das Thema dieses Vormittags. Damit haben wir ausdrücken wollen, daß möglichst viele Menschen zu Eigentum und Wohlstand gelangen sollen. Damit ist auch gesagt, daß diejenigen, die Eigentum besitzen und in Wohlstand leben, die Möglichkeit behalten sollen, dies weiter zu besitzen. Es gehört nun einmal zum Wesen des Eigentums, daß man Eigentum auch verlieren kann. Ich will durchaus nicht hier eine These vertreten, daß Eigentum für heute und immer dem Eigentümer belassen sein soll; im Gegenteil! Eigentum muß man auch verlieren können, sei es durch Schuld, sei es durch Unglück. Aber wir müssen in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsform dafür sorgen, daß das Eigentum erhalten bleiben kann (Beifall). Wir müssen dafür sorgen, daß denjenigen, die den Mut haben, dieses Eigentum aufs Spiel zu setzen, dieses Risiko auch entgolten wird.

Ich komme damit — Sie werden es erraten haben — auf unsere mittelstandspolitischen Anliegen. Ich möchte von dieser Stelle aus der Fraktion Dank sagen für ihre Arbeit und Unterstützung, die sie uns gegeben hat. Es ist ein wesentliches Anliegen. Es klang aus den Worten von Herrn Dr. Hellwig heraus, daß wir eine Wirtschaftsform erhalten, in der Eigentum erworben und behalten werden kann. Wir möchten, daß diese Wirtschaftsform erhalten bleibt, daß jeder, der den Mut, den Willen und die Fähigkeit dazu hat, über eine selbständige Betätigung zu Eigentum kommen kann, und daß jeder dann das Risiko entgolten erhält, wenn er dieses Eigentum im weiteren wirtschaftlichen Kampf riskiert. Damit habe ich mich deutlich genug distanziert von allen Sonder- und Gruppenwünschen. Gerade wir in der Mittelstandsarbeit haben eine gewisse Erfahrung darüber gesammelt, wie immer wieder einzelne Gruppen ihre eigenen Anliegen, die im Widerspruch stehen zu Anliegen anderer mittelständischer Gruppen, als Mittelstandspolitik ausgeben. Wir können uns nicht identifizieren mit diesen Gruppen. Es gibt auch Gruppen in der deutschen Wirtschaft, die es verstehen, unter dem Zeichen eines großen Prinzips ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Gegen diese raffinierte Gruppenpolitik wenden wir uns in gleicher Schärfe (Beifall).

Gestern abend hat der Bundesarbeitskreis „Mittelstand“ der CDU/CSU getagt. Wir hatten die Freude, sehr viele prominente Mitglieder des Wirtschaftsausschusses bei uns zu sehen. Es haben dann einige etwas resigniert gesagt: Donnerwetter, was ist das für eine Kleinarbeit, mit

der ihr euch herumschlagen müßt. Ja, so ist es! Diese Mittelstandsarbeit ist eine verfluchte Kleinarbeit. Es ist nicht so, daß man statistisch ein Mittel errechnen kann und dann sagt, dieser Durchschnitt ist nun auch der existierende Fall. Der betroffene Fall sieht immer anders aus als das statistische Mittel. Deswegen ist es nicht einfach, von irgendwelchen Durchschnittszahlen auszugehen; man muß sich schon die Mühe machen, in diese Kleinarbeit einzusteigen.

Darum haben wir auch nicht das Glück — wie es die Sozial- und Wirtschaftspolitik insgesamt kann —, mit großen programmatischen Erklärungen an die Öffentlichkeit gehen zu können. Mittelstand ist kein Ressort, Mittelstand ist nur die Wiederholung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Problematik nur in bestimmten Bereichen. Darum ist es also so ungeheuer schwierig, diese Arbeit zu tun, und, ich glaube, auch undankbar. Aber wir wollen sie gerne leisten, weil wir davon überzeugt sind, daß diese Arbeit allen Kreisen unseres Volkes zugute kommt. Sie dient den Arbeitnehmern wie den Kräften der Wirtschaftsführung. Solange es möglich ist im deutschen Volke, daß jeder Tüchtige sich selbständig machen kann, hat der Arbeitnehmer in Wahrheit die Freizügigkeit; denn dann kann er jeden Tag von seinem Arbeitsplatz fortgehen, nicht daß er es tut, aber daß er es tun kann, das macht ihn frei.

Darum ist eine gesunde Gesellschaftsstruktur ein Anliegen, das mit uns unsere christlichen Arbeitnehmer in der Fraktion immer vertreten haben. Darum bauen wir auf ihre Solidarität. Genauso weiß die Großwirtschaft, daß sie ihre Kräfte immer wieder holen muß aus dieser mittleren Wirtschaft. Darum wissen wir auch, daß sie mit uns zusammenarbeiten wird.

An diesem Beispiel ist klargeworden, daß nur die CDU als eine echte Volkspartei in der Lage ist, diese Mittelstandsarbeit zu leisten. Ich freue mich, daß Herr Dr. Hellwig hier zum überwiegenden Teil unser Anliegen bereits vorgetragen hat, und ich beziehe mich darauf. Ich erinnere aber auch an die Eröffnungsrede unseres Freundes Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, die er am ersten Tage unseres Parteitages gehalten hat. Ich beschränke mich daher darauf, nur drei Probleme kurz herauszustellen, vor allem das Problem der Gesellschaftspolitik und der Strukturpolitik. Wir müssen dahinkommen, daß unsere Steuern gleichmäßig ausgelastet verteilt werden. Wir müssen den Mut haben, alle Mittel einzusetzen, um diese Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu erhalten. Das gilt auch für die Mittel der Kreditpolitik. Wir müssen das regional und betrieblich tun; denn nur durch eine gesunde Sireuung — ich wiederhole: regional und betrieblich — ist es uns möglich, eine gesunde, krisenunanfällige Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Wir müssen verstärkt die Mittel der Gewerbe- förderung einsetzen, damit dieser Wirtschaftskreis den Anschluß findet an die Gesamtwirtschaft, damit der Wettbewerb, der in diesen Wirtschaftskreisen wirklich zu Hause ist, das Gesetz der gesamten Wirtschaft bleiben kann (Beifall).

Es ist wirklich außerordentlich viel getan worden in diesem Bundestag, besonders von der Fraktion. Es bleiben noch sehr viele Aufgaben zu erfüllen, und es kommen neue hinzu. Ich darf hier wohl, ohne un-

bescheiden zu sein, feststellen, daß man denjenigen den Auftrag zur weiteren Arbeit geben sollte, die ihr Können und ihr Wollen in der Vergangenheit gezeigt haben. Man sollte den Auftrag, trotz aller Sirenenklänge, die von den übrigen Parteien kommen, nicht denjenigen geben, deren Widerstand erst einmal gebrochen werden mußte, um die Gesetze durchzusetzen. Dieser Widerstand kam nicht allein von der SPD — es ist natürlich, daß er von dort kommt —, er kam auch von der FDP. Ich fasse zusammen: Nicht denjenigen, deren Widerstand überwunden werden mußte in den letzten Jahren, sollte man den Auftrag geben, sondern denjenigen, die ihr Können bewiesen haben.

Ich will gerne sagen, unsere Christliche Demokratische Union braucht den Mittelstand. Aber auch für den Mittelstand steht es fest, daß seine einzige und gute Chance darin liegt, daß die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union weiterhin die Politik bestimmen. Ich meine, beide, die CDU/CSU und der deutsche Mittelstand, sollten diese ihre Chance zu wahren wissen (Beifall).

Herr Steen:

Das Referat des Ministerpräsidenten Karl Arnold hat mit großem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die CDU entschlossen ist, auch dem Arbeitnehmer die Bildung von Eigentum an Produktionsmitteln zu erschließen. Wir von der Arbeitnehmerseite dürfen der Christlich Demokratischen Union hierfür unseren Dank aussprechen.

Einen ersten Schritt auf diesem Gebiet hat der Bundestag auf Initiative der CDU mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Kapitalanlagegesellschaften getan. Damit steht nunmehr das finanztechnische Instrument für einen risikoausgeglichene Kapitalerwerb und eine Kapitalhandhabungsmöglichkeit für den Arbeitnehmer bereit. Herr Dr. Krone hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß der Arbeitnehmer durch das Investment-Sparen zu einem Mitbesitz an Produktionsmittelkapital herangeführt werden kann. Es ist daher richtig, wenn wir hier den Männern danken, die die Initiative ergriffen und vorangetragen haben, in erster Linie den Abgeordneten Neuburger und Häußler und dem Präsidenten dieses Bundesparteitages, Herrn Scharnberg.

Dieser Mitbesitz an Produktionsmitteln für den Arbeitnehmer erscheint uns notwendig, denn wir brauchen nicht nur eine Schnaufpause im Klassenkampf, sondern auch einen wirklichen definitiven Klassenfrieden. Die heutigen Referate haben gezeigt, daß es möglich sein wird, dorthin zu kommen. Es ist hier schon gesagt worden, daß dieses Jahrhundert das Jahrhundert der Integrationen ist. Die schwierigste Integration, die es zu bewältigen gilt, ist die Integration des Arbeitnehmers als Miteigentümer und Mitbesitzer am produktionsbildenden Kapital. Wenn diese Integration zur Zufriedenheit der Beteiligten ausfällt, dann wird der Sozialismus auch als Idee erledigt sein. Und hier wird es so sein: Wenn der rote Mantel fällt, dann wird auch der Herzog nachfallen müssen. Das andere ist dann nur noch eine Frage der Zeit. Wir brauchen hier nicht einmal Rückstrahler nach dem Osten zu richten. Eine gelungene Integration ist ein Modell, das für sich selber spricht.

Ob unsere Arbeitnehmer bereit sein werden, diesen Weg mitzugehen, das wird im wesentlichen von drei Dingen abhängig sein:

1. daß unsere Arbeitnehmer in weitem Umfange mit diesen Dingen bekannt und vertraut gemacht werden,
2. daß die Arbeitnehmer in Zukunft mehr und mehr in die mittelständische Einkommensgröße hineinwachsen und somit auch freie Spitzen für die Kapitalbildung haben und
3. daß dem Arbeitnehmer, der den Aufbau eigenen Kapitalbesitzes in Angriff nimmt, bei diesem Vorhaben nachdrückliche Unterstützung durch den Staat und anderer Kapitalbildungsgremien zuteil wird.

Eine solche Kapitalsparprämie kann z. B. in ähnlicher Form gegeben werden, wie wir das beim Bausparen auch gemacht haben. Auch das ist nicht etwa eine weitere soziale Forderung bekannten Stils, nicht der Schrei nach einem weiteren sozialen Bonbon jener Sorte, von der der Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier gesprochen und dem er sein „hic Rhodus, hic salta“ entgegengeschleudert hat, sondern im Gegenteil, es wäre dies eine Maßnahme, die darauf abzielte, den Arbeitnehmer auf eigene Füße zu stellen und ihn, soweit das irgendwie möglich ist, freizumachen von der sozialen Almosen-Kostgängerei. Dafür sollen und müssen die Hilfsmittel staatlicher Subventionen bereitgestellt werden.

Ein moderner sozialer Staat kommt ohnedies nicht zu einem ausgeglichenen Niveau. Auch das ist eine Feststellung, die Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier in seinem Referat am Sonntag getroffen hat. Wir christlich-demokratischen Arbeitnehmer begrüßen den Entschluß der Fraktion, nunmehr die Privatisierung des erwerbswirtschaftlichen Bundesvermögens in Angriff zu nehmen und dabei dem einzelnen Arbeitnehmer vorzugsweise und verbilligt den Erwerb zu ermöglichen. Hier wäre lediglich noch zu bemerken, daß man nicht beim Volkswagenwerk allein stehen bleiben soll, sondern eine breite, allgemeine Lösung dieses Staatskapitalproblems anzustreben ist, auch im Hinblick auf die Modellwirkung eines solchen Verfahrens gegenüber den volkseigenen Betrieben in der Zone.

Herr Ministerpräsident Arnold hat die Anregung gegeben, man möge hierfür ein Gremium zusammenstellen, das die Einzelheiten in dieser Frage prüft und vertieft. Meine Freunde vom Landesverband der Sozialausschüsse Nordwürttemberg haben mich beauftragt, hierfür folgende Parteifreunde vorzuschlagen: Häußler, Raum, Steen und Brandl.

Bundesernährungsminister Dr. Lübke:

Meine sehr verehrten Parteifreunde! In dem hellen Bild, das unser Freund Erhard heute morgen hier über der deutschen Gesamtwirtschaft aufgezeigt hat, erscheinen leider auch einige dunkle Flecken. Diese werden ausgefüllt von sehr wertvollen Volksschichten, nämlich von mittelständischen und landwirtschaftlichen Existenzen, die ihrerseits bei dem bestehenden Lebenskampf ganz auf ihre eigene Kraft und ihr eigenes Risiko gestellt sind. Beim Vergleich mit anderen Bevölkerungskreisen sind es gerade diese Schichten, die besonders kapital-schwach sind und sich deshalb die Mittel zur Steigerung ihrer Arbeitsproduktivität nicht beschaffen können. Die Politik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet, gerade diese Schichten in ihrer Selbständigkeit zu erhalten. Der Landwirtschaftsminister hat nicht nur zu sorgen für

eine gesicherte und preiswürdige Ernährung, sondern auch dafür, daß der Landwirt gesunde Lebens- und Produktionsbedingungen hat, damit der Bauernstand am Aufstieg der Gesamtwirtschaft auch teilnehmen und Freude an seiner Arbeit behalten kann.

Es ist heute nicht mehr selbstverständlich, daß der deutsche Grund und Boden in jedem Fall bearbeitet wird und Früchte trägt. Es ist heute auch nicht selbstverständlich, daß unsere Ernährung durch das Ausland gesichert werden kann. Wenn wir an die Zeiten nach dem II. Weltkrieg, wie die Korea-Krise und die Suez-Krise, denken, dann werden wir uns sagen müssen, das deutsche Volk — wie jedes Volk — braucht eine stabile Landwirtschaft, um die Ernährung des Volkes zu sichern (Beifall).

Als ich mich vor der Übernahme meines Amtes mit dem Bundeskanzler unterhielt, habe ich ihm gesagt, daß die Landwirtschaft grundlegende Umstellungen erfahren müsse, um in ihrem Lebenskampf bestehen zu können. Ich habe ihm weiter gesagt, das wird viel Geld kosten. Und der Herr Bundeskanzler — es ist ein Glück, daß er nicht hier ist — hat mir damals gesagt: Ich werde Sie bei diesem Vorhaben unterstützen. Und der Fall müßte noch eintreten, in dem ich seine Unterstützung nicht erhalten hätte (lebhafter Beifall).

Wenn Kollege Schäffer weint und klagt, im stillen Kämmerlein aber leider auch in der Öffentlichkeit, daß es soviel Geld kostet, dann kann ich ihm das nachfühlen; denn er hat in diesen Jahren einiges dafür tun müssen. Hier ist nun die Frage zu stellen: Haben wir mit der Verbesserung der Agrarstruktur, mit dem Landwirtschaftsgesetz, mit dem Grünen Plan und mit den Vorbereitungsarbeiten der Eingliederung der gesamten deutschen Landwirtschaft in die europäische Wirtschaft richtig gehandelt und uns auf dem rechten Wege befunden, oder haben diejenigen recht, die sagen, die ganzen Maßnahmen verpuffen ja, der Grüne Plan ist nirgendwo angekommen, und keiner weiß, wo das Geld geblieben ist?

Hier möchte ich denjenigen, die nicht aus der Landwirtschaft kommen, folgendes sagen. Wir hatten in den Jahren 1954, 1955 und 1956 ein ganz ungewöhnliches Wetter; denn in jedem dieser Jahre wurde die Landwirtschaft hart betroffen, sowohl in der Bestellung wie in der Erntezeit, so daß praktisch die Erntebergung vielfach mehr gekostet hat, als die Ernte einbrachte. Wir haben darüber genaue Aufstellungen, und von mir braucht man Übertreibungen in keiner Weise zu befürchten. Wir haben in den Jahren 1955/56 ein Emporsteigen der Löhne und dabei gleichzeitig eine Verkürzung der Arbeitszeit im gewerblichen Sektor erlebt, wie es mindestens sehr ungewöhnlich ist.

Der Landwirt und der Mittelständler vergleichen sich mit den Leuten, die mit ihnen im gleichen Dorfe wohnen. Wenn sie also sehen, daß die anderen viel früher von der Arbeit nach Hause kommen, daß sie zugleich aber höhere Löhne oder Verdienste haben als die Bauern, die sich 10 und mehr Stunden auf ihren Feldern und auf ihrem Hof abquälen, dann wird man Verständnis haben für deren Unzufriedenheit. Nun kann man aber auch in der Politik nicht dafür sorgen, daß die Unbilden der Witterung behoben oder der Ausgleich des Ernteausfalls im gleichen Jahr durch agrarpolitische Maßnahmen erfolgen kann. Das muß jeder wissen, der draußen vor den Landwirten spricht.

Ich habe in zahlreichen Versammlungen mit Landwirten immer wieder die Erfahrung gemacht, daß man, wenn man die Dinge richtig darstellt mit all den Schwierigkeiten, auch auf sehr viel Verständnis stößt. Ich bin aus keiner Versammlung hinausgegangen, ohne nicht das bestimmte Gefühl der inneren Verbundenheit mit meinen Zuhörern gehabt zu haben.

Wir haben also die drei Maßnahmen, von denen ich eben sprach, in großer Breite in Angriff genommen; die Agrarstrukturverbesserung, also die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen durch Flurbereinigung, Betriebsvergrößerung, Aussiedlung, Regelung der Wasserwirtschaft, Wirtschaftswegebau und Modernisierung der Wirtschaftsgebäude. Erfreulich ist bei diesen Maßnahmen die gute Mitwirkung der Bauernschaft.

Das Landwirtschaftsgesetz hat die Grundlage geschaffen für eine Agrarpolitik, die durch Steigerung der Produktivität der bäuerlichen Arbeit die wirtschaftliche Gleichstellung mit den übrigen Berufsgruppen erreichen soll. Der Grüne Plan hilft dem Landwirt in zweierlei Hinsicht, einmal in der Verbesserung der Produktionsgrundlagen und zweitens in der Übernahme von Unkosten, die man im Jahre mit rund 900 Millionen bezeichnen kann. Wenn ich dabei an die Steuern, an die Verbilligung von Produktionskosten, an die Prämien für gewisse Produkte denke, dann darf ich sagen: Wenn der gesamte Maschinen- und Handelsdüngeraufwand um 20 % verbilligt worden wäre, hätte kein größerer Erfolg erzielt werden können als der, den wir praktisch erreicht haben.

Wir sollten also auf diesem Parteitag anerkennen, daß wir allen Grund haben, dem Bundeskanzler für seine Unterstützung, dem Bundesfinanzminister für sein zwar nicht ganz freiwilliges, aber doch schließlich zugestandenes Bereitstellen der entsprechenden Mittel und der Bundestagsfraktion für ihr einmütiges Einsetzen hinsichtlich der Landwirtschaftshilfe zu danken.

Mein Ressort hat aber nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den Verbraucher zu sorgen. Ich habe in einer Reihe von Großstädten vor den Hausfrauen gesprochen. Oft sind auch beide Gruppen vertreten, die Bauern und die Hausfrauen. Sie dürfen mir glauben, man kommt bei beiden Gruppen an, wenn man ihnen die Verhältnisse so schildert, wie sie sind. Natürlich will die Hausfrau keine Einzelheiten aus dem Grünen Plan wissen, sie fragt aber, was tun Sie für den Bauern, damit er nicht ständig unter erschwerenden Umständen zu wirtschaften hat, aber wesentlich für die Hausfrau sind doch stabile Preise. Es ist ihr übrigens auch gleichgültig, ob wir eine soziale Marktwirtschaft treiben; die Hausfrau will einfach auf jeden Fall stabile Preise. Und gerade der Lebensmittelpreis ist ein sehr wesentlicher Faktor in ihren Berechnungen. Und hier muß ich — einerseits zu meinem Leidwesen, andererseits zugunsten der Hausfrau — sagen, die Unzufriedenheit der Bauern zur Zeit mit den Kartoffel-, Schweine- und Eierpreisen ist absolut berechtigt; denn sie sind augenblicklich ungewöhnlich niedrig. Die Preise für andere wichtige Produkte sind seit 1950 gleich geblieben, obwohl die Produktionskosten sich stark erhöht haben. Wenn unter diesen Umständen Klagen von der Bauernseite kommen, dann liegt das nicht an der Landwirtschaft.

Diese Dinge in Verbraucherversammlungen auseinanderzulegen, betrachte ich als meine Aufgabe: Ich möchte wünschen und hoffen, daß unsere Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in den kommenden Jahren — die sicherlich noch sehr schwer sein werden — einen besseren Erfolg erzielen, als das mit unseren Anfangsmaßnahmen — ganz natürlicherweise — geschehen konnte.

Vorsitzender Blank:

Herr Bundesminister! Der Beifall zeigt Ihnen, daß Ihre Ausführungen von dem Parteitag mit großem Ernst aufgenommen worden sind. Ich bedaure, daß es leider so spät möglich war, Sie zum Wort kommen zu lassen. Aber ich wollte nicht den Eindruck erwecken, als wenn hier unter meiner Geschäftsführung nur Bundesminister als Diskussionsredner zugelassen seien. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie das, was heute über Wirtschafts- und Sozialpolitik gesagt worden ist, durch Ihre Ausführungen in der notwendigen Weise ergänzt und abgerundet haben.

Wir haben uns neben den Leistungs- und Rechenschaftsberichten heute mit den künftigen Aufgaben und Zielen unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigt. Wir wollen dabei nicht vergessen, was an grundlegenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzen noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluß gebracht werden muß. Ich nenne nur das in der letzten Zeit so oft auch in der Öffentlichkeit behandelte Kartellgesetz, also das Gesetz zur Sicherstellung des Leistungswettbewerbs und das Bundesnotenbankgesetz. Der Parteitag wird sicherlich meiner Anregung folgen und an die Bundestagsfraktion die dringende Aufforderung richten, alles für die Verabschiedung dieser Gesetze noch mögliche im Bundestag zu tun und alle Versuche, die Verabschiedung zu verzögern, zunichte zu machen (Beifall).

Ihren Beifall nehme ich als Zustimmung zu dieser meiner Erklärung entgegen.

Dr. Klaus Brauda, Rheinland:

Ich möchte als freier Unternehmer einen Beitrag zur Frage der Streuung des Eigentums leisten. Es ist heute von den Herren Referenten über die Volksaktie gesprochen worden und darüber, daß diese Volksaktie gerade in der Ausübung des Stimmrechtes und in ihrer Verteilung bestimmten Beschränkungen unterworfen werden müsse. Darf ich darauf hinweisen, daß wir bereits eine große Streuung an Aktieneigentum im deutschen Volke seit eh und je besitzen und daß es sich bei dieser Streuung an Aktienkapital um Hunderttausende Aktienbesitzer aus allen Schichten der deutschen Bevölkerung handelt. Darf ich auch darauf hinweisen, daß mit Hilfe des Depotrechtes die Eigentumsrechte aus dieser Streuung des Aktienrechtes nicht nur mißbraucht, sondern sogar dazu gebraucht werden, um große anonyme Machtzusammenballungen in der deutschen Wirtschaft vorzunehmen. Ich möchte darauf hinweisen, daß mit Hilfe dieser Depotsstimmrechte Minderheitsaktionäre in die Lage versetzt werden, mit Hilfe ergebener Gruppen sich die Majorität in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften anzueignen und Beschlüsse zu fassen, die bestimmt mit den Rechten der Aktionäre nicht übereinstimmen. Die zahlreichen Prozesse, die wir in der Öffentlichkeit ab und zu vernehmen, geben ein beredtes Bild davon, was aus diesem Depotsstimmrecht entstehen kann.

Wir stehen vor der ungeheuren Gefahr, daß sich aus diesem Depotstimmrecht anonyme Machtzusammenballungen ergeben, die den Abstand zwischen der großindustriellen Wirtschaft und den kleinen und mittleren Unternehmen aus Handel, Gewerbe und Handwerk vergrößern, so daß diese kleinen und mittleren Betriebe nicht mehr mitkommen. Darf ich einige Zahlen bekanntgeben, die das Bild erläutern. Es hat sich zum Beispiel in den letzten Wochen ein Werk mit einem anderen Werk in vertikaler Gliederung zusammengeschlossen. Dabei sind an steuerlichen und ähnlichen Ersparnissen sage und schreibe 40 Millionen DM Gewinn entstanden.

Ich darf Ihnen weiter sagen, daß zum Beispiel die Kreditverteilung nach zuverlässigen Zahlen 92 bis 93 Prozent zugunsten der Großindustrie und 7 bis 8 Prozent zugunsten der kleineren und mittleren Betriebe aus dem Mittelstande erfolgt. Das sind warnende Zahlen, die das ergänzen, was meine Vorredner Dr. Hellwig und Schmücker ausgeführt haben. Wenn wir dieses Gesellschaftsrecht nicht ändern, kommen wir in eine großkapitalistische Wirtschaft hinein von einem Ausmaße, die das Bestehen und Entstehen von mittelständischen Betrieben in einer Weise zerstören würde, wie wir uns das nicht klarmachen.

Es geht darum, durch ein entsprechendes Gesetz — das ist ein Hinweis auf das künftige Programm und die Arbeit unserer Bundestagsfraktion — sicherzustellen, daß die kleinen und mittleren Betriebe dieselbe Startmöglichkeit bekommen wie die großen Betriebe. Ich möchte das, was ich sage, mit dem Vertrauen zur Bundesregierung und ihrer Politik beenden, daß sie sieht, was sie hier zu tun hat, daß sie handelt nach dem Gesetz, nach dem wir angetreten sind: Eigentum nicht nur weitgehend zu streuen, sondern auch Eigentum weitgehend zu erhalten, wie es Herr Schmücker bereits ausgeführt hat. Ich darf mit dem Grundsatz schließen: Nicht nur Wohlstand für alle und Eigentum für jeden, sondern auch gleicher Start für alle! (Beifall.)

Prof. Dr. Burgbacher:

Die Notwendigkeit, Eigentum in persönlicher Hand zu bilden und die Eigentumsbildung zu fördern, ist unbestritten. Notwendig ist aber auch, den Willen zum Eigentum, der durch verschiedene Ereignisse und wirtschaftspolitische Abläufe zurückgetreten ist, zu wecken und zu fördern. Ich möchte deshalb bei dem Bundesparteivorstand, der Bundestagsfraktion, dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß und dem Steuerausschuß anregen, als einen tragenden Gesichtspunkt in unser Steuerrecht aufzunehmen, daß zu den sozialen Gesichtspunkten, die vor allem das Ertragsteuerrecht bei uns wesentlich bestimmen, auch der in einen christlichen Staat gehört, daß steuerrechtlich die Eigentumsbildung gefördert und privilegiert wird.

Herr Mick (Rheinland):

Wir dürfen dem Ministerpräsidenten Karl Arnold dankbar sein, daß er sich in die Auseinandersetzung mit der sogenannten zweiten industriellen Revolution begeben hat. Wir sollten auch nicht darüber streiten, ob das Wort „Revolution“ hier angebracht ist oder nicht. Vielleicht könnte man sagen, daß es eine Revolution ist, die sich evolutionär vollzieht, genau so wie die Industrialisierung ja auch nicht von einem zum anderen Tag über uns gekommen ist, sondern eine Reihe von Jahrzehnten gebraucht hat. Was wir aber genau wissen, ist, daß wir diese

Industrialisierung auch bis heute noch nicht geistig verarbeiten konnten. Und die Angst davor, daß es zu einem solchen Zeitpunkt schon wieder in neue, nur zum Teil bekannte Fernen geht, darf uns nicht verwunderlich erscheinen.

Die technische Offensive ohne kulturell-geistige Offensive muß zwangsläufig in neue und dann vielleicht nicht mehr entwirrbare Wirrnisse führen; ja, man ist wieder versucht, hier an das Wort des Arbeiterdichters Heinrich Lersch zu denken: Räder drehen, Flammen lohn, donnernde Motoren drohn.

Es ist doch nichts anderes als Hohn, wenn auf dem Parteitag der SPD das gesamte menschliche Leben in all seinen Erscheinungen auf diese sogenannte zweite industrielle Revolution ausgerichtet werden soll. Was man dann noch „in Kultur“ zu machen gedenkt, kommt mir etwa so vor, als wenn wir in Rußland bei Nacht und Nebel aus dem Graben schlichen, um uns irgendwo im Hintergelände einen Film, ein Theaterstück oder ein Varieté-Programm der Truppenbetreuung anzusehen. Das sollte uns dann Kraft und Mut im vordersten Graben geben.

Wenn ich von kultureller Offensive spreche, so denke ich dabei zunächst an die Schule, und hier vor allem an die Volksschule. Aus ihr werden 80 Prozent unseres Volkes entlassen. Was hier nicht grundgelegt wird, läßt sich im Verlauf eines späteren Lebens nicht leicht nachholen. Wir sollten uns Gedanken darüber machen, ob wir nicht mit der Frage „Automation“ das Kapitel Schule dahingehend sehen müssen, daß wir einen längeren Schulbesuch ermöglichen (Beifall), nicht um technisch fundiertes Spezialwissen zu vermitteln, sondern um eine allgemein gefestigtere und umfassendere geistige Grundhaltung in den jungen Herzen zu verankern und damit Aufgeschlossenheit für die höheren Werte unseres Lebens und eine Abwehrkraft gegen die Anfechtungen durch Betrieb und Straße. Was wir hier mehr geben, sparen wir an Fürsorge und Kosten, die die Heilung von bereits aufgetretenen Schäden verursacht. Ich weiß, daß die Schulfrage nach dem Grundgesetz keine Sache des Bundes ist, aber wir sind ja nicht nur Bundesbürger, sondern auch Landes- und Stadtbürger.

Karl Arnold forderte mit Recht die Schaffung neuer Institute und neue Wege der Wissenschaftsförderung; er sprach von der Begegnung von Technik und Theologie; er umriß die Aufgaben von Philosophie, Pädagogik, Geschichte usw. Entscheidend aber kommt es nach meinem Erkennen darauf an, daß sich eine wissende Elite nicht in sich selbst abkapselt und in eigenen für gewöhnliche Sterbliche unendlich fernen Räumen isoliert lebt, sondern daß sie mitten im Volke steht und das Volk lehrt (Beifall).

Ich bin selbst Volksschüler, und allzu selten begegnete mir außer Theologen und Lehrern Persönlichkeiten einer höheren Bildungsschicht als Lehrer und Berater. Das Schicksal unserer Demokratie, wo jeder eine Stimme hat, wird entscheidend davon abhängen, wieweit und wieviel von dem, was oben erdacht, erarbeitet und als wahr und richtig befunden wurde, auch ins Volk dringt. Es wird in erster Linie an der Bereitschaft der geistigen Kräfte unseres Volkes liegen, wie sie im Volke stehen, ob nur befehlend oder zum Dienst bereit. Es ist entscheidend, ob es in unserem Volke gelingen wird, so etwas wie eine breite geistige

Mittelschicht zu gründen, und zwar unter Einschluß, — ja, als die tragende Säule —, der Arbeiterschaft.

Das ist nicht möglich, ohne die Klärung einer zweiten Frage in Angriff zu nehmen, nämlich die Frage des Eigentums. Ich spreche es ganz offen aus, es macht mir etwas Sorge, daß man über die Privatisierung etwa des Volkswagenwerkes die gesamte Frage auf die lange Bank schieben könnte. Diese Sorge habe ich — auch das spreche ich offen aus —, weil man auf die Vorschläge der Sozialausschüsse zu diesem Problem nur sehr leise reagiert hat. Wenn man den zweiten Schritt und die weiteren Schritte nicht tun will, meine Freunde, dann sollte man durch einen ersten Schritt keine Hoffnungen erwecken.

Es ist gut und verdient jede Förderung, wenn man breiten Schichten unseres Volkes, zum Beispiel der Arbeitnehmerschaft, die Möglichkeit geben will, erübrigte Konsumlöhne in möglichst wertbeständigen Besitz anzulegen; allein die Frage ist erst geklärt, wenn sich die neu investierten Werte, die aus einer Gemeinschaftsarbeit von Kapital und Arbeit hervorgehen, auch als Eigentum in der Hand beider Partner wiederfinden.

Dabei betone ich hier ausdrücklich, daß wir alles tun müssen, um zu verhindern, daß wir — wie es heute auf einer gewissen Seite noch gewollt zu sein scheint — Proleten konservieren. Aus dieser Ablehnung der Konservierung von Proleten müssen wir volles Verständnis dafür haben, daß wir denen, die in selbständiger Arbeit stehen oder in selbständige Arbeit hineinwachsen wollen, einen Start ermöglichen, der dieses Begehren möglich macht. Größte Sicherheit für selbständige Existenzen bieten berufliches Können und menschliche Qualifikation, nicht aber schon vorhandene beleihbare Realvermögen. Was mittelständische Berufe, vor allem im Handwerk, unter der Bezeichnung „Junghandwerkersparen“ eingeführt haben, verdient unsere stärkste Unterstützung. Wissen wir doch, daß in der finanziellen Aufwendigkeit der mittelständischen Betriebe das vonnöten ist, was früher für einen mittleren Industriebetrieb investiert werden mußte. Der Schutz bestehenden Eigentums ist notwendig, jedoch wird niemand auf die Dauer Privateigentum schützen können, wenn verhältnismäßig wenig Eigentümer breiten eigentumslosen Schichten gegenüberstehen. Der alleinige und auf die Dauer wirksame Schutz für privates Eigentum ist die Schaffung eben dieses Eigentums für breiteste Schichten unseres Volkes. Niemand komme mir damit — und das ist in Linkskreisen geradezu populär geworden —: Die Arbeiterschaft will ja gar nicht. Wer mehrere Generationen von der Hand in den Mund gelebt hat, ist so leicht nicht zu überzeugen und hat sich allzu sehr an einen Lebensstil gewöhnt, der einer vernünftigen und unserer Zeit angemessenen Gesellschaftsordnung entgegensteht.

Am Reißbrett entworfenen Ordnungen marxistisch-sozialistischer Weltbeglückung, in die auch irgendwie und irgendwo der Mensch hineinpassen soll, haben wir die Beseeltheit der Lebendigen gegenüberzustellen, die jedermann die Möglichkeit gibt, für den größtmöglichen Zeitraum seines Daseins sein Leben zu leben.

Hierfür ist primär Eigentum die Voraussetzung. Wir dürften wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß in der Regierungserklärung der dritten CDU-Regierung der Frage des Eigentums breifester Raum ge-

währt wird. Sie wissen alle, daß zu diesem Thema noch sehr vieles zu sagen wäre; das will ich mir hier ersparen. Lassen Sie mich mit einem Wort von Heinrich Lersch schließen: Gottes sind die Kraftgewalten; uns schuf er, sie zu gestalten, zu beherrschen den Dämon (Beifall).

Frau Bertha Ebersoldt, Westfalen:

Es tut mir sehr leid, daß nur noch sehr wenige im Raum sind, aber ich möchte es nicht versäumen, zu einigen Dingen Stellung zu nehmen. Zunächst möchte ich den Herren herzlich danken, die vorhin über „Wohlstand für alle“ und „Eigentum für jeden“ gesprochen haben. Ich stehe zehn Jahre lang in der Betreuungsarbeit für Fliegergeschädigte, Ausgebombte und Evakuierte. Gerade aus meiner Tätigkeit kann ich sagen, daß wirklich ein Wohlstand auch bei unseren geschädigten Menschen eingetreten ist.

Herr Minister Lübke, Sie werden sich erinnern, daß ich im Jahre 1948 in Münster von den evakuierten Menschen sprach, die in Kammern und Speichern der Bauern wohnten. Diese Menschen sind zum größten Teil in die Städte zurückgekehrt, und sie sind in guten Wohnungen untergebracht worden. Es gibt allerdings in den Zufluchtsorten auch noch einige Evakuierte, besonders aber in den Städten Ausgebombte, LAG-Berechtigte, die seit 1945 nur notdürftig untergebracht sind. Viele dieser Leute können die hohen Mieten nicht bezahlen. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn Herr Oberregierungsrat Hellwig zu diesen Dingen Stellung nehmen könnte. Wir sollten in unserer CDU aus der christlichen Verantwortung heraus nicht versäumen, alles zu tun, um auch diesem Problem unsere volle Aufmerksamkeit zu widmen. Darf ich auch Ihnen, Herr Minister Storch, für die gute Rentenreform danken. Ich darf aus meiner Betreuungsarbeit sagen, daß eine 83jährige Dame zu mir gesagt hat: Ich möchte am liebsten dem Herrn Bundeskanzler schreiben, wie glücklich wir sind. Da waren zwei Rentner, die das Doppelte im Vergleich zu früher bekommen. Das hatten sie nicht erwartet. Einer sagte: Ich habe 126 Mark gehabt, und jetzt bekomme ich 220. Das ist doch etwas! — Es sind auch einige Rentner dabei, die auch heute noch eine kleine Rente bekommen, weil sie früher sehr wenig geklebt haben. Einige sind zu mir gekommen und haben gesagt: Ich habe buchstäblich nur eine Mark mehr bekommen; das ist ungerecht! — Es ist daher gut, wenn man diese Vorträge hier hört und den Leuten sagen kann: Es geschieht noch etwas! — In der 8. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz ist vorgesehen, daß die Unterhaltshilfe auf 120 DM erhöht werden soll. Ich glaube, daß dann diese Rentner wenigstens 20 Mark mehr bekommen. Daß diesen Menschen geholfen wird, möchte ich Ihnen ganz besonders ans Herz legen.

Herr Minister Lübke, auch ich erlebe in Verbraucherversammlungen, daß die Hausfrauen jetzt viel zufriedener sind als im Jahre 1951. Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen im Jahre 1951 auf dem Parteitag in Karlsruhe ein Flugblatt vorgelegt habe, auf dem geschrieben stand, daß die Käufer wegen der hohen Fleischpreise streikten. Die Verbraucherorganisationen haben es verstanden, die Hausfrauen aufzuklären und zu beruhigen.

Herr Ministerpräsident Arnold, Sie haben in Ihrem Vortrag „Eigentum für jeden“ viele Anregungen gegeben. Ich darf Sie bitten, dafür zu sorgen, daß die Menschen, die ihr Eigentum verloren haben, wenigstens

wieder zu einer Wohnung kommen. Ich fühle mich immer aus christlicher Verantwortung hierher gezogen, obgleich ich nicht Delegierte bin. Aber hier kann man mit den Herren besser sprechen, als dies auf schriftlichem Wege möglich ist.

Vorsitzender Blank:

Wir sind damit an den Schluß unserer Sitzung herangekommen. Ich glaube, daß aus den heutigen Referaten und Diskussionen viel-Kraft für unsere weitere politische Arbeit erwachsen wird und daß wir mit den Ideen, die wir heute gehört haben, vor das deutsche Volk treten können. Ich danke nochmals allen Beteiligten und darf die Plenarsitzung des Bundesparteitages schließen.

5. Plenarsitzung

Vorsitzende Frau Dr. Jochmus

eröffnet die 5. Plenarsitzung.

Zu Beginn habe ich noch ein Telegramm zu verlesen, das die Christliche Volkspartei Norwegens durch ihren Vorsitzenden, Herrn Bondevik, uns gesandt hat:

„Wir wünschen eine erfolgreiche Tagung und danken herzlich für die freundliche Einladung. Wegen wichtiger Zusammenkunft des Reichstages sind wir leider nicht in der Lage, Delegierte nach Hamburg zu schicken.“

Heute nachmittag wird Frau Dr. Rehling zu uns über „Familie und Jugend / Sicherheit für morgen“ sprechen. Wir kommen damit zu dem letzten Problem, das auf unserem Parteitag zur Diskussion gestellt wird. Unausgesprochen hat es schon in den Erörterungen über die Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mitgeschwungen.

Wie Herr Dr. Arnold heute sagte, ist das Ziel aller CDU-Politik die Entfaltung der menschlichen Person und die Schaffung einer Ordnung mit Gott, die sich gründet auf den Menschen, auf die Familie, in der die Jugend heranwächst, die dereinst Träger unseres Staates sein soll. Die Bedeutung, die unsere Christlich Demokratische Union gerade der Sorge um die Familie und die Jugend beimißt, ist dadurch gekennzeichnet, daß wir den heutigen Nachmittag diesem Thema widmen wollen. Frau Dr. Rehling, die Vorsitzende des Arbeitskreises der Bundestagsfraktion für Familienfragen, ist die berufene Sprecherin. Sie wird uns Wesentliches zu sagen haben.

Frau Dr. Luise Rehling MdB:

Familie und Jugend - Sicherheit für morgen

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Grundgesetz stellt in Artikel 6 die Familie unter den besonderen Schutz des Staates. Daß aus dieser Tatsache dem Gesetzgeber die Verpflichtung erwächst, eine aktive Familienpolitik zu konzipieren und durch eine entsprechende Gesetzgebung in der Praxis durchzuführen, ist eine Schlußfolgerung, die in der deutschen Öffentlichkeit bisher weithin noch nicht gezogen wird. Wir können in der Tat immer wieder die Erfahrung machen, daß bei uns die Familie, die doch nun einmal die Brunnenstube jedes gesunden Staates und Volkes ist, nicht die Wür-

digung erfährt, die ihr zukommt und die ihr in unseren westlichen Nachbarländern sowohl im Urteil der Öffentlichkeit wie auch in der Arbeit der Parlamente seit geraumer Zeit schon zuteil wird. Auf der Tagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt in Stuttgart-Bad Cannstatt im Jahre 1955 stellte Professor Harmsen (Hamburg) die Frage: „Woran liegt es eigentlich, daß, wenn die Frage ‚Familie und Kinder‘ diskutiert wird, die Dinge sofort ins Lächerliche gezogen werden und die Tatsache eines Familienministeriums geradezu bei jeder parteipolitischen Diskussion einen billigen Heiterkeitserfolg sichert, auch wenn das noch so dumm und blöde in die Diskussion hineingeworfen wird?“

Gewiß ist die Ursache für die ablehnende Haltung bei uns zu einem erheblichen Teil in den die Eigenständigkeit der Familie nichtachtenden Maßnahmen des Dritten Reiches und seiner Bevölkerungspolitik zu suchen. Es würde sich aber in der Tat verhängnisvoll auswirken, wenn die Vorurteile gegenüber einer wohlüberlegten und unbedingt notwendigen Familienpolitik heute nicht bald überwunden würden. Wir Deutschen sollten hier nicht in die für uns leider typische Methode verfallen, daß wir um der mißbräuchlichen Anwendung und Auslegung eines Prinzips willen gleich dieses selbst über Bord werfen. Der ablehnende Standpunkt wird von vielen Gesprächspartnern auch immer gern damit begründet, man habe doch früher in der Familie ohne Hilfestellung von außen fertig werden können, und das müsse doch auch heute noch möglich sein. Hier hat man ganz offensichtlich die Zeichen der Zeit weder beachtet noch verstanden. Es liegt offen am Tage, daß die Familie durch die grundlegende Veränderung der soziologischen Struktur innerhalb des letzten Dreivierteljahrhunderts aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen ist. Wir haben es heute im wesentlichen mit einer säkularisierten Restfamilie zu tun. Den Sorgeverband der Großfamilie früherer Zeiten gibt es nicht mehr. Es ist doch oft geradezu erschütternd, feststellen zu müssen, wie schwer es ist, selbst in guten Verhältnissen lebenden Kindern klarzumachen, daß sie für ihre alten Eltern zu sorgen haben.

Lange Zeit hindurch hat man bei uns über diese Strukturveränderungen keine wissenschaftlichen Untersuchungen angestellt. Erst in den letzten Jahren hat eine Reihe namhafter Soziologen, sozialer Seminare und Akademien Familienfragen zum Gegenstand ihrer Studien gemacht. Wissenschaftliche Statistiken wurden erarbeitet, und das Emnid-Institut, Bielefeld, hat durch eine Repräsentativbefragung im Jahre 1955 die Probleme der Familie und Ehe im Licht der Gegenwart einer umfassenden Untersuchung unterzogen, die sowohl für den Soziologen wie für den Politiker höchst aufschlußreich ist, da hier die wissenschaftliche Durchleuchtung des Fragenkomplexes zum ersten Mal durch eine umfassende aktuelle Tatsachendarstellung unterbaut wird.

Die Sorge um die Familie, die für den Christen nicht nur ein soziologisches Phänomen, sondern in erster Linie eine Schöpfungsordnung Gottes ist, haben wir in der CDU immer als besonders vordringlich angesehen (Beifall). Das geht aus allen programmatischen Erklärungen seit der Gründung unserer Partei hervor. Wir sind dabei mancherlei Mißdeutungen begegnet und wollen es daher heute noch einmal in aller Deutlichkeit herausstellen, daß wir, wenn wir von Familienpolitik

sprechen, nicht eine Bevölkerungspolitik nach nationalsozialistischem Muster meinen und daß wir ferner auf Grund dessen, was gerade wir Älteren im Dritten Reich an unerwünschten Einmischungsversuchen erlebt haben, auch nicht daran denken, in die Familie hineinzuregieren. Wir haben auch nicht die Absicht, die — wie Alexander Rüstow sie einmal genannt hat — „Plüschsofa-Familie“ aus der Zeit um die Jahrhundertwende zu restaurieren; wir haben vielmehr die moderne Familie unserer Tage vor Augen und fühlen uns vor Gott verantwortlich dafür, ihr den Lebensraum zu sichern, den sie braucht, um ihre Funktionen zum Besten der Gemeinschaft zu erfüllen (Beifall).

Wenn auch gewiß nicht bestritten werden soll und kann, daß die Familie sich trotz der schweren Belastungen durch die zunehmende Industrialisierung und Technisierung, trotz der biologischen, materiellen und moralischen Substanzverluste im Gefolge zweier Weltkriege und trotz der grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen als die lebenskräftigste Zelle der menschlichen Gemeinschaft erwiesen hat, so kann es doch nicht geleugnet werden, daß es in unserer Zeit eine Reihe von Tatbeständen gibt, welche ihre natürliche Entfaltung und die freie Entwicklung ihrer gemeinschaftsbildenden und gemeinschaftserhaltenden Werte einengt.

Wie stellt sich nun im einzelnen die Situation der Familie dar? Zunächst ist ein besorgniserregender Schwund der Familien mit drei und mehr Kindern festzustellen. In der Bundesrepublik haben 83,2 Prozent aller Familien entweder gar keine Kinder oder bis zu zwei, und nur 16,8 Prozent drei Kinder und mehr. Die Bevölkerungsstruktur hat sich seit 1910 zunehmend verschlechtert. Während in dem erwähnten Jahr die unter 20jährigen mit einem Anteil von 43 Prozent an der Gesamtbevölkerung einem Anteil von 16 Prozent der über 50jährigen gegenüberstanden, machten 1950 die unter 20jährigen nur noch 32 Prozent aus, während der Anteil der über 50jährigen auf 27 Prozent gestiegen war.

Die Normalfamilie hat bei uns $1\frac{1}{2}$ Kinder; das ist zur Zeit mit die ungünstigste Situation in ganz Europa. Es ist ja allgemein bekannt, daß, wenn das Fortleben eines Volkes gesichert sein soll, die durchschnittliche Kinderzahl mindestens drei sein muß. Wenn hier bei uns kein Wandel eintritt, können wir uns ausrechnen, wann wir nicht mehr die nötigen Arbeitskräfte haben werden, um das für die Versorgung der Bevölkerung erforderliche Sozialprodukt zu erarbeiten und die Abgaben für die Sicherung des Lebensabends unserer Alters- und Invalidenrentner aufzubringen. Wir wissen bereits jetzt, daß wir uns in den Jahren zwischen 1965 und 1980 einem Zustand der Vergreisung unseres Volkes gegenübersehen werden.

Ein kleiner Hoffungsstrahl scheint mir die Feststellung in der schon erwähnten Emnid-Untersuchung zu sein, daß 90 Prozent aller Gegenwartsfamilien ihren Willen zum Kind äußern und daß die Befragten wenigstens zwei Kinder für wünschenswert halten. Der augenblickliche alarmierende Tiefstand der Kinderzahl resultiert, sofern es sich hier um eine bewußte Geburtenregelung handelt, zum Teil gewiß aus der geistigen Krise, in der unser Volk sich befindet. Wir konstatieren eine Überschätzung der materiellen Werte, die viele Eheleute überhaupt zum Verzicht auf das Kind veranlaßt. Herr Dr. Hellwig hat heute mor-

gen diese Tatsache schon angedeutet, als er sagte, daß die Kinder als Luxus angesehen werden, während wir sie als eine Gabe Gottes betrachten. Diese Eheleute, die sich durch die Überschätzung der materiellen Werte beeinflussen lassen, teilen ihr Eheleben zwischen Beruf, Haushalt und Genuß. In diesen moralischen Bereich kann der Politiker nicht hineinwirken; er muß aber in aller Klarheit sehen, daß es Tatbestände der wirtschaftlichen Entwicklung gibt, durch welche den kinderreichen Familien schwer erträgliche Lasten aufgebürdet werden.

Während vor einem Dreivierteljahrhundert noch 75 Prozent der Bevölkerung instande waren, im familienwirtschaftlichen Betrieb die Wechselfälle des Lebens aus eigener Kraft zu meistern, arbeiten heute etwa 80 Prozent der Erwerbstätigen zum Leistungslohn im fremden Betrieb. Der Leistungslohn wirkt sich familienfeindlich aus, insofern, als am gleichen Arbeitsplatz bei gleicher Leistung dem Ledigen bzw. dem kinderarmen Vater das gleiche Entgelt gezahlt wird wie dem kinderreichen. Das bedeutet für letzteren, daß er — verglichen mit den beiden Vorgenannten — sehr erhebliche Abstriche an seinem eigenen Lebensstandard und dem seiner Kinder machen muß. Er kann ihnen zudem nicht eine gleichgute Erziehung geben, wie es dem Vater möglich ist, der nur ein Kind oder zwei Kinder hat.

Wir haben es Herrn Professor Jessen (Berlin) zu verdanken, daß er in dem 1955 erschienenen Buch „Familie und Sozialreform“ in mühevollen Einzeluntersuchungen ein Bild von der wirtschaftlichen Lage der deutschen Familie gezeichnet hat, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß die kinderreiche Familie sozial deklariert ist. Das Statistische Bundesamt hat dankenswerterweise ebenfalls durch die Auswertung von Haushaltsrechnungen umfassendes Zahlenmaterial bereitgestellt, aus dem sich die gleiche Tatsache ablesen läßt. Es wird hier nachgewiesen, daß bei einem für den Verbrauch verfügbaren Netto-Einkommen von 4200 DM die Ausgaben für die Ernährung des Familienvaters 720 DM (beim kinderlosen) über 594 DM (bei dem mit einem Kind), 530 DM (bei dem mit zwei Kindern) auf 449 DM (bei dem mit drei Kindern) fielen; die Aufwendungen für seine Bekleidung von 310 DM auf 194 DM, für seine Bildung und Unterhaltung von 196 auf 102 DM. Die Gesamtkosten für drei Kinder betrugen rund 44 Prozent des väterlichen Einkommens. Auf der niederen Einkommensstufe von 3100 DM betrugen die Gesamtkosten für drei Kinder rund 37 Prozent des väterlichen Einkommens. Je mehr Kinder vorhanden sind, desto geringer ist im Zeitalter des Leistungslohns der Anteil vom Lohn des Vaters, der auf jedes einzelne Familienglied entfällt.

Dieses Absinken des Lebensstandards hat gesundheitliche und geistig-seelische Schäden zur Folge, die aus einer einkommensbedingten unzureichenden Ernährung und Wohnung entstehen, den Ausfall des Erholungs-, Kultur-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarfs und die unzureichende Rücklage für Schicksalsschläge. In der Denkschrift des Familienministeriums aus dem Jahre 1955 ist nachgewiesen, daß Hunderttausende von Familien mit zwei und vier Kindern heute nach Fürsorgesätzen am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Die ungünstige wirtschaftliche Situation hat eine weitere unerfreuliche Folge. Sie zwingt die Eltern, durch eine das Familienleben beeinträchtigende Mehrarbeit des Vaters oder durch Berufstätigkeit der Mutter

um jeden Preis das Familieneinkommen zu erhöhen. Dadurch wird dann das Familienleben praktisch auf ein Minimum an Zeit zusammengedrängt.

Einige gelegentlich angestellte Ermittlungen beleuchten noch in besonderer Weise die Situation: So hat z. B. ein Drittel aller Schulkinder in Stuttgart Mütter, die ganztätig außer Haus beschäftigt sind; 25 Prozent aller Schulkinder in Krefeld sind ohne ausreichende mütterliche Betreuung; in Frankfurt müssen 29 Kinderhorte 2000 Kindern zwischen 6 und 14 Jahren das Elternhaus ersetzen. Insgesamt leiden nach vorliegenden Statistiken, die allerdings noch unvollständig sind, heute 2,1 Millionen Kinder — das sind mehr, als die Einwohner von München, Köln und Essen ausmachen — in der Bundesrepublik darunter, daß ihre Mütter außer dem Haus arbeiten und sie allein oder unter fremder Obhut den Tag verbringen müssen. Das Schlüsselkind ist zum feststehenden Begriff geworden. Die Atmosphäre eines Geistes und Seele der Kinder tragenden Elternhauses ist auf diese Weise vielfach gestört, wenn nicht zerstört. Man schätzt, daß von den 2,3 Millionen erwerbstätigen Ehefrauen etwa 20 Prozent um des Götzen „Lebensstandard“ willen arbeiten. Den restlichen 80 Prozent sollten wir im Interesse des so notwendigen Zusammenhalts der Familie und der seelischen Entwicklung der Kinder mehr Beachtung schenken, als das bisher leider geschehen ist (Beifall).

Wir können keine Frau daran hindern, einem Erwerb nachzugehen, aber denjenigen, die in ihrer Familie leben möchten und darunter leiden, daß sie ihren Pflichten nicht gerecht werden können, müssen wir helfen (Beifall).

Durch die Erfolge auf dem Gebiete des Sozialversicherungswesens haben wir einiges getan, aber es genügt noch nicht. Leider fehlen uns zur Zeit in Industrie, Wirtschaft und Verwaltung nach Angaben darüber, wie z. B. Frauen ohne Störung der Gesamtleistung durch Halbtagsbeschäftigung eingesetzt werden können. Erfreulicherweise hat das Arbeitsministerium im verflossenen Jahr eine Untersuchung veranlaßt über „Möglichkeiten und Zweckmäßigkeit der Einrichtung von Teilzeitarbeit für Frauen“. Die gleiche Frage hat 1956 die Expertenkonferenz beim Internationalen Arbeitsamt in Genf beschäftigt. Wir haben in einigen Wirtschaftszweigen ja bereits eine Teilzeitarbeit eingeführt, und eine Zeit der Hochkonjunktur ist fraglos am ehesten geeignet, eine Erweiterung auf diesem Gebiet zu erreichen. Man würde die unersetzliche Kraft der Mutter wenigstens zu einem Teil für ihren eigentlichen Aufgabenbereich retten.

Wenn schon die Einkommensverteilung bei dem Ledigen bzw. kinderarmen Vater gegenüber dem kinderreichen absolut unbefriedigend ist, so ist auch bei den Einkommenssteuern der Unterschied zwischen letzterem und den beiden erstgenannten noch zu gering. Hinzu kommt, daß die indirekten Steuern die zahlenmäßig stärkeren Familien bedeutend schwerer treffen als die kleineren. Auch die Abgaben für die Sozialversicherung nehmen keine Rücksicht auf die Zahl der Kinder; der Familienvater muß dasselbe aufwenden für seine Altersversicherung wie der kinderlose.

Auch bei dem Kampf um die räumliche Existenzgrundlage hat die kinderreiche Familie große wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Jeder, der in der Kommunalarbeit steht, weiß, wie schwierig, ja oft unmöglich es ist, größeren Familien zu ausreichendem Wohnraum zu verhelfen (Beifall). Einmal ist es nicht leicht, Hauseigentümer zu finden, die sich bereit erklären, eine Familie mit mehreren Kindern überhaupt aufzunehmen. Zum anderen ist es schwierig, eine Wohnung mit tragbarer Miete zu beschaffen. Das hat zur Folge, daß viele von ihnen noch heute unter Verhältnissen leben, die sich geradezu familienfeindlich auswirken.

Im Hinblick auf diese verschiedenartig starken wirtschaftlichen Benachteiligungen der Mehrkinderfamilie muß immer wieder mit allem Nachdruck betont werden, daß ihr geholfen werden muß, weil sie es ist, welche in biologischer, kultureller und sozialer Hinsicht die wichtigsten Voraussetzungen für den Fortbestand und die Sicherheit des Volkes und Staates schafft (Beifall). Es wäre auch dringend an der Zeit, ihre volkswirtschaftliche Leistung mehr in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken (Beifall).

Gestatten Sie mir, hier und heute einmal auf die wirtschaftliche wie volkswirtschaftlich so außerordentlich bedeutsame Leistung der Hausfrauen und Mütter hinzuweisen (Beifall), die weder einen 8-Stunden-Tag noch ein freies Wochenende kennen; sie können zum überwiegenden Teil keine Haushaltshilfe bekommen, wenn sie überlastet sind, und ihr unermüdliches Wirken sieht man als schlichte Selbstverständlichkeit an. Der vorhin schon erwähnte Professor Jessen hat den Wert der Gesamtleistung der mütterlichen Hausfrauen auf 14,2 Milliarden D-Mark im Jahr beziffert. Dabei ist für die Arbeitsstunde ein Entgelt von 1 DM zugrunde gelegt. Es ist immerhin ein kleiner Fortschritt, daß in der jüngst verabschiedeten und auch als durchaus gelungen zu bezeichnenden Reform des ehelichen Güterrechts erstmalig die Arbeit der Hausfrau der Erwerbstätigkeit des Ehemannes gleichgewertet wird (Beifall).

Wir verzeichnen es auch mit Genugtuung, daß der Finanz- und Steuerausschuß bei der Übergangslösung, die er für die Ehegattenbesteuerung geschaffen hat, den Freibetrag für die „Nur-Hausfrau“ erheblich erhöht hat. Es ist vorgeschlagen, ihn von 250 auf 720 DM zu erhöhen. Wie man mir sagt, werden ungefähr 500 DM dabei herauskommen. In einigen unserer Nachbarländer zahlt man den „Nur-Hausfrauen“ sogar ein besonderes Herdgeld; es ist kürzlich in Belgien erhöht worden. Es ist einmal eine Anerkennung ihrer volkswirtschaftlichen Leistung, zum anderen soll es einen Anreiz bieten, auf außerhäusliche Erwerbstätigkeit zu verzichten (Beifall).

Professor Jessen gibt noch ein weiteres Beispiel für die volkswirtschaftliche Leistung der Familien. Er bezieht sich auf die Aufwendungen, die die deutschen Eltern für die Erziehung ihrer Kinder leisten. Auch aus dieser Untersuchung ergibt sich, daß die kinderreichen Familien erheblich höhere Lasten zu tragen haben. Man kann Professor Jessen nur zustimmen, wenn er feststellt: „Die Spanne zwischen der Lebenshaltung der Eltern mit Kindern und derjenigen der kinderlosen widerspricht allen Grundsätzen der staatlichen Gerechtigkeit, denn — und das muß ganz klar ausgesprochen werden — die kinderlosen bauen ihr Dasein auf den Kindern der anderen auf (Beifall). Aus diesen Gründen ist eine einigermaßen gerechte Verteilung des Aufwandes für die

Kinder eine unabdingbare Verpflichtung des Staates... gegenüber der Gegenwart und der Zukunft und im wohlverwogenen Interesse eines jeden einzelnen Mitgliedes der Gesellschaft."

In die gleiche Richtung weist eine Feststellung des leider zu früh verstorbenen Kieler Sozialwissenschaftlers, Professor Mackenroth. Er forderte, daß an Stelle einer Klasse heute die Familie Objekt der Sozialpolitik werden müsse, und zwar quer durch alle Klassen und Schichten, da es keine Unterschiede mehr gebe. Ein Familienlastenausgleich ist nach seiner Meinung die neue Großaufgabe der Sozialpolitik des 20. Jahrhunderts (Beifall). Dieser Familienlastenausgleich wurde dann von den vier Professoren, die im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers ein Gutachten zur Sozialreform ausarbeiteten und von der Arbeitsgruppe des Deutschen Fürsorgetages 1955 „Die Familie in der sozialen Neuordnung“ als erste Voraussetzung für eine wirksame Sozialreform gefordert.

Wenn wir uns heute noch einmal die Punkte unseres Hamburger Programms, die Familie betreffend, vergegenwärtigen, so können wir feststellen, daß der Gedanke an den inzwischen so viel diskutierten Lastenausgleich uns geleitet hat, als wir u. a. forderten: „Das Gesetz für die Familienausgleichskassen muß verabschiedet werden.“ Ferner: „Steuern, öffentliche Lasten, Zuschüsse, Unterstützung und Altersversorgung dürfen nicht nur für den einzelnen, sondern müssen unter Berücksichtigung der Familien festgelegt werden. In der Wohnungspolitik sollte die Familie mit all ihren Erfordernissen in den Mittelpunkt gestellt werden.“ Die Verabschiedung des Familienheimgesetzes wurde als dringendes Erfordernis bezeichnet.

Was ist nun in den verflossenen vier Jahren, in denen die CDU/CSU die Hauptverantwortung trug, von Bundesregierung und Bundestag zur Verwirklichung der Forderungen unseres Hamburger Parteiprogramms geleistet worden?

Um eine stärkere Förderung unserer familienpolitischen Anliegen zu gewährleisten, als es in der ersten Legislaturperiode möglich war, wurde vom Herrn Bundeskanzler ein besonderes Ministerium geschaffen. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Schaffung dieses Ministeriums auf leidenschaftlichen Widerstand der Opposition stieß. Sie hat bisher noch bei jeder Haushaltsberatung gefordert, daß der Etat dieses Ministeriums gestrichen werde. Es ist immerhin doch interessant, das zu vermerken, wenn man bedenkt, daß in anderen sozialistisch regierten europäischen Ländern man Familienministerien schon seit langer Zeit kennt oder aber, wie in Schweden, sie vor wenigen Jahren eingerichtet hat. Rückblickend darf man wohl sagen, daß der zuständige Minister, unser Parteifreund Dr. Wuermeling, und sein zahlenmäßig kleiner, aber von der Bedeutung seiner Aufgabe durchdrungener Mitarbeiterstab die vielfältigen und sicherlich nicht leichten Aufgaben mit großer Energie aufgegriffen haben und sie mit Zähigkeit durchzusetzen sich bemühten (Beifall).

Es wurde ein wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Ministerium gebildet und ein möglichst enger Kontakt zu den Familienpolitikern des Parlaments gesucht, in Sonderheit zu den Mitgliedern des Diskussionskreises für Familienfragen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion.

Eine erste Etappe auf dem Wege zum Familienlastenausgleich stellen die Kindergeldgesetze dar, die jede Familie ab drittem Kind eine Beihilfe von mindestens 25 DM sichern. Wir wissen, wie heißumstritten vor allen Dingen das erste Gesetz war, und wir wissen auch, daß es noch einige technische Mängel hat. Andererseits können wir aber sehr erfreut feststellen, daß allerlei düstere Prophezeiungen der Gegner dieses Gesetzes sich nicht erfüllt haben. So hat sich z. B. die Einrichtung der Familienausgleichskassen mit nur etwa 3 Prozent Verwaltungskosten als noch billiger erwiesen, als erwartet wurde. Sehr positiv ist auch zu bewerten der einstimmige Beschluß des Vorstandes des Gesamtverbandes der Familienausgleichskassen, den sogenannten Spitzenausgleich zwischen den verschiedenen Familienausgleichskassen nun doch als Selbstverwaltungsmaßnahme durchzuführen. Um der politischen Wirkung willen hätten wir gewünscht, daß dieser Beschluß, den wir als Gesetzgeber schon im vergangenen Jahr als möglich vorausgesetzt hatten, früher gefaßt worden wäre.

Durch eine zur Zeit in der Beratung befindliche Novelle wollen wir die Leistung vom dritten Kind ab auf 30 DM erhöhen. Diese Erhöhung läßt sich durchführen, ohne daß der bisherige Durchschnittsbetrag von 1 Prozent der Lohnsumme heraufgesetzt werden muß.

Ganz wesentliche Verbesserungen sind bei den Familienzulagen für Sozialleistungsempfänger erreicht worden. Für die Rentenberechtigten sind die Leistungen für Kinder neuerdings ganz erheblich höher als das Kindergeld für die in Arbeit Stehenden. Altersrentner und Invaliden erhalten jetzt für jedes Kind 36 DM monatlich, Fürsorgeempfänger im Bundesdurchschnitt 41 DM monatlich und Unterhaltshilfsempfänger 35 DM für jedes Kind, nicht nur für das dritte und jedes weitere Kind. Jeder Rentner bekommt also für drei Kinder über 100 DM monatlich zusätzlich, während der in Arbeit Stehende mit drei Kindern 25 DM zur Zeit und demnächst 30 DM erhält. Die Bevorzugung der Rentner erklärt sich aus ihren wesentlich geringeren Grundbezügen. Wichtig ist, daß in der Rentenreform die Voraussetzungen für die Zahlung von Kinderzuschüssen wesentlich ausgeweitet werden, insofern, als auch die noch in Berufsausbildung befindlichen über 18 Jahre alten Kinder bis zum vollendeten 25. Lebensjahr den Zuschlag bekommen. Für Kinder, die infolge körperlicher und geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, wird der Kinderzuschuß gezahlt, solange dieser Zustand andauert. Die Waisenrenten — das ist für die Halbfamilie wichtig — sind ebenfalls beträchtlich erhöht worden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich bei einer Aufzählung der in der Rentenreform erzielten Verbesserungen, daß wir uns auch bemüht haben, dem Übel der Onkel-Ehen zu steuern, die sich so schädlich auf die sittliche Entwicklung der Kinder auswirken. Die Abfindung für die Witwe bei der Wiederverheiratung ist bedeutend erhöht worden. Sie beläuft sich auf das Fünffache des Jahresbetrages der bisher bezogenen Rente. Sie lebt wieder auf, wenn die zweite Ehe ohne alleiniges oder überwiegendes Verschulden der Witwe aufgelöst wird und aus der zweiten Ehe keine neuen Versorgungs-, Unterhalts- oder Rentenansprüche hergeleitet werden können. Im Bundesversorgungsgesetz ist die gleiche Regelung getroffen, wie denn überhaupt die Lage der Kriegsoffer fühlbar verbessert wurde, vor allem durch die 5. Novelle, die im ver-

flossenen Jahre verabschiedet wurde. Die Durchführung der vor der Verabschiedung stehenden 6. Novelle wird weitere Leistungsverbesserungen bringen, für die rund 400 Millionen DM bereitgestellt werden müssen und die sich auch für die Familien der kinderreichen Kriegsoffer wie für die Halbfamilie günstig und verbessernd auswirken werden. Familien von Arbeitslosen sind im Gesetz zur Änderung und Ergänzung des AVAVG berücksichtigt.

Neben der Erhöhung der Kindergeldzuschläge bei der Kriegsschadenrente sei auch noch auf die in der 8. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz erreichten Verbesserungen hingewiesen. Der Zuschlag für das dritte und jedes weitere Kind im Sinne von § 295, Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes ist von bisher 100 DM auf 150 DM erhöht worden, so daß sich der Zuschlag zur Hausratsentschädigung für diese Familienangehörigen von je 200 DM auf 300 DM erhöht. Eine Familie mit vier Kindern wird also einen Familienzuschlag zur Hausratsentschädigung von 1100 DM gegenüber bisher 800 DM erhalten.

Die soziale Ungerechtigkeit auf dem Gebiet des Steuerwesens haben wir nach Kräften zu mindern getrachtet. Sie war im Rahmen unseres Steuersystems nur durch eine beträchtliche Erhöhung der Freibeträge für Kinder möglich. Bei der Steuerreform zum 1. Januar 1955 konnte der Freibetrag ab drittem Kinde verdoppelt werden; bei der zum 1. Januar 1957 in Kraft getretenen Reform wurde alsdann auch der Freibetrag für das zweite Kind verdoppelt. Der Kreis der völlig lohnsteuerfreien Familien wurde im Vergleich zu 1953 beträchtlich erweitert. Durch Steuererleichterung plus Kindergeld ist ab 1. Januar 1957 eine Familie mit vier Kindern gegenüber einem kinderlos verheirateten Ehepaar um folgende Beträge begünstigt: Bei einem Monatslohn von 600 DM um 101 DM gegenüber 51 DM im Jahre 1953, bei einem Monatslohn von 800 DM gleich 138 DM gegenüber 70 DM im Jahre 1953, bei einem Monatslohn von 1000 DM gleich 156 DM gegenüber 85 DM im Jahre 1953. Es ist noch nicht das erreicht, was wir wünschen, aber immerhin, seit 1953, nachdem wir diesen Programmpunkt in unserem Hamburger Manifest aufgestellt haben, ist einiges geschehen. Wir haben versucht, zu halten, was wir damals versprochen.

An weiteren Steuererleichterungen für die Familie mit Kindern sei noch erwähnt die Erhöhung des steuerlich absetzbaren Pauschbetrages für auswärtige Berufsausbildung der Kinder von 480 DM auf 720 DM jährlich, die Verbesserung der Vorschriften über die Steuerermäßigung für eine Hausgehilfin sowie der zusätzliche Freibetrag für diejenigen Ehefrauen, die ausschließlich als Hausfrauen tätig sind oder lediglich im Betrieb des Ehemannes mithelfen.

Was die Senkung der indirekten Steuern betrifft, so sind wir hier nur bei der Zuckersteuer zum Ziele gekommen, die wir um 60 Prozent gesenkt haben. Einem Antrag der SPD auf weitere Senkung der Verbrauchssteuern konnten wir bei der gegenwärtigen Haushaltslage nicht zustimmen, so leid es uns tat, weil er einen Steuerausfall von einer halben Milliarde DM zur Folge gehabt hätte.

Unter den Bemühungen um eine Minderung der Lasten der kinderreichen Familie sollen nicht unerwähnt bleiben die langwierigen, aber schließlich doch von Erfolg gekrönten Verhandlungen um die Fahrpreisermäßigung bei der Bundesbahn.

Was nun den familiengerechten Wohnungsbau anlangt, so ist diese wichtige Forderung unseres letzten Hamburger Programms durch die Verabschiedung des am 1. Juli 1956 in Kraft getretenen Familienheimgesetzes erfüllt. Es ist für den sozialen Wohnungsbau mit dem 1. 1. 1957 zur Auswirkung gekommen. Wir haben es außerordentlich bedauert, daß wir in der ersten Legislaturperiode unter dem Druck der großen Zahl auch beim Wohnungsbau gestanden haben und daß unser Anliegen, familiengerechte Wohnungen zu bauen, im ersten Wohnungsbau-gesetz nicht genügend zum Tragen gekommen ist. Durch dieses Familienheimgesetz kann ein Kernanliegen der CDU verwirklicht werden, nämlich, durch die Wohnungsbauförderung weithin zu Eigentumsbildung zu kommen, familiengerecht zu bauen und die Wohnungsnot der einkommensschwachen Familien zu beseitigen (Beifall).

Es ist im Rahmen dieses Referats nicht möglich, alle Bestimmungen aufzuzählen, die die Entfaltung eines gesunden Familienlebens, namentlich für kinderreiche Familien, gewährleisten. Nur einige wenige seien erwähnt. Das neue Gesetz sichert grundsätzlich dem Eigenheimbau in allen sozialen Schichten den Vorrang; die öffentlichen Förderungsmittel für Eigenheimbauten sollen grundsätzlich 10 Prozent höher bemessen werden als für gleichartige Mietwohnungen; Familien mit drei und mehr Kindern erhalten zusätzlich für jedes dritte und weitere Kind je 1500 DM zinsloses, mit höchstens 2 Prozent zu tilgendes Darlehen; Wohnungsuchende mit geringem Einkommen, Kinderreiche und Schwerbeschädigte sollen vorrangig berücksichtigt werden. Die raum-beengenden Vorschriften werden auch im Mietwohnungsbau fühlbar aufgelockert, indem auch das zweite Kinderschlafzimmer in die Miet-wohnung mit eingeplant ist (Beifall). Erhöhte öffentliche Baudarlehen oder öffentliche Mietbeihilfen bei geringen Einkommen werden in Zusammenhang mit der Zahl der Familienangehörigen gewährt.

Der Bund hat im Haushalt 1957 rund 3 Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt und damit dokumentiert, daß hier nach wie vor für uns ein Anliegen der ersten Dringlichkeitsstufe vorliegt. Die Beratung dieses Gesetzes ist sehr langwierig und mühevoll gewesen. Der Widerstand der Opposition war in allen Phasen der Ausschußberatungen und der Parlamentsdebatten außerordentlich stark. Wir können auch jetzt schon feststellen, daß die Durchführung seitens der unteren Instanzen in Ländern und Gemeinden, sofern die Gegner unserer Konzeption hier einen entscheidenden Einfluß haben, ebenfalls auf starke Widerstände stoßen wird. Sie wissen alle, daß die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften am stärksten bei der SPD vertreten sind. In dieser Situation wird es — davon sind wir überzeugt — von den Mitarbeitern unserer Parteifreunde in Stadt und Land abhängen, ob das Gesetz durch diese letzte Hürde noch überspringt. Unterrichten Sie sich über die wichtigsten Bestimmungen, und denken Sie immer daran, daß es sich hier um eines der vordringlichsten Anliegen unserer Familienpolitik handelt! Ich möchte es nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit alle Parteifreunde, die in der kommunalen Arbeit stehen, darauf hinzuweisen und zu bitten, sich tatkräftig dafür einzusetzen, daß die kinderreichen Familien aus den Baracken herauskommen (Beifall). Diese Barackennot hat eine wirkliche Familiennot zur Folge; und eine Familiennot ist immer letzten Endes dann auch Volksnot (Beifall).

Im Zusammenhang mit dem Familienheimgesetz sei nur noch kurz erwähnt, daß es bisher nicht möglich war, zu einer Lösung des Bodenrechts zu kommen. Hier müssen wir im 3. Bundestag erneut ansetzen, um auch den Familien den Zugang zu Grund und Boden zu ermöglichen. Wir zerbrechen uns schon jetzt den Kopf darüber, in welcher Weise bei der bevorstehenden Arbeitszeitverkürzung unsere Arbeiter in der Freizeit sich sinnvoll beschäftigen können. Hier bietet sich eine ideale Möglichkeit, nämlich den eigenen Garten gemeinsam mit den Familiengliedern zu Nutzen der Familie zu bestellen (Beifall).

Wenn wir die Bilanz dessen ziehen, was erreicht ist, so können wir wohl sagen: Wir haben einen hoffnungsvollen Anfang gemacht in diesen vier Jahren. Wir wissen aber auch, daß noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Durch Steuerermäßigung und Kindergeld werden zur Zeit den Eltern in der Bundesrepublik rund 30 Prozent der Kosten für das Aufziehen eines Kindes erstattet. Das ist wenig im Vergleich mit anderen Ländern. Wir wollen gewiß keiner Entwicklung Vorschub leisten, wie wir sie in Frankreich als Tatsache sehen, wo den Eltern das Aufziehen der Kinder zu hundert Prozent erstattet wird. Wir wollen keiner Entwicklung Vorschub leisten, die das Verantwortungsbewußtsein der Eltern herabzumindern geeignet wäre. Wir wollen auch nicht den Eindruck erwecken, als ob das Aufziehen von Kindern ohne persönliche Opfer möglich wäre. Ich unterstreiche das, was Herr Dr. Hellwig hier heute morgen mit solcher Wärme gesagt hat, daß wir dem materialistischen Denken in keiner Weise Vorschub leisten wollen. Andererseits muß aber auch klar gesagt werden, daß bis zu einem wirklichen Familienlastenausgleich, wie ihn z. B. Professor Mackenroth im Auge hatte, noch einiges im nächsten Bundestag getan werden muß und daß wir diesem Problem in der kommenden Legislaturperiode wirklich eine zentrale Bedeutung zuerkennen müssen (Beifall). Die Bereitwilligkeit der öffentlichen Meinung, uns dabei zu unterstützen, wird in dem Maße wachsen, in dem es gelingt, durch entsprechende Aufklärung von der Notwendigkeit der Familienpolitik zu überzeugen. Wir sollten uns alle verpflichtet fühlen, die Familienverbände, die sich bisher ziemlich allein in dieser Richtung bemüht haben, tatkräftig zu unterstützen.

Unter den Aufgaben, die in Zukunft noch einer besseren Lösung zugeführt werden müssen, möchte ich zunächst das sogenannte Heiratsparen mit dem Ziele, die Familiengründung zu erleichtern, erwähnen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß heute die meisten jungen Eheleute ihre Wohnungseinrichtung selbst beschaffen und auch oft noch eine Mietvorauszahlung leisten müssen, hat das Bundesministerium für Familienfragen schon vor längerer Zeit einen ersten Plan ausgearbeitet und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband übermittelt, wonach frei von jeder staatlichen Lenkung den Verlobten geholfen werden soll, diese Schwierigkeiten zu überwinden. In Verhandlungen mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband fand sich dieser bereit, Richtlinien für die Sparkassen zu erlassen. Diese sind aber nicht verbindlich, so daß nicht alle Sparkassen sich auf die Gewährung eines Darlehens einlassen. Hinzu kommt, daß der hohe Zinssatz von 7½ Prozent das Heiratsparen gegenwärtig noch nicht besonders attraktiv macht. Wir werden aber auch hier versuchen, eine günstigere Regelung zu erwirken.

Es ist uns auch noch nicht gelungen, die sehr schwierige Frage der Beschaffung ausreichender Hilfskräfte für die überlasteten Hausfrauen und die kinderreichen Mütter befriedigend zu lösen. Einen Versuch stellen die Bemühungen dar, die zur Anerkennung des Berufs „Geprüfte Hausgehilfin“ als Lehrberuf hinführten. Ein Bundesausschuß für die hauswirtschaftliche Berufsausbildung steht vor seiner Konstituierung. Im Regierungsentwurf eines Krankenpflegegesetzes ist die Ableistung eines hauswirtschaftlichen Jahres als Voraussetzung für die Zulassung weiblicher Bewerber zur Krankenpflegeschule vorgesehen. Außerdem bemüht sich das Familienministerium in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden der privaten Wohlfahrtspflege um die Förderung der hauspflegerischen Berufe. Die Erholungsmöglichkeiten für überlastete Mütter im Rahmen des Müttergenesungswerkes müssen auch in Zukunft durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln gefördert werden. Es ist uns im vorjährigen und auch im diesjährigen Haushalt gelungen, diesen Betrag auf 2 Millionen DM zu erhöhen bzw. erneut festzusetzen (Beifall).

Besondere Aufmerksamkeit werden wir auch weiterhin der Familien-Frienerholung zuwenden, die geeignet ist, den inneren Zusammenhalt der Familie zu festigen. Im Interesse dieser inneren Festigung werden wir, wie es vor kurzem in unserer Großen Anfrage zur Sonntagsarbeit schon deutlich geworden ist, sorgfältig darüber wachen, daß nicht durch eine weitere Ausdehnung der Genehmigungen und genereller Einführung der gleitenden Arbeitswoche eine erschreckende Aufsplitterung der Familie heraufbeschworen wird (lebhafter Beifall).

Wir haben es doch in den Kriegs- und Nachkriegsjahren genugsam erlebt, wie sich mangelnder Halt in der Familie auf junge Menschen auswirkt. Wie rasch hat man heute ein abfälliges Urteil über die Jugend zur Hand und vergißt in unserer schnellebigen Zeit nur zu leicht, welch schweren körperlichen, geistig-seelischen und sittlichen Gefährdungen sie ausgesetzt war und auch heute noch ist. Nur einige wenige Tatsachen möchte ich Ihnen ins Gedächtnis rufen: Als wir 1949 mit dem Aufbau des neuen deutschen Hauses begannen, lebten über 2 Millionen heimatvertriebene Kinder und Jugendliche noch zum großen Teil in Lagern und Massenunterkünften; 1,6 Millionen hatten durch Kriegseinwirkungen Vater oder Mutter oder beide Eltern verloren; Hunderttausende warteten noch auf die Rückkehr des Vaters aus der Kriegsgefangenschaft; durch Scheidung der Eltern verloren jährlich 80 000 Kinder Vater oder Mutter; mehr als 600 000 Jugendliche waren ohne Arbeit oder Lehrstelle und vagabundierten zum Teil durchs Land; ein Drittel aller Kinder lebte in völlig unzureichenden Wohnverhältnissen; auf Grund der schlechten Ernährung stiegen die Tbc-Erkrankungen; durch den Krieg verursachte neurotische Störungen traten bei vielen Minderjährigen auf; der Schulraum war weithin zerstört, die Klassen überfüllt, die Zahl der Lehrer reichte in gar keiner Weise aus. Die Jugendkriminalität stieg. Wie soll man denn auch zu festen sittlichen Maßstäben kommen, wenn man einen moralischen Trümmerhaufen und eine Verwilderung des Lebensstils vorfindet, und die äußerlich und innerlich in Trümmern geschlagene Welt außer einer ins Unwahrscheinliche und Raffinierte oder aber ins Unmenschliche gesteigerten Technik kaum irgendwelche Ansatzpunkte zu geistiger Klärung bietet?

Bedingungslose Kapitulation und Spaltung Deutschlands waren nicht dazu angetan, in jungen Menschen Liebe zu Volk und Vaterland und Interesse für die Fragen des öffentlichen Lebens zu wecken. Es fehlten die Ideale, es fehlte weithin auch das Vorbild der Erwachsenen. Eine seit Jahrzehnten beobachtete Wachstums- und Reifungsbeschleunigung, deren letzte Ursache und Bedeutung noch nicht erkannt ist, hat eine erhebliche körperliche und seelische Labilisierung der Jugend zur Folge. All diese Notstände gemahnen nicht nur die Eltern unüberhörbar daran, dem ihnen von Gott gegebenen Auftrag zur Erziehung ihrer Kinder ernst und gewissenhaft nachzukommen. Sie konfrontieren auch den Politiker, der mit seiner Arbeit das Fundament des Staates von morgen legt, immer erneut, mit der Verpflichtung, an seinem Teil dazu beizutragen, daß die Erziehung junger Menschen zu verantwortungsfähigen und verantwortungsbewußten Gliedern der Gemeinschaft gewährleistet wird (Beifall). Im § 1 des Reichsjugend- und Wohlfahrtsgesetzes ist der Anspruch des Kindes auf eine solche Erziehung ausdrücklich verankert. Was diesem Zweck dient, soll der Politiker unterstützen, was hemmt und hindert, soll er ausräumen. Diese Grundsätze sind für uns maßgebend gewesen bei der Erarbeitung der beiden Jugendschutzgesetze im ersten Bundestag, des Gesetzes gegen jugendgefährdendes Schrifttum und des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit. Beide setzen in ihrer Konzeption eine intensive Mitarbeit der Erwachsenen ganz allgemein und der Erziehungsberechtigten im besonderen bei der Durchführung der Bestimmungen voraus. Leider sind wir in der Hoffnung auf diese Mitarbeit der Erwachsenen und der Erziehungsberechtigten manches Mal bitter enttäuscht worden.

Bei allen in den beiden Gesetzen behandelten Gebieten stoßen wir auf die Grenzen unserer Freiheit, aber auch auf die Grenzen staatlichen Eingreifens. Insbesondere auf dem geistig-kulturellen Gebiete (Film und Schrifttum) gilt wie auf keinem anderen das Prinzip des größtmöglichen mit dem Gemeinwohl zu vereinbarenden Ausmaßes der Freiheit. Aber der freie demokratische Staat verletzt andererseits seine Pflicht, wenn er die Ausbreitung des Wertindifferentismus und des Wertnihilismus mit ihren schädigenden Wirkungen auf die öffentliche Sittlichkeit dadurch gewähren läßt, daß er der geschäftlichen Spekulation auf gewisse Triebe des Menschen untätig zusieht (Beifall). Das Gesetz über jugendgefährdende Schriften ist in den verflossenen Jahren mit großer Zurückhaltung und sehr maßvoll praktiziert worden. Auf der anderen Seite muß leider festgestellt werden, daß bei uns heute Freiheit nur zu oft mit Bindungslosigkeit gleichgesetzt wird (Beifall). Nach unserer Überzeugung hat aber nur derjenige einen rechtmäßigen Anspruch auf Freiheit, der sich selbst in Zucht nimmt und das auch in seinem Wirken und Schaffen deutlich zu machen bestrebt ist (Beifall). Wir appellieren auch von dieser Stelle aus noch einmal dringend an das Verantwortungsbewußtsein aller derer, die es angeht, in der Presse, unter den Schriftstellern und Verlegern. Es ist weder rühmlich noch erfreulich für uns, wenn wir uns sagen lassen müssen, daß in der Sowjetzone die Jugend vor manchen üblen Publikationen besser bewahrt ist als bei uns in der Bundesrepublik. Der Bundesinnenminister hat mit Recht vor einigen Monaten darauf hingewiesen, daß eine freiwillige und funktionierende Selbstkontrolle auf dem Gebiet des Schrifttums

uns ebenso nötig wäre, wie wir sie auf dem Gebiet des Films bereits besitzen (Beifall). Einigen Auswüchsen des jugendgefährdenden Schrifttums werden wir im dritten Bundestag unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Ich denke da z. B. an die sogenannten Comic strips und ähnliche Reihen. Hier haben wir eine literarische Volksseuche des Bildschmökerunwesens vor uns, die die Jugend aufs schwerste gefährdet (Beifall).

Es wird zu prüfen sein, ob mit unserer Verfassung ein zusätzliches Verbot der Herstellung dieser Publikationen vereinbart ist, wie es in England 1955 bereits beschlossen wurde. Es wird ebenfalls notwendig sein, einige unerfreuliche Erscheinungen im Leihbüchereiwesen zu überprüfen. Im Bundesgebiet gibt es zur Zeit etwa 30 000 Leihbüchereien, von denen — wie die Vereinigung der Leihbuchhändlerverbände mitteilt — nur etwa 5000 ihren Verbänden angehören. Die übrigen werden meistens als Nebengewerbe geführt. Eine Flut von jugendgefährdenden Leihbüchern kommt auf diese Weise in den Handel, der man mit den Mitteln unseres Gesetzes einigermmaßen hilflos gegenübersteht.

Gleichfalls müssen wir im dritten Bundestag die unerwünschte Zusage von Werbeschriften jugendgefährdenden Inhalts unter Verbot stellen (Beifall). Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß Verbotsmaßnahmen allein nicht ausreichend sind. Viel wichtiger ist es, durch positive Maßnahmen, wie verstärkte Einrichtung von guten Jugendbüchereien und nachdrückliche Unterstützung guten Jugendschrifttums der Flut von Schmutz und Schund entgegenzuwirken (Beifall). Hinzu kommen muß dann allerdings noch eine wohlüberlegte, zielbewußte und nachhaltige Propaganda, auch unter der Elternschaft.

Bezüglich des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit hat sich in der Praxis gezeigt, daß oberste Landesjugendbehörden es in einigen Punkten nicht für ausreichend halten. Es richtet sich in seinen Schutzbestimmungen gegen drei Arten von schädigenden Einflüssen aus dem öffentlichen Raum: Film, Glücksspiel und Automaten. Auf diese drei Komplexe konzentriert sich auch die Novelle, die von Abgeordneten unserer Fraktion eingebracht wurde und in den Ausschüssen mittlerweile abschließend beraten ist. Die zur Debatte stehenden Abänderungen wurden in der Öffentlichkeit stark diskutiert, und gerade die mit Jugendpflege und Jugendfürsorge befaßten Organisationen bekundeten ihr großes Interesse für die Notwendigkeit einer Neuregelung. Trotz heftiger Angriffe seitens der Filmindustrie wurden nach harten Auseinandersetzungen im Ausschuß die Beschlüsse einstimmig gefaßt, und die Novelle wird in Kürze verabschiedet werden. Sie sieht die Erhöhung der Altersgrenze von 16 auf 18 Jahre vor (Beifall); Kindern unter 6 Jahren ist in Zukunft der Besuch von Filmen überhaupt untersagt (Beifall). Und schließlich ist eine andere Phaseneinteilung gewählt worden. Man wird in Zukunft drei Altersgruppen unterscheiden, und zwar von 6 bis 12, 12 bis 16 und 16 bis 18 Jahren. Werbevorprogramme und Beiprogramme dürfen in Zukunft nicht mehr zur Vorführung freigegeben werden, wenn sie die leibliche, seelische oder gesellschaftliche Tüchtigkeit von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen (Beifall). Auch bei diesem Gesetz würde die Übertretung sicherlich viel an Reiz verlieren, wenn mehr gute Jugendfilme gezeigt werden würden. Ihre Herstellung zu fördern soll uns ein besonderes

Anliegen sein. Erwähnen möchte ich noch beiläufig, daß der umstrittene Tanzparagraph im Jugendschutzgesetz auch abgeändert ist und der Besuch von Spielhallen verboten wird (Beifall).

Neben den Maßnahmen für den Jugendschutz haben wir den Förderungsmaßnahmen auf den verschiedensten Gebieten große Bedeutung zugemessen, die im Rahmen des Bundesjugendplans zusammengefaßt sind. Im Hamburger Programm 1953 forderten wir ausdrücklich die Bereitstellung wesentlich höherer Mittel für die hier zu bewältigenden Aufgaben. Sie sind in den Haushaltsberatungen in der letzten Woche für das kommende Haushaltsjahr mit 57 Millionen DM angesetzt worden. Wir haben seinerzeit mit nur 20 Millionen DM begonnen. Dadurch, daß der Bundesjugendplan sich gleichsam als Initialzündung für die vielfältigen Hilfs- und Förderungsmaßnahmen in den Ländern und Gemeinden bei den Verbänden der Jugendpflege und Jugendfürsorge und in der freien Wirtschaft auswirkte, sind in der Vergangenheit diese Mittel mindestens vervierfacht worden.

Dankenswerterweise hat das Bundesinnenministerium Ende Oktober vorigen Jahres einen Generalbericht über die Durchführung und die Ergebnisse von sieben Jahren Bundesjugendplan den Abgeordneten zugeleitet. Er zeigt, daß wir nach Kräften bemüht gewesen sind, der Jugendnot zu steuern. Nach dem vorliegenden Bericht sind 220 Millionen DM ausgegeben worden für Zwecke der sozialen Jugendhilfe und der Jugendbildung, und es wurden u. a. folgende Maßnahmen eingeleitet, die entscheidend zur Beseitigung der Jugendberufsnot beitrugen: Es konnten 800 Lehrlings- und Jugendwohnheime errichtet werden. In diesen Heimen und 600 weiteren, die ohne Bundeshilfe errichtet wurden, fanden 641 000 Lehrlinge und Jungarbeiter Aufnahme. Es sind 4600 berufsfördernde Einrichtungen, wie Grundausbildungslehrgänge, Lehrwerkstätten usw., errichtet worden.

Auf dem Gebiete der Bildung und Erziehung wurden Kurse und Seminare für politische Bildung eingerichtet. Internationale Begegnungstreffen, Fahrten und Aufbaulager wurden durchgeführt. Es wurde der Bau von 140 Jugendherbergen, zentralen Jugendhäusern und Bildungstätten gefördert. 480 Jugendbibliotheken, Jugendabteilungen in allgemeinen Volksbibliotheken und Büchereien in Heimen und Bildungstätten wurden unterstützt. 89 Studentenwohnheime wurden errichtet. Die Hochschulrektorenkonferenz in Münster äußerte sich 1955 über den Wert der damals insgesamt 260 Studentenwohnheime folgendermaßen: „Die Institution bietet eine einzigartige Möglichkeit für das Zusammenleben von Dozenten und Studenten. Die Aufgabe der Hochschule wird es sein, im Zusammenwirken mit der Selbstverwaltung und den Trägern der Heime ein Klima zu schaffen, in dem eine akademische Form der staatsbürgerlichen Bildung im weitesten Sinne gedeihen kann.“

Ferner wurden 200 000 zusätzliche Plätze für die Erholung von Kindern und Jugendlichen geschaffen. Über 100 000 Jugendliche aus Berlin kamen zu Fahrten in die Bundesrepublik. Mindestens die gleiche Zahl von jugendlichen Wanderern und Teilnehmern am Begegnungstreffen aus der Sowjetzone haben eine Förderung erhalten. Jeder vierte Jugendliche aus der Zone nimmt an den mit Hilfe des Bundesjugendplans geschaffenen Eingliederungsmaßnahmen teil.

Der aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik kommenden Jugend

gilt — wie es auch klar aus unserem Hamburger Manifest von 1953 hervorgeht — unsere besondere Sorge. Wir freuen uns, daß durch den Beschluß der Kultusministerkonferenz vom Mai 1956 eine Lösung in der Frage der Anerkennung der Abschluszeugnisse der „Arbeiter- und Bauernfakultät“ gefunden wurde. Dadurch konnte eine noch bestehende Lücke in der Unterbringung geschlossen werden, nachdem schon seit geraumer Zeit die Möglichkeit bestand, nach Absolvierung eines Sonderlehrganges die Reifeprüfung in der Bundesrepublik zu machen. Ein Fortschritt ist es, daß sich für die Flüchtlingsstudenten aus der Sowjetzone die Förderungsdauer von zwei auf drei Semester erweitert hat, und daß auch die aus der Zone herübergekommenen Oberschüler die gleiche Vergünstigung haben.

Die Problematik unseres gespaltenen Vaterlandes lastet je länger je mehr auf uns, da gerade die Jugend sich auseinanderzuleben droht. Wir müssen daher alles tun, um dieser Gefahr zu begegnen (Beifall). Wir begrüßen es sehr, daß im verflossenen Jahr die Jugendbegegnungen zwischen jungen Menschen aus dem Bundesgebiet und Jugendlichen aus der Zone erheblich zugenommen haben. Eine große Anzahl von Jugendfreizeiten wurde durch die Verbände durchgeführt, an denen Jugendliche aus der Zone teilnahmen. Wir fordern, daß auch im neuen Bundesjugendplan Möglichkeiten zu verstärktem Austausch gegeben werden. Was uns innerlich belastet, ist die Erfahrung, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl jugendlicher Sowjetzonenflüchtlinge der Bundesrepublik wieder den Rücken kehrt. Wir sollten uns fragen, ob hier nicht bei uns ein Versagen vorliegt (Beifall). Es ist nicht damit getan, daß wir den jungen Menschen einen Arbeitsplatz und eine Unterkunft verschaffen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist für viele von ihnen nicht das Entscheidende. Was sie suchen, sind die menschlichen Kontakte (Beifall), die ihnen helfen, die verwirrenden Eindrücke der so ganz andersartigen Welt zu verarbeiten. Sie erwarten menschliche Wärme und Liebe von uns, eine Begegnung mit unseren Familien. Hier gilt es, ein Stück Wiedervereinigung schon jetzt zu bewältigen (Beifall). Neben den gesamtdeutschen Begegnungen befürworten wir sehr stark auch solche auf europäischer Ebene. Die Jugend, die nicht von Resentiments belastet ist wie die ältere Generation, ist sehr aufgeschlossen für den europäischen Gedanken. Der Austausch von Jungarbeitern, Schülern und Studenten sollte das europäische Bewußtsein der Jugend stärken; die persönlichen Beziehungen sollten in Jugendgemeinschaftsdiensten und internationalen Studientagungen vertieft werden. Europa wird gewiß nicht in erster Linie durch Verträge gebaut, sondern durch die persönlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch (Beifall), und die sollten wir gerade in der Jugend fördern.

Als weiteren Schwerpunkt in der Arbeit des Bundesjugendplans für die nächsten Jahre möchte ich die staatsbürgerliche Bildung der jungen Menschen nennen. Wir verstehen darunter einmal eine Wissensbildung über die Fragen des Staates, der Gemeinde und der Gesellschaft und zum anderen eine Gewissensbildung im Sinne eines sozialen und politischen Verantwortungsbewußtseins, ferner die Erziehung zur Zusammenarbeit der Staatsbürger und endlich die Heranführung zur praktischen, sozialen und politischen Mitarbeit in Gemeinde, Staat und Gesellschaft (Beifall).

Das Interesse wäre in örtlichen Veranstaltungen zu wecken, in Aussprachen mit Politikern, durch Besuche der Parlamente und Ähnliches mehr. Es wäre gut, wenn die Jugendlichen z. B. auch angeleitet würden, damit zu beginnen, eine Zeitung zu lesen oder sinnvoll Radio zu hören. In den Bereich dieser staatsbürgerlichen Bildung gehören auch Kurse zur Heranbildung besonders interessierter junger Leute. Die ganze Arbeit ist primär als Ergänzung zur Arbeit der Schule gedacht.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Entwicklung unserer Wirtschaft über kurz oder lang zu einer Verkürzung der Arbeitszeit auch für die jungen Menschen führen wird, halten wir es ferner für sehr dringlich, daß die Errichtung und Ausstattung von Einrichtungen für die Freizeitpflege überlegt und durchgeführt wird. Wir begrüßen es dankbar, daß die Kirchen diesem gerade auch für die innere Erneuerung der Familie so wichtigen Problem soviel Aufmerksamkeit zuwenden; denn wir wissen sehr wohl, daß, wenn nicht mit den materiellen Hilfestellungen, die wir als Politiker leisten können, eine innere Erneuerung der Familie Hand in Hand geht, alle unsere Arbeit mehr oder weniger umsonst ist (Beifall). Es wird entscheidend sein, ob es gelingt, die Freizeit nicht nur der körperlichen Erholung nutzbar zu machen, sondern auch der Hinwendung zu den immateriellen Werten und Kräften, die nach unserer Meinung dieses Leben erst lebenswert machen. Richtige Freizeitgestaltung bedeutet Persönlichkeitsbildung. Der ideale Rahmen für sie ist nach unserer Meinung die Familie. Sicherlich verfügt diese aber noch nicht überall wieder über ausreichenden Raum und ausreichende Anregung für eine sinnvolle Verwendung der Freizeit, ganz abgesehen davon, daß es ja auch ganz natürlich ist, daß der junge Mensch gern mit seinen Altersgenossen zusammen ist.

Hier gilt es, dafür zu sorgen, daß er nicht gewissen Zweigen der Vergnügungsindustrie in die Hände fällt. Man sollte die heute vorhandenen Freizeiteinrichtungen verdoppeln; außerdem muß die größere Freizeit anders als durch bloßen Zeitvertreib ausgefüllt werden. Sie muß mehr und mehr zu einer echten Bildungsmöglichkeit werden. Zu all dem ist erforderlich, daß Einrichtungen, wie Spiel- und Sportplätze, geschaffen, Turnhallen gebaut, Jugendheime, Klubräume und Jugendbibliotheken eingerichtet werden. Von entscheidender Bedeutung wird es in diesem Zusammenhang auch sein, Jugenderzieher in großem Umfange heranzuziehen und auszubilden, und zwar sowohl ehrenamtlich, wie hauptberuflich tätige. Soweit sie hauptamtlich tätig sind, sollte man sie ihrer großen Verantwortung entsprechend besser bezahlen, als das bisher geschieht (Beifall).

Ein weiterer Schwerpunkt des Bundesjugendplanes mußte nach unserer Meinung die Schaffung bzw. der Ausbau besonderer Bildungseinrichtungen für Mädchen zur Vorbereitung auf ihre Aufgaben in Ehe und Familie sein (Beifall). Wir würden es begrüßen, wenn zur Verwirklichung dieser Bestrebungen auf Bundesebene Maßnahmen gefördert würden mit der Zielsetzung einer pädagogischen und hauswirtschaftlichen Grundausbildung sowie einer Fachausbildung in der Hauswirtschaft und in sozial-pädagogischen und erzieherischen Berufen. Es muß ferner beachtet werden, daß heute vielfach junge Mädchen in Berufen sind, die entweder in keinem Zusammenhang mit der weiblichen Psyche oder sogar im Widerspruch zu ihr stehen. Hier sind berufsbegleitende

Maßnahmen notwendig, die seelische oder charakterliche Schäden der Lehrlinge oder Anlernlinge ausschließen und diese vorbereiten auf ihre zukünftigen Aufgaben in Ehe und Familie. Ich möchte am Rande erwähnen, daß alle diese Fragen, die junge Mädchen betreffen, im vergangenen Jahre auf einer Sachverständigenkonferenz der Westeuropäischen Union eine Woche lang eingehend erörtert worden sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch auf eine Einrichtung hinweisen, die sich offenbar eines wachsenden Zuspruchs erfreut und meiner Meinung nach aus Mitteln des Bundesjugendplanes gefördert werden sollte. Ich meine die Pflegevorschulen. Mit diesem Namen werden die Ausbildungsstätten bezeichnet, die die Zeit vom 14. bis zum 18. Lebensjahr für die jungen Mädchen überbrücken helfen sollen. Sie geben den Schülerinnen während der dreijährigen Ausbildung eine gründliche theoretische und praktische Ausbildung in der Hauswirtschaft, führen sie in Kranken-, Kinder- und Säuglingspflege ein und versuchen, die Allgemeinbildung zu heben. Die jungen Mädchen können anschließend in die staatlichen Ausbildungsstätten für Kranken- und Säuglingspflegerinnen und auch in sonstige sozial-pflegerische Berufe und bringen eine gute Vorbildung mit. Wenn sie eine Familie gründen wollen, sind sie befähigt, gute Hausfrauen und Mütter zu werden, und die brauchen wir (Beifall).

Eine Forderung unseres Programms aus dem Jahre 1953 ist unerfüllt geblieben: die Verabschiedung eines Jugendarbeitsschutzgesetzes. Zwar ist von der Bundesregierung nach langen Verhandlungen mit den Fachverbänden im März d. J. ein Entwurf vorgelegt worden, nachdem bereits im Oktober 1956 ein Initiativgesetz von der SPD eingebracht wurde. Die Beratungen über das Jugendarbeitsschutzgesetz haben begonnen. Es ist wegen der Kürze der Zeit leider nicht damit zu rechnen, daß es noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Wir werden uns aber dafür einsetzen, daß dieses Gesetz, das sehr viele Probleme zu lösen hat, im neuen Bundestag alsbald abschließend bearbeitet wird. Als eine ganz besonders wichtige Aufgabe der Jugendpolitik für die kommenden Jahre möchte ich die Nachwuchsförderung und hier vor allem die Studienförderung nennen. Sie ist seit geraumer Zeit zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit getreten, da sich der Mangel an Nachwuchskräften in den verschiedensten Berufen sehr stark bemerkbar macht. Die Nachfrage steigert sich von Jahr zu Jahr. Der Mangel ist besonders groß in den technischen Berufen, und die Ziffern, die hier vor allem im Vergleich zur Sowjetunion genannt werden, können in der Tat im Hinblick auf die Aufgaben, vor die uns die rapide Entwicklung der Technik mit ihrer weitgehenden Spezialisierung stellt, alarmierend wirken. Bereits im Jahre 1955 ist das Problem der Studienförderung Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Ein Vorschlag des sozialistischen Studentenbundes, der auf die Einführung eines Studienhonorars hinauslief, verfiel allgemeiner Ablehnung. Professor Wenke, Tübingen, setzte sich im Juli 1955 mit dieser Forderung auseinander und führte dazu aus: „Dieses Programm einer unterschiedslosen Förderung des Studiums durch die öffentliche Hand wird einmal mit dem Interesse des Staates an der akademischen Bildung begründet und zum anderen damit, daß jeder Studierende den gleichen Anspruch auf Vergütung habe wie jeder Lehrling.“ Auf diese Weise — so meinte

Wenke sehr richtig — würde der Staat zum Arbeitgeber, und zwangsläufige Folge wäre ein unerträglicher Prüfungsmechanismus, der das Studium jeder inneren Freiheit berauben würde (Beifall).

Im Herbst 1955 wurden von der Hochschulrektorenkonferenz in Honnef bemerkenswerte Vorschläge unterbreitet, und unter Mitwirkung von Vertretern des Bundesinnenministeriums und der in Frage kommenden Studentenverbände wurde das Modell einer hochschulgerechten Förderung entwickelt, das von den Ländern angenommen wurde. Dieses Honnefer Modell sieht eine Förderung in drei Etappen vor: Die Anfangsförderung ist für Studenten des ersten bis dritten Semesters gedacht und erstreckt sich nur auf die Semester-Monate, da eine Werkarbeit in den Ferien während dieser Zeit durchaus zumutbar erscheint; die Hauptförderung, die sich auf 4 bis etwa 7 Semester erstreckt, ist für Semester und Ferienmonate gedacht und setzt den Studenten in die Lage, sich seinem Studium intensiv zu widmen; die End- oder Examensförderung sieht sowohl Hergabe von Stipendien wie auch von Darlehen vor. Wir haben uns sehr eingehend mit der Frage der Studienförderung befaßt und legen großen Wert darauf, daß hier Durchgreifendes, und zwar möglichst schnell, geschieht (Beifall). Wir wissen, unter welch schweren Bedingungen ein großer Prozentsatz begabter Studierender seine Studien durchführt, und haben es bedauert, daß nicht schon früher noch mehr Mittel für die Stipendienzwecke flüssig gemacht werden konnten, als es tatsächlich geschehen ist. Wir sehen aber in dem Honnefer Modell einen gangbaren Weg.

Die Förderung nach dem Honnefer Modell geht von dem Begriff der Würdigkeit und Bedürftigkeit des Studenten aus, versteht sich aber weder als Hochbegabtenförderung noch als schematische Studentenförderung ohne persönliches Risiko. Es wird damit gerechnet, daß etwa 50 Prozent der Studenten unter dieses Modell fallen werden. Die sehr unterschiedlichen Zahlenangaben sind vor allem darauf zurückzuführen, daß noch keine exakten Berechnungen vorliegen, weil noch keine Erfahrungen gesammelt werden konnten, und zum anderen ein Teil der Studentenvertretungen das gesamte Modell auf einmal beginnen lassen möchte, während wir in Übereinstimmung mit der Rektorenkonferenz einen stufenweisen zu vollziehenden Ausbau der Förderung für wünschenswert halten würden. Hinter dieser Diskussion standen aber für uns alle jene Überlegungen, die Herr Präsident Gerstenmaier in seiner Eröffnungsrede bereits angesprochen hat. Ich betone nochmals ausdrücklich, daß es uns nicht um eine schematische Förderung etwa im Sinne des ostzonalen Studentenhonorars geht. Wir legen Wert darauf, daß zunächst einmal Erfahrungen gesammelt werden, d. h., daß gerade von den Universitäten aus ein Verfahren entwickelt wird, das der Feststellung, welche Studenten bedürftig und förderungswürdig sind, angepaßt ist als die bisherige Praxis der Fleißprüfungen, die eine starke Belastung der Professoren und Dozenten darstellen. Wir haben gerade unter diesen Gesichtspunkten sehr ausgiebige Erörterungen darüber gepflogen, in welcher Form die Förderungsbeiträge gegeben werden sollten. Das Kuratorium des Deutschen Studentenwerks hat hier bereits Richtlinien nach dem Honnefer Modell ausgearbeitet, die auch uns als Unterlagen dienen könnten. Dabei ist vorgesehen, eine Anfangsförderung für die ersten drei Semester mit einem Richtsatz

von monatlich 150 DM nur während der Vorlesungsmonate und eine Hauptförderung mit einem Richtsatz von monatlich 200 DM.

Inzwischen sind in dem neuen Bundeshaushalt 30 Millionen DM für Studienförderung an wissenschaftlichen Hochschulen eingesetzt worden. Diese Mittel werden zusätzlich zu den bisherigen Hilfen des Bundes und vor allem der Länder gegeben. Die SPD beantragte insgesamt 113 Millionen aus ausschließlich propagandistischen Gründen. Ich nenne das ausschließlich Propaganda, weil sich bereits seit langem sowohl bei dem größten Teil der Professoren wie auch bei den Vertretern der Studentenschaften die Überzeugung durchgesetzt hatte, daß ein Betrag in solcher Höhe überhaupt nicht sinnvoll, geschweige denn verantwortungsvoll sich hätte verteilen lassen. Wir sind überzeugt, daß die im Bundeshaushalt vorgesehenen 30 Millionen DM, wenn sie in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium des Deutschen Studentenwerkes sinn- und zweckvoll verteilt werden, ein entscheidender Schritt sind, den wir jederzeit vor uns selbst und vor der deutschen Öffentlichkeit verantworten können (Beifall).

Es geht uns aber nicht nur um eine Förderung der Studierenden an den Hochschulen, sondern um eine Begabtenförderung in allen Berufen und Schularten (Beifall). Wir müssen auf diesem Gebiet wieder in die vordere Reihe in der Welt einrücken, und wir dürfen hoffen, daß, wenn einmal alle begabten Jugendlichen in voller Ausbildung stehen — in der Lehrwerkstatt, der Fachschule, der Abendschule, der Ingenieurschule oder der Hochschule — sie dann nicht mehr, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, zu jenen Demonstrationen Zuflucht zu nehmen brauchen, die wir in der Vergangenheit so sehr bedauert haben.

Wir haben Vertrauen zu unserer Jugend. Wir möchten durch unsere politische Arbeit den jungen Menschen in unserem Volk dazu helfen, daß sie gesund an Leib, Seele und Geist in innerer und äußerer Freiheit sich entfalten können und heranreifen zu einsatzfreudigen und verantwortungsbewußten Staatsbürgern. Dann sind sie unsere Sicherheit für morgen! (Beifall.)

Vorsitzende Frau Jochmus:

Verehrte Frau Dr. Rehling! Der sehr lebhafte Beifall jetzt und auch schon zwischen Ihren Ausführungen, die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die Versammlung Ihrer Rede gefolgt ist, zeigt, wie sehr es Ihnen gelungen ist, mit Ihren packenden Darlegungen das Interesse der Versammlung zu gewinnen und wie sehr Ihre Forderungen auch aus dem Herzen gesprochen waren. Wir danken Ihnen sehr für Ihre Rede (Beifall).

Wir kommen nun zur

Aussprache

Herr Stingl, Berlin:

Ich stehe vor Ihnen im Auftrag eines Kreises, der sich längere Zeit schon mit den Problemen beschäftigt, die die Partei in Angriff nehmen muß, wenn sie in der nächsten Legislaturperiode eine Jugendpolitik betreiben will, die dem Verlangen der Jugend wirklich gerecht wird. Es ist mir eine Freude, sagen zu können, daß ich Sie nicht mit langen Ausführungen werde langweilen müssen, weil schon Frau Dr. Rehling gesagt hat, worauf es uns ankommt. Es wird meine Auf-

gabe sein, lediglich für diese Menschen, die sich um die Dinge bemüht haben — es sind Freunde aus der Jungen Union und aus den freien Jugendverbänden — sozusagen noch einige Lichter dem Ganzen aufzusetzen.

Das Thema unseres Parteitages beschäftigt sich im wesentlichen damit, wie sehr wir es immer wieder zu tun haben mit dem Ringen um das rechte Maß zwischen der Freiheit und Würde des einzelnen und der Verpflichtung gegenüber dem anderen. Wir sind der Meinung, daß wir diese Ordnung in unserem Staatswesen so bauen müssen, daß die Würde des Menschen gewahrt bleibt, und wir müssen dem entgegentreten, daß die Entpersönlichung im Kollektiv schon in der Jugend in Angriff genommen wird und schon der Entwicklung der Jugend diese Gefahr zugrunde liegt. Die Würde des Menschen zeigt sich ja vor allem darin, daß er nicht nur da ist, zu fordern und daß andere ihm geben, sondern daß ihm bewußt bleibt, daß alles, was er für sich verlangt, erst anderen weggenommen werden muß. Trotzdem müssen wir natürlich beachten, daß es eine Verpflichtung des Staates gibt, zu helfen, und daß es eine Verpflichtung des Staates bleibt, den jungen Menschen Gelegenheit zu geben, in diese staatliche Ordnung als freie selbstverantwortliche Menschen hineinzuwachsen.

So bin ich besonders dankbar dafür, Frau Dr. Rehling, daß Sie mit solchem Eindruck das genannt haben, was im Bundesjugendplan getan und dabei in Angriff genommen wurde. Ich glaube, wir können mit Stolz darauf hinweisen, daß gerade durch den Bundesjugendplan eben nicht schematisch eine Staatsjugend geschaffen oder jeder einzelne in eine Organisation hineingezwängt wurde, sondern daß gerade dieser Jugendplan, wie Sie es ausführten, zur Folge hat, daß er nur die Initialzündung war, in eigener Verantwortung etwa das Vierfache aufzubringen und bereitzustellen.

Wir müssen, sagte ich vorhin, die jungen Menschen in ihrem Hineinwachsen zur Persönlichkeit fördern, und wir müssen in ihnen schon von Anfang an die Selbstverantwortung, die Fähigkeit zur Verantwortung fördern. Das können wir nicht nur durch eigene Gesetze, die da angesprochen wurden, wir können es nicht nur dadurch, daß wir die nötige Überprüfung der Gesetze auf ihren pädagogischen Gehalt vornehmen, sondern meine Freunde wollen dafür sorgen, daß alle Gesetze, die wir jeweils in Angriff nehmen, auch auf die Jugend abgestellt sind, auch der Jugend immer wieder klarmachen, daß sie Verantwortung trägt, wenn sie Früchte ernten will, und daß sie geben muß, wenn sie später fordern will. Das gilt auch für das Jugendarbeitsschutzgesetz, von dem wir wünschen dürfen, daß es im Interesse der Jugend möglichst bald doch noch zu Ende beraten wird. Ich kann mich auch hier nur voll dem anschließen, was Frau Dr. Rehling vorhin gesagt hat.

Lassen Sie mich zur Studentenförderung noch eins zusätzlich sagen, und darauf hinweisen, daß wir nicht dabei bleiben können, daß die Beihilfen für die Studenten durch die verschiedensten Gremien nach unterschiedlichen Grundsätzen verteilt werden.

Dann die Frage der Berufsfindung. Sie bezieht sich ja nicht nur auf die Studenten, sondern auf jeden einzelnen. Zur Persönlichkeit gehört es ja auch, daß der Beruf ihm nicht nur eine Stelle des Geldverdienens

ist, sondern der Entfaltung der Persönlichkeit dienen soll. Wir glauben, daß dafür noch einiges getan werden muß. Wir glauben auch, daß z. B. die Berufsberatung noch einiger Ausweitung bedarf. Wir meinen auch, daß wir hier alle insbesondere Aufgaben erfüllen müssen, die neu entstanden sind im Zusammenhang mit Flüchtlingen aus unserem eigenen Land und aus fremden Ländern. Wir müssen da sein für sie und ihnen immerwieder alles geben, daß auch sie ihre nationale Eigenart sich bewahren können.

Die Selbstverantwortung, die wir von der Jugend fordern, müssen wir bei ihr fördern. Wir müssen sie fähig machen, die Aufgaben zu erkennen, die es notwendigerweise in der Demokratie zu bedenken gibt. Wir müssen die Persönlichkeitsbildung mehr als bisher fördern, nicht dadurch, daß wir ihnen einfach irgendwelche Bildungsarten als Zwang auferlegen, sondern daß wir klarmachen, daß Persönlichkeitsbildung, genaues Erfassen der Zusammenhänge jeweils nur erfolgen kann im Blick auf das Ganze. Wir müssen dazu der Einrichtung von geeigneten Bildungsstätten mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. Wir sollten auch nicht verkennen, daß wesentlich zur Persönlichkeitsbildung die sinnvolle Freizeitpflege ist. Nicht eine Pflege der Freizeit, die zur Freizeitgestaltung wird, sondern eine Freizeit, in der der einzelne junge Mensch seine eigenen ihm zugemessenen Begabungen pflegen, sie entwickeln kann und damit im ganzen zur Reife und Eigenständigkeit kommen kann (Beifall).

Die Freizeitpflege verlangt die Vielfalt. Diese Freizeitpflege in der Vielfalt möchten wir auch denen wünschen, denen wir immer wieder sagen, daß sie Staatsbürger in Uniform seien. Wir müssen größten Wert darauf legen, auch für die Soldaten die geeigneten kulturellen und sonstigen Möglichkeiten zu schaffen, sie in ihrer Persönlichkeit wachsen und sie reifen zu lassen (Beifall). Dazu gehört auch die Förderung des Sports. Wir sollten hier den Wert des Sports nicht unterschätzen, wenn wir auch seine Übersteigerung zum Selbstzweck nicht bejahen.

Wir können eine verantwortungsvolle Jugendpolitik und Familienpolitik an ihrer Grenze und an ihren Berührungspunkten nicht außer acht lassen. Wir müssen beachten, daß es notwendig ist, die Gründung junger Familien vom Staat her zu fördern. Wir müssen ihnen auf steuerlichem Gebiet durch Hilfen möglichst frühzeitig das Argument, das man sehr häufig hört, wegnehmen, man habe keine Möglichkeit, Kinder zu haben in jungen Jahren. Wir von der Christlich Demokratischen Union müssen Wert darauf legen, daß insbesondere der jungen Familie mehr als bisher Möglichkeiten und Anreiz zum Sparen gegeben werden, daß ihr Kredithilfe und vor allem Begünstigungen im Wohnungsbau gewährt werden. Wir wollen dabei nicht verkennen, daß die heutige Situation bei den Entlohnungsgrundsätzen es häufig schwierig macht, in einer jungen Familie das zu tun, was notwendig ist, nämlich aus dem Gehalt und dem Lohn des Mannes die Familie zu ernähren und daß eine sinnvolle Kindererziehung unter Verantwortung der Mutter gewährleistet werden kann. Hier darf ich bemerken, daß wir eine Überprüfung der Entlohnungsgrundsätze zugunsten einer Besserstellung in jüngeren Jahren, vielleicht ganz besonders im Beamtenrecht, doch für sehr wünschenswert halten.

Mögen das Referat von Frau Dr. Rehling und vielleicht auch meine Ausführungen dazu beigetragen haben, zu zeigen, daß diese Partei, die ja auch an Jahren noch nicht sehr alt ist, nicht nur jung ist, sondern daß sie neben und mit ihrem großen alten Mann eine junge Mannschaft hat und daß die staatliche Ordnung christlicher Prägung dann aber auch von der Jugend bejaht werden kann und daß damit diese staatliche christlich geprägte Ordnung Bestand hat (Beifall).

Herr Otto Malzahn:

In die Nachfolge des soeben gehörten Referats der Frau Dr. Rehling „Familie und Jugend — Sicherheit für morgen“ paßt ganz besonders das, was ich Ihnen zu sagen habe. Bitte, verwenden Sie recht verständnisvoll die Aufmerksamkeit auf ein paar Worte über ein wahrhaft entsetzliches Problem unserer Zeit, nämlich die Vernichtung keimenden Lebens. Das ist kein kriminalistisches Problem; sondern ein wirtschaftliches. Hunderttausende sind es in jedem Jahr allein in unserem kleinen Deutschland, die vorsätzlich bereits ermordet werden, bevor sie das Licht dieser Welt überhaupt zum erstenmal gesehen haben. Auf die wirtschaftlichen und in der Hauptsache die psychologischen Gründe dieses unseligen Tuns näher einzugehen, würde zu weit führen. Vorschläge hätte ich allerdings zu machen. Ich bin auch gerade dabei, ein gesellschaftskritisches Buch mit diesem Grundthema zu schreiben. Ich möchte anregen — und das ist ein Herzensbedürfnis, liebe Parteifreunde —, daß es unsere große göttliche Pflicht als Christenmenschen wie als Mitglieder einer regierenden Partei ist, an die Erhaltung bereits von Gott gewollten Lebens genausoviel Mühe zu verwenden wie z. B. auf die Rückführung von Deutschen aus Rußland. Zahlenmäßig ist das von mir angeschnittene Problem sogar noch viel größer, doch leider ebenso ungleich viel vergessener. Ich bitte darum jeden, der sich berufen fühlt, zusammen daran zu arbeiten und vieles zu tun, um im Sinne Albert Schweitzers dessen großes Wort viel mehr in das Bewußtsein der Menschen zu bringen: Ehrfurcht vor dem Leben. Ich danke sehr (Beifall).

Vorsitzende Frau Jochmus:

Herr Malzahn, es ist in Ihrem Interesse, wenn ich die Bundestagsfraktion bitte, sich dieses brennenden Themas anzunehmen. Als nächster bat ums Wort

Herr Hauser:

Das ausgezeichnete Referat von Frau Dr. Rehling hat uns, glaube ich, allenthalben bewiesen, daß die Bundestagsfraktion der CDU es mit der Aufgabe der Familienerhaltung und der Jugendförderung ernstgenommen hat. Aber, ich meine, es wäre vielleicht nicht abwegig, wenn aus unberufenem Mund, nämlich aus der Jugend selbst, diese Tatsache hier auf dem Parteitag noch einmal besonders festgestellt werden würde. Ich glaube, die Auswirkungen beispielsweise des Bundesjugendplans, die wir ja in unserer praktischen Jugendarbeit in den Gruppen der freien Jugendpflegeverbände, sei es die katholische oder die evangelische Jugend, tagtäglich zu spüren bekommen, sind so segensreich, daß diese Arbeit unter allen Umständen und in verstärktem Maße fortgesetzt werden sollte. Das gleiche gilt auch für die Landesjugendpläne, die ja von unserer Partei in erster Linie gefördert

worden sind. Wenn ich beispielsweise an das Werk des Herrn Ministerpräsidenten Arnold in Nordrhein-Westfalen denke, so hat sich gezeigt, daß der Regierungswechsel sich hier nicht fruchtbar ausgewirkt hat. Der neue Landesjugendplan wird jedenfalls von den freien Jugendpflegeverbänden erheblich negativer beurteilt als die bisherigen.

Ich wollte aber im Zusammenhang mit der Familienpflege noch auf ein Problem zu sprechen kommen, das m. E. auch eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Es gibt das Sprichwort, daß das Leben teuer sei und das Sterben auch. Nun ist aber nicht nur das Leben teuer, sondern auch das Geborenwerden. Und wenn schon darauf hingewiesen worden ist, daß eine gewisse Furcht vor dem Gebären von Kindern besteht, dann, glaube ich, hat das neben allen ethischen Gründen auch noch zwei spezielle wirtschaftliche Gründe: Einmal die nicht unerheblichen Geburtskosten, die man auf etwa 1000 DM im Schnitt beziffern kann, und zweitens die Tatsache, daß die meisten Mütter, vor allem die jungen, heute in der schwierigen Situation stehen, sich ihrer Familie widmen zu müssen — evtl. bereits vorhandene Kinder — und dadurch nicht zu der ihnen notwendigen Erholung kommen. Nun ist das Müttergenesungswerk eine gute Sache. Aber wir müssen es so weit ausbauen können, daß jede Mutter im Anschluß an die Geburt die ihr zustehende Erholung mit Hilfe des Genesungswerks erhalten kann (Beifall).

Es wäre auch zu überlegen, ob man auf dem Wege einer staatlichen Unterstützung, wie sie ja beispielsweise durch die Familienausgleichskassen gegeben wird, da auch zu den Geburtskosten beitragen könnte, wo dies nicht ohnehin bereits geschieht. Die Krankenkassen zahlen nur einen sehr kleinen Prozentsatz. Ist jemand Beamter, so hat er Glück; denn dann hat er vielleicht die Möglichkeit, im Wege der Notstandsbeihilfe, eine sehr soziale Einrichtung, eine Hilfe zu bekommen. Aber das gilt ja nicht für die breite Masse. Auch da sollte etwas geschehen (Beifall).

Vorsitzende Frau Jochmus:

schließt die Sitzung, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Fünfter Tag: Mittwoch, 15. Mai 1957

6. Plenarsitzung

Vorsitzender Bundesminister Lemmer:

eröffnet die Vormittagssitzung, zugleich die Schlußsitzung des Parteitages:

Ich habe von einem Antrag Kenntnis zu geben, der zweifellos ohne formale Abstimmung vom Parteitag gebilligt werden dürfte. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag beauftragt den Bundesvorstand, alsbald eine Kommission einzusetzen, die alle mit der Bildung von Eigentum in breiter Hand zusammenhängenden Fragen untersucht, koordiniert und der Lösung zuführt.“

Es handelt sich um die Ausführung der vortrefflichen Gedanken, die wir gestern im Referat unseres Freundes Arnold gehört haben (lebhafter Beifall).

Ich danke Ihnen. Dann habe ich noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission zu geben, obwohl nach menschlichem Ermessen Abstimmungen mit dieser oder jener knappen Mehrheit für den weiteren Verlauf des Parteitages kaum noch zu erwarten sind. Es muß aber den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung Rechnung getragen werden.

Die Entsendung von Delegierten regelt sich bekanntlich nach § 4 des Statuts. Mitteilung an die Landesverbände über die jeweils zustehende Delegiertenzahl erging durch die Bundesgeschäftsstelle am 25. Februar. Die Grundlage für die Delegierung auf Grund von Mitgliederzahlen ist der Mitgliederstand vom 31. Dezember 1956. Die Prüfung hat folgendes Ergebnis: Die Meldung der Delegierten durch die Landesverbände ist ordnungsgemäß erfolgt. Hierzu lag der Einspruch einer Ortsgruppe des Landesverbandes Saar vor, dem sich die Mandatsprüfungskommission jedoch nicht anschließen konnte. Die Landesverbände haben sich überzeugen können, daß die Ausweise gemäß ihrer Meldung ordnungsgemäß ausgestellt und ausgegeben worden sind. Das Soll der Delegiertenzahl beträgt 481, die Istdelegiertenzahl 450. Damit wären die Formalien für die Schlußsitzung des Parteitages erledigt. Ich darf nunmehr dem Parteivorsitzenden, dem Herrn Bundeskanzler, für sein Schlußwort das Wort erteilen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Die Entscheidung dieses Jahres

Meine verehrten Parteifreunde!

Wir stehen am Ende einer Tagung des Parteitages, die mit Arbeit außerordentlich erfüllt war. Die Arbeit spielt sich ja nicht nur in diesem Raum hier ab, sie spielt sich auch ab in besonderen Besprechungen und sie spielt sich weiter ab in Aussprachen der einzelnen leitenden Persönlichkeiten untereinander. Ich glaube, Ihnen sagen zu können, daß ich nicht nur unterrichtet bin über das, was in diesem Raume vor sich gegangen ist. Ich habe allen Referaten beigewohnt, auch der Diskussion, mit einer einzigen Ausnahme; es war mir zu meinem großen Bedauern unmöglich, gestern bei dem Referat von Frau Rehling hier anwesend zu sein, weil ich mich für die Rede in der Ernst-Merck-Halle etwas vorbereiten mußte, nachdem ich bis 17 Uhr in anderen Verhandlungen gewesen war. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte das, was ich da gesagt habe, sofort benutzen, um eines herauszustellen:

Die Interessen der Frau, und zwar die wohlverstandenen Interessen der Frau — der jungen Mädchen sowohl wie der verheirateten Frauen — liegen uns ganz besonders am Herzen (Beifall). Wir wissen, daß die Tätigkeit der Frau und der Mutter für die Erziehung der Jugend ganz unentbehrlich ist, und darum werden wir bei allen Maßnahmen, die dieses Gebiet irgendwie berühren, an diese große Aufgabe der Frau für die Erziehung der kommenden Generation immer denken. Ich möchte den Frauen unserer Partei herzlich dafür danken, daß sie neben ihrer ständigen Arbeit auch das politische Interesse aufbringen. Die Frau muß in der heutigen Zeit auch politische Interessen haben, und deswegen freue ich mich, daß insbesondere auch in der

Jungen Union viele junge weibliche Kräfte sind, die sich der politischen Aufgabe mit Freude unterziehen.

Meine Freunde! Es konnten auf einem solchen Parteitag nicht alle uns beschäftigenden Fragen dargelegt werden. Dazu hätten die wenigen Tage, die uns zur Verfügung standen, bei weitem nicht ausgereicht. Aber wenn wir zu allen diesen Fragen nicht in besonderen Referaten unsere Stellungnahme bezogen haben, so waren doch auch diese Fragen nicht vergessen. Ich meine zunächst die Fragen des Mittelstandes. Wie es gestern von dieser Stelle aus in der Diskussion gesagt worden ist, müssen wir uns in Zukunft — ich sage es ganz offen — noch mehr als bisher gerade auch dem Mittelstand widmen, und zwar nicht nur dem Mittelstand, der im Sinne und Interesse der Wirtschaft unentbehrlich ist, sondern auch dem Mittelstand der Beamten und Soldaten und der freien Berufe (Beifall). Dieser Mittelstand im weitesten Sinne ist ein tragendes Fundament des Staates und des Volkes (Beifall).

Wir müssen auch an die Vertriebenen denken: Sie wissen, daß es bei dem Lastenausgleich — es drängt mich doch, das hier auszusprechen — ein Verdienst des Bundestagsabgeordneten Kuntze war (Beifall), daß für alle diese Gesetze, die ja eine außergewöhnliche, schwierige Materie betrafen — schwierig einmal, weil man hier nahm, um dort zu geben, und weil das Maß des Nehmens genauso schwierig war, wie das Geben; und die Verteilung dessen, was gegeben werden soll — ich möchte also aussprechen, daß es Herrn Kuntze gelungen ist, Einstimmigkeit für alle diese Gesetze im Bundestag zu erreichen. Meine Damen und Herren, das ist fast ein einmaliger Vorgang im Bundestag gewesen (Beifall).

Und ich bitte auch die Vertriebenen, daraus zu ersehen, daß den Abgeordneten des Bundestages gerade diese Aufgabe, die Sorge für die Vertriebenen, so besonders am Herzen gelegen hat. Aber ich möchte eine Bitte an die Vorsitzenden der verschiedenen Kreisparteien hier richten, und das ist die Bitte, darauf hinzuwirken, daß genügend Vertriebene als Bundestagskandidaten aufgestellt werden (Beifall), nicht nur, damit die Vertriebenen sehen, daß wir an sie denken; es leitet uns dabei ein anderer Gesichtspunkt noch, der mir namentlich von Vertriebenen nahe gebracht worden ist: Wir müssen daran denken, daß, wenn die Wiedervereinigung gekommen ist, und sie wird kommen, meine Damen und Herren! (lebhafter Beifall), dann, meine Freunde, wir gewissermaßen politische Pioniere haben müssen, die in dieses Land, aus dem sie zu uns gekommen sind, wieder hineingehen (Beifall), um dort unsere politischen Ansichten zu verbreiten.

Meine Freunde! Vielleicht mag der eine oder andere im Laufe der letzten vier oder acht Jahre daran gedacht haben, daß wir doch zu stark uns wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zugewendet hätten. Aber ich bitte dabei, doch zu berücksichtigen, in welcher Verfassung das gesamte deutsche Volk, wir alle miteinander waren, und daß es deswegen notwendig war, zunächst einmal der Wirtschaft zu helfen, wobei ich unter Wirtschaft die allgemeine Volkswirtschaft einschließlich der Landwirtschaft verstehe und nicht nur einen Teil unsere Wirtschaft. Das geschah, damit wir wieder leben können und damit wir dann auch zu dem höheren Ziel der Politik übergehen konnten.

Und unter diesem höheren Ziel der Politik verstehe ich vor allem auch die Frage der Erziehung der Jugend.

Ich habe eben schon, als ich von der Aufgabe der Frau und der Mutter sprach, darauf hingewiesen, welch große Aufgabe die Mutter hat für die Erziehung der Kinder. Aber, meine Freunde, täuschen wir uns nicht darüber: Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat es mit sich gebracht, daß das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern nicht mehr so ist, wie es früher war und wie es wieder werden muß. Ich fürchte, daß vielfach die Eltern ihre Pflichten gegenüber den Kindern nicht mehr so gewissenhaft wahrnehmen, wie das früher einmal der Fall gewesen ist. Auf der anderen Seite tritt dann naturnotwendig eine Entfremdung der Kinder gegenüber den Eltern ein. Darin soll kein Vorwurf liegen. Es war in erster Linie die entsetzliche Wohnungsnot, in der wir nun doch jahrelang gelebt haben, die es fast unmöglich machte, ein wirklich geordnetes Familienleben zu führen. Und es war dann die dringende materielle Not, die hinzu kam und die Mann und Frau zwang, zu arbeiten, zu verdienen und zuerst einmal für das Notwendigste zu sorgen. Wir hoffen, daß wir nunmehr in eine Periode kommen, in der wir nach dem wirtschaftlichen Aufstieg nun unsere Kraft der Pflege dieser geistigen Güter noch mehr widmen können als bisher (Beifall).

Aber, meine Damen und Herren, die Aufgabe ist schwer und groß, und wir werden, glaube ich, bei der Gestaltung des Lebens unserer Zeit nicht damit fertig werden, wenn nicht die Lehrer wieder Erzieher werden. Darum richte ich heute einen Appell, einen Aufruf, an alle diejenigen, die sich irgendwie auf dem Gebiet des Unterrichts betätigen, von der Volksschule angefangen bis zur Hochschule, doch daran zu denken, daß sie auch eine Aufgabe als Erzieher haben (Beifall). Und wir versprechen Ihnen dafür, daß wir, soweit Sie gerade diese Aufgabe haben, Ihre Arbeit und Ihre Person besonders hoch und wert schätzen wollen (Beifall).

Ich habe eben davon gesprochen, meine lieben Freunde, daß der eine oder andere denken könnte, wir hätten uns zuviel mit der Wirtschaft beschäftigt. Nun, die Redner des gestrigen Vormittags haben, wie ich meine, in überzeugender Weise dargetan, daß die Wirtschaft ja kein Selbstzweck ist, und daß sie uns helfen soll, einmal das Alter zu versorgen, wie wir das in der Rentengesetzgebung getan haben, und daß sie zweitens uns helfen soll, den Menschen die innere Freiheit zu geben (Beifall).

Gerade auf das letztere müssen wir den größten Wert legen. Wir wollen unter gar keinen Umständen eine Allmacht des Staates. Wir wollen aber auch unter gar keinen Umständen eine Allmacht des Kollektivs, möge es einen Namen tragen, wie er auch sei (Beifall), sondern wir wollen die Freiheit der Persönlichkeit haben (starker Beifall).

Das muß eine unserer vornehmsten Aufgaben sein. Diese Aufgabe und einige, die ich vorher genannt habe, stellen doch das Wesen unserer Partei dar. Schließlich kann jede Partei sagen, ich will sorgen, daß die Leute gut leben können. Aber wir wollen damit die Erziehung zur Persönlichkeit verbinden, und zwar von der Jugend an (Beifall). Nur dadurch können wir glauben und hoffen, den Menschen zufrieden zu machen. Mit dem Materiellen allein werden wir niemals Zufriedenheit schaffen (Beifall).

Meine Freunde! In diesen Tagen kam plötzlich — wir haben ja darüber gestern in der Ernst-Merck-Halle gesprochen — die Nachricht, die falsche, die von allen dementierte Nachricht, daß der amerikanische Kurs sich geändert habe. Ich habe gestern in der großen Versammlung in der Ernst-Merck-Halle das als einen Schuß vor den Bug bezeichnet und habe mir das sehr überlegt, als ich das sagte. Es war ein gezielter Schuß, meine Damen und Herren! Und ich möchte es auch vor denen wiederholen, die gestern nicht wegen der Überfüllung des Raumes da sein konnten: Anstatt daß alle, die es mit unserem Volke gut meinen, gleichgültig, welcher Partei sie angehören, in einen Ausruf — wie soll ich sagen — der Klage ausgebrochen wären, wenn etwas derartiges wahr gewesen wäre, hörten wir von der Opposition ein Triumphgeschrei (Pfui-Rufe) darüber, daß unsere Partei nun mit ihrer Außenpolitik gescheitert sei. Meine Freunde! Unsere Außenpolitik beruht und wird beruhen auf der festen Verbundenheit mit den freien Völkern des Westens (starker Beifall). Und, meine Damen und Herren, wenn ein Deutscher ein Triumphgefühl dabei empfinden sollte, daß diese Politik angeblich gescheitert sei, dann frage ich, und die Antwort mag jeder sich selbst geben: Welche Politik will er denn? Die Politik mit dem Kurs nach Osten?

Aber der Schuß vor den Bug ist vorbeigegangen. Im Gegenteil, er hat den erwünschten Erfolg gehabt, daß alle Verantwortlichen der freien Völker, insbesondere der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs in der positivsten Weise — lassen Sie sich nicht durch Zeitungsberichte irre machen! — (Beifall) ganz klar und ganz fest es ausgesprochen haben, daß sie bündnistreu sind. Und wir, meine Freunde, können diese Bündnistreue nur erwidern mit Dank und mit der gleichen Treue (starker Beifall).

Wir stehen noch vier Monate vor der Wahl, der Bundestagswahl des Jahres 1957. Machen wir uns alle folgendes klar: Dieser Bundestag, der aus den Wahlen im Jahre 1957 hervorgeht, wird der Sachwalter der Interessen des deutschen Volkes sein in den Jahren 1957 bis 1961. Wer nun etwas rückwärtsblickend den Strom der Entwicklung verfolgt, der wird, glaube ich, zu dem Ergebnis kommen, daß nach menschlichem Ermessen in diesen vier Jahren von 1957 bis 1961 die Würfel fallen über das Geschick Deutschlands, über die Wiedervereinigung, über das Geschick Europas und über die Frage der Abrüstung und des Friedens in der Welt (Beifall).

Jeder von uns trägt darum bei dieser Bundestagswahl eine wenn möglich noch größere Verantwortung als bei den bisherigen Bundestagswahlen. Darum müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen, daß wir diese Wahl gewinnen. Wenn wir das tun, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen, werden wir diese Wahl glänzend gewinnen (Beifall). Aber Wahlkampf ist Kampf, und den Kampf gewinnt man mit der Offensive und nicht mit der Defensive (Beifall und Bravo-Rufe).

Einer der Redner, der in diesen Tagen zu uns gesprochen hat — auch Herr Kollege Lemmer gestern in der Ernst-Merck-Halle — hat ausgesprochen, daß wir doch eigentlich gegenüber den gegen uns gerichteten Angriffen viel zu zurückhaltend in der Abwehr seien. Meine Damen und Herren, er hat mir vollkommen aus dem Herzen gesprochen (Beifall). Die Abwehr muß mindestens dieselbe Kraft wie der An-

griff zeigen. Aber es darf bei der Abwehr allein nicht bleiben, sondern ich wiederhole nochmals: Zur Offensive müssen wir übergehen. Wir können dem deutschen Volk zeigen, was wir in den acht Jahren erreicht haben und was es jetzt zu verteidigen und zum guten Ende zu führen gilt (starker Beifall).

Meine Damen und Herren, ich merke das immer wieder: Das deutsche Volk ist bei politischen Entscheidungen doch ruhiger und überlegter, als viele meinen. Und ich sage: Gott sei Dank, daß es so ist (Beifall), und Gott sei Dank, daß es sieht, wer etwas geleistet hat und wer sich nur in fehlgeschlagenen Prophezeiungen ergangen hat (Beifall).

Ich bin überzeugt, meine Freunde, das deutsche Volk wird unsere Arbeit richtig bemessen und wird denen nicht glauben, die bisher in acht Jahren fast bei allen wichtigen Entscheidungen — nun, lassen Sie mich den Ausdruck einmal gebrauchen — völlig danebengelegen haben (Beifall).

Herr Etzel hat hier davon gesprochen — ein sehr wahres Wort, das ich auch einmal wiederholen und aus meinen persönlichen Erlebnissen heraus unterstreichen möchte —, daß der Umschwung ein entscheidender Augenblick für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes war, als wir uns damals im Bundestag im Winter des Jahres 1949 zu dem Petersberger Abkommen bekannten. Das war damals gewissermaßen eine Entscheidung an einem Kreuzwege: Auf der einen Seite stand die SPD und wies uns den Weg der nationalistischen Negation. Auf der anderen Seite standen wir und die mit uns in Koalition arbeitenden Parteien und wiesen den Weg der Bejahung und der Zusammenarbeit mit unserem bisherigen Gegner. Das war in Wahrheit der Augenblick, in dem sich das Geschick des deutschen Volkes und das Geschick Europas entschieden hat. Es wäre damals eine Leichtigkeit gewesen, denn viele Deutsche waren durch den Krieg erschüttert und durch die nationalistischen Phrasen der Nationalsozialisten verwirrt, es wäre eine Leichtigkeit gewesen, das deutsche Volk auf den Weg des Nationalismus zu führen mit all seinen Phrasen, Verwirrungen und Irrungen. Bewußt haben wir das nicht getan. Wir haben uns damals mit Entschiedenheit zur Zusammenarbeit mit den anderen bekannt. Wir haben damals mit Entschiedenheit betont, daß das Zeitalter des Nationalismus für uns überholt ist (Beifall).

Und weiter, meine Freunde: Wer war es, der nicht in den Europarat wollte, wer wollte nicht in die EVG? Alles wollten sie nicht, meine Damen und Herren, was zu Europa hinführte, zu einer Einigung mit anderen Völkern, zu einer Einigung mit den früheren Gegnern. Alles wurde verneint!

Ich habe so manche Klage gehört von Sozialisten anderer Länder (Zuruf: Sehr gut!), daß sie wirklich die deutschen Sozialdemokraten nicht mehr verstünden. Wir haben die Freude und das Glück auf diesem Parteitag gehabt, mehr als je zuvor Vertreter europäischer Länder zu sehen, die nicht nur die Grüße überbrachten, sondern die auch sehr inhaltvolle Worte an uns gerichtet haben. Ich glaube, wenn hier ein sozialdemokratischer Parteitag gewesen wäre und es wären dann die Vertreter anderer sozialistischer Parteien gekommen und hätten ganz offen gesprochen, so glaube ich, es wäre eine fatale Situation

gewesen (Heiterkeit und Beifall). Aber wir freuen uns, daß wir die Gedanken, die uns bewegen, die uns tragen, daß die Ziele, die wir erreichen wollen, gemeinsam haben mit so vielen Vertretern anderer Länder (Beifall).

Diese Bejahung unseres Strebens von seiten der Vertreter anderer Länder, mit denen wir noch vor zwölf Jahren bitter verfeindet waren, ist für uns alle ein beglückendes und erhebendes Gefühl, daß wir auf dem richtigen Wege sind (Beifall).

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren, und bitte Sie im Namen unserer Partei von ganzem Herzen: Seien Sie sich der Bedeutung der Bundestagswahl des Jahres 1957 bewußt. Denken Sie daran, daß dieser Bundestag nicht nur für das Jahr 1957 oder den Rest des Jahres 1957 gewählt wird, sondern daß er die Aufgabe hat, eine Bundesregierung zu stellen und die politischen Aufgaben der Periode 1957 bis 1961 zu erfüllen. Denken Sie daran, daß in dieser Periode nach menschlichem Ermessen — lassen Sie mich wiederholen, was ich Ihnen eben gesagt habe — die Entscheidungen fallen für unser Vaterland, für Europa, für den Frieden der Welt. Wenn wir daran denken, meine Damen und Herren, dann wird uns in diesem Wahlkampf nichts zuviel sein.

Lassen Sie mich noch eine kleine Bitte aussprechen, die ich eben schon in der Sitzung des Parteiausschusses ausgesprochen habe: Ziehen Sie die Junge Union heran (Beifall). Sie ist bereit zu arbeiten (Beifall). Aber meine Damen und Herren, man muß ihr auch die Möglichkeit zur Arbeit geben (Bravo-Rufe und Beifall).

Wir haben in der Jungen Union — und ich habe seit geraumer Zeit die Verbindung mit ihr bewußt und absichtlich sehr gepflegt — Menschen, die, meine Freunde, die Aufgaben, die uns gestellt sind und all das, was uns bewegt, mit einer viel größeren Intensität erfassen als wir, die wir durch all das Leid und den Kummer der letzten zehn Jahre gegangen sind. Keiner von uns, meine Freunde, darf seinen Platz einfach behaupten wollen. Die jungen Leute müssen heran, die jungen Leute, die berufen sind, dann, wenn wir aus dem politischen Leben abtreten, die Fahne in die Hand zu nehmen und sie weiterzutragen für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes und Europas (starker Beifall).

Vorsitzender Bundesminister Lemmer:

Meine Freunde! Bevor ich dem Herrn Bundeskanzler danken darf, bitte ich zunächst unseren Freund Meyers, das Manifest dieses Parteitages und eine Entschließung zum 17. Juni zu verlesen.

Staatsminister a. D. Dr. Meyers:

Meine lieben Parteifreunde! Der Bundesparteiausschuß legt Ihnen den Entwurf folgender Entschließung vor:

1945 war Deutschland geschlagen, das staatliche und wirtschaftliche Leben erloschen.

1949, zur ersten freien Entscheidung aufgerufen, wählte die Bundesrepublik unter der Führung der Christlich Demokratischen Union die Freundschaft mit der freien Welt, die Einigung Europas, den wirtschaftlichen Aufstieg durch die soziale Marktwirtschaft.

1953 war die Bundesrepublik Deutschland unter der Kanzlerschaft

Konrad Adenauers aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt. In der Wahl hat das deutsche Volk die Politik der Christlich Demokratischen Union überzeugend bestätigt. Deutschlands Aufstieg konnte weitergeführt werden.

Heute, 1957, steht die Bundesrepublik frei und angesehen im Kreise der Völker, mit den Mächten der Freiheit verbündet, im Innern gekräftigt, mit einer blühenden Wirtschaft und einer gefestigten sozialen Ordnung. Den Kriegsgefangenen wurde das Tor zur Heimat geöffnet. Die Saar ist zu Deutschland zurückgekehrt.

Die Tüchtigkeit und der Fleiß des deutschen Volkes, die Beharrlichkeit und die Kraft seiner Regierung schufen das Ansehen des Staates, den Wohlstand der Bürger, den Aufstieg der geschlagenen Nation. Die Christlich Demokratische Union ist Bürge für die Fortsetzung und Beständigkeit dieser Politik.

Stellvertretend für das ganze Deutschland ringt die Bundesrepublik um die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit.

Der 7. Bundesparteitag der Union wendet sich mit folgendem Manifest an das deutsche Volk:

I.

Die Christlich Demokratische Union will die Einheit des Vaterlandes, die Freiheit der Völker, den Frieden der Welt.

Sie fordert deshalb:

die Vereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit; die Freilassung und Rückkehr aller im kommunistischen Machtbereich zu Unrecht inhaftierten und zurückgehaltenen Deutschen; die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen;

die Sicherung der freien Welt durch die Stärkung des atlantischen Bündnisses und eine der Bedrohung entsprechende Verteidigung; die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker Europas in Freiheit und Selbstbestimmung.

II.

Die Christlich Demokratische Union will die Freiheit des Bürgers, die Wahrung seiner Rechte, die Stärkung des Gemeinwesens.

Sie fordert deshalb:

die Förderung der Selbstverantwortung der Bürger und die Verpflichtung aller Gruppen und Verbände auf das Allgemeinwohl.

Sie wendet sich gegen:

das Wiederaufleben des Klassenkampfes und jeden Versuch, den konfessionellen Hader neu zu entfachen.

III.

Die Christlich Demokratische Union will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten.

Sie fordert deshalb:

die Fortsetzung und Sicherung der sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittelstandes und der Landwirtschaft;

die Stabilität von Währung und Preisen durch maßvolles Verhal-

ten der Sozialpartner und der Verbände, durch sinnvolles Handeln des Staates;
die soziale Sicherheit und die innere Freiheit aller durch persönliches Eigentum, auch durch die Volksaktie;
die Sicherung der Zukunft durch großzügige Förderung von Familie, Jugend und Volksgesundheit, Forschung, Lehre und Erziehung. Die Politik der Union dient dem Wohle aller Schichten unseres Volkes in Stadt und Land, den Männern und Frauen, den Jungen und Alten, den Einheimischen, Vertriebenen und Flüchtlingen, den Arbeitern, Angestellten und Unternehmern, den Bauern, Handwerkern und Kaufleuten, den Beamten und Soldaten, den Forschern, Erziehern und allen in freien Berufen Schaffenden.
Die Union ruft alle auf, in gemeinsamer Arbeit zusammenzustehen. Sie warnt das deutsche Volk vor leichtfertigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Experimenten. Nur Festigkeit und Beständigkeit führen zur Einheit Deutschlands und garantieren Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand des Vaterlandes.
(Sehr starker Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Lemmer:

Ich danke unserem Freund Meyers für den Vortrag dieses Manifestes, wie es vom Bundesparteiausschuß einstimmig verabschiedet worden ist. Eine Abstimmung wäre wohl durch das Plenum des Bundesparteitages überflüssig (lebhafter Beifall).

Ich darf unseren Freund Meyers bitten, die Entschliebung zum 17. Juni zu verlesen.

Dr. Meyers:

Hinsichtlich des Nationalen Feiertages am 17. Juni legt der Bundesparteiausschuß dem Bundesparteitag folgende Entschliebung vor:

„Der Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union schlägt vor, daß der Nationale Feiertag am 17. Juni bis zur Wiedervereinigung Deutschlands als Opfertag gestaltet wird.

Der Bundesparteivorstand wird beauftragt, diesen Vorschlag den Parteien und Organisationen zu unterbreiten, um eine gemeinsame Initiative zu erreichen.“

(Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Lemmer:

Ich danke unserem Freund Meyers. Bei der Bedeutung dieses Antrages und seines inneren Gewichtes bitte ich die Delegierten des Parteitages, Ihre Zustimmung durch Erheben von den Plätzen zum Ausdruck zu bringen. — Ich danke Ihnen. Weil die nicht Abstimmungsberechtigten sitzengeblieben sind, muß ich nun korrekterweise darum bitten, daß diejenigen, die sich der Stimme enthalten oder die dagegen sind, sich bemerkbar machen. Ein Erheben wäre ja zuviel verlangt gewesen. — Ich danke und stelle, was erwartet werden konnte, die einstimmige Annahme dieser Entschliebung fest und danke dem Parteitag dafür.

Meine Damen und Herren! Ich habe bei dem vorangegangenen Manifest auf eine formale Abstimmung verzichtet, was an sich nicht ganz zulässig ist, aber man kann auch den Demokratismus übertreiben; ich möchte wissen, wer bezweifelt, daß dieser Parteitag einstimmig hinter diesem Manifest steht? (Sehr starker Beifall.)

Um aber Mißdeutungen, die an der Schwelle eines Wahlkampfes leicht vorkommen können, vorzubeugen, bitte ich nachträglich darum, daß sich diejenigen melden, die sich enthalten wollen oder die dagegen sind. — Das ist nicht der Fall. Nunmehr haben wir auch der formalen Demokratie Rechnung getragen.

Ich bitte nunmehr als letzten unseren Freund Gradl, der uns etwas zum Problem der politischen Gefangenen aus unseren Reihen im Bereich der Sowjetzone vorlegen wird, das Wort zu nehmen.

Dr. J. B. Gradl:

Meine lieben Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Sie haben zu Beginn dieses Parteitages in einer besonderen und feierlichen Weise Ihre Verbundenheit mit den Menschen zum Ausdruck gebracht, die hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang in Unfreiheit leben müssen. Der Parteivorstand und der Parteiausschuß waren der Ansicht — sicher wird ein jeder von Ihnen dem zustimmen —, daß dieser Parteitag nicht zu Ende gehen darf, ohne daß wir ebenso in besonderer Weise derer gedenken, die nicht nur hinter dem Eisernen Vorhang leben müssen, sondern dort sogar noch in Lagern, Gefängnissen oder Zuchthäusern eingesperrt sind.

Deshalb übergeben Parteivorstand und Parteiausschuß — und wie wir hoffen, mit Ihrer vollen, einmütigen Unterstützung — der Öffentlichkeit eine Liste mit Namen von Männern und Frauen, die durch sowjetische oder durch sowjetzonale Tribunale zu langjährigen Gefängnisstrafen, Zuchthausstrafen oder bis zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt sind. Die Männer und Frauen, die auf dieser Liste stehen, gehören zum großen Teil unserer Partei an; es sind aber auch andere dabei; denn wir sind der Meinung, daß man nicht nach Parteizugehörigkeit fragt oder fragen soll, wenn es sich um eine Sache der Menschlichkeit handelt (starker Beifall).

Diese Liste mit den 70 Namen ist nur eine symbolische Liste. Die wirkliche Liste derer, die in den Lagern und Gefängnissen der Zone auf ihre Freiheit warten, ist viel, viel länger. Es sind immer noch Tausende. Wenn Sie diese Liste durchsehen, dann werden Sie feststellen, daß es eine Liste furchtbarer Leiden und schwerster menschlicher Tragik ist. Es stehen Männer und Frauen, Junge und Alte auf dieser Liste.

Wir wollen in diesem Augenblick dankbar anerkennen, daß die Zahl derer, die in den Lagern festgehalten sind, geringer geworden ist. Wir haben auch eine Anzahl unter uns, die entlassen worden sind. Wir erkennen das an, aber wir bitten alle da drüben, die es angeht, nunmehr mit der Unmenschlichkeit aufzuhören, die Entlassung gewissermaßen nur in Raten vorzunehmen. Es ist ein furchtbarer Zustand, wenn in den einzelnen Abteilungen der Lager und Gefängnisse von 30 Häftlingen vielleicht 20 entlassen werden und dann gesagt wird, so jetzt ist vorläufig Schluß. Dann bleiben 10 übrig und wissen nicht, wann sie oder ob sie überhaupt noch einmal herauskommen.

Man hat uns vorgeworfen, bei uns herrsche Unfreiheit, Terror und Gewalt. Die Wahrheit ist: Nicht ein einziger Mann kommunistischer Gesinnung sitzt bei uns im Zuchthaus. Aber wir wollen diesen Augenblick nicht gebrauchen, die Anklagen zu verlängern. Die Liste selbst ist Anklage genug. Wir bitten noch einmal die Machthaber jenseits der Zonengrenze, im Interesse der Menschlichkeit diese Menschen, die

nichts weiter getan haben, als von den natürlichen Rechten Gebrauch zu machen, die in jeder Demokratie üblich sind und sogar drüben in der Zonenverfassung stehen, endlich freizugeben, nachdem nun zwölf Jahre dieses großen Leidens vergangen sind. Ich bitte mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten darum, sich zu erheben und dadurch zum Ausdruck zu bringen, wie sehr Sie diesem Anliegen Ihre Unterstützung geben.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Gebe Gott, daß unser Wunsch bei den Verantwortlichen der Zone Gehör findet. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Bundesminister Lemmer:

Meine lieben Freunde! Damit sind wir nun wirklich an das Ende der letzten Sitzung unseres Parteitages angelangt. Ich bitte Sie aber, sich noch drei Minuten zu gedulden. Es ist schön, wenn ein solch eindrucksvoll verlaufener Parteitag auch in einem guten Stil seinen Abschluß findet. Es ist mir ein Bedürfnis, einige Danksagungen als Ihr Dolmetscher auszusprechen.

Wir danken zunächst unseren Freunden in Hamburg für die großartige und herzliche Aufnahme, die wir in dieser schönen Stadt gefunden haben (Beifall). Wir danken nicht nur unserem Freund, dem Herrn Regierenden Bürgermeister Sieveking, der zu den aufmerksamsten und immer regelmäßig erscheinenden Zuhörern dieses Parteitages gehört hat, und dem von ihm geführten Senat (Beifall), wir danken ebenso dem Landesverband der CDU Hamburg, seinem Vorsitzenden, der hier zu meiner Rechten sitzt, unserem Freund Scharnberg (Beifall). Wir danken allen seinen zahlreichen Helfern, die hier im Saal, in den Büros, in der Versammlung und sonstwo einen wertvollen Ehrendienst für unsere gute Sache geleistet haben (Beifall).

Wir danken aber auch der Hamburger Bevölkerung, von der wir zu spüren bekommen haben, daß sie uns Christlichen Demokraten aus den anderen Ländern des Bundesgebietes gerne in ihrer Stadt gesehen hat. Man spürt es, es gibt eine Atmosphäre, ob man willkommen ist oder nicht. Wir haben dafür ein sehr feines Reaktionsvermögen. Wir haben alle das Gefühl gehabt, uns hier in Hamburg auch geistig-seelisch wie zu Hause zu fühlen (Beifall).

Wir danken aber auch meinen alten Berufskollegen von der Presse. Wir müssen Verständnis dafür haben, daß zwischen den politisch Handelnden und den kritisch Beobachtenden auf dem Journalistenstuhl eine natürliche Spannung besteht. Diese Spannung muß aber eine schöpferische und fruchtbare sein. Ich habe die feste Zuversicht, daß meine Berufskollegen des In- und Auslandes, die diesem Parteitag gefolgt sind — ob für den einen erfreulich oder unerfreulich, ist gleichgültig —, mit starken Eindrücken von unserer Tagung weggehen werden. Wir danken den Vertretern der Presse, daß sie mit so großer Aufmerksamkeit unseren Veranstaltungen gefolgt sind. Ich bitte meine alten Kollegen, zur Kenntnis zu nehmen, daß es in den Reihen der Christlich Demokratischen Union, weil wir eine demokratische Partei sind, niemanden gibt, der nicht Respekt hat vor der verantwortungsvollen und bedeutenden Arbeit unserer deutschen Journalisten (sehr starker Beifall).

Mein letzter Dank, nicht nur der Reihenfolge nach und eigentlich überflüssig — ich bin immer dafür, daß Überflüssiges und Selbstverständliches nach Möglichkeit vermieden werden —, gebührt unserem Parteivorsitzenden Konrad Adenauer (anhaltender, stürmischer Beifall). Wir alle wissen genau, was wir an ihm haben (erneuter starker Beifall), und er als Menschenkenner weiß auch, was er an uns hat (große Heiterkeit). Ich meine, wenn wir seine letzten Ausführungen gehört und diese, ich möchte beinahe sagen jugendliche Spannkraft, diese Kampffreudigkeit, die mitreißt, gesehen haben, dann wollen wir dankbar sein, daß wir nach menschlichem Ermessen als Christliche Demokraten auch den dritten Bundestagswahlkampf unter seiner Führung bestreiten werden (lebhafter Beifall).

Ich darf auch denjenigen in diesem Raume, die politisch nicht zu uns gehören, die Versicherung abgeben, daß es nicht dieses höchst eindrucksvollen Parteitages bedurft hätte, um uns in der Überzeugung zu stärken, daß die Entscheidung des deutschen Volkes am 15. September dieses Jahres keine andere sein kann, als die Führung deutscher Politik in bewährten Händen zu lassen.

Ich schließe die Versammlung.

(Starker Beifall.)

Öffentliche Kundgebung

am Abend des 14. Mai 1957 in der Ernst-Merck-Halle in Hamburg

Ministerpräsident von Hassel:

Herr Bundeskanzler, Herr Regierender Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als amtierender Präsident dieses Parteitages eröffne ich die heutige Kundgebung. Ich begrüße die Herren Ministerpräsidenten der Länder, die Herren Bundesminister, die Herren Senatoren und Landesminister, Landtagspräsidenten und Bürgerschaftspräsidenten, die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage. Ich begrüße die Vertreter der Kirchen und des Konsularkorps, die hier in Hamburg akkreditiert sind, ich begrüße die Vertreter der Verbände des öffentlichen Lebens, des kulturellen Lebens, der Wirtschaft, der Gewerkschaften. Ich begrüße im besonderen eine große Zahl ausländischer Gäste, die als Gäste dieses Parteitages von christlichen und konservativen Parteien aus ganz Europa hierher nach Hamburg gekommen sind (Beifall).

Ich begrüße ganz besonders Herrn Präsidenten Robert Schuman (starker Beifall). Herr Präsident Schuman, ich glaube, Sie haben hier durch diese große Versammlung in diesem großen Rahmen und auch gestern auf dem Parteitag genau wie schon im Vorjahr in Stuttgart festgestellt, wie hier in Deutschland das Vertrauen zu Ihnen steht, für Sie, einen Mann, der unermüdlich und unentwegt mit dem Bundeskanzler die Ziele eines geeinten Europas verfolgt hat und auch in Zukunft verfolgen wird (Beifall).

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Meine Damen und Herren! Mein besonderer Gruß gilt dem Regierenden Bürgermeister dieser Stadt, Herrn Dr. Sieveking, und seinen Senatoren, den Mitgliedern des Senats. Ich glaube, ich darf meinen Gruß an die Gäste und Delegierten aus allen Teilen Deutschlands, die hier zu diesem Parteitag versammelt sind, dahin zusammenfassen, daß wir Ihnen, Herr Bürgermeister, für die große Gastfreundschaft danken, die wir in diesen Tagen bei Ihnen in dieser Stadt hier gefunden haben (Beifall).

Die meisten dieser Delegierten haben in dieser Halle keinen Platz mehr gefunden, sondern müssen diesem Abend an den Lautsprechern in den anderen Sälen folgen. Ich glaube aber, daß es diesen anderen, die drüben sitzen, genauso gegangen ist wie denen, die unter uns weilen, Herr Bürgermeister, daß wir uns seit 1953, als der Parteitag hier stattfand, in Ihrer Stadt nicht mehr so recht zurechtgefunden haben wegen des vielen, das hier inzwischen auf die Beine gestellt und neu gebaut wurde. Ich glaube, es ist ein schönes Zeichen dafür, wie überall in Deutschland so auch in dieser schönen Stadt Hamburg der Aufbau in diesen vier Jahren weitergegangen ist (Beifall).

Meine Damen und Herren! Unter uns weilen — und ihnen, den besonderen Ehrengästen, gilt unser besonderer Gruß — 32 Frauen und Männer, die im letzten und in diesem Jahre aus den Zuchthäusern der Sowjetzone entlassen worden sind (starker Beifall). Es ist für uns, die

wir in diesen Tagen und Stunden des Parteitages und in Sonderheit bis heute mittag gemeinsam mit dem Bundeskanzler mit ihnen zusammen waren, ein sehr erhebendes Gefühl, diese Männer und Frauen, die einst in den Kerkern der Sowjetzone geschmachtet haben, hier zu sehen. Ich glaube, es gebührt ihnen, die sie drüben stellvertretend für uns gestanden haben, der ganz besondere Dank dieser großen Kundgebung (Beifall). Ich glaube, es dürfte sich mancher einmal mit dem Schicksal derer vertraut machen, die diese Jahre drüben verbracht haben, und er möge einmal nachdenken darüber, was ihn unterscheidet von den Männern, die in Unfreiheit sind, und er möge dann vielleicht auch einmal nachsinnen, was eigentlich Freiheit bedeutet (Beifall).

Die große Zahl der Delegierten und der Gäste ist vier Tage Gast in dieser Stadt gewesen, und wenn ich heute für die nicht unmittelbar Beteiligten einen ganz kurzen Rückblick geben kann, so sei dies gesagt: Nach den üblichen Vorbesprechungen am Sonnabend haben wir am Sonntagmorgen in einer großen Schau durch den Bundestagspräsidenten, unseren Freund Gerstenmaier, eine Darstellung bekommen, was in diesen Jahren seit 1949 mit Deutschland geschehen ist. Es war eine Darstellung, die gezeigt hat, auf welchen Grundlagen die Politik der CDU sich aufbaut. Es ist ein, glaube ich, beglückendes Gefühl, daß an diesem Sonntag die große Zahl der ausländischen Gäste von Italien bis hinauf nach Norwegen in ihren Begrüßungsansprachen eigentlich alle dasselbe Bild einer Geschlossenheit gezeigt haben, die auf christlicher Grundlage sich um ein neues Europa bemüht (Beifall).

Wir haben am Nachmittag dieses Sonntags eine Darstellung von dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU bekommen, und ich glaube, jeder, der dieser Darstellung und der Debatte gefolgt ist, weiß, welch eine Fülle von Arbeit und Verantwortung durch die Männer und Frauen im Deutschen Bundestag getragen worden ist. Denen haben wir gedankt, und ich glaube, wir alle begleiten auch die kommenden Monate die Arbeit unserer Fraktion mit heißem Herzen.

Der Montag hat uns in das große Problem der Außenpolitik hineingestellt. Wir haben unseren Freund Außenminister von Brentano gehört, der über das Thema „Einheit für Deutschland — Frieden in der Welt“ sprach. Dann schloß sich eine Ansprache des Vorsitzenden des großen Ausschusses, Kiesinger, an, der „den Weg nach Europa“ darlegte.

Am Nachmittag des gestrigen Montags haben wir um ein großes Problem gerungen, um ein Problem, das gegenwärtig draußen unsere Menschen, weiß Gott, beschäftigt. Es hat Herr Professor Dr. Thielicke über das große Thema „Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter“ gesprochen (starker Beifall). In diesem Vortrag hat Thielicke in großer Offenheit und Freimütigkeit seine Gedanken dargelegt, die auch den einen oder anderen Punkt an uns durchaus zur Kritik stellten. Daß ein solcher Vortrag in einer Partei, in einem Wahlkampf gehalten werden kann, halte ich jedenfalls für ein hervorragendes Zeichen für diese Partei (Bravorufe und Beifall).

Heute morgen bis in die späten Nachmittagsstunden hinein haben wir die Aufgaben auf dem großen Feld der wirtschaftlichen, der sozialen und der Jugendarbeit gehört. Bundeswirtschaftsminister Erhard sprach



Kai-Uwe von Hassel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, stellvertretender Vorsitzender der CDU



Ausschnitt aus der öffentlichen Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle, zu der Tausende keinen Zutritt mehr fanden.

über „Wohlstand für alle“. Dazu kam der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold (Beifall), und hat über „Eigentum für jeden“ gesprochen. Ich glaube, aus diesen beiden großen Referaten ist eine Synthese zu sehen, wie wir Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenstellen. Der heutige Nachmittag galt der Diskussion und dem Thema der Frau Rehling „Familie und Jugend — Sicherheit für morgen“. Dazwischen fanden Diskussionen und Aussprachen statt sowie eine Fülle von Einzeltagungen, so daß wir, Herr Regierender Bürgermeister, in der Zwischenzeit ziemlich erschöpft aus Ihrer Stadt wieder nach Hause gehen werden. Ich glaube, ich muß das einmal hier darstellen, um Ihnen zu zeigen, wie wir, eine Mannschaft gemeinsam mit dem Kanzler, die Dinge in der Christlich Demokratischen Union gestalten (Beifall).

Heute abend begrüße ich als ersten Redner den Bundesminister Lemmer, den Minister für das Post- und Fernmeldewesen. Aber wir begrüßen in Ihnen, lieber Freund Lemmer, den Berliner, der drüben steht (Bravorufe und Beifall) und von dem wir wissen, wie er mit heißem Herzen an dieser unserer Reichshauptstadt hängt und wie er gemeinsam mit uns um diese Dinge ringt. Einen sehr herzlichen Gruß Ihnen, Herr Lemmer! Der zweite, der heute abend zu uns sprechen wird, ist der Verteidigungsminister. Ich darf Ihnen, lieber Herr Bundesminister Strauß, hier ein sehr herzliches Willkommen sagen (starker Beifall). Wer eben hier klatschte, ist an sich wahrscheinlich kein Bayer, das sind Norddeutsche, zu einem großen Teil jedenfalls (Heiterkeit) aus Hamburg, aus unserem Schleswig-Holstein und aus Niedersachsen. Aber Sie sehen, Herr Strauß, daß Sie bei uns hier oben ein gern gesehener Mann sind. Sie haben ja nicht nur das Amt des Verteidigungsministers, sondern haben da unten als einer der tragenden Männer der Schwesterpartei wirklich Farbe, Gesicht und Gehalt gegeben, und es gab immer wieder Übereinstimmung. Ich glaube, daß das einen guten Gang auch für die Zukunft geben wird (Beifall). Aber der Gruß des Abends gilt Ihnen, hochverehrter Herr Bundeskanzler (Bravorufe und starker Beifall).

Herr Bundeskanzler! Sie leiten nun die Geschicke Deutschlands, Sie prägten die Partei im wesentlichen, und die Verantwortung in diesem Deutschland tragen Sie. Sie tragen und Sie trugen und Sie werden tragen die Verantwortung für Deutschland (Bravorufe und starker Beifall). Dafür ist Ihnen hier vorweg schon Dank und unser ganz aufrichtiger Wunsch.

Mit diesem Dank und dieser Begrüßung darf ich die Einleitungsworte beenden und Ihnen, Herr Minister Lemmer, das Wort geben (Beifall).

Bundesminister Lemmer:

Herr Bundeskanzler! Mitbürger und Freunde! Es hat den Anschein, als ob hier nicht der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sprechen soll, obwohl er nach Eingewöhnung in sein neues Amt sehr vieles gern auszuführen hätte, sondern der Berliner (Beifall).

Ich möchte diese Gelegenheit einer großen öffentlichen Versammlung benutzen, um dem Herrn Bundeskanzler dafür zu danken, daß er nach meiner Berufung in sein Kabinett von vornherein voll und ganz damit einverstanden war, daß ich meinen Berliner Verpflichtungen weiter nachkommen soll, um als Bewohner der alten Reichshauptstadt in sei-

nem Kabinett mitzuarbeiten. Dadurch hat der Herr Bundeskanzler zweifellos zum Ausdruck gebracht, wie sehr uns Christlichen Demokraten nicht nur das Schicksal dieser Stadt und der sie umgebenden Gebiete am Herzen liegt, sondern daß wir auch von der großen Bedeutung Berlins als der immer noch wirkenden seelischen und geistigen Kraft zwischen der Bundesrepublik und den Deutschen in der Zone überzeugt sind. Ich habe die Absicht, mit dem wachen Gewissen eines Berliners und eines Mannes, der sich den Mitteleutschen besonders verpflichtet weiß, in dieser Versammlung zu sprechen.

Morgen, in genau vier Monaten, werden die Wähler der Bundesrepublik an die Wahlurnen treten. Ich habe den Eindruck, der Wahlkampf hat eigentlich schon seit langem begonnen. Die einen sagen, schon in den Neujahrsaufrufen von 1956 wäre praktisch der Wahlkampf eröffnet worden. Andere sagen, wir befänden uns noch im Wahlkampf zum zweiten Bundestag, der überhaupt nicht aufgehört habe. Wie dem auch sei, es ist natürlich, daß der Verlauf dieses Hamburger Parteitages sehr stark bestimmt ist von dem Blick auf die große Entscheidung, vor die unser Volk in vier Monaten gestellt ist: Wir werden diesen Wahlkampf, so wurde wieder einmal auch auf dem Parteitag erklärt, klar führen müssen, das heißt, es hat keinen Zweck, Gegensätze zu verwischen, Meinungsverschiedenheiten zu bagatellisieren und womöglich die Entscheidung des 15. September zu relativieren. Aber wenn wir entschlossen sind, klar zu sprechen, dann darf ich sicherlich mit ihrer aller Zustimmung den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß in diesem Wahlkampf dreierlei beachtet werden möge:

Einmal, daß die Würde der Demokratie nicht durch Niveaulosigkeit und Hemmungslosigkeit zum Schaden aller aufs schwerste verletzt wird (Beifall), zweitens, daß wir den Wahlkampf so führen, daß die mit wehen Herzen in Berlin und Mitteleutschland zuhörenden und zuschauenden Brüder und Schwestern nicht enttäuscht werden (Beifall) und drittens, daß wir dem Wunsche Ausdruck geben möchten, daß dabei ein Minimum von außenpolitischem Porzellan zerschlagen werden möge (Beifall).

In der vergangenen Woche jährte sich zum 12. Male der Tag, an dem in Reims und 24 Stunden später in dem Ost-Berliner Vorort Karlshorst die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet worden ist, und ich halte es nicht nur für zweckmäßig, sondern geradezu für erforderlich, daß wir unsere Mitbürger in diesem Wahlkampf darauf aufmerksam machen, wie Deutschland am Tage der Kapitulation aussah und welche eine unwahrscheinliche Entwicklung seit diesem Tage zurückgelegt werden konnte (Beifall).

Die einzelnen Phasen dieser Entwicklung zu kennzeichnen würde in einer verhältnismäßig kurzen Rede, die ich zu halten habe, gewiß zu weit führen. Lassen Sie mich aber auf ein besonders schwerwiegendes Ereignis in der Nachkriegsentwicklung hinweisen, weil dieses ja die Voraussetzung für diesen Bundestagswahlkampf überhaupt geschaffen hat. Ich meine die staatliche Zusammenfassung der drei westlichen Zonen Deutschlands zur Bundesrepublik und damit die Schaffung eines Staates für 50 Millionen Deutsche mit dem Hintergrund der völligen Zerstörung alles dessen, was früher als ein selbstverständliches Attribut eines modernen Staates angesehen werden konnte. Ich will nicht

verhehlen, daß ich zu denen gehöre, die in Berlin und damals noch zeitweilig in der sowjetischen Besatzungszone mit schweren Herzen und mit Sorge die Gründung der Bundesrepublik Deutschland verfolgt haben. Mit Besorgnis, weil damals vielfach geäußert wurde, die Teilung Deutschlands könnte dadurch vertieft werden.

Ich darf heute vor Ihnen das Bekenntnis ablegen und weiß mich damit in Übereinstimmung mit der ganz überwiegenden Mehrheit der Sachsen, Thüringer, Mecklenburger, Brandenburger und Berliner, daß die Gründung der Bundesrepublik nun doch die einzige Hoffnung für diejenigen geworden ist, die zur Zeit noch von ihr ausgeschlossen sind (Beifall).

Es war eine logisch durchdachte Entscheidung, als Dr. Adenauer als Vorsitzender unserer Partei, Kurt Schumacher als Vorsitzender der SPD und unser heutiger Bundespräsident als damaliger Vorsitzender der FDP sich im Einvernehmen mit den westlichen Besatzungsmächten, die sie damals noch waren, entschlossen hatten, den Grundstein für die staatliche Wiederaufrichtung Deutschlands durch Gründung der Bundesrepublik zu legen. Und weil das so ist, weise ich mit aller Entschiedenheit die Behauptungen anderer und die Kritik der Opposition zurück, die nun in jedem Akt der Festigung und Konsolidierung der Bundesrepublik eine Erschwerung der deutschen Wiedervereinigung erblicken möchte (Beifall).

Wenn sie diese Auffassung wirklich haben sollte, dann hätte sie 1948 Gelegenheit gehabt, einen anderen politischen Weg zu empfehlen. Aber in der Politik gibt es eine innere Gesetzmäßigkeit zum konsequenten Handeln, die man nicht mißachten kann und nicht mißachten darf. Infolgedessen sollte der Streit aufhören und aus dem Wahlkampf — ich bin vielleicht ein Illusionist, wenn ich das wünsche — verbannt werden, der Streit darüber, ob die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steigerung der einzigen deutschen Realität eine Erschwerung oder in ihrer geschichtlichen Wirkung eine Förderung der deutschen Wiedervereinigung darstellen (Beifall).

Gern benutze ich die Gelegenheit und bin sicher, Ihrer Zustimmung gewiß zu sein, wenn ich sage, daß der ungewöhnlich glückliche Start der Bundesrepublik, wahrscheinlich noch glücklicher, als es selbst ein Mann wie Konrad Adenauer voraussehen könnte, auch darauf zurückgeführt werden kann, daß in den Jahren 1945, 1946 und 1947 sich genug charaktervolle Menschen im sowjetischen Bereich zeigten, die vor aller Welt ihre Bereitschaft zum Kampf gegen einen neuen Totalitarismus erkennen ließen (Beifall). Ich glaube, dies war für die Westalliierten nach den gemachten Erfahrungen eine große Ermutigung. Ich nenne in diesem Zusammenhang mit besonderem Dank den Namen meines erkrankten Freundes Jakob Kaiser, dem wir von Herzen baldige Wiedergenesung wünschen (Beifall).

Wir waren in den damaligen trostlosen Jahren unserer östlichen Besatzungsmacht völlig schutzlos ausgeliefert. Weder ein deutscher Staat, noch eine öffentliche Meinung bei uns oder in der Welt, noch irgendeine andere Macht stand in den Anfängen unseres Widerstandes gegen die versuchte Überflutung des Kommunismus an unserer Seite. Wir haben diesen Kampf geführt, weil es keine Alternative gab. Wenn er scheinbar bisher infolge der anhaltenden Teilung wirkungslos ge-

blieben ist, so bin ich aber der Meinung und wiederhole sie noch einmal, daß die Entwicklung im Bundesgebiet durch das, was zu gleicher Zeit an Widerstand im anderen Teil Deutschlands geschah, ganz erheblich gefördert worden ist (Beifall). Wenn wir also heute zu der Meinung kommen, daß die Gestaltung der Bundesrepublik durch die Vorgänge, die ich andeutete, eine Förderung erfahren hat, so darf ich der großen Zuversicht Ausdruck geben, daß in der Fortsetzung der Politik des Kabinetts Adenauer die Gewißheit enthalten ist — und zwar nur über die Existenz dieser Realität eines Staates von 50 Millionen Deutschen —, daß auf die Dauer das Selbstbestimmungsrecht unseres gesamten Volkes von keiner Macht der Welt verweigert werden kann (Beifall).

Wir lassen uns deshalb auch nicht irritieren, wenn in diesen Tagen mißverständliche Zeitungsmeldungen über die Haltung unserer westlichen Freunde, insbesondere Amerikas, verbreitet worden sind. Ich vermute, daß darüber noch von anderer Seite ein Wort gesprochen wird. Lassen Sie mich aber wiederum mit dem geschärften Gewissen eines Mannes, der jenseits der tragischen Demarkationslinie heimatisch verwurzelt ist, sagen: Wenn dieser scheinbare Rückschlag in der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung, der er aber nicht ist, Anlaß zu Schadensfreude in den Korrespondenzen der Bonner Opposition hervorgerufen hat, dann kann ich nur warnen, die Grenze zur nationalen Entartung nicht zu überschreiten (Bravorufe und Beifall).

Rückschläge in der Politik sind natürlich. Politik ist nicht ein Rechenexempel. Es kann Rückschläge geben, und wenn solche bei dem höchsten Anliegen unseres Volkes, nämlich der Wiedergewinnung seiner staatlichen Einheit eintreten sollten, dann müßten diese im Staat der parlamentarischen Demokratie, wenn er innerlich in den Wurzeln nicht verfaulen soll, der Opposition doch nur Anlaß sein, sich auf ihre Pflicht zu besinnen, das außenpolitische Anliegen der Regierung zu unterstützen (Bravorufe und Beifall).

Was die Beunruhigung über die erwähnten Pressemeldungen betrifft, haben wir das unerschütterliche Vertrauen, daß die Redlichkeit der von unseren westlichen Verbündeten und Freunden abgegebenen Erklärungen über ihre Haltung zur Wiedervereinigungspolitik nicht zu bezweifeln ist. Ich bin davon überzeugt, daß Staatsmänner der Demokratie erkenntnisfähig genug sind, um zu begreifen, wie sinnlos es wäre, globale Entspannungskonstruktionen zu versuchen, so sehr wir sie wünschen, wenn in ihnen nicht zugleich die Lösung der Deutschlandfrage einbezogen ist, die Frage eines Volkes im Herzen Europas, das wie jedes andere Anspruch darauf hat, daß sein nationales Selbstbestimmungsrecht schließlich respektiert wird (Beifall).

Sie haben meine Zurückweisung der oppositionellen Kritik mit beinahe leidenschaftlich zu nennendem Beifall unterstrichen. Ich deute ihn so, daß wir christlichen Demokraten — ich weiß nicht warum — uns allzu lange in eine geistige Defensive haben drängen lassen, obwohl nicht der geringste Grund bestand (Bravorufe und Beifall), und daß wir allerdings entschlossen sind, hier nicht in passiver Toleranz zuzulassen, daß das Geschichtsbild über die Leistungen und Ergebnisse achtjähriger Politik der Bundesregierung durch Wahlagitation verfälscht wird (Beifall).

Nicht ohne Bedacht habe ich den 8./9. Mai 1945 erwähnt. Wir werden in den Wahlversammlungen Anlaß haben, das nicht nur zu wiederholen, sondern möglichst anschaulich unseren Mitbürgern ins Gedächtnis zurückzurufen, wie die Verhältnisse aussahen, als das Deutsche Reich aufgehört hatte zu bestehen und die Lebensgrundlage für 65 bis 70 Millionen Deutsche vernichtet war. Lassen Sie mich einmal einige Fragen stellen, einige Fragen, die beinahe besser sind als jede positive Darstellung.

Ist es wirklich selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß wir heute, am Anfang des 13. Nachkriegsjahres, in dieser schönen Anlage Hamburgs (Anm. Er meint Pflanzen und Blumen) und in dieser großzügig gebauten Halle in Sicherheit und Freiheit uns versammeln können?

Ist es wirklich selbstverständlich, daß es gelungen ist, nach dem Sturz ins Bodenlose staatlich, wirtschaftlich und sozial wieder festen Boden unter den Füßen zu haben?

Ist es selbstverständlich, daß in der kurzen Spanne von nur 12 Jahren 50 Millionen Deutsche in einem geeichteten und souveränen Staat den realen Ansatzpunkt für die Wiederherstellung Deutschlands in Einheit und Freiheit gefunden haben?

Ist es selbstverständlich, daß die früheren Kriegsgegner im Westen in dieser Zeitspanne erst Helfer unserer wirtschaftlichen und staatlichen Wiederaufrichtung und dann trotz aller furchtbaren Geschehnisse vor und während des letzten Weltkriegs unsere Freunde und Verbündeten geworden sind?

Ist es selbstverständlich, daß sie im Bündnis mit uns dem deutschen Volk Sicherheit und Freiheit garantieren und sich zu dem Hauptanliegen seiner Politik der Wiedervereinigung nachdrücklich bekennen?

Ist es selbstverständlich, daß 50 Millionen Deutsche nach der Vernichtung und Zerstörung ihres Landes und nach einem beispiellosen Zusammenbruch und völliger Verarmung und Verelendung in wenigen Jahren, obwohl Besiegte des letzten Krieges, zu einem Lebensstandard gekommen sind, der alles in der Vergangenheit übertrifft und meist über dem selbst der Völker liegt, die Hitler besiegt haben?

Ist es selbstverständlich gewesen, daß in einem Land mit so gründlich zerstörtem Wirtschaftskörper und beim Zustrom von über 10 Millionen Heimatvertriebenen und Zonenflüchtlingen der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht und die Arbeitslosigkeit weithin praktisch beseitigt werden konnte?

Ist es selbstverständlich, daß unser Land zu einer Wirtschaftsblüte gekommen ist, die uns die Mittel gibt, unvergleichbare soziale Leistungen auf allen Gebieten zu erfüllen?

Ist es selbstverständlich, daß Millionen Deutsche in der Ferienzeit mit einer selten harten Währung ohne geldliche Beschränkungen ins Ausland reisen können?

Ist es selbstverständlich, daß unser Volk nach unbeschreiblichem Leid und unüberwindbar erscheinender Not wieder zur Lebensfreude geführt werden konnte? Und als Letztes — es ließen sich noch endlos weitere Gesichtspunkte darstellen —

229 Ist es auch selbstverständlich gewesen, daß unser Volk schon nach

ganz kurzer Zeit von den Regierungen und Völkern Westeuropas auf der Grundlage großen Vertrauens zur Zusammenarbeit an einer gemeinsamen Zukunft aufgerufen wurde?

Meine Freunde! Das alles ist absolut keine Selbstverständlichkeit. Es ist ein Ergebnis, für das geschichtlich in erster Linie die CDU und die von Konrad Adenauer geführte Bundesregierung zeichnet (Beifall).

Heute mittag fragte mich ein ehemaliger Berufskollege, ob wohl die FDP bei den Wahlen gut abschneiden würde. Ich sagte: Ich bin kein Prophet, aber warum stellen Sie die Frage? Ja, es gäbe doch zahlreiche Unzufriedene, die sich dann eben einer Partei zuwendeten, die nicht zur Regierungskoalition gehört. Ich habe diesem Kollegen, der im Saal anwesend ist, mit großer innerer Erregung gesagt: Unzufriedene Deutsche im Jahre 1957? Wenn sie in der Mehrheit wären, könnten sie uns nur zu dem pessimistischen Schluß Anlaß geben, daß dieses Volk auch jetzt noch nichts gelernt hat, weil es in der Politik scheinbar vom Genius großer Einsichtsfähigkeit nicht erfüllt wäre (Beifall). Ich weiß aber, daß es anders ist. Ich bin fest davon überzeugt, daß über alle „Meinungsforscher“ hinweg der 15. September ein neuer Tag für uns sein wird, an dem wir am Abend wissen werden, daß für weitere vier Jahre das Geschick unseres Volkes in den Händen von Männern liegt, die wir kennen, die sich bewährt haben und von denen wir wissen, wer sie sind (starker Beifall).

Ich wage nicht, mir vorzustellen, daß abgesehen von überzeugten Sozialisten, die die SPD wählen, und von Überzeugten, die nicht wissen, ob sie da oder dort stehen und dann FPD wählen (Heiterkeit und Beifall), unser Volk als gebranntes Kind, das mit dem Feuerzeug gespielt hat, sich für eine Politik irgendeines Risikos entscheiden wird (Beifall). Und darum geht es.

Ich komme zum Schluß. In den Ländern parlamentarischer Demokratie ist es nicht ungewöhnlich, wenn Parteien, die die Regierung bilden, sich von denen der Opposition ablösen lassen müssen, wenn die Welt über die Ergebnisse der Regierungsarbeit enttäuscht wäre. Das geht aber nur unter normalen Verhältnissen so vor sich. Wenn sich demokratische Völker in einer Art nationalen Notstand befinden, pflegen allerdings in Ländern mit parlamentarischer Tradition alle Kräfte im Interesse von Volk und Staat zusammenzuwirken. Leben wir Deutschen bereits in jeder Hinsicht unter normalen Verhältnissen? Ich glaube kaum. Denn immer noch stehen wir im Übergang aus dem unermesslichen Chaos von 1945 zur erneuerten nationalen Existenz. Das wird so lange der Fall sein, so lange die Welt nicht ihre innere Ordnung wiedergefunden und Deutschland seine staatliche Einheit nicht wiedergewonnen hat. Der nationale Notstand unseres Volkes dauert bis zu einem gewissen Grade darum immer noch an, und alle Parteien im Regierungslager, wie in der Opposition, sollten das auch im Wahlkampf nicht vergessen.

Die Öffentlichkeit unseres Landes soll wissen, daß wir evangelischen und katholischen Christen und Demokraten den großen Bund, den wir miteinander eingegangen sind, um diese große, das deutsche Schicksal zur Zeit tragende Partei zu schaffen um der Zukunft unseres Volkes und ebenso Europas willen unbedingt aufrechterhalten werden. (Bravorufe und starker Beifall).

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss:

Herr Bundeskanzler, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!

Es wird oft eine Frage gestellt, die da heißt: Was sind eigentlich die Aufgaben eines Staates? Man bekommt bei einem Gang durch den Wandel der geschichtlichen Ereignisse, auch der Ereignisse im Dasein unseres eigenen Volkes darauf immer eine ziemlich klare Antwort: Es sind drei große Aufgaben, die einem Staat gestellt sind. Es ist einmal die Aufgabe, für Sicherheit nach außen zu sorgen, eine Ordnung in Freiheit aufzubauen, die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen. Ich sage: die Voraussetzungen zu schaffen, nicht ihn selbst von staatswegen zu organisieren (Beifall).

Zwischen diesen drei Aufgaben, Sicherheit nach außen, Ordnung in Freiheit und Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wohlstand besteht natürlich ein enger innerer Zusammenhang. Sicherheit ist das Kernproblem einer jeden Außenpolitik. Ordnung in Freiheit und wirtschaftliche Wohlfahrt sind Kernprobleme der Innenpolitik. Innenpolitik und Außenpolitik sind natürlich untrennbar miteinander verbunden. Man hat in den letzten acht Jahren aus dem Munde unserer Opposition der Bundesregierung und insbesondere dem Herrn Bundeskanzler persönlich immer den Vorwurf gemacht, er gebe der Außenpolitik den Vorrang vor den brennenden Aufgaben der Innenpolitik oder anders ausgedrückt: er vernachlässige über den Notwendigkeiten der Außenpolitik, wie er sie sehe, die dringenden Probleme der Innenpolitik. Man sollte bei uns einmal angesichts der tragischen Vergangenheit unseres Volkes allein im 20. Jahrhundert begreifen, daß es eine geordnete Innenpolitik ohne Sicherung der Fundamente dieses Staates nach außen nicht gibt und nie geben wird (Beifall).

Wie schon gesagt, hängen innenpolitische und außenpolitische Probleme eng zusammen. Kein Staat kann nach außen eine geordnete Außenpolitik treiben, kein Staat kann Bundesgenossen gewinnen, kein Staat kann Freunde erwerben, kein Staat kann eine auf Vertrauen gegründete Außenpolitik betreiben, wenn er im Innern nicht stabil solide wirtschaftliche und soziale Verhältnisse aufzuweisen hat.

Andererseits ist es aber wirklich keine Übertreibung, zu behaupten, daß die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Staates, angefangen vom Sparsinn des einzelnen Bürgers bis hinauf zu den großen wirtschaftlichen Dispositionen, nicht gegeben sind, wenn die tägliche Existenz schon über die nächste Sicht hinaus bedroht ist. Es gibt kein wirtschaftliches Dispositionsvermögen in unserem Staat, wenn der Einzelne und die Nation sich nicht darauf verlassen können, daß die freiheitliche Existenz des Bürgers und der Nation auf lange Zeit nach menschlichem Ermessen gesichert sind (Beifall).

Man soll nicht vergessen: Fehler in der Innenpolitik mögen das Zusammenleben der Bürger, der einzelnen sozialen und wirtschaftlichen Gruppen und Stände gefährden; Fehler in der Außenpolitik aber pflegen die Existenz der Nation in Frage zu stellen (Beifall).

Wir sind zweimal in unserer Generation, im Jahre 1914 in Blindheit und in den Jahren nach 1933 — was die damals Führenden und Maß-

gebenden anbetrifft in Verblendung — in eine große, das Leben unserer Nation gefährdende Katastrophe hineingeschliddert oder hineingesteuert. Wir haben nach dem Jahre 1945, als der Begriff „Deutsche Politik“ nur in Wünschen, in Theorien, nur in Vorstellungen, aber noch nicht wieder in Wirklichkeiten bestand, uns vorgestellt — und wir sind konsequent mit dem Herrn Bundeskanzler diesen Weg gegangen — wie eine deutsche Außenpolitik aussehen muß, damit uns zum dritten Male innerhalb kurzer Zeit überhaupt der Weg in eine und dann vielleicht endgültige Katastrophe erspart bleibt. Und wir sind zu der Überzeugung gekommen — und Sie haben konsequent nach dieser Überzeugung gehandelt —, daß der Weg Deutschlands, der Weg zunächst der Bundesrepublik, der Weg auch eines wiedervereinigten Deutschlands immer Seite an Seite mit den großen Demokratien des Westens, Seite an Seite mit unseren Bundesgenossen sein muß, und daß die Zeiträume der deutschen Politik, in denen eine Isolierung oder eine Schaukelpolitik zwischen Osten und Westen getrieben wurde, endgültig vorüber sein müssen.

Das hat gar nichts damit zu tun, daß wir nicht von den innigsten Wünschen erfüllt sind, mit dem Osten ein friedliches, gutnachbarliches Verhältnis zu haben und alle schwebenden Probleme auf den Grundsatz der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in vernünftigen Verhandlungen zu lösen.

Wenn man aber die Aufgabenstellung eines Staates sieht in der Sicherheit nach außen, in der Ordnung in Freiheit und in den Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wohlfahrt gilt es zu fragen, sind wir dann überhaupt ein Staat? Es gibt nämlich manchmal einen Unterton, den, so glaube ich, Kollege Lemmer ganz richtig angesprochen hat, daß etwa der Zukunft Deutschlands alles dient, was die Bundesrepublik schwächt und daß, je schwächer die Bundesrepublik ist, desto eher die Einheit und auch die Konsolidität eines zukünftigen Deutschlands gesichert sei. Man soll sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß die Plattform für das zukünftige wiedervereinigte Deutschland die Bundesrepublik ist. Wer diese Plattform gefährdet, verspielt ganz Deutschland (Beifall).

Wir wissen genau, daß sich unsere staatliche Verantwortung — angesichts der bestehenden Verhältnisse — nicht allein auf die 50 Millionen Deutschen erstreckt, die das von manchem nicht genügend geschätzte Glück besitzen, in diesem Staat leben zu dürfen, sondern daß die politische Verantwortung der Bundesregierung und des Bundestages auf alle Deutschen sich erstreckt (Beifall).

Wir wissen sehr genau, daß wir bei allen politischen Handlungen, Maßnahmen und Entschlüsse zu prüfen haben, wie sie sich für ganz Deutschland auswirken und nicht für die Bundesrepublik und für ihre 50 Millionen Einwohner. Wir wissen aber eines auch sehr genau, daß dieser Staat das Recht haben muß, alle staatlichen Autoritäten auszuüben, und daß seine Bürger die Pflicht in sich empfinden müssen, die bürgerlichen Pflichten auch auszuüben (Beifall).

Wer diesem Staate das Recht abspricht, die staatlichen Rechte auszuüben, und wer den Bürgern nicht die Pflicht auferlegt, die staatlichen Pflichten auszuüben, der versündigt sich an ganz Deutschland.

Wir hoffen, wir wünschen und wir wissen, daß sich dieser Staat eines Tages als ein Provisorium erweisen wird. Damit aber aus dem heutigen Staate ein Provisorium wird, müssen wir in unserer Pflichterfüllung ihn solange als Definitivum betrachten, bis er durch unsere politische Arbeit zum Provisorium geworden ist (Beifall).

Wenn man sagt, warum haben wir denn noch nicht heute ein wiedervereinigtes Deutschland, dann schleicht sich in der innenpolitischen Diskussion manchmal bei uns ein böser, im Wahljahr besonders böser und böswilliger Zungenschlag ein, nämlich die Darstellung oder richtiger gesagt, die Unterstellung, als ob es die Politik der Bundesregierung gewesen sei und vielleicht noch die ihrer Verbündeten dazu, daß wir heute noch nicht die staatliche Einheit Deutschlands wiederhaben. Hier haben wir eines der typischen Beispiele, wie Ursache und Wirkung miteinander verwechselt und die Tatsachen auf den Kopf gestellt werden.

Daß es heute noch nicht einen einzigen deutschen Staat gibt, das liegt ausschließlich und allein an einer Tatsache, nämlich an den Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für Deutschland durch die Sowjetunion (Beifall).

Was haben wir seit den Jahren, in denen wir im Wirtschaftsrat zusammengekommen sind, alles an Hindernisgründen aus sowjetischem Munde für die Wiedervereinigung vernommen? Es war zuerst die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanisch-englischen Zone, der Vorläufer überhaupt unserer wirtschaftlichen Wiedergesundung, die die Wiedervereinigung verhindere und gefährde. Es war später die Einführung der DM, die die Wiedervereinigung gefährde oder verhindere, es war die Errichtung der Bundesrepublik, die die Wiedervereinigung gefährde und verhindere, es war dann das Petersberger Abkommen, daß die Wiedervereinigung gefährde oder verhindere, es war dann die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die die Wiedervereinigung gefährde oder verhindere, es war dann der europäische Verteidigungsvertrag, der die Wiedervereinigung gefährde oder verhindere, es waren dann die Pariser Verträge, die die Wiedervereinigung gefährden oder verhindern, es war dann die Einführung der Wehrpflicht, die die Wiedervereinigung gefährde oder verhindere, und es ist jetzt das Problem der Atomwaffen, das die Wiedervereinigung gefährde oder verhindere.

Dabei hätte ich beinahe noch vergessen, als Selbstverständlichkeit hinzuzufügen, daß der Beitritt der Bundesrepublik zum europäischen gemeinsamen Markt oder zur europäischen Atomgemeinschaft natürlich auch ein schweres Hindernis auf dem Wege zur Wiedervereinigung darstellen soll. Man hätte jahrelang nach dem Kriege Zeit gehabt, wenn man gewollt hätte, die Gründung der Bundesrepublik zu verhindern, indem man die Errichtung eines ganzen Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen ermöglicht hätte.

Im Jahre 1950 haben bei uns die Gespräche begonnen — wie es in einer Demokratie üblich ist — über die Möglichkeiten, ob die Bundesrepublik ihrerseits ein Militär aufstellen und damit zu ihrer eigenen Sicherheit einen Beitrag und zur gemeinsamen Sicherheit der freien Welt ihren Teil leisten soll. In demselben Jahr 1950 ist von der Sowjetunion bereits auf der Grundlage der längst errichteten Volkspolizei

in der sog. DDR, in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, der Befehl erteilt worden, militärische Verbände aufzustellen. In der Bundesrepublik gab es im Oktober 1955 den ersten Soldaten in einem Büro, und im Januar 1956 den ersten Soldaten auf einem Kasernenhof. Das war fünfzehn Jahre nach der Errichtung militärischer Verbände in der sowjetischen Besatzungszone durch die Sowjetunion.

Man hört bei uns über das Problem der Sicherheit oft sehr merkwürdige Ansichten, z. B.: Sicherheit sei für uns überhaupt kein Problem; denn es gäbe keine Gefahr für uns. Wir haben uns sagen lassen müssen, daß unsere Betrachtung der aggressiven Politik der Sowjetunion doch nichts anderes sei, als eine Art Kinderschreck, den man brauche zur Rechtfertigung der Adenauerschen Außenpolitik. Daß die Außenpolitik Adenauers so hart und so entschieden und so konsequent geworden ist, beruht auf dem Weitblick dieses Mannes, die Gefahr für Deutschland und Europa zu erkennen und die innere Größe und die innere Verantwortungsbereitschaft zu haben, notfalls gegen die öffentliche Meinung das zu tun, was er in seinem Herzen für seine Pflicht gehalten hat.

Man tut manchmal so, als ob wir vom lieben Gott beinahe eine Sicherheitsgarantie auf Ewigkeit erhalten hätten, als ob es sozusagen seine vornehmste Pflicht wäre, die Deutschen für die Ewigkeit vor jedem nationalen Unglück zu bewahren, gleichgültig, wie sie selbst sich benehmen würden. Wir haben in dem letzten Jahre aus dem Munde eines Mannes, der zu den aufrechten Freunden aller Deutschen gehört, ein mahnendes Wort gehört, das Wort vom Maßhalten in unseren wirtschaftlichen und sozialen Ansprüchen und vom Geduldzeigen in der Verfolgung unserer nationalen Ziele. Wer diese beiden Tugenden „Maßhalten“ und „Geduldzeigen“ übersieht, der wird im Innern das verlieren, was wir haben, und nie das erreichen, was er erreichen will. Und der wird nach außen ewig einer Fata morgana nachjagen.

Eigentlich sollte uns ja ein Blick allein in den kurzen Zeitraum unseres eigenen Lebens zu denken geben, daß für uns das Problem der Sicherheit eine fodernde Frage ist. Wenn wir den Zeitraum — der im Leben eines Volkes doch wahrlich nicht viel darstellt — von wenig mehr als 40 Jahren — vom Jahre 1914 bis heute — überblicken — damals Europa: Glanz und Mittelpunkt der Welt; und Herz- und Kernstück in diesem Europa: das Deutsche Reich — innerhalb weniger Jahre waren Glanz und Macht verspielt. Wenn wir unser eigenes Leben nehmen, wenn man 30 Jahre herausgreift, von 1925 bis heute, so lassen Sie mich in Stichworten dazu einiges sagen: 1925 Tréveid Hindenburgs auf die Weimarer Verfassung, im Herbst der Vertrag von Locarno mit dem begeisterten Ruf von Tausenden: Frieden, Frieden, Frieden! Mit einem Stresemann, der heimkam und wiederum von den Fanatikern der Innenpolitik und des Nationalismus niedergeschrien und bekämpft worden ist; damals im Jahre 1930 die großen Debatten im Völkerbund von Paneuropa, die Rede, die damals Briand gehalten hat, nachdem im Jahre 1929 schon Briand und Stresemann die beiden großen Beiträge zu dieser Idee im Völkerbundpalast geliefert hatten. 1935 kam die allgemeine Wehrpflicht, damals für ein Ziel, wie wir es heute kennen. Im Jahre 1940 lag Europa zu Füßen des Diktators, es schien alles gelungen zu sein, was niemals einen anderem gelungen war. 1945

totale Katastrophe. 1950 ein Militärregierungsgesetz mit dem Titel: „Zur ewigen Verhinderung der Wiederaufrüstung Deutschlands.“ Und 1955 Abschluß der Pariser Verträge mit Recht und Pflicht, einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu leisten. Das haben Sie alles in 30 Jahren. Mehr kann man in einer Generation vom Schicksal nicht verlangen.

Aber der Überblick nach rückwärts ist leicht zu geben. Was wird von heute an in 30 Jahren vorwärts gesehen ein Chronist zu berichten haben, der die Jahre von 1955 vielleicht oder von 1957 bis 1985 überblickt? Wo wird er es tun, unter welchen Umständen mit welcher Redeerlaubnis wird er es tun können? Ich wollte mit diesem Rückblick für eines bitten: Den Blick zu schärfen dafür, daß es in unserer geographischen Situation und unter unseren politischen Umständen und bei dieser politischen Vergangenheit und bei den gegebenen technischen Problemen ein risikoloses, sorgloses, vom Problem der Sicherheit befreites Hineinträumen in den Tag nach eigenen Wunschphantasien für uns nicht gibt und nicht geben wird.

Und nicht der ist der wahre Freund unseres Volkes, der in unserer Lage problems, risikolos, sicherheitslos ein Patentrezept für die Lösung aller Fragen angibt, sondern derjenige — wie es in dem Muster der großen Demokratien des Westens schon oft geschehen ist — der dem Volk rücksichtslos die Wahrheit sagt, und der ihm sagt, daß nur Zusammenstehen in der Gefahr, sich nicht unter Druck setzen lassen, mutig und entschlossen den eigenen Weg gehen, die Probleme bannen wird, um deren Lösung wir heute zu kämpfen haben.

Oder manche sagen: Erstens gibt es kein Problem der Sicherheit, aber zweitens, was haben wir überhaupt zu verlieren? Auch die Fragestellung ist immer wieder mit ständig fortschreitendem Wohlstand oft um so beängstigender gestellt worden. Als ob Freiheit, als ob Sicherheit, als ob Frieden und als ob Wohlfahrt nicht Güter wären, für die es sich lohnen würde, politische Vernunft, Maß und Geduld zu zeigen. Aber es gibt noch eine weitere Lösung des Sicherheitsproblems, in den Augen unserer Opposition, die heißt, die Amerikaner beschützen uns ja sowieso. Die haben sozusagen den historischen Auftrag erhalten. Gleichgültig, was wir tun, gleichgültig, ob wir in USA oder Deutschland mit verschiedenen Zungen sprechen, haben die Amerikaner ja die gottbefohlene Pflicht, alles Risiko auf sich zu nehmen, jeden Fleck der Erde mit einer Sicherheitsgarantie auszustatten und dafür auch möglichst allein die Opfer zu bringen. Meine sehr verehrten Frauen und Männer, Sie wissen ganz genau, daß unser politischer Einfluß und der Einfluß keines Staates ausreichen würde, um eine solche Partnerschaft abzuschließen, bei der der eine alle Lasten, alle Risiken, alle materiellen und persönlichen Opfer zu bringen hat und der andere dafür zuschaut und ihn mit guten Ratschlägen bedenkt und ihn nur mit kritischen Worten überschüttet.

Wenn man aber heute in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken will, als ob die Existenz der NATO ein Hindernis auf dem Weg zur Wiedervereinigung wäre, als ob der Eintritt der Bundesrepublik in dieser Nordatlantischen Sicherheitsgemeinschaft eine Ausschließung für die Wiedervereinigung darstellen würde, dann muß man doch einmal — auch heute — wenigstens noch soviel Gedächtnisvermögen

haben, um sich in Erinnerung rufen zu können, wann und warum diese Sicherheitsgemeinschaft entstanden ist. Unmittelbar nach dem Kriege ist sie nicht entstanden, weder als Bündnis der Sieger gegen die Besiegten noch als Bündnis der Besiegten etwa gegen die Sieger. Die NATO ist im Jahre 1949 errichtet worden als Notgemeinschaft von Siegern und Besiegten des zweiten Weltkrieges, deren Völker ihre freiheitliche Lebensordnung und den Frieden bedroht sahen.

Was ist denn vorhergegangen? Die Unterwerfung von 100 Millionen Europäern mit allen möglichen Mitteln der List, der Täuschung, der Unterdrückung und der brutalen Gewalt in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Albanien, Bulgarien: damit einher gingen Eingriffe und die Kämpfe drüben in Asien, in Indochina; ging der brutale Versuch, durch Blockade die Bevölkerung Berlins mit Hunger auf die Knie zu zwingen und die ganze Reichshauptstadt in sowjetische Herrschaft zu bringen. Wenn damals nicht in letzter Stunde unsere amerikanischen Freunde, damals noch Sieger und Besatzungsmacht, heute unsere Verbündeten, ihre Pflicht begriffen und erfüllt hätten, wäre die deutsche Reichshauptstadt in ihrer Gesamtheit in sowjetrussische Hände gefallen.

Als all das vorangegangen war, die pausenlose Kette von Übergriffen, Rechtsbrüchen, Vergewaltigungen ist die NATO gegründet worden. Und wer heute sagt, die NATO müsse aufgelöst werden, damit möglichst bald Glück und Frieden der Völker ihre Erfüllung fänden, der soll sich eine Frage stellen, ob die Voraussetzungen weggefallen sind, unter denen seinerzeit die NATO errichtet worden ist (Beifall).

Wie alle geschichtlichen und von Menschen geschlossenen Bündnisse ist auch die NATO kein Selbstzweck. Die NATO ist eine Institution mit einem ganz bestimmten, und zwar rein defensiven Zweck, nämlich den Mitgliedsnationen, die sich ihr angeschlossen haben, die Unverletzlichkeit ihres Territoriums, die Freiheit der Bürger und die Unabhängigkeit ihrer Nationen zu gewährleisten:

Stellt man die Frage, ob die Voraussetzungen weggefallen sind, unter denen seinerzeit die NATO errichtet worden ist, dann sollte man eigentlich im Jahre 1957 als unmittelbare Zeugen der ungarischen Tragödie darüber in Deutschland keine Rechtfertigungsrede zu halten haben. Es ist nicht so, daß die sowjetrussischen Truppen aus der deutschen sowjetischen Besatzungszone nicht abziehen können, weil NATO existiert, sondern die NATO existiert, weil die Sowjetunion nach dem Kriege ständig aufgerüstet statt abgerüstet hat. Es geht dabei nicht allein um die Rüstungsstärke.

Wir fühlen uns weder durch ein militärisch noch so starkes Frankreich noch durch ein militärisch noch so starkes England oder ein militärisch starkes Italien oder durch die militärisch unheimlich überlegene USA bedroht. All diese Völker, deren Regierungen und deren öffentliche Meinung nach den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes in einer leidvollen Erfahrung ihre politischen Entscheidungen messen, sind für uns keine Sicherheitsprobleme. Sicherheitsproblem ist für uns eine Militärmacht, an deren Spitze Machthaber stehen mit der Mentalität des dialektischen Materialismus und der weltrevolutionären Ideologie. Wir können, was unsere Sicherheitsleistung gegenüber Österreich, der

Schweiz, Italien, England, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden anbetrifft, auf jeden Soldaten verzichten. Mit einer leichten Polizei könnten wir auskommen. Es gibt ein einziges Sicherheitsproblem und das ist Macht und Verhalten der Sowjetunion.

Meine sehr verehrten Frauen und Männer, und da bietet man uns nun einen neuen Zauberbegriff an; denn überall, wo die Begriffe fehlen, stellen die Wünsche oder Wunschträume sich ein. Man bietet uns die Zauberformel an: ein kollektives europäisches Sicherheitssystem würde alles lösen. Wir würden unsere Wiedervereinigung erhalten, die Sowjets würden die von ihnen so gewünschte Sicherheit erhalten und sich in Ruhe ihren friedlichen Aufgaben hingeben können, die Amerikaner könnten nach Hause gehen und keiner würde jemandem etwas zu Leide tun. Kurzum, es würde der Zustand des allgemeinen paradiesischen Völkerglücks ausbrechen.

Wir haben uns diesen Vorschlag der sozialdemokratischen Partei und Fraktion, wie er jüngst von Herrn Ollenhauer formuliert worden ist, ganz genau, nüchtern und frei von Wunschträumen näher angesehen. Er heißt folgendermaßen:

Es wird ein europäisches kollektives Sicherheitssystem gebildet, an dem alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Sowjetunion — nicht weil man sie nicht hinzunehmen soll, sondern weil sie eine Garantiemacht werden soll — teilnehmen, alle europäischen NATO-Staaten, die Staaten des Warschauer Paktbereiches sowie die neutralen Staaten der verschiedenen Schattierungen. Jeder dieser Staaten gibt eine feierliche Nichtangriffserklärung für jeden der beteiligten Staaten.

Ferner: Jeder dieser Staaten verpflichtet sich, wenn einer der Mitgliedspartner einen anderen überfällt, dem anderen, d. h. dem Überfallenen sofort mit allen Kräften zur Hilfe zu eilen.

Weiter: Alle Mitgliedsstaaten verpflichten sich, sich dem Spruch eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen, das damit überhaupt Gewalt als Mittel der Politik ausschaltet, so daß das Problem der Verteidigung weitgehend überflüssig wird.

Ferner: Alle unterwerfen sich einer Begrenzung ihrer Rüstung und einer Kontrolle dieser Begrenzung.

Schließlich: Als die beiden Garantiemächte treten — die USA und die Sowjetunion auf, und zwar nicht nur, um die Übergriffe zwischen den Paktstaaten zu verhindern, sondern auch, um darauf zu achten, daß keiner der Garantiemächte einem Garantierten etwa zu nahe auf den Leib rückt. Garantiemächte bilden wieder eine Garantiebalance für sich selber.

Das ist der Vorschlag.

Wir sind erschrocken, als wir noch zu diesem Vorschlag hinzugehört haben, daß damit ja auch die Auflösung aller Militärbündnisse Hand in Hand gehen könnte, die Auflösung aller Sicherheitsbündnisse. Das würde also heißen, daß bei uns die nordatlantische Sicherheitsgemeinschaft sich auflöst, daß die amerikanischen Verteidigungsstreitkräfte und die kanadischen sich in ihre Heimatländer zurückziehen, die britischen nach England, wofür ja sowieso eine leichte Tendenz — z. T. jedenfalls — besteht, und daß jeder nur ein nationales Verteidigungssystem auf seinem Boden mit seinen Kräften unterhält.

Das würde etwa dann so aussehen, daß wir allen europäischen Staaten eine Sicherheitsgarantie geben würden; an USA und Sowjetunion brauchten wir sie angesichts der Größenverhältnisse nicht zu geben; und wir würden die Sicherheitsgarantie bekommen von folgenden Staaten: Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg, Island, Frankreich, England, Irland, Schweiz, Spanien, Portugal, Österreich, Italien, Griechenland, Türkei, und wenn man will, noch von Liechtenstein, Monaco, San Marino, Andorra usw. Von allen diesen würden wir Sicherheitsgarantien für uns bekommen. Wir würden auch Sicherheitsgarantien bekommen von Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Jugoslawien. Sie werden sofort merken, was hinter dieser Vorstellung steckt, nämlich ein Wunschtraum.

Unser Sicherheitsproblem beruht nicht in der Frage der Sicherheit vor irgendeinem dieser genannten europäischen Staaten. Auch die sogenannten Satellitenstaaten, auch sie würden von sich allein aus niemals, wenn es nicht im Auftrag oder mit Unterstützung der Sowjetunion geschehen würde, einen Angriff etwa gegen uns richten. Unser Problem der Sicherheit beruht nicht in einer Garantie der hier genannten Mitgliedsstaaten voneinander, unser Sicherheitsproblem beruht in unserer Unabhängigkeit und Sicherheit vor einer der geplanten Garantiemächte dieses Systems. Und wenn man sich vorstellt, daß die amerikanischen Streitkräfte 6000 km weit über den Ozean sich zurückziehen würden, dann bleiben auf europäischem Boden allein die jeder einzelnen europäischen Macht und die allen europäischen Verbündeten zusammengenommen überlegenen Streitkräfte der Sowjetunion — jedenfalls solange überlegen — bis ein umfassendes, allgemeines, kontrolliertes Abrüstungsabkommen ein vernünftiges Gleichgewicht schafft.

Wir stimmen selbstverständlich einem Sicherheitssystem zu. Wir stimmen jedem Sicherheitssystem zu, daß auf Kontrolle beruht, und das auf einem Gleichgewicht der Kräfte beruht. Allein, sich auf eine Unterschrift zu verlassen, wäre angesichts der tragischen Vergangenheit und angesichts des Schicksals der mittel- und osteuropäischen Völker eine verhängnisvolle Leichtfertigkeit.

Das Ziel unserer Verteidigungsmaßnahmen besteht nicht darin — und das muß ich hier einmal laut und deutlich sagen — eine Militärmacht Deutschlands aufzubauen, besteht nicht darin, eine Politik der Stärke im Sinne eines Druckes auf die Sowjetunion etwa zu betreiben, wie es uns immer wieder unterstellt wird. Ich habe da neulich das verhängnisvolle Wort gehört, wir sollten keine Politik betreiben, die der Sowjetunion eine Kapitulation zumutet. Das ist eine Umdrehung der wirklichen Verhältnisse und der Absichten. Wir wollen nur sicher sein, vor den Folgen einer törichten deutschen Politik, an deren Ende die bedingungslose Kapitulation für uns selbst stehen würde. Vor dieser Politik wollen wir sicher sein!

Wir wollen mit unseren Verteidigungsmaßnahmen nichts anderes tun, als innerhalb der Grenzen der uns auferlegten Kontrollen, als innerhalb der Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und innerhalb der Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik einen bescheiden bemessenen Anteil dafür zu leisten, daß die Ziele unseres Verteidi-

gunssysteme in Erfüllung gehen. Und da gibt es nur ein einziges Ziel: Den Krieg verhindern, den Ausbruch eines Krieges unmöglich machen! Wir empfinden es nicht aus persönlichen Gründen schmerzlich, wir empfinden es aber manchmal aus nationalen Gründen schmachlich, wenn Vergleiche gezogen werden, mit einer Zeit, die heute 20 Jahre zurückliegt. Heute gehören wir zur Notgemeinschaft der bedrohten Völker und heute haben wir ein sittliches Recht darauf, zur gemeinsamen Verteidigung und damit auch zu unserer eigenen Zukunft etwas beitragen zu dürfen und beitragen zu müssen.

Man hört manchmal in der Argumentation unserer Gegner einen Unterton, als ob die Schwäche der Bundesrepublik das Wohlwollen der Sowjetunion bei zukünftigen Verhandlungen zwangsläufig herbeirufen müßte und daß unsere Bemühungen um wirtschaftliche, soziale und um außenpolitische Konsolidierung und Stärkung ja nur eine Verhärtung der Sowjetunion herbeirufen hätten. Ja, was kann man denn noch zur Verhärtung beitragen angesichts dessen, was uns in den letzten 10 Jahren zugemutet worden ist auf diesem Gebiet. Man verlangt von uns, die Macht der Sowjetunion als eine Realität anzuerkennen. Jawohl, es wird keinen Menschen geben, der nicht soviel Vernunft hätte, um nicht diese Realität, die nun einmal besteht, die da ist, in unserem Lande ist, anzuerkennen. Aber die Schlußfolgerung daraus, daß wir selbst möglichst ohnmächtig bleiben müssen, ist ein verhängnisvoller Kurzschluß, der einer verfehlten politischen Psychologie entspringt.

Wir bauen zur Zeit unsere Streitkräfte auf; wir bauen sie ohne Über-eilung, langsam, sicher, planmäßig, aber so auf, daß wir damit vor uns selbst, vor unserem Gewissen und auch gegenüber unseren Verbündeten uns dem Gefühl und der Überzeugung hingeben dürfen, daß wir unsere Pflicht erfüllen. Wir haben in den letzten Tagen im Bundestag eine Debatte gehabt von morgens bis abends mit zwei großen Problemen: Atomwaffen und Abrüstung. Innerhalb der Bundesregierung gibt es darüber nur einen einzigen Standpunkt, wie er aus dem Munde des Bundeskanzlers und aus der Regierungserklärung am letzten Freitag zum Ausdruck gekommen ist. Einen Standpunkt, den, wie ich annehme, der Herr Bundeskanzler heute am Ende des Parteitages der CDU noch einmal mit aller Offenheit und Deutlichkeit darlegen wird. Wir wollen eine realistische Friedenspolitik betreiben. Wir wissen, daß es im technischen Zeitalter keine absolute Sicherheit mehr gibt. Wir wollen deshalb alles tun, um einen Krieg zu vermeiden. Der Westen wird nie einen Krieg anfangen, er kann keinen anfangen, das Verteidigungsbündnis der NATO ist rein auf Abwehr ausgerichtet. Das entspricht nicht nur den Statuten, das entspricht der Mentalität der demokratischen Regierungen und Völker. Wir tun auch nichts, um die Situation irgendwie zu verschärfen oder irgendwie zu einer Krise beizutragen. Aber wir warnen auch davor, die von den Sowjets in der Bundesrepublik erzeugte, geschürte und ständig gesteigerte Offensive der Angst, die Panikerzeugung und der Unruhe zum Ratgeber für uns zu machen.

Diese Offensive verfolgt das Ziel der psychologischen Entwertung. Man schildert uns immer in den Darstellungen die Schrecken eines Krieges; mit vollem Recht! Man hat neulich gesagt: der zweite Welt-

krieg begann damit, daß die Flugplätze bombardiert worden sind. Technisch ist das richtig. Der zweite Weltkrieg begann viel früher, er begann in dem Zeitpunkt, wo ein Diktator auf Grund der ihm gegenüber gezeigten Haltung seiner Nachbarn sich der Hoffnung hingeben konnte, daß er, ohne Widerstand zu finden und ohne Risiko einzugehen, ein Volk nach dem anderen überfallen kann. Da begann der zweite Weltkrieg! Und wenn wir verhindern wollen, daß der dritte Weltkrieg ausbricht, dann müssen wir demjenigen, der die Hemmungslosigkeit hätte, ihn auszulösen, klarmachen, daß er überall auf den geschlossenen Widerstand sämtlicher verbündeter Nationen stoßen würde und damit Selbstmord begehen würde (Beifall).

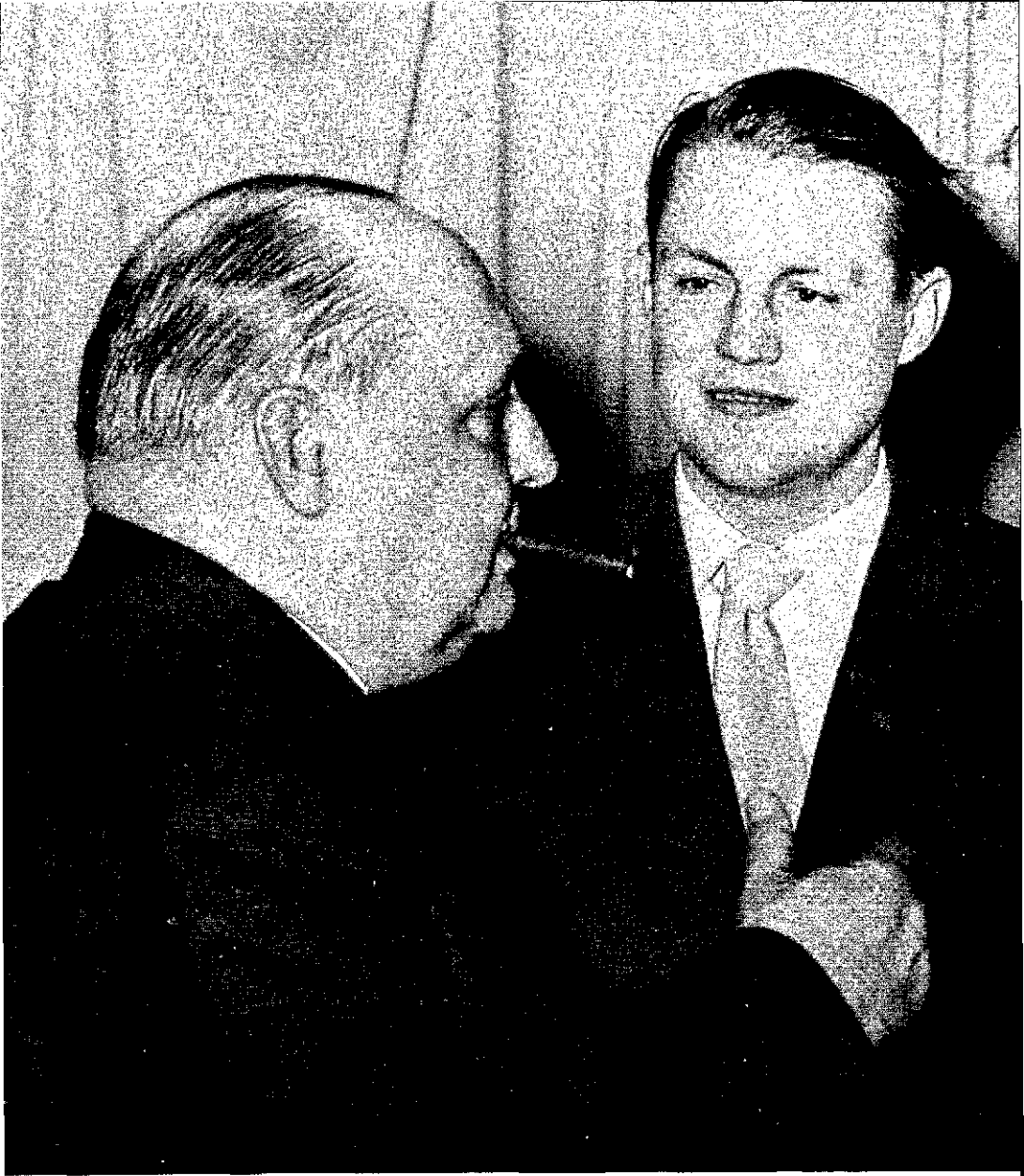
Es gibt kein Problem der technischen Sicherheit mehr, es gibt nur noch ein Problem der moralischen und der politischen Sicherheit durch Geschlossenheit der Notgemeinschaft der bedrohten Völker. Das ist die Sicherheitspolitik der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union, das ist die Sicherheitspolitik der Bundesregierung in den letzten acht Jahren, das ist die Sicherheitspolitik des Herrn Bundeskanzlers.

Damit, daß man das Wort „Sicherheit für alle“ prägt, ist Sicherheit noch nicht für alle geschaffen. Mit dem Aussprechen eines Wortes ersetzt man noch nicht fehlende Tatsachen oder Voraussetzungen. Sicherheit für alle in Deutschland zu schaffen, die soziale Sicherheit, die persönliche Sicherheit und die nationale Unabhängigkeit als die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben in Gesamtdeutschland, das heißt eine realistische Friedens- und Sicherheitspolitik zu betreiben, eine Sicherheitspolitik, die einen Krieg unmöglich macht, weil keiner den Angriff wagt, eine Sicherheitspolitik, an deren Ende der Verhandlungstisch steht, und eine Sicherheitspolitik, an deren Ende die Deutschen gleichberechtigt an diesem Verhandlungstisch sitzen. Wer das will, der wählt Konrad Adenauer und die CDU (starker Beifall).

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Herr Bürgermeister! Meine lieben Parteifreunde! Meine verehrten Damen und Herren! Seit dem Bestehen der Bundesrepublik führt unsere Partei, die CDU und die CSU, in Gemeinschaft mit anderen Parteien die Geschäfte der Bundesrepublik. Es geziemt sich wohl, daß wir auf diesem letzten Parteitag vor den Wahlen alles dessen gedenken, was in diesen fast acht Jahren geschehen ist; daß wir auch mit Dank der Parteien gedenken, die uns dabei geholfen haben. Zwar haben sich diese Parteien etwas verändert (Heiterkeit), aber, meine lieben Parteifreunde, das darf uns nicht hindern, ihnen für die Zeit, wo sie mit uns gearbeitet haben, dankbar zu sein, auch wenn sie jetzt gegen uns arbeiten.

Das Ergebnis dieser Arbeit ist Gegenstand einer Reihe von Vorträgen und Aussprachen auf dem Parteitag gewesen. Herr Kollege von Hassel hat Ihnen kurz wiedergegeben, was dort gesagt worden ist, aber ich möchte doch noch einige Worte hinzufügen und dabei an die Spitze stellen, daß noch auf keinem unserer bisherigen Parteitage die befreundeten Parteien aus den europäischen Ländern so zahlreich bei uns vertreten waren wie auf diesem Parteitag (Beifall). Ich bewerte das als ein Zeichen dafür, daß in den anderen Ländern unsere Ziele, Gedan-



Dr. Gerhard Stoltenberg MdL, Bundesvorsitzender der Jungen Union, und Bundespostminister Ernst Lemmer.



Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß sprach in der öffentlichen Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle

ken, Bestrebungen und Arbeit immer mehr gewertet werden. Das ist gut so, denn die Ideale, die wir vertreten, einigen die europäischen Völker, und diese Gedanken werden in allen Ländern der freien Welt immer mehr und stärker vertreten. Darum danke ich allen Vertretern, die zu uns gekommen sind. Ich danke in erster Linie dem Herrn Präsidenten Schuman, der heute unter uns weilt (sehr starker Beifall).

Wir haben von den Vertretern dieser Parteien viele gute Worte in des Wortes wirklicher Bedeutung gehört. Es waren nicht nur Begrüßungsredensarten, sondern es waren herzliche Grußworte dabei. Jeder einzelne der zahlreichen Redner, die gesprochen haben, hat seinem Grußwort Gedanken beigefügt, die für uns alle beherzigenswert waren. Wenn jetzt auf einem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausländische Gäste von anderen sozialistischen Parteien nicht nur — wie das ein höflicher Gast ja tut — freundliche Worte sagen, sondern einmal offen sprächen, dann, so glaube ich, bekämen die deutschen Sozialdemokraten manch böses Wort zu hören (Beifall). Denn, meine verehrten Freunde, ich habe manchen Sozialisten aus anderen Ländern gesprochen, der mir kopfschüttelnd gesagt hat: Wir verstehen einfach unsere Leute nicht mehr. — Und ich konnte darauf nur antworten: Ich verstehe sie auch nicht. — (Heiterkeit.)

Manche Gebiete, denen unsere Arbeit gegolten hat, konnten auf diesem Parteitag, wie das in der Natur der Sache liegt, nicht genug berücksichtigt werden. Lassen Sie mich daher hier mit wenigen Worten davon sprechen, und zwar möchte ich gedenken der Arbeit für die Landwirtschaft und der Arbeit für den Mittelstand. Ich möchte namentlich auch hinweisen auf die sehr beherzigenswerten Worte eines Redners, der uns mit guten Gründen ans Herz gelegt hat, daß noch sehr vieles geschehen könne, um auch die mittelständischen Betriebe so instandzusetzen, daß sie in der heutigen Zeit besser mitkommen. Und das wollen wir tun (lebhafter Beifall).

Nachdem die Großindustrie und die Schwerindustrie zum Teil mit Hilfe des Bundes modernisiert worden sind, muß jetzt unsere Arbeit der Modernisierung der Mittelbetriebe und dem Handwerk gelten (Beifall). Meine Freunde! In der Begrüßungsversammlung in der Staatsoper ist auch von der Unterstützung der Wissenschaft und der Forschung und der Studenten gesprochen worden. Ich halte das für dringend notwendig, meine Damen und Herren (Beifall). Nun, es scheinen hier einige Studenten unter uns zu sein (Zustimmung und Heiterkeit). Wenn in Entschließungen studentischer Gruppen auch mal ein Wort steht, was man im vorgerückten Alter nicht mehr gebrauchen würde, so nehme ich das gar nicht übel (Heiterkeit und Beifall).

Daß das nicht nur Worte sind, sondern daß den Worten auch die Taten folgen, können Sie daraus ersehen, daß im Haushaltsplan für das nächste Jahr die bisherige Summe für Wissenschaft und Studentenförderung von 194 Millionen auf 458 Millionen erhöht worden ist; dazu 33 Millionen für die Begabtenförderung von Studenten (lebhafter Beifall).

Es ist auf unserem Bundesparteitag von den Rednern des heutigen Vormittages mit sehr guten Worten über den Aufstieg der Wirtschaft gesprochen und als Ziel hingestellt worden, daß wir bestrebt sind, Eigentum zu streuen, um jedem die Möglichkeit zu geben, Eigentum zu

erwerben, und zwar nicht aus materiellen Gründen allein, sondern um ihm ein Gefühl der Sicherheit und der inneren Freiheit zu geben (Beifall).

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist einer der großen Gegensätze zwischen uns und der Sozialdemokratie: Wir wollen Eigentum für den einzelnen aus den eben genannten Gründen, damit er sich als ein gleichgestellter, freier und gesicherter Mensch vorkommt. — Und die Sozialdemokratie will Eigentum für den Staat. — Und das, meine Damen und Herren, wollen wir unter gar keinen Umständen! (Sehr starker Beifall.) Nach meiner Auffassung, die vielleicht nicht jeder von Ihnen teilt, wünsche ich, dem Staat — gleichgültig, in welcher Form er uns gegenübertritt, ob als Bund, als Land oder als Gemeinde — möglichst wenig Rechte zu geben (Beifall). Je freier der Mensch ist, desto eher wird er auch seine Pflicht tun; und je weniger Beamte nötig sind, desto glücklicher ist das Land, das sich selbst regiert! (Sehr starker Beifall.)

Meine Freunde! Diese Stadt Hamburg zeigt gewissermaßen wie in einem Brennspiegel den Niedergang und den Aufschwung einer Wirtschaft, ihren Export und ihren Import. Diese Stadt Hamburg, die ich nach der nationalsozialistischen Zeit zum ersten Mal im Jahre 1946 wiedergesehen habe, bot damals ein trauriges, ein schreckliches Bild. Ich war Mitglied des Zonenbeirates. Was haben wir damals gefroren und gehungert hier in Hamburg! Und wenn wir nun heute diesen Hafen, diesen Schiffsverkehr, diese Fülle der Fabriken, diese Läden, diesen Lichterglanz sehen, dann ist es wirklich wie ein Wunder, das geschehen ist. Ich weiß, daß der Fleiß, die Klugheit, die Strebsamkeit und die Sparsamkeit der Bürger dieser Stadt ihren wohlgemessenen Anteil hieran wie überhaupt beim Aufschwung in der ganzen Bundesrepublik haben, aber, meine Damen und Herren, wenn nicht unsere Partei — und in diesem Fall an der Spitze Bundesminister Erhard — (brausender Beifall!) damals die Entschlossenheit gezeigt hätte, Schluß zu machen mit der dirigistischen Wirtschaft, um dadurch die Kräfte des einzelnen Menschen zu entfesseln, dann wäre es niemals zu diesem Aufstieg gekommen! (Starker Beifall.) Die Sozialdemokratie will „Sicherheit für alle“. Das sagt man leicht, wenn andere das verschafft haben, was der Sicherheit wert ist (Zurufe: Sehr richtig!). Auf diese „Sicherheit für alle“ komme ich noch im Laufe meiner Ausführungen zurück.

Ich möchte noch etwas zu Hamburg sagen, meine Freunde, über Ihre Besorgnisse, die ich kenne, und über den Aufschwung, den die Stadt genommen hat. Lassen Sie mich nur zwei Ziffern sagen. Der Güterverkehr zur See des Hamburger Hafens war, wenn ich für das Jahr 1936 die Ziffer 100 nehme, im Jahre 1956 125, also ein Viertel mehr als im Jahre 1936. Der Schiffsbau in Hamburg zeigt folgendes Bild: Wenn ich die Zahl 100 für 1936 nehme, dann ist er zunächst gesunken im Jahre 1949 auf 2,9 %, aber dann auf 249,8 % im Jahre 1956 gestiegen. Sie sind hier in Hamburg in Sorge nach zwei Richtungen hin, einmal wegen des Ausbaus der Elbehäfen und zum anderen wegen der Elbvertiefungen. Der Bund kennt Ihre Sorgen und weiß um die Bedeutung, die die Nordseehäfen für die ganze deutsche Wirtschaft haben. Er wird das Seine tun, daß diese Frage in Ihrem Sinne gelöst wird (Beifall).

Sie beschäftigt noch eine — Sorge will ich nicht sagen — weitere Frage, nämlich die: wie wird es mit dem Freihafen in Hamburg werden, wenn wir den Gemeinsamen Markt haben? — Nun, ich meine, Sie brauchen sich darüber keine Sorgen zu machen. Nach meiner festen Überzeugung werden unter dem Gemeinsamen Markt Hamburg und die Nordseehäfen einer weiteren und größeren Blüte entgegengehen (lebhafter Beifall). Wenn Sie so weiter arbeiten wie bisher und wenn Sie unter einer klugen Leitung dieser großen Stadt fortfahren, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um ihre Wirtschaft zu vergrößern, dann werden Sie auch in den Jahren gut fahren, die vor uns liegen.

Ich habe eben davon gesprochen, daß wir auf dem letzten Parteitag vor den Wahlen des Jahres 1957 einen Rückblick zu halten, gewissermaßen einen Rechenschaftsbericht zu geben haben. Wenn man einen solchen Rückblick hält, dann treten einige Entschlüsse, die wir im Bundestag und in der Bundesregierung gefaßt haben, als besonders entscheidend hervor. Davon ist auch auf dem Parteitag gesprochen worden, aber lassen Sie es mich hier noch einmal sagen: Die große Wende im Geschick des deutschen Volkes kam im Jahre 1949, als wir das Petersberger Abkommen annahmen. Damals hat es sich entschieden, ob wir uns in Ressentiments, weil wir den Krieg verloren hatten — den übrigens Deutsche begonnen hatten —, von der übrigen Welt in Trotz, in Niederlagenheit, ich weiß nicht, in welchen Gefühlen, nun abwenden sollten, oder ob wir genau das Gegenteil tun sollten, nämlich Anschluß zu suchen an die freien Völker der Welt. Wir haben uns damals für den zweiten Weg entschieden. Die Sozialdemokratie wollte in einer erregten Nachsitzung des Bundestages den ersten Weg gehen. Wenn dieser erste Weg gegangen worden wäre, dann würde jetzt die Bundesrepublik ein armseliges, ein freudloses Leben haben, politisch unfrei, ohne Einfluß und ohne Freiheit. Ich glaube, daß eine spätere Geschichtsschreibung unserer Partei und unserer Bundestagsfraktion den damaligen Entschluß als richtig bestätigen wird. In Deutschland war es damals schwer, wenn das nationale Gefühl aufgestachelt wurde — wie damals von den Sozialdemokraten —, gegen dieses vermeintliche, aber falsche nationale Gefühl zu handeln. Aber wir haben dagegen gehandelt, und dieser Entschluß bedeutete — wie im Drama die Peripetie — den Umschwung in unserem Geschick! (Lebhafter Beifall.)

Es ist uns dann gelungen — ich brauche das nicht im einzelnen auszuführen —, mit unseren früheren Gegnern in eine enge Gemeinschaft, ja, in Bündnisse zu kommen. Nur mit einem unserer früheren Gegner, mit der Sowjetunion, war es unmöglich, in ein anderes Verhältnis zu kommen, weil diese Siegermacht entgegen den Verpflichtungen, die Sowjetrußland eingegangen war, ihre Besatzungsmacht dazu benutzte, um die Menschen in der ihr unterstellten Zone der Freiheit zu berauben.

Ich habe heute die Freude gehabt — allerdings eine nicht ganz reine Freude —, mit einer Anzahl von Männern und Frauen, die aus den Zuchthäusern der Sowjetunion nach jahrelanger Strafe entlassen worden, und mit Frauen, die aus Workuta in Sibirien zurückgekommen sind, zu sprechen. Etwas, was mir da gesagt worden ist, das ist mir sehr zu Herzen gegangen. Diese Männer und Frauen haben darüber geklagt, daß sie in der Bundesrepublik nicht so aufgenommen würden, wie sie

das doch geglaubt hätten. Es war beschämend zu hören, daß 30 % der Leute, die da in dem Saale waren, noch keine Arbeit gefunden haben. Meine Damen und Herren! Unser Bundespräsident hat früher einen Appell an die Wirtschaft gerichtet, den ich heute wiederholen möchte: Diese Leute, die unsere Brüder und Schwestern sind und die gelitten haben für die Freiheit, deren wir uns erfreuen, müssen von der Wirtschaft unter allen Umständen aufgenommen werden! (Starker Beifall.) Die Zeit ist sehr ernst, und es gibt noch keine Sicherheit. Ich sage Ihnen das ganz freimütig. Und wenn jemand sagt „Sicherheit für alle“, so kann das zur Zeit keiner versprechen. Aber so ernst die Lage auch ist, die Lage ist nicht hoffnungslos. Wir müssen nur konsequent sein; wir müssen geduldig sein; und die freien Völker des Westens müssen einig sein. Sicher ist, daß die Sowjetunion es ist, die durch ihre Politik verhindert, daß jetzt Sicherheit und Friede auf Erden herrschen. Sicher ist die Sowjetunion ein mächtiger Staat, sie ist ein aggressiver Staat. Sie haben von meinem Freund Strauß alle die Namen der Länder gehört, die Sowjetrußland seit 1945 ihrer Freiheit beraubt hat. Sowjetrußland ist aggressiv, weil der Kommunismus aggressiv ist — weil eine Diktatur immer aggressiv ist. Aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, trotzdem hat die Sowjetunion mindestens so schwere Sorgen, wie wir sie haben. Wenn sich die Sowjetunion dazu entschlossen hat, mit einem Strich die Ersparnisse ihrer Einwohner in Höhe von 260 Milliarden Rubel, die sie mit saurem Schweiß in härter Arbeit verdient haben und die sie dem Staate geben mußten, einfach zu kassieren, dann ist das ein Zeichen dafür, in welcher außerordentlich schwieriger Lage dieser Staat ist.

Darum brauchen wir den Mut nicht sinken zu lassen. Aber ich wiederhole nochmals, Geduld gehört dazu, und es gehört die Einmütigkeit der freien Völker des Westens dazu. Wovon lebt die Sowjetunion bei ihren aggressiven Tendenzen? Sie lebt davon, daß der Westen uneinig werden könnte. Darum bin ich so erschüttert davon, daß gerade jetzt, während wir diesen Parteitag abhielten, in angesehenen Zeitungen unter der Überschrift „Die Vereinigten Staaten ändern ihre Politik“ Artikel erschienen sind, die Unruhe, Unsicherheit in unser Volk hineingetragen haben und andererseits bei den Russen Freude erweckt und die Hoffnung gestärkt worden ist, daß das Bündnis des Westens auseinandergehen würde.

Herr Kollege Lemmer hat schon davon gesprochen, daß diese Nachrichten einen — so ähnlich hat er sich ausgedrückt — entarteten Nationalismus hervorgerufen hätten. — Ein sehr milder Ausdruck! Ich meine, wenn diese Nachricht wirklich richtig gewesen und damit plötzlich unsere ganze Außenpolitik zusammengebrochen wäre, dann hätten uns die oppositionellen Parteien zwar etwas ankreiden können, aber als Deutsche hätten sie doch die Hände ringen und sagen müssen: um Gottes willen, was soll denn jetzt aus dem deutschen Volke werden (starker Beifall). Was ist statt dessen geschehen? Lesen Sie nur, was offiziell von der Sozialdemokratie darüber gesagt und welches Triumphgeheul geradezu angestimmt wird. Lesen Sie, was die FDP dazu sagt. Lesen Sie, was der BHE dazu sagt.

Ich spreche jetzt nicht als Parteipolitiker und auch nicht als Bundeskanzler, ich spreche als Deutscher. Ich muß gestehen, mir ist eine

**Ein Blatt
von
Weltruf**

völlig unabhängig

richtungweisende Leitartikel

freimütige Kommentare

**von Weltpresse
und Rundfunk oft zitiert**

Süddeutsche Zeitung
MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN

Größte Tageszeitung Süddeutschlands

AK.

solche Gesinnung, eine solche Haltung von Deutschen einfach unverständlich! (Starker Beifall.) Nun hat sich inzwischen herausgestellt, daß sämtliche Nachrichten von Anfang bis zu Ende erfunden waren. Sicher, wir haben den Nachrichten nicht geglaubt, aber wir fanden es doch sehr merkwürdig, daß diese Nachrichten gerade an unserem Parteitage an die Öffentlichkeit kamen. Das mag ein zufälliges Zusammentreffen sein, aber immerhin, ich gebe es offen zu, auf den ersten Augenblick hat es unsere festliche Freude nicht erhöht. Und nun lassen Sie mich Ihnen die neuesten Telegramme über diese Angelegenheit vorlesen. Ich wiederhole nochmals, es ist in großen Balkenüberschriften erklärt worden und es geht heute durch eine ganze Reihe von deutschen Zeitungen in derselben Richtung —, daß Amerika seinen Kurs geändert habe. Ich Verlese:

„Heute hat der Staatssekretär Dulles in einer Pressekonferenz den Gedanken einer neutralisierten Zone, die eine Teilung Deutschlands bestehen läßt, abgelehnt und erklärt, daß sich ein Abrüstungsversuch mit der Sowjetunion vielleicht leichter in der Arktis als in Europa durchführen lasse. Dulles hob hervor, daß die amerikanische Regierung in allen Abrüstungsfragen aufs engste mit Bundeskanzler Adenauer und der Bundesregierung zusammenarbeiten werde (Starker Beifall). Dulles betonte wiederholt, die Vereinigten Staaten zögen im Augenblick keinerlei Pläne für die Bildung neutralisierter Zonen in Deutschland oder anderswo in Betracht. Er erinnerte daran, daß Bundeskanzler Adenauer selbst vor einiger Zeit vorgeschlagen hatte, er werde sich im Falle der deutschen Wiedervereinigung bereit finden, keine Streitkräfte im östlichen Teil Deutschlands zu stationieren. Diese Ansicht des deutschen Regierungschefs, so erklärte Dulles, verdiene sorgfältige und wohlwollende Erwägung.“

Ich habe das gesagt und ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe. Wenn Sowjetrußland behauptet — und das hat es behauptet —, daß durch die Wiedervereinigung Deutschlands unser Potential zu sehr gestärkt würde, nun ja, wenn Rußland auf dem Wege freier Wahlen uns die Zone und die Menschen der Zone wiedergibt, dann würden wir bereit sein, dieses Gebiet nicht in unser Kriegspotential hinein-zuziehen. Ich glaube, jeder von Ihnen würde mir darin zustimmen (lebhafter Beifall). Ich verlese weiter:

„Auf die Frage eines Reporters, ob die amerikanische Regierung bei ihrer Haltung bleiben würde, daß nämlich jeder Plan einer Abrüstungskontrolle in Europa abgelehnt würde, der nicht gleichzeitig die Wiedervereinigung Deutschlands voranbrächte, erwiderte Dulles, er werde sich in dieser Frage vorwiegend von den Ansichten des Bundeskanzlers Adenauer leiten lassen (Beifall). Dulles versicherte in diesem Zusammenhang wiederholt, daß die Vereinigten Staaten irgendeiner Vereinbarung auf der Grundlage der Teilung Deutschlands niemals zustimmen würden.“

(Sehr starker, anhaltender Beifall.)

Vom Londoner Auswärtigen Amt ist eine ähnliche Erklärung abgegeben worden; ebenso von dem Vorsitzenden des Unterausschusses der UNO-Abrüstungskommission, Herrn Stassen; ebenso von dem französischen Außenminister Pineau, so daß nun auf der ganzen Front

diese Bekräftigungen vorliegen, daß unsere Verbündeten treu zu uns halten — wie wir natürlich auch treu zu ihnen halten (starker Beifall). Nun hören Sie, was der Pressechef der SPD, Herr Fritz Heine, dazu sagt. Er erklärte zu der jüngsten Erklärung des amerikanischen Außenministers, dieses Dementi gehe wie alle anderen in einem entscheidenden Punkt an der Sache vorbei. Entscheidend sei die Tatsache, daß über die Inspektion begrenzter Gebiete und die Verdünnung der in diesen Gebieten stationierten Truppen diskutiert und Deutschland in diese Überlegungen einbezogen werde. Alle Dementis dienten nur dazu, von der entscheidend wichtigen Änderung des Kurses in Richtung auf Inspektion, Kontrolle und Verdünnung der Truppenstärke abzuweichen.

Ich frage, kann man die Tatsachen mehr verdrehen, als das hier Herr Heine tut? Dulles, London und Paris, alle erklären: 'Nichts wird geschehen ohne die Zustimmung Deutschlands. Es hat sich nur um die Frage gehandelt — auch in dem Interview Eisenhowers —, ob man eine Luftinspektion, nicht eine Verdünnung der Truppen, überhaupt vornehmen könne. Und was macht Herr Heine daraus? Nun, meine Damen und Herren, es ist immer schwer — ich gebe das ohne weiteres zu — für einen Politiker, seine Blamage einzugestehen, aber schlimmer ist es, wenn der Sprecher einer so großen Partei, wie es die Sozialdemokratische Partei ist, die ausländischen Staatsmänner in dieser Weise beschimpft und ihre Wahrhaftigkeit in Zweifel zieht. Das gehört sich nicht! (Lebhafter Beifall.) Ich möchte Ihnen zum Schluß dieses Kapitels folgendes aus London vorlesen:

„Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte heute, Dienstag, in London, in Abrüstungsbesprechungen könne, was Deutschland berühre, ohne deutsche Zustimmung nichts beschlossen werden. Weiter wird dort gesagt, daß in den britischen Kreisen von irgendwelchen Plänen Amerikas überhaupt nichts bekannt sei.“

Ich freue mich, daß dieser Schuß vor den Bug — so war es gedacht — zur Folge gehabt hat, daß wir von unseren Verbündeten diese präzisen Erklärungen bekommen haben (langer und starker Beifall).

Meine Freunde! Bei dem Wahlkampf, der uns bevorsteht, wird unser Gegner die SPD sein; die anderen oppositionellen Gruppen spielen keine entscheidende Rolle; aber die SPD, das wird der Gegner sein, den wir angreifen und bekämpfen müssen — und den wir schlagen werden! (Sehr starker, rauschender Beifall.)

Wenn ich die Mittel eines Fonds dazu verwenden könnte, würde ich einen Preis aussetzen von 50 000 DM für die Lösung der Frage: Was ist das Programm der SPD? (Große Heiterkeit.) Ja, meine Damen und Herren, Sie nehmen das so hin, aber ich habe mich ernsthaft mit der Frage beschäftigt. Ich habe wirklich versucht, ihr auf den Grund zu gehen. Ich finde keinen Grund, meine Damen und Herren. Man hört gelegentlich Äußerungen von Führern der SPD; man hört auch gelegentlich „keine Äußerungen“ von Führern der SPD. Neulich kam eine Broschüre heraus vom Parteivorstand der SPD über die Reise Herrn Ollenhauers durch Amerika; sehr schön bebildert! (Heiterkeit.) Ich bekam die Broschüre in die Hände, als die Atomfrage anfang sich bemerkbar zu machen. Natürlich habe ich mich bemüht, festzustellen, was denn Herr Ollenhauer über die Atomfrage gesagt hat. Nichts, meine

Damen und Herren! Er hat geschwiegen! In der ganzen Broschüre steht kein Wort von atomaren Waffen. Er war überhaupt sehr korrekt, sehr ordentlich, sehr brav! (Große Heiterkeit.) Nun hoffe ich, daß mir nicht übel genommen wird, daß ich das gesagt habe. Wenn Sie diese Broschüre einmal — geben Sie bitte kein Geld dafür aus, geben Sie das Geld uns — (Heiterkeit) umsonst von einem sozialdemokratischen Freund geliehen bekommen und sich das ansehen, dann werden Sie feststellen, zwischen den Reden, die Herr Ollenhauer in Amerika gehalten hat, und den Reden, die er hielt, und den Reden, die Herr Wehner hier hält, besteht ein großer Unterschied. Drüben ist eben ein völlig anderes Klima als hier (Heiterkeit und Zustimmung).

Nun rühmt sich die Sozialdemokratie, eine Partei der Freiheit zu sein. Ich habe von dem Zweck gesprochen, den wir mit der Schaffung des Eigentums verfolgen. Ich meine, eine Partei, die für die persönliche Freiheit eintritt, müßte sich uns anschließen. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Die Gewerkschaften sind kein Teil der SPD, sondern das Fundament der SPD (Zustimmung). Die Gewerkschaften wollen, daß das Eigentum nicht mehr in den Händen der Kapitalisten sein soll; aber sie wollen auch nicht, daß die Aktien in die Hände der kleinen Leute kommen, die man damit nur „verdirbt“. Nein, die Aktien sollen in die Hände der Gewerkschaften kommen — sicher sind einige oder auch viele von Ihnen Mitglied der Gewerkschaft —, weil sie sagen, daß nur dort die wahre und volle Freiheit herrsche.

Es ist uns gerade jetzt wieder von Herrn Mellies auf Grund von Ausführungen hier auf unserem Parteitag vorgeworfen worden, daß in unserer Partei völlige Unfreiheit herrsche und daß sich alle ohne weiteres meinem Kommando fügten und keiner etwas zu sagen habe. Sie haben eben den Herrn Strauß gehört. Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß er sich so ohne weiteres fügen wird? (Heiterkeit und Rufe: Nein!) Schließlich wird er es ja tun, aber nicht so ohne weiteres (erneute Heiterkeit).

Zum Begriff oder Thema „Freiheit“: Ich möchte einmal wissen, in wieviel Fällen ein Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion es gewagt hat, gegen einen Fraktionsbeschluß zu stimmen! (Beifall.) Mir ist — ich kann mich darin irren — nur ein einziger Fall bekannt, und der Betreffende — es war im ersten Bundestag — ist nicht mehr wiedergekommen! In unserer Fraktion dagegen tolerieren wir — sehen Sie sich die Abstimmungslisten, auch bei namentlichen Abstimmungen, einmal an — durchaus, wenn jemand seiner von der Mehrheit der Fraktion abweichenden Meinung durch entsprechendes Abstimmen Ausdruck gibt. Das Wesen der Demokratie besteht doch nicht darin, daß nun in den Fraktionen Zwang ausgeübt wird, sondern in der Verfassung steht, daß jeder Abgeordnete allein seinem Gewissen verantwortlich ist. Ich darf Ihnen sagen, als diese Frage des Fraktionszwanges zu der Zeit, als der Bund noch nicht bestand, in der Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen erörtert wurde, habe ich erklärt, ich würde niemals einer Fraktion beitreten, die Fraktionszwang kennt (Beifall). Ich glaube, das ist auch richtig. Wir wollen freie Männer und freie Frauen in den Parlamenten, wir wollen nicht kommandierte Männer und Frauen! (Lebhafter Beifall.)

Frau Dr. Luise Rehling, MdB,
sprach über „Familie und Jugend“



Bundesfamilienminister Dr. Franz
Josef Wuermeling mit Bundesar-
beitsminister Storch





Frau Tillmann und Frau Ehlers, die Gattinnen des um die Partei so hochverdienten Bundesministers Dr. Robert Tillmann und des Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers als Ehrengäste des Parteitages

Bundesvertriebenenminister Prof. Dr. Oberländer
und Reichsminister a. D. von Keudell von den mitteldeutschen Landsmannschaften



Um so lobenswerter ist es für eine so große Fraktion wie die unsrige — die über 250 Männer und Frauen aus allen Gegenden, aus allen Ständen und aus allen Schichten der Bevölkerung umfaßt —, daß sie in der Frage der Rentenheraufsetzung trotz gewisser Schwierigkeiten, die klargelegt werden mußten, ohne jeden Zwang einstimmig beschlossen hat. Durch diese einstimmige Abstimmung unserer Fraktion hat sie sich als eine sozial denkende Fraktion bewiesen, als eine Fraktion, die es ernst nimmt mit der Erfüllung der sozialen Pflichten (starker Beifall). Diese Rentengesetzgebung wird nach meiner Meinung in der Öffentlichkeit nicht immer unter dem richtigen Gesichtspunkt betrachtet. Sie wird vornehmlich betrachtet — es ist das verständlich — als eine Sorge für die schon aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Menschen. Man muß sie aber von einem viel umfassenderen Standpunkt aus betrachten; denn diese Rentengesetzgebung gibt allen denen, die jetzt noch im Arbeitsprozeß stehen, die Gewißheit, daß sie, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, zu arbeiten, ein anständiges Leben führen können (Beifall). Wenn Sie unter diesem Gesichtspunkt das Gesetzgebungswerk betrachten, dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß wir dadurch einem ganz großen Teil der Deutschen eine Sicherheit geschaffen haben, die sie früher nicht gehabt haben.

Lassen Sie mich noch zu zwei Dingen kurz sprechen. Das eine ist die Frage der Wiedervereinigung. Die Sozialdemokratie wirft uns vor: Ihr tut nichts, ihr habt nichts erreicht. — Nun, wir haben zunächst das erreicht, daß alle freien Völker die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu einer fundamentalen Forderung ihrer eigenen Politik gemacht haben (Starker Beifall). Das ist nicht nur ein großer moralischer Erfolg, das ist auch ein großer politischer Erfolg, der sich auswirken wird. Bisher hat mir noch kein Sozialdemokrat irgendeinen Weg gezeigt, wie man denn die Wiedervereinigung in Freiheit ohne Kampf heute erreichen könnte.

Wir müssen uns doch darüber klar sein, so traurig das ist, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Frage der großen Politik geworden. Und sie wird gelöst werden mit den Problemen der großen Politik. Aber dann wird sie auch gelöst werden. Und unsere Pflicht ist es, bis dahin die geistigen und die menschlichen Bande mit unseren Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges fest zu knüpfen und ihnen zu helfen, wo wir ihnen, ohne sie zu gefährden, helfen können. Und das wollen wir tun! (Langanhaltender, großer Beifall.)

Und nun noch eine weitere Frage, die jetzt so außerordentlich stark die Menschen beschäftigt, nämlich die Frage der atomaren Waffen! Alle Völker der Welt sind sich darüber klar, daß ein atomarer Krieg etwas Schreckliches sei. Alle freien Völker sind sich auch darin einig, daß alles geschehen muß, was irgendwie möglich ist, um zu einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung zu kommen. Das deutsche Volk kann sich darauf verlassen, daß wir jeden politischen Einfluß und alle politische Kraft bei unseren Verbündeten dafür einsetzen, daß wir zu dieser kontrollierten atomarischen Abrüstung kommen werden. Aber die Frage, die nun die Sozialdemokraten aufgeworfen haben, nämlich die Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, das war doch eine sehr merkwürdige Sache; denn diese Frage wird überhaupt erst in zwei oder in drei Jahren zur Entscheidung stehen, weil es die atomari-

Erfahrene Fachleute beraten Sie bei der Herstellung von Werbefilmen, Industrie-, Dokumentar- und Fernsehfilmen, die wir in den leistungsfähigen, modernen Hamburger Ateliers nach Ihren Wünschen produzieren

SATORH*H*FILM

IM SATOR WERBE-VERLAG

HAMBURG 1 - HERMANNSTRASSE 46 - RUf 32 38 51
PRODUKTIONSBURO: HAMBURG-WANDSBEK
FILMSTUDIO TONNDORFER HAUPTSTRASSE 90

CIVIS

ZEITUNG FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

Herausgegeben vom Bundesvorstand des
Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Bonn
Nassestraße 1, im Civis-Verlag, Marburg

ANZEIGENVERWALTUNG: SATOR WERBE-VERLAG - HAMBURG 1 - FOLSCHBLOCK 8

schen Waffen, die die Amerikaner ihren Verbündeten evtl. geben wollen, noch gar nicht gibt. Und trotzdem wollte die Sozialdemokratie den Bundestag zu einem Beschluß darüber zwingen, um nachher sagen zu können: Die sind für den atomaren Krieg! —

In diesen Tagen und Wochen tagt die Abrüstungskommission in London, deren Verhandlungen eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben. Wenn allerdings der Bundestag am Freitag beschlossen hätte, die deutsche Bundeswehr wird niemals irgendeine Waffe, die mit Atom zusammenhängt, bekommen, dann wäre das der Todesstoß für die NATO gewesen, und damit wäre jede, aber auch jede Neigung der Sowjetunion, zu einer kontrollierten Abrüstung zu kommen, erledigt gewesen (starker Beifall). Deswegen war auch dieser Antrag nichts anderes als eine reine Propagandaangelegenheit. Aber es gibt nun einmal in einer solchen Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, gewisse Dinge, bei denen es sich um das Wohl und das Wehe von Millionen handelt, die niemals zum Gegenstand einer Parteipropaganda gemacht werden dürfen (Beifall).

Nicht allein die Regierungskoalition, auch die Opposition hat Pflichten gegen das Volk. Ich kann nur das eine sagen, wenn ich die Arbeit der Opposition seit dem Bestehen der Bundesregierung betrachte, so finde ich nichts anderes als eine Kette von nicht eingetroffenen Prophezeiungen, von Anfang an bis heute, wo sie triumphieren — sie hätten es immer gesagt —, daß unsere Verbündeten uns im Stich gelassen hätten. Nein! Verlassen Sie sich darauf, meine Freunde, und das deutsche Volk möge sich darauf verlassen, daß die Männer und die Frauen, die nun seit Beginn der Bundesrepublik treu und gewissenhaft, geduldig, stetig, klug und mit Erfolg gearbeitet haben, auch nach der Wahl im September dieses Jahres ihre Arbeit in der gleichen Weise fortsetzen werden.

Ich habe die feste Überzeugung, daß das deutsche Volk — es kennt nun einmal die Arbeit dieser Männer und Frauen — nicht geneigt ist, in dieser so unendlich gefährvollen Situation, wie die ist, in der wir leben, einfach blind den Leuten zu vertrauen, die bisher nichts anderes gewesen sind als falsche Propheten!

(Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Ministerpräsident von Hassel schließt die Veranstaltung. Die Versammelten singen die dritte Strophe des Deutschlandliedes.



Rheuma?
nimm doch einfach
"Romigal"



Schmerzhaftes Rheuma
Muskel- und Gelenkschmerzen
Ischias, Neuralgien und Kreuzschmerzen werden seit vielen Jahren durch das hochwertige Spezialmittel ROMIGAL selbst in hartnäckigen Fällen mit hervorragendem Erfolg bekämpft. Harnsäurelösend, unschädlich.

ROMIGAL ist ein polyvalentes (= mehrwertiges) Heilmittel, greift daher Ihre quälenden Beschwerden von mehreren Richtungen her wirksam an. Enthält neben anderen erprobten Heilstoffen den hochwirksamen Anti-Schmerzstoff Salicylamid, daher die rasche, durchgreifende und anhaltende Wirkung.

20 Tabletten M 1.45, Großpackung M 3.60. In allen Apotheken.

Bekundungen und EntschlieÙungen

Das Manifest der Christlich Demokratischen Union

Aufruf an alle Deutschen

1945 war Deutschland geschlagen, das staatliche und wirtschaftliche Leben erloschen.

1949, zur ersten freien Entscheidung aufgerufen, wählte die Bundesrepublik unter der Führung der Christlich-Demokratischen Union die Freundschaft mit der freien Welt, die Einigung Europas, den wirtschaftlichen Aufstieg durch die soziale Marktwirtschaft.

1953 war die Bundesrepublik Deutschland unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt. In der Wahl hat das deutsche Volk die Politik der Christlich-Demokratischen Union überzeugend bestätigt. Deutschlands Aufstieg konnte weitergeführt werden.

Heute, 1957, steht die Bundesrepublik frei und angesehen im Kreise der Völker, mit den Mächten der Freiheit verbündet, im Innern gekräftigt, mit einer blühenden Wirtschaft und einer gefestigten sozialen Ordnung. Den Kriegsgefangenen wurde das Tor zur Heimat geöffnet. Die Saar ist zu Deutschland zurückgekehrt.

Die Tüchtigkeit und der Fleiß des deutschen Volkes, die Beharrlichkeit und die Kraft seiner Regierung schufen das Ansehen des Staates, den Wohlstand der Bürger, den Aufstieg der geschlagenen Nation. Die Christlich-Demokratische Union ist Bürge für die Fortsetzung und Beständigkeit dieser Politik.

Stellvertretend für das ganze Deutschland ringt die Bundesrepublik um die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit.

Der 7. Bundesparteitag der Union wendet sich mit folgendem Manifest an das deutsche Volk:

1. Die Christlich-Demokratische Union will die Einheit des Vaterlandes, die Freiheit der Völker, den Frieden der Welt.

Sie fordert deshalb:

Die Vereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit, die Freilassung und Rückkehr aller im kommunistischen Machtbereich zu Unrecht inhaftierten und zurückgehaltenen Deutschen, die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen,

die Sicherung der freien Welt durch die Stärkung des atlantischen Bündnisses und eine der Bedrohung entsprechende Verteidigung, die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker Europas in Freiheit und Selbstbestimmung.

2. Die Christlich-Demokratische Union will die Freiheit des Bürgers, die Wahrung seiner Rechte, die Stärkung des Gemeinwesens.

Sie fordert deshalb:

Die Förderung der Selbstverantwortung der Bürger und die Verpflichtung aller Gruppen und Verbände auf das allgemeine Wohl.

Sie wendet sich gegen

das Wiederaufleben des Klassenkampfes und jeden Versuch, den konfessionellen Hader neu zu entfachen.

GEGRÜNDET 1809

J. G. Knopf's Sohn

Färberei

Bleicherei

Appreturanstalt

Helmbrechts (Bayern)

Fernsprecher: 931-33

Telegrammanschrift: Wagnerwerke

Fernschreiber: 0643 44458

Die große
monatlich erscheinende
Familienzeitschrift

KATHOLISCHER DIGEST

darf in keiner Familie fehlen.

Jede Nummer kostet nur DM 1, --

und bringt eine erlesene Auswahl

unterhaltender, spannender,

bildender und belehrender Artikel

aus einer Vielzahl bekannter

Zeitschriften und Zeitungen aus

aller Welt.

Probehefte

durch jede gute Buchhandlung

oder vom

PAUL PATTLACH VERLAG

Aschaffenburg

3. Die Christlich-Demokratische Union will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten

Sie fordert deshalb:

Die Fortsetzung und die Sicherung der sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittelstandes und der Landwirtschaft;

die Stabilität von Währung und Preisen durch maßvolles Verhalten der Sozialpartner und der Verbände, durch sinnvolles Handeln des Staates;

die soziale Sicherheit und die innere Freiheit aller durch persönliches Eigentum, auch durch die Volksaktie;

die Sicherung der Zukunft durch großzügige Förderung von Familie, Jugend und Volksgesundheit, Forschung, Lehre und Erziehung.

Die Politik der Union dient dem Wohle aller Schichten unseres Volkes in Stadt und Land, den Männern und Frauen, den Jungen und Alten, den Einheimischen, Vertriebenen und Flüchtlingen, den Arbeitern, Angestellten und Unternehmern, den Bauern, Handwerkern und Kaufleuten, den Beamten und Soldaten, den Forschern, Erziehern, und allen in freien Berufen Schaffenden.

Die Union ruft alle auf, in gemeinsamer Arbeit zusammenzustehen. Sie warnt das deutsche Volk eindringlich vor leichtfertigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Experimenten. Nur Festigkeit und Beständigkeit führen zur Einheit Deutschlands und garantieren Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand des Vaterlandes.

Politische Häftlinge in den Kerkern der östlichen Macht

Die Christlich-Demokratische-Union hat auf dem Bundesparteitag in Hamburg der Öffentlichkeit eine Liste von politischen Häftlingen übergeben, die noch in den Zuchthäusern und Lagern des östlichen Machtbereiches festgehalten werden. Die siebzig Namen stehen stellvertretend für die Tausende, die sich noch im sowjetischen oder sowjetzonalen Gewahrsam befinden.

Alice **Baumgürtel**, Leipzig, verhaftet April 1954, zu **6 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Willi **Becker**, Möllendorf, Krs. Luckau, verhaftet November 1955, im März 1956 zu **8 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Ulrich **Beeskow**, Potsdam, verhaftet Herbst 1950, durch Sowjets Dezember 1950/Januar 1951 **zum Tode** verurteilt.

Joachim **Behrend**, Berlinchen, Krs. Ostprignitz/Brandenburg, verhaftet September 1950, durch Sowjets Dezember 1950/Januar 1951 **zum Tode** verurteilt.

Frau **Behrend**, Ehefrau von Joachim B., Berlinchen, Krs. Ostprignitz, verhaftet September 1950, durch Sowjets Dezember 1950/Januar 1951 zu **langjähriger Zuchthausstrafe** verurteilt.

Johannes **Blauert**, Meißen, verhaftet August 1953, verurteilt zu **lebenslänglichem Zuchthaus**.

Rolf **Bomsdorf**, Dresden-Reick, verhaftet Mai 1951, verurteilt zu **15 Jahren Zuchthaus**.



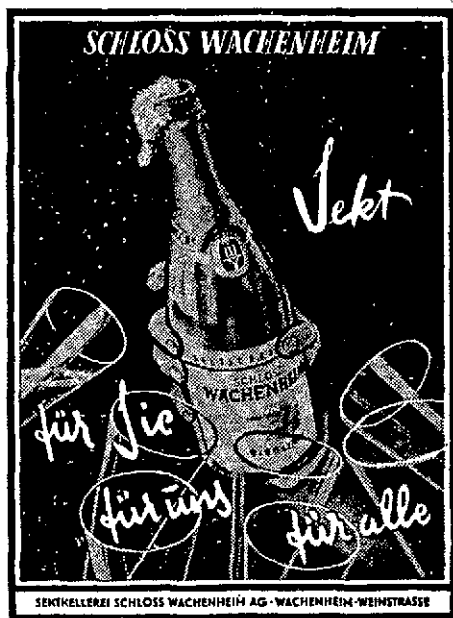
das festlich-elegante Hemd

aus reiner, hochwertiger Maco-Baumwolle

F R A G E N S I E I N G U T E N F A C H G E S C H Ä F T E N



In alter, überragender Güte



Dora **Brandenburg**, Bernau, Krs. Niederbarnim, verhaftet Herbst 1955, zu **10 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Kurt **Brandenburg**, Bernau, Krs. Niederbarnim, verhaftet Herbst 1955, zu **15 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Alois **Brandt**, Ludwigslust/Mecklenburg, verhaftet Juli 1952, durch Sowjets zu **lebenslänglicher Zwangsarbeit** oder **zum Tode** verurteilt.

Ursel **Diekutsch**, Jena, verhaftet Juli 1952.

Frau **Drescher**, Guben/Braunschweig, verhaftet 1951, durch Sowjets zu **25 Jahre** verurteilt.

Max **Eyth**, Radebeul, Krs. Dresden, verhaftet Juli 1947, verurteilt durch Sowjets zu **20 Jahren Zuchthaus**.

Karl **Fabig**, Seegrabne, Krs. Wittenberg, verhaftet Juni 1953, verurteilt zu **10 Jahren Zuchthaus**.

Willy **Fischbach**, Adorf, Krs. Olsnitz/Sachsen, verhaftet Juni 1954, verurteilt zu **10 Jahren Zuchthaus**.

Werner **Fitzau**, Köthen, verhaftet Januar 1949, zu **25 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Hermann-Josef **Flade**, Olbernhau, Krs. Marienberg/Sachsen, verurteilt 1950 **zum Tode**, später zu **15 Jahren Zuchthaus** „begnadigt“.

Fröhlich, Rechtsanwalt, Löbau/Sachsen, verhaftet November 1955, zu **5 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Albert **Gerber**, Buchwalde, Krs. Bautzen, verhaftet Februar 1957.

Josef **Gerlach**, Birkenwerder, Krs. Niederbarnim, verhaftet September 1954, zu **13 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Otto **Gille**, Solpke, Krs. Gardelegen/Sachsen-Anhalt, verhaftet Sommer 1952, verurteilt zu **6 Jahren Zuchthaus**.

Anton **Gmeiner**, Großraschen, Krs. Senftenberg, verhaftet Mai 1955, verurteilt zu **8 Jahren**, „begnadigt“ zu **5 Jahren Zuchthaus**.

Reinhard **Gnettnier**, Pfarrer, Fürstenberg, Krs. Frankfurt, verhaftet August 1950, durch Sowjets zu **Tode** verurteilt.

Franz **Günther**, Bernau, Krs. Niederbarnim, verurteilt im Dezember 1955 zu **4 Jahren Zuchthaus**.

Gerhard **Haberkorn**, Halle bzw. Osminde üb. Halle, verhaftet Juni 1953, verurteilt zu **9 Jahren Zuchthaus**.

Herr **Hahn**, Blumenau, Krs. Marienberg/Sachsen, verhaftet Sommer 1955, verurteilt zu **7 Jahren Zuchthaus**.

Horst **Heinze**, Leipzig, verhaftet September 1951, durch Sowjets zu **25 Jahren Arbeitslager** verurteilt.

Alfred **Hempel**, Dresden, verhaftet Mai 1947, zu **25 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

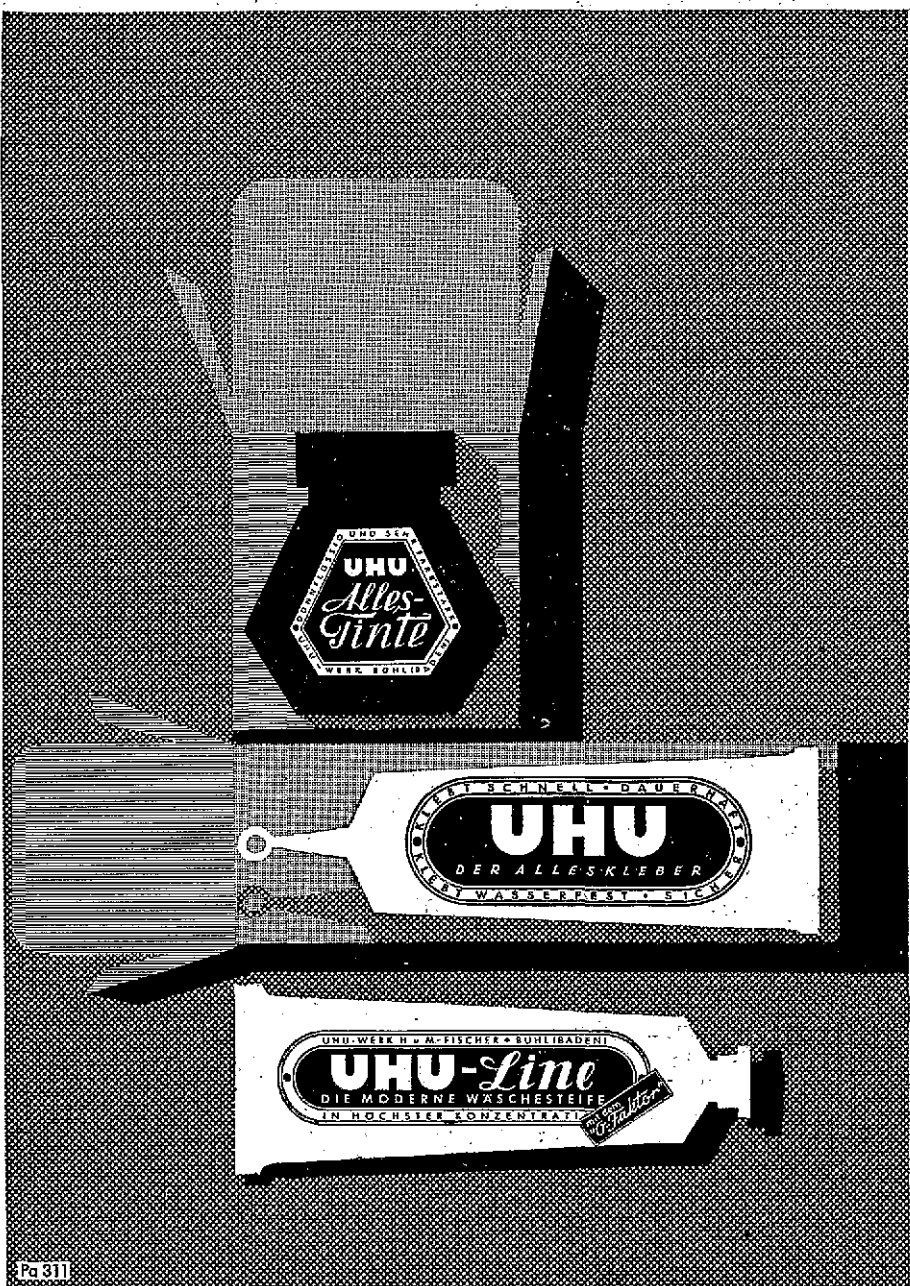
Klaus **Hennig**, Borgsdorf, Krs. Niederbarnim, verhaftet April 1954, verurteilt zu **4 Jahren Zuchthaus**.

Paul **Henning**, Großmachnow, Krs. Teltow/Brandenburg, verhaftet November 1955, verurteilt zu **3 Jahren Zuchthaus**.

Herr **Hoppe**, Potsdam-Babelsberg, durch Sowjets **zum Tode** verurteilt, „begnadigt“ zu **20 Jahren Zuchthaus**.

Erich **Horak**, Neukieritzsch, Krs. Borna/Sachsen, verhaftet Januar 1952, verurteilt zu **langjährigem Zuchthaus**.

Edgar **Kelpin**, Vorbein, Krs. Grimmen/Mecklenburg, Juli 1955 zu **lebenslänglichem Zuchthaus** verurteilt.



Albert **Kempe**, Freital, Krs. Dresden, verhaftet Februar 1947, verurteilt durch Sowjets.

Ernst **Klöhn**, Prenzlau, verhaftet September 1950, verurteilt durch Sowjets zu **25 Jahren Zuchthaus**.

Erwin **Köhler**, Potsdam, verhaftet März 1950, im Dezember 1950 durch Sowjets **zweimal zum Tode und einmal zu 25 Jahren Zwangsarbeit** verurteilt.

Heinz-H. **Krüger**, Frankfurt, verhaftet Anfang 1953, verurteilt zu **8 Jahren Zuchthaus**.

August **Kubeth**, Erfurt, verhaftet Oktober 1948, durch Sowjets zu **25 Jahren Zwangsarbeit** verurteilt.

Arthur **Lada**, Plau, Krs. Parchim, verhaftet Juni 1951, zu **15 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Erich **Lemke**, Uelitz, Krs. Schwerin, verhaftet November 1951.

Erwin **Ludwig**, Veltten, Krs. Osthavelland, verhaftet Mai 1955.

Heinz **Mätschke**, Deschka, Krs. Niesky/Sachsen, verhaftet Oktober 1955, zu **5 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Walter **Mansfeld**, Neukieritzsch, Krs. Borna, verhaftet Januar 1952, verurteilt zu **10 Jahren Zuchthaus**.

Fritz **Meisel**, Klingenthal, Krs. Auerbach/Sachsen, verhaftet Oktober 1951, durch Sowjets zu **langjähriger Zwangsarbeit** verurteilt.

Theodor **Michaelsen**, Schwerin, März 1950 durch Sowjets verhaftet.

Johannes **Müller**, Nauen, Krs. Osthavelland, verhaftet März 1956, verurteilt zu **9 Jahren Zuchthaus**.

Ludwig **Nachfway**, Leipzig, verhaftet März 1954, verurteilt zu **8 Jahren Zuchthaus**.

Joachim **Naumann**, Friedersdorf, Krs. Lübau, verurteilt August 1950 zu **25 Jahren Zuchthaus**.

Elsa **Neugebauer**, Berlin (Ost), verhaftet April 1950, zu **12 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Günther **Neumann**, Gera, verhaftet März 1954, verurteilt zu **langjähriger Zuchthausstrafe**.

Alfred **Noack**, Schipkau, Krs. Senftenberg, verhaftet Oktober 1952, zu **langjähriger Zuchthausstrafe** verurteilt.

Klaus **Noack**, Dürrhennersdorf, Krs. Lübau, verhaftet Dezember 1953.

Helmut **Padel**, Fürstenberg, Krs. Frankfurt, verhaftet November 1953, zu **15 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Ewald **Peters**, Grabow, Krs. Ludwigslust, verhaftet August 1952, durch Sowjets zu **25 Jahren Arbeitslager** verurteilt.

Prieseman, Mittelschullehrer, Schwerin, verhaftet Herbst 1950, durch Sowjets **zum Tode** verurteilt.

Hans **Puhlmann**, Burg/Sachsen-Anhalt, verhaftet 1947, verurteilt durch Sowjets.

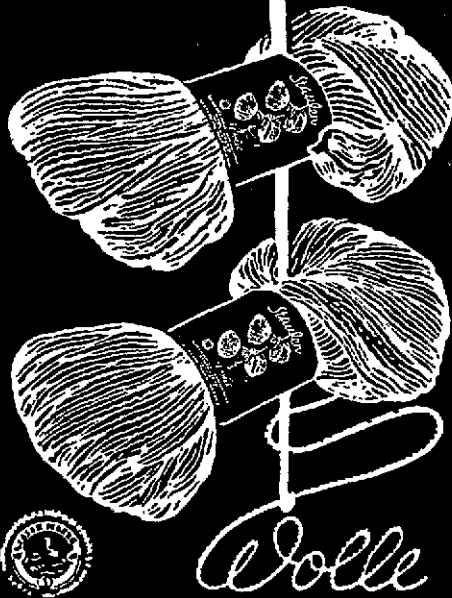
Willy **Rager**, Leipzig Eutritzsch, verhaftet März 1954, zu **mehreren Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Anneliese **Richter**, Berlin (Ost), verurteilt Dezember 1952 zu **25 Jahren Zuchthaus**, „begnadigt“ zu **8 Jahren**.

Helmut **Röhrig**, Dr. jur., Leipzig, verhaftet April 1954, zu **6 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Arthur **Scharfenberg**, Lübau, verhaftet Dezember 1954, verurteilt zu **15 Jahren Zuchthaus**.

Staufen



Wolle

Württembergische Wollgarnfabrik

D. Finckh K.-G.

Süßen/Württbg.

Kammgarnspinnerei - Färberei - Bleicherei

Erich **Schneider**, Treuenbrietzen, Krs. Zauch-Belzig/Braunschweig, verhaftet November 1951, verurteilt zu **25 Jahren Zuchthaus**.

Herbert **Schrön**, Mosbach, Krs. Eisenach, verhaftet August 1952, zu **10 Jahren Zuchthaus** verurteilt.

Gerhard **Schubert**, Guben/Brandenburg, verhaftet April 1951, durch Sowjets zum **Tode** verurteilt.

Hartmut **Schuppenhauer**, Borgsdorf, Krs. Niederbarnim, verhaftet April 1954, verurteilt zu **12 Jahren Zuchthaus**.

Walter **Seidel**, Groß-Ziehlen, Krs. Angermünde/Braunschweig, verhaftet August 1949, durch Sowjets zu **25 Jahren Zwangsarbeit** verurteilt.

Gerhard **Sinnig**, Neutrebbin, Krs. Oberbarnim, verhaftet September 1950, durch Sowjets zu **25 Jahren Zwangsarbeit** oder zum **Tode** verurteilt.

Heir **Stichling**, Guben, verhaftet Ende 1950/Anfang 1951, durch Sowjets April 1951 zum **Tode** verurteilt.

Hans-Dietrich **Streckfuß**, Dr. med., Meißen, verhaftet August 1953, zu **langjähriger Zuchthausstrafe** verurteilt.

Rudolf **Stricker**, Schöneiche, Krs. Fürstenwalde, verhaftet Mai 1956.

Friedrich **Uebel**, Klingenthal, Krs. Auerbach, verhaftet Oktober 1951.

Elfriede **Wünsche**, Friedersdorf, Krs. Löbau, verhaftet Dezember 1952.

Ausländische Gäste des 7. Bundesparteitages

Nouvelles Equipes Internationales: Staatsminister A. E. de Schryver, Generalsekretär Alfred Coste-Floret.

Katholische Volkspartei Hollands: Präsident H. W. van Doorn, Dr. K. J. Hahn, Dr. E. Roolvink, Herr Erkenz.

Antirevolutionäre Partei Hollands: Präsident Dr. W. P. Berghuis, W. R. van de Sluis.

Christlich-Soziale Partei Belgiens: Präsident Theo Lefèvre, Rik Vermeire, außerdem der frühere belgische Außenminister van Zeeland.

Mouvement Républicain Populaire, Frankreich: Präsident R. Schuman, Jacques Mallet.

Schweizerische Konservative Volkspartei: Nationalrat Dr. Eisenring, Dr. Martin Rosenberg.

Österreichische Volkspartei: Bürgermeister Lois Weinberger, Nationalrat Dr. A. Gorbach.

Democrazia Christiana Italiens: Abgeordnete Else le Conci.

Högerpartiet Schwedens: Reichstagsabgeordneter Dr. E. Arrhén, Allan Hernelius.

Konservative Partei Norwegens: Abgeordneter Christie, Abgeordneter Fredriksfryd.

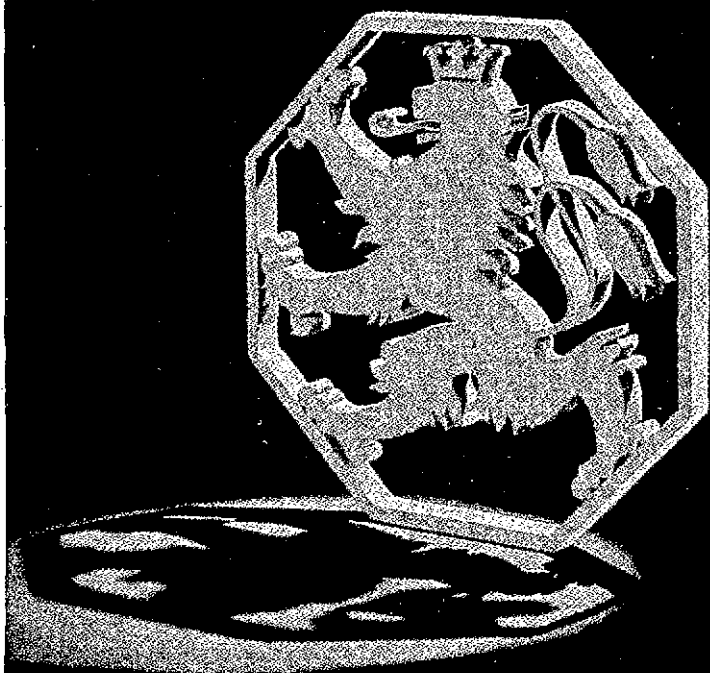
Dänische Konservative Partei: Morten Kamphövener.

Christlich-Demokratische Union Zentraleuropas (CDUCE): Mrgr. Kozi Horvath, Konrad Sieniewicz, Dr. L. Gronis.

Entschließung

Der Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union schlägt vor, daß der nationale Feiertag am 17. Juni bis zur Wiedervereinigung Deutschlands als Opfertag gestaltet wird.

Der Bundesparteivorstand wird beauftragt, diesen Vorschlag allen im Bundesstag vertretenen Parteien zu unterbreiten, um eine von allen Parteien getragene Initiative zu erreichen.



PORTLAND-ZEMENTWERKE HEIDELBERG AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Heidelberg, Riedstraße 4

INHALT

<i>Erster Tag</i>	Sitzung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses	5
<i>Zweiter Tag</i>	Gottesdienste	
	Eröffnung und Begrüßung durch Dr. Adenauer	6—12
	Wahlen und Begrüßungsansprachen	
<i>Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:</i>	Die Politik der Christlich-Demokratischen Union von 1949—1957	12—24
	Erste Plenarsitzung	
	Wahl des Redaktionskomitees und der Mandatsprüfungskommission	24—25
	Begrüßungsworte des CSU-Vorsitzenden, Staatsminister a. D. Dr. Seidel	25—26
	Begrüßungsansprachen ausländ. Gäste	27—37
<i>Dr. Heinrich Krone:</i>	Verantwortung für das ganze Deutschland, Tätigkeitsbericht der Bundestagsfraktion	37—47
	Aussprache	
	Frau Dr. Helene Weber, MdB	47—48
	Bundespostminister Ernst Lemmer	48—49
	Peter Josten (Rheinland-Pfalz)	49—50
<i>Dritter Tag</i>	Zweite Plenarsitzung	
<i>Bundesaußenminister Dr. v. Brentano:</i>	Einheit für Deutschland — Frieden in der Welt	51—63
<i>Kurt Georg Kiesinger:</i>	Auf dem Wege nach Europa	63—77
	Minister van Zeeland (Belgien) ...	77—78
	Aussprache	
	Bundesaußenminister von Brentano ..	79—80
	Manfred Klein (ehemaliger Häftling) ..	80—82
	Dr. Schwarz von Liebermann	82—86
	Bundesminister a. D. Kraft	86—87
	Baptiste (Rheinland)	87—88
	Abgeordneter von Lautz (Saar-CDU) ..	88—89
	Dr. Friedensburg, MdB	89—92
	Dr. Gradl (Berlin)	92—95
	Senator Enk (Peine)	95—97
	Vizepräsident der Montanunion Etzel ..	97—100
	Dritte Plenarsitzung	
<i>Prof. D. Dr. Helmut Thielicke:</i>	Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter	100—130

Aussprache

Bundeskanzler Dr. Adenauer	130—133
Begrüßungsansprache Robert Schuman	133—135
Bundesatomminister Dr. Balke	135—138

Vierter Tag

Prof. Dr. Erhard:

Dr. Karl Arnold:

Vierte Plenarsitzung

Wohlstand für alle	139—154
Eigentum für jeden	154—165

Aussprache

Dr. Witte (Exil-CDU)	165—166
Dr. Hellwig, MdB	166—168
Häussler, MdB (Stuttgart)	168—169
Bundesarbeitsminister Storch	169—175
Frau Leitz (Frankfurt/Main)	175
Dr. Hofmann (Rheinland)	176—177
Schmücker, MdB	177—179
Steen (Nordwürttemberg)	179—180
Bundesernährungsminister Dr. Lübke	180—183
Dr. Brauda (Rheinland)	183—184
Prof. Dr. Burgbacher (Rheinland)	184
Mick (Rheinland)	184—187
Frau Ebersoldt (Westfalen)	187—188

Fünfte Plenarsitzung

**Frau Dr. Luise
Rehling, MdB:**

Familie und Jugend — Sicherheit für morgen	188—207
---	---------

Aussprache

Stingl, MdB (Berlin)	207—210
Otto Malzahn	210
Hauser (Rheinland)	210—211

Fünfter Tag

Sechste Plenarsitzung

Dr. Adenauer:

Die Entscheidung dieses Jahres	212—217
Annahme des Parteitagsmanifestes	217—219
Dr. Gradl (Berlin): Zur Liste der Ost- gefangenen	220—221
Bundespostminister Lemmer	221—222

Öffentliche Kundgebung

Ministerpräsident von Hassel	223—225
Bundespostminister Ernst Lemmer	225—230
Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss	231—240
Bundeskanzler Dr. Adenauer	240—251
Entschließungen	252—254
Liste der Gefangenen	254—260
Ausländische Gäste des Parteitages	260



Seit

1870

Fabrikationsprogramm

SPEZIALMASCHINEN

für die Herstellung
von Draht- und Blech-
Massenartikeln

*

Maschinen
für die Kettenfabrikation

*

Universal-Mehrschlitten-
Biegeautomaten

*

Draht- und
Abschneide-Maschinen

*

MEYER, ROTH & PASTOR

MASCHINENFABRIK GMBH. KÖLN-RADERBERG

